Gedanken und Erinnerungen

von Otto Fürst von Bismarck

Zweiter Band

Gedanken und Erinnerungen

Von

Otto Fürst von Bismarck

Volks-Ausgabe

Zweiter Band

Stuttgart und Berlin 1915
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Alle Rechte, insbesondere das Übersetzungsrecht, vorbehalten

Copyright, 1898, by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Neunzehntes Kapitel: **Schleswig-Holstein** . . . . . 17—49

I. Differenz mit Graf R. v. der Goltz über die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage S. 17. Brief Bismarck's an Goltz 17. II. Ministerrath über die in der dänischen Frage einzunehmende Haltung 24. Möglichkeiten der Lösung 24. Ungangbarkeit des von der öffentlichen Meinung vorgeschlagenen Weges 25. Einfluß des Liberalismus auf die deutschen Regierungen 26, auf König Wilhelm 27. Die Augustenburgische Gesinnung der öffentlichen Meinung 28. Das letzte Lebenszeichen der Wochenblattspartei 29. III. Schwierigkeiten bei Abschluß des Gasteiner Vertrags 32. Schreiben Bismarck's an den König 32. Psychologischer Wandel in der Stimmung des Königs seit der Besitznahme von Lauenburg 34. Haltung der Fortschrittspartei in Hinsicht auf Kiel und die preußische Flotte 35. Aus Bismarck's Rede vom 1. Juni 1865 35. Vaterlandslosigkeit politischer Parteien in Deutschland unter der Einwirkung des Parteihasses 38. Ein ächt deutscher Gedanke 38. Deutscher Parteigeist in Politik und Religion 39. Erhebung Bismarck's in den Grafenstand 39. IV. Verhandlungen mit Graf Platen über eine Verheirathung der Prinzessin Friederike von Hannover mit Prinz Albrecht Sohn 40. Hannöversche Rüstungen 41. Unterredung mit dem Kurprinzen Friedrich Wilhelm von Hessen 41. Ablehnung der Februarbedingungen durch den Erbprinzen von Augustenburg 42. Welfische Lügen 43. Ein Brief des Erbprinzen an Bismarck 43. Briefe des Königs an Bismarck in Sachen des Augustenburgers 44. Denkschrift des Kronprinzen vom 26. Februar 1864 45. Unterredung mit dem Erbprinzen am 1. Juni 1864 46. Der Wiener Friede 46. Die Februarbedingungen von 1865 46. V. Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals 47.

Seite

Widerspruch Moltke's gegen den Kanalbau 47. Wichtigkeit der Kanalverbindung für die militärische Sicherung der deutschen Küste 48. Welchen Werth würde eine Fortsetzung des Kanals bis zur Wesermündung, ev. Jahde und Ems haben? 48. Helgoland 49.

Zwanzigstes Kapitel: **Nikolsburg** . . . . . 50—70

I. Mit dem Hauptquartier in Reichenberg S. 50. Verstimmung der Militärs gegen Bismarck wegen Einmischung in Angelegenheiten ihres Ressorts 50. Französische Einmischung nach der Schlacht bei Königgrätz 51. Dilatorische Antwort des Königs 51. Moltke's Ansicht über einen eventuellen Krieg gegen Frankreich neben dem österreichischen 52. Bismarck für Frieden mit Oesterreich ohne territorialen Gewinn an österreichischem Staatsbesitz 52. Gefahren einer Verbindung französischer und süddeutscher Truppen 52. Bismarck räth dem König den Appell an die ungarische Nationalität 53. II. Kriegsrath in Czernahora 53. Bismarck schlägt anstatt eines Angriffs auf die Floridsdorfer Linien den Donauübergang bei Preßburg vor 54. Widerstrebender Gehorsam des Großen Generalstabs 55. Diplomatische Erwägungen über das Maß der Oesterreich aufzuerlegenden Friedensbedingungen 55. Ressortpolitik und Staatspolitik im Widerstreit mit einander 57. III. Erste Skizze der Friedensbedingungen 57. Steigerung der Begehrlichkeit des Königs 57. Sein Wunsch nach Rückerwerb der fränkischen Fürstenthümer 57. Was sprach gegen den Erwerb bairischer und österreichischer Gebiete? 58. Karolyi verweigert jede Landabtretung und fordert auch die Integrität Sachsens als conditio sine qua non des Friedensschlusses 59. Waffenstillstand 60. Gefecht bei Blumenau 60. IV. Verhandlungen mit Karolyi und Benedetti über die Bedingungen des Präliminarfriedens 60. Schwierigkeiten der Lage gegenüber den militärischen Einflüssen 61. Verantwortlichkeit Bismarck's für die Gestaltung der Zukunft 61. Kriegsrath vom 23. Juli 62. Weinkrampf 62. Denkschrift an den König 62. Vortrag beim Könige 64. Meinung des Königs 65. Seine Erregung über Bismarck's Widerspruch 66. Bismarck's Stimmung (Selbstmordgedanken) 67. Vermittlung des Kronprinzen 67. Marginal des Königs 67. V. Die süddeutschen Bevollmächtigten in Nikolsburg 68. Herr v. Varnbüler 68. Die französischen Beziehungen des Stuttgarter Hofes, getragen durch die Vorliebe der Königin von Holland für Frankreich 68. Ihre antiösterreichische Gesinnung 68. Varnbüler's Abweisung in Nikolsburg, seine Annahme in Berlin 69.

Seite

Einundzwanzigstes Kapitel: Der Norddeutsche Bund . . 71—98

I. Innere Lage Preußens nach dem Kriege S. 71. Der französische Krieg eine Nothwendigkeit, wenn Preußen die Mainlinie überschritt 71. Rheinbundreminiscenzen Napoleon's III. 71. Sein Irrthum über die nationale Gesinnung in Süddeutschland 72. Gründe Bismarck's für Hinausschiebung des Krieges mit Frankreich 73. Die Beilegung des Conflicts durch das Indemnitätsgesuch 73. Unsicherheit eines Bündnisses mit Italien 73. Haltung der italienischen Politik während des österreichischen Krieges 74. Wahrscheinlichkeit eines Dreibundes Frankreich-Oesterreich-Italien 74. Beunruhigung Rußlands durch das Wachsthum Preußens 75. Platonische Haltung der englischen Politik 75. II. Ergebniß der Erwägungen über die auswärtige Lage für Bismarck's innere Politik 76. Bornirtheit der Fortschrittspolitiker 77. III. Das allgemeine Wahlrecht als Mittel zum nationalen Zweck 78. Ansicht Bismarck's vom Werthe des allgemeinen Wahlrechts 78. Die Heimlichkeit der Wahl begünstigt die Herrschaft ehrgeiziger Führer über die Massen und läßt den Einfluß der Gebildeten nicht zu seinem Rechte kommen 78. Ein Uebergewicht der Besitzenden über die Begehrlichen ist für die Sicherheit des Staates nützlich 79. Ein Ueberwiegen des begehrlichen Elements führt leicht nach dem Zusammensturze des alten Staates zur Dictatur, Gewaltherrschaft und Absolutismus zurück 80. Nothwendigkeit der Kritik im monarchischen Staate 80. Die freie Presse und die Parlamente als Organe der Kritik 81. Aufgabe einer conservirenden Politik 81. IV. Reactionäre Bestrebungen innerhalb der conservativen Fraction und ihre Vertreter in Prag 81. Anträge auf eine Revision der Verfassung 82. Als Episode: Vorschlag eines preußisch-russischen Bündnisses zur Lösung des inneren Conflicts und der deutschen Frage im Jahre 1863 82. Beurtheilung des russischen Antrags durch Bismarck 83. Wahrscheinliche Entwicklung der Dinge bei einem siegreichen Kriege Preußens und Rußlands gegen Oesterreich und Frankreich 85. Ablehnung des russischen Antrags durch den König 87. V. Zaudern des Königs im Jahre 1866 gegenüber reactionären Vorschlägen conservativer Heißsporne 87. Welche Folgen hätte ein Entschluß im Sinne der Reaction gehabt? 87. Kritik der preußischen Verfassung 88. Abneigung des Königs gegen das Indemnitätsgesuch 89. Der König giebt den Erwägungen Bismarck's nach 90. VI. Die Annexionen, wenn auch nicht unbedingt geboten, so doch um des territorialen Zusammenhangs der preußischen Gebietstheile erwünscht 91. Unvereinbarkeit eines

Seite

selbständigen Hannover mit der Durchführung deutscher Einheit unter preußischer Leitung 91. Zurückweisung des Briefes Georg's V. 92. Bismarck bringt den König von dem Gedanken einer Zerstückelung von Hannover und Kurhessen ab 92. Abneigung des Königs gegen Nassau ein väterliches Erbtheil 92. Friedensverträge mit den süddeutschen Staaten 93. Herr v. Varnbüler schließt für Württemberg Frieden und Bündniß mit Preußen 93. Roggenbach's Anträge auf eine Vergrößerung Badens auf Kosten Baierns 93. Ablehnung dieser Anträge durch Bismarck 94. Ein verstümmeltes Baiern wäre ein Bundesgenosse Oesterreichs und Frankreichs gewesen 94. VII. Die Welfenlegion, ihre Bildung und Auflösung 95. VIII. Bismarck in Urlaub 97. Verhandlungen mit Sachsen 97. Loyale Haltung der Könige Johann und Albert von Sachsen 97. Concentrirender Druck des Bundes mit Oesterreich auf Baiern und Sachsen 97. Die parlamentarischen Excesse des deutschen Elements in Oesterreich gefährden das Gewicht des deutsch-nationalen Elements 97.

Zweiundzwanzigstes Kapitel: **Die Emser Depesche** . . 99—115

Das spanische Ministerium entscheidet sich für die Thronbesteigung des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern S. 99. Der Name „Hohenzollern" ein völkerrechtlich nicht haltbarer Vorwand zum Eingriffe Frankreichs in die Freiheit der spanischen Königswahl 99. Eine Differenz Preußens mit Frankreich hat Bismarck bei der Candidatur des Hohenzollern'schen Prinzen nicht erwartet 99. Ein Gespräch Bismarck's über die dem Prinzen nach seiner Wahl zum Könige von Spanien erwachsenden Pflichten gegenüber Frankreich 99. Auffassung der spanischen Thronfrage durch Bismarck 100. Bismarck erwartete von der Wahl des Hohenzollern mehr wirthschaftliche als politische Erfolge 100. Passivität Spaniens gegenüber der französischen Einmischung 101. Frankreich macht die spanische Angelegenheit durch Fälschung zu einer preußischen 102. Die Candidatur des Prinzen nur eine Familienangelegenheit des Hohenzollern'schen Hauses 103. Unterschätzung des nationalen Sinnes in Deutschland durch die französischen Politiker 103. Ultramontane Tendenzen in der französischen Politik 104. Preußens Bedrohung durch Frankreich aus Anlaß der spanischen Königswahl eine internationale Unverschämtheit 104. Verschärfung des beleidigenden Charakters der französischen Zumuthung durch die Haltung des Ministeriums Gramont-Ollivier 105. La Prusse cane 105. Bismarck verläßt Varzin 105. Eindruck der Nachrichten aus Ems 106. Entschluß Bismarck's,

Seite

aus dem Dienst zu scheiden, bestärkt durch die Mittheilung von der Entsagung des Erbprinzen 106. Aufgabe der Reise nach Ems 106 Unterredung mit Roon 107. Die Verhandlungen des Königs mit Benedetti waren incorrect vom constitutionellen Standpunkt aus 107. Einwirkungen auf den König seitens der Königin im Sinne des Friedens mit Frankreich 108. Roon und Moltke zu Tisch bei Bismarck (13. Juli 1870) 108. Eingang von Abeken's Depesche 108. Erörterung mit Moltke über die deutsche Kriegsbereitschaft 109. Die Annahme der französischen Provocation eine Forderung des nationalen Gefühls, auch den süddeutschen Staaten gegenüber 109. Redaction der „Emser Depesche" 112. Grund ihrer Wirksamkeit 112. Eindruck der gekürzten Redaction auf Moltke und Roon 112. Zur Charakteristik Moltke's 113. Seine Kampflust mitunter unbequem 114. Darf der Staatsmann einen wahrscheinlichen Krieg provociren? 114.

Dreiundzwanzigstes Kapitel: Versailles . . . . . 116—149

I. Verstimmung der „Halbgötter" gegen Bismarck S. 116. Bismarck wird Ohrenzeuge eines Gesprächs des Generals v. Podbielski mit Roon über die zur Fernhaltung Bismarck's von den militärischen Berathungen getroffenen Vorkehrungen 116. Nachtheil dieser Ressortrivalität für die Geschäftsführung 117. Militärischer Boycott Bismarck's in Versailles 117. Aufgaben der Heeresleitung und der Diplomatie im Kriege. Nothwendigkeit ihres Zusammenwirkens 118. II. Situation vor Paris 120. Humanitäre Einwirkungen fürstlicher Frauen zu Gunsten der Pariser 120. Besorgniß Bismarck's vor einer Einmischung der Neutralen 121. Graf Beust's Bemühungen, eine collective Mediation der Neutralen zu Stande zu bringen 122. Welche Mahnung Bismarck daraus entnahm 124. Freundschaft des Königs von Italien für Napoleon und Frankreich, antifranzösische Gesinnung der republikanischen Italiener 124. Stimmung in Rußland 126. Gortschakow's Uebelwollen gegen Bismarck und Preußen 126. Seine Eitelkeit 127. Gortschakow auf dem Berliner Congreß 127. Graf Kutusoff und Großherzog Alexander als Vermittler am russischen Hofe 130. Stagnation der Belagerung 131. Bismarck's Sorge vor schließlichem Mißerfolge 132. III. Bedrohte Stellung der Deutschen vor Paris 133. Mangel an schwerem Belagerungsgeschütz und an Transportmaterial 134. Bedenken wegen der Kosten 134. Weibliche (englische) Einwirkungen im Hauptquartier im Geiste der „Humanität" 135. IV. Die Annahme des Kaisertitels durch den König bei Erweiterung des Norddeutschen Bundes

Seite

ein politisches Bedürfniß 139. Widerstreben König Wilhelm's I. und dessen Ursache 139. Anfängliche Abneigung des Kronprinzen gegen den Kaisertitel 140. Politische Phantasien des Kronprinzen 140. Das Tagebuch des Kronprinzen und seine Veröffentlichung durch Geffcken 143. Graf Holnstein als Ueberbringer eines Schreibens Bismarck's an den König von Baiern 143. Schreiben des Königs von Baiern an König Wilhelm 145. Schwierigkeiten der Formulirung des Kaisertitels, Kaiser von Deutschland oder deutscher Kaiser? 146. Bismarck in Ungnade am Tage der Kaiserproclamation 149.

Vierundzwanzigstes Kapitel: **Culturkampf** . . . . . 150—168

I. Graf Ledochowski und Cardinal Bonnechose in Versailles S. 150. Der Papst lehnt eine Einwirkung auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedens ab 150. Streitende Richtungen in Italien 151. Wirkung einer Parteinahme der preußischen Regierung für den Papst 151. Verhandlungen Bismarck's mit Bischof v. Ketteler wegen Aufnahme der preußischen Verfassungsartikel über die Stellung der Kirche im Staate in die Reichsverfassung 152. Neubildung der katholischen Fraction (Centrum) 153. Stärke des Centrums gegenüber dem Papste 153. II. Polnische Seite des Culturkampfs 154. Fortschritt der polnischen Nationalität unter der Wirksamkeit der „katholischen Abtheilung" im Cultusministerium 155. Die katholische Abtheilung ein Organ des Radziwill'schen Hauses 156. Bismarck sucht den König für Ersetzung der katholischen Abtheilung durch einen päpstlichen Nuntius zu gewinnen 156. Aufhebung der katholischen Abtheilung 156. III. Antheil Bismarck's an den Maigesetzen 157. Juristische Mißgriffe der Falk'schen Gesetzgebung 157. Ursachen von Falk's Rücktritt 158. IV. Entbehrliches und Unentbehrliches an den Maigesetzen 159. v. Puttkamer als Falk's Nachfolger 160. Die Beilegung des Culturkampfs wird erschwert durch den Zorn der kampfgewöhnten Ministerialräthe 161. Widerstand des Kaisers gegen den Frieden mit Rom 161. Der Abfall der freisinnigen Partei, ihr Uebergang in die Bundesgenossenschaft des Centrums macht den Culturkampf aussichtslos 161. Definitive Ergebnisse für den Staat 162. Provisorischer Charakter des Friedens zwischen Staat und Kirche 163. V. Besuch des Königs Victor Emanuel in Berlin 164. Die Dose mit Brillanten 164. Portrait und Alabastervase 165. VI. M. v. Blanckenburg 166. Bismarck und die Civilehe 167.

Seite

Fünfundzwanzigstes Kapitel: Bruch mit den Conservativen 169—188

I. Debatten über den hannöverschen Provinzialfonds S. 169. Ablehnende Haltung der conservativen Partei im Abgeordneten- und im Herrenhaus 170. Mittel zum Stimmenfang 170. Die Conservativen fordern Bismarck's Eintritt in die Fraction 170. Roon's Briefe vom 19. und 25. Februar 1868 über die Nothwendigkeit einer Reorganisation der conservativen Partei 171. II. Die Gegner Bismarck's in der conservativen Partei und die Motive ihrer Gegnerschaft 174. Der Neid der Standesgenossen über die Verleihung des Fürstentitels 175. Wie Bismarck selbst über den Fürstentitel dachte 175. Opposition der Conservativen gegen das Schulaufsichtsgesetz 176. Auszüge aus Bismarck's Reden 176. Bruch der conservativen Partei mit Bismarck 177. Politische Folgen des Bruchs 178. Gleichgültigkeit der Frage nach der Partei, wenn es sich um dauernde Sicherung des Errungenen gegenüber dem Auslande handelt 178. III. Gesteigerte Animosität der Conservativen wegen der Annäherung Bismarck's an die Nationalliberalen 179. Junkerversammlungen bei Roon 179. Graf H. Arnim 179. Herr v. Caprivi 179. Bismarck's angebliche Feindschaft gegen die Armee, widerlegt durch die Thatsachen 180. IV. Die Kreuzzeitung sagt Bismarck Fehde an 180. Ein Verleumdungsfeldzug 181. Richterliche Entscheidung unter der Einwirkung des Parteigeistes 181. V. Rohheit im Parteikampfe wie im Streit über religiöse Fragen 181. Die Verleumdungen der Kreuzzeitung, die Declaranten als ihre Eideshelfer 183. Einwirkung des Bruchs mit alten Freunden auf Bismarck's Nerven 184. Verantwortlichkeitsgefühl eines ehrliebenden Ministers 184. VI. Theilnahmlosigkeit der Nationalliberalen im Streite Bismarck's mit den Conservativen 185. Fractionsbeschränktheit 186. Die parlamentarischen Condottieri und ihre Herrschaft über die Fractionsgenossen 186. Größere Trägheit der Conservativen, Arbeitsamkeit der das Bestehende angreifenden Parteien 187. Die „Reichsglocke" am Hofe 188.

Sechsundzwanzigstes Kapitel: Intriguen . . . . . 189—233

I. Graf Harry Arnim S. 189. Seine Jugend 189. Ernennung zum Botschafter in Paris 190. Sein Eintreten zu Gunsten der Legitimität 190. Sein Versuch, Bismarck zu stürzen, scheitert 190. Preßangriffe der „Spener'schen Zeitung" auf Bismarck 191. Des Grafen Arnim Vorschläge zur Bekämpfung des „unfehlbar" gewordenen Papstes 192. Zweck und Motive des Gerichtsverfahrens gegen Arnim 192. Auf-

fassung der diplomatischen Kreise 193. Beziehungen der „Reichsglocke" zu Graf H. Arnim 195. II. Hoffnungen der römischen Curie auf einen Sieg Frankreichs 195. Zusammenhang der Parteinahme der Kaiserin Eugenie für die kriegerische Strömung der französischen Politik mit ihrer Hingebung für den Papst 196. Die Restauration des Königthums in Frankreich eine Gefahr für den Frieden 197. Arnim und Gontaut-Biron als Verbündete gegen Bismarck 197. Bewunderung für katholisches Wesen in evangelischen Kreisen und am Hofe 198. „Protestantisch ist ja jeder dumme Junge" 198. Vorliebe der Kaiserin Augusta für den Katholicismus 199. Ein geheimer französischer Polizeiagent (Gérard) als Privatsekretär der Kaiserin 199. Die Komödie Gontaut-Gortschakow im Jahre 1875 199. Gortschakow's Eitelkeit und sein Neid auf den ehemaligen „Schüler" 200. Gortschakow als angeblicher Friedensengel und Protector Frankreichs 201. Kaiser Alexander II. durchschaut Gortschakow 202. Abneigung Bismarck's gegen einen provocirten Krieg 202. Friedlicher Charakter der deutschen Reichsgründung 203. Gortschakow's Einfluß auf die Correspondenz des Zaren Alexander II. 203. Schreiben Bismarck's an den Kaiser vom 13. August 1875 204. III. Die Verwaltungsreform des Grafen Friedrich zu Eulenburg 206. Bureaukratisirung des Landrathspostens 207. Der Landrath sonst und jetzt 207. Verhandlungen mit Rudolf v. Bennigsen über seinen Eintritt in's Ministerium 208. Ueberspannung der nationalliberalen Forderungen auf Mitbesitz des Regiments 208. Abbruch der Verhandlungen mit Bennigsen 210. Graf Eulenburg als Zwischenträger 210. Zorn des Kaisers über Bismarck's „Eigenmächtigkeit" 211. v. Bennigsen lehnt definitiv ab 212. Ungeschicktheit der nationalliberalen Führer 212. „Nr. 109 Regiment Stauffenberg" 212. Ursachen der Abneigung des Kaisers gegen Bennigsen 213. Die Verbündeten der Nationalliberalen im Ministerium 214. Die Conseilsitzung vom 5. Juni 1878 214. Ursprung der Redensart: „an die Wand drücken, bis sie quietschen" 215. Verbindungen der Nationalliberalen am Hofe, General v. Stosch ihr Bundesgenosse 216. IV. Graf Botho zu Eulenburg 216. Die Differenz Tiedemann-Eulenburg-Bismarck 217. Schreiben Bismarck's an Tiedemann 217. Schreiben des Grafen Eulenburg an Bismarck 219. Antwort Bismarck's 220. Ein Kaiserlicher Traum 221. Briefwechsel des Kaisers mit Bismarck 221. Ueble Folgen der Differenz Bismarck-Eulenburg für Bismarck's Gesundheit 223. Ausbruch der Nesselsucht 223. Das Aufreibende in der Stellung eines leitenden Ministers 223. Rückgang der Kräfte Bismarck's im Anfang der siebziger Jahre 223.

Seite

Uebergabe des Präsidiums im preußischen Ministerium an Roon 224. Entmuthigung Bismarck's durch die Intrigen des Reichsglockenringes 224. Mangel an Aufrichtigkeit bei den amtlichen Mitarbeitern 224. Systematische Abdrängung Bismarck's von den Geschäften der politischen Leitung 224. Gedanken an ein Ministerium Gladstone 225. Ihre Unausführbarkeit bei der Gesinnung des Königs und des Kronprinzen 225. Bruch mit Delbrück 226. Gesundheitsbankrott (Schweninger) 226. V. Unterstaatssekretär v. Gruner 226. Seine Berufung in das Hausministerium und Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rathe ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers 227. Schreiben Bismarck's an Geh. Rath Tiedemann 227. Schreiben Bismarck's an Minister v. Bülow 231. Die Veröffentlichung der Ernennung Gruner's im Staatsanzeiger unterbleibt 233.

Siebenundzwanzigstes Kapitel: **Die Ressorts** . . . . 234—238

Bismarck's Zurückhaltung gegenüber den Ressorts S. 234. Sein Einspruch nur zur Wahrnehmung eines großen öffentlichen Interesses gegenüber Sonderinteressen und zur Verhütung übertriebener Reglementirerei 234. Warum trotz seiner Zurückhaltung Bismarck's Ausscheiden als eine Erleichterung empfunden wurde 235. Widerstand des Cultusministeriums gegen gesetzliche Normirung des Beitrags jeder einzelnen Gemeinde zur Schule 235. Widerstand der Räthe des Finanzministeriums gegen die von Bismarck geforderten Grundlagen einer Steuerreform 235. Widerstand im landwirthschaftlichen Ministerium gegen Viehsperre zur Fernhaltung von Seuchen 236. Gute Beziehungen Bismarck's zum Reichsschatzamte 236. Unterordnung des Reichsschatzamtes unter den preußischen Finanzminister 237. Beziehungen Bismarck's zum Reichspostamt 237. Herr v. Stephan 237.

Achtundzwanzigstes Kapitel: **Berliner Congreß** . . . 239—256

I. Anfrage des Generals v. Werder im Auftrage Alexander's II. über die Haltung Deutschlands im Falle eines russisch-österreichischen Krieges S. 239. Ungewöhnlichkeit der gewählten Form 239. Stellung des preußischen Militärbevollmächtigten am russischen Hofe 240. Sein directer Verkehr mit dem Kaiser ohne Vermittlung des auswärtigen Amtes 240. Was Gortschakow mit jener Anfrage bezweckte 241. Dilatorische Rückäußerung Bismarck's 241. Sein Antrag auf Abberufung

Seite

Werder's wird vom Kaiser Wilhelm abgelehnt. Erneuerung der Anfrage durch die russische Botschaft 242. Antwort Bismarck's 242. Ihre Wirkung 242. Annäherung Rußlands an Oesterreich 242. Abschluß der Convention von Reichstadt 242. II. Zweck des Balkanfeldzugs 243. Herstellung eines von Rußland abhängigen Bulgarien 243. Mißerfolg dieser Berechnung 243. Eine unehrliche Fiction 243. Der russische Antrag auf Berufung einer Conferenz 243. Gortschakow's Theilnahme an der Berliner Conferenz wider den Wunsch des Zaren 244. Schuwalow und Gortschakow als Gegner 244. Verlogenheit der russischen und der englischen Politik 244. Leichtigkeit der Täuschung von Presse und Parlament 245. Russische Nörgelei über die Haltung Deutschlands bei Ausführung des Berliner Vertrags 245. Berechnete Unehrlichkeit der Haltung Gortschakow's 246. Der Vorwurf „platonischer" Liebe Deutschlands zu Rußland 246. Rußland verlangt von den deutschen Commissaren generelle Zustimmung zu allen russischen Wünschen 246. Kriegsdrohung des Zaren in einem Briefe an Kaiser Wilhelm 247. Beweise für die Mitwirkung Gortschakow's am Schreiben des Zaren 247. Kaiser Wilhelm's Reise nach Alexandrowo von Bismarck nicht gebilligt 248. III. Graf Peter Schuwalow schlägt ein deutsch-russisches Schutz- und Trutzbündniß vor 248. Brief Bismarck's an Schuwalow 249. Schuwalow's Antwort 251. Persönlicher Charakter jedes Bundes mit Rußland 253. Mögliche Verstimmungen des Zaren durch übelwollende Berichte der Vertreter Rußlands am Berliner Hofe 253. Pikante Berichte diplomatischer Vertreter nützen nicht der Gesammtpolitik 254. Bismarck lehnt eine „Option" zwischen Rußland und Oesterreich ab 256.

Neunundzwanzigstes Kapitel: **Der Dreibund** . . . . 257—287

I. Tendenz des Bundes der drei Kaiser: Aufrechterhaltung der Monarchie S. 257. Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin 1872 258. Trübung der daran geknüpften Hoffnungen durch Fürst Gortschakow 1875 258. Bismarck als Gegner von Präventivkriegen 258. Wahrscheinliche Wirkung eines Angriffes Deutschlands auf Frankreich im Jahre 1875 258. Deutschfeindlicher Charakter der Gortschakow'schen Politik 259. II. Le cauchemar des coalitions 261. Die Möglichkeit und Gefahr der Coalition von Frankreich, Oesterreich und Rußland 261. Unberechenbarkeit der englischen Haltung 261. Deutschland vor der Alternative eines Bundes mit Rußland oder Oesterreich 262. Bedenken einer Verbindung mit Oesterreich 262. III. Der Brief des Zaren Alexander II. zwingt

zur Entscheidung 264. Popularität eines deutsch-österreichischen Bündnisses in Deutschland 264. Das Bündniß mit Oesterreich im Lichte der völkerrechtlichen Traditionen 265. IV. Begegnung Bismarck's mit Graf Andrassy in Gastein und vorläufige Verständigung über Abschluß eines Defensivbundes gegen einen russischen Angriff 265. Brief Bismarck's an den König von Baiern 266. Antwort des Königs von Baiern und Bismarck's Replik 271. V. Empfang Bismarck's auf der Reise von Gastein nach Wien 272. Popularität des Bündnisses bei den Deutschen Oesterreichs 273. Abneigung des Kaisers Wilhelm gegen einen Bund mit Oesterreich 274. Unsicherheit eines Bundes mit Rußland 274. Wirksamkeit von Verträgen sonst und jetzt 275. Bismarck bewegt den Kaiser durch Stellung der Cabinetsfrage zur Genehmigung des Bündnisses 275. Ritterlichkeit des Kaisers Wilhelm dem russischen Kaiser gegenüber 276. VI. Motive für Bismarck's Gedanken an eine Aufnahme des deutsch-österreichischen Bündnisses in die Gesetzgebung beider Länder 276. Bedingte Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten 278. Deutschland muß sich bei aller Freundschaft für Oesterreich doch den Weg nach Petersburg frei halten 279. Vermittlerrolle Deutschlands zwischen den concurrirenden Bestrebungen Oesterreichs und Rußlands 279. VII. Das deutsch-österreichische Bündniß läßt Deutschland ohne Deckung gegen Frankreich 279. Mangel an Streitpunkten zwischen Deutschland und Rußland 280. Fälschung der öffentlichen Meinung in Rußland 280. Gute Beziehungen Deutschlands zu Rußland geben dem Bunde mit Oesterreich eine größere Bürgschaft 280. Eine Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland steigert Oesterreichs Anforderungen an den Bundesgenossen 280. Inoffensiver Charakter des deutsch-österreichischen Vertrags 281. Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung Oesterreichs 282. Möglichkeit einer Annäherung Oesterreichs an Frankreich bei Herstellung der französischen Monarchie 283. Aufgabe einer voraussehenden Politik Deutschlands dem österreichischen Verbündeten gegenüber 284. Persönliche Verstimmung darf unsre Politik gegenüber Rußland nicht bestimmen 285. Nationale Interessen allein müssen den Ausschlag geben 286. VIII. Vertrauen Alexander's III. zu Bismarck's friedlicher Politik 286. Sein Zweifel an der Fortdauer der Kanzlerschaft Bismarck's im Jahre 1889 286. Die clausula rebus sic stantibus bei Staatsverträgen 287. Toujours en vedette! 287.

Seite

Dreißigstes Kapitel: **Zukünftige Politik Rußlands** . . 288—299

Ursachen für Rußlands gegenwärtige Zurückhaltung S. 288. Mangel eines Kriegsgrundes für Rußland Deutschland gegenüber 288. Wahrscheinlicher Zweck der Truppenaufstellung im Westen 289. Rußlands Streben nach einem russischen Verschluß des Bosporus unter Garantie des europäischen Besitzstandes der Türkei 290. Wahrscheinlichkeiten für den Erfolg dieses Strebens 291. Deutschlands Interesse an einer Festsetzung der Russen in Constantinopel 291. Aufgabe der österreichischen Politik in solchem Falle 291. Welche Folgen würde eine Parteinahme Deutschlands für Oesterreich haben im Falle eines russischen Vorstoßes nach dem Bosporus? 292. Die Aufgabe der deutschen Politik darf nicht sein, durch wirthschaftliche Trinkgelder die Begehrlichkeit befreundeter Mächte zu steigern 293. Für Deutschland ist in allen Fragen, die kein unmittelbares Interesse der Nation betreffen, Zurückhaltung geboten 294. Deutschlands Vortheil: seine Freiheit von directen orientalischen Interessen, sein Nachtheil: die centrale Lage 294. Die Wahrung des Friedens bleibt Deutschlands wichtigstes Interesse 295. Bismarck's Ideal nach Herstellung der deutschen Einheit 295. Fiasco der russischen „Befreiungspolitik" auf der Balkanhalbinsel 296. Undankbarkeit „befreiter" Völker 297. Nächster Zielpunkt der russischen Politik: russischer Verschluß des Schwarzen Meeres 298.

Einunddreißigstes Kapitel: **Der Staatsrath** . . . . 300—304

Zweck der Reactivirung des Staatsraths im Jahre 1852 S. 300. Unvollkommenheit der durch das Staatsministerium vorbereiteten Gesetzentwürfe 300. Particularismus der Ressortminister 301. Gegenseitige Schonung der Ressortminister in den Sitzungen des Staatsministeriums 301. Die parlamentarischen Berathungen kein unbedingter Schutz gegen ungeschickte Gesetzentwürfe des Ministeriums 301. Arbeitsträgheit der meisten Parlamentarier und Parteiverblendung der Fractionsführer 302. Ein Denkmal der Flüchtigkeit der Reichstagsverhandlungen 302. Staatsrath und Volkswirthschaftsrath als Corrective 303. Eifersucht der zünftigen Räthe und Parlamentarier gegen unzünftiges Mitreden andrer 303. Günstiger Eindruck der Staatsrathssitzungen 304.

Zweiunddreißigstes Kapitel: **Kaiser Wilhelm I.** . . . 305—332

I. Günstige Einwirkung des Nobiling'schen Attentats auf das Wohlbefinden des Kaisers S. 305. Letzte Krankheit und Tod

Seite

des Kaisers 305. II. Militärische Vorbildung des Prinzen Wilhelm von Preußen 306. Seine Stellung zum General v. Gerlach 307. Was ist ein Pietist? 307. Unbekanntschaft des Prinzen mit den staatlichen Einrichtungen, speciell der Stellung des Gutsherrn zu den Bauern 308. III. Fleiß und Gewissenhaftigkeit des „Regenten" in Erledigung der Staatsgeschäfte 309. Sein Menschenverstand 310. Zähes Festhalten an den Traditionen 310. Particularismus Wilhelm's I. 310. Seine Furchtlosigkeit auf dem Wege der Pflicht und der Ehre 311. Ursache des Bruchs mit den Ministern der neuen Aera 311. IV. Grundsätzliche Opposition der Prinzessin und Königin Augusta gegen die Regierungspolitik 311. Herr v. Schleinitz als Gegenminister der Königin 312. Amtliche Berichterstattung des Hausministeriums in politicis 312. Seine Verbindung mit einem Agenten Drouyn's de L'Huys und der „Reichsglocken"-Partei 313. „Unser allergnädigster Reichskanzler ist heut sehr ungnädig" 314. Der Kaiser unter dem Einfluß der Kaiserin 314. Die Kaiserin Augusta als Krystallisationspunkt aller Opposition 315. Wilhelm I. unter dem Conflict seines Königlichen Pflichtgefühls mit dem häuslichen Frieden 315. V. Die „Königliche Vornehmheit" Wilhelm's I. 316. Seine Freiheit von jeder Eitelkeit 316. Seine Furcht vor berechtigter Kritik 317. Sein Gerechtigkeitsgefühl gegen Freunde wie Gegner 317. Wilhelm I. ein gentleman in's Königliche übersetzt 317. Heftigkeitsausbrüche während der Discussion 318. Persönliches Verhältniß Bismarck's zu Wilhelm I. 318. VI. Wilhelm's I. Ansprachen und Proclamationen, die Wärme ihres Tons ein Ergebniß seiner Liebenswürdigkeit 319. Treue um Treue 319. König und Minister, Herr und Diener 320. Die Feier vom 1. April 1885 320. Bismarck's Royalismus 321. VII. Briefe Wilhelm's I. an Bismarck 322. Letzter Brief der Kaiserin Augusta an Bismarck 331.

Dreiunddreißigstes Kapitel: **Kaiser Friedrich III.** . . 333—340

Beziehungen Bismarck's zu dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm S. 333, zur Kronprinzessin 334. Die angebliche Verzichtleistung des Kronprinzen im Jahre 1887 zu Gunsten seines Sohnes 334. Bismarck's Eingriff in die ärztliche Behandlung des Dulders 335. Eine staatsrechtliche Erörterung über das Recht des Kaisers und des Königs von Preußen in Concurrenz mit dem Rechte der parlamentarischen Corporationen 335. Inwieweit ist der Reichskanzler verantwortlich für das gesammte Verhalten der Reichsregierung? 336. Der Reichskanzler hat

Seite

nur als Mitglied des Bundesraths das Recht, im Reichstag zu erscheinen 336. Erwägungen über die Nothwendigkeit einer anderweitigen Vertheilung des Schwergewichts 337. Ueberschätzung des Patriotismus des Reichstags, Unterschätzung der Treue der Dynastien 337. Schädigung unsrer Zukunft durch den Fractionsgeist und die Unfähigkeit der Fractionsführer 338. Reichsfeindlicher Charakter der Centrumspartei 339. Ein Brief Kaiser Friedrich's III. an Bismarck 340.

Register . . . . . 341—393

Neunzehntes Kapitel.

Schleswig-Holstein.

I.

Zu meinem Nachfolger in Paris war Graf Robert von der Goltz ernannt worden, der seit 1855[1]) Gesandter in Athen, Constantinopel und Petersburg gewesen war. Meine Erwartung, daß das Amt ihn disciplinirt, der Uebergang von der schriftstellerischen zu einer geschäftlichen Thätigkeit ihn praktischer, nüchterner gemacht und die Berufung auf den derzeit wichtigsten Posten der preußischen Diplomatie seinen Ehrgeiz befriedigt haben würde, sollte sich nicht sogleich und nicht völlig erfüllen. Am Ende des Jahres 1863 sah ich mich zu einer schriftlichen Erörtrung mit ihm genöthigt, die leider nicht vollständig in meinem Besitz ist; von seinem Briefe vom 22. December, welcher den unmittelbaren Anlaß dazu gab, ist nur ein Bruchstück vorhanden[2]), und in der Abschrift meiner Antwort fehlt der Eingang. Aber auch so hat diese ihren Werth als Schildrung der damaligen Situation und als Beleuchtung der daraus hervorgegangnen Entwicklung.

„Berlin, den 24. December 1863.

. . . Was die dänische Sache betrifft, so ist es nicht möglich, daß der König zwei auswärtige Minister habe, d. h. daß der wichtigste Posten in der entscheidenden Tagesfrage eine der ministeriellen Politik entgegengesetzte imme-

[1]) Lies 1854, vgl. Brief Roberts v. d. Goltz an Bismarck vom 31. October 1854 im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II 215 ff.

[2]) S. Bismarck-Jahrbuch V 231 f.

diat bei dem Könige vertrete. Die schon übermäßige Friction unsrer Staatsmaschine kann nicht noch gesteigert werden. Ich vertrage jeden mir gegenüber geübten Widerspruch, sobald er aus so competenter Quelle wie die Ihrige hervorgeht; die Berathung des Königs aber in dieser Sache kann ich amtlich mit niemandem theilen, und ich müßte, wenn Seine Majestät mir dies zumuthen sollte, aus meiner Stellung scheiden. Ich habe dies dem Könige bei Vorlesung eines Ihrer jüngsten Berichte gesagt; Seine Majestät fand meine Auffassung natürlich, und ich kann nicht anders als an ihr festhalten. Berichte, welche nur die ministeriellen Anschauungen wiederspiegeln, erwartet niemand; die Ihrigen sind aber nicht mehr Berichte im üblichen Sinne, sondern nehmen die Natur ministerieller Vorträge an, die dem Könige die entgegengesetzte Politik von der empfehlen, welche er mit dem gesammten Ministerium im Conseil selbst beschlossen und seit vier Wochen befolgt hat. Eine, ich darf wohl sagen scharfe, wenn nicht feindselige Kritik dieses Entschlusses ist aber ein andres Ministerprogramm und nicht mehr ein gesandschaftlicher Bericht. Schaden kann solche kreuzende Auffassung allerdings, ohne zu nützen; denn sie kann Zögerungen und Unentschiedenheiten hervorrufen, und jede Politik halte ich für eine bessere als eine schwankende.

Ich gebe Ihnen die Betrachtung vollständig zurück, daß eine ‚an sich höchst einfache Frage preußischer Politik' durch den Staub, den die dänische Sache aufrührt, durch die Nebelbilder, welche sich an dieselbe knüpfen, verdunkelt wird. Die Frage ist, ob wir eine Großmacht sind oder ein deutscher Bundesstaat, und ob wir, der erstern Eigenschaft entsprechend, monarchisch oder, wie es in der zweiten Eigenschaft allerdings zulässig ist, durch Professoren, Kreisrichter und kleinstädtische Schwätzer zu regiren sind. Die Jagd hinter dem Phantom der Popularität ‚in Deutschland', die wir seit den vierziger Jahren betrieben, hat uns unsre Stellung in Deutschland und in Europa gekostet, und wir werden sie dadurch nicht wieder gewinnen, daß

wir uns vom Strome treiben lassen in der Meinung, ihn zu lenken, sondern nur dadurch, daß wir fest auf eignen Füßen stehn und zuerst Großmacht, dann Bundesstaat sind. Das hat Oestreich zu unserm Schaden stets als richtig für sich anerkannt, und es wird sich von der Komödie, die es mit deutschen Sympathien spielt, nicht aus seinen europäischen Allianzen, wenn es überhaupt solche hat, herausreißen lassen. Gehn wir ihm zu weit, so wird es scheinbar noch eine Weile mitgehn, namentlich mitschreiben, aber die 20 Procent Deutsche, die es in seiner Bevölkerung hat, sind kein in letzter Instanz zwingendes Element, sich von uns wider eignes Interesse fortreißen zu lassen. Es wird im geeigneten Momente hinter uns zurückbleiben und seine Richtung in die europäische Stellung zu finden wissen, sobald wir dieselbe aufgeben. Die Schmerling'sche Politik, deren Seitenstück Ihnen als Ideal für Preußen vorschwebt, hat ihr Fiasco gemacht. Unsre von Ihnen im Frühjahr sehr lebhaft bekämpfte Politik hat sich in der polnischen Sache bewährt, die Schmerling'sche bittre Früchte für Oestreich getragen. Ist es denn nicht der vollständigste Sieg, den wir erringen konnten, daß Oestreich zwei Monate nach dem Reformversuch froh ist, wenn von demselben nicht mehr gesprochen wird, und mit uns identische Noten an seine frühern Freunde schreibt, mit uns seinem Schooßkinde, der Bundestags-Majorität, drohend erklärt, es werde sich nicht majorisiren lassen? Wir haben diesen Sommer erreicht, wonach wir 12 Jahre lang vergebens strebten, die Sprengung der Bregenzer Coalition[1]), Oestreich hat unser Programm adoptirt, was es im October v. J. öffentlich verhöhnte; es hat die preußische Allianz statt der Würzburger gesucht, empfängt seine Beihülfe von uns, und wenn wir ihm heut den Rücken kehren, so stürzen wir das Ministerium. Es ist noch nicht dagewesen, daß die Wiener Politik in diesem Maße en gros et en détail von Berlin aus geleitet wurde.

[1]) 11. October 1850.

Dabei sind wir von Frankreich gesucht, Fleury bietet mehr, als der König mag; unsre Stimme hat in London und Petersburg das Gewicht, was ihr seit 20 Jahren verloren war; und das acht Monate, nachdem Sie mir die gefährlichste Isolirung wegen unsrer polnischen Politik prophezeiten. Wenn wir jetzt den Großmächten den Rücken drehn, um uns der in dem Netze der Vereinsdemokratie gefangnen Politik der Kleinstaaten in die Arme zu werfen, so wäre das die elendeste Lage, in die man die Monarchie nach Innen und Außen bringen könnte. Wir würden geschoben statt zu schieben[1]); wir würden uns auf Elemente stützen, die wir nicht beherrschen und die uns nothwendig feindlich sind, denen wir uns aber auf Gnade oder Ungnade zu ergeben hätten. Sie glauben, daß in der ‚deutschen öffentlichen Meinung', Kammern, Zeitungen 2c. irgend etwas steckt, was uns in einer Unions- oder Hegemonie-Politik stützen und helfen könnte. Ich halte das für einen radicalen Irrthum, für ein Phantasiegebilde. Unsre Stärkung kann nicht aus Kammern- und Preßpolitik, sondern nur aus waffenmäßiger Großmachtspolitik hervorgehn, und wir haben nicht nachhaltiger Kraft genug, um sie in falscher Front und für Phrasen und Augustenburg zu verpuffen. Sie überschätzen die ganze dänische Frage und lassen sich dadurch blenden, daß dieselbe das allgemeine Feldgeschrei der Demokratie geworden ist, die über das Sprachrohr von Presse und Vereinen disponirt und diese an sich mittelmäßige Frage zum Moussiren bringt. Vor zwölf Monaten hieß es zweijährige Dienstzeit, vor acht Monaten Polen, jetzt Schleswig-Holstein. Wie sahn Sie selbst die europäische Lage im Sommer an? Sie fürchteten Gefahren jeder Art für uns und haben in Kissingen kein Hehl gemacht über die Unfähigkeit unsrer Politik; sind denn nun diese Gefahren durch den Tod des Königs von Dänemark plötzlich geschwunden und sollen wir jetzt an der Seite von Pfordten, Coburg und Augustenburg, ge-

[1]) Vgl. Goethe, Faust I Walpurgisnacht.

stützt auf alle Schwätzer und Schwindler der Bewegungspartei, plötzlich stark genug sein, alle vier Großmächte zu brüskiren, und sind letztre plötzlich so gutmüthig oder so machtlos geworden, daß wir uns dreist in jede Verlegenheit stürzen können, ohne etwas von ihnen zu besorgen zu haben?

Sie nennen es eine ‚wundervolle' Politik, daß wir das Gagern'sche Programm ohne Reichsverfassung hätten verwirklichen können. Ich sehe nicht ein, wie wir hätten dazu gelangen sollen, wenn wir im Bunde mit den Würzburgern, auf deren Unterstützung angewiesen, Europa hätten besiegen müssen. Entweder standen die Regirungen uns ehrlich bei, und der Kampfpreis war ein Großherzog mehr in Deutschland, der aus Sorge für seine neue Souveränetät am Bunde gegen Preußen stimmt, ein Würzburger mehr; oder wir mußten, und das war das Wahrscheinlichere, unsern Verbündeten durch eine Reichsverfassung den Boden unter den Füßen wegziehn und dennoch dabei auf ihre Treue rechnen. Mißlang das, wie zu glauben, so waren wir blamirt; gelang es, so hatten wir die Union mit der Reichsverfassung.

Sie sprechen von dem Staatencomplex von 70 Millionen mit einer Million Soldaten, der in compacter Weise Europa trotzen soll, muthen also Oestreich ein Aushalten auf Tod und Leben bei einer Politik zu, die Preußen zur Hegemonie führen soll, und traun doch dem Staate, der 35 dieser 70 Millionen hat, nicht über den Weg. Ich auch nicht; aber ich finde es für jetzt richtig, Oestreich bei uns zu haben; ob der Augenblick der Trennung kommt und von wem, das werden wir sehn. Sie fragen: wann in aller Welt sollen wir denn Krieg führen, wozu die Armeereorganisation? und Ihre eignen Berichte schildern uns das Bedürfniß Frankreichs, im Frühjahr Krieg zu haben, die Aussicht auf eine Revolution in Galizien daneben. Rußland hat 200 000 Mann über den polnischen Bedarf auf den Beinen und kein Geld zu Phantasie-Rüstungen, muß also muthmaßlich doch auf Krieg gefaßt sein; ich bin es auf Krieg und mit Revolution combinirt. Sie sagen dann,

daß wir uns dem Kriege garnicht aussetzen; das vermag ich mit Ihren eignen Berichten aus den letzten drei Monaten nicht in Einklang zu bringen. Ich bin dabei in keiner Weise kriegsscheu, im Gegentheil; bin auch gleichgültig gegen Revolutionär oder Conservativ, wie gegen alle Phrasen; Sie werden sich vielleicht sehr bald überzeugen, daß der Krieg auch in meinem Programme liegt; ich halte nur Ihren Weg, dazu zu gelangen, für einen staatsmännisch unrichtigen. Daß Sie dabei im Einverständniß mit Pfordten, Beust, Dalwigk und wie unsre Gegner alle heißen, sich befinden, macht für mich die Seite, die Sie vertreten, weder zur revolutionären noch zur conservativen, aber nicht zur richtigen für Preußen. Wenn der Bierhaus-Enthusiasmus in London und Paris imponirt, so freut mich das, es paßt ganz in unsern Kram; deshalb imponirt er mir aber noch nicht und liefert uns im Kampfe keinen Schuß und wenig Groschen. Mögen Sie den Londoner Vertrag revolutionär nennen: die Wiener Tractate waren es zehnmal mehr und zehnmal ungerechter gegen viele Fürsten, Stände und Länder, das europäische Recht wird eben durch europäische Tractate geschaffen. Wenn man aber an letztre den Maßstab der Moral und Gerechtigkeit legen wollte, so müßten sie ziemlich alle abgeschafft werden.

Wenn Sie statt meiner hier im Amte wären, so glaube ich, daß Sie sich von der Unmöglichkeit der Politik, die Sie mir heut empfehlen und als so ausschließlich ‚patriotisch' ansehn, daß Sie die Freundschaft darüber kündigen, sehr bald überzeugen würden. So kann ich nur sagen: la critique est aisée; die Regirung, namentlich eine solche, die ohnehin in manches Wespennest hat greifen müssen, unter dem Beifall der Massen zu tadeln, hat nichts Schwieriges; beweist der Erfolg, daß die Regirung richtig verfuhr, so ist von Tadeln nicht weiter die Rede; macht die Regirung Fiasco in Dingen, die menschliche Einsicht und Wille überhaupt nicht beherrschen, so hat man den Ruhm, rechtzeitig vorhergesagt zu haben, daß die Regirung

auf dem Holzwege sei. Ich habe eine hohe Meinung von Ihrer politischen Einsicht; aber ich halte mich selbst auch nicht für dumm; ich bin darauf gefaßt, daß Sie sagen, dies sei eine Selbsttäuschung. Vielleicht steigen mein Patriotismus und meine Urtheilskraft in Ihrer Ansicht, wenn ich Ihnen sage, daß ich mich seit 14 Tagen auf der Basis der Vorschläge befinde, die Sie in Ihrem Bericht Nro. — machen. Mit einiger Mühe habe ich Oestreich bestimmt, die holsteinischen Stände zu berufen, falls wir es in Frankfurt durchsetzen; wir müssen erst darin sein im Lande. Die Prüfung der Erbfolgefrage am Bunde erfolgt mit unserm Einverständniß, wenn wir auch mit Rücksicht auf England nicht dafür stimmen; ich hatte Sydow ohne Instruction gelassen, er ist zur Ausführung subtiler Instructionen nicht gemacht.

Vielleicht werden noch andre Phasen folgen, die Ihrem Programm nicht sehr fern liegen; wie aber soll ich mich entschließen, mich über meine letzten Gedanken frei gegen Sie auszulassen, nachdem Sie mir politisch den Krieg erklärt haben und sich ziemlich unumwunden zu dem Vorsatz bekennen, das jetzige Ministerium und seine Politik zu bekämpfen, also zu beseitigen? Ich urtheile dabei blos nach dem Inhalt Ihres Schreibens an mich und lasse alles bei Seite, was mir durch Colportage und dritte Hand über Ihre mündlichen und schriftlichen Auslassungen in Betreff meiner zugeht. Und doch muß ich als Minister, wenn das Staatsinteresse nicht leiden soll, gegen den Botschafter in Paris rückhaltlos offen bis zum letzten Worte meiner Politik sein. Die Friction, welche Jeder in meiner Stellung mit den Ministern und Räthen, am Hofe, mit den occulten Einflüssen, Kammern, Presse, den fremden Höfen zu überwinden hat, kann nicht dadurch vermehrt werden, daß die Disciplin meines Ressorts einer Concurrenz zwischen dem Minister und dem Gesandten Platz macht, und daß ich die unentbehrliche Einheit des Dienstes durch Discussion im Wege des Schriftwechsels herstelle. Ich kann selten so viel schreiben wie heut in der Nacht am

heiligen Abend, wo alle Beamte beurlaubt sind, und ich würde an niemanden als an Sie den vierten Theil des Briefs schreiben. Ich thue es, weil ich mich nicht entschließen kann, Ihnen amtlich und durch die Bureaus in derselben Höhe des Tones zu schreiben, bei welchem Ihre Berichte angelangt sind. Ich habe nicht die Hoffnung, Sie zu überzeugen, aber ich habe das Vertraun zu Ihrer eignen dienstlichen Erfahrung und zu Ihrer Unparteilichkeit, daß Sie mir zugeben werden, es kann nur Eine Politik auf einmal gemacht werden, und das muß die sein, über welche das Ministerium mit dem Könige einig ist. Wollen Sie dieselbe und damit das Ministerium zu werfen suchen, so müssen Sie das hier in der Kammer und der Presse an der Spitze der Opposition unternehmen, aber nicht von Ihrer jetzigen Stellung aus; und dann muß ich mich ebenfalls an Ihren Satz halten, daß in einem Conflict des Patriotismus und der Freundschaft der Erstre entscheidet. Ich kann Sie aber versichern, daß mein Patriotismus von so starker und reiner Natur ist, daß eine Freundschaft, die neben ihm zu kurz kommt, dennoch eine sehr herzliche sein kann“ [1]).

II.

Die Abstufungen, welche in der dänischen Frage erreichbar erschienen und deren jede für die Herzogthümer einen Fortschritt zum Bessern im Vergleich mit dem vorhandnen Zustande bedeutete, gipfelten m. E. in der Erwerbung der Herzogthümer für Preußen, wie ich sofort nach dem Tode Friedrich's VII. in einem Conseil ausgesprochen habe. Ich erinnerte den König daran, daß jeder seiner nächsten Vorfahren — selbst seinen Bruder nicht ausgenommen — für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe, Friedrich Wilhelm IV. Hohenzollern und das Jahde-

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch V 232 ff. Goltz' Antwort auf diesen Brief mit Bismarck's Randbemerkungen s. im Bismarck-Jahrbuch V 238 ff.

gebiet, Friedrich Wilhelm III. die Rheinprovinz, Friedrich Wilhem II. Polen, Friedrich II. Schlesien, Friedrich Wilhelm I. Altvorpommern, der Große Kurfürst Hinterpommern und Magdeburg, Minden u. s. w., und ermunterte ihn, ein Gleiches zu thun. In dem Protokolle fehlte diese meine Aeußrung. Der Geh. Rath Costenoble, der die Protokolle zu führen hatte, sagte, von mir zur Rede gestellt, der König hätte gemeint, es würde mir lieber sein, wenn meine Auslassungen nicht protokollarisch festgelegt würden; Seine Majestät schien geglaubt zu haben, daß ich unter bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören. Ich bestand aber auf der Einschaltung, die auch erfolgte. Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte; meine Collegen verhielten sich schweigend.

Wäre das höchste Ziel nicht zu erreichen gewesen, so konnten wir trotz aller Augustenburgischen Verzichtleistungen auf die Einsetzung dieser Dynastie und die Herstellung eines neuen Mittelstaates eingehn, wenn die preußischen und deutsch-nationalen Interessen sichergestellt wurden, die durch das Wesentliche der nachmaligen Februarbedingungen[1]), Militärconvention, Kiel als Bundeshafen und den Nord-Ostsee-Canal, gedeckt waren.

Wäre auch das nach der europäischen Situation und nach dem Willen des Königs nicht zu erreichen gewesen ohne Isolirung Preußens von allen Großmächten einschließlich Oestreichs, so stand zur Frage, auf welchem Wege für die Herzogthümer, sei es in Form der Personalunion oder in einer andern, ein vorläufiger Abschluß erreichbar bliebe, der immerhin eine Verbesserung der Lage der Herzogthümer hätte sein müssen. Ich habe von Anfang an die Annexion unverrückt im Auge behalten, ohne die andern Abstufungen aus dem Gesichtsfelde zu verlieren. Als die Situation, welche ich absolut glaubte vermeiden

[1]) Vgl. Bd. I 374.

zu müssen, betrachtete ich diejenige, welche in der öffentlichen Meinung von unsern Gegnern als Programm aufgestellt war, d. h. den Kampf und Krieg Preußens für die Errichtung eines neuen Großherzogthums, durchzufechten an der Spitze der Zeitungen, der Vereine, der Freischaaren und der Bundesstaaten außer Oestreich, und ohne die Sicherheit, daß die Bundesregirungen die Sache auf jede Gefahr hin durchführen würden. Dabei hatte die in dieser Richtung entwickelte öffentliche Meinung, auch der Präsident Ludwig von Gerlach, ein kindliches Vertraun zu dem Beistande, den England dem isolirten Preußen leisten würde. Viel leichter als die englische wäre die französische Genossenschaft zu erlangen gewesen, wenn wir den Preis hätten zahlen wollen, den sie uns voraussichtlich gekostet haben würde. Ich habe nie in der Ueberzeugung geschwankt, daß Preußen, gestützt nur auf die Waffen und Genossen von 1848, öffentliche Meinung, Landtage, Vereine, Freischaaren und die kleinen Contingente in ihrer damaligen Verfassung, sich auf ein hoffnungsloses Beginnen eingelassen und unter den großen Mächten nur Feinde gefunden hätte, auch in England. Ich hätte den Minister als Schwindler und Landesverräther betrachtet, der in die falsche Politik von 1848, 49, 50 zurückgefallen wäre, die uns ein neues Olmütz bereiten mußte. Sobald aber Oestreich mit uns war, schwand die Wahrscheinlichkeit einer Coalition der andern Mächte gegen uns.

Wenn auch durch Landtagsbeschlüsse, Zeitungen und Schützenfeste die deutsche Einheit nicht hergestellt werden konnte, so übte doch der Liberalismus einen Druck auf die Fürsten, der sie zu Concessionen für das Reich geneigter machte. Die Stimmung der Höfe schwankte zwischen dem Wunsche, dem Andringen der Liberalen gegenüber die fürstliche Stellung in particularistischer und autokratischer Sonderpolitik zu befestigen, und der Sorge vor Friedensstörungen durch äußre oder innre Gewalt. An ihrer deutschen Gesinnung ließ keine deutsche Regirung einen Zweifel, doch über die Art, wie die deutsche Zukunft ge-

staltet werden sollte, stimmten weder die Regirungen noch die Parteien überein. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Kaiser Wilhelm als Regent und später als König auf dem Wege, den er zuerst unter dem Einflusse seiner Gemalin mit der neuen Aera betreten hatte, je dahin gebracht worden wäre, das zur Erreichung der Einheit Nothwendige zu thun, indem er dem Bunde absagte und die preußische Armee für die deutsche Sache einsetzte. Auf der andern Seite aber ist es auch nicht wahrscheinlich, daß er ohne seine vorhergehenden Versuche und Bestrebungen in liberaler Richtung, ohne die Verbindlichkeiten, in die er dadurch gerathen war, in die Wege zum dänischen und damit zum böhmischen Kriege hätte geleitet werden können. Vielleicht wäre es nicht einmal gelungen, ihn von dem Frankfurter Fürstencongreß 1863 fern zu halten, wenn die liberalen Antecedentien nicht ein gewisses Popularitätsbedürfniß in liberaler Richtung auch bei dem Herrn zurückgelassen hätten, das ihm vor Olmütz fremd gewesen, seitdem aber die natürliche psychologische Folge des Verlangens gewesen war, für die seinem preußischen Ehrgefühl auf dem Gebiete der deutschen Politik geschlagne Wunde auf demselben Gebiete Heilung und Genugthuung zu suchen. Die holsteinische Frage, der dänische Krieg, Düppel und Alsen, der Bruch mit Oestreich und die Entscheidung der deutschen Frage auf dem Schlachtfelde, in dieses ganze Wagesystem wäre er ohne die schwierige Stellung, in die ihn die neue Aera gebracht hatte, vielleicht nicht eingegangen.

Es kostete freilich noch 1864 viel Mühe, die Fäden zu lösen, durch welche der König unter Mitwirkung des liberalisirenden Einflusses seiner Gemalin mit jenem Lager in Verbindung stand. Ohne die verwickelten Rechtsfragen der Erbfolge untersucht zu haben, blieb er dabei: „Ich habe kein Recht auf Holstein“[1]). Meine Vorhaltung, daß die Augustenburger kein Recht hätten, auf den herzoglichen und den Schaumburgischen Antheil nie ein solches gehabt

[1]) Vgl. Bd. I 375.

und auf den Königlichen Theil zweimal 1721 und 1852 entsagt hätten[1]), daß Dänemark am Bundestage in der Regel mit Preußen gestimmt habe, der Herzog von Schleswig-Holstein aus Furcht vor preußischem Uebergewicht es mit Oestreich halten werde, machte keinen Eindruck. Wenn auch die Erwerbung dieser von zwei Meeren umspülten Provinzen und meine geschichtliche Erinnerung in der Conseilsitzung vom December 1863[2]) auf das dynastische Gefühl des Herrn nicht ohne Wirkung war, so war auf der andern Seite die Vergegenwärtigung der Mißbilligung wirksam, die der König, wenn er den Augustenburger aufgab, bei seiner Gemalin, bei dem kronprinzlichen Paare, bei verschiednen Dynastien und bei denen zu erwarten hatte, welche damals in seiner Auffassung die öffentliche Meinung Deutschlands bildeten.

Die öffentliche Meinung war in den gebildeten Mittelständen Deutschlands ohne Zweifel augustenburgisch, in derselben Urtheilslosigkeit, welche sich früher den Polonismus und später die künstliche Begeisterung für die battenbergische Bulgarei als deutsches Nationalinteresse unterschieben ließ. Die Mache der Presse war in diesen beiden etwas analogen Lagen betrübend erfolgreich und die öffentliche Dummheit für ihre Wirkung so empfänglich wie immer. Die Neigung zur Kritik der Regirung war 1864 auf der Höhe des Satzes: Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister[3]). Ich weiß nicht, ob es heut noch Jemanden gibt, der es für vernünftig hielte, wenn nach Befreiung der Herzogthümer aus ihnen ein neues Großherzogthum hergestellt worden wäre, mit Stimmberechtigung am Bundestage und dem sich von selbst ergebenden Berufe, sich vor Preußen zu fürchten und es mit seinen Gegnern

---

[1]) In der ersten Ausgabe ist durch eine falsche Interpunktion — Setzung des Kommas nach „Antheil" statt nach „hätten" — der Sinn entstellt.

[2]) Richtiger wohl: 2. und 3. Januar 1864, vgl. Kohl, Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen S. 90 Anm. 1.

[3]) Goethe, Faust I 2 (Vor dem Thore).

zu halten; damals aber wurde die Erwerbung der Herzogthümer für Preußen als eine Ruchlosigkeit von allen denen betrachtet, welche seit 1848 sich als die Vertreter der nationalen Gedanken aufgespielt hatten. Mein Respect vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt, vor dem Lärm der Redner und der Zeitungen, war niemals groß gewesen, wurde aber in Betreff der auswärtigen Politik in den beiden oben verglichnen Fällen noch erheblich herabgedrückt. Wie stark die Anschauungsweise des Königs bis dahin von dem landläufigen Liberalismus durch den Einfluß der Gemalin und der Bethmann-Hollweg'schen Streberfraction imprägnirt war, beweist die Zähigkeit, mit der er an dem Widerspruch festhielt, in welchem das Oestreichisch-Frankfurter-Augustenburger Programm mit dem preußischen Streben nach nationaler Einheit stand. Logisch begründet konnte diese Politik dem König gegenüber unmöglich werden; er hatte sie, ohne eine chemische Analyse ihres Inhalts vorzunehmen, als Zubehör des Altliberalismus vom Standpunkt der frühern Thronfolgerkritik und der Rathgeber der Königin im Sinne von Goltz, Pourtalès u. s. w. überkommen. Ich greife in der Zeit vor, indem ich hier das letzte Lebenszeichen der Wochenblattspartei einschalte, das Schreiben des Herrn von Bethmann-Hollweg an den König vom 15. Juni 1866, dessen Hauptsätze lauten[1]):

„Was Eure Majestät stets gefürchtet und vermieden, was alle Einsichtigen voraussahen, daß ein ernstliches Zerwürfniß mit Oesterreich von Frankreich benutzt werden würde, um sich auf Kosten Deutschlands zu vergrößern (wo?)[2]), liegt jetzt in L. Napoleon's ausgesprochenem Programm aller Welt vor Augen. . . . Die ganzen Rheinlande für die Herzogthümer wäre für ihn kein schlechter Tausch, denn mit den früher beanspruchten petites rectifications des frontières wird er sich gewiß nicht begnügen. Und Er

[1]) Vollständig veröffentlicht in L. Schneider, Aus dem Leben Wilhelm's I. Bd. I 334 ff., auch in Kohl, Bismarck-Regesten I 287 f.

[2]) Randbemerkung von Bismarck's Hand.

ist der allmächtige Gebieter in Europa! ... Gegen den Urheber dieser (unsrer) Politik hege ich keine feindliche Gesinnung. Ich erinnere mich gerne, daß ich 1848 Hand in Hand mit ihm ging, um den König zu stärken. Im März 1862 rieth ich Eurer Majestät, einen Steuermann von conservativen Antecedentien zu wählen, der Ehrgeiz, Kühnheit und Geschick genug besitze, um das Staatsschiff aus den Klippen, in die es gerathen, herauszuführen, und ich würde Herrn von Bismarck genannt haben, hätte ich geglaubt, daß er mit jenen Eigenschaften die Besonnenheit und Folgerichtigkeit des Denkens und Handelns verbände, deren Mangel der Jugend kaum verziehen wird, bei einem Manne aber für den Staat, den er führt, lebensgefährlich ist. In der That war des Grafen Bismarck Thun von Anfang an voller Widersprüche. ... Von jeher ein entschiedener Vertreter der russisch-französischen Allianz, knüpfte er an die im preußischen Interesse Rußland zu leistende Hilfe gegen den polnischen Aufstand politische Projecte[1]), die ihm beide Staaten entfremden mußten. Als ihm 1863 mit dem Tode des Königs von Dänemark eine Aufgabe in den Schooß fiel, so glücklich, wie sie nur je einem Staatsmanne zu Theil geworden, verschmähte er es, Preußen an die Spitze der einmüthigen Erhebung Deutschlands (in Resolutionen)[2]) zu stellen, dessen Einigung unter Preußens Führung sein Ziel war, verband sich vielmehr mit Oesterreich, dem principiellen Gegner dieses Planes, um später sich mit ihm unversöhnlich zu verfeinden. Den Prinzen von Augustenburg, dem Ew. M. wohlwollten, und von dem damals Alles zu erhalten war, mißhandelte er*), um ihn bald darauf durch den Grafen Bernstorff auf der Londoner Conferenz für den Berechtigten erklären zu lassen. Dann verpflichtet er Preußen im Wiener Frieden, nur im Einverständniß mit Oesterreich definitiv

*) Vgl. den Brief des Prinzen vom 11. December 1863, S. 43 f.
[1]) Vgl. Bd. I 338 ff.
[2]) Einschaltung Bismarck's.

über die befreiten Herzogthümer zu disponiren*), und läßt in denselben Einrichtungen treffen, welche die beabsichtigte ‚Annexion' deutlich verkündigen. . . .

Viele betrachten diese und ähnliche Maßregeln, die stets, weil in sich widersprechend, in das Gegentheil des Bezweckten umschlugen, als Fehler der Unbesonnenheit. Andern erscheinen sie als Schritte eines Mannes, der auf Abenteuer ausgeht, Alles durcheinanderwirft und es darauf ankommen läßt, was ihm zur Beute wird, oder eines Spielers, der nach jedem Verlust höher pointirt und endlich va banque sagt.

Dies Alles ist schlimm, aber noch viel schlimmer in meinen Augen, daß Graf Bismarck sich in dieser Handlungsweise mit der Gesinnung und den Zielen seines Königs in Widerspruch setzte und sein größtes Geschick darin bewies, daß er ihn Schritt für Schritt dem entgegengesetzten Ziele näher führte, bis die Umkehr unmöglich schien, während es nach meinem Dafürhalten die erste Pflicht eines Ministers ist, seinen Fürsten treu zu berathen, ihm die Mittel zur Ausführung seiner Absichten darzureichen und vor Allem dessen Bild vor der Welt rein zu erhalten. Eurer Majestät gerader, gerechter und ritterlicher Sinn ist weltbekannt und hat Allerhöchstdemselben das allgemeine Vertrauen, die allgemeine Verehrung zugewendet. Graf Bismarck aber hat es dahin gebracht, daß Eurer Majestät edelste Worte dem eigenen Lande gegenüber, weil nicht geglaubt, wirkungslos verhallen, und daß jede Verständigung mit andern Mächten unmöglich geworden, weil die erste Vorbedingung derselben, das Vertrauen, durch eine ränkevolle Politik zerstört worden ist. . . . Noch ist kein Schuß gefallen, noch ist Verständigung unter einer Bedingung möglich. Nicht die Kriegsrüstungen sind einzustellen, vielmehr, wenn es nöthig ist, zu verdoppeln, um Gegnern, die unsre Vernichtung wollen, siegreich entgegen

*) Warum nicht: Verpflichtete er Oestreich, nur im Einverständniß mit Preußen u. s. w.?

zu treten oder mit vollen Ehren aus dem verwickelten Handel herauszukommen. Aber jede Verständigung ist unmöglich, so lange der Mann an Eurer Majestät Seite steht, Ihr entschiedenes Vertrauen besitzt, der dieses Eurer Majestät bei allen andern Mächten geraubt hat“[1]). . . .

III.

Als der König dieses Schreiben erhielt, war er schon aus der Verstrickung der darin wiederholten Argumente frei geworden durch den Gasteiner Vertrag vom 14./20. August 1865. Mit welchen Schwierigkeiten ich bei den Verhandlungen über diesen noch zu kämpfen hatte, welche Vorsicht zu beachten war, zeigt mein nachstehendes Schreiben an Se. Majestät[2]):

Gastein, 1. August 1865.

Allergnädigster König und Herr.

Eure Majestät wollen mir huldreich verzeihen, wenn eine vielleicht zu weit getriebne Sorge für die Interessen des allerhöchsten Dienstes mich veranlaßt, auf die Mittheilungen zurückzukommen, welche Eure Majestät soeben die Gnade hatten mir zu machen. Der Gedanke einer Theilung auch nur der Verwaltung der Herzogthümer würde, wenn er im Augustenburgischen Lager ruchbar würde, einen heftigen Sturm in Diplomatie und Presse erregen, weil man den Anfang der definitiven Theilung darin erblicken, und nicht zweifeln würde, daß die Landestheile, welche der ausschließlich preußischen Verwaltung anheimfallen, für Augustenburg verloren sind. Ich glaube mit Eurer Majestät, daß J. M. die Königin die Mit-

[1]) König Wilhelm eröffnete den Brief erst in Nikolsburg im Juli 1866; seine Antwort begann: „In Nikolsburg eröffnete ich erst Ihren Brief, und Ort und Datum der Antwort wären Antwort genug! ꝛc.“; vgl. Schneider, Aus dem Leben Wilhelm's I. Bd. I 341.

[2]) Nach dem Original berichtigt; vgl. Anhang zu Bismarck's Gedanken und Erinnerungen I 119 ff.

theilungen geheim halten werde; wenn aber von Coblenz im Vertrauen auf die verwandschaftlichen Beziehungen eine Andeutung an die Königin Victoria, an die Kronprinzlichen Herrschaften, nach Weimar oder nach Baden gelangte, so könnte allein die Thatsache, daß von uns das Geheimniß, welches ich dem Grafen Blome auf sein Verlangen zusagte, nicht bewahrt worden ist, das Mißtrauen des Kaisers Franz Joseph wecken und die Unterhandlung zum Scheitern bringen. Hinter diesem Scheitern steht aber fast unvermeidlich der Krieg mit Oestreich; Eure Majestät wollen es nicht nur meinem Interesse für den allerhöchsten Dienst, sondern meiner Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Person zu Gute halten, wenn ich von dem Eindrucke beherrscht bin, daß Eure Majestät in einen Krieg gegen Oestreich mit einem andern Gefühle und mit freierem Muthe hineingehn werden, wenn die Nothwendigkeit dazu sich aus der Natur der Dinge und aus den monarchischen Pflichten ergiebt, als wenn der Hintergedanke Raum gewinnen kann, daß eine vorzeitige Kundwerdung der beabsichtigten Lösung den Kaiser abgehalten habe, zu dem letzten für Eure Majestät annehmbaren Auskunftsmittel die Hand zu bieten. Vielleicht ist meine Sorge thöricht, und selbst wenn sie begründet wäre und Eure Majestät darüber hinweggehn wollen, so würde ich denken, daß Gott Eurer Majestät Herz lenkt, und meinen Dienst deshalb nicht minder freudig thun, aber zur Wahrung des Gewissens doch ehrfurchtsvoll anheimgeben, ob Eure Majestät mir nicht befehlen wollen, den Feldjäger telegraphisch von Salzburg zurückzurufen. †) Die äußere Veranlassung dazu könnte die ministerielle Expedition bieten, und es könnte morgen ein andrer an seiner Statt, oder derselbe rechtzeitig abgehn. Eine Abschrift dessen, was ich an Werther über die Verhandlung mit Graf Blome telegraphirt habe, lege ich allerunterthänigst bei. Zu Eurer Majestät bewährter Gnade habe ich das ehrfurchtsvolle Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben, wenn Sie meine Bedenken nicht gutheißen, deren Geltendmachung dem aufrichtigen Streben verzeihn wollen, Eurer

Majestät nicht nur pflichtmäßig, sondern auch zu Allerhöchstdero persönlicher Befriedigung zu dienen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich Eurer Majestät
allerunterthänigster
v. Bismarck.

An der mit †) bezeichneten Stelle dieses Schreibens hat der König an den Rand geschrieben:

„Einverstanden. — Ich that der Sache deshalb Erwähnung, weil in den letzten 24 Stunden ihrer nicht mehr Erwähnung geschah, und ich sie als ganz aus der Combination fallengelassen ansah, nachdem die wirkliche Trennung und Besitzergreifung an die Stelle getreten war. Durch meine Mittheilung an die Königin wollte ich den Uebergang dereinst anbahnen zur resp. Besitzergreifung, die sich nach und nach aus der Administrations-Theilung entwickelt hätte. Indessen dies kann ich auch später so darstellen, wenn die Eigenthumstheilung wirklich erfolgt, an die ich noch immer nicht glaube, da Oesterreich zu stark zurückstecken muß, nachdem es sich für Augustenburg und gegen Besitznahme, wenn freilich die einseitige, zu sehr avancirte. W. 1./8. 65“[1]).

„Es wäre sicher, dem Courier zu befehlen, alle Briefe, auch den (an die) Königin zurückzubringen, weil ich ihm aufgab, denselben sogleich am Potsdam(er) Bahnhof abzugeben, woraus er Eile vermuthend diesen Brief vielleicht allein per Post von Salzburg absenden könnte“[2]).

Nach dem Gasteiner Vertrage und der Besitznahme von Lauenburg, der ersten Mehrung des Reichs unter König Wilhelm, fand meiner Wahrnehmung nach ein psychologischer Wandel in seiner Stimmung, ein Geschmackfinden an Eroberungen statt, aber doch mit vorwiegender Befriedigung darüber, daß dieser Zuwachs, der Hafen von Kiel, die

[1]) Bismarck-Jahrbuch VI 202 f.
[2]) Die Nachschrift ist von der Hand des Königs mit Bleistift geschrieben.

militärische Stellung in Schleswig und das Recht, einen Canal durch Holstein zu bauen, in Friede und Freundschaft mit Oestreich gewonnen worden war.

Ich denke mir, daß das Verfügungsrecht über den Kieler Hafen bei Sr. Majestät schwerer in das Gewicht gefallen ist als der Eindruck der neuerworbenen freundlichen Landschaft von Ratzeburg mit seinem See. Die deutsche Flotte, und der Kieler Hafen als Unterlage ihrer Errichtung, war seit 1848 einer der zündenden Gedanken gewesen, an deren Feuer die deutschen Einheitsbestrebungen sich zu erwärmen und zu versammeln pflegten. Einstweilen aber war der Haß meiner parlamentarischen Gegner stärker als das Interesse für die deutsche Flotte, und es schien mir, daß die Fortschrittspartei damals die neuerworbenen Rechte Preußens auf Kiel und die damit begründete Aussicht auf unsre maritime Zukunft lieber in den Händen des Auctionators Hannibal Fischer als in denen des Ministeriums Bismarck gesehn hätte[1]). Das Recht zu Klagen und Vorwürfen über die Vernichtung deutscher Hoffnungen durch diese Regirung hätte den Abgeordneten größre Befriedigung gewährt als der gewonnene Fortschritt auf dem Wege zu ihrer Erfüllung. Ich schalte einige Stellen aus der Rede ein, welche ich am 1. Juni 1865 für den außerordentlichen Geldbedarf der Marine gehalten habe[2]).

„Es hat wohl keine Frage die öffentliche Meinung in Deutschland in den letzten 20 Jahren so einstimmig interessirt wie grade die Flottenfrage. Wir haben gesehn, daß die Vereine, die Presse, die Landtage ihren Sympathien Ausdruck gaben, diese Sympathien haben sich in Sammlung von verhältnißmäßig recht bedeutenden Beträgen bethätigt. Den Regirungen, der conservativen Partei wurden Vorwürfe gemacht über die Langsamkeit und über die Kargheit, mit der in dieser Richtung vorgegangen würde; es waren besonders die liberalen Parteien, die

[1]) Vgl. Rede vom 1. Juni 1865, Politische Reden II 356 (2. Aufl. S. 374).

[2]) Politische Reden II S. 355 ff. (2. Aufl. S. 373 ff.).

dabei thätig waren. Wir glaubten deshalb, Ihnen eine rechte Freude mit dieser Vorlage zu machen. . . .

Ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischer's zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Auch diese deutsche Flotte scheiterte daran, daß in den deutschen Gebieten, ebenso in den höhern, regirenden Kreisen, wie in den niedern, die Parteileidenschaft mächtiger war als der Gemeinsinn. Ich hoffe, daß der unsrigen dasselbe nicht beschieden sein wird. Ich war einigermaßen überrascht ferner darüber, daß dem Gebiete der Technik ein so großer Raum in dem Berichte angewiesen war. Ich zweifle nicht daran, daß es viele unter Ihnen giebt, die vom Seewesen mehr verstehn als ich und mehr zur See gewesen sind als ich, die Mehrzahl unter Ihnen, meine Herrn, ist es aber nicht, und doch muß ich sagen, ich würde mir nicht getraun, über technische Details der Marine ein Urtheil zu fällen, welches meine Abstimmung motiviren, welches mir Motive zur Verwerfung einer Marinevorlage geben könnte. Ich kann mich deshalb auch mit der Widerlegung dieses Theils Ihrer Einwendungen nicht beschäftigen. . . . Ihre Zweifel, ob es mir gelingen wird, Kiel zu erwerben, berührt mein Ressort näher. Wir besitzen in den Herzogthümern mehr als Kiel, wir besitzen die volle Souveränetät in den Herzogthümern in Gemeinschaft mit Oestreich, und ich wüßte nicht, wer uns dieses Pfand, das dem von uns erstrebten Object an Werth so viel überlegen ist, nehmen könnte anders als durch einen für Preußen unglücklichen Krieg. Fassen wir aber diese Eventualität in's Auge, so können wir *jeden* in unserm Besitz befindlichen Hafen ebenso gut verlieren. Unser Besitz ist ein gemeinsamer, das ist wahr, mit Oestreich. Nichtsdestoweniger ist er ein Besitz, für dessen Aufgebung wir berechtigt sein würden, unsre Bedingungen zu stellen. Eine dieser Bedingungen, und zwar eine der ganz unerläßlichen, ohne deren Erfüllung wir diesen Besitz nicht aufgeben wollen, ist das künftige alleinige Eigenthum des Kieler Hafens für Preußen. . . .

Angesichts der Rechte, die sich in unsern Händen und in denen Oestreichs befinden und die unantastbar sind, so lange nicht einem der Herrn Prätendenten es gelingt, zu unsrer Ueberzeugung ein besseres Recht als das auf uns übergegangne des Königs Christian IX. von Dänemark nachzuweisen, angesichts der Rechte, welche in voller Souveränetät von uns und Oestreich besessen werden, sehe ich nicht ein, wie uns die schließliche Erfüllung unsrer Bedingungen entgehn sollte, sobald wir nur nicht die Geduld verlieren, sondern ruhig abwarten, ob sich Jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind. . . .

Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsre Absichten zu verwirklichen, so habe ich schon in der Commission ein Auskunftsmittel empfohlen: limitiren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: ‚Kein Kiel, kein Geld!' Ich glaube, daß Sie andern Ministern als denen, die jetzt die Ehre haben, sich des Vertrauns Sr. Majestät des Königs zu erfreun, eine solche Bedingung nicht abschlagen würden. . . .

Das Vertraun der Bevölkerung zur Weisheit des Königs ist groß genug, daß sie sich sagt, sollte das Land dabei (durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit) zu Grunde gehn oder in Schaden kommen, so wird es ja der König nicht leiden. Die Leute unterschätzen eben die Bedeutung der Verfassung in Folge der frühern Traditionen. Ich bin überzeugt, daß ihr in die Weisheit des Königs gesetztes Vertraun sie nicht täuschen wird; aber ich kann doch nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit 20 Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Concentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner andern Haltung als zu der einer impotenten Negative sich erheben kann. Es ist dies, meine Herrn, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königthum

das Scepter aus der Hand winden werden, es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unsern constitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitre Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen." —

Die Fordrung für die Marine wurde abgelehnt.

Es liegt im Rückblick auf diese Situation ein bedauerlicher Beweis, bis zu welchem Maße von Unehrlichkeit und Vaterlandslosigkeit die politischen Parteien bei uns auf dem Wege des Parteihasses gelangen. Es mag Aehnliches anderswo vorgekommen sein, doch weiß ich kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Gesammtvaterlande den Ausschreitungen der Parteileidenschaft so geringe Hindernisse bereitet wie bei uns. Die für apokryph gehaltne Aeußrung, welche Plutarch dem Cäsar in den Mund legt[1]), lieber in einem elenden Gebirgsdorfe der Erste, als in Rom der Zweite sein zu wollen, hat mir immer den Eindruck eines ächt deutschen Gedankens gemacht. Nur zu viele unter uns denken im öffentlichen Leben so und suchen das Dörfchen, und wenn sie es geographisch nicht finden können, die Fraction resp. Unterfraction und Coterie, wo sie die Ersten sein können. Diese Sinnesrichtung, die man nach Belieben Egoismus oder Unabhängigkeit nennen kann, hat in der ganzen deutschen Geschichte von den rebellischen Herzogen der ersten Kaiserzeiten bis auf die unzähligen reichsunmittelbaren Landesherrn, Reichs-Städte, Reichs-Dörfer, -Abteien und -Ritter und die damit verbundne Schwäche und Wehrlosigkeit des Reichs ihre Bethätigung gefunden. Einstweilen findet sie im Parteiwesen, welches die Nation zerklüftet, stärkern Ausdruck als in der rechtlichen oder dynastischen Zerrissenheit. Die Parteien scheiden sich weniger durch Programme und Prinzipien als durch die Personen, welche als Condottieri an der Spitze einer jeden stehn und für sich eine möglichst große Gefolgschaft von Abgeordneten und publicistischen

[1]) Plutarch, Caes. c. 11; vgl. Plut. Reg. et Imp. Apophthegm. Caes. Nr. 5.

Strebern anzuwerben suchen, die hoffen, mit dem Führer oder den Führern zur Macht zu gelangen. Prinzipielle programmatische Unterschiede, durch welche die Fractionen zu Kampf und Feindschaft gegen einander genöthigt würden, liegen nicht in einer Stärke vor, die hinreichte, um die leidenschaftlichen Kämpfe zu motiviren, welche die Fractionen gegen einander glauben ausfechten zu müssen und Conservative und Freiconservative in getrennte Lager verweisen. Auch innerhalb der conservativen Partei haben wohl viele das Gefühl, daß sie mit der „Kreuzzeitung" und ihrem Zubehör nicht im Einverständnisse sind. Aber die prinzipielle Scheidelinie in einem Programme zu präcisiren und überzeugend auszudrücken, würden auch die Führer und Unterführer für eine schwere Aufgabe halten, grade so, wie confessionelle Fanatiker, und nicht blos Laien, in der Regel der Nothwendigkeit ausweichen oder die Auskunft schuldig bleiben, wenn man sie nach den unterscheidenden Merkmalen der verschiednen Bekenntnisse und Glaubensrichtungen und nach dem Schaden fragt, welchen sie für ihr Seelenheil befürchten, wenn sie eine der Abweichungen des Andersgläubigen nicht angriffsweise bekämpfen. So weit die Parteien sich nicht lediglich nach wirthschaftlichen Interessen gruppiren, kämpfen sie im Interesse der rivalisirenden Führer der Fractionen und nach deren persönlichem Willen und Streberthum; nicht Verschiedenheit von Prinzipien, sondern „Kephisch oder Paulinisch?"[1] ist die Frage.

Ein Andenken an den Gasteiner Vertrag ist das nachstehende Schreiben des Königs[2]):

„Berlin, den 15. September 1865.

Mit dem heutigen Tage vollziehet sich ein Akt, die Besitzergreifung des Herzogthums Lauenburg, als eine Folge meiner, von Ihnen mit so großer und ausgezeich-

[1]) 1. Kor. 1, 12.

[2]) Bismarck-Jahrbuch VI 203 f., jetzt auch im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 121 f.

neter Umsicht und Einsicht befolgten Regierung. Preußen hat in den vier Jahren, seit welchen ich Sie an die Spitze der Staats-Regierung berief, eine Stellung eingenommen, die seiner Geschichte würdig ist und demselben auch eine fernere glückliche und glorreiche Zukunft verheißt. Um Ihrem hohen Verdienste, dem ich so oft Gelegenheit hatte, meinen Dank auszusprechen, auch einen öffentlichen Beweis desselben zu geben, erhebe ich Sie hiermit mit Ihrer Descendenz in den Grafen Stand, eine Auszeichnung, welche auf immerhin beweisen wird, wie hoch ich Ihre Leistungen um das Vaterland zu würdigen wußte.

Ihr

wohlgeneigter König
Wilhelm."

IV.

Die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien, zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten, welche die Zeit von dem Gasteiner Vertrage bis zum Ausbruch des Kriegs ausfüllten, sind actenmäßig bekannt.

In Süddeutschland tritt Streit und Kampf mit Preußen zum Theil hinter deutsch-patriotische Gefühle zurück; in Schleswig-Holstein beginnen diejenigen, deren Wünsche nicht in Erfüllung gingen, sich mit der neuen Ordnung der Dinge auszusöhnen; nur die Welfen werden des Federkriegs über die Ereignisse von 1866 nicht müde[1]).

Die unvortheilhafte Gestaltung, die Preußen auf dem Wiener Congreß als Lohn seiner Anstrengungen und Leistungen davon getragen hatte, war nur haltbar, wenn wir mit den zwischen beide Theile der Monarchie eingeschobenen Staaten des alten Bündnisses aus dem siebenjährigen Kriege sicher waren. Ich bin lebhaft bemüht gewesen, Hanover

[1]) Die in diesem Satze niedergelegte Betrachtung bezieht sich selbstverständlich auf die heutige Zeit, während der einleitende Satz des Abschnittes auf die Zeit von 1865/66 zurückweist. Die Trennung durch Absatz macht dies Verhältniß klarer.

und den mir befreundeten Grafen Platen dafür zu gewinnen, und es war alle Aussicht vorhanden, daß wenigstens ein Neutralitätsvertrag zu Stande kommen werde, als am 21. Januar 1866 Graf Platen in Berlin mit mir über die Verheirathung der hanöverschen Prinzessin Friederike mit unserm jungen Prinzen Albrecht verhandelte, und wir das Einverständniß beider Höfe so weit zu Stande brachten, daß nur noch eine persönliche Begegnung der jungen Herrschaften vorbehalten wurde, um deren gegenseitigen Eindruck festzustellen[1]).

Aber schon im März oder April fing man in Hanover unter fadenscheinigen Vorwänden an, Reserven einzuberufen. Es hatten Einflüsse auf den König Georg stattgefunden, namentlich durch seinen Halbbruder, den östreichischen General Prinzen (Karl zu) Solms, der nach Hanover gekommen war und den König umgestimmt hatte durch übertriebene Schildrung der östreichischen Heereskräfte, von denen 800000 Mann bereit seien[2]), und wie ich aus intimen hanöverschen Quellen vernommen habe, auch durch ein Erbieten von territorialer Vergrößerung, mindestens durch den Regirungs-Bezirk Minden. Meine amtlichen Anfragen bezüglich der Rüstungen Hanovers wurden mit der fast höhnisch klingenden Auskunft beantwortet, daß die Herbstübungen aus wirthschaftlichen Gründen schon im Frühjahr abgehalten werden sollten[3]).

Mit dem Thronfolger in Kur-Hessen, Prinzen Friedrich Wilhelm, hatte ich in Berlin noch am 14. Juni eine Besprechung[4]), in der ich ihm empfahl, mit einem Extrazuge nach Kassel zu fahren und die Neutralität Kurhessens oder doch der dortigen Truppen sicher zu stellen, sei es durch

[1]) Vgl. v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland, Bd. I (Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1896) 118 f.

[2]) Vgl. die aus den Akten des Auswärtigen Amtes entnommenen Auszüge aus dem Berichte des Prinzen Ysenburg bei v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866, S. 121 f.

[3]) Vgl. Politische Reden IV 137.

[4]) Vgl. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, IV 439 Anm. 1.

Beeinflussung des Kurfürsten, sei es unabhängig von diesem. Der Prinz weigerte sich früher, als mit dem fahrplanmäßigen Zuge zu reisen. Ich stellte ihm vor, er würde dann zu spät kommen, um den Krieg zwischen Preußen und Hessen zu hindern und den Fortbestand des Kurstaats zu sichern. Wenn die Oestreicher siegten, so würde er immer vis major geltend machen können, seine neutrale Haltung ihm sogar vielleicht preußische Landestheile einbringen; wenn wir aber siegten, nachdem er sich geweigert, neutral zu bleiben, so würde der Kurstaat nicht fortbestehn; der hessische Thron sei immer einen Extrazug werth. Der Prinz machte der Unterredung ein Ende mit den Worten: „Wir sehn uns wohl noch einmal in diesem Leben wieder, und 800000 gute östreichische Truppen haben auch noch ein Wort mitzureden." Hatte doch auch die von dem Könige noch aus Horsitz am 6. und aus Pardubitz am 8. Juli in dem freundschaftlichsten Tone an den Kurfürsten gerichtete Aufforderung, ein Bündniß mit Preußen zu schließen und seine Truppen aus dem feindlichen Lager zurückzurufen, keinen Erfolg.

Auch der Erbprinz von Augustenburg hatte durch Ablehnung der sogenannten Februarbedingungen den günstigen Moment versäumt. Von welfischer Seite[1]) ist neuerdings folgende Version verbreitet worden: Der Verfasser behauptet, von dem Prinzen erfahren zu haben, daß derselbe sich in einer Audienz bei dem Könige Wilhelm zu den geforderten Zugeständnissen verpflichtet, der König ihm die Einsetzung als Herzog zugesichert und die formelle Erledigung durch den Ministerpräsidenten auf den nächsten Tag zugesagt habe. Ich hätte mich am folgenden Tage bei dem Prinzen eingestellt, ihm aber gesagt, mein Wagen hielte vor der Thüre, ich müsse in diesem Augenblicke nach Biarritz zum Kaiser Napoleon reisen, der Prinz sei aufgefordert worden, einen Bevollmächtigten in Berlin zurück-

[1]) Erinnerungen und Erlebnisse des kgl. hannöverschen General-Major Dammers. Hannover, Helwing's Verlag, 1890 S. 94 f.

zulassen, und nicht wenig erstaunt gewesen, am nächsten Tage in den Berliner Zeitungen zu lesen, daß er die preußischen Vorschläge abgelehnt habe.

Es ist das eine plumpe Erfindung, in der Hauptsache und in allen Einzelheiten. Die Verhandlungen mit dem Erbprinzen sind von Sybel[1]) nach den Acten dargestellt; ich habe dazu aus meiner Erinnrung und meinen Papieren Einiges nachzutragen. Der König ist niemals mit dem Erbprinzen einig gewesen; ich war nie in des Letztern Wohnung und habe ihm gegenüber nie die Namen Biarritz und Napoleon ausgesprochen; ich bin 1864 am 1. October nach Baden, von dort am 5. nach Biarritz, 1865 am 30. September direct dorthin gereist und 1863 garnicht in Biarritz gewesen. Eine Unterredung mit ihm habe ich zweimal gehabt; auf die erste (am 18. November 1863) bezieht sich sein nachstehender Brief[2]):

„Ew. Excellenz wollen mir erlauben, daß ich mich in einigen Zeilen an Sie wende, die veranlaßt sind durch einen Artikel, den No. 282 der Kreuzzeitung [vom 3. December] bringt, und von welchem ich erst nachträglich Kenntniß erhalten habe. In diesem Artikel wird u. A. von mir berichtet, ich habe einem Deputirten gegenüber die Aeußerung gethan, ‚Herr von Bismarck sei mein Freund nicht'. Den Wortlaut dessen, was ich bei jener Gelegenheit gesagt habe, vermag ich nicht anzugeben, da es sich hier um eine in der Conversation gefallene Aeußerung handelt. Es ist recht wohl möglich, daß ich mein Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß Ew. Excellenz politische Anschauungen über die gegenwärtige Lage der schleswig-holsteinschen Angelegenheit nicht mit den meinigen übereinstimmen, wie ich keinen Anstand genommen habe, dies Ihnen selbst gegenüber bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin offen auszusprechen. Ich bin mir jedoch vollkommen bewußt, daß ich die in der Zeitung referirte Aeußerung

[1]) Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, Bd. III 337 f.
[2]) Bismarck-Jahrbuch V 256.

nicht gethan habe, da ich mir stets zur festen Regel gemacht habe, das Politische von dem Persönlichen zu trennen. Ich bedauere daher aufrichtig, daß eine solche Nachricht ihren Weg in die Zeitungen gefunden hat.

Ich habe mich umsomehr verpflichtet gefühlt, mit dieser Erklärung nicht zurückzuhalten, je mehr ich die loyale Weise anerkennen muß, in welcher Ew. Excellenz mir in Berlin offen sagten, daß Sie zwar persönlich von meinem Rechte überzeugt seien und es billigten, wenn ich suchte meinem Rechte Geltung zu verschaffen, daß Sie jedoch in Berücksichtigung der von Preußen eingegangenen Verbindlichkeiten sowie der allgemeinen Weltlage mir keine Versprechungen zu machen vermöchten.

Mit ꝛc. ꝛc.

Gotha, den 11. Dec. 63.

Friedrich."

Am 16. Januar 1864 schrieb mir Seine Majestät[1]):

„Mein Sohn kam heute Abend noch zu mir, um mir die Bitte des Erbprinzen von Augustenburg vorzutragen, aus den Händen des Herrn Sammer ein Schreiben desselben entgegenzunehmen, und ob ich nicht dieserhalb seine Soirée besuchen wolle, wo ich ganz unbemerkt den pp. S. in einem abgelegenen Zimmer finden könne. Ich lehnte dies ab, bis ich den Brief des Prinzen gelesen haben würde, weshalb ich meinem Sohn aufgab, mir denselben zuzusenden. Dies ist geschehen und lege ich den Brief hier bei[2]). Er enthält nichts Verfängliches außer am Schluß, wo er mich fragt, ob ich dem pp. S. nicht einige Hoffnung geben könne? Vielleicht könnten Sie mir eine Antwort morgen noch fertigen lassen, die ich dem pp. S. mitgeben kann[3]).

[1]) Bismarck-Jahrbuch V 254 f., Anhang zu Bismarck's Gedanken und Erinnerungen I 100 f.

[2]) Veröffentlicht in Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung. Herausg. von Karl Sammer. S. 695 Beil. 11.

[3]) S. dieses von Bismarck verfaßte Schreiben des Königs vom 18. Januar bei Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung, S. 701 f. Beil. 14.

Wenn ich ihn incognito bei meinem Sohne doch noch sehen wollte, so könnte ich ihm keine andere Hoffnung geben, als die, welche in der Punctation[1]) angedeutet sind (lies: ist), d. h., daß man nach dem Siege sehen würde, welch neue Basen für die Zukunft aufzustellen wären, und den Ausspruch in F. a/M. über die Succession abzuwarten.

W."

Und am 18. Januar[2]):

„Ich berichte Ihnen, daß ich mich doch endschloß, den Sammer bei meinem Sohn zu sehen ungefähr 6—10 Minuten in dessen Gegenwart[3]). Ich sprach ihm ganz im Sinne der projectirten Antwort[4]), aber noch etwas kühler und sehr ernst. Vor Allem sagte ich bestimmt, daß der Prinz keinen Falls nach Schleswig einfallen dürfe. Mündlich mehr.

W."

In einer Denkschrift vom 26. Februar 1864 bezeichnete der Kronprinz folgende Forderungen Preußens als sachlich begründet[5]): Rendsburg Bundesfestung, Kiel eine preußische Marinestation, Beitritt zum Zollverein, Bau eines Canals zwischen beiden Meeren und eine Militär- und Marine-Convention mit Preußen; er hegte die Hoffnung, daß der Erbprinz bereitwillig darauf eingehn werde.

Nachdem die preußischen Bevollmächtigten am 28. Mai 1864 auf der Londoner Conferenz die Erklärung abgegeben hatten, daß die deutschen Mächte die Constituirung Schles-

[1]) Am 16. Januar von Rechberg und Werther unterzeichnet, s. Der deutsch-dänische Krieg, bearbeitet vom Preußischen Generalstab I Anl. 6 S. 21* f.

[2]) Bismarck-Jahrbuch V 255, Anhang I 101.

[3]) Ueber den Verlauf der Unterredung berichtet die Aufzeichnung Sammer's in Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung, 696 ff. Beil. 12.

[4]) Des Schreibens vom 18., das im Entwurfe dem Könige am 17. vorgelegt worden ist.

[5]) Sie fußt auf dem Schreiben des Erbprinzen Friedrich vom 19. Febr. 1864, siehe: Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung S. 705 ff.

wig-Holsteins als eines selbständigen Staates unter der Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg begehrten, hatte ich mit dem Letztern am 1. Juni 1864, Abends von 9 bis 12 Uhr, in meiner Wohnung eine Besprechung, um festzustellen, ob ich dem Könige zur Vertretung seiner Candidatur rathen könne. Die Unterredung drehte sich hauptsächlich um die von dem Kronprinzen in der Denkschrift vom 26. Februar bezeichneten Punkte. Die Erwartung Seiner Königlichen Hoheit, daß der Erbprinz bereitwillig darauf eingehn würde, fand ich nicht bestätigt. Die Substanz der Erklärungen des Letztern ist von Sybel nach den Acten gegeben[1]). Am lebhaftesten widersprach er den Landabtretungen behufs der Anlage von Befestigungen; sie könnten sich ja auf eine Quadratmeile belaufen, meinte er. Ich mußte unsre Forderung als abgelehnt, eine weitre Verhandlung als aussichtslos betrachten, auf die der Prinz hinzudeuten schien, indem er beim Abschiede sagte: „Wir sehn uns wohl noch" — nicht in dem drohenden Sinne, in welchem Prinz Friedrich von Hessen zwei Jahre später mir dieselben Worte[2]) sagte, sondern als Ausdruck seiner Unentschiedenheit. Wiedergesehn habe ich den Erbprinzen erst am Tage nach der Schlacht von Sedan in bairischer Generalsuniform.

Nachdem am 30. October 1864 der Friede mit Dänemark geschlossen war, wurden die Bedingungen formulirt, unter denen wir die Bildung eines neuen Staates Schleswig-Holstein nicht als eine Gefahr für die Interessen Preußens und Deutschlands ansehn würden. Unter dem 22. Februar 1865 wurden sie nach Wien mitgetheilt. Sie deckten sich mit den vom Kronprinzen empfohlnen.

---

[1]) Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, III 337 ff.; zu vergleichen der Bericht Bismarck's im Staatsanzeiger vom 2. Juli 1865, sowie die Aeußerungen in den Reden vom 13. Juni 1865 und 20. December 1866 (Politische Reden III 387. 389, IV 102 f.); das Referat des Herzogs in Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung, S. 731 (vgl. S. 336 ff.).

[2]) S. o. S. 42.

V.

Eine der Anlagen, zu denen ich die Berechtigung gefordert hatte, ist nach langem Zögern jetzt[1]) in der Ausführung begriffen: der Nord-Ostsee-Canal. Im Interesse der deutschen Seemacht, die damals nur unter preußischem Namen entwicklungsfähig war, hatte ich, und nicht ich allein, einen hohen Werth auf die Herstellung des Canals und den Besitz und die Befestigung seiner beiden Mündungen gelegt. Das Verlangen, die Concentrirung der Streitkräfte zur See vermittelst Durchbrechung der Landstrecke, die beide Meere trennt, möglich zu machen, war in Nachwirkung des beinahe krankhaften Flottenenthusiasmus von 1848 noch sehr lebhaft, schlief aber zeitweise ein, als wir freie Verfügung über das Territorium erworben hatten. In meinem Bemühn, das Interesse wieder zu erwecken, stieß ich auf Widerspruch bei der Landesvertheidigungs-Commission, deren Vorsitzender der Kronprinz, deren eigentliche Spitze der Graf Moltke war. Letztrer erklärte als Mitglied des Reichstags am 23. Juni 1873[2]), der Canal werde nur im Sommer benützbar und von zweifelhaftem militärischen Werthe sein; für 40 bis 50 Millionen Thaler, die er kosten werde, baue man besser eine zweite Flotte. Die Gründe, die mir in der Bewerbung um die königliche Entscheidung entgegen gesetzt wurden, hatten ihr Gewicht mehr in dem großen Ansehn, das die militärischen Kreise bei Sr. Majestät genossen als in ihrem materiellen Inhalt; sie gipfelten in dem Argument, daß ein so kostspieliges Werk wie der Canal zu seinem Schutze im Kriege eine Truppenmasse erfordern würde, die wir der Landarmee nicht ohne Schaden entziehn könnten. Es wurde die Ziffer von 60 000 Mann angegeben, die im Falle eines dänischen Anschlusses an feindliche Landungen zum Schutze des Canals verfügbar gehalten werden müßten. Ich wandte dagegen ein, daß wir Kiel mit seinen Anlagen, Hamburg

[1]) D. h. zur Zeit der Niederschrift dieser Erinnerungen 1891/92.
[2]) Moltke's Reden. Gesammelte Schriften. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn. VII 25 ff.

und den Weg von dort nach Berlin immer würden decken müssen, auch wenn kein Canal vorhanden sei. Unter der Last des Uebermaßes andrer Geschäfte und den mannichfachen Kämpfen der siebziger Jahre konnte ich nicht die Kraft und Zeit aufwenden, um den Widerstand der genannten Behörde vor dem Kaiser zu überwinden; die Sache blieb in den Acten liegen. Ich schreibe den Widerstand mehr der militärischen Eifersucht zu, mit der ich 1866, 1870 und später Kämpfe zu bestehn hatte, die meinem Gemüthe peinlicher gewesen sind als die meisten andern.

Bei meinem Bemühn, die Zustimmung des Kaisers zu gewinnen, hatte ich weniger die handelspolitischen Vortheile als die ihm mehr eingänglichen militärischen Erwägungen in den Vordergrund gestellt. Die holländische Kriegsmarine hat den Vortheil, Canäle im Binnenlande benutzen zu können, die den größten Schiffen den Durchgang gestatten. Unser analoges Bedürfniß einer Canalverbindung wird durch das Vorhandensein der dänischen Halbinsel und die Vertheilung unsrer Flotte auf zwei getrennten Meeren wesentlich gesteigert. Wenn unsre gesammte Flotte aus dem Kieler Hafen, der Elbemündung und eventuell, bei Verlängrung des Canals, der Jahde ausfallen kann, ohne daß ein blockirender Feind es vorher weiß, so ist der letztre genöthigt, in jedem der beiden Meere ein unsrer ganzen Flotte äquivalentes Geschwader zu unterhalten. Aus diesen und andern Gründen war ich der Meinung, daß die Herstellung des Canals unsrer Küstenvertheidigung nützlicher sein würde, als die Verwendung der Canalkosten auf Festungsbau und Mehranschaffung von Schiffen, für deren Bemannung wir nicht über unbegrenzte Kräfte verfügen. Mein Wunsch war, den Canal von der Niederelbe in westlicher Richtung so weit fortzusetzen, daß die Wesermündung, die Jahde und eventuell auch die Emsmündung zu Ausfallpforten, welche der blockirende Feind zu beobachten hätte, hergerichtet würden. Die westliche Fortsetzung des Canals wäre verhältnißmäßig weniger kostspielig, als die Durchschneidung des holsteinischen Land-

rückens, da sich Linien von gleichmäßigem Niveau darbieten, auch zur Umgehung der hohen Geest an der Landspitze zwischen der Weser und der Elbemündung.

Im Hinblick auf eine, voraussichtlich französische, Blockade war bisher die Deckung Helgolands durch die englische Neutralität für uns nützlich; ein französisches Geschwader konnte daselbst kein Kohlendepot haben, sondern war genöthigt, zur Beschaffung des Kohlenbedarfs in bestimmten, nicht zu langen Zeiträumen nach französischen Häfen zurückzukehren oder eine große Anzahl von Frachtschiffen hin- und hergehn zu lassen. Jetzt[1]) haben wir den Felsen mit eigner Kraft zu vertheidigen, wenn wir verhindern wollen, daß die Franzosen im Falle des Kriegs sich daselbst festsetzen.

Welche Gründe um das Jahr 1885 den Widerstand der Landesvertheidigungs-Commission abgeschwächt haben, weiß ich nicht; vielleicht hatte Graf Moltke sich inzwischen überzeugt, daß der Gedanke eines deutsch-dänischen Bündnisses, mit dem er sich früher getragen hatte, unausführbar sei.

[1]) Nach der Erwerbung von Helgoland im Jahre 1890.

Zwanzigstes Kapitel.

Nikolsburg.

I.

Am 30. Juni 1866 Abends[1]) traf Seine Majestät mit dem Hauptquartier in Reichenberg ein. Die Stadt von 28,000 Einwohnern beherbergte 1800 östreichische Gefangne und war nur von 500 preußischen Trainsoldaten mit alten Carabinern besetzt; nur einige Meilen davon lag die sächsische Reiterei. Diese konnte in einer Nacht Reichenberg erreichen und das ganze Hauptquartier mit Sr. Majestät aufheben. Daß wir in Reichenberg Quartier hatten, war telegraphisch publicirt geworden. Ich erlaubte mir den König hierauf aufmerksam zu machen, und infolge dieser Anregung wurde befohlen, daß die Trainsoldaten sich einzeln und unauffällig nach dem Schlosse[2]) begeben sollten, wo der König Quartier genommen hatte. Die Militärs waren über diese meine Einmischung empfindlich, und um ihnen zu beweisen, daß ich um *meine* Sicherheit nicht besorgt sei, verließ ich das Schloß, wohin Seine Majestät mich befohlen hatte, und behielt mein Quartier in der Stadt. Es war damit schon der Keim zu einer der Ressort-Eifersucht entspringenden Verstimmung der Militärs gegen mich wegen meiner persönlichen Stellung zu Sr. Majestät gelegt, die sich im Laufe des Feldzugs und des französischen Krieges weiter entwickelte.

Nach der Schlacht von Königgrätz war die Situation derartig, daß ein Eingehn auf die erste Annäherung Oest-

[1]) Richtiger: Nachmittags.
[2]) Des Grafen Clam Gallas.

reichs zu Friedensunterhandlungen nicht nur möglich, sondern durch die Einmischung Frankreichs geboten erschien. Letztre datirte von dem in der Nacht vom 4. zum 5. Juli in Horřicz*) eingetroffnen, an Seine Majestät gerichteten Telegramm, in welchem Louis Napoleon dem Könige mittheilte, daß der Kaiser Franz Joseph ihm Venetien abgetreten und seine Vermittlung angerufen habe. Der glänzende Erfolg der Waffen des Königs nöthige Napoleon aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszutreten[1]). Die Einmischung war hervorgerufen durch unsern Sieg, nachdem Napoleon bis dahin auf unsre Niederlage und Hülfsbedürftigkeit gerechnet hatte. Wenn unsrerseits der Sieg von Königgrätz durch Eingreifen des Generals v. Etzel und durch energische Verfolgung des geschlagnen Feindes vermittelst unsrer intacten Cavallerie vollständig ausgenutzt worden wäre, so würde wahrscheinlich die Sendung des Generals von Gablenz in das preußische Hauptquartier schon zu dem Abschluß nicht nur eines Waffenstillstandes, sondern auch der Basen des künftigen Friedens geführt haben, bei der Mäßigung, welche unsrerseits und damals auch noch bei dem Könige in Bezug auf die Bedingungen des Friedens vorwaltete, eine Mäßigung, die damals von Oestreich doch schon mehr als nützlich beanspruchte und uns als künftige Genossen alle bisherigen Bundesglieder, aber alle verkleinert und verletzt, gelassen hätte. Auf meinen Antrag antwortete Seine Majestät dem Kaiser Napoleon dilatorisch, aber doch mit Ablehnung jedes Waffenstillstandes ohne Friedensbürgschaften.

Ich fragte später in Nikolsburg[2]) den General von

*) So schreibt der Generalstab, gesprochen wird es Horsitz.

[1]) S. L. Schneider, Aus dem Leben Wilhelm's I., Bd. I 253 f.

[2]) Diese Frage an Moltke kann nicht erst in Nikolsburg gestellt worden sein, wohin das Hauptquartier am 18. Juli verlegt wurde. Ihre Beantwortung durch Moltke in dem im Texte angegebenen Sinne, die durch Moltke's Schreiben an Bismarck vom 8. Aug. 1866 bestätigt wird, bestimmte Bismarck dazu, dem Könige die Bildung der ungarischen Legion vorzuschlagen. Der Befehl dazu erging am 14. Juli. — Vgl. v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 II 597 f.

Moltke, was er thun würde, wenn Frankreich militärisch eingriffe. Seine Antwort war: Eine defensive Haltung gegen Oestreich, mit Beschränkung auf die Elblinie, inzwischen Führung des Kriegs gegen Frankreich.

Dieses Gutachten befestigte mich noch mehr in meinem Entschlusse, Seiner Majestät den Frieden auf der Basis der territorialen Integrität Oestreichs anzurathen. Ich war der Ansicht, daß wir im Falle der französischen Einmischung entweder sofort unter mäßigen Bedingungen mit Oestreich Frieden und wo möglich ein Bündniß schließen müßten, um Frankreich anzugreifen, oder daß wir Oestreich durch raschen Anlauf und durch Fördrung des Conflicts in Ungarn, vielleicht auch in Böhmen, schnell vollends lahm zu legen und bis dahin gegen Frankreich, nicht, wie Moltke wollte, gegen Oestreich, uns nur defensiv zu verhalten hätten. Ich war des Glaubens, daß der Krieg gegen Frankreich, den Moltke, wie er sagte, zuerst und schnell führen wollte, nicht so leicht sein, daß Frankreich zwar für die Offensive wenig Kräfte übrig haben, aber in der Defensive nach geschichtlicher Erfahrung im Lande selbst bald stark genug werden würde, um den Krieg in die Länge zu ziehn, so daß wir dann vielleicht unsre Defensive gegen Oestreich an der Elbe nicht siegreich würden halten können, wenn wir einen Invasionskrieg in Frankreich, mit Oestreich und Süddeutschland feindlich im Rücken, zu führen hätten. Ich wurde durch diese Perspective zur lebhaftern Anstrengung im Sinne des Friedens bestimmt.

Eine Betheiligung Frankreichs am Kriege hätte damals vielleicht nur 60000 Mann französischer Truppen sofort nach Deutschland in das Gefecht geführt, vielleicht noch weniger; diese Zuthat zu dem Bestande der süddeutschen Bundesarmee wäre jedoch ausreichend gewesen, um für die letztre die einheitliche und energische Führung, wahrscheinlich unter französischem Obercommando, herzustellen. Allein die bairische Armee soll zur Zeit des Waffenstillstandes 100000 Köpfe stark gewesen sein, und mit den übrigen

verfügbaren deutschen Truppen, an sich guten und tapfern Soldaten, und 60 000 Franzosen wäre uns von Südwesten her eine Armee von 200 000 Mann unter einheitlicher kräftiger französischer Leitung anstatt der frühern, schüchternen und zwiespältigen entgegengetreten, der wir vorwärts (von) Berlin keine gleichwerthigen Streitkräfte gegenüberzustellen hatten, ohne Wien gegenüber zu schwach zu werden. Mainz war von Bundestruppen unter dem Befehl des bairischen Generals Grafen Rechberg besetzt; wären die Franzosen einmal darin gewesen, so würde es harte Arbeit gekostet haben, sie daraus zu entfernen.

Unter dem Druck der französischen Intervention und zu einer Zeit, als es sich noch nicht übersehn ließ, ob es gelingen werde, sie auf dem diplomatischen Gebiete festzuhalten, entschloß ich mich, dem Könige den Appell an die ungarische Nationalität anzurathen. Wenn Napoleon in der angedeuteten Weise in den Krieg eingriff, Rußlands Haltung zweifelhaft blieb, namentlich aber die Cholera in unsrer Armee weitre Fortschritte machte, so konnte unsre Lage eine so schwierige werden, daß wir zu jeder Waffe, die uns die entfesselte nationale Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und Böhmen darbieten konnte, greifen mußten, um nicht zu unterliegen[1]).

II.

Am 12. Juli fand in dem Marschquartier Czernahora Kriegsrath, oder, wie die Militärs die Sache genannt haben wollen, Generalsvortrag Statt — ich behalte der Kürze und des allgemeinen Verständnisses wegen den erstern auch von Roon*) gebrauchten Ausdruck bei, obwohl der Feldmarschall Moltke in einem dem Professor von Treitschke am 9. Mai 1881 übergebenen Aufsatze

*) In dem Briefe an seine Gemalin vom 7. Februar 1871 (Denkwürdigkeiten III[4] 297).

[1]) Vgl. die Aeußerung in der Rede vom 16. Januar 1874, Politische Reden VI 140.

bemerkt hat, daß in beiden Kriegen niemals Kriegsrath gehalten worden sei[1]). Zu diesen unter dem Vorsitz des Königs gehaltnen Berathungen, die anfangs regelmäßig, später in größern Abständen Statt fanden, wurde ich 1866 zugezogen, wenn ich erreichbar war. An jenem Tage[2]) handelte es sich um die Richtung des weitern Vorgehns gegen Wien; ich war verspätet zur Besprechung erschienen, und der König orientirte mich, daß es sich darum handle, die Befestigungen der Floridsdorfer Linien zu überwältigen, um nach Wien zu gelangen, daß dazu nach der Beschaffenheit der Werke schweres Geschütz aus Magdeburg herbeigeführt werden müsse*) und daß dazu eine Transportzeit von 14 Tagen erforderlich sei. Nachdem Breschе gelegt, sollten die Werke gestürmt werden, wofür ein muthmaßlicher Verlust von 2000 Mann veranschlagt wurde. Der König verlangte meine Meinung über die Frage. Mein erster Eindruck war, daß wir 14 Tage nicht verlieren durften, ohne die Gefahr mindestens der französischen Einmischung sehr viel näher zu rücken, als sie ohnehin lag**). Ich machte meine Besorgniß geltend und sagte: „Vierzehn Tage abwartender Pause können wir nicht verlieren, ohne das Schwergewicht des französischen Arbitriums

*) In dem Werke des Generalstabs heißt es S. 484 unter dem 14. Juli: „Nach Dresden wurde an den Obersten Mertens telegraphirt, 50 dorthin dirigirte [also wohl noch nicht eingetroffne] schwere Geschütze so bereit zu halten, daß sie, sobald es befohlen würde, ohne Zeitverlust auf der Eisenbahn abgesandt werden könnten. Die Eisenbahn jenseits Lundenburg war zerstört; der General von Hindersin wurde daher beauftragt, an dem genannten Orte einen Park von Transportmitteln zusammen zu bringen."

**) Die Situation war ähnlich wie 1870 vor Paris.

[1]) Vgl. Moltke, Gesammelte Schriften III 415 ff.

[2]) v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 III 651 bezweifelt, daß diese Erörterung schon am 12. Juli stattgefunden habe. Inhaltlich werden aber Bismarck's Angaben kaum anzufechten sein; wenn die Ausführung erst durch den Erlaß vom 19. Juli angeordnet wurde, so erklärt sich die zeitliche Differenz zwischen Vorschlag und Ausführung wohl eben aus dem Widerstreben der militärischen Berather des Königs gegen Bismarck's Heranziehung zu rein militärischen Erörterungen.

gefährlich zu verstärken." Ich stellte die Frage, ob wir überhaupt die Floridsdorfer Befestigungen stürmen müßten, ob wir sie nicht umgehn könnten. Mit einer Viertelschwenkung links könnte die Richtung auf Preßburg genommen und die Donau dort mit leichtrer Mühe überschritten werden. Entweder würden die Oestreicher dann den Kampf in ungünstiger Lage mit Front nach Osten südlich (von) der Donau aufnehmen oder vorher auf Ungarn ausweichen; dann sei Wien ohne Schwertstreich zu nehmen. Der König ließ sich eine Karte reichen und sprach sich zu Gunsten dieses Vorschlags aus; die Ausführung wurde, wie mir schien widerstrebend, in Angriff genommen, aber sie geschah.

Nach dem Generalstabswerke, S. 522, erging erst unter dem 19. Juli folgender Erlaß des Großen Hauptquartiers:

„Es ist die Absicht Sr. Majestät des Königs, die Armee in einer Stellung hinter dem Rußbach zu concentriren ... In dieser Stellung soll die Armee zunächst in der Lage sein, einem Angriff entgegen zu treten, welchen der Feind mit etwa 150000 Mann von Floridsdorf aus zu unternehmen vermag; demnächst soll sie aus derselben entweder die Floridsdorfer Verschanzungen recognosciren und angreifen, oder aber, unter Zurücklassung eines Observationscorps gegen Wien, möglichst schnell nach Preßburg abmarschiren können ... Beide Armeen schieben ihre Vortruppen und Recognoscirungen an den Rußbach in der Richtung Wolkersdorf und Deutsch-Wagram vor. Gleichzeitig mit diesem Vorrücken soll der Versuch gemacht werden, Preßburg durch überraschenden Angriff in Besitz zu nehmen und den eventuellen Donauübergang daselbst zu sichern."

Mir kam es für unsre spätern Beziehungen zu Oestreich darauf an, kränkende Erinnrungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung unsrer deutschen Politik thun ließ[1]). Der siegreiche Einzug des

[1]) Lenz, Zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen S. 62 sieht in diesem Satze ein Argument, dessen sich Bismarck bei der

preußischen Heers in die feindliche Hauptstadt wäre für unsre Militärs natürlich eine befriedigende Erinnrung gewesen, für unsre Politik war er kein Bedürfniß; in dem östreichischen Selbstgefühl hätte er gleich jeder Abtretung alten Besitzes an uns eine Verletzung hinterlassen, die, ohne für uns ein zwingendes Bedürfniß zu sein, die Schwierigkeit unsrer künftigen gegenseitigen Beziehungen unnöthig gesteigert haben würde. Es war mir schon damals nicht zweifelhaft, daß wir die Errungenschaften des Feldzugs in fernern Kriegen zu vertheidigen haben würden, wie Friedrich der Große die Ergebnisse seiner beiden ersten schlesischen Kriege in dem schärfern Feuer des siebenjährigen. Daß ein französischer Krieg auf den östreichischen folgen werde, lag in der historischen Consequenz, selbst dann, wenn wir dem Kaiser Napoleon die kleinen Spesen, die er für seine Neutralität von uns erwartete, hätten bewilligen können. Auch nach russischer Seite hin konnte man zweifeln, welche Wirkung eintreten werde, wenn man sich dort klar machte, welche Erstarkung für uns in der nationalen Entwicklung Deutschlands lag. Wie sich die spätern Kriege um die Behauptung des Gewonnenen gestalten würden, war nicht vorauszusehn; in allen Fällen aber war es von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unsern Gegnern hinterließen, unversöhnlich, die Wunden, die wir ihnen und ihrem Selbstgefühl geschlagen, unheilbar sein würden. In dieser Erwägung lag für mich ein politischer Grund, einen triumphirenden Einzug in Wien, nach Napoleonischer Art, eher zu verhüten als herbeizuführen. In Lagen, wie die unsrige damals war, ist

---

damaligen Kriegslage im Kriegsrathe nicht bedient haben könne. Die Beziehung des Satzes auf den Kriegsrath aber ist von Lenz künstlich hergestellt. Der Satz enthält eine rückschauende Betrachtung. Daß ihm die darin niedergelegte Auffassung auch im Juli 1866 nicht fremd war, er im Gegentheil bemüht war, Oesterreich soviel als möglich zu schonen, geht aus dem Ausspruche hervor, den er am Abend der Schlacht bei Königgrätz that: „Die Streitfrage ... ist entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oestreich wiederzugewinnen" (Sybel V 203).

es politisch geboten, sich nach einem Siege nicht zu fragen, wie viel man dem Gegner abdrücken kann, sondern nur zu erstreben, was politisches Bedürfniß ist. Die Verstimmung, die mein Verhalten mir in militärischen Kreisen eintrug, habe ich als die Wirkung einer militärischen Ressortpolitik betrachtet, der ich den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik und deren Zukunft nicht einräumen konnte.

III.

Als es darauf ankam, zu dem Telegramm Napoleon's vom 4. Juli Stellung zu nehmen, hatte der König die Friedensbedingungen so skizzirt: Bundesreform unter preußischer Leitung, Erwerb Schleswig-Holsteins, Oestreichisch-Schlesiens, eines böhmischen Grenzstrichs, Ostfrieslands, Ersetzung der feindlichen Souveräne von Hanover, Kurhessen, Meiningen, Nassau durch ihre Thronfolger. Später traten andre Wünsche hervor, die theils in dem Könige selbst entstanden, theils durch äußre Einflüsse erzeugt waren. Der König wollte Theile von Sachsen, Hanover, Hessen annectiren, besonders aber Ansbach und Bayreuth wieder an sein Haus bringen. Seinem starken und berechtigten Familiengefühl lag der Rückerwerb der fränkischen Fürstenthümer nahe.

Ich erinnre mich, auf einem der ersten Hoffeste, denen ich in den 30er Jahren beiwohnte, einem Costümballe bei dem damaligen Prinzen Wilhelm, diesen in der Tracht des Kurfürsten Friedrich I. gesehn zu haben. Die Wahl des Costüms außerhalb der Richtung der übrigen war der Ausdruck des Familiengefühls, der Abstammung, und selten wird dieses Costüm natürlicher und kleidsamer getragen worden sein, als von dem damals etwa 37 Jahre alten Prinzen Wilhelm, dessen Bild darin mir stets gegenwärtig geblieben ist. Der starke dynastische Familiensinn war vielleicht in Kaiser Friedrich III. noch schärfer ausgeprägt, aber gewiß ist, daß 1866 der König auf Ansbach und Bayreuth noch schwerer verzichtete als auf Oestreichisch-

Schlesien, Deutsch-Böhmen und Theile von Sachsen. Ich legte an Erwerbungen von Oestreich und Baiern den Maßstab der Frage, ob die Einwohner in etwaigen Kriegen bei einem Rückzuge der preußischen Behörden und Truppen dem Könige von Preußen noch treu bleiben, Befehle von ihm annehmen würden, und ich hatte nicht den Eindruck, daß die Bevölkerung dieser Gebiete, die in die bairischen und östreichischen Verhältnisse eingelebt ist, in ihrer Gesinnung den Hohenzollern'schen Neigungen entgegenkommen würde.

Das alte Stammland der Brandenburger Markgrafen im Süden und Osten von Nürnberg etwa zu einer preußischen Provinz mit Nürnberg als Hauptstadt gemacht, wäre kaum ein Landestheil gewesen, den Preußen in Kriegsfällen von Streitkräften entblößen und unter den Schutz seiner dynastischen Anhänglichkeit hätte stellen können. Die letztre hat während der kurzen Zeit des preußischen Besitzes keine tiefen Wurzeln geschlagen, trotz der geschickten Verwaltung durch Hardenberg, und war seither in der bairischen Zeit vergessen, so weit sie nicht durch confessionelle Vorgänge in Erinnrung gebracht wurde, was selten und vorübergehend der Fall war. Wenn auch gelegentlich das Gefühl der bairischen Protestanten verletzt wurde, so hat sich die Empfindlichkeit darüber niemals in Gestalt einer Erinnrung an Preußen geäußert. Uebrigens wäre auch nach einer solchen Beschneidung der bairische Stamm von den Alpen bis zur Oberpfalz in der Verbittrung, in welche die Verstümmlung des Königreichs ihn versetzt haben würde, immer als ein schwer zu versöhnendes und nach der ihm innewohnenden Stärke gefährliches Element für die zukünftige Einigkeit zu betrachten gewesen. Es gelang mir jedoch in Nikolsburg nicht, dem Könige meine Ansichten über den zu schließenden Frieden annehmbar zu machen. Ich mußte daher Herrn von der Pfordten, der am 24. Juli dorthin gekommen war, unverrichteter Sache abreisen lassen und mich mit einer Kritik seines Verhaltens vor dem Kriege begnügen. Er

war ängstlich, die östreichische Anlehnung vollständig aufzugeben, obgleich er sich auch dem Wiener Einfluß gern entzogen hätte, wenn es ohne Gefahr möglich war; aber Rheinbunds-Velleitäten, Reminiscenzen an die Stellung, die die deutschen Kleinstaaten unter französischem Schutze von 1806 bis 1814 gehabt hatten, waren bei ihm nicht vorhanden — ein ehrlicher und gelehrter, aber politisch nicht geschickter deutscher Professor.

Dieselbe Erwägung, wie in Betreff der fränkischen Fürstenthümer, machte ich Sr. Majestät gegenüber geltend in Betreff Oestreichisch-Schlesiens, das eine der kaisertreuesten Provinzen, überdies vorwiegend slavisch bevölkert ist, und in Betreff der böhmischen Gebiete, die der König auf Andringen des Prinzen Friedrich Karl als Glacis vor den sächsischen Bergen behalten wollte, Reichenberg, das Egerthal, Karlsbad. Es kam später hinzu, daß Karolyi jede Landabtretung kategorisch ablehnte, selbst die von mir ihm gegenüber berührte des kleinen Gebiets von Braunau[1]), dessen Besitz für uns ein Eisenbahninteresse hatte. Ich zog vor, auch darauf zu verzichten, sobald das Festhalten den Abschluß zu verschleppen und die Gefahr französischer Einmischung zu verschärfen drohte.

Der Wunsch des Königs, Westsachsen, Leipzig, Zwickau und Chemnitz zur Herstellung der Verbindung mit Bayreuth zu behalten, stieß auf die Erklärung Karolyi's, daß er die Integrität Sachsens als conditio sine qua non der Friedensbedingungen festhalten müsse. Dieser Unterschied in der Behandlung der Bundesgenossen beruhte auf den persönlichen Beziehungen zum Könige von Sachsen und auf dem Verhalten der sächsischen Truppen nach der Schlacht bei Königgrätz, die bei dem Rückzuge den festesten und intactesten militärischen Körper gebildet hatten. Die andern deutschen Truppen hatten sich tapfer geschlagen, wo sie in's Gefecht kamen, aber spät und ohne praktische Erfolge, und es waltete in Wien der den Umständen nach unberechtigte

[1]) Gemeint ist Braunau nahe der preußisch-schlesischen Grenze.

Eindruck vor, von den Bundesgenossen, namentlich von Baiern und Würtemberg, unzulänglich unterstützt zu sein.

Das Generalstabswerk sagt unter dem 21. Juli:

„In Nikolsburg hatten seit mehreren Tagen Verhandlungen Statt gefunden, deren nächstes Ziel eine fünftägige Waffenruhe war. Vor Allem galt es, für die Diplomatie Zeit zu gewinnen*). Jetzt, wo das preußische Heer das Marchfeld betrat, stand eine neue Katastrophe unmittelbar bevor."

Ich fragte Moltke, ob er unser Unternehmen bei Preßburg für gefährlich oder für unbedenklich halte. Bis jetzt hätten wir keinen Flecken auf der weißen Weste. Sei mit Sicherheit auf einen guten Ausgang zu rechnen, so müßten wir die Schlacht sich vollziehn, die Waffenruhe einen halben Tag später beginnen lassen; der Sieg würde unsre Stellung in der Verhandlung natürlich stärken. Im andern Fall wäre besser auf das Unternehmen zu verzichten. Er gab mir die Antwort, daß er den Ausgang für zweifelhaft und die Operation für eine gewagte halte; aber im Kriege sei alles gefährlich. Dies bestimmte mich, die Verabredung über die Waffenruhe Sr. Majestät in der Art zu empfehlen, daß Sonntag den 22. Mittags die Feindseligkeiten eingestellt und nicht vor Mittag des 27. wieder aufgenommen werden sollten. Der General von Fransecky erhielt am 22. Morgens 7½ Uhr die Nachricht von der an demselben Tage eintretenden Waffenruhe und die Weisung, damit sein Verhalten in Einklang zu bringen. Der Kampf, in welchem er bei Blumenau stand, mußte daher um 12 Uhr abgebrochen werden.

IV.

Inzwischen hatte ich in den Conferenzen mit Karolyi und mit Benedetti, dem es, Dank dem Ungeschick unsrer militärischen Polizei im Rücken des Heeres, gelungen war, in der Nacht vom 11. zum 12. Juli nach Zwittau zu ge-

*) Die Diplomatie hatte aber Angesichts der französischen Einmischung weniger Zeit zu verlieren als die Heeresleitung.

langen und dort plötzlich vor meinem Bette zu erscheinen[1]), die Bedingungen ermittelt, unter denen der Friede erreichbar war. Benedetti erklärte für die Grundlinie der Napoleonischen Politik, daß eine Vergrößrung Preußens um höchstens 4 Millionen Seelen in Norddeutschland, unter Festhaltung der Mainlinie als Südgrenze, keine französische Einmischung nach sich ziehn werde[2]). Er hoffte wohl, einen süddeutschen Bund als französische Filiale auszubilden. Oestreich trat aus dem Deutschen Bunde aus und war bereit, alle Einrichtungen, die der König in Norddeutschland treffen werde, vorbehaltlich der Integrität Sachsens, anzuerkennen. Diese Bedingungen enthielten Alles, dessen wir bedurften: freie Bewegung in Deutschland.

Ich war nach allen vorstehenden Erwägungen fest entschlossen, die Annahme des von Oestreich gebotnen Friedens zur Cabinetsfrage zu machen. Die Lage war eine schwierige; allen Generalen war die Abneigung gemeinsam, den bisherigen Siegeslauf abzubrechen, und der König war militärischen Einflüssen im Laufe jener Tage öfter und bereitwilliger zugänglich als den meinigen; ich war der Einzige im Hauptquartier, dem eine politische Verantwortlichkeit als Minister oblag und der sich nothwendig der Situation gegenüber eine Meinung bilden und einen Entschluß fassen mußte, ohne sich für den Ausfall auf irgend eine andre Autorität in Gestalt collegialischen Beschlusses oder höherer Befehle berufen zu können. Ich konnte die Gestaltung der

[1]) Vgl. das Dictat Bismarck's vom 13. Juli 1866 bei v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 II 594 f.

[2]) Diese Angabe findet v. Lettow Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 II 636 unvereinbar mit Benedetti's Bericht vom 15. Juli, Ma mission en Prusse 186 ff.; er übersieht, daß Bismarck hier nur von der letzten Phase der Unterhandlungen spricht, in der Benedetti Frankreichs Zustimmung zu Annexionen Preußens in Deutschland in sichere Aussicht stellte. — Den Länderzuwachs von über 4 Millionen und die Bundesführung in Norddeutschland nennt auch Blumenthal im Briefe vom 24. Juli (Tagebücher des Generalfeldmarschalls Graf von Blumenthal aus den Jahren 1866 und 1870/71. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger 1902. S. 47) als gesicherten Siegespreis.

Zukunft und das von ihr abhängige Urtheil der Welt ebenso wenig voraussehn wie irgend ein Andrer, aber ich war der einzige Anwesende, der gesetzlich verpflichtet war, eine Meinung zu haben, zu äußern und zu vertreten. Ich hatte sie mir in sorgsamer Ueberlegung der Zukunft unsrer Stellung in Deutschland und unsrer Beziehungen zu Oestreich gebildet, war bereit, sie zu verantworten und bei dem Könige zu vertreten. Es war mir bekannt, daß man mich im Generalstabe den „Questenberg im Lager" nannte, und die Identificirung mit dem Wallenstein'schen Hofkriegsrath war mir nicht schmeichelhaft.

Am 23. Juli fand unter dem Vorsitze des Königs ein Kriegsrath Statt, in dem beschlossen werden sollte, ob unter den gebotnen Bedingungen Friede zu machen oder der Krieg fortzusetzen sei. Eine schmerzhafte Krankheit, an der ich litt, machte es nothwendig, die Berathung in meinem Zimmer zu halten. Ich war dabei der einzige Civilist in Uniform. Ich trug meine Ueberzeugung dahin vor, daß auf die östreichischen Bedingungen der Friede geschlossen werden müsse, blieb aber damit allein; der König trat der militärischen Mehrheit bei. Meine Nerven widerstanden den mich Tag und Nacht ergreifenden Eindrücken nicht, ich stand schweigend auf, ging in mein anstoßendes Schlafzimmer und wurde dort von einem heftigen Weinkrampf befallen. Während desselben hörte ich, wie im Nebenzimmer der Kriegsrath aufbrach. Ich machte mich nun an die Arbeit, die Gründe zu Papier zu bringen, die m. E. für den Friedensschluß sprachen, und bat den König, wenn er diesen meinen verantwortlichen Rath nicht annehmen wolle, mich meiner Aemter als Minister bei Weiterführung des Kriegs zu entheben. Mit diesem Schriftstücke[1]) begab ich mich am folgenden Tage zum

[1]) Zum Theil abgedruckt in Sybel V 294 ff., v. Lettow-Vorbeck II 679 ff. — Die Darstellung bei Sybel ist wesentlich aus den Acten geschöpft und darf darum nicht gegen die obenstehende Schilderung der persönlichen Begegnungen zwischen dem König und Bismarck benutzt werden. Vielmehr müssen sich beide Darstellungen

mündlichen Vortrag. Im Vorzimmer fand ich zwei Obersten mit Berichten über das Umsichgreifen der Cholera unter ihren Leuten, von denen kaum die Hälfte dienstfähig war*). Die erschreckenden Zahlen befestigten meinen Entschluß, aus dem Eingehn auf die östreichischen Bedingungen die

ergänzen. Der Sachverhalt war der folgende: am 23. Juli nach der ersten Friedensverhandlung fand der von Bismarck erwähnte Kriegsrath statt, zu dem sicher auch der Kronprinz zugezogen wurde, der am 23. Juli auf Bismarck's Ersuchen (Blumenthal's Tagebücher S. 47) nach Nikolsburg zu Seiner Majestät von Eisgrub herüberkam (Kaiser Friedrich's Tagebücher, herausg. von M. v. Poschinger S. 42). Darauf schrieb Bismarck den bei Sybel und v. Lettow-Vorbeck theilweis abgedruckten Bericht über die Lage. Am 24. Juli fand die heftige Auseinandersetzung zwischen König und Minister statt. An demselben Tage (vgl. Herzog Ernst, Aus meinem Leben III 612 f.) übernahm der Kronprinz die Vermittlung und überbrachte den auf S. 67 mitgetheilten ungnädigen Bescheid des Königs auf eine der letzten Eingaben des Ministers (also nicht den Bericht vom 24.). Wenn Lenz die ganze Marginalnotiz in der im Texte gegebenen Fassung anzweifelt, ja für möglich hält, daß sie von Bismarck in einer Art Selbsttäuschung aus dem Schlußsatz der von Sybel mitgetheilten Randbemerkungen zum Bericht vom 24. Juli erst nachträglich gebildet worden sei, so muß ich darauf hinweisen, daß Fürst Herbert Bismarck mir ausdrücklich erklärt hat, daß er dieses Marginal in einem der Actenstücke des Auswärtigen Amtes selbst gelesen habe. Er hat sogar den Wortlaut der im Entwurf enthaltenen Fassung aus dem Gedächtniß noch durch die Einfügung der Worte: „in diesen sauren Apfel beißen und" ergänzt. Die Abweichungen hinsichtlich des Wortlauts des Marginals, die Lenz feststellt, können nichts gegen die letzte Fassung beweisen, da sie eben auf nachträglich gemachten Aufzeichnungen von Dinergästen beruhen. — Daß Bismarck übrigens die Cabinetsfrage damals wirklich gestellt hat, läßt sich unschwer aus dem Schluß des von Sybel mitgetheilten Actenstückes erkennen. In der mündlichen Erörterung hat er das im amtlichen Bericht schonend Angedeutete sicher mit voller Deutlichkeit zu verstehen gegeben. Die Marginalnotizen zu dem Bericht vom 24. Juli, die der König am 25. Bismarck zugehen ließ, zeigen das Einlenken des Königs und mildern in ihrem Schlusse die Schroffheit der am Tage zuvor gegebenen Antwort.

*) Während des Feldzugs sind 6427 Mann der Seuche erlegen. (Die Zahl findet erst ihre volle Würdigung, wenn man die Verluste auf den Schlachtfeldern ihr gegenüberstellt: sie beliefen sich auf nur 4450 Mann. H. K.)

Cabinetsfrage zu machen. Ich befürchtete neben politischen Sorgen, daß bei Verlegung der Operationen nach Ungarn die mir bekannte Beschaffenheit dieses Landes die Krankheit schnell übermächtig machen würde. Das Klima, besonders im August, ist gefährlich, der Wassermangel groß, die ländlichen Ortschaften mit Feldmarken von mehren Quadratmeilen weit verstreut, dazu Reichthum an Pflaumen und Melonen. Mir schwebte als warnendes Beispiel unser Feldzug von 1792 in der Champagne vor, wo wir nicht durch die Franzosen, sondern durch die Ruhr zum Rückzug gezwungen wurden.

Ich entwickelte dem Könige an der Hand meines Schriftstücks die politischen und militärischen Gründe, die gegen die Fortsetzung des Krieges sprachen.

Oestreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanchebedürfniß mehr als nöthig zu hinterlassen, müßten wir vermeiden, vielmehr uns die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den östreichischen Staat als einen Stein im europäischen Schachbrett und die Erneurung guter Beziehungen mit demselben als einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehn. Wenn Oestreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern.

Auf der andern Seite könnte ich mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die östreichische Monarchie bildeten, denken, falls letztre durch ungarische und slavische Aufstände zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollte. Was sollte an die Stelle Europas gesetzt werden, welche der östreichische Staat von Tyrol bis zur Bukowina bisher ausfüllt? Neue Bildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutsch-Oestreich könnten wir weder ganz, noch theilweise brauchen, eine Stärkung des preußischen Staates durch Erwerbung von Provinzen wie

Oestreichisch-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Oestreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regiren sein.

Wenn der Krieg fortgesetzt würde, so wäre der wahrscheinliche Kampfplatz Ungarn. Die östreichische Armee, die, wenn wir bei Preßburg über die Donau gegangen, Wien nicht würde halten können, würde schwerlich nach Süden ausweichen, wo sie zwischen die preußische und die italienische Armee geriethe und durch ihre Annäherung an Italien die gesunkne und durch Louis Napoleon eingeschränkte Kampflust der Italiener neu beleben würde; sondern sie würde nach Osten ausweichen und die Vertheidigung in Ungarn fortsetzen, wenn auch nur in der Hoffnung auf die in Aussicht stehende Einmischung Frankreichs und die durch Frankreich vorbereitete Desinteressirung Italiens. Uebrigens hielte ich auch unter dem rein militärischen Gesichtspunkte nach meiner Kenntniß des ungarischen Landes die Fortsetzung des Krieges dort für undankbar, die dort zu erreichenden Erfolge für nicht im Verhältniß stehend zu den bisher gewonnenen Siegen, also unser Prestige vermindernd — ganz abgesehn davon, daß die Verlängrung des Krieges der französischen Einmischung die Wege ebnen würde. Wir müßten rasch abschließen, ehe Frankreich Zeit zur Entwicklung weitrer diplomatischer Action auf Oestreich gewönne.

Gegen alles dies erhob der König keine Einwendung; aber die vorliegenden Bedingungen erklärte er für ungenügend, ohne jedoch seine Fordrungen bestimmt zu formuliren. Nur so viel war klar, daß seine Ansprüche seit dem 4. Juli gewachsen waren. Der Hauptschuldige könne doch nicht ungestraft ausgehn, die Verführten könnten wir dann leichter davonkommen lassen, sagte er, und bestand auf den schon erwähnten Gebietsabtretungen von Oestreich. Ich erwiderte: Wir hätten nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben; Oestreichs Rivalitätskampf gegen uns sei nicht strafbarer als der unsrige gegen

Oestreich; unsre Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen.

Auf die deutschen Staaten übergehend, sprach er von verschiednen Erwerbungen durch Beschneidung der Länder aller Gegner. Ich wiederholte, daß wir nicht vergeltende Gerechtigkeit zu üben, sondern Politik zu treiben hätten, daß ich vermeiden wolle, in dem künftigen deutschen Bundesverhältniß verstümmelte Besitze zu sehn, in denen bei Dynastie und Bevölkerung der Wunsch nach Wiedererlangung des frühern Besitzes mit fremder Hülfe nach menschlicher Schwäche leicht lebendig werden könnte; es würden das unzuverlässige Bundesgenossen werden. Dasselbe würde der Fall sein, wenn man zur Entschädigung Sachsens etwa Würzburg oder Nürnberg von Baiern verlangen wollte, ein Plan, der außerdem mit der dynastischen Vorliebe Sr. Majestät für Ansbach in Concurrenz treten würde. Ebenso hatte ich Pläne zu bekämpfen, die auf eine Vergrößrung des Großherzogthums Baden hinausliefen, Annexion der bairischen Pfalz, und eine Ausdehnung in der untern Maingegend. Das Aschaffenburger Gebiet Baierns wurde dabei als geeignet angesehn, um Hessen-Darmstadt für den durch die Maingrenze gebotnen Verlust von Oberhessen zu entschädigen. Später in Berlin stand von diesen Plänen nur noch zur Verhandlung die Abtretung des auf dem rechten Mainufer gelegnen bairischen Gebiets einschließlich der Stadt Bayreuth an Preußen, wobei die Frage zur Erörtrung kam, ob die Grenze auf dem nördlichen rothen oder südlichen weißen Main gehn sollte. Vorwiegend schien mir bei Sr. Majestät die von militärischer Seite gepflegte Abneigung gegen die Unterbrechung des Siegeslaufs der Armee. Der Widerstand, den ich den Absichten Sr. Majestät in Betreff der Ausnutzung der militärischen Erfolge und seiner Neigung, den Siegeslauf fortzusetzen, meiner Ueberzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängrung der Erörtrung unmöglich

war und ich mit dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, das Zimmer verließ mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten. In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen; und ich sah mich nicht um, als ich die Thür öffnen hörte, obwohl ich vermuthete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Corridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: „Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für nothwendig gehalten und tragen die Verantwortlichkeit dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehn und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten." Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: „Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt." Diese Zustimmung hatte ihren Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhalts: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außer Stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen." — Ich glaube mich nicht im Wortlaut zu irren, obschon mir das Actenstück gegenwärtig nicht zugänglich ist; der Sinn war jedenfalls der angegebene und mir damals trotz der Schärfe der Ausdrücke eine erfreuliche Lösung der für mich unerträglichen Spannung. Ich nahm die Königliche Zustimmung zu dem von mir als politisch nothwendig

Erkannten gern entgegen, ohne mich an ihrer unverbindlichen Form zu stoßen. Im Geiste des Königs waren eben die militärischen Eindrücke damals die vorherrschenden, und das Bedürfniß, die bis dahin so glänzende Siegeslaufbahn fortzusetzen, war vielleicht stärker als die politischen und diplomatischen Erwägungen.

Von dem erwähnten Marginale des Königs, das mir der Kronprinz überbrachte, blieb mir als einziges Residuum die Erinnrung an die heftige Gemüthsbewegung, in die ich meinen alten Herrn hatte versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlands für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte. Noch heut haben diese und analoge Vorgänge bei mir keinen andern Eindruck hinterlassen, als die schmerzliche Erinnrung, daß ich einen Herrn, den ich persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen müssen.

V.

Nachdem die Präliminarien mit Oestreich unterzeichnet waren, fanden sich Bevollmächtigte von Würtemberg, Baden und Darmstadt ein. Den würtembergischen Minister von Varnbüler zu empfangen, lehnte ich zunächst ab, weil die Verstimmung gegen ihn bei uns stärker war als gegen Pfordten. Er war politisch gewandter als der Letztre, aber auch weniger durch deutsch-nationale Skrupel behindert. Seine Stimmung beim Ausbruch des Kriegs hatte sich in dem Vae victis! ausgedrückt und war zu erklären aus den Stuttgarter Beziehungen zu Frankreich, die insbesondre durch die Vorliebe der Königin von Holland[1]), einer würtembergischen Prinzessin, getragen waren.

Dieselbe hatte, so lange ich in Frankfurt war, viel für mich übrig, ermuthigte mich in meinem Widerstande gegen Oestreichs Politik und gab ihre antiöstreichische Gesinnung dadurch zu erkennen, daß sie im Hause ihres Gesandten Herrn von Scherff mich, nicht ohne Unhöflichkeit gegen

[1]) Sophie, Tochter des Königs Wilhelm I. von Württemberg.

den östreichischen Präsidial-Gesandten Baron Prokesch, tendenziös auszeichnete, zu einer Zeit, wo Louis Napoleon noch Hoffnung auf ein preußisches Bündniß gegen Oestreich hegte und den italienischen Krieg bereits im Sinne hatte. Ich lasse unentschieden, ob schon damals die Vorliebe für das Napoleonische Frankreich allein die Politik der Königin von Holland bestimmte, oder ob nur das unruhige Bedürfniß, überhaupt Politik zu treiben, sie zu einer Parteinahme in dem preußisch-östreichischen Streit und zu einer auffällig schlechten Behandlung meines östreichischen Collegen und Bevorzugung meiner bewog. Jedenfalls habe ich nach 1866 die mir früher so gnädige Fürstin unter den schärfsten Gegnern meiner in Voraussicht des Bruchs von 1870 befolgten Politik gefunden. Im Jahre 1867 wurden wir zuerst durch amtliche französische Kundgebungen verdächtigt, Absichten auf Holland zu haben, namentlich in der Aeußrung des Ministers Rouher in einer Rede gegen Thiers, 16. März 1867, daß Frankreich unser Vordringen an die „Zuider-See" nicht dulden könne. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Zuider-See von dem Franzosen selbständig entdeckt worden und sogar die Orthographie des Namens in der französischen Presse ohne fremde Hülfe richtig gegeben worden ist: man darf vermuthen, daß der Gedanke an dieses Gewässer von Holland aus dem französischen Mißtraun suppeditirt worden war. Auch die niederländische Abstammung des Herrn Drouyn de Lhuys berechtigt mich nicht, eine so genaue Localkenntniß in der Geographie außerhalb der französischen Grenzen bei seinem Collegen vorauszusetzen.

Die Einschätzung der würtembergischen Politik in die Rheinbundkategorie bestimmte mich, den Empfang des Herrn von Varnbüler in Nikolsburg zunächst abzulehnen. Auch eine Unterredung zwischen uns, die der Prinz Friedrich von Würtemberg, der Bruder des Commandirenden unsers Gardecorps[1]), und die uns sehr wohlwollende Groß-

[1]) Prinz August von Württemberg.

fürstin Helene vermittelt hatte, verlief politisch fruchtlos. Erst später in Berlin habe ich mit Herrn von Varnbüler verhandelt; und seine bewegliche Empfänglichkeit für die politischen Eindrücke jeder Situation bethätigte sich dort darin, daß er der erste unter den süddeutschen Ministern war, mit dem ich einen Bündniß-Vertrag der bekannten Art abschließen konnte[1]).

[1]) Am 13. August 1866.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Der Norddeutsche Bund.

I.

In Berlin war ich äußerlich mit dem Verhältniß Preußens zu den neuerworbenen Provinzen und den übrigen norddeutschen Staaten, innerlich mit der Stimmung der auswärtigen Mächte und Erwägung ihres wahrscheinlichen Verhaltens beschäftigt. Unsre innre Lage hatte für mich und vielleicht für Jeden den Charakter des Provisoriums und der Unreife. Die Rückwirkung der Vergrößrung Preußens, der bevorstehenden Verhandlungen über den Norddeutschen Bund und seine Verfassung ließen unsre innre Entwicklung ebenso sehr im Fluß begriffen erscheinen wie unsre Beziehungen zum deutschen und außerdeutschen Auslande es waren vermöge der europäischen Situation, in der der Krieg abgebrochen wurde. Ich nahm als sicher an, daß der Krieg mit Frankreich auf dem Wege zu unsrer weitern nationalen Entwicklung, sowohl der intensiven als der über den Main hinaus extensiven, nothwendig werde geführt werden müssen, und daß wir diese Eventualität bei allen unsern Verhältnissen im Innern wie nach Außen im Auge zu behalten hätten. Louis Napoleon sah in einiger Vergrößrung Preußens in Norddeutschland nicht nur keine Gefahr für Frankreich, sondern ein Mittel gegen die Einigung und nationale Entwicklung Deutschlands; er glaubte, daß dessen außerpreußische Glieder sich dann des französischen Schutzes um so bedürftiger fühlen würden. Er hatte Rheinbundreminiscenzen und wollte die Entwicklung in der Richtung eines Gesammt-

Deutschlands hindern. Er glaubte es zu können, weil er die nationale Stimmung des Tages nicht kannte und die Situation nach seinen süddeutschen Schulerinnerungen und nach diplomatischen Berichten beurtheilte, die nur auf ministerielle und sporadisch dynastische Stimmungen gegründet waren. Ich war überzeugt, daß ihr Gewicht schwinden würde; ich nahm an, daß ein Gesammt-Deutschland nur eine Frage der Zeit, und daß zu deren Lösung der Norddeutsche Bund die erste Etappe sei, daß aber die Feindschaft Frankreichs und vielleicht Rußlands, das Revanchebedürfniß Oestreichs für 1866 und der preußisch-dynastische Particularismus des Königs nicht zu früh in die Schranken gerufen werden dürfe. Ich war nicht zweifelhaft, daß ein deutsch-französischer Krieg werde geführt werden müssen, bevor die Gesammt-Einrichtung Deutschlands sich verwirklichte. Diesen Krieg hinauszuschieben, bis unsre Streitkräfte durch Anwendung der preußischen Wehrgesetzgebung nicht blos auf Hanover, Hessen und Holstein, sondern, wie ich damals schon nach der Fühlung mit den Süddeutschen hoffen durfte, auch auf diese, gestärkt wären, war ein Gedanke, der mich damals beherrschte. Ich hielt einen Krieg mit Frankreich im Hinblick auf die Erfolge der Franzosen im Krimkriege und in Italien für eine Gefahr, die ich damals überschätzte, indem mir die für Frankreich erreichbare Truppenziffer, die Ordnung und die Organisation und das Geschick in der Führung als höher und besser vorschwebten, als sich 1870 bestätigt hat. Die Tapferkeit des französischen Troupiers und die Höhe des nationalen Gefühls und der verletzten Eitelkeit haben sich vollkommen in dem Maße bewährt, wie ich sie für die Eventualität einer deutschen Invasion in Frankreich eingeschätzt hatte, in Erinnrung an die Erlebnisse von 1814, 1792, und zu Anfang des vorigen Jahrhunderts im spanischen Erbfolgekriege, wo das Eindringen fremder Heere stets ähnliche Erscheinungen wie das Stökern in einem Ameisenhaufen hervorgerufen hat. Für leicht habe ich den französischen Krieg niemals gehalten, ganz ab-

gesehn von den Bundesgenossen, die Frankreich in dem östreichischen Revanchegefühl und in dem russischen Gleichgewichtsbedürfniß finden konnte. Mein Bestreben, diesen Krieg hinauszuschieben, bis die Wirkung unsrer Wehrgesetzgebung und militärischen Erziehung auf alle nicht altpreußischen Landestheile sich vollständig hätte entwickeln können, war also natürlich, und dieses mein Ziel war 1867 bei der Luxemburger Frage nicht annähernd erreicht. Jedes Jahr Aufschub des Kriegs stärkte unser Heer um mehr als 100000 gelernte Soldaten. Bei der Indemnitätsfrage dem Könige gegenüber und bei der Verfassungsfrage im preußischen Landtage aber stand ich unter dem Druck des Bedürfnisses, dem Auslande keine Spur von vorhandnen oder bevorstehenden Hemmnissen durch unsre innre Lage, sondern nur die einige nationale Stimmung zur Anschauung zu bringen, um so mehr, als sich nicht ermessen ließ, welche Bundesgenossen Frankreich im Kriege gegen uns haben werde. Die Verhandlungen und Annäherungsversuche zwischen Frankreich und Oestreich in Salzburg[1]) und anderswo bald nach 1866, konnten unter Leitung des Herrn von Beust erfolgreich sein, und schon die Berufung dieses verstimmten sächsischen Ministers zur Leitung der Wiener Politik ließ darauf schließen, daß sie die Richtung der Revanche einschlagen würde.

Die Haltung Italiens war nach der Fügsamkeit gegen Napoleon, die wir 1866 kennen gelernt hatten, unberechenbar, sobald französischer Druck stattfand. Der General Govone war, als ich in Berlin im Frühjahr 1866 mit ihm verhandelte, erschrocken, als ich den Wunsch äußerte, er möge zu Haus anfragen, ob wir auch gegen Napoleonische Verstimmungen auf Italiens Vertragstreue rechnen dürften. Er sagte, daß eine solche Rückfrage an demselben Tage nach Paris telegraphirt werden würde, mit der Anfrage, „was man antworten solle?“ In der öffentlichen Meinung Italiens konnte ich auf sichern Anhalt nicht

[1]) 18. bis 23. August 1867.

rechnen, nach der Haltung der italienischen Politik während des Kriegs, nicht blos auf Grund der persönlichen Freundschaft Victor Emanuel's für Louis Napoleon, sondern auch nach Maßgabe der durch Garibaldi im Namen der öffentlichen Meinung Italiens bekundeten Parteinahme. Der Bund Italiens mit Frankreich und Oestreich lag nicht blos nach meiner Befürchtung, sondern nach der öffentlichen Meinung in Europa nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit.

Von Rußland war einer solchen Coalition gegenüber activer Beistand schwerlich zu erwarten. Mir selbst hatte der russenfreundliche Einfluß, den ich in der Zeit des Krimkriegs auf die Entschließungen Friedrich Wilhelm's IV. auszuüben vermochte, das Wohlwollen des Kaisers Alexander erworben, und sein Vertraun zu mir war in der Zeit meiner Gesandschaft in Petersburg gewachsen. Inzwischen aber hatte in dem dortigen Cabinet unter Gortschakow's Leitung der Zweifel an der Nützlichkeit einer so bedeutenden Kräftigung Preußens für Rußland die Wirkung der kaiserlichen Freundschaft für den König Wilhelm und der Dankbarkeit für unsre Politik in der polnischen Frage von 1863 aufzuwiegen angefangen. Wenn die Mittheilung richtig ist, die Drouyn de Lhuys dem Grafen Vitzthum von Eckstädt*) gemacht hat, so hat Gortschakow im Juli 1866 den Kaiser Napoleon zu einem gemeinsamen Proteste gegen die Beseitigung des Deutschen Bunds aufgefordert und eine Ablehnung erfahren. Der Kaiser Alexander hatte in der ersten Ueberraschung und nach der Sendung Manteuffel's nach Petersburg dem Ergebniß der Nikolsburger Präliminarien generell und obiter zugestimmt; der Haß gegen Oestreich, der seit dem Krimkriege die öffentliche Meinung der russischen „Gesellschaft" beherrschte, hatte zunächst seine Befriedigung gefunden in den Niederlagen Oestreichs; dieser Stimmung standen aber russische Interessen gegenüber, die sich an den zarischen Einfluß in Deutschland und an dessen Bedrohung durch Frankreich knüpften.

*) London, Gastein und Sadowa. Stuttgart 1890. S. 248.

Ich nahm zwar an, daß wir gegen eine Coalition, die Frankreich etwa gegen uns aufbringen würde, auf russischen Beistand würden zählen können, aber doch erst, wenn wir das Unglück gehabt haben sollten, Niederlagen zu erleiden, vermöge deren die Frage näher gerückt wäre, ob Rußland die Nachbarschaft einer siegreichen französisch-östreichischen Coalition an seinen polnischen Grenzen vertragen könne. Die Unbequemlichkeit einer solchen Nachbarschaft wäre vielleicht noch größer geworden, wenn statt des antipäpstlichen Königreichs Italien das Papstthum selbst der Dritte im Bunde der beiden katholischen Großmächte geworden wäre. Bis zum Näherrücken solcher Gefährlichkeit infolge preußischer Niederlagen hielt ich aber für wahrscheinlich, daß Rußland es nicht ungern sähe, wenigstens es nicht hindern würde, wenn eine numerisch überlegne Coalition einiges Wasser in unsern Wein von 1866 gegossen hätte.

Von England durften wir einen activen Beistand gegen den Kaiser Napoleon nicht erwarten, obschon die englische Politik einer starken befreundeten Continentalmacht mit vielen Bataillonen bedarf und dieses Bedürfniß unter Pitt, Vater und Sohn, zu Gunsten Preußens, später Oestreichs, und dann unter Palmerston bis zu den spanischen Heirathen[1]), dann wieder unter Clarendon zu Gunsten Frankreichs gepflegt hatte. Das Bedürfniß der englischen Politik war entweder entente cordiale mit Frankreich oder Besitz eines starken Bundesgenossen gegen Frankreichs Feindschaft. England ist wohl bereit, das stärkre Deutsch-Preußen als Ersatz für Oestreich hinzunehmen, und in der Lage vom Herbst 1866 konnten wir auf platonisches Wohlwollen und belehrende Zeitungsartikel dort allenfalls zählen; aber bis zum activen Beistande zu Wasser und zu Lande würde sich die theoretische Sympathie schwerlich verdichtet haben. Die Vorgänge von 1870 haben gezeigt, daß ich in der Ein-

[1]) Vermählung der Königin Isabella von Spanien mit ihrem Vetter Franz von Cadix, und ihrer Schwester, der Infantin Luise Fernanda, mit dem Herzog von Montpensier, dem Sohne Louis Philippe's, 10. October 1846.

schätzung Englands Recht hatte. Mit einer für uns jedenfalls verstimmenden Bereitwilligkeit übernahm man in London die Vertretung Frankreichs in Norddeutschland, und während des Krieges hat man sich niemals zu unsern Gunsten so weit compromittirt, daß nicht die französische Freundschaft gewahrt worden wäre; im Gegentheil.

II.

Es geschah hauptsächlich unter dem Einfluß dieser Erwägungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, daß ich mich entschloß, jeden Schachzug im Innern danach einzurichten, ob der Eindruck der Solidität unsrer Staatskraft dadurch gefördert oder geschädigt werden könne. Ich sagte mir, daß das nächste Hauptziel die Selbständigkeit und Sicherheit nach Außen sei, daß zu diesem Zwecke nicht nur die thatsächliche Beseitigung innern Zwiespaltes, sondern auch jeder Schein davon nach dem Auslande und in Deutschland vermieden werden müsse; daß, wenn wir erst Unabhängigkeit von dem Auslande hätten, wir auch in unsrer innern Entwicklung uns frei bewegen könnten, wir uns dann so liberal oder so reactionär einrichten könnten, wie es gerecht und zweckmäßig erschiene; daß wir alle innern Fragen vertagen könnten bis zur Sicherstellung unsrer nationalen Ziele nach Außen. Ich zweifelte nicht an der Möglichkeit, der königlichen Macht die nöthige Stärke zu geben, um unsre innre Uhr richtig zu stellen, wenn wir erst nach Außen die Freiheit erworben haben würden, als große Nation selbständig zu leben. Bis dahin war ich bereit, der Opposition nach Bedürfniß blackmail zu zahlen, um zunächst unsre volle Kraft und in der Diplomatie den Schein dieser einigen Kraft und die Möglichkeit in die Wagschale werfen zu können, im Falle der Noth auch revolutionäre Nationalbewegungen gegen unsre Feinde entfesseln zu können.

In einer Commissionssitzung des Landtags wurde ich von der Fortschrittspartei, wohl nicht ohne Kenntniß von den Bestrebungen der äußersten Rechten, darüber inter-

pellirt, ob die Regirung bereit sei, die preußische Verfassung in den neuen Provinzen einzuführen. Eine ausweichende Antwort würde das Mißtraun der Verfassungsparteien hervorgerufen oder belebt haben. Nach meiner Ueberzeugung war es überhaupt nothwendig, die Entwicklung der deutschen Frage durch keinen Zweifel an der Verfassungstreue der Regirung zu hemmen; durch jeden neuen Zwiespalt zwischen Regirung und Opposition wäre der vom Auslande zu erwartende äußre Widerstand gegen nationale Neubildungen gestärkt worden. Aber meine Bemühungen, die Opposition und ihre Redner zu überzeugen, daß sie wohl thäten, innre Verfassungsfragen gegenwärtig zurücktreten zu lassen, daß die deutsche Nation, wenn erst geeinigt, in der Lage sein werde, ihre innern Verhältnisse nach ihrem Ermessen zu ordnen; daß unsre gegenwärtige Aufgabe sei, die Nation in diese Lage zu versetzen: alle diese Erwägungen waren der bornirten und kleinstädtischen Parteipolitik der Oppositionsredner gegenüber erfolglos, und die durch sie hervorgerufnen Erörtrungen stellten das nationale Ziel zu sehr in den Vordergrund nicht nur dem Auslande, sondern auch dem Könige gegenüber, der damals noch mehr die Macht und Größe Preußens als die verfassungsmäßige Einheit Deutschlands im Auge hatte. Ihm lag ehrgeizige Berechnung nach dieser Richtung hin fern; den Kaisertitel bezeichnete er noch 1870 geringschätzig als den „Charaktermajor", worauf ich erwiderte, daß Se. Majestät die Competenzen der Stellung allerdings schon verfassungsmäßig besäßen und der „Kaiser" nur die äußerliche Sanction enthalte, gewissermaßen als ob ein mit Führung eines Regiments beauftragter Offizier definitiv zum Commandeur ernannt werde. Für das dynastische Gefühl war es schmeichelhafter, grade als geborner König von Preußen und nicht als erwählter und durch ein Verfassungsgesetz hergestellter Kaiser die betreffende Macht auszuüben, analog wie ein prinzlicher Regiments-Commandeur es vorzieht, nicht Herr Oberst, sondern Königliche Hoheit genannt zu werden und der gräfliche Lieute-

nant nicht Herr Lieutenant, sondern Herr Graf. Ich hatte mit diesen Eigenthümlichkeiten meines Herrn zu rechnen, wenn ich mir sein Vertraun erhalten wollte, und ohne ihn und sein Vertraun war mein Weg in deutscher Politik überhaupt nicht gangbar.

III.

Im Hinblick auf die Nothwendigkeit, im Kampfe gegen eine Uebermacht des Auslands im äußersten Nothfall auch zu revolutionären Mitteln greifen zu können, hatte ich auch kein Bedenken getragen, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Circulardepesche vom 10. Juni 1866 mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsre nationale omelette zu stecken. Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße[1]), ein Irrthum gewesen. Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war eine Waffe im Kampfe gegen Oestreich und weitres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Coalitionen. In einem Kampfe derart, wenn er auf Tod und Leben geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, und die Werthe, die man durch ihre Benutzung zerstört, nicht an: der einzige Rathgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes, die Rettung der Unabhängigkeit nach Außen; die Liquidation und Aufbesserung der dadurch angerichteten Schäden hat nach dem Frieden stattzufinden. Außerdem halte ich noch heut das allgemeine Wahlrecht nicht blos theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt wird, die außerdem einen Charakter hat, der mit

[1]) Rede vom 11. März 1867, Politische Reden III 184.

den besten Eigenschaften des germanischen Bluts in Widerspruch steht[1]). Die Einflüsse und Abhängigkeiten, die das praktische Leben der Menschen mit sich bringt, sind gottgegebene Realitäten, die man nicht ignoriren kann und soll. Wenn man es ablehnt, sie auf das politische Leben zu übertragen, und im letztern den Glauben an die geheime Einsicht Aller zu Grunde legt, so geräth man in einen Widerspruch des Staatsrechts mit den Realitäten des menschlichen Lebens, der praktisch zu stehenden Frictionen und schließlich zu Explosionen führt und theoretisch nur auf dem Wege socialdemokratischer Verrücktheiten lösbar ist, deren Anklang auf der Thatsache beruht, daß die Einsicht großer Massen hinreichend stumpf und unentwickelt ist, um sich von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer unter Beihülfe eigner Begehrlichkeit stets einfangen zu lassen.

Das Gegengewicht dagegen liegt in dem Einflusse der Gebildeten, der sich stärker geltend machen würde, wenn die Wahl öffentlich wäre, wie für den preußischen Landtag. Die größre Besonnenheit der intelligentern Classen mag immerhin den materiellen Untergrund der Erhaltung des Besitzes haben; der andre des Strebens nach Erwerb ist nicht weniger berechtigt, aber für die Sicherheit und Fortbildung des Staats ist das Uebergewicht derer, die den Besitz vertreten, das nützlichere. Ein Staatswesen, dessen Regiment in den Händen der Begehrlichen, der novarum rerum cupidi, und der Redner liegt, welche die Fähigkeit, urtheilslose Massen zu belügen, in höherm Maße wie Andre besitzen, wird stets zu einer Unruhe der Entwicklung verurtheilt sein, der so gewichtige Massen, wie staatliche Gemeinwesen sind, nicht folgen können, ohne in ihrem Organismus geschädigt zu werden. Schwere Massen, zu denen große Nationen in ihrem Leben und ihrer Entwicklung gehören, können sich nur mit Vorsicht bewegen,

[1]) Die geheime Abstimmung wurde bekanntlich erst durch den Antrag Fries in das Gesetz hineingebracht, während die Regierungsvorlage öffentliche Abstimmung forderte.

da die Bahnen, in denen sie einer unbekannten Zukunft entgegenlaufen, nicht geglättete Eisenschienen haben. Jedes große staatliche Gemeinwesen, in welchem der vorsichtige und hemmende Einfluß der Besitzenden, materiellen oder intelligenten Ursprungs, verloren geht, wird immer in eine der Entwicklung der ersten französischen Revolution ähnliche, den Staatswagen zerbrechende Geschwindigkeit gerathen. Das begehrliche Element hat das auf die Dauer durchschlagende Uebergewicht der größern Masse. Es ist im Interesse dieser Masse selbst zu wünschen, daß dieser Durchschlag ohne gefährliche Beschleunigung und ohne Zertrümmerung des Staatswagens erfolge. Geschieht die letztre dennoch, so wird der geschichtliche Kreislauf immer in verhältnißmäßig kurzer Zeit zur Dictatur, zur Gewaltherrschaft, zum Absolutismus zurückführen, weil auch die Massen schließlich dem Ordnungsbedürfniß unterliegen, und wenn sie es a priori nicht erkennen, so sehn sie es infolge mannigfaltiger Argumente ad hominem schließlich immer wieder ein und erkaufen die Ordnung von Dictatur und Cäsarismus durch bereitwilliges Aufopfern auch des berechtigten und festzuhaltenden Maßes von Freiheit, das europäische staatliche Gesellschaften vertragen, ohne zu erkranken.

Ich würde es für ein erhebliches Unglück und für eine wesentliche Verminderung der Sicherheit der Zukunft ansehn, wenn wir auch in Deutschland in den Wirbel dieses französischen Kreislaufs geriethen. Der Absolutismus wäre die ideale Verfassung für europäische Staatsgebilde, wenn der König und seine Beamten nicht Menschen blieben wie jeder Andre, denen es nicht gegeben ist, mit übermenschlicher Sachkunde, Einsicht und Gerechtigkeit zu regiren. Die einsichtigsten und wohlwollendsten absoluten Regenten unterliegen den menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten, wie der Ueberschätzung der eignen Einsicht, dem Einfluß und der Beredsamkeit von Günstlingen, ohne von weiblichen, legitimen und illegitimen Einflüssen zu reden. Die Monarchie und der idealste Monarch, wenn er nicht in seinem Idealismus gemeinschädlich werden soll,

bedarf der Kritik, an deren Stacheln er sich zurechtfindet, wenn er den Weg zu verlieren Gefahr läuft. Joseph II. ist ein warnendes Beispiel.

Die Kritik kann nur geübt werden durch eine freie Presse und durch Parlamente im modernen Sinne. Beide Corrective können ihre Wirkung durch Mißbrauch abstumpfen und schließlich verlieren. Dies zu verhüten, ist eine der Aufgaben erhaltender Politik, die sich ohne Bekämpfung von Parlament und Presse nicht lösen läßt. Das Abmessen der Schranken, die in diesem Kampfe innegehalten werden müssen, um die dem Lande unentbehrliche Controlle der Regirung weder zu hindern noch zur Herrschaft werden zu lassen, ist eine Sache des politischen Tacts und Augenmaßes.

Wenn ein Monarch dafür das hinreichende Augenmaß besitzt, so ist das ein Glück für sein Land, freilich ein vergängliches, wie alles menschliche Glück. Die Möglichkeit, Minister an's Ruder zu bringen, welche die entsprechenden Eigenschaften besitzen, muß in dem Verfassungsleben gegeben werden, aber auch die Möglichkeit, Minister, die diesem Bedürfniß genügen, sowohl gegen gelegentliche Majoritäts-Abstimmungen als auch gegen Hof- und Camarilla-Einflüsse zu halten. Dieses Ziel war bis zu dem nach menschlicher Unvollkommenheit überhaupt erreichbaren Grade annähernd erreicht unter der Regirung Wilhelm's I.

IV.

Die Eröffnung des Landtags stand unmittelbar nach unsrer Ankunft in Berlin[1]) bevor, und die Thronrede kam in Prag zur Berathung. Dort trafen Abgeordnete der conservativen Fraction ein, die während des Conflicts zeitweise bis auf elf Mitglieder herabgegangen war und durch die Wahlen am 3. Juli unter dem Eindruck der ersten Siege vor Königgrätz sich auf mehr als hundert gehoben hatte. Das Ergebniß würde der Regirung noch

[1]) Am 4. August 1866.

günstiger gewesen sein, wenn die Wahl einige Tage nach der entscheidenden Schlacht stattgefunden hätte; aber auch so war es in Verbindung mit der schwunghaften Stimmung im Lande immerhin geeignet, nicht blos conservativen, sondern auch reactionären Bestrebungen Hoffnung auf Gelingen zu geben. Für diejenigen, welche nach der Rückbildung zum Absolutismus oder doch nach einer Restauration im ständischen Sinne strebten, war durch die Vergrößrung der Monarchie, durch die parlamentarische Situation beim Ausbruch des Kriegs und den ungeschickten und ehrgeizigen Eigensinn der Führer der Opposition ein Anknüpfungspunkt gegeben, um die preußische Verfassung zu suspendiren und zu revidiren. Sie war auf das vergrößerte Preußen nicht zugeschnitten, noch weniger aber auf die Einschichtung in die zukünftige Verfassung Deutschlands. Die Verfassungsurkunde selbst enthielt einen Artikel (118), welcher, entstanden unter dem Eindruck der nationalen Stimmung zur Zeit der Verfassungsbildung und aus dem Entwurf von 1848 entnommen, zur Unterordnung der preußischen Verfassung unter eine neu zu schaffende deutsche berechtigte. Es war also eine Gelegenheit gegeben, mit dem formalen Anstrich der Legalität die Verfassung und die Bestrebungen der Conflictsmajorität nach parlamentarischer Herrschaft aus den Angeln zu heben, und dies lag im Hintergrunde des Bemühns der äußersten Rechten und ihrer nach Prag abgeordneten Mitglieder.

Eine andre Gelegenheit, den innern Conflict zugleich mit der deutschen Frage zu erledigen, hatte sich dem Könige dargeboten, als der Kaiser Alexander 1863 zur Zeit des polnischen Aufstands und des Ueberrumpelungsversuchs für den Frankfurter Fürstencongreß ein preußisch-russisches Bündniß in eigenhändiger Correspondenz lebhaft befürwortet hatte[1]). Auf mehren eng geschriebenen Bogen in der feinen Hand des Kaisers, weit ausgesponnen und mit mehr Declamation, als in seiner Feder lag, konnte der Brief an Hamlet's Wort:

[1]) Vgl. Bd. I 303. 341.

Whether 't is nobler in the mind, to suffer
The slings and arrows of outrageous fortune,
Or to take arms against a sea of troubles,
And by opposing end them? — [1])

erinnern, wenn man es aus dem Zweifel in die Affirmative übersetzt: der Kaiser ist der westmächtlichen und östreichisch-polnischen Chikanen müde und entschlossen, den Degen zu ziehn, um sich von ihnen frei zu machen; an die Freundschaft und die gleichen Interessen des Königs appellirend, fordert er ihn zu gemeinsamem Handeln auf, so zu sagen in erweitertem Sinne der Alvensleben'schen Convention vom Februar desselben Jahres. Dem Könige wurde es schwer, einerseits dem nahen Verwandten und nächsten Freunde eine ablehnende Antwort zu geben, andrerseits sich mit dem Entschlusse vertraut zu machen, seinem Lande die Uebel eines großen Kriegs aufzuerlegen, dem Staate und der Dynastie die Gefahren eines solchen zuzumuthen. Auch die Seite seines Gemüthslebens, die ihn geneigt machte, die Frankfurter Fürstenversammlung zu besuchen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen alten Fürstenhäusern, trat in ihm der Versuchung entgegen, der Anrufung des befreundeten Neffen und den preußisch-russischen Familientraditionen eine Folge zu geben, die zu dem Bruch mit dem deutschen Bundesverhältniß und der Gesammtheit der deutschen Fürstenfamilien führen mußte. In meinem mehre Tage dauernden Vortrage vermied ich es, die Seite der Sache zu betonen, welche für unsre innre Politik von Gewicht gewesen sein würde, weil ich nicht der Meinung war, daß ein Krieg grade im Bunde mit Rußland gegen Oestreich und alle Gegner, mit denen wir es 1866 zu thun bekamen, uns der Erfüllung unsrer nationalen Aufgabe näher gebracht haben würde. Es ist ja ein namentlich in der französischen Politik gebräuchliches Mittel, innre Schwierigkeiten durch Kriege zu überwinden; in Deutschland aber würde dieses Mittel nur dann wirksam gewesen sein, wenn der betreffende Krieg in der Linie

[1]) Shakespeare, Hamlet III 1.

der nationalen Entwicklung gelegen hätte. Dazu wäre vor Allem erforderlich gewesen, daß er nicht mit der, unklugerweise noch immer von der öffentlichen Meinung verurtheilten russischen Assistenz geführt wurde. Die deutsche Einheit mußte ohne fremde Einflüsse zu Stande kommen, aus eigner nationaler Kraft. Ueberdies hatte der innre Conflict, von dem der König bei meinem Eintritt in das Ministerium bis zu dem Entschlusse zur Abdication beeindruckt war, an Herrschaft über seine Entschließungen erheblich eingebüßt, seitdem er Minister gefunden hatte, die bereit waren, seine Politik offen, ohne Winkelzüge zu vertreten. Er hatte seitdem die Ueberzeugung gewonnen, daß die Krone, wenn es zum revolutionären Bruche gekommen wäre, stärker gewesen sein würde; die Einschüchterungen der Königin und der Minister der neuen Aera hatten ihre Kraft verloren. Dagegen hielt ich in meinen Vorträgen mit meiner Ansicht von der militärischen Stärke, die ein deutsch-russisches Bündniß, namentlich im ersten Anlauf haben würde, nicht zurück.

Die geographische Lage der drei großen Ostmächte ist der Art, daß eine jede von ihnen, sobald sie von den beiden andern angegriffen wird, sich strategisch im Nachtheil befindet, auch wenn sie in Westeuropa England oder Frankreich zum Verbündeten hat. Am meisten würde Oestreich, isolirt, gegen einen russisch-deutschen Angriff im Nachtheil sein, am wenigsten Rußland gegen Oestreich und Deutschland; aber auch Rußland würde bei einem concentrischen Vorstoß der beiden deutschen Mächte gegen den Bug zu Anfang des Kriegs in einer schwierigen Lage sein. Bei seiner geographischen Lage und ethnographischen Gestaltung ist Oestreich im Kampfe gegen die beiden benachbarten Kaiserreiche deshalb sehr im Nachtheil, weil die französische Hülfe kaum rechtzeitig eintreffen würde, um das Gleichgewicht herzustellen. Wäre aber Oestreich einer deutsch-russischen Coalition von Hause aus unterlegen, wäre durch einen klugen Friedensschluß der drei Kaiser unter sich das gegnerische Bündniß gesprengt oder auch nur durch eine

Niederlage Oestreichs geschwächt, so wäre das deutsch-russische Uebergewicht entscheidend. Gleich gute Führung und gleiche Tapferkeit bei den großen Heeren vorausgesetzt, liegt in der territorialen Gestaltung der einzelnen Machtgebiete eine große Stärke der deutsch-russischen Combination, wenn sie von Hause aus sicher zusammenhält. Die Berechnung militärischen Erfolgs und der Glaube an einen solchen sind aber an sich unsicher und werden noch unsichrer, wenn die veranschlagte diesseitige Macht keine einheitliche ist, sondern auf Bündnissen beruht.

In meinem Entwurf der Antwort, der noch länger ausfallen mußte als der Brief des Kaisers Alexander, war hervorgehoben, daß ein gemeinsamer Krieg gegen die Westmächte in seiner schließlichen Entwicklung sich wegen der geographischen Verhältnisse und wegen der französischen Begehrlichkeit nach den Rheinlanden nothwendig zu einem preußisch-französischen condensiren müsse, daß die preußisch-russische Initiative zu dem Kriege unsre Stellung in Deutschland verschlechtern werde, daß Rußland, entfernt von dem Kriegsschauplatze, von den Leiden des Kriegs weniger betroffen sein, Preußen dagegen nicht nur die eignen, sondern auch die russischen Heere materiell zu erhalten haben und daß die russische Politik dann — wenn mein Gedächtniß mich nicht täuscht, habe ich den Ausdruck gebraucht — an dem längern Arme des Hebels sitzen würde, und uns auch, wenn wir siegreich wären, ähnlich wie in dem Wiener Congreß und mit noch mehr Gewicht werde vorschreiben können, wie unser Friede beschaffen sein solle, ebenso wie Oestreich es 1859 bezüglich unsrer Friedensbedingungen mit Frankreich hätte machen können, wenn wir damals in den Kampf gegen Frankreich und Italien eingetreten wären. Ich habe den Text meiner Argumentation nicht in der Erinnrung, obschon ich ihn vor wenigen Jahren behufs unsrer Auseinandersetzung mit der russischen Politik wieder unter Augen gehabt und mich gefreut habe, daß ich damals die Arbeitskraft besessen hatte, ein so langes Concept eigenhändig in einer für den König

lesbaren Schrift herzustellen, eine Handarbeit, die für den Erfolg meiner Gasteiner Cur nicht förderlich gewesen sein wird. Obwohl der König die Frage nicht in demselben Maße wie ich unter den deutsch-nationalen Gesichtspunkt zog, so unterlag er doch nicht der Versuchung, der Ueberhebung der östreichischen Politik und der Landtagsmajorität, der Geringschätzung, die beide der preußischen Krone bezeigten, im Bunde mit Rußland ein gewaltthätiges Ende zu machen. Wenn er auf die russische Zumuthung einging, so würden wir bei der Schnelligkeit unsrer Mobilisirung, bei der Stärke der russischen Armee in Polen und bei der damaligen militärischen Schwäche Oestreichs wahrscheinlich, mit oder ohne den Beistand der damals noch unbefriedigten Begehrlichkeit Italiens, Oestreich übergelaufen haben, bevor Frankreich ihm wirksame Hülfe leisten konnte. Wenn man sicher gewesen wäre, daß das Ergebniß dieses Ueberlaufens ein Dreikaiserbündniß unter Schonung Oestreichs gewesen wäre, so wäre meine Beurtheilung der Situation vielleicht nicht zutreffend zu nennen gewesen. Aber diese Sicherheit war Angesichts der divergirenden Interessen Rußlands und Oestreichs im Orient nicht vorhanden; es war kaum wahrscheinlich und auch der russischen Politik nicht zusagend, daß eine siegreiche preußisch-russische Coalition Oestreich gegenüber auch nur mit dem Maße von Schonung verführe, welches von preußischer Seite 1866 im Interesse der Möglichkeit künftiger Wiederannäherung beobachtet worden ist. Ich fürchtete deshalb, daß wir im Falle unsres Siegs über die Zukunft Oestreichs mit Rußland nicht einig sein würden, und daß Rußland selbst bei weitern Erfolgen gegen Frankreich nicht darauf werde verzichten wollen, Preußen in einer unterstützungsbedürftigen Stellung an seiner Westgrenze zu erhalten; am allerwenigsten wäre von Rußland eine Hülfe für eine nationale Politik im Sinne der preußischen Hegemonie zu erwarten gewesen. Tilsit, Erfurt, Olmütz und andre historische Erinnrungen sagten: vestigia terrent[1]).

[1]) Horaz, Epist. I 1, 74.

Kurz, ich hatte nicht das Vertraun zu der Gortschakowschen Politik, daß wir auf dieselbe Sicherheit rechnen könnten, welche Alexander I. 1813 gewährte, bis die Zukunftsfragen, was aus Polen und Sachsen werden und ob Deutschland gegen französische Invasionen eine von russischen Entschließungen unabhängige Deckung haben, Straßburg Bundesfestung werden solle, in Wien zur Verhandlung kamen[1]). So mannigfache Erwägungen hatte ich anzustellen, um zu einem Entschlusse über die Anträge, welche ich dem Könige machen, und die Fassung des Concepts, das ich ihm vorlegen wollte, zu gelangen. Ich zweifle nicht, daß eine Zeit kommen wird, in der auch über diese Vorgänge unsre Archive der Oeffentlichkeit zugänglich werden, es sei denn, daß inzwischen die angeregte Zerstörung der Documente sich vollzieht, die von meiner politischen Thätigkeit Zeugniß geben.

Die Versuchung war groß gewesen für einen Monarchen, dessen Stellung den maßlosen Angriffen der Fortschrittspartei und dem Druck der östreichischen Diplomatie nicht blos auf dem nationalen Gebiete des Frankfurter Fürstencongresses, sondern auch auf dem polnischen von Seiten der drei großen verbündeten Mächte England, Frankreich und Oestreich ausgesetzt war.

Daß der König 1863 seine schwer gekränkte Empfindung als Monarch und als Preuße nicht über die politischen Erwägungen Herr werden ließ, beweist, wie stark in ihm das nationale Ehrgefühl und der gesunde Menschenverstand in der Politik waren.

V.

Im Jahre 1866 konnte der König über die Frage, ob er aus eigner Kraft den parlamentarischen Widerstand brechen und einer Wiederkehr desselben vorbeugen solle, nicht so schnell mit sich in's Reine kommen, so gewichtige

[1]) Die Frage, ob Straßburg Bundesfestung werden solle, ist im zweiten Pariser Frieden, jedoch nicht in Wien verhandelt worden.

Gründe auch dagegen sprachen. Mit der Suspendirung und Revision der Verfassung, mit der Demüthigung der Landtagsopposition wäre allen mit den Erfolgen von 1866 Unzufriednen in Deutschland und Oestreich eine wirksame Waffe gegen Preußen für die vorauszusehenden künftigen Kämpfe gegeben worden. Man hätte sich darauf gefaßt machen müssen, einstweilen in Preußen gegen Parlament und Presse ein Regirungssystem durchzuführen, das von dem ganzen übrigen Deutschland bekämpft wurde. Maßregeln, die bei uns gegen die Presse zu ergreifen gewesen sein würden, würden in Dessau keine Gültigkeit gehabt haben, und Oestreich und Süddeutschland würden ihre Revanche einstweilen dadurch genommen haben, daß sie die von Preußen verlassene Führung auf liberalem und nationalem Gebiete übernahmen. Die nationale Partei in Preußen selbst würde mit den Gegnern der Regirung sympathisirt haben; wir konnten dann innerhalb der verbesserten preußischen Grenzen staatsrechtlich eine Stärkung des Königthums gewinnen, aber doch in Gegenwart stark dissentirender einheimischer Elemente, denen sich die Opposition in den neuen Provinzen angeschlossen haben würde. Wir hätten dann einen preußischen Eroberungskrieg geführt, aber der nationalen Politik Preußens würden die Sehnen durchschnitten worden sein. In dem Bestreben, der deutschen Nation die Möglichkeit einer ihrer geschichtlichen Bedeutung entsprechenden Existenz durch Einheit zu verschaffen, lag das gewichtigste Argument zur Rechtfertigung des geführten deutschen „Bruderkriegs"; die Erneurung eines solchen wurde unabwendbar, wenn der Kampf zwischen den deutschen Stämmen lediglich im Interesse der Stärkung des preußischen Sonderstaats fortgesetzt wurde.

Ich halte den Absolutismus für keine Form einer in Deutschland auf die Dauer haltbaren oder erfolgreichen Regirung. Die preußische Verfassung ist, wenn man von einigen, aus der belgischen übersetzten Phrasenartikeln absieht, in ihrem Hauptprinzip vernünftig; sie hat drei Fac-

toren, den König und zwei Kammern, deren jeder durch sein Votum willkürliche Aendrungen des gesetzlichen status quo hindern kann. Darin liegt eine gerechte Vertheilung der gesetzgebenden Gewalt. Wenn man letztre von der öffentlichen Kritik der Presse und der parlamentarischen Behandlung emancipirt, so wird die Gefahr erhöht, daß sie auf Abwege geriethe. Absolutismus der Krone ist ebenso wenig haltbar wie Absolutismus der parlamentarischen Majoritäten, das Erforderniß der Verständigung beider für jede Aendrung des gesetzlichen status quo ist ein gerechtes, und wir hatten nicht nöthig, an der preußischen Verfassung Erhebliches zu bessern. Es läßt sich mit derselben regiren, und die Bahn deutscher Politik wäre verschüttet worden, wenn wir 1866 daran änderten. Vor dem Siege würde ich nie von „Indemnität" gesprochen haben; jetzt, nach dem Siege, war der König in der Lage, sie großmüthig zu gewähren und Frieden zu schließen, nicht mit seinem Volke — der war nie unterbrochen worden, wie der Verlauf des Krieges gezeigt hat, — sondern mit dem Theile der Opposition, welcher irre geworden war an der Regirung, mehr aus nationalen als aus parteipolitischen Gründen.

Dies waren ungefähr die Gedanken und Argumente, mit denen ich während der viele Stunden langen Fahrt von Prag nach Berlin (4. August) die Schwierigkeiten zu bekämpfen suchte, die die eignen Ansichten, noch mehr aber andre Einflüsse, namentlich auch der Einfluß der conservativen Deputation, in dem Könige hinterlassen hatten. Es kam dazu eine staatsrechtliche Auffassung Sr. Majestät, die ihm ein Verlangen nach Indemnität als ein Eingeständniß begangnen Unrechts erscheinen ließ*). Ich suchte vergeblich diesen sprachlichen und rechtlichen Irrthum zu

*) Die Angabe in Roon's Denkwürdigkeiten („Deutsche Revue" 1891 Bd. I S. 133, Ausgabe in Buchform II⁴ 482): „Für Bismarck's Zustimmung war es jedenfalls entscheidend, daß er die versöhnlichen Anschauungen seines Monarchen genau kannte", ist irrthümlich.

entkräften, indem ich geltend machte, daß in Gewährung der Indemnität nichts weiter liege als die Anerkennung der Thatsache, daß die Regirung und ihr königlicher Chef rebus sic stantibus richtig gehandelt hätten; die Fordrung der Indemnität sei ein Verlangen nach dieser Anerkennung. In jedem constitutionellen Leben, in dem Spielraum, den es den Regirungen gestatte, liege es, daß der Regirung nicht für jede Situation eine Zwangsroute in der Verfassung angewiesen sein könne. Der König blieb bei seiner Abneigung gegen Indemnität, während es mir nothwendig schien, den parlamentarischen Gegnern, von denen doch höchstens diejenigen, die später die freisinnige Partei bildeten, böswillig, die Andern aber nur verrannt waren, sei es politisch, sei es sprachlich, eine goldne Brücke zu bauen, um den innern Frieden Preußens herzustellen und von dieser festen preußischen Basis aus die deutsche Politik des Königs fortzusetzen. Die viele Stunden lange und für mich sehr angreifende Unterredung, weil sie meinerseits stets in vorsichtigen Formen geführt werden mußte, fand im Eisenbahncoupé zu Dreien Statt, mit dem Könige und dem Kronprinzen. Der Letztre aber unterstützte mich nicht, obschon er in dem leichtbeweglichen Ausdruck seines Mienenspiels mich wenigstens durch Kundgebung seines vollen Einverständnisses seinem Herrn Vater gegenüber stärkte.

Durch eine Correspondenz, die ich von Nikolsburg aus mit den übrigen Ministern geführt hatte, war der Entwurf der Thronrede zu Stande gekommen und von Sr. Majestät genehmigt worden mit Ausnahme des auf die Indemnität bezüglichen Satzes. Schließlich gab der König mit Widerstreben auch dazu seine Einwilligung, so daß der Landtag am 5. August mit einer Thronrede eröffnet werden konnte, die ankündigte, daß die Landesvertretung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung um nachträgliche Verwilligung angegangen werden solle. In verbis simus faciles[1])!

[1]) Man vgl. dazu Rede Bismarck's vom 1. Sept. 1866, Politische Reden III 66 ff.

VI.

Das nächste Geschäft war die Regelung unsres Verhältnisses zu den verschiednen deutschen Staaten, mit denen wir im Kriege gewesen waren. Wir hätten die Annexionen für Preußen entbehren und Ersatz dafür in der Bundesverfassung suchen können. Se. Majestät aber hatte an praktische Effecte von Verfassungsparagraphen keinen bessern Glauben wie an den alten Bundestag und bestand auf der territorialen Vergrößrung Preußens, um die Kluft zwischen den Ost- und den Westprovinzen auszufüllen und Preußen ein haltbar abgerundetes Gebiet auch für den Fall des frühern oder spätern Mißlingens der nationalen Neubildung zu schaffen. Bei der Annexion von Hanover und Kurhessen handelte es sich also um Herstellung einer unter allen Eventualitäten wirksamen Verbindung zwischen den beiden Theilen der Monarchie. Die Schwierigkeiten der Zollverbindung zwischen unsern beiden Gebietstheilen und die Haltung Hanovers im letzten Kriege hatten das Bedürfniß eines unbeschränkt in einer Hand befindlichen territorialen Zusammenhangs im Norden von Neuem anschaulich gemacht. Wir durften der Möglichkeit, bei künftigen östreichischen oder andern Kriegen ein oder zwei feindliche Corps von guten Truppen im Rücken zu haben, nicht von Neuem ausgesetzt werden. Die Besorgniß, daß die Dinge sich einmal so gestalten könnten, wurde verschärft durch die überschwängliche Auffassung, die der König Georg V. von seiner und seiner Dynastie Mission hatte. Man ist nicht jeden Tag in der Lage, einer gefährlichen Situation der Art abzuhelfen, und der Staatsmann, den die Ereignisse in den Stand setzen, letztres zu thun, und der sie nicht benutzt, nimmt eine große Verantwortlichkeit auf sich, da die völkerrechtliche Politik und das Recht der deutschen Nation, ungetheilt als solche zu leben und zu athmen, nicht nach privatrechtlichen Grundsätzen beurtheilt werden kann. Der König von Hanover schickte durch einen Adjutanten nach Nikolsburg einen

Brief an den König, den ich Se. Majestät nicht anzunehmen bat, weil wir nicht gemüthliche, sondern politische Gesichtspunkte im Auge zu halten hätten, und weil die Selbständigkeit Hanovers mit der völkerrechtlichen Befugniß, seine Truppen nach dem jedesmaligen Ermessen des Souveräns gegen oder für Preußen in's Feld führen zu können, mit der Durchführung deutscher Einheit unvereinbar war. Die Haltbarkeit der Verträge allein ohne die Bürgschaft einer hinreichenden Hausmacht des leitenden Fürsten hat niemals hingereicht, der deutschen Nation Frieden und Einheit im Reiche zu sichern.

Es gelang mir, den König von dem Gedanken abzubringen, mit Hanover und Hessen auf der Basis der Zerstücklung dieser Länder und des Bündnisses mit den frühern Herrschern als Theilfürsten eines Restes zu verhandeln. Wenn der Kurfürst Fulda und Hanau, und Georg V. Kalenberg mit Lüneburg und der Aussicht auf die Erbfolge in Braunschweig behalten hätte, so würden weder die Hanoveraner und Hessen noch die beiden Fürsten zufriedne Theilnehmer des Norddeutschen Bunds geworden sein. Dieser Plan würde uns unzufriedne und behufs Wiedererwerb des Verlornen zur Rheinbündelei geneigte Bundesgenossen gegeben haben.

Auch eine so unbedingte Hingebung für Oestreich, wie sie Nassau bewiesen hatte, in der unmittelbaren Nähe von Coblenz, war eine gefährliche Erscheinung, besonders in der Eventualität französisch-östreichischer Bündnisse, wie sie sich während des Krimkriegs und der polnischen Wirren von 1863 in bedrohliche Aussicht gestellt hatten. Die Abneigung Sr. Majestät gegen Nassau war ein väterliches Erbtheil. Friedrich Wilhelm III. pflegte durch das Herzogthum zu reisen, ohne den Herzog zu sehn. Das Contingent des Herzogs hatte sich in der Rheinbundzeit in Preußen besonders unangenehm gemacht, und König Wilhelm I. wurde gegen Concessionen an den Herzog durch den leidenschaftlichen Widerspruch der Deputationen früherer nassauischer Unterthanen eingenommen; die stehende Rede

derselben war: „Schütze Se uns vor dem Fürste und sei' Jagdknechte“[1]).

Es blieben Friedensverträge zu schließen mit Sachsen und den süddeutschen Staaten. Herr von Varnbüler bewies dieselbe Lebhaftigkeit des Temperaments wie bei den Vorbereitungen zum Kriege und war der erste, mit dem der Abschluß gelang[2]). Es handelte sich unter Anderm darum, ob wir, da Würtemberg das preußische Hohenzollern in Besitz genommen hatte, jetzt, wie der König wollte, den Spieß umkehren und eine Vergrößrung Hohenzollerns auf Kosten Würtembergs fordern wollten. Ich konnte darin weder für Preußen noch für die nationale Zukunft einen Nutzen sehn und hielt überhaupt das Vergeltungsprinzip nicht für eine vernünftige Basis unsrer Politik[3]), die auch da, wo unser Gefühl verletzt war, nicht von der eignen Verstimmung, sondern von der objectiven Erwägung geleitet werden sollte. Grade weil Varnbüler uns gegenüber einige diplomatische Sünden auf dem Conto hatte, war er für mich ein nützlicher Unterhändler, und indem ich mich dazu verstand, die Vergangenheit zu vergessen, gewann ich durch den Vorgang Würtembergs im Abschluß des Bündnisses (13. August) den Weg zu den andern.

Ich weiß nicht, ob Roggenbach bei den Friedensschlüssen im Auftrage des Großherzogs von Baden handelte, indem er mir vorstellte, daß Baiern durch seine Größe ein Hinderniß der deutschen Einigung sei, sich leichter in eine künftige Neugestaltung Deutschlands einfügen werde, wenn es kleiner gemacht wäre, und daß es sich deshalb empfehle, ein besseres Gleichgewicht in Süddeutschland dadurch herzustellen, daß Baden vergrößert und durch Angliederung

---

[1]) Vgl. die Botschaft vom 16. Aug. 1866, betr. die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit dem Königreich Preußen, Politische Reden III 50 ff.

[2]) S. o. S. 68. 70.

[3]) S. o. S. 66.

der Pfalz in unmittelbare Grenznachbarschaft mit Preußen gebracht würde, wobei auch weitre Verschiebungen in Anlehnung an preußische Wünsche, die dynastischen Stammlande Ansbach-Bayreuth wiederzugewinnen, und mit Einbeziehung Würtembergs in Aussicht genommen waren. Ich ließ mich auf diese Anregung nicht ein, sondern lehnte sie a limine ab. Auch wenn ich sie ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit hätte auffassen wollen, so verrieth sie einen Mangel an Augenmaß für die Zukunft und eine Verdunklung des politischen Blickes durch badische Hauspolitik. Die Schwierigkeit, Baiern gegen seinen Willen in eine ihm nicht zusagende Reichsverfassung hinein zu zwingen, wäre dieselbe geblieben, auch wenn man die Pfalz an Baden gegeben hätte; und ob die Pfälzer ihre bairische Angehörigkeit bereitwillig gegen die badische vertauscht haben würden, ist fraglich. Als vorübergehend davon die Rede war, Hessen für sein Gebiet nördlich des Mains mit bairischem Lande in der Richtung von Aschaffenburg zu entschädigen, gingen mir aus dem letztern Gebiete Proteste zu, die, obschon aus streng katholischer Bevölkerung kommend, darin gipfelten, wenn die Unterzeichner nicht Baiern bleiben könnten, so wollten sie lieber Preußen werden, aber von Baiern zu Hessen gemacht zu werden, sei ihnen unannehmbar. Sie schienen von der Erwägung des Rangs der Landesherrn beherrscht und von der Stimmenordnung am Bundestage, wo Baiern vor Hessen rangirte. In derselben Richtung ist mir aus meiner Frankfurter Zeit die Aeußrung eines preußischen Reservisten zu einem kleinstaatlichen erinnerlich: „Sei du ganz stille, du hast ja nicht einmal einen König.“ Ich hielt Aendrungen der Staatsgrenzen in Süddeutschland für keinen Fortschritt zur Einigung des Ganzen.

Eine Verkleinerung Baierns im Norden wäre dem damaligen Wunsche des Königs entgegengekommen, Ansbach und Bayreuth in der alten Ausdehnung wiederzugewinnen. Mit meinen politischen Auffassungen stimmte auch dieser Plan, so sehr er meinem verehrten und ge-

liebten Herrn am Herzen lag, ebenso wenig wie der badische überein, und ich habe ihm erfolgreich Widerstand geleistet[1]). Im Herbst 1866 war eine Voraussicht über die zukünftige Haltung Oestreichs noch nicht möglich. Die Eifersucht Frankreichs uns gegenüber war gegeben, und niemandem war besser als mir die Enttäuschung Napoleon's über unsre böhmischen Erfolge bekannt. Er hatte mit Sicherheit darauf gerechnet, daß Oestreich uns schlagen und wir in die Lage kommen würden, seine Vermittlung zu erkaufen. Wenn nun Frankreichs Bemühungen, diesen Irrthum und seine Folgen wieder gut zu machen, bei der durch unsern Sieg nothwendig hervorgerufnen Verstimmung in Wien Erfolg hatten, so wäre manchen deutschen Höfen die Frage nahe getreten, ob sie im Anschluß an Oestreich, gewissermaßen in einem zweiten schlesischen Kriege, den Kampf gegen uns von Neuem aufnehmen wollten oder nicht. Daß Baiern und Sachsen dieser Versuchung unterliegen würden, war möglich; daß ein im Roggenbach'schen Sinne verstümmeltes Baiern seine Revanche gegen uns im Anschlusse an Oestreich gesucht haben würde, war aber wahrscheinlich.

VII.

Ein solcher Anschluß würde vielleicht einen größern Umfang gewonnen haben als die Welfenlegion, welche demnächst unter französischem Protectorate gegen uns Aufstellung nahm. Daß diese im Jahre 1870, abgesehn von einzelnen verkommnen Persönlichkeiten, nicht mehr auf der Bildfläche erschienen ist, ist zum großen Theile dem Umstande zu verdanken, daß sich Eingeweihte der in Hanover vorbereiteten Verabredung fanden, die mich von den getroffnen Vorbereitungen bis in's Einzelne benachrichtigten

[1]) Baiern trat im Frieden vom 22. Aug. 1866 nur das Bezirksamt Gersfeld und einen Bezirk um Orb ab, nachdem eine Grenzregulirung zur Wahrung der strategischen und der Verkehrsinteressen als erforderlich befunden worden war.

und sich erboten, die ganze Combination zu vereiteln, wenn ihnen die Bezüge ihrer frühern hanöverschen Stellung gesichert würden. Ich hatte nach damals gerichtlich aufgefangnen Correspondenzen die Besorgniß, daß wir in die Nothwendigkeit gerathen könnten, welfischen Unternehmungen gegenüber zu Repressalien zu schreiten, die Angesichts der Kriegsgefahr nicht anders als streng ausfallen konnten. Man darf nicht vergessen, daß wir damals des Siegs über Frankreich, nach der großen Vergangenheit der französischen Armee, nicht so sicher waren, um nicht jede Erschwerung unsrer Lage sorgsam zu verhindern. Ich verabredete daher mit den Unterhändlern, die mir näher traten, daß ihre Wünsche erfüllt werden sollten, wenn sie ihre Zusagen erfüllten, und bezeichnete als Kennzeichen dieser Bedingung die Frage, daß wir nicht genöthigt sein würden, einen hanöverschen Landsmann wegen Kampfes gegen deutsches Militär zu erschießen. Es sind denn auch im Lande keine Bewegungen vorgekommen, und nach dem Ausbruch des Kriegs beschränkte sich die Abreise von Welfen nach Frankreich zu Wasser und zu Lande auf einzelne bereits Compromittirte. Nach der Haltung der hanöverschen Truppentheile im Kriege ist es nicht wahrscheinlich, daß ein welfischer Aufstand in der Heimath einen erheblichen Umfang hätte annehmen können, wenigstens nicht, so lange unser Vorgehn in Frankreich siegreich war. Was geschehn wäre, wenn wir geschlagen und verfolgt durch Hanover heimgekehrt wären, lasse ich unberührt. Eine prophylaktische Politik hat aber auch solche Möglichkeiten zu erwägen; jedenfalls war ich entschlossen, in der Zwangslage des Kriegs dem Könige zu jedem Acte energischer Abwehr zu rathen, den der Trieb der staatlichen Selbsterhaltung eingeben kann. Und selbst wenn nur einzelne schwere und wahrscheinlich blutige Bestrafungen hätten stattfinden müssen, so würden die Gewaltthaten gegen deutsche Landsleute, wie sehr sie auch durch die Kriegsgefahr gerechtfertigt sein mochten, auf Menschenalter hin ein Hinderniß der Versöhnung und

einen Vorwand für Verhetzungen abgegeben haben. Es war mir deshalb wichtig, solchen Eventualitäten rechtzeitig vorzubeugen.

VIII.

Die Kämpfe während des vergangnen Winters mit dem Könige, der den Krieg nicht wollte, während des Feldzugs mit den Militärs, die nur Oestreich, nicht die übrigen Mächte Europas vor sich sahn, und mit dem Könige über den Friedensschluß und dann wieder über die Indemnität, hatten mich so angegriffen, daß ich der Ruhe und Erholung bedurfte. Ich ging zunächst am 26. September zu meinem Vetter, dem Grafen Bismarck-Bohlen in Karlsburg, und dann am 6. October nach Putbus, wo ich im Gasthofe schwer erkrankte[1]). Der Fürst und die Fürstin Putbus gewährten mir eine liebenswürdige Gastfreiheit in einem Pavillon, der neben dem abgebrannten Schlosse stehn geblieben war. Nachdem der erste heftige Anlauf der Krankheit überstanden war, konnte ich die Geschäfte wieder in die Hand nehmen durch Correspondenz mit Savigny. Als der letzte preußische Gesandte am Bundestage war er der natürliche Erbe des Decernats über die im Vordergrunde stehende deutsche Politik. Er führte die Verhandlungen mit Sachsen zu Ende, was vor meiner Abreise nicht gelungen war. Ihr Ergebniß ist publici juris, und ich kann mich einer Kritik derselben enthalten[2]). Die militärische Selbständigkeit Sachsens wurde demnächst unter Vermittlung des Generals von Stosch durch persönliche Entschließungen Sr. Majestät weiter entwickelt, als sie nach dem Vertrage bemessen war.

Die geschickte und ehrliche Politik der beiden letzten sächsischen Könige[3]) hat diese Concessionen gerechtfertigt,

---

[1]) Vgl. dazu die Auszüge aus Briefen der Gräfin Bismarck an v. Keudell, Rob. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck. S. 313 ff.

[2]) Der Friede mit Sachsen kam erst am 21. Oct. 1866 zu Stande.

[3]) Johann und Albert.

namentlich so lange es gelingt, die bestehende preußisch-östreichische Freundschaft zu erhalten. Es ist in den geschichtlichen und confessionellen Traditionen, in der menschlichen Natur und speciell in den fürstlichen Ueberlieferungen begründet, daß der enge Bund zwischen Preußen und Oestreich, der 1879 geschlossen wurde, auf Baiern und Sachsen einen concentrirenden Druck ausübt, um so stärker, je mehr das deutsche Element in Oestreich, Vornehm und Gering, seine Beziehungen zur habsburgischen Dynastie zu pflegen weiß. Die parlamentarischen Excesse des deutschen Elements in Oestreich und deren schließliche Wirkung auf die dynastische Politik drohten nach dieser Richtung hin das Gewicht des deutsch-nationalen Elements nicht nur in Oestreich abzuschwächen. Die doctrinären Mißgriffe der parlamentarischen Fractionen sind den Bestrebungen politisirender Frauen und Priester in der Regel günstig.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Die Emser Depesche.

Am 2. Juli 1870 entschied sich das spanische Ministerium für die Thronbesteigung des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern. Damit war die erste völkerrechtliche Anregung zu der spätern Kriegsfrage gegeben, aber doch nur in Gestalt einer specifisch spanischen Angelegenheit. Ein völkerrechtlicher Vorwand für Frankreich, in die Freiheit der spanischen Königswahl einzugreifen, war schwer zu finden; er wurde, seitdem man es in Paris auf den Krieg mit Preußen abgesehn hatte, künstlich gesucht in dem Namen Hohenzollern, welcher an sich für Frankreich nichts Bedrohlicheres hatte als jeder andre deutsche Name. Im Gegentheil konnte man in Spanien sowohl als in Deutschland annehmen, daß der Prinz Leopold wegen seiner persönlichen und Familienbeziehungen in Paris eher persona grata sein werde als mancher andre deutsche Prinz. Ich erinnre mich, daß ich in der Nacht nach der Schlacht von Sedan in tiefer Finsterniß mit einer Anzahl unsrer Offiziere nach der Rundfahrt des Königs um Sedan auf dem Wege nach Donchery ritt und auf Befragen, ich weiß nicht welches Begleiters, die Vorbereitung zu diesem Kriege besprach und dabei erwähnte, daß ich geglaubt hätte, der Prinz Leopold werde dem Kaiser Napoleon kein unerwünschter Nachbar in Spanien sein und seinen Weg über Paris nach Madrid nehmen, um dort die Fühlung mit der kaiserlich französischen Politik zu gewinnen, die zu den Vorbedingungen gehörte, unter denen er Spanien zu re-

giren gehabt haben würde. Ich sagte: wir wären viel mehr berechtigt gewesen zu der Besorgniß vor einem engern Verständnisse zwischen der spanischen und der französischen Krone als zu der Hoffnung auf Herstellung einer spanisch-deutschen und antifranzösischen Constellation nach Analogie Karl's V.; ein König von Spanien könne eben nur spanische Politik treiben, und der Prinz wäre Spanier geworden durch Uebernahme der Krone des Landes. Zu meiner Ueberraschung erfolgte aus der Finsterniß hinter mir eine lebhafte Erwiderung des Prinzen von Hohenzollern, von dessen Anwesenheit ich keine Ahnung gehabt hatte; er protestirte lebhaft gegen die Möglichkeit, bei ihm französische Sympathien vorauszusetzen. Dieser Protest inmitten des Schlachtfelds von Sedan war für einen deutschen Offizier und Hohenzollern'schen Prinzen natürlich, und ich konnte ihn nur damit beantworten, daß der Prinz als König von Spanien sich nur von spanischen Interessen hätte leiten lassen können, und daß zu solchen namentlich behufs Befestigung des neuen Königthums zunächst eine schonende Behandlung des mächtigen Nachbarn an den Pyrenäen gehört haben würde. Ich machte dem Prinzen meine Entschuldigung über die in seiner mir unbekannten Gegenwart gethane Aeußrung.

Diese anticipirte Episode legt Zeugniß ab über die Auffassung, die ich von der ganzen Frage hatte. Ich betrachtete sie als eine spanische und nicht als eine deutsche, wenn es mir auch erfreulich schien, den deutschen Namen Hohenzollern in Vertretung der Monarchie in Spanien thätig zu sehn, und wenn ich auch nicht versäumte, alle möglichen Folgen unter dem Gesichtspunkte unsrer Interessen zu erwägen, was bei jedem Vorgange von ähnlicher Wichtigkeit in einem andern Staate zu thun die Pflicht eines auswärtigen Ministers ist. Ich dachte zunächst mehr an wirthschaftliche wie an politische Beziehungen, denen ein König von Spanien deutscher Abstammung förderlich sein konnte. Für Spanien erwartete ich von der Person des Prinzen und von seinen verwandschaftlichen Beziehungen

beruhigende und consolidirende Ergebnisse, die den Spaniern zu mißgönnen ich keinen Anlaß hatte. Spanien gehört zu den wenigen Ländern, die nach ihrer geographischen Lage und ihrem politischen Bedürfniß keinen Grund haben, antideutsche Politik zu treiben; es ist außerdem in wirthschaftlicher Beziehung nach Production und Bedarf für einen entwickelten Verkehr mit Deutschland wohl geeignet. Ein uns befreundetes Element in der spanischen Regirung wäre ein Vortheil gewesen, den a limine abzuweisen in den Aufgaben der deutschen Politik kein Grund vorhanden war, es sei denn, daß man die Besorgniß, Frankreich könne unzufrieden werden, als einen solchen gelten lassen wollte. Wenn Spanien sich wieder kräftiger entwickelte, als seither geschehn ist, konnte die Thatsache, daß die spanische Diplomatie uns befreundet wäre, im Frieden für uns von Nutzen sein; daß der König von Spanien bei Eintritt des früher oder später vorauszusehenden deutsch-französischen Kriegs, auch wenn er den besten Willen gehabt hätte, seine deutschen Sympathien durch einen Angriff oder eine Aufstellung gegen Frankreich zu bethätigen im Stande sein werde, war mir nicht wahrscheinlich, und das Verhalten Spaniens nach Ausbruch des Kriegs, den wir uns durch die Gefälligkeit deutscher Fürsten zugezogen hatten, bewies die Richtigkeit meiner Zweifel. Der ritterliche Cid hätte Frankreich wegen der Einmischung in die Freiheit der spanischen Königswahl zur Rechenschaft gezogen und die Wahrung der spanischen Unabhängigkeit nicht Fremden überlassen. Die früher zu Wasser und Lande mächtige Nation kann heut nicht die stammverwandte Bevölkerung von Cuba im Zaume halten; wie sollte man von ihr erwarten, daß sie eine Macht wie Frankreich aus Liebe zu uns angriffe? Keine spanische Regirung und am wenigsten ein ausländischer König würde im Lande die Macht besitzen, auch nur ein Regiment aus Liebe zu Deutschland an die Pyrenäen zu schicken. Politisch stand ich der ganzen Frage ziemlich gleichgültig gegenüber. Mehr als ich war Fürst Anton geneigt, sie friedlich zu dem erstrebten Ziele zu führen. Die Me-

moiren Seiner Majestät des Königs von Rumänien sind über Einzelheiten der ministeriellen Mitwirkung in der Frage nicht genau unterrichtet. Das dort erwähnte Minister-Conseil im Schlosse hat nicht stattgefunden. Fürst Anton wohnte als Gast des Königs im Schlosse und hatte dort diesen Herrn und einige der Minister zum Diner eingeladen; ich glaube kaum, daß im Tischgespräch die spanische Frage verhandelt wurde. Wenn der Herzog von Gramont*) sich bemüht, den Beweis zu führen, daß ich der spanischen Anregung gegenüber mich nicht ablehnend verhalten hätte, so finde ich keinen Grund, dem zu widersprechen. Des Wortlauts meines Briefs an den Marschall Prim, von dem der Herzog hat erzählen hören, erinnre ich mich nicht mehr; wenn ich selbst ihn redigirt habe, was ich auch nicht mehr weiß, so werde ich die Hohenzollern'sche Candidatur schwerlich „une excellente chose" genannt haben, der Ausdruck ist mir nicht mundrecht. Daß ich sie für „opportune" hielt, nicht „à un moment donné", sondern prinzipiell und im Frieden, ist richtig. Ich hatte dabei nicht den mindesten Zweifel daran, daß der am französischen Hofe gern gesehne Enkel der Murats dem Lande Frankreichs Wohlwollen sichern werde.

Die Einmischung Frankreichs galt in ihren Anfängen spanischen, nicht preußischen Angelegenheiten; die Fälschung der Napoleonischen Politik, vermöge deren die Frage zu einer preußischen werden sollte, war eine international unberechtigte und provocirende und bewies mir, daß der Moment gekommen war, wo Frankreich Händel mit uns suchte und bereit war, dafür jeden Vorwand zu ergreifen, der brauchbar schien. Ich betrachtete die französische Einmischung zunächst als eine Verletzung und deshalb als eine Beleidigung Spaniens und erwartete, daß das spanische Ehrgefühl sich dieses Eingriffs erwehren würde. Nachdem später die Sache die Wendung genommen hatte, daß Frankreich im Sinne seines Eingriffs in die spanische

*) Gramont, La France et la Prusse avant la guerre. Paris, E. Dentu, 1872. pag. 21.

Unabhängigkeit uns mit Krieg bedrohte, habe ich einige Tage lang erwartet, daß die spanische Kriegserklärung gegen Frankreich der französischen gegen uns folgen werde. Ich war nicht darauf gefaßt, daß eine selbstbewußte Nation wie die spanische Gewehr bei Fuß hinter den Pyrenäen ruhig zusehn werde, wie die Deutschen sich auf Tod und Leben für Spaniens Unabhängigkeit und freie Königswahl gegen Frankreich schlugen. Das spanische Ehrgefühl, das sich in der Karolinen-Frage[1]) so empfindlich anstellte, ließ uns 1870 einfach im Stich. Wahrscheinlich sind in beiden Fällen die Sympathien und internationalen Verbindungen der republikanischen Parteien entscheidend gewesen.

Von Seiten unsres Auswärtigen Amts waren die ersten schon unberechtigten Anfragen Frankreichs über die spanische Throncandidatur am 4. Juli der Wahrheit entsprechend in der ausweichenden Art beantwortet worden, daß das Ministerium nichts von der Sache wisse. Es traf das insofern zu, als die Frage der Annahme der Wahl durch den Prinzen Leopold von Sr. Majestät lediglich als Familiensache behandelt worden war, die weder Preußen noch den Norddeutschen Bund etwas anging, bei der es sich nur um die persönliche Beziehung des Kriegsherrn zu einem deutschen Offizier und des Haupts nicht der Kgl. Preußischen sondern der Hohenzollern'schen Gesammtfamilie zu den Trägern des Namens Hohenzollern handelte.

In Frankreich aber suchte man nach einem Kriegsfalle gegen Preußen, der möglichst frei von national-deutscher Färbung wäre, und glaubte einen solchen auf dynastischem Gebiete in dem Auftreten eines spanischen Thronprätendenten des Namens Hohenzollern gefunden zu haben. Dabei war die Ueberschätzung der militärischen Ueberlegenheit Frankreichs und die Unterschätzung des nationalen Sinns in Deutschland wohl die Hauptursache, daß man die Haltbarkeit dieses Kriegsvorwands nicht mit Ehrlichkeit und nicht mit Sachkunde geprüft hatte. Der deutsch-

[1]) Aug. 1885.

nationale Aufschwung, welcher der französischen Kriegserklärung folgte, vergleichbar einem Strome, der die Schleusen bricht, war für die französischen Politiker eine Ueberraschung; sie lebten, rechneten und handelten in Rheinbundserinnerungen, genährt durch die Haltung einzelner westdeutscher Minister[1]) und durch ultramontane Einflüsse, welche hofften, daß Frankreichs Siege, gesta Dei per Francos, die Ziehung weitrer Consequenzen des Vaticanums in Deutschland, gestützt auf Allianz mit dem katholischen Oestreich, erleichtern würden. Ihre ultramontanen Tendenzen waren der französischen Politik in Deutschland förderlich, in Italien nachtheilig, da das Bündniß mit letzterm schließlich an der Weigerung Frankreichs, Rom zu räumen, scheiterte. In dem Glauben an die Ueberlegenheit der französischen Waffen wurde der Kriegsvorwand, man kann sagen, an den Haaren herbeigezogen, und anstatt Spanien für seine, wie man annahm, antifranzösische Königswahl verantwortlich zu machen, hielt man sich an den deutschen Fürsten, der es nicht abgelehnt hatte, dem Bedürfniß der Spanier auf deren Wunsch durch Gestellung eines brauchbaren und voraussichtlich in Paris als persona grata betrachteten Königs abzuhelfen, und an den König von Preußen, den nichts als der Familienname und die deutsche Landsmannschaft zu dieser spanischen Angelegenheit in Beziehung brachte. Schon in der Thatsache, daß das französische Cabinet sich erlaubte, die preußische Politik über die Annahme der Wahl zur Rede zu stellen, und zwar in einer Form, die durch die Interpretation der französischen Blätter zu einer öffentlichen Bedrohung wurde, schon in dieser Thatsache lag eine internationale Unverschämtheit, die für uns nach meiner Ansicht die Unmöglichkeit involvirte, auch nur um einen

[1]) Namentlich des Freiherrn v. Dalwigk. — Man vgl. auch die Note Gramont's vom 19. Juli 1870 (Staats-Archiv Bd. 57 Nr. 10772 S. 333 f.): Le grand-duc de Hesse nous a fait dire que si ce n'était le canon de Mayence qui l'incommode, il serait tout à notre dévotion, et qu'il n'attend que le jour où l'Empereur lui ayant rendu son indépendance, il pourra nous montrer ses sympathies.

Zoll breit zurückzuweichen. Der beleidigende Charakter der französischen Zumuthung wurde verschärft nicht nur durch die drohenden Herausfordrungen der französischen Presse, sondern auch durch die Parlamentsverhandlungen und die Stellungnahme des Ministeriums Gramont-Ollivier zu diesen Manifestationen. Die Aeußrung Gramont's in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 6. Juli:

„Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setze ... Dieser Fall wird nicht eintreten, dessen sind wir gewiß. ... Sollte es anders kommen, so würden wir ... unsre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen"

schon diese Aeußrung war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff. Die Phrase: „La Prusse cane" bildete in der Presse eine Erläutrung zu der Tragweite der Parlamentsverhandlungen vom 6. und 7. Juli, die für unser nationales Ehrgefühl nach meiner Empfindung jede Nachgiebigkeit unmöglich machte.

Ich entschloß mich, am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Sr. Majestät die Berufung des Reichstags behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Thür des Pfarrhofs und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offnen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehn. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon Theil nahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Candidatur

entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provocationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demüthigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Dieser Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungnen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienste nach Ems zu melden. Ich hielt diese Demüthigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden. Ich nahm an, Frankreich werde die Entsagung des Prinzen als einen befriedigenden Erfolg escomptiren in dem Gefühl, daß eine kriegerische Drohung, auch wenn sie in den Formen internationaler Beleidigung und Verhöhnung geschehn und der Kriegsvorwand gegen Preußen vom Zaune gebrochen wäre, genüge, um Preußen zum Rückzuge auch in einer gerechten Sache zu nöthigen, und daß auch der Norddeutsche Bund in sich nicht das hinreichende Machtgefühl trage, um die nationale Ehre und Unabhängigkeit gegen französische Anmaßung zu schützen. Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsre nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen, ohne Händel ungeschickt vom Zaune zu brechen und künstlich zu suchen. Den Krieg sah ich schon damals als eine Nothwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten. Ich telegraphirte an die Meinigen nach Varzin, man sollte nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenig Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vor-

zutragen. In gleichem Sinn sprach ich auch mit dem Kriegsminister von Roon: wir hätten die französische Ohrfeige weg, und wären durch die Nachgiebigkeit in die Lage gebracht, als Händelsucher zu erscheinen, wenn wir zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten. Meine Stellung sei jetzt unhaltbar und das eigentlich schon dadurch geworden, daß der König den französischen Botschafter unter dem Drucke von Drohungen während seiner Badecur vier Tage hintereinander in Audienz empfangen und seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen fremden Agenten ohne geschäftlichen Beistand exponirt habe.

Durch diese Neigung, die Staatsgeschäfte persönlich und allein auf sich zu nehmen, war der König in eine Lage gedrängt worden, die ich nicht vertreten konnte; meines Erachtens hätte Se. Majestät in Ems jede geschäftliche Zumuthung des ihm nicht gleichstehenden französischen Unterhändlers ablehnen und ihn nach Berlin an die amtliche Stelle verweisen müssen, die dann durch Vortrag in Ems oder, wenn man dilatorische Behandlung nützlich gefunden, durch schriftlichen Bericht die Entscheidung des Königs einzuholen gehabt haben würde. Aber bei dem hohen Herrn, so correct er in der Regel die Ressortverhältnisse respectirte, war die Neigung, wichtige Fragen persönlich zwar nicht zu entscheiden, aber doch zu verhandeln, zu stark, um ihm eine richtige Benutzung der Deckung zu ermöglichen, mit der die Majestät gegen Zudringlichkeiten, unbequeme Fragestellung und Zumuthung zweckmäßiger Weise umgeben ist. Daß der König sich nicht mit dem ihm in so großem Maße eignen Gefühle seiner hoheitvollen Würde der Benedetti'schen Aufdringlichkeit von Haus aus entzogen hatte, davon lag die Schuld zum großen Theile in dem Einflusse, den die Königin von dem benachbarten Coblenz her auf ihn ausübte. Er war 73 Jahre alt, friedliebend und abgeneigt, die Lorbeern von 1866 in einem neuen Kampfe auf das Spiel zu setzen; aber wenn er vom weiblichen Einflusse frei war, so blieb das Ehrgefühl des Erben

Friedrich's des Großen und des preußischen Offiziers in ihm stets leitend. Gegen die Concurrenz, welche seine Gemalin mit ihrer weiblich berechtigten Furchtsamkeit und ihrem Mangel an Nationalgefühl machte, wurde die Widerstandsfähigkeit des Königs abgeschwächt durch sein ritterliches Gefühl der Frau und durch sein monarchisches Gefühl einer Königin und besonders der seinigen gegenüber. Man hat mir erzählt, daß die Königin Augusta ihren Gemal vor seiner Abreise von Ems nach Berlin in Thränen beschworen habe, den Krieg zu verhüten im Andenken an Jena und Tilsit. Ich halte die Angabe für glaubwürdig bis auf die Thränen.

Zum Rücktritt entschlossen trotz der Vorwürfe, die mir Roon darüber machte, lud ich ihn und Moltke zum 13. ein, mit mir zu Drei zu speisen, und theilte ihnen bei Tische meine An- und Absichten mit. Beide waren sehr niedergeschlagen und machten mir indirect Vorwürfe, daß ich die im Vergleiche mit ihnen größre Leichtigkeit des Rückzugs aus dem Dienste egoistisch benutzte. Ich vertrat die Meinung, daß ich mein Ehrgefühl nicht der Politik opfern könne, daß sie Beide als Berufssoldaten wegen der Unfreiheit ihrer Entschließung nicht dieselben Gesichtspunkte zu nehmen brauchten wie ein verantwortlicher auswärtiger Minister. Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnre, von ungefähr 200 Gruppen, aus Ems, von dem Geheimrath Abeken unterzeichnet, in der Uebersetzung begriffen sei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majestät redigirt und unterzeichnet hatte, las ich dasselbe meinen Gästen vor[1]), deren Nieder-

[1]) Die am 13. Juli 1870 3h 50m Nachm. in Ems aufgegebene, 6h 9m in Berlin eingetroffene Depesche lautete in der Entzifferung: „Se. Majestät schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustim-

geschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Actenstücks verweilte ich bei der einen Auftrag involvirenden Ermächtigung Sr. Majestät, die neue Fordrung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitzutheilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in Bezug auf das Maß seines Vertrauns auf den Stand unsrer Rüstungen, respective auf die Zeit, deren dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden. Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruchs keinen Vortheil für uns erwarte; selbst wenn wir zunächst nicht stark genug sein sollten, sofort alle linksrheinischen Landestheile gegen französische Invasion zu decken, so würde unsre Kriegsbereitschaft die französische sehr bald überholen, während in einer spätern Periode dieser Vortheil sich abschwächen würde; er halte den schnellen Ausbruch im Ganzen für uns vortheilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Fordrungen dieses Gefühls nicht gerecht

---

mung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden sollte."

wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unsrer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung, und das 1866 durch unsre militärischen Erfolge gesteigerte deutsche Nationalgefühl südlich des Mains, wie es sich in der Bereitwilligkeit der Südstaaten zu den Bündnissen ausgesprochen hatte, mußte wieder erkalten. Das in den süddeutschen Staaten neben dem particularistischen und dynastischen Staatsgefühle lebendige Deutschthum hatte bis 1866 das politische Bewußtsein gewissermaßen mit der gesammtdeutschen Fiction unter Oestreichs Leitung beschwichtigt, theils aus süddeutscher Vorliebe für den alten Kaiserstaat, theils in dem Glauben an die militärische Ueberlegenheit desselben über Preußen. Nachdem die Ereignisse den Irrthum der Schätzung festgestellt hatten, war grade die Hülflosigkeit der süddeutschen Staaten, in der Oestreich sie bei dem Friedensschlusse gelassen hatte, ein Motiv für das politische Damascus, das zwischen Varnbüler's „Vae Victis“ und[1]) dem bereitwilligen Abschlusse des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen lag. Es war das Vertraun auf die durch Preußen entwickelte germanische Kraft und die Anziehung, welche einer entschlossenen und tapfern Politik innewohnt, wenn sie Erfolg hat und dann sich in vernünftigen und ehrlichen Grenzen bewegt. Diesen Nimbus hatte Preußen gewonnen; er ging unwiderruflich oder doch auf lange Zeit verloren, wenn in einer nationalen Ehrenfrage die Meinung im Volke Platz griff, daß die französische Insulte „La Prusse cane“ einen thatsächlichen Hintergrund habe.

In derselben psychologischen Auffassung, in welcher ich 1864 im dänischen Kriege aus politischen Gründen gewünscht hatte, daß nicht den altpreußischen, sondern den westfälischen Bataillonen, die bis dahin keine Gelegenheit gehabt hatten, unter preußischer Führung ihre Tapferkeit zu bewähren, der Vortritt gelassen werde, und bedauerte, daß der Prinz Friedrich Karl meinem Wunsche entgegen

[1]) So ist zu lesen statt „zu dem bereitwilligen Abschlusse“ der ersten Ausgabe.

gehandelt hatte, in derselben Auffassung war ich überzeugt, daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlands im Laufe der Geschichte geschaffen hatte, nicht wirksamer überbrückt werden könne als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar. Ich erinnerte mich, daß schon in dem kurzen Zeitraume von 1813 bis 1815, von Leipzig und Hanau bis Belle Alliance, der gemeinsame und siegreiche Kampf gegen Frankreich die Beseitigung des Gegensatzes ermöglicht hatte zwischen einer hingebenden Rheinbundspolitik und dem nationaldeutschen Aufschwung der Zeit von dem Wiener Congresse bis zu der Mainzer Untersuchungscommission, unter der Signatur Stein, Görres, Jahn, Wartburg bis zu dem Excess von Sand. Das gemeinsam vergossene Blut von dem Uebergange der Sachsen bei Leipzig bis zu der Betheiligung unter englischem Commando bei Belle Alliance hatte ein Bewußtsein gekittet, vor dem die Rheinbundserinnerungen erloschen. Die Entwicklung der Geschichte in dieser Richtung wurde unterbrochen durch die Besorgniß, welche die Uebereilung des nationalen Drangs für den Bestand staatlicher Einrichtungen erweckte.

Dieser Rückblick bestärkte mich in meiner Ueberzeugung, und die politischen Erwägungen in Betreff der süddeutschen Staaten fanden mutatis mutandis auch auf unsre Beziehungen zu der Bevölkerung von Hanover, Hessen, Schleswig-Holstein Anwendung. Daß diese Auffassung richtig war, beweist die Genugthuung, mit der heut, nach zwanzig Jahren, nicht nur die Holsteiner, sondern auch die Hanseaten der 1870er Heldenthaten ihrer Söhne gedenken. Alle diese Erwägungen, bewußt und unbewußt, verstärkten in mir die Empfindung, daß der Krieg nur auf Kosten unsrer preußischen Ehre und des nationalen Vertrauns auf dieselbe vermieden werden könne.

In dieser Ueberzeugung machte ich von der mir durch

Abeken übermittelten königlichen Ermächtigung Gebrauch, den Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen, und reducirte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern, auf die nachstehende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regirung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe."

Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebniß stärkrer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaction Abeken's nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.

Nachdem ich meinen beiden Gästen die concentrirte Redaction vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen andern Klang, vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausfordrung." Ich erläuterte: „Wenn ich diesen Text, welcher keine Aenderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsre Gesandschaften mittheile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck

des rothen Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagnen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und Andern ab, die der Ursprung des Kriegs hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffnen seien, und die gallische Ueberhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Oeffentlichkeit, so weit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten."

Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heitrer Laune. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen." Moltke trat so weit aus seiner gleichmüthigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsre Heere zu führen, so mag gleich nachher ‚die alte Carcasse' der Teufel holen." Er war damals hinfälliger als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzugs überleben werde.

Wie lebhaft sein Bedürfniß war, seine militärisch-strategische Neigung und Befähigung praktisch zu bethätigen, habe ich nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern auch in den Tagen vor dem Ausbruche des böhmischen Krieges beobachtet. In beiden Fällen fand ich meinen militärischen Mitarbeiter im Dienste des Königs abweichend von seiner sonstigen trocknen und schweigsamen Gewohnheit heiter, belebt, ich kann sagen, lustig. In der Juninacht 1866, in der ich ihn zu mir eingeladen hatte, um mich zu vergewissern, ob der Aufbruch des Heers nicht um 24 Stunden verfrüht werden könnte, bejahte er die Frage und war

durch die Beschleunigung des Kampfes angenehm erregt. Indem er elastischen Schritts den Salon meiner Frau verließ, wandte er sich an der Thür noch einmal um und richtete im ernsthaften Tone die Frage an mich: „Wissen Sie, daß die Sachsen die Dresdner Brücke gesprengt haben?“ Auf meinen Ausdruck des Erstaunens und Bedauerns erwiderte er: „Aber mit Wasser, wegen Staub.“ Eine Neigung zu harmlosen Scherzen kam bei ihm in dienstlichen Beziehungen wie den unsrigen sehr selten zum Durchbruch. In beiden Fällen war mir, gegenüber der erklärlichen und berechtigten Abneigung an maßgebender Stelle, seine Kampflust, seine Schlachtenfreudigkeit für die Durchführung der von mir für nothwendig erkannten Politik ein starker Beistand. Unbequem wurde sie mir 1867 in der Luxemburger Frage, 1875 und später Angesichts der Erwägung, ob es sich empfehle, einen Krieg, der uns früher oder später wahrscheinlich bevorstand, anticipando herbeizuführen, bevor der Gegner zu besserer Rüstung gelange. Ich bin der bejahenden Theorie nicht blos zur Luxemburger Zeit, sondern auch später, zwanzig Jahre lang, stets entgegengetreten in der Ueberzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehn kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigner Berechnung vorzugreifen. Es ist natürlich, daß in dem Generalstabe der Armee nicht nur jüngre strebsame Offiziere, sondern auch erfahrne Strategen das Bedürfniß haben, die Tüchtigkeit der von ihnen geleiteten Truppen und die eigne Befähigung zu dieser Leitung zu verwerthen und in der Geschichte zur Anschauung zu bringen. Es wäre zu bedauern, wenn diese Wirkung kriegerischen Geistes in der Armee nicht stattfände; die Aufgabe, das Ergebniß derselben in den Schranken zu halten, auf welche das Friedensbedürfniß der Völker berechtigten Anspruch hat, liegt den politischen, nicht den militärischen Spitzen des Staats ob. Daß sich der Generalstab und seine Chefs zur Zeit der Luxemburger Frage,

während der von Gortschakow und Frankreich fingirten Krisis von 1875[1]) und bis in die neuste Zeit hinein zur Gefährdung des Friedens haben verleiten lassen, liegt in dem nothwendigen Geiste der Institution, den ich nicht missen möchte, und wird gefährlich nur unter einem Monarchen, dessen Politik das Augenmaß und die Widerstandsfähigkeit gegen einseitige und verfassungsmäßig unberechtigte Einflüsse fehlt.

[1]) S. u. S. 201 f. 258.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Versailles.

I.

Die Verstimmung gegen mich, welche die höhern militärischen Kreise aus dem östreichischen Kriege mitgebracht hatten, dauerte während des französischen fort, gepflegt nicht von Moltke und Roon, aber von den „Halbgöttern", wie man damals die höhern Generalstabsoffiziere nannte. Sie machte sich im Feldzuge für mich und meine Beamten bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartirung fühlbar[1]). Sie würde noch weiter gegangen sein, wenn sie nicht in der sich immer gleichbleibenden, weltmännischen Höflichkeit des Grafen Moltke ein Correctiv gefunden hätte. Roon war im Felde nicht in der Lage, mir als Freund und College Beistand zu leisten; er bedurfte im Gegentheil schließlich in Versailles meines Beistands, um im Kreise des Königs seine militärischen Ueberzeugungen geltend zu machen.

Schon bei der Abreise nach Köln erfuhr ich durch einen Zufall, daß beim Ausbruch des Kriegs der Plan festgestellt war, mich von den militärischen Berathungen auszuschließen. Ich konnte das aus einem Gespräch des Generals von Podbielski mit Roon entnehmen, dessen unfreiwilliger Ohrenzeuge ich dadurch wurde, daß es in einem Nebencoupé stattfand, dessen Scheidewand von einer breiten Oeffnung über mir durchbrochen war. Der Erstre äußerte laut seine Befriedigung, etwa in dem Sinne: „Diesmal

[1]) Vgl. Schreiben Bismarck's an Roon vom 10. Aug. 1870 bei Poschinger, Bismarck-Portefeuille II 189 f.

ist also dafür gesorgt, daß uns dergleichen nicht wieder passirt." Bevor der Zug sich in Bewegung setzte, hörte ich genug, um zu verstehn, welches „damals" im Gegensatz gegen diesmal der General im Sinne hatte, nämlich meine Betheiligung an militärischen Berathungen in dem böhmischen Feldzuge und besonders die Aendrung der Marschrichtung auf Preßburg anstatt auf Wien.

Die durch diese Reden gekennzeichnete Verabredung wurde mir praktisch wahrnehmbar; ich wurde nicht nur zu den militärischen Berathungen nicht zugezogen, wie 1866 geschehn war, sondern es galt mir gegenüber strenge Geheimhaltung aller militärischen Maßregeln und Absichten als Regel. Dieses Ergebniß der unsern amtlichen Kreisen innewohnenden Rivalität der Ressorts war ein so augenfälliger Schaden für die Geschäftsführung, daß der in Angelegenheiten des Rothen Kreuzes im Hauptquartier anwesende Graf Eberhard Stolberg bei der freundschaftlichen Intimität, in der ich mit diesem, leider zu früh verstorbenen Patrioten stand, den König auf die Unzuträglichkeiten der Ausschließung seines verantwortlichen politischen Rathgebers aufmerksam machte. Nach dem Zeugnisse des Grafen hatte Se. Majestät darauf erwidert: „Ich sei in dem böhmischen Kriege in der Regel zu dem Kriegsrathe zugezogen worden, und es sei dabei vorgekommen, daß ich im Widerspruche mit der Majorität den Nagel auf den Kopf getroffen hätte; daß das den andern Generalen ärgerlich sei und sie ihr Ressort allein berathen wollten, sei nicht zu verwundern" — ipsissima verba regis, nach dem Zeugnisse des Grafen Stolberg nicht nur mir, sondern auch Andern gegenüber. Das Maß von Einfluß, welches der König mir 1866 verstattet hatte, stand allerdings im Widerspruche mit militärischen Traditionen, sobald der Ministerpräsident allein nach den Abzeichen der Uniform classificirt wurde, die er im Felde trug, als Stabsoffizier eines Cavallerie-Regiments; und es blieb 1870 mir gegenüber bei dem militärischen Boycott, wie man heut sagen würde.

Wenn man die Theorie, welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll, so ausdrücken kann: der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen, so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regirung eines kriegführenden Staats auch nach andern Richtungen zu sehn hat als nach dem Kriegsschauplatze. Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Kriegs die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Berathung des Monarchen in Betreff derselben ist und bleibt während des Kriegs wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letztern werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern oder auf solche verzichten, ob man Pfandbesitz und auf wie lange gewinnen will.

Noch schwerer wirkt in gleicher Richtung die Frage, ob und aus welchen Motiven andre Mächte geneigt sein könnten, dem Gegner zunächst diplomatisch, eventuell militärisch beizustehn, welche Aussicht die Vertreter einer solchen Einmischung haben, an fremden Höfen ihren Zweck zu erreichen, wie die Parteien sich gruppiren würden, wenn es zu Conferenzen oder zu einem Congresse käme, ob Gefahr vorhanden, daß aus der Einmischung der Neutralen sich weitre Kriege entwickeln. Namentlich aber zu beurtheilen, wann der richtige Moment eingetreten sei, den Uebergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen, Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Nikols-

burg 1866 beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Competenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeleitung entschieden werden kann; der competente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rath ertheilen, wenn er Kenntniß von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegführung hat.

Im fünften Kapitel ist der Plan zur Zerstücklung Rußlands erwähnt, den die Wochenblattspartei hegte und Bunsen in einer dem Minister von Manteuffel eingereichten Denkschrift in aller kindlichen Nacktheit entwickelt hatte[1]). Den damals unmöglichen Fall angenommen, daß der König für diese Utopie gewonnen wurde, angenommen ferner, daß die preußischen Heere und ihre etwaigen Verbündeten in siegreichem Vorschreiten waren, so würde sich doch eine artige Reihe von Fragen aufgedrängt haben: ob uns der weitre Erwerb polnischer Landstriche und Bevölkerungen wünschenswerth sei, ob es nothwendig, die vorspringende Grenze Congreßpolens, den Ausgangspunkt russischer Heere weiter nach Osten, weiter ab von Berlin zu rücken, analog dem Bedürfnisse, im Westen den Druck zu beseitigen, den Straßburg und die Weißenburger Linien auf Süddeutschland ausübten, ob Warschau in polnischen Händen für uns unbequemer werden könnte als in russischen. Das alles sind rein politische Fragen, und wer wird leugnen wollen, daß ihre Entscheidung einen vollberechtigten Einfluß auf die Richtung, die Art, den Umfang der Kriegführung hätte fordern, daß zwischen Diplomatie und Strategie eine Wechselwirkung in Berathung des Monarchen hätte bestehn müssen?

Wenn ich mich auch in Versailles beschied, in militärischen Dingen zu einem Votum nicht berufen zu sein, so lag mir doch als dem leitenden Minister die Verantwortlichkeit für die richtige politische Ausnutzung der militärischen, wie der auswärtigen Situation ob, und ich war ver-

[1]) S. Bd. I 131 ff.

fassungsmäßig der verantwortliche Rathgeber des Königs in der Frage, ob die militärische Situation irgend welche politische Schritte oder die Ablehnung irgend welcher Zumuthung andrer Mächte rathsam machte. Ich habe damals die Nachrichten über die militärische Lage, deren ich für die Beurtheilung der politischen bedurfte, so weit als möglich mir dadurch zu verschaffen gesucht, daß ich mich mit einigen der unbeschäftigten hohen Herrn, welche die „zweite Staffel" des Hauptquartiers bildeten und im Hôtel des Réservoirs zusammenkamen, in vertraulichen Beziehungen hielt, denn diese fürstlichen Herrn erfuhren über die militärischen Vorgänge und Absichten erheblich mehr als der verantwortliche Minister des Auswärtigen und machten mir manche für mich sehr werthvolle Mittheilung, von der sie annahmen, daß sie für mich natürlich kein Geheimniß sei. Auch der englische Correspondent im Hauptquartier, Russell, war in der Regel über die Absichten und Vorgänge in demselben besser wie ich unterrichtet und eine nützliche Quelle für meine Informationen.

II.

Im Kriegsrathe war Roon der einzige Vertreter meiner Ansicht, daß wir mit Abschluß des Kriegs Eile hätten, wenn wir die Einmischung der Neutralen und ihres Congresses sicher hintanhalten wollten; er befürwortete die Nothwendigkeit, aggressiv mit schwerem Geschütz gegen Paris vorzugehn, gegenüber dem in den Kreisen hoher Frauen für humaner geltenden Systeme der Aushungerung. Die Zeit, die das letztre in Anspruch nehmen würde, ließ sich bei der Unbekanntschaft mit dem Pariser Verpflegungs-Etat nicht übersehn*). Die Belagrung machte territorial keine Fortschritte, mitunter sogar Rückschritte, und die Vorgänge in den Provinzen waren nicht mit Sicherheit zu be-

*) Am 22. September hatte Moltke an seinen Bruder Adolf geschrieben, er hege im Stillen die Hoffnung, Ende October in Creisau Hasen zu schießen (Moltke, Gesammelte Schriften IV 198).

rechnen, namentlich so lange man ohne Nachricht war über das Verbleiben der Südarmee und Bourbaki's. Man wußte eine Zeit lang nicht, ob dieselbe gegen unsre Verbindungslinie mit Deutschland operire oder auf dem Seewege an der untern Seine erscheinen werde. Wir verloren monatlich etwa zweitausend Mann vor Paris, gewannen den Belagerten kein Terrain ab und verlängerten in unberechenbarer Weise die Periode, während welcher unsre Truppen den Wandlungen des Geschicks ausgesetzt blieben, die durch unvorhergesehne Unfälle im Kampfe und durch Krankheiten, wie die Cholera 1866 vor Wien, eintreten konnten. Für mich lagen stärkre Beunruhigungen, die mir die Verschleppung der Entscheidung verursachten, auf dem politischen Gebiete, in der Besorgniß vor Einmischung der Neutralen. Je länger der Kampf dauerte, desto mehr mußte man mit der Möglichkeit rechnen, daß die latente Mißgunst und die schwankenden Sympathien eine der übrigen Mächte, in der Beunruhigung über unsre Erfolge, zu der Initiative für eine diplomatische Einmischung bereit finden lassen würden und diese dann den Anschluß andrer oder aller andern herbeiführte. Wenn auch zur Zeit der Rundreise des Herrn Thiers im October „Europa nicht zu finden war", so konnte die Entdeckung dieser Potenz doch an jedem der neutralen Höfe, sogar auf dem Wege republikanischer Sympathien in Amerika, durch den geringsten Anstoß herbeigeführt werden, den ein Cabinet dem andern gegeben hätte, indem es sondirende Fragen über die Zukunft des europäischen Gleichgewichts oder die menschenfreundliche Heuchelei, durch welche die Festung Paris gegen ernste Belagrung gedeckt wurde, zur Unterlage seiner Initiative nahm. Gelang im Laufe der Monate und Angesichts der schwankenden Aussichten vor Paris in der Zeit, welche die Signatur trug: „Vor Paris nichts Neues", gelang es damals den feindlichen Elementen und den mißgünstigen, unehrlichen Freunden, die uns an keinem Hofe fehlten, eine Verständigung zwischen den übrigen Mächten oder auch nur zwischen zweien von ihnen herbeizuführen, um

eine Warnung, eine scheinbar von der Menschenliebe eingegebene Frage an uns zu richten, so konnte niemand wissen, wie schnell sich ein solcher erster Ansatz zu einer gemeinsamen, zunächst diplomatischen Haltung der Neutralen entwickeln würde. Nationalliberale Parlamentarier haben einander im August 1870 geschrieben, „daß jede fremde Friedensvermittlung unbedingt abzuweisen sei", haben mich aber nicht wissen lassen, wie dem vorzubeugen sei, wenn nicht durch schnelle Einnahme von Paris.

Graf Beust hat selbst es sich angelegen sein lassen, nachzuweisen, wie „redlich, wenn auch erfolglos" er sich bemüht habe, eine „collective Mediation der Neutralen" zu Stande zu bringen*). Er erinnert daran, daß er schon unter dem 28. September nach London und unter dem 12. October nach Petersburg an die östreichischen Botschafter die Weisung gegeben hat, die Auffassung zu vertreten, ein collectiver Schritt allein werde Aussicht auf Erfolg haben; daß er zwei Monate später dem Fürsten Gortschakow sagen ließ: „Le moment d'intervenir est peut-être venu." Er reproducirt eine am 13. October, in der für uns kritischen Zeit 14 Tage vor der Capitulation von Metz, von ihm an den Grafen Wimpffen in Berlin gerichtete und von diesem dort verlesene Depesche**). In derselben knüpft er an ein Memorandum an, durch das ich zu Anfang October[1]) auf die Folgen aufmerksam gemacht hatte, die sich an einen bis zu eintretendem Mangel an Lebensmitteln fortgesetzten Widerstand des von zwei Millionen Menschen bewohnten Paris knüpfen müßten, und bezeichnet es, ganz richtig, als meinen Zweck, die Verantwortlichkeit dafür von der preußischen Regirung abzulehnen.

„Dies vorausgeschickt," fährt er fort, „kann ich den

---

*) Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Stuttgart 1887. Theil II S. 361, 395 ff.

**) Es ist auffallend, daß Graf Wimpffen diese Instruction verlesen hat; sie weist ihn nur an, sich in einem bezeichneten Falle im Sinne derselben auszusprechen.

[1]) Am 4. October, Staatsarchiv XIX 239 Nr. 4116

Ausdruck meiner Besorgniß nicht unterdrücken, daß dereinst vor dem Urtheil der Geschichte ein Theil dieser Verantwortlichkeit auf die Neutralen fallen würde, wenn sie sich die Gefahr unerhörten Unheils in stummer Gleichgültigkeit vor Augen stellen ließen. Ich muß daher Eure Excellenz auffordern, wenn der Gegenstand gegen Sie berührt wird, offen unser Bedauern darüber auszusprechen, daß in einer Lage, in welcher die königlich preußische Regierung Katastrophen, wie die in jenem Memorandum angedeutete, vorhersieht, dennoch das entschiedenste Bestreben sich kundgibt, jede persönliche Einwirkung dritter Mächte fernzuhalten.... Rücksichten auf eigne Interessen sind es nicht, welche die Regierung Oesterreich-Ungarns beklagen lassen, daß auf dem Punkte, zu welchem die Dinge gediehen sind, jede friedliche Einflußnahme der neutralen Mächte fehlt. Aber es ist ihr unmöglich, in der Weise, wie es neuerlich von Seiten des St. Petersburger Cabinets geschieht, die absolute Enthaltung des unbetheiligten Europas zu billigen und zu empfehlen. Sie hält es vielmehr für Pflicht, auszusprechen, daß sie noch an allgemein europäische Interessen glaubt, und daß sie einen durch unparteiische Einwirkung der Neutralen herbeigeführten Frieden der Vernichtung weiterer Hunderttausende vorziehen würde."

Darüber, welcher Art die „unparteiische Vermittlung" gewesen sein würde, läßt der Graf Beust keinen Zweifel: mitiger les exigences du vainqueur, adoucir l'amertume des sentiments qui doivent accabler le vaincu[1]). Daß die Gefühle der Franzosen über die erlittne Niederlage heut uns gegenüber weniger bitter sein würden, wenn die Neutralen uns genöthigt hätten, uns mit weniger zu begnügen, das wird ein so guter Kenner der französischen Geschichte und des französischen Nationalcharakters, wie der Graf Beust, schwerlich geglaubt haben.

Eine Einmischung konnte nur die Tendenz haben, uns

[1]) Depesche an Graf Chotek vom 12. October, Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. II 397.

Deutschen den Siegespreis vermittelst eines Congresses zu beschneiden. Diese mich Tag und Nacht beunruhigende Gefahr erzeugte in mir das Bedürfniß, den Friedensschluß zu beschleunigen, um ihn ohne Einmischung der Neutralen herstellen zu können. Daß dies vor der Eroberung von Paris nicht thunlich sein würde, ließ sich nach dem herkömmlichen Vorgewicht der Hauptstadt in Frankreich voraussehn. So lange Paris sich hielt, war auch von den leitenden Kreisen in Tours und Bordeaux und von den Provinzen nicht anzunehmen, daß sie die Hoffnung auf einen Umschwung aufgeben würden, mochte derselbe von neuen levées en masse, wie sie in der Schlacht an der Lisaine zur Geltung kamen, oder von der endlichen „Auffindung Europas", oder von dem Glanznebel erwartet werden, der die englischen resp. westmächtlichen Schlagworte: „Humanität, Civilisation" in deutschen, namentlich weiblichen Gemüthern an großen Höfen umgab — so lange bot sich an den auswärtigen Höfen, die über die Situation in Frankreich doch mehr durch französische als durch deutsche Berichte orientirt waren, die Möglichkeit, den Franzosen in ihrem Friedensschlusse beistündig zu sein. Für mich spitzte sich daher meine Aufgabe dahin zu, mit Frankreich abzuschließen, bevor eine Verständigung der neutralen Mächte über ihre Einflußnahme auf den Frieden zu Stande gekommen wäre, grade so, wie es 1866 unser Bedürfniß war, mit Oestreich abzuschließen, bevor französische Einmischung in Süddeutschland wirksam werden konnte.

Es ließ sich nicht mit Bestimmtheit sagen, zu welchen Entschließungen man in Wien und Florenz gelangt sein würde, wenn bei Wörth, Spichern, Mars la Tour der Erfolg auf Seite der Franzosen oder für uns weniger eclatant gewesen wäre. Ich habe zur Zeit der genannten Schlachten Besuche von republikanischen Italienern gehabt, die überzeugt waren, daß der König Victor Emanuel mit der Absicht umginge, dem Kaiser Napoleon beizustehn, und diese Tendenz zu bekämpfen geneigt waren, weil sie von

der Ausführung der dem Könige zugeschriebenen Absichten eine Verstärkung der ihrem Nationalgefühl empfindlichen Abhängigkeit Italiens von Frankreich befürchteten. Schon in den Jahren 1868 und 1869 waren mir ähnliche antifranzösische Anregungen von italienischer und nicht blos republikanischer Seite vorgekommen, in denen die Unzufriedenheit mit der französischen Suprematie über Italien scharf hervortrat. Ich habe damals wie später auf dem Marsche nach Frankreich in Homburg (Pfalz) den italienischen Herrn geantwortet: wir hätten bisher keine Beweise davon, daß der König von Italien seine Freundschaft für Napoleon bis zum Angriffe auf Preußen bethätigen werde; es sei gegen mein politisches Gewissen, eine Initiative zum Bruch zu ergreifen, welche Italien Vorwand und Rechtfertigung feindlicher Haltung gegeben hätte. Wenn Victor Emanuel die Initiative zu dem Bruche ergriffe, so würde die republikanische Tendenz derjenigen Italiener, welche eine solche Politik mißbilligten, mich nicht abhalten, dem Könige, meinem Herrn, zur Unterstützung der Unzufriednen in Italien durch Geld und Waffen, welche sie zu haben wünschten, zu rathen.

Ich fand den Krieg, wie er lag, zu ernst und zu gefährlich, um in einem Kampfe, in dem nicht nur unsre nationale Zukunft, sondern auch unsre staatliche Existenz auf dem Spiele stand, mich zur Ablehnung irgend eines Beistands bei bedenklichen Wendungen der Dinge für berechtigt zu halten. Ebenso wie ich 1866 nach und infolge der Einmischung durch Napoleon's Telegramm vom 4. Juli vor dem Beistande einer ungarischen Insurrection nicht zurückgeschreckt war[1]), würde ich auch den der italienischen Republikaner für annehmbar gehalten haben, wenn es sich um Verhütung der Niederlage und um Vertheidigung unsrer nationalen Selbständigkeit gehandelt hätte. Die Velleitäten des Königs von Italien und des Grafen Beust, die durch unsre ersten glänzenden Erfolge zurückgedrängt

[1]) S. o. S. 53.

waren, konnten bei der Stagnation vor Paris um so leichter wieder aufleben, als wir in den maßgebenden Kreisen eines so gewichtigen Factors wie England über zuverlässige Sympathien und namentlich über solche, welche bereit gewesen wären, sich auch nur diplomatisch zu bethätigen, keineswegs verfügen konnten.

In Rußland gewährten die persönlichen Gefühle Alexander's II., nicht nur die freundschaftlichen für seinen Oheim, sondern auch die antifranzösischen, uns eine Bürgschaft, die freilich durch die französirende Eitelkeit des Fürsten Gortschakow und durch seine Rivalität mir gegenüber abgeschwächt werden konnte. Es war deshalb eine Gunst des Schicksals, daß die Situation eine Möglichkeit bot, Rußland eine Gefälligkeit in Betreff des Schwarzen Meers zu erweisen. Aehnlich wie die Empfindlichkeiten des russischen Hofs, die sich vermöge der russischen Verwandschaft der Königin Marie an den Verlust der hannöverschen Krone knüpften, ihr Gegengewicht in den Concessionen fanden, die dem oldenburgischen Verwandten der russischen Dynastie auf territorialem und finanziellem Gebiete 1866 gemacht worden waren, bot sich 1870 die Möglichkeit, nicht nur der Dynastie, sondern auch dem russischen Reiche einen Dienst zu erweisen in Betreff der politisch unvernünftigen und deshalb auf die Dauer unmöglichen Stipulationen, die dem Russischen Reiche die Unabhängigkeit seiner Küsten des Schwarzen Meers beschränkten. Es waren die ungeschicktesten Bestimmungen des Pariser Friedens; einer Nation von hundert Millionen kann man die Ausübung der natürlichen Rechte der Souveränetät an ihren Küsten nicht dauernd untersagen. Die Servitut der Art, welche fremden Mächten auf russischem Gebiete eingeräumt war, war für eine große Nation eine auf die Dauer nicht erträgliche Demüthigung. Wir hatten hierin eine Handhabe, um unsre Beziehungen zu Rußland zu pflegen.

Fürst Gortschakow ist auf die Initiative, mit der ich ihn in dieser Richtung sondirte, nur widerstrebend ein-

gegangen[1]). Sein persönliches Uebelwollen war stärker als sein russisches Pflichtgefühl. Er wollte keine Gefälligkeit von uns, sondern Entfremdung gegen Deutschland und Dank bei Frankreich. Um unser Anerbieten in Petersburg wirksam zu machen, habe ich der durchaus ehrlichen und stets wohlwollenden Mitwirkung des damaligen russischen Militärbevollmächtigten Grafen Kutusoff bedurft. Ich werde dem Fürsten Gortschakow kaum Unrecht thun, wenn ich nach meinen mehre Jahrzehnte dauernden Beziehungen zu ihm annehme, daß die persönliche Rivalität mit mir bei ihm schwerer wog als die Interessen Rußlands: seine Eitelkeit, seine Eifersucht gegen mich waren größer als sein Patriotismus.

Bezeichnend für die krankhafte Eitelkeit Gortschakow's waren einige gelegentliche Aeußrungen mir gegenüber, gelegentlich seiner Berliner Anwesenheit im Mai 1876. Er sprach von seiner Ermüdung und seiner Neigung, abzuscheiden, und sagte dabei: „Je ne puis cependant me présenter devant Saint-Pierre au ciel sans avoir présidé la moindre chose en Europe." Ich bat ihn in Folge dessen, das Präsidium in der damaligen Diplomatenconferenz, die aber nur eine officiöse war, zu übernehmen, was er that. In der Muße des Zuhörens bei seiner längern Präsidialrede schrieb ich mit Bleistift: pompous, pompo, pomp, pom, po. Mein Nachbar, Lord Odo Russell, entriß mir das Blatt und behielt es.

Eine andre Aeußrung bei dieser Gelegenheit lautete dahin: „Si je me retire, je ne veux pas m'éteindre comme une lampe qui file, je veux me coucher comme un astre." Es ist nach diesen Auffassungen nicht verwunderlich, daß ihm sein letztes Auftreten im Berliner Congreß 1878 nicht genügte, zu dem der Kaiser nicht ihn, sondern den Grafen Schuwalow als Hauptbevollmächtigten ernannt hatte, so daß nur dieser und nicht Gortschakow über die russische

[1]) Aus diesen Mittheilungen geht hervor, daß Gortschakow's Depesche vom 31. October 1870 (Staatsarchiv XX 111 Nr. 4223) auf preußische Anregung zurückzuführen ist.

Stimme verfügte. Gortschakow hatte seine Mitgliedschaft des Congresses dem Kaiser gegenüber gewissermaßen erzwungen, was in Folge der rücksichtsvollen Behandlung, die im russischen höhern Dienste verdienten Staatsmännern gegenüber Tradition ist, gelingen konnte. Er suchte noch auf dem Congresse seine russische Popularität im Sinne der „Moskauer Zeitung" nach Möglichkeit frei zu halten von den Rückwirkungen russischer Concessionen, und bei Congreßsitzungen, wo solche in Aussicht standen, blieb er aus, unter dem Vorwande des Unwohlseins, trug aber Sorge, sich am Parterrefenster seiner Wohnung unter den Linden als gesund sehn zu lassen. Er wollte sich die Möglichkeit wahren, vor der russischen „Gesellschaft" in Zukunft zu behaupten, daß er an den russischen Concessionen unschuldig wäre: ein unwürdiger Egoismus auf Kosten seines Landes.

Außerdem blieb der russische Abschluß auch nach dem Congresse immer noch einer der günstigsten, wo nicht der günstigste, den Rußland jemals nach türkischen Kriegen gemacht hat. Directe Eroberungen für Rußland waren die in Kleinasien: Batum, Kars u. s. w. Aber wenn Rußland wirklich es in seinen Interessen gefunden hat, die Balkanstaaten griechischer Confession von der türkischen Herrschaft zu emancipiren, so war doch auch in dieser Richtung ein ganz gewaltiger Fortschritt des griechisch-christlichen Elements, und noch mehr ein erheblicher Rückzug der Türkenherrschaft das Ergebniß. Zwischen den ursprünglichen Ignatieff'schen Friedensbedingungen von San Stefano und dem Congreßergebnisse war der Unterschied politisch bedeutungslos, wie die Leichtigkeit des Abfalls Südbulgariens und dessen Anschluß an das nördliche beweist. Und selbst wenn er nicht stattgefunden hätte, blieb die russische Gesammterrungenschaft nach dem Kriege auch in Folge der Congreßbeschlüsse eine glänzendere als die frühern.

Daß Rußland Bulgarien durch Verleihung an den Neffen der damaligen russischen Kaiserin, den Prinzen

von Battenberg, in unsichre Hände gab, war eine Entwicklung, die auf dem Berliner Congresse nicht vorausgesehn werden konnte. Der Prinz von Battenberg war der russische Candidat für Bulgarien, und bei seiner nahen Verwandschaft mit dem Kaiserhause war auch anzunehmen, daß diese Beziehungen dauerhaft und haltbar sein würden. Der Kaiser Alexander III. erklärte sich den Abfall seines Vetters einfach mit dessen polnischer Abstammung: „Polskaja mat“[1]) war sein erster Ausruf bei der Enttäuschung über das Verhalten seines Vetters.

Die russische Entrüstung über das Ergebniß des Berliner Congresses war eine der Erscheinungen, die bei einer dem Volk so wenig verständlichen Presse, wie es die russische in auswärtigen Beziehungen ist, und bei dem Zwange, der auf sie mit Leichtigkeit geübt wird, sich im Widerspruche mit aller Wahrheit und Vernunft ermöglichen ließ. Die ganzen Gortschakow'schen Einflüsse, die er, angespornt durch Aerger und Neid über seinen frühern Mitarbeiter, den deutschen Reichskanzler, in Rußland übte, unterstützt von französischen Gesinnungsgenossen und ihren französischen Verschwägerungen (Wannowski, Obrutschew) waren stark genug, um in der Presse, die „Moskauer Wedomosti“ an der Spitze, einen Schein von Entrüstung herzustellen über die Schädigung, welche Rußland auf dem Berliner Congresse durch deutsche Untreue erlitten hätte. Nun ist auf dem Berliner Congresse kein russischer Wunsch ausgesprochen worden, den Deutschland nicht zur Annahme gebracht hätte, unter Umständen durch energisches Auftreten bei dem englischen Premierminister[2]), obschon letztrer krank und bettlägerig war. Anstatt hierfür dankbar zu sein, fand man es der russischen Politik entsprechend, unter Führung des lebensmüden, aber immer noch krankhaft eitlen Fürsten Gortschakow und der Moskauer Blätter, an der weitern Entfremdung zwischen Rußland und Deutsch-

[1]) Polnische Mutter.
[2]) Lord Beaconsfield.

land fortzuarbeiten, für die weder im Interesse des einen noch des andern dieser großen Nachbarreiche das mindeste Bedürfniß vorliegt. Wir beneiden uns nichts und haben nichts von einander zu gewinnen, was wir brauchen könnten. Unsre gegenseitigen Beziehungen sind nur gefährdet durch persönliche Stimmungen, wie die von Gortschakow waren, und wie es die von hochstehenden russischen Militärs bei ihren französischen Verschwägerungen sind, und durch monarchische Verstimmungen, wie sie schon vor dem siebenjährigen Kriege durch sarkastische Bemerkungen Friedrich's des Großen über die russische Kaiserin entstanden. Deshalb ist die persönliche Beziehung der Monarchen beider Länder zu einander von hoher Bedeutung für den Frieden der beiden Nachbarreiche, für dessen Störung keine Interessendivergenz, sondern nur persönliche Empfindlichkeiten maßgebender Staatsmänner einen Anlaß bieten konnten.

Von Gortschakow sagten seine Untergebenen im Ministerium: „Il se mire dans son encrier," wie analog Bettina über ihren Schwager, den berühmten Savigny, äußerte: „Er kann keine Gossen überschreiten, ohne sich darin zu spiegeln." Ein großer Theil der Gortschakow'schen Depeschen und namentlich die sachlichsten sind nicht von ihm, sondern von Jomini, einem sehr geschickten Redacteur und Sohn eines Schweizer Generals, den Kaiser Alexander für russischen Dienst anwarb. Wenn Gortschakow dictirte, so war mehr rhetorischer Schwung in den Depeschen, aber praktischer waren die von Jomini. Wenn er dictirte, so pflegte er eine bestimmte Pose anzunehmen, die er einleitete mit dem Worte: „écrivez!", und wenn der Schreiber dann seine Stellung richtig auffaßte, so mußte er bei besonders wohlgerundeten Phrasen einen bewundernden Aufblick auf den Chef richten, der dafür sehr empfänglich war. Gortschakow beherrschte die russische, die deutsche und die französische Sprache mit gleicher Vollkommenheit.

Graf Kutusoff war ein ehrlicher Soldat ohne persönliche Eitelkeit. Er war ursprünglich nach der Bedeutung

seines Namens in hervorragender Stellung in Petersburg als Offizier der Garde-Kavallerie, hatte aber nicht das Wohlwollen des Kaisers Nicolaus; und als dieser, wie mir in Petersburg erzählt worden ist, vor der Front ihm zurief: „Kutusoff, du kannst nicht reiten, ich werde dich zur Infanterie versetzen," nahm er seinen Abschied und trat erst im Krimkriege in geringer Stellung wieder ein, blieb unter Alexander II. in der Armee und wurde endlich Militärbevollmächtigter in Berlin, wo seine ehrliche Bonhomie ihm viele Freunde erwarb. Er begleitete uns als russischer Flügeladjutant des preußischen Königs im französischen Kriege, und es war vielleicht ein Effect der ungerechten Beurtheilung seiner Reitfähigkeit, die ihm vom Kaiser Nicolaus zu Theil geworden war, daß er alle Marschetappen, auf denen der König und sein Gefolge gefahren wurden, nicht selten 50 bis 70 Werst im Tage, zu Pferde zurücklegte. Für seine Bonhomie und die Tonart auf den Jagden in Wusterhausen ist es bezeichnend, daß er gelegentlich vor dem Könige erzählte, seine Familie stamme aus Preußisch-Litthauen und sei unter dem Namen Kutu nach Rußland gekommen, worauf Graf Fritz Eulenburg in seiner witzigen Art bemerkte: „Den schließlichen ‚Soff' haben Sie also erst in Rußland sich angeeignet" — allgemeine Heiterkeit, in welche Kutusoff herzlich einstimmte.

Neben der Gewissenhaftigkeit der Meldungen dieses alten Soldaten bot die regelmäßige eigenhändige Correspondenz des Großherzogs von Sachsen mit dem Kaiser Alexander einen Weg, unverfälschte Mittheilungen direct an diesen gelangen zu lassen. Der Großherzog, der stets wohlwollend für mich war und geblieben ist, war in Petersburg ein Anwalt der guten Beziehungen zwischen beiden Cabineten.

Die Möglichkeit einer europäischen Intervention war für mich eine Ursache der Beunruhigung und der Ungeduld angesichts der Stagnation der Belagrung. Kriegerische Wechselfälle sind in Situationen, wie die unsrige vor Paris

war, bei der besten Leitung und der größten Tapferkeit nicht ausgeschlossen; sie können durch Zufälligkeiten aller Art herbeigeführt werden, und für solche bot unsre Stellung zwischen der numerisch reichlich starken belagerten Armee und den nach Zahl und Oertlichkeit schwer zu controllirenden Streitkräften der Provinzen ein reiches Feld, auch wenn unsre Truppen vor Paris, im Westen, Norden und Osten Frankreichs vor Seuchen bewahrt blieben. Die Frage, wie der Gesundheitszustand des deutschen Heeres sich in den Beschwerden eines so ungewöhnlich harten Winters bewähren werde, entzog sich jeder Berechnung. Es war unter diesen Umständen keine übertriebene Aengstlichkeit, wenn ich in schlaflosen Nächten von der Sorge gequält wurde, daß unsre politischen Interessen nach so großen Erfolgen durch das zögernde Hinhalten des weitern Vorgehns gegen Paris schwer geschädigt werden könnten. Eine weltgeschichtliche Entscheidung in dem Jahrhunderte alten Kampfe zwischen den beiden Nachbarvölkern stand auf dem Spiele und in Gefahr, durch persönliche und vorwiegend weibliche Einflüsse ohne historische Berechtigung gefälscht zu werden, durch Einflüsse, die ihre Wirksamkeit nicht politischen Erwägungen verdankten, sondern Gemüthseindrücken, welche die Redensarten von Humanität und Civilisation, die aus England bei uns importirt werden, auf deutsche Gemüther noch immer haben; war uns doch während des Krimkriegs von England aus nicht ohne Wirkung auf die Stimmung gepredigt worden, daß wir „zur Rettung der Civilisation" die Waffen für die Türken ergreifen müßten. Die entscheidenden Fragen konnten, wenn man wollte, als ausschließlich militärische behandelt werden, und man konnte das als Vorwand nehmen, um mir das Recht der Betheiligung an der Entscheidung zu versagen; sie waren aber doch solche, von deren Lösung die diplomatische Möglichkeit in letzter Instanz abhing, und wenn der Abschluß des französischen Kriegs ein weniger günstiger für Deutschland gewesen wäre, so blieb auch dieser gewaltige Krieg mit seinen Siegen und seiner

Begeistrung ohne die Wirkung, die er für unsre nationale Einigung haben konnte. Es war mir niemals zweifelhaft, daß der Herstellung des Deutschen Reichs der Sieg über Frankreich vorhergehn mußte, und wenn es uns nicht gelang, ihn diesmal zum vollen Abschluß zu bringen, so waren weitre Kriege ohne vorgängige Sicherstellung unsrer vollen Einigung in Sicht.

III.

Es ist nicht anzunehmen, daß die übrigen Generale von rein militärischem Standpunkte andrer Meinung als Roon sein konnten; unsre Stellung zwischen der uns an Zahl überlegnen eingeschlossenen Armee und den französischen Streitkräften in den Provinzen war strategisch eine bedrohte und ihr Festhalten nicht erfolgversprechend, wenn man sie nicht als Basis angriffsweisen Fortschreitens benutzte. Das Bedürfniß, ihr bald ein Ende zu machen, war in militärischen Kreisen in Versailles ebenso lebhaft wie die Beunruhigung in der Heimath über die Stagnation. Man brauchte noch garnicht mit der Möglichkeit von Krankheiten und unvorhergesehnen Rückschlägen infolge von Unglück oder Ungeschick zu rechnen, um von selbst auf den Gedankengang zu gerathen, der mich beunruhigte, und sich zu fragen, ob das Ansehn und der politische Eindruck, die das Ergebniß unsrer ersten raschen und großen Siege an den neutralen Höfen gewesen waren, nicht vor der scheinbaren Thatlosigkeit und Schwäche unsrer Haltung vor Paris verblassen würden und ob die Begeistrung anhalten würde, in deren Feuer sich eine haltbare Einheit schmieden ließ.

Die Kämpfe in den Provinzen bei Orleans und Dijon blieben Dank der heldenmüthigen Tapferkeit der Truppen, wie sie in dem Maße nicht immer als Unterlage strategischer Berechnung vorausgesetzt werden kann, für uns siegreich. In dem Gedanken, daß der geistige Schwung, mit dem unsre Minderheiten dort trotz Frost, Schnee und Mangel an Lebensmitteln und Kriegsmaterial die numerisch

stärkern französischen Massen überwunden hatten, durch irgend welche Zufälligkeiten gelähmt werden könnte, mußte jeder Heerführer, der nicht ausschließlich mit optimistischen Conjecturen rechnete, zu der Ueberzeugung kommen, daß wir bestrebt sein müßten, durch Fördrung unsres Angriffs auf Paris unsrer ungewissen Situation so bald als möglich ein Ende zu machen.

Es fehlte uns aber, um den Angriff zu activiren, an dem Befehl und an schwerem Belagerungsgeschütz, wie im Juli 1866 vor den Floridsdorfer Linien[1]). Die Beförderung desselben hatte mit den Fortschritten unsres Heers nicht Schritt gehalten; um sie zu bewirken, versagten unsre Eisenbahnmittel an den Stellen, wo die Bahnen unterbrochen waren oder, wie bei Lagny, ganz aufhörten.

Die schleunige Anfuhr von schwerem Geschütz und von der Masse schwerer Munition, ohne welche die Beschießung nicht begonnen werden durfte, hätte durch den vorhandnen Eisenbahnpark jedenfalls schneller, als der Fall war, bewirkt werden können. Es waren aber, wie Beamte mir meldeten, circa 1500 Axen mit Lebensmitteln für die Pariser beladen, um ihnen schnell zu helfen, wenn sie sich ergeben würden, und diese 1500 Axen waren deshalb für Munitionstransport nicht verfügbar. Der auf ihnen lagernde Speck wurde später von den Parisern abgelehnt und nach meinem Abgange aus Frankreich, infolge der durch General v. Stosch in Ferrières bei Sr. Majestät veranlaßten Aendrung unsres Staatsvertrags über die Verpflegung deutscher Truppen, diesen überwiesen und mit Widerstreben verbraucht wegen zu langer Lagerung.

Da die Beschießung nicht begonnen werden konnte, bevor das für wirksame Durchführung ohne Unterbrechung erforderliche Quantum Munition zur Hand war, so wurde in Ermanglung von Bahn-Material nun eine erhebliche Anspannung von Pferden und für diese ein Aufwand von Millionen erforderlich. Mir sind die Zweifel nicht verständlich, die darüber obwalten konnten, ob diese Millionen

[1]) S. o. S. 54.

verfügbar wären, sobald das Bedürfniß für kriegerische Zwecke vorlag. Es erschien mir als ein erheblicher Fortschritt, als Roon, schon nervös aufgerieben und erschöpft, mir eines Tags mittheilte, daß man jetzt ihm persönlich die Verantwortlichkeit mit der Frage zugeschoben habe, ob er bereit sei, die Geschütze in absehbarer Zeit heranzuschaffen; er sei in Zweifel in Betreff der Möglichkeit. Ich bat ihn, die ihm gestellte Aufgabe sofort zu übernehmen, und erklärte mich bereit, jede dazu erforderliche Summe auf die Bundeskasse anzuweisen, wenn er die vielleicht 4000 Pferde, die er als ungefähren Bedarf angab, ankaufen und zur Beförderung der Geschütze verwenden wolle. Er gab die entsprechenden Aufträge, und die in unserm Lager lange mit schmerzlicher Ungeduld erwartete und mit Jubel begrüßte Beschießung des Mont Avron[1]) war das Ergebniß dieser wesentlich Roon zu dankenden Wendung. Eine bereitwillige Unterstützung fand er für das Heranschaffen und die Verwendung der Geschütze bei dem Prinzen Kraft Hohenlohe.

Wenn man sich fragt, was andre Generale bestimmt haben kann, die Ansicht Roon's zu bekämpfen, so wird es schwer, sachliche Gründe für die Verzögrung der gegen die Jahreswende ergriffnen Maßregeln aufzufinden[2]).

[1]) 27. December 1870.

[2]) Man vgl. zum Folgenden auch v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck S. 468 ff. und — von der Gegenseite — v. Blume, Die Beschießung von Paris 1870/71 und die Ursachen ihrer Verzögerung. Berlin, E. S. Mittler und Sohn 1899), sowie die Tagebuchaufzeichnungen Blumenthal's (Tagebücher des Generalfeldmarschalls Graf v. Blumenthal 1866 und 1870/71). — Einige Stellen aus Bismarck's Briefen an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71, Stuttgart und Berlin 1903, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger mögen als Stimmungsbilder hier Platz finden:

Versailles, 23. Oct. (S. 55): Vor Paris wird es wohl noch dauern; ich weiß nicht, ob die Generäle des Stabes früher andre Absichten gehabt haben oder was sonst, aber das Belagrungsgeschütz ist nicht heran, und vor November werden wir wohl keinen Schuß auf die Wälle thun. — Versailles, 28./29. Oct. (S. 56 f.): Ich muß heut noch meine Entrüstung über den auch Dir gemeldeten und in vielen Zeitungen gedruckten Gedanken zu Papier bringen, als hemmte ich das Spiel unsrer Geschütze gegen Paris und trüge

Von dem militärischen wie von dem politischen Standpunkte erscheint das zögernde Vorgehn widersinnig und gefährlich, und daß die Gründe nicht in der Unentschlossenheit unsrer Heeresleitung zu suchen waren, darf man aus der raschen und entschlossenen Führung des Kriegs bis vor Paris schließen. Die Vorstellung, daß Paris, obwohl

damit die Schuld an der Verlängrung des Kriegs. Jeden Morgen seit Wochen hoffte ich durch das Donnern geweckt zu werden, über 200 stehn schon, aber sie schießen nicht, und sollen doch noch nicht einmal Paris, sondern nur einige Forts zum Ziele nehmen. Es schwebt über der Sache irgend eine Intrige, angesponnen von Weibern, Erzbischöfen und Gelehrten, bekannte hohe Einflüsse sollen mitspielen, damit das Lob des Auslands und die Phrasenberäucherung keine Einbuße erleiden. Jeder klagt über Hindernisse anonymer Natur, der eine sagt, man stellt die Artillerie-Transporte auf den Bahnen zurück, damit sie nicht eintreffen, der andre schilt auf Mangel früherer Vorbereitung, der dritte sagt, die Munition sei noch zu wenig, der vierte, die Armirung unfertig, der fünfte, es sei alles da, nur der Befehl zu schießen nicht. Dabei frieren und erkranken die Leute, der Krieg verschleppt sich, die Neutralen reden uns drein, weil ihnen die Zeit lang wird, und Frankreich waffnet mit den 100000en von Gewehren aus England und Amerika. — Versailles, 16. Nov. (S. 62): Unsre Geschütze schweigen noch immer, nachdem man etwa 3mal so viele hergefahren hat, als einstweilen gebraucht werden können. Ich war von Hause aus, d. h. vor 2 Monaten, garnicht für die Belagrung von Paris, sondern für andre Kriegsmethoden; aber nachdem die große Armee hier 2 Monat festgenagelt und währenddem der Enthusiasmus bei uns verraucht und der Franzose rüstet, muß die Belagrung auch durchgeführt werden; es scheint aber, als wolle man die 400 schweren Brummer und ihre 100000e von Centner Kugeln bis nach dem Frieden stehn lassen und dann wieder nach Berlin fahren. Dabei handelt es sich nicht einmal um Bombardement der Stadt, sondern nur der detachirten Forts. Das wissen die vielleicht garnicht, deren Einfluß diese Zögerungen zugeschrieben werden. — Versailles, 22. Nov. (S. 63): Roon ist krank aus Aerger über die Intrigen gegen das Bombardement der Pariser Forts. Wenn das einmal bekannt wird, weshalb unsre guten Soldaten so lange im Granatfeuer schlafen müssen und nicht angreifen dürfen, das wird böses Blut geben, und bekannt wird es werden, denn es sind zu viel Leute, die daran glauben. Ob der König es weiß und duldet oder getäuscht wird, darüber ist Streit, ich glaube letztres gern. Das Complott, wenn es existirt, sitzt bis im Generalstabe, der mir außer dem guten und

es befestigt und das stärkste Bollwerk der Gegner war, nicht wie jede andre Festung angegriffen werden dürfe, war aus England auf dem Umwege über Berlin in unser Lager gekommen, mit der Redensart von dem „Mekka der Civilisation" und andern in dem cant der öffentlichen Meinung in England üblichen und wirksamen Wendungen

klugen alten Moltke überhaupt nicht gefällt; ihm ist der Erfolg kaiserwahnsinnig in die Krone gefahren ... mit Moltke's Namen decken sich andre ... — Versailles, 7. Dec. (S. 65): Nach den glänzenden Siegen an Loire und im Norden sitzt unsre große Pariser Armee nach wie vor still, „fest gemauert" oder ob ihr wie Thor „ein weiblich Gewand die Knie umwallt" und (sie) am Gehen hindert, Gott weiß es. ... Auch Moltke ist — und natürlich mit entscheidender Stimme — gegen den Angriff. ... Der gute Roon aber ist vor Aerger über unsre Passivität und seine vergeblichen Versuche, uns zum Angriff zu bringen, recht krank gewesen. ... — Versailles, 12. Dec. (S. 67): Endlich ist Roon mit der Anfuhr der Munition beauftragt, und in 8 Tagen hofft er soviel wie nöthig zu haben. Wäre das 2 Monat früher geschehn! — Versailles, 24. Dec. (S. 70): Endlich ist Aussicht auf Feuer vor Paris, hoffentlich noch vor Sylvester. Was Roon's und meine monatlange Arbeit nicht durchsetzte, scheint der Sturm der Berliner Blätter und der Wiederhall, den der Reichstag davon herbrachte, bewirkt zu haben. Auch Moltke soll bekehrt sein, seit er anonyme Zeitungsgedichte erhielt, die zeigten, daß sein System, als ob die Sache ihn nichts anginge, vor der öffentlichen Meinung keine Gnade fand. — Versailles, 1. Jan. 1871 (S. 72): Mont Avron in Einem Tage zusammengeschossen und ohne Verlust besetzt. Die bisherigen Gegner des Angriffs sind bekehrt, fast etwas sauerblickend über die raschen Erfolge der Artillerie, denn jeder sagt sich nun im Stillen, das hätten wir vor 2 Monat auch gekonnt, wenn nicht ein Dutzend Leute von Einfluß aus verschiednen Gründen es hinderten. — Versailles, 4. Jan. (S. 74): Es hätte längst anders sein können, wenn früher geschossen wurde. Nach den glänzenden Erfolgen der ersten Versuche mit der Belagrungsartillerie streitet das niemand mehr, und man findet schwer jemand, der eingestände, jemals gegen Schießen gewesen zu sein, und doch ist es erst 3 Wochen her, daß von denen, die zum Kriegsrath zugezogen werden, Roon der einzig Rechtgläubige war und der „General-Adjutant" Boyen noch die Reichstagsherrn zu überzeugen suchte, daß Roon aus Mangel an Verstand und ich aus Verbittrung gegen den Generalstab — die Einzigen wären, die nach Schießen verlangten, weil wir es beide nicht verständen. Boyen's weitern Zusammenhang kennst Du, er ist gewissermaßen „Gesandter" am hiesigen Hoflager.

der Humanitätsgefühle, deren Bethätigung England von allen andern Mächten erwartet, aber seinen eignen Gegnern nicht immer zu Gute kommen läßt. Von London wurde bei unsern maßgebenden Kreisen der Gedanke vertreten, daß die Uebergabe von Paris nicht durch Geschütze, sondern nur durch Hunger herbeigeführt werden dürfe. Ob der letztre Weg der menschlichere war, darüber kann man streiten, auch darüber, ob die Greuel der Commune zum Ausbruch gekommen sein würden, wenn nicht die Hungerzeit das Freiwerden der anarchischen Wildheit vorbereitet hätte. Es mag dahingestellt bleiben, ob bei der englischen Einwirkung zu Gunsten der Humanität des Aushungerns nur Empfindsamkeit und nicht auch politische Berechnung im Spiele war. England hatte kein praktisches Bedürfniß, weder uns noch Frankreich vor Schädigung und Schwächung durch den Krieg zu behüten, weder wirthschaftlich noch politisch. Jedenfalls vermehrte die Verschleppung der Ueberwältigung von Paris und des Abschlusses der kriegerischen Vorgänge für uns die Gefahr, daß die Früchte unsrer Siege uns verkümmert werden könnten. Vertrauliche Nachrichten aus Berlin ließen erkennen, daß in den sachkundigen Kreisen der Stillstand unsrer Thätigkeit Besorgniß und Unzufriedenheit erregte, und daß man der Königin Augusta einen brieflichen Einfluß auf ihren hohen Gemal im Sinne der Humanität zuschrieb. Eine Andeutung, die ich dem Könige über Nachrichten derart machte, hatte einen lebhaften Zornesausbruch zur Folge, nicht in dem Sinne, daß die Gerüchte unbegründet seien, sondern in einer scharfen Bedrohung jeder Aeußrung einer derartigen Verstimmung gegen die Königin.

Die Initiative zu irgend einer Wendung in der Kriegführung ging in der Regel nicht von dem Könige aus, sondern von dem Generalstabe der Armee oder des Höchstcommandirenden am Orte, des Kronprinzen. Daß diese Kreise englischen Auffassungen, wenn sie sich in befreundeter Form geltend machten, zugänglich waren, war menschlich natürlich: die Kronprinzessin, die verstorbene Frau

Moltke's, die Frau des Generalstabschefs, spätern Feldmarschalls Grafen Blumenthal, und die Frau des demnächst maßgebenden Generalstabsoffiziers von Gottberg waren sämmtlich Engländerinnen.

Die Gründe der Verzögrung des Angriffs auf Paris, über die die Wissenden Schweigen beobachtet hatten, sind durch die in der „Deutschen Revue" von 1891 erfolgten Veröffentlichungen aus den Papieren des Grafen Roon[1]) Gegenstand publicistischer Erörtrung geworden. Alle gegen die Darstellung Roon's gerichteten Ausführungen umgehn die Berliner Einflüsse und die englischen, auch die Thatsache, daß 800, nach Andern 1500 Axen mit Lebensmitteln für die Pariser wochenlang festlagen; und alle, mit Ausnahme eines anonymen Zeitungsartikels, umgehn ebenso die Frage, ob die Heeresleitung rechtzeitig für die Herbeischaffung von Belagrungsgeschütz Sorge getragen habe. Ich habe keinen Anlaß gefunden, an meinen vorstehenden, vor dem Erscheinen der betreffenden Nummern der „Deutschen Revue" gemachten Aufzeichnungen irgend etwas zu ändern.

IV.

Die Annahme des Kaisertitels durch den König bei Erweitrung des Norddeutschen Bundes war ein politisches Bedürfniß, weil er in den Erinnrungen aus Zeiten, da er rechtlich mehr, factisch weniger als heut zu bedeuten hatte, ein werbendes Element für Einheit und Centralisation bildete; und ich war überzeugt, daß der festigende Druck auf unsre Reichsinstitutionen um so nachhaltiger sein müßte, je mehr der preußische Träger desselben das gefährliche, aber der deutschen Vorgeschichte innelebende Bestreben vermiede, den andern Dynastien die Ueberlegenheit der eignen unter die Augen zu rücken. König Wilhelm I. war nicht frei von der Neigung dazu, und sein Widerstreben gegen den Titel war nicht ohne Zusammenhang mit dem Bedürfnisse, grade das überlegne Ansehn

[1]) Ausgabe in Buchform: Roon's Denkwürdigkeiten, III[4] 243 ff.

der angestammten preußischen Krone mehr als das des Kaisertitels zur Anerkennung zu bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragnen modernen Amts, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kurfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörtrungen sagte er: „Was soll mir der Charakter-Major?“ worauf ich u. A. erwiderte: „Ew. Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, ‚das Präsidium‘? In dem Ausdrucke ‚Präsidium‘ liegt eine Abstraction, in dem Worte ‚Kaiser‘ eine große Schwungkraft“[1]).

Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaisertitel herzustellen, welches nicht einer preußisch-dynastischen Eitelkeit, sondern allein dem Glauben an seine Nützlichkeit für Fördrung der nationalen Einheit entsprang[2]), im Anfange (bei)[3]) der günstigen Wendung des Kriegs nicht immer Anklang gefunden. Seine Königliche Hoheit hatte von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wiedererweckten „römischen“ Kaiserthums sei das Unglück Deutschlands gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesunder Gedanke. So nachweisbar letztres auch geschichtlich sein mag, so unpraktisch war die Bürgschaft gegen analoge Gefahren, welche des Prinzen Rathgeber[4]) in dem Titel „König“ der Deutschen sahn. Es lag heut zu Tage keine Gefahr vor, daß der Titel, welcher allein in der Erinnrung des Volks lebt, dazu beitragen würde, die Kräfte Deutschlands den

[1]) S. o. S. 77.

[2]) Vgl. über Bismarck's Ansicht von der praktischen Bedeutung des Kaisertitels besonders Wilmowski, Meine Erinnerungen an Bismarck. Breslau, E. Trewendt, 1900. S. 118 ff.

[3]) Die Präposition „bei“ scheint bei Umschrift des Textes ausgefallen zu sein. Da der Krieg gegen Frankreich vom ersten Tage an günstig für Deutschland verlief, kann von einem Anfang der günstigen Wendung des Kriegs nicht gesprochen werden. Bismarck aber unterscheidet genau zwei Phasen der Unterhandlungen mit dem Kronprinzen, die eine Anfang September, die andere später in Versailles.

[4]) Hauptsächlich Gustav Freytag.

eignen Interessen zu entfremden und dem transalpinen Ehrgeize bis nach Apulien hin dienstbar zu machen. Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindrucke ein völlig ernstes und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde. Mein Einwand, anknüpfend an die Coexistenz der Könige von Bayern, Sachsen, Würtemberg mit dem intendirten Könige in Germanien oder Könige der Deutschen führte zu meiner Ueberraschung auf die weitre Consequenz, daß die genannten Dynastien aufhören müßten, den Königstitel zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Ueberzeugung aus, daß sie sich dazu gutwillig nicht verstehn würden[1]). Wollte man dagegen Gewalt anwenden,

[1]) Im Entwurf schließen sich daran folgende nachträglich gestrichne Sätze an: „Der Kronprinz gab das zu, wollte sich aber daran nicht kehren, sondern eintretenden Falls Zwang geübt wissen. Besprechungen dieses Themas fanden zwischen uns zweimal statt, einmal zu Pferde vor, und einmal im Zimmer nach Sedan; zu beiden Zeiten war unser Sieg noch nicht unter Dach, und ich knüpfte deshalb meine Gegenäußrungen an das nächstliegende und dem Prinzen eingänglichste militärische Element, indem ich darauf hinwies, daß die Widerstandskraft Frankreichs nicht in dem Maße gebrochen sei, daß ein unsrer Erfolge würdiger Friede sicher stehe; wenn wir jetzt die Situation herbeiführten, in Hoffnung auf welche Napoleon den Krieg begonnen habe, nämlich den Bruch zwischen Preußen und den deutschen Bundesgenossen, so würde die Aussicht auf einen befriedigenden Abschluß des Kriegs wesentlich geringer; die verbündeten Fürsten würden der Zumuthung gegenüber, welche ihm vorschwebte, möglicher Weise ihre Truppen zurückrufen und bei denselben Gehorsam finden."

Sachlich ist dazu zu bemerken: Nach dem sonst vorliegenden Quellenmaterial — namentlich dem Immediatberichte des Fürsten Bismarck vom 23. Sept. 1888, dem Briefe des Fürsten an Ottokar Lorenz vom 7. Nov. 1896 (vgl. Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs. Jena, Gustav Fischer, 1902. S. 617), sowie den Tagebüchern des Kronprinzen und des Cabinetsraths Abeken — fanden zwischen dem Kronprinzen und dem Grafen Bismarck zwei eingehende Besprechungen statt über die Neugestaltung Deutschlands, die Behandlung der süddeutschen Bundesgenossen, sowie auch über den Titel des neu zu wählenden Oberhauptes, ob „Kaiser" oder „König", nämlich am 3. Sept. 1870 zu Donchery im Quartier des Kronprinzen

so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtraun und Haß ausstreun[1]).

und vorher auf einem mehrstündigen Ritt, „wahrscheinlich bei Beaumont oder bei Sedan". Dieser mehrstündige Ritt beider Herren hat aber weder bei Beaumont noch vorher stattgefunden, sondern am Nachmittag des 2. September, als sie im Gefolge des Königs die Schlachtfelder von Sedan beritten. Im Texte ist also zu lesen: Besprechungen dieses Themas fanden zwischen uns zweimal statt, einmal zu Pferde und einmal im Zimmer, nach Sedan. Die zweite erwähnt übrigens Bismarck im Briefe an die Gattin vom 6. Sept. 1870: „Mit dem Kronprinzen hatte ich eine mich sehr befriedigende Unterredung in Donchery", Bismarck's Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71 S. 39. Daraus und aus dem Briefe an O. Lorenz geht hervor, daß die scharfe Auseinandersetzung, von der die Gedanken und Erinnerungen berichten, auf jenem mehrstündigen Ritte erfolgte, während zu Donchery die Tags vorher unerledigt gebliebene Meinungsverschiedenheit befriedigend ausgeglichen wurde. Auch die von O. Lorenz aus seiner Unterredung mit Bismarck (am 14. Oct. 1889) bezeugte Aeußerung, das Gespräch zwischen dem Kronprinzen und ihm habe stattgefunden, als sie zusammen über eine Wiese ritten; sie hätten sich so in Eifer geredet, daß der Kronprinz die Führung des Pferdes verloren und Bismarck bei der Unsicherheit des Terrains — einer durch Abzugsgräben durchzogenen Wiese — sich gedrungen gefühlt habe, den Kronprinz zur Vorsicht zu mahnen (O. Lorenz a. a. O. S. 619) — stimmt durchaus mit meiner auf die Quellen gestützten Auffassung zusammen. Das von Abzugsgräben durchzogene Wiesengelände findet sich bei Floing und wurde beim Ritte über das Schlachtfeld berührt, ebenso wie die von Busch erwähnte Pappelallée bei Donchery. — Man vgl. auch die auf Fürst H. Bismarck's Informationen zurückgehenden Mittheilungen in den Hamb. Nachrichten vom 7. Aug. 1902 (Nr. 184): Der Kronprinz, Fürst Bismarck und die Kaiserfrage.

[1]) Daran schließen sich in dem Entwurf die nachträglich gestrichenen Sätze: „Die Erinnrung an die Sendlinger Mordweihnacht (1705) stehe heut noch wie ein Gespenst zwischen Bayern und Oestreich; wir Brandenburger sollten nicht vergessen, daß vor nicht viel unter tausend Jahren der Markgraf Gero dreißig wendische Fürsten zu Gaste lud und ermorden ließ, und daß infolge dessen die Deutschen auf zweihundert Jahre aus dem Gebiete, in dem sie Fuß gefaßt hatten, hinausgeworfen wurden. Zu solchen Praktiken könne ein Edelmann nicht die Hand bieten." — Die That des Markgrafen Gero, der 30 wendische Fürsten beim Mahle überfiel und tödtete, berichtet Widukind, Res gestae Saxonicae II 20; daß er sie selbst in treuloser Weise zum Mahle geladen habe, sagt Widukind nicht ausdrücklich. Ueber die Sendlinger Mordweihnacht

In dem Geffcken'schen Tagebuche[1]) findet sich die Andeutung, daß wir unsre Stärke nicht gekannt hätten; die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart wäre die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden. Das Tagebuch ist wohl nicht damals auf den Tag geschrieben, sondern später mit Wendungen vervollständigt worden, durch die höfische Streber den Inhalt glaublich zu machen suchten. Ich habe meiner Ueberzeugung, daß es gefälscht sei, und meiner Entrüstung über die Intriganten und Ohrenbläser, die sich einer arglosen und edlen Natur wie Kaiser Friedrich aufdrängten, in dem veröffentlichten Immediatberichte[2]) Ausdruck gegeben. Als ich diesen schrieb, hatte ich keine Ahnung davon, daß der Fälscher in der Richtung von Geffcken, dem hanseatischen Welfen, zu suchen sei, den seine Preußenfeindschaft seit Jahren nicht gehindert hatte, sich um die Gunst des preußischen Kronprinzen zu bewerben, um diesen, sein Haus und seinen Staat mit mehr Erfolg schädigen, selbst aber eine Rolle spielen zu können. Geffcken gehörte zu den Strebern, die seit 1866 verbittert waren, weil sie sich und ihre Bedeutung verkannt fanden.

Außer den bairischen Unterhändlern befand sich in Versailles als besondrer Vertraunsmann des Königs Ludwig der ihm als Oberststallmeister persönlich nahestehende Graf Holnstein. Derselbe übernahm auf meine Bitte in dem Augenblick, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Baierns und der Abneigung König Wilhelm's zu scheitern drohte, die Ueberbringung eines Schreibens von mir an seinen Herrn, das ich, um die Beförderung nicht zu verzögern, sofort an einem abgedeckten Eßtische auf durchschlagendem Papiere und mit widerstrebender Tinte schrieb[3]). Ich entwickelte darin den Gedanken, daß

(25. Dec. 1705) vgl. Sepp, Der bayrische Bauernkrieg mit den Schlachten bei Sendling und Aidenbach. München 1884.

[1]) Zum 16. November, vgl. Kaiser Friedrich's Tagebücher, herausg. von M. v. Poschinger, S. 120.

[2]) Vom 23. Sept. 1888, Bismarckregesten, herausg. v. H. Kohl, II 464.

[3]) S. Bd. I 382 f. Das Concept ist auf durchschlagendem Papier geschrieben.

die bairische Krone die Präsidialrechte, für die die bairische Zustimmung geschäftlich bereits vorlag, dem Könige von Preußen ohne Verstimmung des bairischen Selbstgefühls nicht werde einräumen können; der König von Preußen sei ein Nachbar des Königs von Baiern, und bei der Verschiedenheit der Stammesbeziehungen werde die Kritik über die Concessionen, welche Baiern mache und gemacht habe, schärfer und für die Rivalitäten der deutschen Stämme empfindlicher werden. Preußische Autorität innerhalb der Grenzen Baierns ausgeübt, sei neu und werde die bairische Empfindung verletzen, ein deutscher Kaiser aber sei nicht der im Stamme verschiedne Nachbar Baierns, sondern der Landsmann; meines Erachtens könne der König Ludwig die von ihm der Autorität des Präsidiums bereits gemachten Concessionen schicklicher Weise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem Könige von Preußen machen. Dieser Hauptlinie meiner Argumentation hatte ich noch persönliche Argumente hinzugefügt, in Erinnrung an das besondre Wohlwollen, welches die bairische Dynastie zu der Zeit, wo sie in der Mark Brandenburg regirte (Kaiser Ludwig), während mehr als einer Generation meinen Vorfahren bethätigt habe[1]). Ich hielt dieses argumentum ad hominem einem Monarchen von der Richtung des Königs gegenüber für nützlich, glaube aber, daß die politische und dynastische Würdigung des Unterschieds zwischen kaiserlich deutschen und königlich preußischen Präsidialrechten ent-

[1]) Die persönlichen Argumente fehlen durchaus in dem amtlichen Schreiben vom 27. Nov. 1870. Dagegen scheint aus den Mittheilungen bei v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Berlin, E. Trewendt, I (2. Aufl.) S. 270 f. hervorzugehen, daß sie in einem zweiten rein privaten Schreiben enthalten gewesen sind, vgl. E. Marcks, Fürst Bismarck's Gedanken und Erinnerungen, Berlin, Gebrüder Paetel, 1899, S. 42 ff. — Daß sie Bismarck auch zu jener Zeit nicht fern lagen, lehrt die Mittheilung der Frau v. Kobell, wonach Bismarck im December 1870 in einem Toaste auf Ludwig II. sagte: „Se. Majestät der König wird an mir, so lange ich lebe, einen so ergebenen Diener finden, *als wäre ich noch sein Lehnsträger*" (S. 41). Vgl. auch Busch, Tagebücher, engl. Ausg. I 359.

scheidend in's Gewicht gefallen ist. Der Graf trat seine Reise nach Hohenschwangau binnen zwei Stunden, am 27. November, an und legte sie unter großen Schwierigkeiten und mit häufiger Unterbrechung in vier Tagen zurück. Der König war wegen eines Zahnleidens bettlägrig, lehnte zuerst ab, ihn zu empfangen, nahm ihn aber an, nachdem er vernommen hatte, daß der Graf in meinem Auftrage und mit einem Briefe von mir komme. Er hat darauf im Bette mein Schreiben in Gegenwart des Grafen zweimal sorgfältig durchgelesen, Schreibzeug gefordert und das von mir erbetne und im Concept entworfne Schreiben an den König Wilhelm zu Papier gebracht. Darin war das Hauptargument für den Kaisertitel mit der coercitiven Andeutung wiedergegeben, daß Baiern die zugesagten, aber noch nicht ratificirten Concessionen nur dem deutschen Kaiser, aber nicht dem Könige von Preußen machen könne[1]). Ich hatte diese Wendung ausdrücklich gewählt, um einen Druck auf die Abneigung meines hohen Herrn gegen den

[1]) Das von Staatsminister Delbrück in der Reichstagssitzung vom 5. December 1870 verlesene, von Bismarck entworfene Schreiben Ludwig's II. an König Wilhelm lautete: „Nach dem Beitritt Süddeutschlands zu dem deutschen Verfassungsbündniß werden die Eurer Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesammtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Eurer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald mir Eure Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten." Die im Texte erwähnte „coercitive Andeutung" ist in den Worten enthalten: in dem Vertrauen, daß u. s. w.

Kaisertitel auszuüben. Am siebenten Tage nach seiner Abreise, am 3. December, war Graf Holnstein mit diesem Schreiben des Königs wieder in Versailles; es wurde noch an demselben Tage durch den Prinzen Luitpold, jetzigen Regenten, unserm Könige officiell überreicht und bildete ein gewichtiges Moment für das Gelingen der schwierigen und vielfach in ihren Aussichten schwankenden Arbeiten, die durch das Widerstreben des Königs Wilhelm und durch die bis dahin mangelnde Feststellung der bairischen Erwägungen veranlaßt waren. Der Graf Holnstein hat sich durch diese in einer schlaflosen Woche zurückgelegte doppelte Reise und durch die geschickte Durchführung seines Auftrags in Hohenschwangau ein erhebliches Verdienst um den Abschluß unsrer nationalen Einigung durch Beseitigung der äußern Hindernisse der Kaiserfrage erworben.

Eine neue Schwierigkeit erhob Se. Majestät bei der Formulirung des Kaisertitels, indem er, wenn schon Kaiser, Kaiser von Deutschland heißen wollte. In dieser Phase haben der Kronprinz, der seinen Gedanken an einen König der Deutschen längst[1] fallen gelassen hatte, und der Großherzog von Baden mich, jeder in seiner Weise, unterstützt, wenn auch keiner von Beiden der zornigen Abneigung des alten Herrn gegen den „Charakter-Major“[2] offen widersprach. Der Kronprinz unterstützte mich durch passive Assistenz in Gegenwart seines Herrn Vaters und durch gelegentliche kurze Aeußrungen seiner Ansicht, die aber meine Gefechtsposition dem Könige gegenüber nicht stärkten, sondern eher eine verschärfte Reizbarkeit des hohen Herrn zur Folge hatten. Denn der König war noch leichter geneigt, dem Minister, als seinem Herrn Sohne Concessionen zu machen, in gewissenhafter Erinnrung an Verfassungs-

[1]) Seit jenem Ritte vom 2. Sept. und der Auseinandersetzung in Donchery am 3. Sept. — Immerhin verlangte der Kronprinz noch am 6. December nach seinem Tagebuche für das Reichswappen die deutsche Königskrone, wenigstens als „Attribut der Kaiserwürde“.

[2]) S. o. S. 71. 140 f.

eid und Ministerverantwortlichkeit. Meinungsverschiedenheiten mit dem Kronprinzen faßte er von dem Standpunkte des pater familias auf.

In der Schlußberathung am 17. Januar 1871 lehnte er die Bezeichnung Deutscher Kaiser ab und erklärte, er wolle Kaiser von Deutschland oder garnicht Kaiser sein[1]). Ich hob hervor, wie die adjectivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Kaiser von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt; der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch „gesammtrussischer" (wserossiski) Kaiser. Das Letztre bestritt der König mit Schärfe, sich darauf berufend, daß die Rapporte seines russischen Regiments Kaluga stets „pruskomu" adressirt seien, was er irrthümlich übersetzte. Meiner Versichrung, daß die Form der Dativ des Adjectivums sei, schenkte er keinen Glauben und hat sich erst nachher von seiner gewohnten Autorität für russische Sprache, dem Hofrath Schneider, überzeugen lassen. Ich machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Thalern Borussorum, nicht Borussiae rex erscheine, daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nichtpreußischen Gebiete involvire, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären; daß in dem Schreiben des Königs von Baiern in Anregung gebracht sei, daß „die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde"; endlich daß derselbe Titel auf Vorschlag des Bundesraths in die neue Fassung des Artikel 11 der Verfassung aufgenommen sei.

Die Erörtrung ging über auf den Rang zwischen Kaisern und Königen, zwischen Erzherzogen, Großfürsten und preußischen Prinzen. Meine Darlegung, daß den Kaisern im Prinzip ein Vorrang vor Königen nicht ein-

[1]) Man vgl. dazu Kaiser Friedrich's Tagebücher zum 17. Januar 1871, S. 129 ff., Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, S. 483 f.

geräumt werde, fand keinen Glauben, obwohl ich mich darauf berufen konnte, daß Friedrich Wilhelm I. bei einer Zusammenkunft mit Karl VI., der doch dem Kurfürsten von Brandenburg gegenüber die Stellung des Lehnsherrn hatte, als König von Preußen die Gleichheit beanspruchte und durchsetzte, indem man einen Pavillon erbaun ließ, in den die beiden Monarchen von den entgegengesetzten Seiten gleichzeitig eintraten, um einander in der Mitte zu begegnen.

Die Zustimmung, die der Kronprinz zu meiner Ausführung zu erkennen gab, reizte den alten Herrn noch mehr, so daß er auf den Tisch schlagend sagte: „Und wenn es so gewesen wäre, so befehle ich jetzt, wie es sein soll. Die Erzherzoge und Großfürsten haben stets den Vorrang vor den preußischen Prinzen gehabt, und so soll es ferner sein.“ Damit stand er auf, trat an das Fenster, den um den Tisch Sitzenden den Rücken zuwendend. Die Erörtrung der Titelfrage kam zu keinem klaren Abschluß; indessen konnte man sich doch für berechtigt halten, die Ceremonie der Kaiserproclamation anzuberaumen, aber der König hatte befohlen, daß nicht von dem Deutschen Kaiser, sondern von dem Kaiser von Deutschland dabei die Rede sei.

Diese Sachlage veranlaßte mich, am folgenden Morgen, vor der Feierlichkeit im Spiegelsaale, den Großherzog von Baden aufzusuchen, als den ersten der anwesenden Fürsten, der voraussichtlich nach Verlesung der Proclamation das Wort nehmen würde, und ihn zu fragen, wie er den neuen Kaiser zu bezeichnen denke. Der Großherzog antwortete: „Als Kaiser *von* Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät.“ Unter den Argumenten, die ich dem Großherzoge dafür geltend machte, daß das abschließende Hoch auf den Kaiser nicht in *dieser* Form ausgebracht werden könne, war das durchschlagendste meine Berufung auf die Thatsache, daß der künftige Text der Reichsverfassung bereits durch einen Beschluß des Reichstags in Berlin präjudicirt sei. Die in seinen constitutionellen Gedankenkreis fallende Hinweisung auf den Reichstagsbeschluß bewog ihn, den König

noch einmal aufzusuchen. Die Unterredung der beiden Herrn blieb mir unbekannt, und ich war bei Verlesung der Proclamation in Spannung. Der Großherzog wich dadurch aus, daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte.

Se. Majestät hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platze davor stand, ignorirte, an mir vorüberging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten[1]), und in dieser Haltung mehre Tage verharrte, bis allmälig die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen.

[1]) Das bestätigt der dem „Preußischen Staatsanzeiger" eingesendete Bericht, der zwar von der Umarmung des Kronprinzen, des Großherzogs von Baden und anderer verwandter Fürsten, auch von der Begrüßung der militärischen Deputationen erzählt, aber nichts von einem Dank an den Bundeskanzler.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Culturkampf.

I.

In Versailles hatte ich vom 5. bis 9. November mit dem Grafen Ledochowski, Erzbischof von Posen und Gnesen, Verhandlungen gehabt, die sich vorwiegend auf die territorialen Interessen des Papstes bezogen. Gemäß dem Sprichwort „Eine Hand wäscht die andre" machte ich ihm den Vorschlag, die Gegenseitigkeit der Beziehungen zwischen dem Papste und uns zu bethätigen durch päpstliche Einwirkung auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedensschlusses, immer in Sorge, wie ich war, daß eine Einmischung der neutralen Mächte uns die Früchte der Siege verkümmern könne. Ledochowski und in engern Grenzen Bonnechose, Cardinal-Erzbischof von Rouen[1]), machten bei verschiednen Mitgliedern des hohen Clerus den Versuch, sie zu einer Einwirkung in dem bezeichneten Sinne zu bestimmen, hatten mir aber nur von einer kühlen, ablehnenden Aufnahme ihrer Schritte zu berichten, woraus ich entnahm, daß es der päpstlichen Macht entweder an Stärke oder an gutem Willen fehlen müsse, uns im Sinne des Friedens eine Hülfe zu gewähren, werthvoll genug, um die Verstimmung der deutschen Protestanten und der italienischen Nationalpartei und der letztern Rückwirkung auf die zukünftigen Beziehungen beider Völker in den Kauf zu nehmen, die das Ergebniß eines öffent-

[1]) Ueber seine Unterhandlungen mit Bismarck am 13. und 14. Febr. 1871 vgl. Besson, La vie du Cardinal de Bonnechose, Paris, Retaux-Bray, 1887, II 142 ff.

lichen Eintretens für die päpstlichen Interessen bezüglich Roms sein mußte.

In den Wechselfällen des Krieges ist unter den streitenden italienischen Elementen Anfangs der König als der für uns möglicherweise gefährliche Gegner erschienen. Später ist uns die republikanische Partei unter Garibaldi, die uns bei Ausbruch des Kriegs ihre Unterstützung gegen Napoleonische Velleitäten des Königs in Aussicht gestellt hatte, auf dem Schlachtfelde in einer mehr theatralischen als praktischen Erregtheit und in militärischen Leistungen entgegengetreten, deren Formen unsre soldatischen Auffassungen verletzten. Zwischen diesen beiden Elementen lag die Sympathie, welche die öffentliche Meinung der Gebildeten in Italien für das in der Geschichte und in der Gegenwart parallele Streben des deutschen Volkes hegen und dauernd bewahren konnte, lag der nationale Instinct, der denn auch schließlich stark und praktisch genug gewesen ist, mit dem frühern Gegner Oestreich in den Dreibund zu treten. Mit dieser nationalen Richtung Italiens würden wir durch ostensible Parteinahme für den Papst und seine territorialen Ansprüche gebrochen haben. Ob und in wie weit wir dafür den Beistand des Papstes in unsern innern Angelegenheiten gewonnen haben würden, ist zweifelhaft. Der Gallicanismus erschien mir stärker, als ich ihn 1870 der Infallibilität gegenüber einschätzen konnte, und der Papst schwächer, als ich ihn wegen seiner überraschenden Erfolge über alle deutschen, französischen, ungarischen Bischöfe gehalten hatte. Bei uns im Lande war das jesuitische Centrum demnächst stärker als der Papst, wenigstens unabhängig von ihm; der germanische Fractions- und Parteigeist unsrer katholischen Landsleute ist ein Element, dem gegenüber auch der päpstliche Wille nicht durchschlägt.

Desgleichen lasse ich dahingestellt, ob die am 16. desselben Monats vor sich gegangnen Wahlen zum preußischen Landtage durch das Fehlschlagen der Ledochowski'schen Verhandlungen beeinflußt worden sind. Die letztern wurden

in etwas andrer Richtung aufgenommen von dem Bischof von Mainz, Freiherrn von Ketteler, zu welchem Zweck er mich bei Beginn des Reichstags, 1871, mehrmals aufsuchte. Ich war 1865 mit ihm in Verbindung getreten, indem ich ihn befragte, ob er das Erzbisthum Posen annehmen würde, wobei mich die Absicht leitete, zu zeigen, daß wir nicht antikatholisch, sondern nur antipolnisch wären. Ketteler hatte, vielleicht auf Anfrage in Rom, abgelehnt wegen Unkenntniß der polnischen Sprache. 1871 stellte er mir im Großen und Ganzen das Verlangen, in die Reichsverfassung die Artikel der preußischen aufzunehmen, welche das Verhältniß der katholischen Kirche im Staate regelten und von denen drei (15, 16, 18) durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehoben worden sind. Für mich war die Richtung unsrer Politik nicht durch ein confessionelles Ziel bestimmt, sondern lediglich durch das Bestreben, die auf dem Schlachtfelde gewonnene Einheit möglichst dauerhaft zu festigen. Ich bin in confessioneller Beziehung jeder Zeit tolerant gewesen bis zu den Grenzen, die die Nothwendigkeit des Zusammenlebens verschiedner Bekenntnisse in demselben staatlichen Organismus den Ansprüchen eines jeden Sonderglaubens zieht. Die therapeutische Behandlung der katholischen Kirche in einem weltlichen Staate ist aber dadurch erschwert, daß die katholische Geistlichkeit, wenn sie ihren theoretischen Beruf voll erfüllen will, über das kirchliche Gebiet hinaus den Anspruch auf Betheiligung an weltlicher Herrschaft zu erheben hat, unter kirchlichen Formen eine politische Institution ist und auf ihre Mitarbeiter die eigne Ueberzeugung überträgt, daß ihre *Freiheit* in ihrer *Herrschaft* besteht, und daß die Kirche überall, wo sie nicht *herrscht*, berechtigt ist, über Diocletianische Verfolgung zu klagen.

In diesem Sinne hatte ich einige Auseinandersetzungen mit Herrn von Ketteler bezüglich seines genauer accentuirten Anspruchs auf ein verfassungsmäßiges Recht seiner Kirche, das heißt der Geistlichkeit, auf Verfügung über den weltlichen Arm. Er verwandte in seinen politischen

Argumenten auch das mehr ad hominem gehende, daß bezüglich unsres Schicksals nach dem irdischen Tode die Bürgschaften für die Katholiken stärker seien, als für andre, weil, angenommen, daß die katholischen Dogmen irrthümlich seien, das Schicksal der katholischen Seele nicht schlimmer ausfalle, wenn der evangelische Glaube sich als der richtige erweisen sollte, im umgekehrten Falle aber die Zukunft der ketzerischen Seele eine entsetzliche sei. Er knüpfte daran die Frage: „Glauben Sie etwa, daß ein Katholik nicht selig werden könne?" Ich antwortete: „Ein katholischer Laie unbedenklich; ob ein Geistlicher, ist mir zweifelhaft; in ihm steckt ‚die Sünde wider den heiligen Geist', und der Wortlaut der Schrift steht ihm entgegen." Der Bischof beantwortete diese in scherzhaftem Tone gegebene Erwiderung lächelnd durch eine höflich ironische Verbeugung.

Nachdem unsre Verhandlungen resultatlos abgelaufen waren, wurde die Neubildung der 1860 gegründeten, jetzt Centrum genannten katholischen Fraction mit steigendem Eifer besonders von Savigny und Mallinckrodt betrieben. An dieser Fraction habe ich die Beobachtung zu machen gehabt, daß, wie in Frankreich, so auch in Deutschland der Papst schwächer ist, als er erscheint, jedenfalls nicht so stark ist, daß wir seinen Beistand in unsern Angelegenheiten durch den Bruch mit den Sympathien andrer mächtiger Elemente erkaufen durften. Von dem désaveu des Cardinals Antonelli in dem Briefe an den Bischof Ketteler vom 5. Juni 1871, von der Centrumsmission des Fürsten Löwenstein-Wertheim, von der Unbotmäßigkeit des Centrums bei Gelegenheit des Septennats habe ich den Eindruck erhalten, daß der Partei- und Fractionsgeist, den die Vorsehung dem Centrum an Stelle des Nationalsinns andrer Völker verliehn hat, stärker ist als der Papst, nicht auf einem Concil, ohne Laien, aber auf dem Schlachtfelde parlamentarischer und publicistischer Kämpfe innerhalb Deutschlands. Ob das auch der Fall sein würde, wenn der päpstliche Einfluß sich ohne Rücksicht auf concurrirende Kräfte, namentlich den Jesuitenorden, geltend

zu machen vermöchte, lasse ich, ohne an den plötzlichen Tod des Cardinal-Staatssekretärs Franchi zu denken, dahingestellt sein. Von Rußland hat man gesagt: gouvernement absolu tempéré par le régicide. Ist ein Papst, der in der Nichtachtung der in der Kirchenpolitik concurrirenden Organe zu weit ginge, vor kirchlichen „Nihilisten" sichrer als der Zar? Gegenüber Bischöfen, die im Vatican versammelt sind, ist der Papst stark; und wenn er mit dem Jesuitenorden geht, stärker, als wenn er außerhalb seiner Residenz versucht, den Widerstand der weltlichen Jesuiten zu brechen, die die Träger des parlamentarischen Katholicismus zu sein pflegen.

II.

Der Beginn des Culturkampfs war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. Seit dem Verzicht auf die Politik der Flottwell und Grolman, seit der Consolidirung des Radziwill'schen Einflusses auf den König und der Einrichtung der „katholischen Abtheilung" im geistlichen Ministerium stellten die statistischen Data einen schnellen Fortschritt der polnischen Nationalität auf Kosten der Deutschen in Posen und Westpreußen außer Zweifel, und in Oberschlesien wurde das bis dahin stramm preußische Element der „Wasserpolacken" polonisirt; Schaffranek wurde dort in den Landtag gewählt, der uns das Sprichwort von der Unmöglichkeit der Verbrüderung der Deutschen und der Polen in polnischer Sprache als Parlamentsredner entgegenhielt. Dergleichen war in Schlesien nur möglich auf Grund der amtlichen Autorität der katholischen Abtheilung. Auf Klage bei dem Fürstbischof[1]) wurde dem Schaffranek untersagt, bei Wiederwahl auf der Linken zu „sitzen"; in Folge dessen stand dieser kräftig gebaute Priester 5 und 6 Stunden und bei Doppelsitzungen 10 Stunden am Tage vor den Bänken der Linken, stramm wie eine Schildwache, und brauchte

[1]) Heinrich Förster.

nicht erst aufzustehn, wenn er zu antideutscher Rede das Wort ergriff[1]). In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abtheilung polnisch erzogen und amtlich „Polen" genannt worden. Nach der Competenz, welche der Abtheilung verliehn worden war, ließ sich ohne Aufhebung derselben hierin nicht abhelfen. Diese Aufhebung war also nach meiner Ueberzeugung als nächstes Ziel zu erstreben. Dagegen war natürlich der Radziwill'sche Einfluß am Hof, nicht natürlich mein Cultus-College[2]), dessen Frau und Ihre Majestät die Königin. Der Chef der katholischen Abtheilung war damals Krätzig, der früher Radziwill'scher Privatbeamter gewesen und dies im Staatsdienst auch wohl geblieben war[3]). Der Träger des Radziwill'schen Einflusses war der jüngre beider Brüder, Fürst Boguslav, auch Stadtverordneter von Einfluß in Berlin. Der ältre, Wilhelm, und sein Sohn Anton, waren zu ehrliche Soldaten, um sich auf polnische Intrigen gegen den König und dessen Staat einzulassen. Die katholische Abtheilung des Cultusministeriums, ursprünglich gedacht als eine Einrichtung, vermöge deren katholische Preußen die Rechte ihres Staats in den Beziehungen zu Rom vertreten sollten, war durch den Wechsel der Mitglieder nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat. Ich habe mehr als einmal dem Könige auseinander gesetzt, daß diese Abtheilung schlimmer sei als ein Nuntius in Berlin. Sie handle nach Anweisungen, die sie aus Rom empfinge, vielleicht nicht immer vom Papste, und sei neuerdings hauptsächlich pol-

[1]) Vgl. die Aeußerung in der Rede vom 28. Januar 1886, Politische Reden XI 438.

[2]) v. Mühler.

[3]) Die Familie Radziwill bestreitet, daß Krätzig Privatbeamter der Radziwills gewesen sei.

nischen Einflüssen zugänglich geworden. In dem Radziwillschen Hause seien die Damen deutschfreundlich, der ältre Bruder Wilhelm durch das Ehrgefühl des preußischen Offiziers in derselben Richtung gehalten, ebenso dessen Sohn Anton, bei dem die persönliche Anhänglichkeit an Se. Majestät hinzukomme. Aber in dem treibenden Elemente des Hauses, den Geistlichen und dem Fürsten Boguslaw und dessen Sohn[1]), sei das polnische Nationalgefühl stärker als jedes andre und werde gepflegt auf der Basis des Zusammengehns der polnischen mit den römisch-clericalen Interessen, auf der einzigen im Frieden gangbaren, aber auch sehr geläufig gangbaren Basis. Nun sei der Chef der katholischen Abtheilung, Krätzig, so gut wie ein Radziwill'scher Leibeigner. Ein Nuntius würde die Interessen der katholischen Kirche, aber nicht die der Polen zu vertreten als seine Hauptaufgabe ansehn, werde nicht die intimen Verbindungen mit der Bürokratie besitzen wie die Mitglieder der katholischen Abtheilung, die in der Garnison der ministeriellen Citadelle unsres Vertheidigungssystems gegen revolutionäre Anläufe als staatsfeindliche Parteigänger säßen; ein Nuntius endlich werde als Mitglied des diplomatischen Corps an der Erhaltung guter Beziehungen zu seinem Souverain und an der Pflege des Verhältnisses zu dem Hofe, an dem er beglaubigt, persönlich interessirt sein.

Wenn es mir auch nicht gelang, die übrigens mehr äußerliche und formelle Abneigung des Kaisers gegen einen Nuntius in Berlin zu überwinden, so überzeugte er sich doch von der Gefährlichkeit der katholischen Abtheilung und gab seine Genehmigung zu ihrer Abschaffung trotz des Widerstandes seiner Gemalin. Unter ehelichem Einfluß wehrte sich Mühler gegen die Abschaffung, über die alle übrigen Minister einverstanden waren. Zur decorativen Platirung seines Abgangs wurde eine Differenz über eine die Verwaltung der Museen betreffende Personal-

[1]) Ferdinand.

frage benutzt; in der That fiel er über Krätzig und den Polonismus, trotz des Rückhalts, den er und seine Frau durch Damenverbindungen am Hofe hatten.

III.

Auf die juristische Detailarbeit der Maigesetze würde ich nie verfallen sein; sie lag mir ressortmäßig fern, und weder in meiner Absicht, noch in meiner Befähigung lag es, Falk als Juristen zu controlliren oder zu corrigiren. Ich konnte als Ministerpräsident überhaupt nicht gleichzeitig den Dienst des Cultusministers thun, auch wenn ich vollkommen gesund gewesen wäre. Erst durch die Praxis überzeugte ich mich, daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig gegriffen waren. Der Mißgriff wurde mir klar an dem Bilde ehrlicher, aber ungeschickter preußischer Gendarmen, die mit Sporen und Schleppsäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hinterthüren und Schlafzimmer nachsetzten. Wer annimmt, daß solche in mir auftauchende kritische Erwägungen sofort in Gestalt einer Cabinetskrisis zwischen Falk und mir sich hätten verkörpern lassen, dem fehlt das richtige, nur durch Erfahrung zu gewinnende Urtheil über die Lenkbarkeit der Staatsmaschine in sich und in ihrem Zusammenhange mit dem Monarchen und den Parlamentswahlen. Diese Maschine ist zu plötzlichen Evolutionen nicht im Stande, und Minister von der Begabung Falk's wachsen bei uns nicht wild. Es war richtiger, einen Kampfgenossen von dieser Befähigung und Tapferkeit in dem Ministerium zu haben, als durch Eingriffe in die verfassungsmäßige Unabhängigkeit seines Ressorts die Verantwortlichkeit für die Verwaltung oder Neubesetzung des Cultusministeriums auf mich zu nehmen. Ich bin in dieser Auffassung verharrt, so lange ich Falk zum Bleiben zu bewegen vermochte. Erst nachdem er gegen meinen Wunsch durch weibliche Hofeinflüsse und ungnädige königliche Handschreiben derartig verstimmt worden war, daß er sich nicht halten ließ, bin ich an eine Revision seiner Hinterlassen-

schaft gegangen, der ich nicht näher treten wollte, so lange das nur durch Bruch mit ihm möglich war.

Falk unterlag der gleichen Taktik, die am Hofe gegen mich nicht mit demselben Erfolge, aber mit gleichen Mitteln in Anwendung gebracht worden war; er unterlag ihr, theils weil er für Hofeindrücke empfindlicher war als ich, theils weil ihm die Sympathie des Kaisers nicht in gleichem Maße zur Seite stand wie mir. Die antiministerielle Thätigkeit der Kaiserin fand ihre ursprüngliche Quelle in der Unabhängigkeit des Charakters, welche es ihr erschwerte, mit einer Regirung zu gehn, die nicht in ihren eignen Händen lag, und welche ihr ein Menschenalter hindurch den Weg der Opposition gegen die jedesmalige Regirung anziehend machte. Sie war nicht leicht der Meinung eines Andern. Zur Zeit des Culturkampfs wurde diese Neigung gefördert durch die katholische Umgebung Ihrer Majestät, welche aus dem ultramontanen Lager Information und Anweisung erhielt. Diese Einflüsse nutzten mit Geschick und Menschenkenntniß die alte Neigung der Kaiserin aus, auf die jedesmalige Staatsregirung verbessernd einzuwirken. Ich habe Falk wiederholt seine beabsichtigten Abschiedsgesuche ausgeredet, die sich an Kaiserliche Handschreiben ungnädigen Inhalts, welche wohl nicht der eignen Initiative des hohen Herrn entsprungen waren, und an verletzendes Benehmen gegen seine Frau am Hofe knüpften. Ich empfahl ihm, sich den ungnädigen, aber auch uncontrasignirten Allerhöchsten Erlassen gegenüber, die weniger an den Culturkampf als an die Beziehungen des Cultusministers zum Oberkirchenrath und zur evangelischen Kirche anknüpften, passiv zu verhalten, allenfalls seine Beschwerden an das Staatsministerium zu bringen, dessen Anträge, wenn sie einhellig waren, der König zu berücksichtigen pflegte. Endlich aber wurde er dadurch, daß er Kränkungen ausgesetzt war, die seinem Ehrgefühl empfindlich waren, doch bestimmt, seinen Abschied zu nehmen. Alle Erzählungen, nach denen ich ihn aus dem Ministerium verdrängt haben soll, beruhn auf Erfindung, und ich habe

mich gewundert, daß er selbst ihnen niemals in der Oeffentlichkeit widersprochen hat, obschon er mit mir stets in befreundeten Beziehungen geblieben ist. Aus den Vorgängen, die für seinen Rücktritt entscheidend wurden, ist mir erinnerlich, daß es die Streitigkeiten mit dem Oberkirchenrath und den ihm nahe stehenden Geistlichen waren, welche den Bruch mit Sr. Majestät herbeiführten, nicht ohne daß aus der Zuspitzung der Entwicklung des vorhandnen Streitmaterials gegen Falk sich die Mitwirkung geschickter Hände und feinrer Arbeit erkennen ließ, als den formellen Rathgebern des Kaisers in seiner Eigenschaft als summus episcopus eigen war[1]).

IV.

Nach seinem Abgange war ich vor die Frage gestellt, ob und wie weit ich bei der Wahl eines neuen Cultuscollegen die mehr juristische als politische Linie Falk's im Auge behalten oder meinen mehr gegen Polonismus als gegen Katholicismus gerichteten Auffassungen ausschließlich folgen sollte. In dem Culturkampfe war die parlamentarische Regirungspolitik durch den Abfall der Fortschrittspartei und ihren Uebergang zum Centrum gelähmt, indem sie im Reichstage einer durch gemeinsame Feindschaft zusammengehaltnen Majorität von Demokraten aller Schattirungen, im Bunde mit Polen, Welfen, Franzosenfreunden und Ultramontanen, ohne Unterstützung durch die Conservativen gegenüberstand. Die Consolidirung unsrer neuen Reichseinheit wurde durch diese Zustände gehemmt

[1]) Die Acten seines Rücktritts hat Falk im Januarheft der „Deutschen Revue" 1899 veröffentlicht; in den amtlichen Eingaben sind die persönlichen Momente, die Bismarck hervorhebt, ausgeschaltet, aber in allen andern Hinsichten bestätigen sie durchaus die Angaben Bismarck's, vor allen die, daß Falk's Rücktritt nicht von Bismarck herbeigeführt worden ist, um über ihn hinweg zum Frieden mit Rom zu gelangen; vgl. Horst Kohl, Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen S. 133 ff. und die Aufsätze der Hamburger Nachrichten vom 28. Dec. 1898 Nr. 303 M.-A., vom 30. Dec. 1898 Nr. 305 A.-A., abgedruckt im Bismarck-Jahrbuch VI 405 ff.

und, wenn sie dauerten oder sich verschärften, gefährdet. Der nationale Schaden konnte auf diesem Wege größer werden, als auf dem eines Verzichts auf den meiner Ansicht nach entbehrlichen Theil der Falk'schen Gesetzgebung. Für nicht entbehrlich hielt ich die Beseitigung der Verfassungsartikel, die Kampfmittel gegen den Polonismus und vor allen die Herrschaft des Staats über die Schule. Wahrten wir die, so behielten wir aus dem Culturkampfe beim Frieden immer einen werthvollen Siegespreis im Vergleich mit den Zuständen vor Ausbruch des Kampfs. Ueber die Grenze, bis zu der wir der Curie entgegenkommen konnten, hatte ich mich also mit meinen Collegen zu verständigen. Der Widerstand der Gesammtheit der am Kampfe betheiligt gewesenen Ministerialräthe war dabei nachhaltiger als der meiner unmittelbaren Collegen, zunächst des Nachfolgers Falk's, als welchen ich dem Könige Herrn v. Puttkamer vorschlug. Aber auch nach diesem Personenwechsel konnte es mir nicht sobald gelingen, die Kirchenpolitik zu ändern, wenn ich nicht neue, dem Könige unwillkommne und mir unerwünschte Cabinetskrisen herbeiführen wollte. Die Erinnrungen an die Zeiten der Anwerbung neuer Collegen gehören zu den unerquicklichsten meiner amtlichen Laufbahn. Um mich mit Herrn v. Puttkamer zu einigen, hätte ich die Unterstützung der culturkampfgewöhnten Räthe seines Ministeriums gewinnen müssen, und das überstieg meine Kräfte. Die Erklärung der Falk'schen Kirchenpolitik ist nicht ausschließlich auf dem Gebiete des katholischen Kirchenstreits zu suchen; sie wurde gelegentlich auch durch die evangelische Kirchenfrage gekreuzt und beeinflußt. In dieser stand Herr von Puttkamer den am Hofe wirksamen Auffassungen näher als Falk, und mein Wunsch, den Kampf mit Rom auf ein engres Gebiet einzuschränken, hätte bei meinem neuen Collegen persönlich wohl keinen Widerstand gefunden. Die Hemmnisse lagen aber theils in dem Schwergewicht der vom Zorne des Culturkampfs erregten Räthe, denen Herr von Puttkamer auch die natürliche und herkömmliche Ent-

wicklung unsrer Orthographie zum Opfer zu bringen sich genöthigt glaubte, theils in dem Widerstreben meiner übrigen Collegen gegen jeden Anschein von Nachgiebigkeit dem Papste gegenüber.

Meine ersten Versuche zur Anbahnung des kirchlichen Friedens fanden auch bei Sr. Majestät keinen Anklang. Der Einfluß der höchsten evangelischen Geistlichkeit war damals stärker als der katholisirende der Kaiserin und letztre vom Centrum her ohne Anregung, weil dort die Anfänge des Einlenkens ungenügend befunden wurden, und es auch dort wie am Hofe immer noch wichtiger schien, mich zu bekämpfen, als versöhnliche Bestrebungen, die von mir ausgingen, zu unterstützen. Die aus der Situation hervorgehenden Kämpfe wiederholten sich, allmälig schwerer werdend.

Es bedurfte noch jahrelanger Arbeit, um ohne neue Cabinetskrisen an die Revision der Maigesetze gehn zu können, für deren Vertretung in parlamentarischen Kämpfen nach der Desertion der freisinnigen Partei in das ultramontane Oppositionslager die Majorität fehlte. Ich war zufrieden, wenn es gelang, dem Polonismus gegenüber die im Culturkampf gewonnenen Beziehungen der Schule zum Staate und die eingetretne Aendrung der einschlagenden Verfassungsartikel als definitive Errungenschaften festzuhalten. Beide sind in meinen Augen werthvoller als die maigesetzlichen Verbote geistlicher Thätigkeit und der juristische Fangapparat für widerstrebende Priester, und als einen wichtigen Gewinn durfte ich schon die Beseitigung der katholischen Abtheilung und ihrer staatsgefährlichen Thätigkeit in Schlesien, Polen und Preußen betrachten. Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr wie von mir betriebenen „Culturkampf", dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Centrum unterstützten, war letzterm gegenüber die Regirung in der Minorität. Der aus Centrum, Fortschritt, Socialdemokraten, Polen, Elsässern, Welfen bestehenden

compacten Mehrheit gegenüber war die Politik Falk's im Reichstage ohne Aussicht. Ich hielt um so mehr für angezeigt, den Frieden anzubahnen, wenn die Schule gedeckt, die Verfassung von den aufgehobenen Artikeln und der Staat von der katholischen Abtheilung befreit blieb.

Nachdem ich den Kaiser schließlich gewonnen hatte, war bei Abschätzung des Festzuhaltenden und des Aufzugebenden die neue Stellung der Fortschrittspartei und der Secessionisten ein entscheidendes Moment; anstatt die Regirung zu unterstützen, schlossen sie bei Wahlen und Abstimmungen Bündnisse mit dem Centrum und hatten Hoffnungen gefaßt, die in dem sog. Ministerium Gladstone (Stosch, Rickert u. s. w.), das heißt in liberal-katholischer Coalition, ihren Ausdruck fanden.

Im Jahre 1886 gelang es, die von mir theils erstrebte, theils als zulässig erkannte Gegenreformation zum Abschluß zu bringen, den modus vivendi zu erreichen, der immer noch, verglichen mit dem status quo vor 1871 ein für den Staat günstiges Ergebniß des ganzen Culturkampfs aufweist.

Inwieweit derselbe von Dauer sein wird und die confessionellen Kämpfe nun ruhn werden, kann nur die Zeit lehren. Es hängt das von kirchlichen Stimmungen ab und von dem Grade der Streitbarkeit nicht blos des jedesmaligen Papstes und seiner leitenden Rathgeber, sondern auch der deutschen Bischöfe und der mehr oder weniger hochkirchlichen Richtung, welche im Wechsel der Zeit in der katholischen Bevölkerung herrscht. Eine feste Grenze der römischen Ansprüche an die paritätischen Staaten mit evangelischer Dynastie läßt sich nicht herstellen. Nicht einmal in rein katholischen Staaten. Der uralte Kampf zwischen Priestern und Königen wird nicht heut zum Abschluß gelangen, namentlich nicht in Deutschland. Wir haben vor 1870 Zustände gehabt, auf Grund deren die Lage der katholischen Kirche grade in Preußen als mustergültig und günstiger als in den meisten rein katholischen Ländern auch von der Curie anerkannt wurde. In unsrer

innern Politik, namentlich der parlamentarischen, haben wir aber keine Wirkung dieser confessionellen Befriedigung gespürt. Die Fraction der beiden Reichensperger gehörte schon lange vor 1871, ohne daß deshalb die Führer persönlich in den Ruf des Händelmachens verfielen, dauernd der Opposition gegen die Regirung des evangelischen Königshauses an. Bei jedem modus vivendi wird Rom eine evangelische Dynastie und Kirche als eine Unregelmäßigkeit und Krankheit betrachten, deren Heilung die Aufgabe seiner Kirche sei. Die Ueberzeugung, daß dem so ist, nöthigt den Staat noch nicht, seinerseits den Kampf zu suchen und die Defensive der römischen Kirche gegenüber aufzugeben, denn alle Friedensschlüsse in dieser Welt sind Provisorien, gelten nur bis auf Weitres; die politischen Beziehungen zwischen unabhängigen Mächten bilden sich in ununterbrochnem Flusse, entweder durch Kampf oder durch die Abneigung der einen oder der andern Seite vor Erneurung des Kampfs. Eine Versuchung zur Erneurung des Streites in Deutschland wird für die Curie stets in der Entzündlichkeit der Polen, in der Herrschsucht des dortigen Adels und in dem durch die Priester genährten Aberglauben der untern Volksschichten liegen. Ich habe im Kissinger Lande deutsche und schulgebildete Bauern gefunden, die fest daran glaubten, daß der am Sterbebette im sündigen Fleische stehende Priester den Sterbenden durch Verweigrung oder Gewährung der Absolution direct in die Hölle oder den Himmel schicken könne, man ihn also auch politisch zum Freunde haben müsse. In Polen wird es mindestens ebenso sein oder schlimmer, weil dem ungebildeten Manne eingeredet ist, daß deutsch und lutherisch ebenso wie polnisch und katholisch identische Begriffe seien. Ein ewiger Friede mit der römischen Curie liegt nach den gegebenen Lebensbedingungen ebenso außerhalb der Möglichkeit, wie ein solcher zwischen Frankreich und dessen Nachbarn. Wenn das menschliche Leben überhaupt aus einer Reihe von Kämpfen besteht, so trifft das vor Allem bei den gegenseitigen Beziehungen unabhängiger politischer

Mächte zu, für deren Regelung ein berufnes und vollzugsfähiges Gericht nicht vorhanden ist. Die römische Curie aber ist eine unabhängige politische Macht, zu deren unabänderlichen Eigenschaften derselbe Trieb zum Umsichgreifen gehört, der unsern französischen Nachbarn innewohnt. Für den Protestantismus bleibt ihr das durch kein Concordat zu beruhigende aggressive Streben des Proselytismus und der Herrschsucht; sie duldet keine Götter neben ihr.

V.

In die Hitze des Culturkampfs fiel ein Besuch des Königs Victor Emanuel in Berlin, (22.—26.) September 1873. Ich hatte durch Herrn von Keudell erfahren, daß der König eine Dose mit Brillanten, deren Werth auf 50—60000 Franken, ungefähr auf das sechs- bis achtfache des bei solchen Gelegenheiten üblichen, angegeben wurde, hatte anfertigen und dem Grafen Launay zur Ueberreichung an mich zustellen lassen. Gleichzeitig kam es zu meiner Kenntniß, daß Launay die Dose mit Angabe des Werths seinem Hausnachbarn, dem bairischen Gesandten Baron Pergler von Perglas, gezeigt hatte, der unsern Gegnern in dem Culturkampfe persönlich nahe stand. Der hohe Werth des mir zugedachten Geschenks konnte also Anlaß geben, es in Verbindung zu bringen mit der Anlehnung, die der König von Italien bei dem Deutschen Reiche damals erstrebte und erlangte. Als ich dem Kaiser meine Bedenken gegen die Annahme des Geschenks vortrug, hatte er zunächst den Eindruck, als ob ich es überhaupt unter meiner Würde fände, eine Portraitdose anzunehmen, und sah darin eine Verschiebung der Traditionen, an die er gewöhnt war. Ich sagte: „Gegenüber einem solchen Geschenke von durchschnittlichem Werthe würde ich auf den Gedanken der Ablehnung nicht gekommen sein. In diesem Falle aber hätte nicht das fürstliche Bildniß, sondern hätten die verkäuflichen Diamanten das für die Beurtheilung des Vorgangs entscheidende Gewicht; mit

Rücksicht auf die Lage des Culturkampfs müßte ich Anknüpfungspunkte für Verdächtigungen vermeiden, nachdem der den Umständen nach übertriebene Werth der Dose durch die nachbarlichen Beziehungen von Perglas constatirt und in der Gesellschaft hervorgehoben worden sei." Der Kaiser wurde schließlich meiner Auseinandersetzung zugänglich und schloß den Vortrag mit den Worten: „Sie haben Recht, nehmen Sie die Dose nicht an"*). Nachdem ich meine Auffassung durch Herrn von Keudell zur Kenntniß des Grafen Launay gebracht hatte, wurde der Dose ein sehr hübsches und ähnliches Portrait des Königs substituirt mit folgender an meinen Annunziatenorden erinnernden eigenhändigen Unterschrift:

Al Principe Bismarck. Berlino 26. Settembre 1873.
Affezionatissimo cugino
Vittorio Emanuele.

Der König behielt jedoch das Bedürfniß, mir einen verstärkten Ausdruck seines Wohlwollens zu geben durch ein dem ursprünglich beabsichtigten im Werthe analoges, aber nicht verkäufliches Geschenk, und ich erhielt als Zugabe zu der schmeichelhaften Unterschrift des Portraits eine Alabastervase von ungewöhnlicher Größe und Schönheit, deren sichre Verpackung und Beförderung bei der überstürzten Räumung meiner Amtswohnung, zu der mein Nachfolger mich nöthigte, nicht ohne Schwierigkeit war.

*) Andrer Ansicht über die Annahme einer mit Brillanten gefüllten Dose war Fürst Gortschakow. Bei unserm Besuch in Petersburg (1873) fragte mich Seine Majestät: „Was kann ich nur dem Fürsten Gortschakow geben? er hat schon alles, auch Portrait; vielleicht eine Büste oder eine Dose mit Brillanten?" Ich erhob gegen eine theure Dose Einwendungen, die ich aus der Stellung und dem Reichthum des Fürsten Gortschakow herleitete, und der Kaiser gab mir Recht. Ich sondirte darauf den Fürsten vertraulich und erhielt sofort die Antwort: „Laß Er mir (Russicismus) eine tüchtige Dose geben mit guten Steinen (avec de grosses bonnes pierres)." Ich meldete dies Sr. Majestät etwas beschämt über meine Menschenkenntniß; wir lachten beide, und Gortschakow bekam seine Dose.

VI.

Die „Germania" vom 6. December 1891 deducirt aus dem Briefwechsel zwischen dem Grafen von Roon und Moritz von Blanckenburg, veröffentlicht in der „Deutschen Revue", daß ich den Widerstand des Kaisers gegen die Civilehe gebrochen hätte.

Blanckenburg war ein Kampfgenosse, dessen Hauptwerth für mich in unsrer aus den Kinderjahren datirenden und bis zu seinem Tode fortdauernden Freundschaft bestand. Dieselbe war aber auf seiner Seite nicht identisch mit Vertrauen oder Hingebung auf dem politischen Gebiete; auf diesem hatte ich die Concurrenz seiner politischen und confessionellen Beichtväter zu bestehn, und bei diesen war nicht die Absicht, bei Blanckenburg nicht die Befähigung vorhanden, das historische Fortschreiten deutscher und europäischer Politik in breitem Ueberblick zu beurtheilen. Er selbst war ohne Ehrgeiz und frei von der Krankheit vieler altpreußischer Standesgenossen, dem Neide gegen mich; aber sein politisches Urtheil konnte sich schwer losreißen von dem preußisch-particularistischen, ja pommerisch-lutherischen Standpunkte. Sein hausbackner gesunder Menschenverstand und seine Ehrlichkeit machten ihn unabhängig von conservativen Partei-Strömungen, denen beides fehlte; von dieser Unabhängigkeit war jedoch die vorsichtige Bescheidenheit in Abrechnung zu bringen, mit der ihn die Fremdartigkeit erfüllte, die das politische Gebiet für ihn behielt. Er war weich und gegen Beredsamkeit nicht gepanzert, keine unerschütterliche Säule, auf die ich mich hätte stützen können. Der Kampf zwischen seinem Wohlwollen für mich und seinem Mangel an Energie andern Einflüssen gegenüber bewog ihn schließlich, sich von der Politik überhaupt zurückzuziehn. Als ich ihn das erste Mal zum landwirthschaftlichen Minister vorgeschlagen hatte, scheiterte die Ausführung an dem Widerstande derselben Collegen, die vorher meine an Blanckenburg gerichtete Anfrage gebilligt hatten. Ich lasse dahingestellt sein, ob die Abneigung

meines Freundes, unter übelwollender Aufsicht dauernd auf dem Präsentirteller der Oeffentlichkeit zu stehn, bei dem Mißlingen meiner Absicht, diese conservative Kraft in das Ministerium zu ziehn, mitgewirkt hat; bei seiner zweiten und definitiven Ablehnung unter dem 10. November 1873 war dies zweifellos der Fall[1]). Mangel an Klarheit zeigt sich in seinem Briefe an Roon vom April 1874[2]), in welchem er gleichzeitig von seiner Ablehnung und von meinem Fallenlassen Falk gegenüber spricht. Wenn die conservative Partei in der Person ihrer damaligen Hauptredner und Führer Blanckenburg und Kleist-Retzow bereitwillig mit mir gegangen wäre, so würde die Mischung des Ministeriums eine andre und das, was in dem Briefe die Falk'sche Sackgasse genannt ist, vielleicht nicht nothwendig geworden sein. Die Ablehnung der Ministerstellung ist aber, wie der Brief documentirt, von Blanckenburg selbst ausgegangen, vielleicht nicht unbeeinflußt durch die Residuen der Kämpfe der „armen Lutheraner", der „Alt-Lutheraner", zu denen Blanckenburg sich hielt, in den dreißiger Jahren. Als er sich von der Politik zurückzog, hatte ich die Empfindung, daß er mich im Stiche ließ.

Daß ich den Widerstand des Kaisers Wilhelm gegen die Civilehe gebrochen hätte, ist eine der Erfindungen des demokratischen Jesuitismus, den die „Germania"[3]) vertritt. Die Abneigung des Kaisers wurde überwunden durch den Druck, den die Majorität der ohne mich und unter Roon's formalem Präsidium in Berlin anwesenden Minister auf Se. Majestät ausübte, und der so weit ging, daß der Kaiser zwischen Annahme des Gesetzentwurfs und Neubildung des Ministeriums zu wählen hatte. In meinem damaligen Gesundheitszustande wäre ich der Aufgabe nicht gewachsen gewesen, aus den mir und sich unter einander

[1]) Deutsche Revue October 1891 S. 140, Roon's Denkwürdigkeiten III[4] 370 ff.

[2]) Deutsche Revue December 1891 S. 270, Roon's Denkwürdigkeiten III[4] 406.

[3]) 1891. Nro. 281.

feindlichen Fractionen ein neues Cabinet behufs Fortsetzung der Kämpfe nach allen Seiten hin zu recrutiren. Wenn der Kaiser in dem Briefe vom 8. Mai 1874[1]) retrospectiv sagt, daß er trotz seiner Hinfälligkeit noch zwei Mal dagegen geschrieben habe, so waren diese Schreiben nicht an mich, sondern an das Ministerium in Berlin gerichtet, und ich habe ihm nur gerathen, zwischen der obligatorischen Civilehe und einem Ministerwechsel für erstre zu optiren. Unzweifelhaft war seine Abneigung gegen die Civilehe noch größer als die meinige; ich hielt mit Luther die Eheschließung für eine bürgerliche Angelegenheit, und mein Widerstand gegen Anerkennung dieses Grundsatzes beruhte mehr auf Achtung vor der bestehenden Sitte und der Ueberzeugung der Massen als auf eignen christlichen Bedenken.

[1]) An Roon, vgl. Denkwürdigkeiten III[4] 408.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Bruch mit den Conservativen.

I.

Der Bruch der Conservativen mit mir, der 1872 mit Geräusch vollzogen wurde, hatte zuerst 1868 vorgespukt in den Debatten über den hanöverschen Provinzialfonds. Nachdem der Gesetzentwurf, den die Regirung in Erfüllung einer den Hanoveranern im Jahr zuvor gemachten Zusage dem Landtage vorgelegt hatte, schon in der Commission von den conservativen Mitgliedern lebhaft bekämpft worden war, brachten die Abgeordneten von Brauchitsch und von Dieſt im Plenum einen Antrag ein, der die Vorlage wesentlich einschränkte. Der erstre entwickelte als Wortführer die Gründe, aus denen die conservative Partei nicht für das Gesetz stimmen könne. Meine eingehende Widerlegung habe ich damals mit den Worten geschlossen: „Es ist eine constitutionelle Regirung nicht möglich, wenn die Regirung nicht auf eine der größern Parteien mit voller Sicherheit zählen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen, — wenn nicht diese Partei das Facit ihrer Rechnung dahin zieht: wir gehn im Großen und Ganzen mit der Regirung; wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch bisher noch weniger Thorheiten brachte als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zu Gute halten. Hat eine Regirung nicht wenigstens Eine Partei im Lande, die auf ihre Auffassungen und Richtungen in dieser Art eingeht, dann ist ihr das constitutionelle Regiment unmöglich, dann muß sie gegen

die Constitution manövriren und pactisiren; sie muß sich eine Majorität künstlich schaffen oder vorübergehend zu erwerben suchen. Sie verfällt dann in die Schwäche der Coalitions-Ministerien, und ihre Politik geräth in Fluctuationen, die für das Staatswesen und namentlich für das conservative Prinzip von höchst nachtheiliger Wirkung sind“[1]).

Ungeachtet dieser Warnung gelangte das Gesetz mit einer von der Regirung zugestandnen Abschwächung am 7. Februar nur mit einer Mehrheit von 32 Stimmen zur Annahme, weil die meisten Conservativen dagegen stimmten. Auch in der Commission des Herrnhauses wiederholte sich der Angriff von conservativer Seite. Mit welchen Mitteln damals operirt wurde, zeigt folgender Vorgang. Karl von Bodelschwingh, während des Conflicts Finanzminister, der 1866 die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel abgelehnt hatte und deshalb durch den Freiherrn von der Heydt ersetzt worden war, hatte in der conservativen Fraction verbreitet, daß mir die Ablehnung der Vorlage eigentlich recht sein würde, und erbot sich, dafür einen Beweis zu erbringen. Er trat in dem Sitzungssaale beim Beginn der Verhandlungen an mich heran, leitete ein gleichgültiges Gespräch mit der Frage nach dem Befinden meiner Frau ein und kehrte in die Mitte seiner Fractionsgenossen zurück mit der Erklärung, er sei nach Rücksprache mit mir seiner Sache sicher.

Wenn man die sehr sachkundigen Berichte liest, welche Roon, damals in Bordighera, im Februar 1868 von Mitgliedern der conservativen Partei empfing, abgedruckt in der „Deutschen Revue“ vom April 1891[2]), so sieht man, daß die Conservativen von mir verlangten, in ihre Fraction einzutreten. Ich hatte wenig Zeit übrig, war präoccupirt durch das, was wir von Frankreich zu erwarten hatten, durch die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß

[1]) Politische Reden III 456.
[2]) Vgl. Roon's Denkwürdigkeiten III⁴ 62 ff.

Oestreich unter Beust auf französische Kriegspläne eingehn werde, um 1866 ungeschehn zu machen, durch die Frage, welche Stellung Rußland, Baiern, Sachsen zu solchen Conjuncturen nehmen würden, endlich durch das Bestehn einer hanöverschen Legion. Diese Sorgen und die Arbeit, zu denen sie nöthigten, erschöpften mich vollständig, und dabei verlangten die Herrn, ich sollte jeden einzelnen Privatpolitiker ihrer Fraction aufsuchen, bekehren. Ich that das sogar, so weit ich konnte, aber meine Versuche wurden durch die Intrigen von Bodelschwingh und die Leidenschaftlichkeit von Vincke, Diest, Kleist-Retzow und andern verstimmten und eifersüchtigen Standes- und frühern Fractions-Genossen vereitelt.

Wie Roon selbst über die ihm berichteten Zustände dachte, ergiebt sich aus seinem Briefe an mich vom 19. Februar 1868, aus Bordighera, dessen einschlagende Stellen lauten[1]):

„Wie es nach den Zeitungen scheint, so haben Sie sich und Andre wieder weidlich geärgert. Mich wundert das nicht, aber es wurmt mich, daß Dissonanzen so ernster Art nicht vermieden werden konnten, Dissonanzen, welche die Liberalen von Profession in einen lauten Freudenrausch versetzen und die Conservativen von Metier noch confuser zu machen scheinen, als sie es leider ohnehin schon sind. Was sollen Sie nach Galignani*) nicht alles gesagt haben! Man hat mir die bezüglichen stenographischen Berichte verheißen; leider sind sie noch nicht in meinen Händen. Ohnehin bin ich in der Hauptsache — in der Ihres gedrohten Rücktritts — vollkommen ruhig, denn ich halte einen solchen, den Fall der physischen Unmöglichkeit ausgenommen, für absolut unmöglich. Beunruhigt aber bin ich dennoch über die immer drohendere Zersetzung der conservativen Partei, welche, falls sie sich in der von den Liberalen gehofften Weise vollziehen sollte, von mir für eine sehr ernste und

*) Galignani's Messenger, ein in Paris erscheinendes englisches Blatt.

[1]) Bismarck-Jahrbuch VI 198 f.

bedeutungsschwere Sache gehalten werden würde, für einen Vorgang, der Sie und die Regierung zu einem gehorsamen Werkzeug der liberalen Partei herabwürdigen müßte. Zwar verstehe ich, daß es für unsre Politik nützlich, wenn die Liberalen die Hoffnung behalten, die Hand mit an's Ruder legen zu können. Aber ebenso begreife ich, daß es schädlich sein würde, wenn die Situation sich so gestaltete, daß ihre Theilnahme am Regiment eine unvermeidliche Nothwendigkeit wäre. Sie werden dagegen vielleicht bemerken, daß die Verworrenheit, Rath- und Kopflosigkeit der Conservativen — ganz abgesehen von der neidischen und boshaften Ueberhebung Einzelner — von selbst dahin führen werde, und daß Sie dagegen nichts thun können. Aber ist denn das ganz richtig? Hätten Sie Ihre bedeutenden Ressourcen ernstlich dazu verwandt, die conservative Partei, die leider noch immer nicht klar erkennt, daß ihre heutige Aufgabe eine andre sein muß als 1862 und in den folgenden Jahren, zu endoctriniren und zu organisiren, und wollen Sie das heute noch versuchen, so wird nicht nur die Mesalliance mit den Liberalen vermieden werden können, sondern auch aus der reformirten conservativen Partei der dauerhafteste und sicherste Stab für die Wanderung auf dem schwierigen aber unvermeidlichen Wege conservativen Fortschritts in innerer reformatorischer Erneuerung gemacht werden können. — Wohl kann Ein Mensch, wie bedeutend er auch von Gott ausgestattet worden, nicht Alles selbst thun, was gethan werden muß. Indem ich dies ausspreche, schließe ich jeden Vorwurf aus, der für Sie in Vorstehendem gefunden werden könnte. Ich erkenne vielmehr gern und wiederholt an, daß Ihre amtlichen Helfer Ihnen und Ihren Zielen nicht die entsprechende Unterstützung gewähren. Und wenn ich von der Reform der conservativen Partei sprach, so erkenne ich an, daß diese Aufgabe zunächst die des Ministers des Innern sein sollte. Aber besitzt Graf E. das zu der Lösung derselben unentbehrliche Vertrauen? (und Pflichtgefühl!)[1] Wo sollen Sie andre Col-

[1] Zusatz Bismarck's.

legen hernehmen, namentlich einen andern Minister des Innern? Aus der Reihe der Nationalliberalen? Der Gedanke ist mir unerträglich. Aus den Conservativen? Wen aber? Die organisatorisch schöpferischen Geister unter ihnen sind unbekannte Größen, und so sehr ich unsrem bureaukratischen Unwesen abhold bin, das sehe ich ein, der Betreffende müßte es kennen, um es reformiren zu können."

Einige Tage später, am 25. Februar, schrieb Roon an seinen ältesten Sohn[1]):

„... Ueber Politik und Conflict möchte ich am liebsten gar nichts schreiben, nachdem ich auf Grund des am 9. mir gesandten vertraulichen Berichtes am 19. an Graf Bismarck geschrieben, um ihm mein Bedauern auszusprechen, daß die Dinge so verlaufen sind u. s. w. Die stenographischen Berichte, welche mir verheißen sind, können wahrscheinlich an meiner Auffassung der Dinge nichts ändern: Bismarck kann unmöglich Alles selbst thun. Die nothwendig gewordene Organisation oder Reorganisation der conservativen Partei ist rite Sache des Ministers des Innern, und weder Bismarck, noch ich, noch Blanckenburg oder sonst Jemand hat dazu den amtlichen Beruf. Ist der dazu allein Berufene dazu nicht geneigt oder geeignet, so fehlt ihm etwas Unentbehrliches für sein Amt, und die daraus sich ergebende Folgerung mag man ziehen und darnach verfahren. Was durch Bismarck's Verhalten gegen die Conservativen, durch meine oder Blanckenburg's Abwesenheit an heilsamer Einwirkung etwa unterblieben ist: daraus kann man auch für Bismarck kaum einen wohlbegründeten Vorwurf ableiten. Wenn man, wie ich, ganz sicher weiß, wie Ungeheures B. zu leisten hat und auch leistet, so kann man ihn billigerweise nicht schelten, daß er nicht auch noch mehr leistet und für seines Collegen Versäumniß oder Unfähigkeit eintritt. Der allein gegen ihn zu begründende Vorwurf würde vielmehr nur darin bestehen,

[1]) Roon's Denkwürdigkeiten III[4] 70 ff.

wenn man mit Grund behaupten könnte, daß er nicht Alles was möglich gethan, um sich wirksamere Gehülfen zu verschaffen, und vielleicht kann man dies; aber ich, der ich die betreffenden persönlichen Beziehungen, trotz meiner Entfernung, vielleicht besser und richtiger beurtheilen kann als sonst Jemand, vermag doch kaum eine solche Behauptung mit voller Bestimmtheit auszusprechen. Uebrigens wird der Bruch heilen, denn er muß heilen; wir können uns auf keine andre Partei in der Hauptsache stützen, aber die Partei *muß endlich begreifen*, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben *wesentlich andre sein müssen* als zur Zeit des Conflicts; sie muß eine Partei des *conservativen Fortschritts* sein und werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben, so wesentlich und nothwendig solche zur Zeit der Uebermacht des demokratischen Fortschritts und der damit angedrohten demagogischen Ueberstürzung auch sein mochte und in der That gewesen ist. Dies sind in nuce meine Gedanken über die neueste Situation; natürlich sind sie nur für die allervertrautesten Kreise zur Mittheilung geeignet. . . ."

II.

Roon's Erwartung erfüllte sich nicht; die conservative Partei blieb, was sie war; der Conflict, in den sie sich mit mir versetzt hatte, dauerte mehr oder weniger latent fort. Ich begreife, daß meiner Politik die mit dem vulgären Namen „Kreuzzeitung" bezeichnete conservative Richtung feindlich war, in manchen Mitgliedern aus achtbaren prinzipiellen Gründen, die in dem Einzelnen eine stärkre Triebkraft ausübten als ihr mehr preußisches wie deutsches Nationalgefühl. In andern, ich möchte sagen in meinen Gegnern zweiter Classe, lag das Motiv der Opposition im Streberthum — ôte-toi, que je m'y mette[1]) — deren Prototyp Harry Arnim, Robert Goltz und Andre waren.

[1]) Citat aus St. Simon, Catéchisme des industriels, Oeuvres (Paris 1875) VIII 53.

Als dritte Classe möchte ich meine Standesgenossen im Landadel bezeichnen, die sich ärgerten, weil ich in meinem exceptionellen Lebenslauf aus dem mehr polnischen als deutschen Begriff der traditionellen Landadelsgleichheit herausgewachsen war. Daß ich vom Landjunker zum Minister wurde, hätte man mir verziehn, aber die Dotationen und vielleicht auch den mir sehr gegen meinen Willen verliehnen Fürstentitel verzieh man mir nicht: die „Excellenz" lag innerhalb des gewohnheitsmäßig Erreichbaren und Geschätzten; die „Durchlaucht" reizte die Kritik. Ich kann das nachempfinden, denn dieser Kritik entsprach meine eigne. Als mir am Morgen des 21. März 1871 ein eigenhändiges Handschreiben des Kaisers[1]) die Erhebung in den Fürstenstand anzeigte, war ich entschlossen, Se. Majestät um Verzicht auf seine Absicht zu bitten, weil diese Standeserhöhung in die Basis meines Vermögens und in meine ganzen Lebensverhältnisse eine mir unsympathische Aenderung bringe. So gern ich mir meine Söhne als bequem situirte Landedelleute dachte, so unwillkommen war mir der Gedanke an Fürsten mit unzulänglichem Einkommen nach dem Beispiel von Hardenberg und Blücher, deren Söhne die Erbschaft des Titels nicht antraten — der Blücher'sche wurde Jahrzehnte später (1861) erst infolge einer reichen und katholischen Heirath[2]) erneuert. In Erwägung aller Gründe gegen eine Standeserhöhung, die ganz außerhalb des Bereichs meines Ehrgeizes lag, langte ich auf den obern Stufen der Schloßtreppe an und fand dort zu meiner Ueberraschung den Kaiser an der Spitze der königlichen Familie, der mich herzlich und mit Thränen in seine Arme schloß, indem er mich als Fürsten begrüßte, und seine Freude, mir diese Auszeichnung gewähren zu können, laut äußerte. Dem gegenüber und unter den lebhaften Glückwünschen der königlichen Familie blieb mir keine Möglichkeit, meine Bedenken anzubringen. Das Ge-

[1]) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 215 f.

[2]) Des Enkels Gebhard v. Blücher (gest. 8. März 1875) mit der Gräfin Marie v. Larisch-Moenich.

fühl, daß man als Graf wohlhabend sein kann, ohne unangenehm aufzufallen, als Fürst aber, wenn man letztres vermeiden will, reich sein muß, hat mich seitdem nie wieder verlassen. Ich würde die Mißgunst meiner frühern Freunde und Standesgenossen noch bequemer ertragen haben, wenn sie in meiner Gesinnung begründet gewesen wäre. Sie fand ihren Ausdruck und ihre Vorwände in der verurtheilenden Kritik, welcher meine Politik von Seiten der preußischen Conservativen unter der Führung des mir verwandten Herrn von Kleist-Retzow bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes 1872 und bei einigen andern Anlässen unterzogen wurde.

Die Opposition der Conservativen gegen das noch von Mühler vorgelegte Schulaufsichtsgesetz begann schon im Abgeordnetenhause und ging darauf aus, die Localinspection über die Volksschule gesetzlich dem Ortsgeistlichen zu vindiciren, auch in Polen, während die Vorlage den Behörden freie Hand in der Wahl des Schulinspectors ließ. In der erregten Debatte, an die manche alte Mitglieder des Landtags sich 1892 erinnert haben werden, sagte ich am 13. Februar 1872:

„Der Vorredner (Lasker) hat gesagt, es sei ihm und den Seinigen undenkbar gewesen, daß in einer prinzipiellen und von uns für die Sicherheit des Staats für wichtig erklärten Frage, in einer Frage von der Bedeutung die bisherige conservative Partei der Regirung offen den Krieg erklärte. Ich will mir diesen letztern Ausdruck nicht aneignen, aber ich darf das wohl bestätigen, daß es auch mir undenkbar gewesen ist, daß diese Partei die Regirung in einer Frage im Stiche lassen werde, in welcher die Regirung ihrerseits entschlossen ist, jedes constitutionelle Mittel zur Anwendung zu bringen, um sie durchzuführen“[1]).

Nachdem das Gesetz in der von der Regirung genehmigten Fassung mit 207 Stimmen gegen 155 Stim-

[1]) Politische Reden V 283.

men von Clericalen, Conservativen und Polen angenommen war, gelangte es am 6. März in dem Herrnhause zur Berathung. Aus meiner Rede will ich eine Stelle anführen:

„Die Frage ist nach der evangelischen Seite hin zu einer Wichtigkeit aufgebläht worden, als wollten wir jetzt sämmtliche Geistliche absetzen, eine tabula rasa schaffen und mit diesen 20 000 Thalern, die wir fordern, den evangelischen Staat auf den Kopf stellen. Wären diese Uebertreibungen nicht geschehn, so wären die bedauerlichen Streitigkeiten und Reibungen bei diesem Gesetz vollständig überflüssig gewesen; das Gesetz hat seine übertriebene Wichtigkeit erst durch den uns ganz unerwarteten Widerstand der conservativen Partei evangelischer Confession erhalten, einen Widerstand, in dessen Genesis ich hier nicht näher eingehn will — ich könnte es nicht, ohne persönlich zu werden — der aber für die Staatsregirung eine tief schmerzliche und für die Zukunft entmuthigende Erfahrung bildet. Nachdem ich Ihnen mit einer Offenheit, zu der conservative Leute die Staatsregirung niemals zwingen sollten, die Genesis und Tendenz dieses Gesetzes dargelegt habe, sollten Sie die Nothwendigkeit, daß unsre bisher nicht deutsch sprechenden Landsleute Deutsch lernen, anerkennen. Das ist für mich der Hauptpunkt dieses Gesetzes“ [1]).

In einem Hause von 202 stimmten 76 gegen das Gesetz. Ich hatte noch am Abend vorher mit großer Anstrengung versucht, Herrn von Kleist die muthmaßlichen Folgen der Politik darzustellen, zu der er seine Freunde verleitete, fand mich aber einem parti pris gegenüber, bezüglich dessen Unterlage ich keine Conjectur machen will. Der Bruch mit mir wurde von jener Seite mit einer Schärfe äußerlich vollzogen, aus der ebenso viel persönliche als politische Leidenschaft hervorleuchtete. Die Ueberzeugung, daß dieser mir persönlich nahestehende Partei-

[1]) Politische Reden V 304 f.

mann das Land und die conservative Sache schwer geschädigt hat, währt bis auf den heutigen Tag. Wenn die conservative Partei, anstatt mit mir zu brechen und mich mit einer Bitterkeit und einem Fanatismus zu bekämpfen, worin sie keiner staatsfeindlichen Partei etwas nachgab, der Regirung des Kaisers geholfen hätte, in ehrlicher gemeinsamer Arbeit die Reichsgesetzgebung auszubauen, so würde der Ausbau nicht ohne tiefe Spuren solcher conservativen Mitarbeit geblieben sein. Ausgebaut mußte werden, wenn die politischen und militärischen Errungenschaften vor Zerbröcklung und centrifugaler Rückbildung geschützt werden sollten.

Ich weiß nicht, wie weit ich conservativer Mitwirkung hätte entgegenkommen können, jedenfalls weiter, als es in den durch den Bruch entstandnen Verhältnissen geschehn ist. Ich hielt für die damalige Zeit bei den Gefahren, die unsre Kriege geschaffen hatten, die Unterschiede der Parteidoctrinen für untergeordnet im Vergleiche mit der Nothwendigkeit der politischen Deckung nach Außen durch möglichst geschlossene Einheit der Nation in sich. Als erste Bedingung galt mir die Unabhängigkeit Deutschlands auf Grund einer zum Selbstschutz hinreichend starken Einheit, und ich hatte und habe zu der Einsicht und Besonnenheit der Nation das Vertraun, daß sie Auswüchse und Fehler der nationalen Einrichtungen heilen und ausmerzen wird, wenn sie daran nicht durch die Abhängigkeit von dem übrigen Europa und von innern Fractions- und Sonderinteressen verhindert wird, wie es bis 1866 der Fall war. In dieser Auffassung kam es mir auf die Frage, ob liberal, ob conservativ, in der damaligen Kriegs- und Coalitionsgefahr so wenig wie heut in erster Linie an, sondern auf die freie Selbstbestimmung der Nation und ihrer Fürsten. Ich gebe auch heut diese Hoffnung nicht auf, wenn auch ohne die Gewißheit, daß unsre politische Zukunft nicht noch durch Mißgriffe und Unfälle im weitern Ausbau geschädigt werden wird.

III.

Die exclusivere Fühlung mit den Nationalliberalen, zu welcher der Abfall der Conservativen mich nothwendig führte, wurde in Kreisen der letztern Grund oder Vorwand zu gesteigerter Animosität gegen mich. In der Zeit, während deren ich, durch Krankheit genöthigt, dem Grafen Roon den Vorsitz im Staatsministerium abgetreten hatte, von Neujahr bis November 1873, fanden bei ihm in kleinen und größern Kreisen abendliche Begegnungen mir feindlicher Politiker der rechten Seite statt. An diesen nahm Graf Harry Arnim, der Herrngesellschaften ohne politischen Zweck nicht zu besuchen pflegte, wenn er sich auf Urlaub in Berlin befand, in der Rolle Theil, daß er auf die Anwesenden den Eindruck machte, den mir Roon selbst mit den Worten wiedergab: „In dem steckt doch ein tüchtiger Junker!“ Die gesprächliche Verbindung, in welcher dieses Urtheil ausgesprochen wurde, und die öftre scharf accentuirte Wiederholung desselben im Munde meines Freundes und Collegen hatte die Tragweite eines Vorwurfs für mich wegen Mangels gleicher Eigenschaften und einer Andeutung, als ob Arnim die innre Politik schneidiger und conservativer behandeln würde, wenn er an meiner Stelle wäre. In den Unterredungen, in denen dieses Thema des Arnim'schen Junkerthums breit entwickelt wurde, gewann ich den Eindruck, daß auch mein alter Freund Roon unter der Einwirkung der bei ihm stattfindenden Conventikel in dem Vertraun zu meiner Politik einigermaßen erschüttert war.

Zu den betreffenden Kreisen gehörte auch Oberst von Caprivi, damals Abtheilungschef im Kriegsministerium. Ich will nicht entscheiden, zu welchen der S. 174 aufgeführten Kategorien meiner Gegner er damals gehörte; bekannt ist mir nur seine persönliche Beziehung zu Mitarbeitern an der „Reichsglocke“, wie dem Geheimrath von Lebbin, Personalrath im Ministerium des Innern, der auch in seinem Ressort einen mir feindlichen Einfluß ausübte.

Der Feldmarschall von Manteuffel hat mir gesagt, daß Caprivi seinen, Manteuffel's, Einfluß bei dem Kaiser gegen mich anzuspannen versucht und meine „Feindschaft gegen die Armee" *) als Grund zur Klage und als eine Gefahr bezeichnet habe. Es ist erstaunlich, daß Caprivi sich dabei nicht erinnert hat, wie die Armee vor und zur Zeit meines Eintritts in's Amt, 1862, civilistisch bekämpft, kritisirt und stiefmütterlich verkürzt wurde, und wie sie unter meiner Amtsführung aus der Alltäglichkeit des Garnisonlebens über Düppel, Sadowa und Sedan von 1864—1871 dreimal zum Einzuge in Berlin gelangte. Ich darf ohne Ueberhebung annehmen, daß König Wilhelm 1862 abdicirt hätte, daß die Politik, die den Ruhm der Armee gründete, vielleicht nicht oder nicht so, wie geschah, in's Leben getreten wäre, wenn ich ihre Leitung nicht übernommen hätte. Würde die Armee zu ihren Heldenthaten und Graf Moltke auch nur den Degen zu ziehn Gelegenheit erhalten haben, wenn König Wilhelm I. anders und durch Andre berathen worden wäre? Wohl sicher nicht, wenn er 1862 abdicirt hätte, weil er niemand fand, der die Gefahren seiner Stellung zu theilen und zu bestehn bereit war.

IV.

Als die Kreuzzeitung, weil ich Parlamentsherrschaft und Atheismus proclamirt hätte, schon am 11. Februar 1872 Fehde angesagt und unter Nathusius-Ludom 1875 mit den sogenannten Aeraartikeln Perrot's **) den Verleumdungsfeldzug gegen mich eröffnet hatte, wandte ich mich brieflich an Amsberg, eine unsrer höchsten juristischen Autoritäten, und an den Justizminister[1]) mit der Frage, ob, wenn ich einen Strafantrag stellte, eine Verurtheilung des Verfassers mit Sicherheit zu erwarten sei; andernfalls

*) Vgl. zu diesem Vorwurf den Brief des Kaisers Friedrich vom 25. März 1888 in Kapitel 33, S. 341.

**) Dr. Perrot, Hauptmann a. D., geb. in Trier, gest. 1891, Verfasser national-ökonomischer Brochüren, zuletzt Kaufmann.

[1]) Leonhardt.

würde ich von einem solchen abstehn, weil ein freisprechendes Erkenntniß meinen Gegnern neue Vorwände zu Verdächtigungen geben könnte. Die Antwort Beider und meines gleichfalls befragten Rechtsanwalts fiel dahin aus, daß die Verurtheilung wahrscheinlich, aber bei der vorsichtigen Fassung der Artikel nicht sicher sei. Ich hatte mir damals über die Stellung von Strafanträgen noch keine bestimmten Grundsätze gebildet, und die Erfahrungen, welche ich in der Conflictszeit gemacht hatte, waren nicht grade ermuthigend; ich erinnre mich, daß ein Ortsgericht, ich glaube in Stendal, in den Gründen seines Erkenntnisses die Schwere der öffentlich gegen mich gerichteten Beleidigungen zwar reichlich zugab, aber die Festsetzung einer Minimalstrafe von 10 Thalern damit motivirte, daß ich wirklich ein übler Minister sei.

Als die Perrot'schen Artikel erschienen, sah ich auch noch nicht voraus, welchen Umfang der Verleumdungsfeldzug gegen mich von Seiten meiner frühern Parteigenossen und namentlich in den Kreisen meiner Standesgenossen annehmen sollte.

V.

Jeder, der heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Rechtlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekommen sind, sobald sie in Kämpfe der Art gerathen, sich von den Regeln des Ehrgefühls und der Schicklichkeit, deren Autorität sie sonst anerkennen, für entbunden halten und aus einer karikirenden Uebertreibung des Satzes salus publica suprema lex[1]) die Rechtfertigung für Gemeinheiten und Rohheiten in Sprache und Handlungen ableiten, durch die sie sich außerhalb der politischen und religiösen Streitigkeiten selbst angewidert fühlen würden. Diese Lossagung von Allem, was schicklich und ehrlich ist, hängt undeutlich mit dem Gefühle zusammen, daß man im Interesse der Partei, das man

[1]) Cicero, de legibus III 3, 8.

dem des Vaterlands unterschiebt, mit anderm Maße zu messen habe als im Privatleben, und daß die Gebote der Ehre und Erziehung in Parteikämpfen anders und loser auszulegen seien, als selbst im Kriegsgebrauch gegen ausländische Feinde. Die Reizbarkeit, die zur Ueberschreitung der sonst üblichen Formen und Grenzen führt, wird unbewußt dadurch verschärft, daß in der Politik und in der Religion Keiner dem Andersgläubigen die Richtigkeit der eignen Ueberzeugung, des eignen Glaubens concludent nachweisen kann, und daß kein Gerichtshof vorhanden ist, der die Meinungsverschiedenheiten durch Erkenntniß zur Ruhe verweisen könnte.

In der Politik wie auf dem Gebiete des religiösen Glaubens kann der Conservative dem Liberalen, der Royalist dem Republikaner, der Gläubige dem Ungläubigen niemals ein andres Argument entgegenhalten als das in tausend Variationen der Beredsamkeit breitgetretne Thema: meine politischen Ueberzeugungen sind richtig und die deinigen falsch; mein Glaube ist Gott wohlgefällig, dein Unglaube führt zur Verdammniß. Es ist daher erklärlich, daß aus kirchlichen Meinungsverschiedenheiten Religionskriege entstehn und durch politische Parteikämpfe, so lange nicht ihre Erledigung durch Bürgerkrieg stattfindet, doch ein Umsturz der Schranken herbeigeführt wird, die durch Anstand und Ehrgefühl wohlerzogner Leute im außerpolitischen Lebensverkehr aufrecht erhalten werden. Welcher gebildete und wohlerzogne Deutsche würde versuchen, im gewöhnlichen Verkehr auch nur einen geringen Theil der Grobheiten und Bosheiten zur Verwendung zu bringen, die er nicht ansteht, von der Rednertribüne vor hundert Zeugen seinem bürgerlich gleich achtbaren Gegner in einer schreienden, in keiner anständigen Gesellschaft üblichen Tonart in's Gesicht zu werfen? Wer würde es außerhalb des politischen Parteitreibens mit der von ihm selbst beanspruchten Stellung eines Edelmanns von gutem Hause verträglich halten, sich in den Gesellschaften, wo er verkehrt, gewerbsmäßig zum Colporteur von Lügen und Verleumdungen gegen

andre Genossen seiner Gesellschaft und seines Standes zu machen? Wer würde sich nicht schämen, auf diese Weise unbescholtne Leute unehrlicher Handlungen zu beschuldigen, ohne sie beweisen zu können? Kurz, wer würde anderswo als auf dem Gebiete politischer Parteikämpfe die Rolle eines gewissenlosen Verleumders bereitwillig übernehmen? Sobald man aber vor dem eignen Gewissen und vor der Fraction sich damit decken kann, daß man im Parteiinteresse auftritt, so gilt jede Gemeinheit für erlaubt oder doch für entschuldbar.

Gegen mich begannen die Verleumdungen in dem Blatte, das unter dem christlichen Symbol des Kreuzes und mit dem Motto „Mit Gott für König und Vaterland" seit Jahren nicht mehr die conservative Fraction und noch weniger das Christenthum, sondern nur den Ehrgeiz und die gehässige Verbissenheit einzelner Redacteure vertritt. Als ich über die Giftmischereien des Blatts am 9. Februar 1876 in öffentlicher Rede Klage geführt hatte[1]), antwortete mir die Kundgebung der sogenannten Declaranten, deren wissenschaftliches Contingent aus einigen Hundert evangelischen Geistlichen bestand, die in ihrem amtlichen Charakter mir in dieser Form als Eideshelfer der Kreuzzeitungslügen entgegentraten und ihre Mission als Diener der christlichen Kirche und ihres Friedens dadurch bethätigten, daß sie die Verleumdungen des Blatts öffentlich contrasignirten. Ich habe gegen Politiker in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen, immer Mißtraun gehegt, und dieses Pronunciamento einiger Hundert evangelischer Pfarrer zu Gunsten einer der frivolsten, gegen den ersten Beamten des Landes gerichteten Verleumdung war nicht geeignet, mein Vertraun grade zu Politikern, die im Priesterrock, auch in einem evangelischen, stecken, zu stärken. Zwischen mir und allen Declaranten, von denen viele bis dahin zu meinen Bekannten, sogar zu meinen Freunden gehört hatten, war, nachdem sie sich die

[1]) Politische Reden VI 351.

ehrenrührigen Beschimpfungen aus der Feder Perrot's angeeignet hatten, die Möglichkeit eines persönlichen Verkehrs vollständig abgeschnitten.

Für die Nerven eines Mannes in reifen Jahren ist es eine harte Probe, plötzlich mit allen oder fast allen Freunden und Bekannten den bisherigen Umgang abzubrechen. Meine Gesundheit war damals längst geschwächt, nicht durch die Arbeiten, welche mir oblagen, aber durch das ununterbrochne Bewußtsein der Verantwortlichkeit für große Ereignisse, bei denen die Zukunft des Vaterlands auf dem Spiele stand. Ich habe natürlich während der bewegten und gelegentlich stürmischen Entwicklung unsrer Politik nicht immer mit Sicherheit voraussehn können, ob der Weg, den ich einschlug, der richtige war, und doch war ich gezwungen, so zu handeln, als ob ich die kommenden Ereignisse und die Wirkung der eignen Entschließungen auf dieselben mit voller Klarheit voraussehe. Die Frage, ob das eigne Augenmaß, der politische Instinct, ihn richtig leitet, ist ziemlich gleichgültig für einen Minister, dem alle Zweifel gelöst sind, sobald er durch die königliche Unterschrift oder durch eine parlamentarische Mehrheit sich gedeckt fühlt, man könnte sagen, einen Minister katholischer Politik, der im Besitz der Absolution ist, und den die mehr protestantische Frage, ob er seine eigne Absolution hat, nicht kümmert. Für einen Minister aber, der seine Ehre mit der des Landes vollständig identificirt, ist die Ungewißheit des Erfolgs einer jeden politischen Entschließung von aufreibender Wirkung. Man kann die politische Gestaltung in der Zeit, welche die Durchführung einer Maßregel bedarf, so wenig mit Sicherheit vorhersehn, wie das Wetter der nächsten Tage in unserm Klima, und muß doch seine Entschließung fassen, als ob man es könnte, nicht selten im Kampfe gegen alle Einflüsse, denen Gewicht beizulegen man gewöhnt ist, wie z. B. in Nikolsburg zur Zeit der Friedensverhandlungen, wo ich die einzige Person war und blieb, die schließlich für das, was geschah, und für den Erfolg verantwortlich gemacht wurde und nach

unsern Institutionen und Gewöhnungen auch verantwortlich war, und wo ich meine Entschließung im Widerspruch nicht nur mit allen Militärs, also mit allen Anwesenden, sondern auch mit dem Könige fassen und in schwerem Kampfe aufrecht halten mußte. Die Erwägung der Frage, ob eine Entschließung richtig sei, und ob das Festhalten und Durchführen des auf Grund schwacher Prämissen für richtig Erkannten richtig sei, hat für jeden gewissenhaften und ehrliebenden Menschen etwas Aufreibendes; es wird verstärkt durch die Thatsache, daß lange Zeit vergeht, oft viele Jahre, bevor man in der Politik sich selbst überzeugt, ob das Gewollte und Geschehne das Richtige war oder nicht. Nicht die Arbeit ist das Aufreibende, die Zweifel und Sorgen sind es und das Ehrgefühl, die Verantwortlichkeit, ohne daß man zur Unterstützung der letztern etwas andres als die eigne Ueberzeugung und den eignen Willen anführen kann, wie das grade in den wichtigsten Krisen am schärfsten Platz greift.

Der Verkehr mit Andern, die man für gleichgestellt hält, erleichtert die Ueberwindung solcher Krisen, und wenn er plötzlich aufhört und aus Motiven, die mehr persönlich als sachlich, mehr mißgünstig als ehrlich, und so weit sie ehrlich, ganz banausischer Natur sind, der betheiligte verantwortliche Minister plötzlich von allen bisherigen Freunden boycottirt, als Feind behandelt, also mit sich und seinen Erwägungen vereinsamt wird, so muß das den Eingriff seiner amtlichen Sorgen in seine Nerven und seine Gesundheit verschärfen.

VI.

Man hätte glauben sollen, daß die nationalliberale Partei, durch deren Begünstigung ich mir das Uebelwollen meiner frühern conservativen Parteigenossen zugezogen hatte, durch die rohen und unwürdigen Angriffe auf meine persönliche Ehrenhaftigkeit bewogen worden wäre, mir in der Abwehr irgendwie beizustehn oder doch zu erkennen zu geben, daß sie die Angriffe nicht billigte und die An-

sicht meiner Verleumder über mich nicht theilte; ich erinnre mich aber nicht, in jener Zeit irgend einen nationalliberalen Versuch, mir zur Hülfe zu kommen, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben, wahrgenommen zu haben. Es schien im Gegentheil, als ob im nationalliberalen Lager eine gewisse Genugthuung darüber herrschte, daß die conservative Partei mich angriff und mit mir brach, und als ob man bemüht wäre, den Bruch zu erweitern und bei mir den Stachel tiefer einzudrücken. Liberale und Conservative waren darüber einig, je nach dem Fractionsinteresse mich zu verbrauchen, fallen zu lassen und anzugreifen. Die Frage, ob es dem Lande, dem allgemeinen Interesse nützlich sei, wird theoretisch natürlich von jeder Fraction als die dominirende bezeichnet, und jede behauptet, daß sie eben auf dem Fractionswege das Wohl der Gesammtheit suche und finde. In der That aber ist mir der Eindruck verblieben, daß jede unsrer Fractionen ihre Politik betreibt, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze und auf das Ausland sich auf ihrer Fractionsinsel isolirt. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß die verschiednen Wege der Fractionen auf dem politischen Kampfplatz durch Verschiedenheit der politischen Grundsätze und Ueberzeugungen in jedem Einzelnen zu einer Gewissensfrage und Nothwendigkeit würden; es geht den meisten Fractionsmitgliedern wie den meisten Bekennern verschiedner Confessionen; sie gerathen in Verlegenheit, wenn man sie bittet, die unterscheidenden Merkmale der eignen Ueberzeugung den andern concurrirenden gegenüber anzuführen. In unsern Fractionen ist der eigentliche Krystallisationspunkt nicht ein Programm, sondern eine Person, ein parlamentarischer Condottiere.

Auch die Beschlüsse entspringen nicht aus den Ansichten der Mitglieder, sondern aus dem Willen des Führers oder eines hervorragenden Redners, was in der Regel zusammenfällt. Der Versuch einzelner Mitglieder, gegen die Fractionsleitung, gegen den schlagfertigen Redner aufzukommen, ist mit so viel Unannehmlichkeiten, mit Niederlage in der

Abstimmung, mit Störungen in dem täglichen, gewohnten Privatverkehr verbunden, daß schon ein recht selbständiger Charakter dazu gehört, eine von der Fractionsleitung abweichende Meinung zu vertreten; und Charakter genügt nicht, wenn nicht ein ausreichendes Maß von Wissen und Arbeitskraft hinzukommt. Die letztre aber nimmt zu in der Richtung nach links. Die erhaltenden Parteien setzen sich im Ganzen zusammen aus den zufriednen Staatsbürgern, die den status quo angreifenden recrutiren sich naturgemäß mehr aus den mit den bestehenden Einrichtungen unzufriednen; und unter den Elementen, auf denen die Zufriedenheit beruht, nimmt die Wohlhabenheit nicht die letzte Stelle ein. Nun ist es eine Eigenthümlichkeit, wenn nicht der Menschen im Allgemeinen, so doch der Deutschen, daß der Unzufriedne arbeitsamer und rühriger ist als der Zufriedne, der Begehrliche strebsamer als der Satte. Die geistig und körperlich satten Deutschen sind gewiß zuweilen aus Pflichtgefühl arbeitsam, aber in der Mehrheit nicht, und unter den gegen das Bestehende Ankämpfenden findet sich der Wohlhabende bei uns seltner aus Ueberzeugung, öfter von einem Ehrgeiz getrieben, der auf diesem Wege schnellere Befriedigung hofft oder durch Verstimmung über politische oder confessionelle Widerwärtigkeiten auf ihn gedrängt worden ist. Das Ergebniß im Ganzen ist immer eine größre Arbeitsamkeit unter den Kräften, die das Bestehende angreifen als unter denen, die es vertheidigen, also den Conservativen. Dieser Mangel an Arbeitsamkeit der Mehrheit erleichtert wiederum die Leitung einer conservativen Fraction in höherm Maße, als dieselbe durch individuelle Selbständigkeit und stärkern Eigensinn der Einzelnen erschwert werden könnte. Nach meinen Erfahrungen ist die Abhängigkeit der conservativen Fractionen von dem Gebote ihrer Leitung mindestens ebenso stark, vielleicht stärker als auf der äußersten Linken. Die Scheu vor dem Bruch ist auf der rechten Seite vielleicht größer als auf der linken, und der damals auf jeden Einzelnen stark wirkende Vorwurf, „ministeriell zu sein", war

der objectiven Beurtheilung auf der rechten Seite oft hinderlicher als auf der linken. Dieser Vorwurf hörte sofort auf, den Conservativen und andern Fractionen empfindlich zu sein, als durch meine Entlassung die regirende Stelle vacant geworden war, und jeder Parteiführer in der Hoffnung, bei ihrer Wiederbesetzung betheiligt zu werden, bis zur unehrlichen Verleugnung und Boycottirung des frühern Kanzlers und seiner Politik servil und ministeriell wurde.

In der Zeit der Declaranten wurde die antiministerielle Strömung, das heißt die Mißgunst, mit der ich von vielen meiner Standesgenossen betrachtet und behandelt wurde, lebhaft gefördert durch starke Einflüsse am Hofe. Der Kaiser hat mir seine Gnade und seine Unterstützung in Geschäften niemals versagt; das hinderte den Herrn aber nicht, die „Reichsglocke" täglich zu lesen. Dieses nur von der Verleumdung gegen mich lebende Blatt wurde im Königlichen Hausministerium für unsern und andre Höfe in 13 Exemplaren colportirt und hatte seine Mitarbeiter nicht nur im katholischen, sondern auch im evangelischen Hof- und Landesadel. Die Kaiserin Augusta ließ mich ihre Ungnade andauernd fühlen, und ihre unmittelbaren Untergebenen, die höchsten Beamten des Hofes, gingen in ihrem Mangel an Formen so weit, daß ich zu schriftlichen Beschwerden bei Sr. Majestät selbst veranlaßt wurde. Diese hatten den Erfolg, daß wenigstens die äußern Formen mir gegenüber nicht mehr vernachlässigt wurden. — Minister Falk wurde demnächst durch dergleichen höfische Unfreundlichkeiten gegen ihn und seine Frau mehr als durch sachliche Schwierigkeiten seiner Stellung überdrüssig[1]).

[1]) S. o. S. 158 f.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Intrigen.

I.

Graf Harry Arnim vertrug wenig Wein und sagte mir einmal nach einem Frühstücksglase: „In jedem Vordermanne in der Carrière sehe ich einen persönlichen Feind und behandle ihn dementsprechend. Nur darf er es nicht merken, so lange er mein Vorgesetzter ist.“ Es war dies in der Zeit, als er nach dem Tode seiner ersten Frau aus Rom zurückgekommen, durch eine italienische Amme seines Sohnes in roth und gold Aufsehn auf den Promenaden erregte und in politischen Gesprächen gern Macchiavell und die Werke italienischer Jesuiten und Biographen citirte. Er posirte damals in der Rolle eines Ehrgeizigen, der keine Scrupel kannte, spielte hinreißend Klavier und war vermöge seiner Schönheit und Gewandheit gefährlich für die Damen, denen er den Hof machte. Diese Gewandheit auszubilden, hatte er frühzeitig begonnen, indem er als Schüler des Neustettiner Gymnasiums von den Damen einer wandernden Schauspielertruppe sich in die Lehre nehmen ließ und das mangelnde Orchester am Clavier ersetzte.

Unter den Persönlichkeiten, die neben ausländischen Einflüssen, neben der „Reichsglocke“ und ihren Mitarbeitern in aristokratischen und Hofkreisen und in den Ministerien meiner Collegen, neben dem verstimmten Junkerthume und dessen Aera-Artikeln in der Kreuzzeitung, daran arbeiteten, mir das Vertraun des Kaisers zu entziehn, spielte Graf Harry Arnim eine hervorragende Rolle.

Am 23. August 1871 wurde er auf meinen Antrag zum Gesandten, demnächst zum Botschafter in Paris ernannt, wo ich seine hohe Begabung trotz seiner Fehler im Interesse des Dienstes nützlich zu verwerthen hoffte; er sah in seiner Stellung dort aber nur eine Stufe, von der aus er mit mehr Erfolg daran arbeiten konnte, mich zu beseitigen und mein Nachfolger zu werden. Er machte in Privatbriefen an den Kaiser geltend, daß das preußische Königshaus gegenwärtig das älteste in Europa sei, das sich in ununterbrochner Regirung erhalten habe, und daß dem Kaiser, als dem doyen der Monarchen, durch diese Gnade Gottes eine Verpflichtung erwachse, die Legitimität und Continuität andrer alter Dynastien zu überwachen und zu schützen. Die Berührung dieser Saite im Gemüthe des Kaisers war psychologisch richtig berechnet, und wenn Arnim allein ihn zu berathen gehabt hätte, so wäre es ihm vielleicht gelungen, das klare und nüchterne Urtheil dieses Herrn durch ein künstlich gesteigertes Gefühl von angestammter Fürstenpflicht zu trüben. Aber er wußte nicht, daß Se. Majestät mir in seiner graden und ehrlichen Weise die Briefe mittheilte und dadurch Gelegenheit gab, der politischen Einsicht, man könnte sagen, dem gesunden Verstande des Herrn die Schäden und Gefahren der Rathschläge darzulegen, denen wir auf dem von Arnim empfohlnen Wege der Herstellung der Legitimität in Frankreich entgegengehn würden.

Meine schriftlichen Auslassungen in diesem Sinne erlaubte der Kaiser später Arnim'schen Schmähschriften gegenüber zu veröffentlichen. In einer derselben ist Bezug darauf genommen, daß dem Könige bekannt sei, daß Arnim's Aufrichtigkeit in maßgebenden Kreisen angezweifelt werde, und daß man ihn am englischen Hofe als Botschafter nicht gewünscht habe, „weil man ihm kein Wort glauben würde“ [1]). Graf Arnim hat wiederholt Versuche

[1]) Schreiben an den Kaiser vom 14. April 1873, Anhang zu Bismarck's Gedanken und Erinnerungen I 237 ff.

gemacht, ein Zeugniß des englischen Cabinets gegen diese meine Andeutung zu erlangen, und von den ihm mehr als mir wohlwollenden englischen Staatsmännern die Versichrung erhalten, daß ihnen nichts derart bekannt sei. Doch war die von mir angedeutete präventive Zurückweisung Arnim's in einer Gestalt an den Kaiser gelangt, daß ich mich öffentlich auf Sr. Majestät Zeugniß über die Thatsache berufen konnte.

Nachdem Arnim sich 1873 in Berlin überzeugt hatte, daß seine Aussichten, an meine Stelle zu treten, noch nicht so reif waren, wie er angenommen hatte, versuchte er einstweilen das frühere gute Verhältniß herzustellen, suchte mich auf, bedauerte, daß wir durch Mißverständnisse und Intrigen Andrer auseinander gekommen wären, und erinnerte an Beziehungen, die er einst mit mir gehabt und gesucht hatte. Zu gut von seinem Treiben und von dem Ernst seines Angriffs auf mich unterrichtet, um mich täuschen zu lassen, sprach ich ganz offen mit ihm, hielt ihm vor, daß er mit allen mir feindlichen Elementen in Verbindung getreten sei, um meine politische Stellung zu erschüttern, in der irrigen Annahme, er werde mein Nachfolger werden, und daß ich an seine versöhnliche Gesinnung nicht glaube. Er verließ mich, indem er mit der ihm eignen Leichtigkeit des Weinens eine Thräne im Auge zerdrückte. Ich kannte ihn von seiner Kindheit an.

Mein amtliches Verfahren gegen Arnim war von ihm provocirt durch seine Weigerung, amtlichen Instructionen Folge zu leisten. Ich habe die Thatsache, daß er Gelder, die er zur Vertretung unsrer Politik in der französischen Presse erhielt, 6000 bis 7000 Thaler, dazu verwandte, in der deutschen Presse unsre Politik und meine Stellung anzugreifen, in den Gerichtsverhandlungen niemals berühren lassen. Sein Hauptorgan, in welchem er mich und mit steigender Siegeszuversicht angriff, war damals die „Spener'sche Zeitung", die, im Absterben begriffen, ihm käuflich war. In derselben ließ er Andeutungen machen, als ob er allein ein Mittel wisse, den Kampf mit Rom

siegreich zu Ende zu führen, und daß nur mein unberechtigter Ehrgeiz einen überlegnen Staatsmann, wie er sei, nicht an's Ruder kommen lasse. Gegen mich hat er sich über dieses Arcanum nicht ausgesprochen. Dasselbe bestand in dem von einzelnen Canonisten vertretnen Gedanken, daß die römisch-katholische Kirche durch die Beschlüsse des Vaticanums ihre Natur verändert habe, ein andres Rechtssubject geworden sei und die in ihrem frühern Dasein erworbenen Eigenthums- und Vertragsrechte verloren habe. Ich habe dieses Mittel früher als er erwogen, glaube aber nicht, daß es eine stärkre Wirkung auf den Austrag des Streits geübt haben würde, als die Gründung der altkatholischen Kirche es vermochte, deren Berechtigung logisch und juristisch noch einleuchtender und gerechtfertigter war, als es die angerathne Lossagung der Preußischen Regirung von ihren Beziehungen zur römischen Kirche gewesen sein würde. Die Zahl der Altkatholiken giebt das Maß für die Wirkung, welche dieser Schachzug auf den Bestand der Anhänger des Papstes und des Neokatholicismus geübt haben würde. Noch weniger versprach ich mir von dem Vorschlage, den Graf Arnim in einem der veröffentlichten Berichte gemacht hat, die preußische Regirung möge „Oratores" zur Erörtrung der dogmatischen Fragen in das Concil schicken. Ich vermuthe, daß er darauf durch den Titelkopf der von Paolo Sarpi verfaßten Geschichte des Tridentiner Concils gekommen ist, auf dem die Versammlung abgebildet ist und zwei an einem besondern Tische sitzende Personen als Oratores Caesareae Majestatis bezeichnet sind. Ist meine Vermuthung richtig, so hat Graf Arnim wissen müssen, daß „orator" in der clericalen Latinität jener Zeit der Ausdruck für Gesandter ist.

In dem Gerichtsverfahren gegen ihn verfolgte ich nur den Zweck, die von mir dienstlich gestellte, von Arnim definitiv abgelehnte Forderung der Herausgabe bestimmter, zweifellos amtlicher Bestandtheile der Botschaftsacten durchzusetzen. Mir kam es nur darauf an, als Vorgesetzter die amtliche Autorität zu wahren; ein Straferkenntniß gegen Arnim

habe ich weder erstrebt noch erwartet, im Gegentheile würde ich, nachdem ein solches erfolgt war, seine Begnadigung wirksam befürwortet haben, wenn dieselbe in der durch das Contumacial-Erkenntniß geschaffnen Lage juristisch zulässig gewesen wäre. Mich trieb keine persönliche Rachsucht, sondern, wenn man eine tadelnde Bezeichnung finden will, eher bürokratische Rechthaberei eines in seiner Autorität mißachteten Vorgesetzten. War schon das Erkenntniß in dem ersten Proceß auf neun Monat Gefängniß ein meiner Ansicht nach übertrieben strenges, so war die Verurtheilung in dem zweiten Processe zu fünf Jahren Zuchthaus doch nur, wie der Verurtheilte selbst richtig bemerkt hat, dadurch möglich geworden, daß der regelmäßige Strafrichter nicht in der Lage ist, die Sünden der Diplomatie in internationalen Verhandlungen mit vollem Verständnisse zu beurtheilen. Dieses Erkenntniß würde ich nur dann für adäquat gehalten haben, wenn der Verdacht erwiesen gewesen wäre, daß der Verurtheilte seine Verbindungen mit dem Baron Hirsch benutzt hätte, um die Verzögerung der Ausführung seiner Instructionen Börsenspeculationen dienstbar zu machen. Ein Beweis dafür ist in dem Gerichtsverfahren weder geführt, noch versucht worden. Die Annahme, daß er lediglich aus geschäftlichen Gründen die Ausführung einer präcisen Weisung unterlassen habe, blieb immerhin zu seinen Gunsten möglich, obschon ich mir den Gedankengang, dem er dabei gefolgt sein müßte, nicht klar machen kann. Der erwähnte Verdacht ist aber meinerseits nicht ausgesprochen worden, obschon er dem Auswärtigen Amte und der Hofgesellschaft durch Pariser Correspondenzen und Reisende mitgetheilt worden war und in diesen Kreisen colportirt wurde. Es war ein Verlust für den diplomatischen Dienst bei uns, daß die ungewöhnliche Begabung Arnim's für diesen Dienst nicht mit einem gleichen Maße von Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gepaart war.

Welche Eindrücke die diplomatischen Kreise empfingen, zeigt u. A. der nachstehende Brief des Staatssekretärs von Bülow vom 23. October 1874:

„Die Kreuzzeitung enthält heute eine perfide Einsendung, offenbar von Graf Arnim selbst auf die Melodie: Was habe ich denn Böses gethan? Nichts, als ganz persönliche Actenstücke vor der Indiscretion von Botschaftern und Kanzlisten gerettet; ich würde sie längst herausgegeben haben, wenn das Auswärtige Amt nicht so rücksichtslos und grob gewesen wäre. Es ist schwer, während der Untersuchung auf solche Lügen und Verdrehungen zu antworten. Einstweilen bringt die Weserzeitung gestern die sehr nützliche Notiz über den Inhalt mehrerer der vermißten Actenstücke. Gestern war Feldmarschall von Manteuffel bei mir, zumeist um sich nach der causa Arnim zu erkundigen. Er sprach in sehr passender Weise seine Ueberzeugung aus, daß man nicht anders habe handeln können, und daß er den Reichskanzler und die Diplomatie bedaure, mit solchen Erfahrungen die Geschäfte leiten zu müssen. Da er übrigens Arnim von Jugend auf kenne, und unter oder neben ihm in Nancy genug habe leiden müssen, so überrasche die Katastrophe ihn nicht; Arnim sei ein Mann, der bei jeder Sache nur gefragt habe: Was nützt oder schadet sie mir persönlich? Wörtlich dasselbe sagten mir Lord Odo Russell als Ergebniß seiner römischen Erfahrungen und Nothomb als Erinnerung aus Brüssel. Am merkwürdigsten war mir, daß der Feldmarschall wiederholt darauf zurückkam, daß Arnim im Sommer 72 angefangen habe, gegen E. D. zu conspiriren, ihn, Manteuffel, in dieser Beziehung im Sommer 73 habe sondiren wollen und durch seine Haltung gegen Thiers dessen Sturz mit allen üblen politischen Folgen hauptsächlich mit verschuldet habe. Ueber letzteres Kapitel sprach er mit großer Sach- und Personalkenntniß und nicht ohne Hindeutung auf den Einfluß, den damals Arnim sich allerhöchsten Orts zu verschaffen gewußt, durch Schüren gegen Republik und für legitime Ueberlieferung. Am Tage von Thiers' Sturz habe er mit mehreren hervorragenden Orleanisten dinirt; die Bulletins aus Versailles seien ihm während des Diners zugegangen und mit Jubel begrüßt

worden — ein Rückhalt für die Partei, ohne den sie vielleicht nicht den moralischen Muth zu dem coup d'état vom 24. Mai gehabt. Im gleichen Sinne sagte mir Nothomb, Thiers habe ihm im vorigen Winter von Arnim gesagt: cet homme m'a fait beaucoup de mal, beaucoup plus même que ne sait ni pense Monsieur de Bismarck."

In dem Verleumdungsproceß gegen den Redacteur der „Reichsglocke"[1], Januar 1877, sagte der Staatsanwalt: „Ich mache für diese verbrecherische Tendenz alle Mitarbeiter des Blattes, auch alle diejenigen, die das Blatt durch Rath und durch That unterstützen, moralisch verantwortlich, zunächst insbesondre den Herrn von Loë, sodann aber auch den Grafen Harry von Arnim. Es ist garnicht zu bezweifeln, daß alle die Artikel ‚Arnim contra Bismarck', die es sich zur Aufgabe gemacht haben, seit Jahr und Tag die Person des Fürsten Bismarck anzugreifen, herabzusetzen, im Interesse des Grafen Arnim geschrieben werden."

II.

Meiner Ueberzeugung nach hat die römische Curie den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ebenso wie die meisten Politiker seit 1866 als wahrscheinlich betrachtet, als ebenso wahrscheinlich auch, daß Preußen unterliegen würde. Den Krieg vorausgesetzt, mußte der damalige Papst[2] darauf rechnen, daß der Sieg Frankreichs über das evangelische Preußen die Möglichkeit bieten werde, den Vorstoß, den er selbst mit dem Concil und der Unfehlbarkeit gegen die akatholische Welt und gegen nervenschwache Katholiken gemacht hatte, zu weitern Consequenzen zu treiben. Wie das kaiserliche Frankreich und besonders die Kaiserin Eugenie damals zu dem Papste standen, ließ sich ohne zu gewagte Berechnung annehmen, daß Frankreich, wenn seine Heere siegreich in Berlin ständen, bei dem Friedensschlusse die Interessen der katholischen Kirche in

[1] Gehlsen.
[2] Pius IX.

Preußen nicht unberücksichtigt lassen würde, wie der Kaiser von Rußland Friedensschlüsse zu benutzen pflegt, um sich seiner Glaubensgenossen im Oriente anzunehmen. Es würden sich die gesta Dei per Francos vielleicht um einige neue Fortschritte der päpstlichen Macht bereichert haben, und die Entscheidung der confessionellen Kämpfe, die nach der Meinung katholischer Schriftsteller (Donoso Cortes de Valdegamas) schließlich „auf dem Sande der Mark Brandenburg" auszufechten sind, würde durch eine übermächtige Stellung Frankreichs in Deutschland nach verschiednen Richtungen hin gefördert worden sein. Die Parteinahme der Kaiserin Eugenie für die kriegerische Richtung der französischen Politik wird schwerlich ohne Zusammenhang mit ihrer Hingebung für die katholische Kirche und den Papst gewesen sein; und wenn die französische Politik und die persönlichen Beziehungen Louis Napoleon's zur italienischen Bewegung es unmöglich machten, daß Kaiser und Kaiserin dem Papste in Italien in befriedigender Weise gefällig waren, so würde die Kaiserin ihre Ergebenheit für den Papst im Falle des Sieges in Deutschland bethätigt und auf diesem Gebiete eine allerdings unzulängliche fiche de consolation für die Schäden gewährt haben, die der päpstliche Stuhl in Italien unter und durch Napoleon's Mitwirkung erlitten hatte.

Wenn nach dem Frankfurter Frieden eine katholisirende Partei, sei es royalistischer, sei es republikanischer Form, in Frankreich am Ruder geblieben wäre, so würde es schwerlich gelungen sein, die Erneuerung des Krieges so lange, wie geschehn, hinauszuschieben. Es war alsdann zu befürchten, daß die beiden von uns bekämpften Nachbarmächte, Oestreich und Frankreich, auf dem Boden der gemeinsamen Katholicität sich einander nähern und uns entgegentreten würden, und die Thatsache, daß es in Deutschland so wenig wie in Italien an Elementen fehlte, deren confessionelles Gefühl stärker war als das nationale, hätte zur Verstärkung und Ermuthigung einer solchen katholischen Allianz gedient. Ob wir ihr gegenüber Bundesgenossen finden würden, ließ sich nicht sicher voraussehn;

jedenfalls hätte es in der Willkür Rußlands gestanden, die östreichisch-französische Freundschaft durch seinen Zutritt zu einer übermächtigen Coalition auszubilden, wie im siebenjährigen Kriege, oder uns doch unter dem diplomatischen Drucke dieser Möglichkeit in Abhängigkeit zu erhalten.

Mit der Herstellung einer katholisirenden Monarchie in Frankreich wäre die Versuchung, gemeinschaftlich mit Oestreich Revanche zu nehmen, erheblich näher getreten. Ich hielt es deshalb dem Interesse Deutschlands und des Friedens widersprechend, die Restauration des Königthums in Frankreich zu fördern, und gerieth in Gegnerschaft zu den Vertretern dieser Idee. Dieser Gegensatz spitzte sich persönlich zu gegenüber dem damaligen französischen Botschafter Gontaut-Biron und unserm damaligen Botschafter in Paris, Grafen Harry Arnim. Der Erstre war im Sinne der Partei thätig, der er von Natur angehörte, der legitimistisch-katholischen; der Letztre aber speculirte auf die legitimistischen Sympathien des Kaisers, um meine Politik zu discreditiren und mein Nachfolger zu werden. Gontaut, ein geschickter und liebenswürdiger Diplomat aus alter Familie, fand bei der Kaiserin Augusta Anknüpfungspunkte einerseits in deren Vorliebe für katholische Elemente in und neben dem Centrum, mit denen die Regirung im Kampfe stand, andrerseits in seiner Eigenschaft als Franzose, die in den Jugenderinnrungen der Kaiserin aus der Zeit ohne Eisenbahnen an deutschen Höfen fast in gleichem Maße wie die Eigenschaft des Engländers zur Empfehlung diente[1]). Ihre Majestät hatte französisch sprechende Diener, ihr französischer Vorleser Gérard*) fand Eingang in die Kaiserliche Familie und

*) Derselbe, wahrscheinlich von Gontaut an Ihre Majestät empfohlen, unterhielt einen lebhaften Briefwechsel mit Gambetta, der nach des Letztern Tode in die Hände von Madame Adam gerieth und als hauptsächliches Material für die Schrift La Société de Berlin gedient hat. Nach Paris zurückgekehrt, wurde Gérard eine Zeit lang Leiter der officiösen Presse, dann Legationssekretär in Madrid, Geschäftsträger in Rom und 1890 Gesandter in Montenegro.

[1]) S. Bd. I 142 f. 145. 350.

Correspondenz. Alles Ausländische mit Ausnahme des Russischen hatte für die Kaiserin dieselbe Anziehungskraft, wie für so viele deutschen Kleinstädter. Bei den alten langsamen Verkehrsmitteln war früher an den deutschen Höfen ein Ausländer, besonders ein Engländer oder Franzose fast immer ein interessanter Besuch, nach dessen Stellung in der Heimath nicht ängstlich gefragt wurde; um ihn hoffähig zu machen, genügte es, daß er „weit her" und eben kein Landsmann war.

Auf demselben Boden erwuchs in ausschließlich evangelischen Kreisen das Interesse, welches die fremdartige Erscheinung eines Katholiken und, am Hofe, eines Würdenträgers der katholischen Kirche, damals einflößte. Es war zur Zeit Friedrich Wilhelm's III. eine interessante Unterbrechung der Einförmigkeit, wenn Jemand katholisch war. Ein katholischer Mitschüler wurde ohne jedes confessionelle Uebelwollen mit einer Art von Verwunderung wie eine exotische Erscheinung und nicht ohne Befriedigung darüber betrachtet, daß ihm von der Bartholomäusnacht, von Scheiterhaufen und dem dreißigjährigen Kriege nichts anzumerken war. Im Hause des Professors von Savigny, dessen Frau katholisch war, wurde den Kindern, wenn sie 14 Jahre alt waren, die Wahl der Confession freigestellt; sie folgten der evangelischen Confession des Vaters mit Ausnahme meines Altersgenossen, des nachmaligen Bundestagsgesandten und Mitbegründers des Centrums. In der Zeit, als wir beide Primaner oder Studenten waren, sprach er ohne polemische Färbung über die Motive der getroffnen Wahl und führte dabei die imponirende Würde des katholischen Gottesdienstes, dann aber auch den Grund an, katholisch sei doch im Ganzen vornehmer, „protestantisch ist ja jeder dumme Junge".

Diese Verhältnisse und Stimmungen haben sich geändert in dem halben Jahrhundert, in dem die politische und wirthschaftliche Entwicklung alle Varietäten der Bevölkerung nicht blos Europas mit einander in nähere Berührung gebracht hat. Heut zu Tage kann man durch die

Kundgebung, katholisch zu sein, in keinem Berliner Kreise mehr Aufsehn erregen oder auch nur einen Eindruck machen. Nur die Kaiserin Augusta ist von ihren Jugendeindrücken nicht frei geworden. Ein katholischer Geistlicher erschien ihr vornehmer als ein evangelischer von gleichem Range und von gleicher Bedeutung. Die Aufgabe, einen Franzosen oder Engländer zu gewinnen, hatte für sie mehr Anziehung als dieselbe Aufgabe einem Landsmanne gegenüber, und der Beifall der Katholiken wirkte befriedigender als der der Glaubensgenossen. Gontaut-Biron, dazu aus vornehmer Familie, hatte keine Schwierigkeit, sich in den Hofkreisen eine Stellung zu schaffen, deren Verbindungen auf mehr als einem Wege an die Person des Kaisers heranreichten.

Daß die Kaiserin in der Person Gérards einen französischen geheimen Agenten zu ihrem Vorleser nahm, ist eine Abnormität, deren Möglichkeit ohne das Vertrauen, welches Gontaut durch seine Geschicklichkeit und durch die Mitwirkung eines Theils der katholischen Umgebung Ihrer Majestät genoß, nicht verständlich ist. Für die französische Politik und die Stellung des französischen Botschafters in Berlin war es natürlich ein erheblicher Vortheil, einen Mann wie Gérard in dem kaiserlichen Haushalte zu sehn. Derselbe war gewandt bis auf die Unfähigkeit, seine Eitelkeit im Aeußern zu unterdrücken. Er liebte es, als Muster der neusten Pariser Mode zu erscheinen, in einer für Berlin auffälligen Uebertreibung, ein Mißgriff, durch welchen er sich indessen in dem Palais nicht schadete. Das Interesse für exotische und besonders Pariser Typen war mächtiger als der Sinn für einfachen Geschmack.

Gontaut's Thätigkeit im Dienste Frankreichs beschränkte sich nicht auf das Berliner Terrain. Er reiste 1875 nach Petersburg, um dort mit dem Fürsten Gortschakow den Theatercoup einzuleiten, welcher bei dem bevorstehenden Besuche des Kaisers Alexander in Berlin die Welt glauben machen sollte, daß er allein das wehrlose Frankreich vor einem deutschen Ueberfall bewahrt habe, indem er uns

mit einem Quos ego![1]) in den Arm gegriffen und zu dem Zweck den Kaiser nach Berlin begleitet habe.

Von wem der Gedanke ausgegangen ist, weiß ich nicht; wenn von Gontaut, so wird er bei Gortschakow einen empfänglichen Boden gefunden haben bei dessen eitler Natur[2]), seiner Eifersucht auf mich und dem Widerstande, den ich seinen Ansprüchen auf Präpotenz zu leisten gehabt hatte. Ich hatte ihm in vertraulichem Gespräch sagen müssen: „Sie behandeln uns nicht wie eine befreundete Macht, sondern comme un domestique, qui ne monte pas assez vite, quand on a sonné.“ Gortschakow deutete es aus, daß er dem Gesandten Grafen Redern und den auf ihn folgenden Geschäftsträgern an Autorität überlegen war, und benutzte mit Vorliebe zu Verhandlungen den Weg der Mittheilung seinerseits an unsre Vertretung in Petersburg unter Vermeidung der Instruirung des russischen Botschafters in Berlin behufs Besprechung mit mir. Ich halte es für Verleumdung, was Russen mir gesagt haben, das Motiv dieses Verfahrens sei gewesen, daß in dem Etat des auswärtigen Ministers ein Pauschquantum für Telegramme ausgeworfen sei und Gortschakow deshalb seine Mittheilungen lieber auf deutsche Kosten durch unsern Geschäftsträger als auf russische besorgt habe. Ich suche, obschon er sicher geizig war, das Motiv auf politischem Gebiete. Gortschakow war ein geistreicher und glänzender Redner und liebte es, sich als solchen namentlich den fremden, in Petersburg beglaubigten Diplomaten gegenüber zu zeigen. Er sprach französisch und deutsch mit gleicher Beredsamkeit, und ich habe seinen docirenden Vorträgen oft stundenlang gern zugehört als Gesandter und später als College. Mit Vorliebe hatte er als Zuhörer fremde Diplomaten und namentlich jüngre Geschäftsträger von Intelligenz, denen gegenüber die vornehme Stellung des auswärtigen Ministers, bei dem

[1]) Virgil, Aeneis I, 135.
[2]) Vgl. o. S. 126 f.

sie beglaubigt waren, dem oratorischen Eindrucke zu Hülfe kam. Auf diesem Wege gingen mir die Gortschakow'schen Willensmeinungen in Formen zu, die an das Roma locuta est erinnerten. Ich beschwerte mich in Privatbriefen bei ihm direct über diese Form des Geschäftsbetriebes und über die Tonart seiner Eröffnungen und bat ihn, in mir nicht mehr den diplomatischen Schüler zu sehn, der ich in Petersburg ihm gegenüber bereitwillig gewesen wäre, sondern jetzt mit der Thatsache zu rechnen, daß ich ein für die Politik meines Kaisers und eines großen Reichs verantwortlicher College sei.

Als 1875 während der Vacanz des Botschafterpostens ein Legationssekretär als Geschäftsträger fungirte, wurde Herr von Radowitz, damals Gesandter in Athen, en mission extraordinaire nach Petersburg geschickt, um die Geschäftsführung auch äußerlich auf den Fuß der Gleichheit zu bringen. Er hatte dadurch Gelegenheit, sich durch entschlossene Emancipation von Gortschakow's präpotenter Beeinflussung dessen Abneigung in einem so hohen Grade zuzuziehn, daß die Abneigung des russischen Cabinets gegen ihn ungeachtet seiner russischen Heirath vielleicht noch heut nicht erloschen ist.

Die Rolle des Friedensengels, sehr geeignet, Gortschakow's Selbstgefühl durch den ihm über alles theuern Eindruck in Paris zu befriedigen, war von Gontaut in Berlin vorbereitet worden; es läßt sich annehmen, daß seine Gespräche mit dem Grafen Moltke und mit Radowitz, die später als Beweismittel für unsre kriegerischen Absichten angeführt wurden, von ihm mit Geschick herbeigeführt waren, um vor Europa das Bild eines von uns bedrohten, von Rußland beschützten Frankreich zur Anschauung zu bringen. In Berlin am 10. Mai 1875 angekommen, erließ Gortschakow unter dem Datum dieses Ortes ein zur Mittheilung bestimmtes telegraphisches Circular, welches mit den Worten anfing: „Maintenant, also unter russischem Druck, la paix est assurée," als ob das vorher nicht der Fall gewesen wäre. Einer der dadurch

avisirten außerdeutschen Monarchen[1]) hat mir gelegentlich den Text gezeigt.

Ich machte dem Fürsten Gortschakow lebhafte Vorwürfe und sagte, es sei kein freundschaftliches Verhalten, wenn man einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter springe, um dort eine Circus-Vorstellung auf seine Kosten in Scene zu setzen, und daß dergleichen Vorgänge zwischen uns leitenden Ministern den beiden Monarchien und Staaten zum Schaden gereichten. Wenn ihm daran liege, in Paris gerühmt zu werden, so brauchte er deshalb unsre russischen Beziehungen noch nicht zu verderben, ich sei gern bereit, ihm beizustehn und in Berlin Fünffrankenstücke schlagen zu lassen mit der Umschrift: Gortchakoff protège la France; wir könnten auch in der deutschen Botschaft ein Theater herstellen, wo er der französischen Gesellschaft mit derselben Umschrift als Schutzengel im weißen Kleide und mit Flügeln in bengalischem Feuer vorgeführt würde.

Er wurde unter meinen bittern Invectiven ziemlich kleinlaut, bestritt die für mich beweiskräftig feststehenden Thatsachen und zeigte nicht die ihm sonst eigne Sicherheit und Beredsamkeit, woraus ich schließen durfte, daß er Zweifel hatte, ob sein kaiserlicher Herr sein Verhalten billigen werde. Der Beweis wurde vervollständigt, als ich mich bei dem Kaiser Alexander mit derselben Offenheit über Gortschakow's unehrliches Verfahren beschwerte; der Kaiser gab den ganzen Thatbestand zu und beschränkte sich rauchend und lachend darauf, zu sagen, ich möge diese vanité sénile nicht zu ernsthaft nehmen. Die dadurch allerdings ausgesprochne Mißbilligung hat aber niemals einen hinreichend authentischen Ausdruck gefunden, um die Legende von unsrer Absicht, 1875 Frankreich zu überfallen, aus der Welt zu schaffen.

Mir lag eine solche damals und später so fern, daß ich eher zurückgetreten sein würde, als zu einem vom Zaune

[1]) König Oscar II. von Schweden.

zu brechenden Kriege die Hand zu bieten, der kein andres Motiv gehabt haben würde, als Frankreich nicht wieder zu Athem und zu Kräften kommen zu lassen. Ein solcher Krieg hätte meiner Ansicht nach nicht zu haltbaren Zuständen in Europa auf die Dauer geführt, wohl aber eine Uebereinstimmung von Rußland, Oestreich und England in Mißtrauen und eventuell in activem Vorgehn einleiten können gegen das neue und noch nicht consolidirte Reich, das damit die Wege betreten haben würde, auf denen das erste und das zweite französische Kaiserreich in einer fortgesetzten Kriegs- und Prestige-Politik ihrem Untergange entgegengingen. Europa würde in unserm Verfahren einen Mißbrauch der gewonnenen Stärke erblickt haben, und Jedermanns Hand, einschließlich der centrifugalen Kräfte im Reich selbst, würde dauernd gegen Deutschland erhoben oder am Degen gewesen sein. Grade der friedliche Charakter der deutschen Politik nach den überraschenden Beweisen der militärischen Kraft der Nation hat wesentlich dazu beigetragen, die fremden Mächte und die innern Gegner früher, als wir erwarteten, wenigstens bis zu einem tolerari posse mit der neudeutschen Kraftentwicklung zu versöhnen und das Reich zum Theil mit Wohlwollen, zum Theil als einstweilen annehmbaren Friedenswächter sich entwickeln und festigen zu sehn.

Es war für unsre Begriffe merkwürdig, daß der Kaiser von Rußland bei der Geringschätzung, mit der er sich über seinen leitenden Minister äußerte, ihm doch die ganze Maschine des Auswärtigen Amtes in der Hand ließ und ihm dadurch den Einfluß auf die Missionen gestattete, den er thatsächlich ausübte. Trotz der Klarheit, mit der der Kaiser die Abwege erkannte, die einzuschlagen sein Minister sich durch persönliche Gründe verleiten ließ, unterwarf er die Concepte, die ihm Gortschakow zu eigenhändigen Briefen an den Kaiser Wilhelm vorlegte, nicht der scharfen Sichtung, deren sie bedurft hätten, wenn der Eindruck verhütet werden sollte, daß die wohlwollende Gesinnung des Kaisers in der Hauptsache den anspruchsvollen und be-

drohlichen Stimmungen Gortschakow's Platz gemacht habe. Der Kaiser Alexander hatte eine elegante und deutliche feine Handschrift, und die Arbeit des Schreibens hatte nichts Unbequemes für ihn, aber wenn auch die in der Regel sehr langen und in die Details eingehenden Schreiben von Souverän zu Souverän ganz von der eignen Hand des Kaisers herrührten, so habe ich doch nach Stil und Inhalt in der Regel auf die Unterlage eines von Gortschakow redigirten Concepts schließen zu können geglaubt; wie denn auch die eigenhändigen Antworten unsres Herrn von mir zu entwerfen waren. Auf diese Weise hatte die eigenhändige Correspondenz, in der beide Monarchen die wichtigsten politische Fragen mit entscheidender Autorität behandelten, zwar nicht die constitutionelle Garantie einer ministeriellen Gegenzeichnung, aber doch das Correctiv ministerieller Mitwirkung, vorausgesetzt, daß sich der Allerhöchste Briefsteller genau an das Concept hielt. Darüber erhielt der Verfasser des letztern allerdings keine Sicherheit, da die Reinschrift garnicht oder doch nur versiegelt in seine Hände kam.

Wie weit verzweigt die Gontaut-Gortschakow'sche Intrige gewesen war, ergiebt folgendes Schreiben, das ich am 13. August 1875 aus Varzin an den Kaiser richtete[1]):

„Eurer Majestät huldreiches Schreiben vom 8. c.[2]) aus Gastein habe ich mit ehrfurchtsvollem Danke erhalten und mich vor Allem gefreut, daß Eurer Majestät die Kur gut bekommen ist, trotz allen schlechten Wetters in den Alpen. Den Brief der Königin Victoria beehre ich mich wieder beizufügen; es wäre sehr interessant gewesen, wenn Ihre Majestät Sich genauer über den Ursprung der damaligen Kriegsgerüchte ausgelassen hätte. Die Quellen müssen der hohen Frau doch für sehr sicher gegolten haben, sonst würde Ihre Majestät Sich nicht von Neuem darauf berufen und würde die englische Regirung auch nicht so gewichtige und für uns so unfreundliche Schritte daran geknüpft haben.

[1]) Bismarck-Jahrbuch IV 35 ff., Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 258 ff.

[2]) Lies 6. c., s. dasselbe im Anhang I 256 ff.

Ich weiß nicht, ob Eure Majestät es für thunlich halten, die Königin Victoria beim Worte zu nehmen, wenn Ihre Majestät versichert, es sei Ihr ‚ein Leichtes, nachzuweisen, daß Ihre Befürchtungen nicht übertrieben waren'. Es wäre sonst wohl von Wichtigkeit zu ermitteln, von welcher Seite her so ‚kräftige Irrthümer'[1]) nach Windsor haben befördert werden können. Die Andeutung über Personen, welche als ‚Vertreter' der Regirung Eurer Majestät gelten müssen, scheint auf Graf Münster zu zielen. Derselbe kann ja sehr wohl, gleich dem Grafen Moltke, akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich gesprochen haben, obschon ich es nicht weiß und er niemals dazu beauftragt worden ist. Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es mag thun, was es will. Ich würde noch heut, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Eurer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen. Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff jedenfalls abwarten werde. Deshalb würde ich Münster noch nicht tadeln, wenn er in solchem Sinne gelegentlich geredet hätte, und die englische Regirung hätte deshalb noch kein Recht gehabt, auf außeramtliche Reden eines Botschafters amtliche Schritte zu gründen, und sans nous dire gare die andern Mächte zu einer Pression auf uns aufzufordern. Ein so ernstes und unfreundliches Verfahren läßt doch vermuthen, daß die Königin Victoria noch andre Gründe gehabt habe, an kriegerische Absichten zu glauben als gelegentliche Gesprächswendungen des Grafen Münster, an die ich nicht einmal glaube. Lord O. Russell hat versichert, daß er jederzeit seinen festen Glauben an unsre friedlichen

[1]) 2. Thess. 2, 11.

Absichten berichtet habe. Dagegen haben alle Ultramontane und ihre Freunde uns heimlich und öffentlich in der Presse angeklagt, den Krieg in kurzer Frist zu wollen, und der französische Botschafter, der in diesen Kreisen lebt, hat die Lügen derselben als sichre Nachrichten nach Paris gegeben. Aber auch das würde im Grunde noch nicht hinreichen, der Königin Victoria die Zuversicht und das Vertrauen zu den von Eurer Majestät Selbst dementirten Unwahrheiten zu geben, das Höchstdieselbe noch in dem Briefe vom 20. Juni ausspricht. Ich bin mit den Eigenthümlichkeiten der Königin zu wenig bekannt, um eine Meinung darüber zu haben, ob es möglich ist, daß die Wendung, es sei ‚ein Leichtes nachzuweisen', etwa nur den Zweck haben könnte, eine Uebereilung, die einmal geschehn ist, zu maskiren, anstatt sie offen einzugestehn.

Verzeihn E. M., wenn das Interesse des ‚Fachmannes' mich über diesen abgemachten Punkt nach dreimonatlicher Enthaltung hat weitläuftig werden lassen"[1]).

III.

Graf Friedrich Eulenburg erklärte sich Sommer 1877 körperlich bankrott, und in der That war seine Leistungsfähigkeit sehr verringert, nicht durch Uebermaß von Arbeit, sondern durch die Schonungslosigkeit, mit der er sich von Jugend auf jeder Art von Genuß hingegeben hatte. Er besaß Geist und Muth, aber nicht immer Lust zu ausdauernder Arbeit. Sein Nervensystem war geschädigt und schwankte schließlich zwischen weinerlicher Mattigkeit und künstlicher Aufregung. Dabei hatte ihn in der Mitte der 70er Jahre, wie ich vermuthe, ein gewisses Popularitätsbedürfniß überfallen, das ihm früher fremd geblieben war, so lange er gesund genug war, um sich zu amüsiren. Diese Anwandlung war nicht frei von einem Anflug von Eifersucht auf mich, wenn wir auch alte Freunde waren. Er suchte sie dadurch zu befriedigen, daß er sich der Verwal-

[1]) Das Weitere s. im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 260 f.

tungsreform annahm. Sie mußte gelingen, wenn sie ihm Ruhm erwerben sollte. Um den Erfolg zu sichern, machte er bei den parlamentarischen Verhandlungen darüber unpraktische Concessionen und bürokratisirte den wesentlichen Träger unsrer ländlichen Zustände, den Landrathsposten, gleichzeitig mit der neuen Local-Verwaltung. Der Landrathsposten war in frühern Zeiten eine preußische Eigenthümlichkeit, der letzte Ausläufer der Verwaltungshierarchie, durch den sie mit dem Volke unmittelbar in Berührung stand. In dem socialen Ansehn aber stand der Landrath höher als andre Beamte gleichen Ranges. Man wurde früher nicht Landrath mit der Absicht, dadurch Carrière zu machen, sondern mit der Aussicht, sein Leben als Landrath des Kreises zu beschließen. Die Autorität eines solchen wuchs mit den Jahren seiner Amtsdauer; er hatte keine andern Interessen als die des Kreises zu vertreten und für keine andern Wünsche als die seiner Eingesessenen zu streben. Es liegt auf der Hand, wie nützlich eine solche Institution nach oben und nach unten wirkte, und mit wie geringen Mitteln an Menschen und Geld die Kreisgeschäfte betrieben werden konnten. Seitdem ist der Landrath ein reiner Regirungsbeamter geworden, seine Stellung ein Durchgangsposten für weitre Beförderung im Staatsdienste, eine Erleichterung der Wahl zum Abgeordneten; und in der Eigenschaft des letztern wird er, wenn er strebsam ist, seine Beziehungen nach oben als Beamter wichtiger finden als die zu den Einsassen seines Kreises. Zugleich sind die neugeschaffnen örtlichen Amtsvorstände nicht Organe der Selbstverwaltung, nach Analogie der städtischen Behörden, sondern eine unterste schreiberartig wirkende Klasse der Bürokratie geworden, durch welche jede unpraktische oder müßige Anregung der unzulänglich beschäftigten und den Realitäten des Lebens fremden Centralbürokratie über das platte Land verbreitet wird und die die unglücklichen Selbst-Verwalter nöthigt, Berichte und Listen zusammenzustellen, um die Wißbegierde von Beamten zu befriedigen, die mehr Zeit als Staatsgeschäfte haben. Es ist für Landwirthe

oder Industrielle nicht möglich, solchen Anforderungen im „Nebenamte" zu genügen. An ihre Stelle treten nothwendig mehr und mehr remunerirte Schreiber, deren Kosten durch die Eingesessenen aufzubringen sind und die von der höhern Bürokratie ad nutum abhängig sind.

Als Nachfolger des Grafen Eulenburg hatte ich Rudolf von Bennigsen in's Auge gefaßt und habe im Laufe des Jahres 1877 in Varzin zweimal, im Juli und im December, Besprechungen mit ihm gehabt. Es fand sich dabei, daß er dem Boden unsrer Verhandlung eine weitre Ausdehnung zu geben suchte, als mit den Ansichten Sr. Majestät und mit meinen eignen Auffassungen vereinbar war. Ich wußte, daß es schon eine schwierige Aufgabe sein würde, ihn für seine Person dem Könige annehmbar zu machen; er aber faßte die Sache so auf, als ob es sich um einen durch die politische Situation gegebenen Systemwechsel handelte, um die Uebernahme der Leitung durch die nationalliberale Partei. Das Streben nach dem Mitbesitz des Regiments hatte sich schon erkennbar gemacht in dem Eifer, mit dem die Partei das Stellvertretungsgesetz betrieben hatte in der Meinung, auf diesem Wege ein collegialisches Reichsministerium anzubahnen, in dem anstatt des allein verantwortlichen Reichskanzlers selbständige Ressorts mit collegialischer Abstimmung wie in Preußen die Entscheidung hätten. Bennigsen wollte daher nicht einfach Eulenburg's Nachfolger werden, sondern verlangte, daß mit ihm wenigstens Forckenbeck und Stauffenberg einträten. Der Erstre sei der geeignete Mann für das Innre und werde dort dieselbe Geschicklichkeit und Thatkraft wie in der Verwaltung der Stadt Breslau bewähren; er selbst würde das Finanzministerium wählen; Stauffenberg müsse an die Spitze des Reichsschatzamts treten, um mit ihm zusammen zu wirken.

Ich sagte ihm, es sei nichts vacant als die Stelle Eulenburg's; ich sei bereit, ihn für diese dem Könige vorzuschlagen, und würde mich freuen, wenn ich den Vorschlag durchsetzte. Wenn ich aber Sr. Majestät rathen wollte,

noch zwei Ministerposten proprio motu frei zu machen, um sie mit Nationalliberalen zu besetzen, so werde der hohe Herr das Gefühl haben, daß es sich nicht um eine zweckmäßige Stellenbesetzung, sondern um einen Systemwechsel handle, und einen solchen werde er prinzipiell ablehnen. Bennigsen dürfe überhaupt nicht darauf rechnen, daß es dem Könige und unsrer ganzen politischen Lage gegenüber möglich sein werde, seine Fraction gewissermaßen mit in das Ministerium zu nehmen und als ihr Führer den ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß im Schoße der Regirung auszuüben, gewissermaßen ein constitutionelles Majoritätsministerium zu schaffen. Bei uns sei der König thatsächlich und ohne Widerspruch mit dem Verfassungstexte Ministerpräsident, und Bennigsen würde, wenn er als Minister etwa die bezeichnete Richtung einhalten wollte, bald zwischen dem Könige und seiner Fraction zu wählen haben. Er möge sich klar machen, daß wenn es mir gelänge, seine Ernennung durchzusetzen, damit ihm und seiner Partei eine mächtige Handhabe zur Verstärkung und Erweiterung ihres Einflusses geboten sei; er möge sich das Beispiel Roon's vergegenwärtigen, der als der einzige Conservative in das liberale Auerswald'sche Ministerium trat und der Kryställisationspunkt wurde, um den es sich in ein conservatives verwandelte. Er möge nichts Unmögliches von mir verlangen, ich kennte den König und die Grenzen meines Einflusses genau genug; mir wären die Parteien ziemlich gleichgültig, sogar ganz gleichgültig, wenn ich von den eingestandnen und nicht eingestandnen Republikanern absähe, die nach rechts mit der Fortschrittspartei abschlössen. Mein Ziel sei die Befestigung unsrer nationalen Sicherheit; zu ihrer innern Ausgestaltung werde die Nation Zeit haben, wenn erst ihre Einheit und damit ihre Sicherheit nach Außen consolidirt sein werde. Für die Erreichung des letztern Zwecks sei gegenwärtig auf dem parlamentarischen Gebiete die nationalliberale Partei das stärkste Element. Die conservative Partei, der ich im Parlament angehört, habe die geographische Ausdehnung, deren sie in der heutigen Be-

völkerung fähig sei, erreicht und trage nicht das Wachsthum in sich, um zu einer nationalen Majorität zu werden; ihr naturgeschichtliches Vorkommen, ihr Standort sei beschränkt in unsern neuen Provinzen; im Westen und Süden von Deutschland habe sie nicht dieselben Unterlagen wie in Alt-Preußen; in Bennigsen's Heimath, Hanover, namentlich habe man nur zwischen Welfen und Nationalliberalen zu wählen, und die letztern böten einstweilen die beste Unterlage von allen denen, auf welchen das Reich Wurzel schlagen könne. Diese politische Erwägung veranlasse mich, ihnen, als der gegenwärtig stärksten Partei, entgegen zu kommen, indem ich ihren Führer zum Collegen zu werben suchte, ob für die Finanzen oder das Innre, sei mir gleichgültig. Ich sähe die Sache von dem rein politischen Standpunkte an, bedingt durch die Auffassung, daß es für jetzt und bis nach den nächsten großen Kriegen nur darauf ankomme, Deutschland fest zusammenwachsen zu lassen, es durch seine Wehrhaftigkeit gegen äußre Gefahren und durch seine Verfassung gegen innre dynastische Brüche sicher zu stellen. Ob wir uns nachher im Innern etwas conservativer oder etwas liberaler einrichteten, das werde eine Zweckmäßigkeitsfrage sein, die man erst ruhig erwägen könne, wenn das Haus wetterfest sei. Ich hätte den aufrichtigen Wunsch, ihn zu überreden, daß er, wie ich mich ausdrückte, zu mir in das Schiff springe und mir bei dem Steuern helfe; ich läge am Landungsplatze und wartete auf sein Einsteigen.

Bennigsen blieb aber dabei, nicht ohne Forckenbeck und Stauffenberg eintreten zu wollen, und ließ mich unter dem Eindrucke, daß mein Versuch mißlungen sei, einem Eindrucke, der schnell verstärkt wurde durch das Einlaufen eines ungewöhnlich ungnädigen Schreibens des Kaisers[1]), aus dem ich ersah, daß Graf Eulenburg zu ihm mit der Frage in das Zimmer getreten sei: „Haben Eure Majestät

[1]) Vom 30. Dec. 1877, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 277 f.

schon von dem neuen Ministerium gehört? Bennigsen." Dieser Mittheilung folgte der lebhafte schriftliche Ausbruch kaiserlicher Entrüstung über meine Eigenmächtigkeit und über die Zumuthung, daß Er aufhören solle, „conservativ" zu regiren. Ich war unwohl und abgespannt, und der Text des kaiserlichen Schreibens und der Eulenburgische Angriff fielen mir dermaßen auf die Nerven, daß ich von Neuem ziemlich schwer erkrankte, nachdem ich dem Kaiser durch Bülow[1]) geantwortet hatte, ich könne ihm einen Nachfolger Eulenburg's doch nicht vorschlagen, ohne mich vorher vergewissert zu haben, daß der Betreffende die Ernennung annehmen werde; ich hätte Bennigsen für geeignet gehalten und seine Stimmungen sondirt, bei ihm aber nicht die Auffassung gefunden, die ich erwartet hätte, und die Ueberzeugung gewonnen, daß ich ihn *nicht* zum Minister vorschlagen könne; die ungnädige Verurtheilung, die ich durch das Schreiben erfahren hätte, nöthige mich, mein Abschiedsgesuch vom Frühjahr zu erneuern. Diese Correspondenz fand in den letzten Tagen des Jahres 1877 statt, und meine neue Erkrankung fiel grade in die Neujahrsnacht.

Der Kaiser antwortete mir auf das Schreiben Bülow's[1]), er sei über das Sachverhältniß getäuscht worden und wünsche, daß ich seinen vorhergehenden Brief als nicht geschrieben betrachte[2]). Jede weitre Verhandlung mit Bennigsen verbot sich durch diesen Vorgang von selbst, ich hielt es aber in unserm politischen Interesse nicht für zweckmäßig, Letztern von der Beurtheilung in Kenntniß zu setzen, die seine Person und Candidatur bei dem Kaiser gefunden hatte. Ich ließ die für mich definitiv abgeschlossene Unterhand-

[1]) So ist jedenfalls hier wie unten zu lesen statt „Roon", wie in dem Entwurfe und auch in der Redaction letzter Hand steht.

[2]) Vgl. Brief des Kaisers vom 2. Januar 1878 im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 279 f. — Uebrigens stellt sich dieser Brief nicht als Antwort auf das amtliche Schreiben Bülow's dar, sondern als Erwiderung auf Bismarck's Schreiben vom 30. December 1877.

lung äußerlich in suspenso; als ich dann wieder in Berlin war, ergriff Bennigsen die Initiative, um die seiner Meinung nach noch schwebende Angelegenheit in freundschaftlicher Form zum negativen Abschluß zu bringen. Er fragte mich im Reichstagsgebäude, ob es wahr sei, daß ich das Tabakmonopol einzuführen strebe, und erklärte auf meine bejahende Antwort, daß er dann die Mitwirkung als Minister ablehnen müsse. Ich verschwieg ihm auch dann noch, daß mir jede Möglichkeit, mit ihm zu verhandeln, durch den Kaiser schon seit Neujahr abgeschnitten war. Vielleicht hatte er sich auf anderm Wege überzeugt, daß sein Plan einer grundsätzlichen Modification der Regirungspolitik im Sinne der nationalliberalen Anschauungen bei dem Kaiser auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde, namentlich seit einer von Stauffenberg gehaltnen Rede über die Nothwendigkeit der Abschaffung des Art. 109 der preußischen Verfassung (Forterhebung der Steuern)[1].

Wenn die nationalliberalen Führer ihre Politik geschickt betrieben hätten, so hätten sie längst wissen müssen, daß bei dem Kaiser, dessen Unterschrift sie zu ihrer Ernennung bedurften und begehrten, es keinen empfindlichern politischen Punkt gab als diesen Artikel, und daß sie sich den hohen Herrn nicht sichrer entfremden konnten als durch den Versuch, ihm dieses Palladium zu entreißen. Als ich Sr. Majestät vertraulich den Verlauf meiner Verhandlungen mit Bennigsen erzählte und dessen Wunsch in Betreff Stauffenberg's erwähnte, war der Kaiser noch unter dem Eindrucke der Rede des Letztern und sagte, indem er mit dem Finger auf seine Schulter deutete, wo auf der Uniform die Regimentsnummer sitzt: „Nro. 109 Regiment Stauffenberg". Wenn der Kaiser damals den von mir zur Herstellung der Uebereinstimmung mit der Reichstagsmajorität gewünschten Eintritt Bennigsen's genehmigt und selbst wenn der Letztre bald die Unmöglichkeit eingesehn

[1]) Die Gründe, warum die Verhandlungen mit v. Bennigsen scheiterten, sind in der Nordd. Allg. Zeitung vom 29. Aug. 1880, 13., 21. und 22. Oct. 1881 entwickelt.

hätte, das Cabinet und den König in seine Fractionsrichtung zu bringen, so würden sich doch, wie ich heut überzeugt bin, die einigermaßen doctrinäre Schärfe des Fractionsprogramms und die Empfindlichkeit der monarchischen Auffassung des Kaisers nicht lange mit einander vertragen haben. Damals war ich dessen nicht so sicher gewesen, um nicht den Versuch zu machen, ob ich Se. Majestät bewegen könnte, sich der nationalliberalen Auffassung zu nähern. Die Schärfe des Widerstandes, die allerdings durch Eulenburg's feindliche Einwirkung gesteigert worden war, übertraf meine Erwartung, obschon mir bekannt war, daß der Kaiser gegen Bennigsen und seine frühere Thätigkeit in Hanover eine instinctive monarchische Abneigung hegte. Obwohl die nationalliberale Partei in Hanover und die Wirksamkeit ihres Führers vor und nach 1866 die „Verstaatlichung" Hanovers wesentlich erleichtert hatte, und der Kaiser ebenso wenig wie sein Vater 1805 eine Neigung hatte, diesen Erwerb rückgängig zu machen, so war der fürstliche Instinct in ihm doch herrschend genug, um solches Verhalten eines hanöverschen Unterthanen gegen die welfische Dynastie mit innerlichem Unbehagen zu beurtheilen.

Es ist eine der vielen unwahren Legenden, daß ich die Nationalliberalen hätte „an die Wand drücken" wollen[1]). Im Gegentheil, die Herrn versuchten es so mit mir zu machen. Durch den Bruch mit den Conservativen infolge der ganzen Verleumdungsära durch die „Reichsglocke" und die „Kreuzzeitung" und der Kriegserklärung, die unter Führung meines mißvergnügten frühern Freundes Kleist-Retzow erfolgte, durch das neidische Uebelwollen meiner Standesgenossen, der Landjunker, durch alle diese Verluste von Anlehnungen, durch die Feindschaften am Hofe, die katholischen und weiblichen Einflüsse daselbst waren meine Stützpunkte außerhalb der nationalliberalen Fraction schwächer geworden und bestanden allein in dem persönlichen

[1]) Vgl. auch die Aeußerungen Bismarck's in der Rede vom 2. Mai 1891, Politische Reden XIII 35.

Verhältniß des Kaisers zu mir. Die Nationalliberalen nahmen davon nicht etwa einen Anlaß, unsre gegenseitigen Beziehungen dadurch zu stärken, daß sie mich unterstützten, sondern machten im Gegentheil den Versuch, mich gegen meinen Willen in das Schlepptau zu nehmen. Zu diesem Zwecke wurden Beziehungen zu mehren meiner Collegen angeknüpft; durch die Minister Friedenthal und Botho Eulenburg, welcher Letztre das Ohr meines Vertreters im Präsidium, des Grafen Stolberg hatte, wurden ohne mein Wissen amtliche Verständigungen mit den Präsidien beider Parlamente nicht nur bezüglich der Sitzungs- und Vertagungsfragen, sondern auch in Betreff materieller Vorlagen gegen meinen, den Collegen bekannten Willen eingeleitet. Der Gesammtandrang auf meine Stellung, das Streben nach Mitregentschaft oder Alleinherrschaft an meiner Stelle, das sich in dem Plane selbständiger Reichsminister und in den erwähnten Heimlichkeiten verrathen hatte, trat handgreiflich zu Tage in der Conseilsitzung, die der Kronprinz als Vertreter seines verwundeten Vaters am 5. Juni 1878 abhielt, um über die Auflösung des Reichstags nach dem Nobiling'schen Attentate zu beschließen. Die Hälfte meiner Collegen oder mehr, jedenfalls die Majorität des Ministeriums und des Conseils, stimmte abweichend von meinem Votum gegen die Auflösung und machte dafür geltend, daß der vorhandne Reichstag, nachdem das Nobiling'sche Attentat auf das Hödel'sche gefolgt sei, bereit sein werde, seine jüngste Abstimmung zu ändern und der Regirung entgegen zu kommen. Die Zuversicht, die meine Collegen bei dieser Gelegenheit kundgaben, beruhte offenbar auf vertraulicher Verständigung zwischen ihnen und einflußreichen Parlamentariern, während mir gegenüber kein Einziger von den letztern auch nur eine Aussprache versucht hatte. Es schien, daß man sich über die Theilung meiner Erbschaft bereits verständigt hatte.

Ich war sicher, daß der Kronprinz, auch wenn alle meine Collegen andrer Ansicht gewesen wären, die meinige annehmen werde, abgesehn von der Zustimmung, die ich

unter den 20 oder mehr zugezognen Generalen und Beamten, wenigstens bei den erstern fand. Wenn ich überhaupt Minister bleiben wollte, was ja eine Opportunitätsfrage geschäftlicher sowohl wie persönlicher Natur war, die ich bei eigner Prüfung mir bejahte, so befand ich mich im Stande der Nothwehr und mußte suchen, eine Aenderung der Situation im Parlament und in dem Personalbestande meiner Collegen herbeizuführen. Minister bleiben wollte ich, weil ich, wenn der schwer verwundete Kaiser am Leben blieb, was bei dem starken Blutverlust in seinem hohen Alter noch unsicher, fest entschlossen war, ihn nicht gegen seinen Willen zu verlassen, und es als Gewissenspflicht ansah, wenn er stürbe, seinem Nachfolger die Dienste, die ich ihm vermöge des Vertrauens und der Erfahrung, die ich mir erworben hatte, leisten konnte, nicht gegen seinen Willen zu versagen. Nicht ich habe Händel mit den Nationalliberalen gesucht, sondern sie haben im Complot mit meinen Collegen mich an die Wand zu drängen versucht. Die geschmacklose und widerliche Redensart von dem „an die Wand drücken, bis sie quietschten", hat niemals in meinem Denken, geschweige denn auf meiner Lippe Platz gefunden — eine der lügenhaften Erfindungen, mit denen man politischen Gegnern Schaden zu thun sucht. Obenein war diese Redensart nicht einmal eignes Product derer, welche sie verbreiteten, sondern ein ungeschicktes Plagiat. Graf Beust erzählt in seinen Memoiren („Aus drei Viertel-Jahrhunderten" Thl. I S. 5):

„Die Slaven in Oesterreich haben mir das beiläufig nie von mir gesprochene Wort aufgebracht, ‚man müsse sie an die Wand drücken'. Der Ursprung dieses Wortes war folgender: Der frühere Minister, spätere Statthalter von Galizien, Graf Goluchowski, pflegte sich mit mir in französischer Sprache zu unterhalten. Seinen Bemühungen war es vorzugsweise zu danken, daß nach meiner Uebernahme des Ministerpräsidiums 1867 der galizische Landtag vorbehaltlos für den Reichsrath wählte. Damals hatte ich zu Graf Goluchowski gesagt: ‚Si cela se fait, les Slaves

sont mis au pied du mur' — eine von der obigen sehr verschiedene Aeußerung."

Ich habe unter meinen Argumenten für Auflösung besonders geltend gemacht, daß dem Reichstage ohne Verletzung seines Ansehns die Zurücknahme seines Beschlusses nur durch vorgängige Auflösung möglich gemacht werden könne. Ob hervorragende Nationalliberale damals die Absicht hatten, nur meine Collegen oder meine Nachfolger zu werden, kann unentschieden bleiben, da erstres immer den Uebergang zu der andern Alternative bilden konnte; den zweifelsfreien Eindruck aber hatte ich, daß zwischen einigen meiner Collegen, einigen Nationalliberalen und einigen Leuten von Einfluß am Hofe und im Centrum über die Theilung meiner politischen Erbschaft die Verhandlungen bis zur Verständigung oder nahezu so weit gediehn waren. Diese Verständigung bedingte ein ähnliches Aggregat wie in dem Ministerium Gladstone zwischen Liberalismus und Katholicismus. Der Letztre reichte durch die nächsten Umgebungen der Kaiserin Augusta, einschließlich des Einflusses der „Reichsglocke", des Hausministers von Schleinitz bis in das Palais des alten Kaisers; und bei ihm fand der Gesammtangriff gegen mich einen thätigen Bundesgenossen in dem General von Stosch. Derselbe hatte auch am kronprinzlichen Hofe eine gute Stellung, theils direct durch eignes Talent, theils mit Hülfe des Herrn von Normann und seiner Frau, mit denen er schon von Magdeburg her vertraut war und deren Uebersiedlung nach Berlin er vermittelt hatte.

IV.

Bei dem Plane, mich durch ein Cabinet Gladstone zu ersetzen, war auf den Grafen Botho Eulenburg gerechnet, seit dem 31. März 1878 Minister des Innern, welchem seine Verwandschaft den traditionellen Hofeinfluß seiner und der Dönhoff'schen Familie sicherte. Er ist gescheidt, elegant, eine vornehmere Natur als Harry von Arnim, glatter polirt als Robert Goltz; aber ich habe auch mit

ihm das Erlebniß gehabt, daß begabte Mitarbeiter und eventuelle Nachfolger, die ich heranzuziehn suchte, mir ihr Wohlwollen nicht dauernd bewahrten.

Meine Beziehungen zu ihm wurden zuerst geschädigt durch einen Ausbruch der Empfindlichkeit, die bei ihm äußerlich durch die volle Höflichkeit guter Erziehung verdeckt wurde, aber doch von einer für den geläufigen und vertraulichen Geschäftsverkehr störenden Schärfe war. Mein damaliger Beistand für vertrauliche Geschäfte, der Geheim-Rath Tiedemann, veranlaßte durch die Form, in der er einen Auftrag während meiner Abwesenheit von Berlin bei dem Grafen ausrichtete, diesen zu einer mir unerwarteten brieflichen Explosion. Da mein Auftrag an Tiedemann ein sachliches und noch lebendiges Interesse hat, so lasse ich die Correspondenz folgen.

„Kissingen, den 15. August 1878.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, Herrn Minister Grafen Eulenburg und Herrn Geheim-Rath Hahn mein Bedauern darüber auszusprechen, daß der Entwurf des Socialistengesetzes in der Provinzial-Correspondenz amtlich publicirt worden ist, bevor er im Bundesrath vorgelegt war. Die Veröffentlichung präjudicirt jeder Amendirung durch uns und ist für Baiern und andre Dissentirende verletzend. Nach meinen Verhandlungen von hier aus mit Baiern muß ich annehmen, daß letztres an seinem Widerspruche gegen das Reichsamt unbedingt festhält. Würtemberg und, wie ich höre, auch Sachsen widersprechen dem Reichsamt nicht im Prinzip, wohl aber angebrachtermaßen, indem sie die Zuziehung von Richtern perhorresciren. Diesem Widerspruche kann ich mich persönlich nur anschließen. Es handelt sich nicht um richterliche, sondern um politische Functionen, und auch das preußische Ministerium darf in seinen Vorentscheidungen nicht einem richterlichen Collegium unterstellt und auf diese Weise für alle Zukunft in seiner politischen Bewegung gegen den Socialismus lahm gelegt werden. Die Functionen des Reichsamts können nach

meiner Auffassung nur durch den Bundesrath entweder direct oder durch Delegation an einen jährlich zu wählenden Ausschuß geübt werden. Der Bundesrath repräsentirt die Regirungsgewalt der Gesammt-Souveränetät von Deutschland, dabei etwa dem Staatsrathe unter andern Verhältnissen entsprechend.

Bisher muß ich indessen annehmen, daß Baiern auf diesen für Würtemberg, Sachsen und für mich persönlich annehmbaren Ausweg nicht eingehn wird. Auch die Klausel in Nro. 3 Artikel 23, daß nur arbeitslose Individuen ausgewiesen werden dürfen, ist für den Zweck ungenügend.

Ferner bedarf das Gesetz meines Erachtens eines Zusatzes in Betreff der Beamten dahingehend, daß Betheiligung an socialistischer Politik die Entlassung ohne Pension nach sich zieht. Die Mehrzahl der schlecht bezahlten Subalternbeamten in Berlin, und dann der Bahnwärter, Weichensteller und ähnlicher Kategorien sind Socialisten, eine Thatsache, deren Gefährlichkeit bei Aufständen und Truppentransporten einleuchtet.

Ich halte ferner, wenn das Gesetz wirken soll, für die Dauer nicht möglich, den gesetzlich als Socialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen.

Alle diese Verschärfungen werden, nachdem einmal die mildere Form in allen Zeitungen gleichzeitig bekannt gegeben, denselben also wohl amtlich mitgetheilt ist, im Reichstage sehr viel weniger Aussicht haben, als der Fall sein könnte, wenn eine mildere Version nicht amtlich bekannt geworden wäre.

Die Vorlage, so wie sie jetzt ist, wird praktisch dem Socialismus nicht Schaden thun, zu seiner Unschädlichmachung keinesfalls ausreichen, namentlich da ganz zweifellos ist, daß der Reichstag von jeder Vorlage etwas abhandelt. Ich bedaure, daß meine Gesundheit mir absolut verbietet, mich jetzt sofort an den Verhandlungen des Bundesrathes zu betheiligen, und muß mir vorbehalten,

meine weitern Anträge im Bundesrathe im Hinblick auf die ordentliche Reichstagssession im Winter zu stellen.

v. Bismarck."

„Berlin, den 18. August 1878.

Eure Durchlaucht

haben den Geheimen Regierungsrath Tiedemann beauftragt, mir und dem Geheimen Rath Hahn Ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß der Entwurf des Socialistengesetzes in der Provinzial-Correspondenz amtlich publicirt worden ist, ehe er im Bundesrath vorgelegt war. Den Geheimen Rath Hahn trifft hierbei keine Verantwortlichkeit, da er nicht ohne meine Zustimmung gehandelt hat. Letztere habe ich erst ertheilt, nachdem Abends zuvor die den Entwurf enthaltende Drucksache des Bundesraths ohne besondere Anempfehlung discreter Behandlung ausgegeben und mir Seitens des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts[1]) mitgetheilt worden war, daß unter diesen Umständen die Veröffentlichung des Entwurfs durch die Zeitungen am folgenden, also an demselben Tage, an welchem die Provinzial-Correspondenz erschien, mit Sicherheit zu erwarten sei, eine Annahme, welche sich demnächst als völlig zutreffend erwiesen hat. Die Sitzung des Bundesraths fand am 14. d. M. Nachmittags 2 Uhr statt, die Provinzial-Correspondenz wurde an demselben Tage Nachmittags ausgegeben; die Mittheilung des Inhalts des Gesetzentwurfs in derselben hat also nicht früher stattgefunden als die Vorlegung des Entwurfs im Bundesrathe.

Ob es dennoch besser gewesen wäre, jene Mittheilung in der Provinzial-Correspondenz zu unterlassen, habe ich nicht die Absicht weiter zu erörtern. Ew. Durchlaucht erleuchtetes Urtheil zu vernehmen, wird mir stets von hohem Werthe sein, auch wenn dasselbe von dem meinigen abweicht. Dagegen kann ich es nicht stillschweigend hinnehmen, daß Ew. Durchlaucht Ihr Mißfallen mir durch Einen Ihrer Untergebenen haben eröffnen und die darin

[1]) Hofmann.

liegende Mißachtung meiner Stellung um so schärfer haben hervortreten lassen, als Sie mich hierbei mit Einem meiner Untergebenen auf Eine Linie stellten. Das Verletzende dieses Verfahrens springt so sehr in die Augen, daß die Annahme der Absichtlichkeit und die hieran nothwendiger Weise sich knüpfende Gedankenreihe nahe liegen. Der letzteren Folge zu geben, werde ich nicht zögern, sobald ich mich überzeuge, daß diese Annahme zutrifft. Indem ich einstweilen davon ausgehe, daß dies nicht der Fall ist, beschränke ich mich darauf, Ew. Durchlaucht dringend zu bitten, ein ähnliches Verfahren nicht wiederkehren zu lassen.

Mit 2c. Graf Eulenburg."

„Gastein, den 20. August 1878.

Eure Excellenz haben, wie ich aus dem geehrten Schreiben vom 18. entnehme, die, wie es scheint, wenig vorsichtige, mir jedenfalls unerwartete Folge, die der Geheim-Rath Tiedemann meiner vertraulichen und formlosen Aeußerung gegeben hat, mir mit vollem Gewichte zur Last geschrieben, ohne mir auch nur das Beneficium der Unvollkommenheit des Geschäftsganges bei eingreifender Badekur zu gewähren. Nach Inhalt Ihres Schreibens bin ich unter dem Eindruck, daß Ihnen gegenüber eine Tactlosigkeit in der Form begangen ist, für die ich Sie um Verzeihung bitte, obschon ich sie nicht verschuldet, höchstens ermöglicht habe. Daß Eurer Excellenz dabei der Gedanke an eine Absichtlichkeit meinerseits hat nahe treten können, ist mir unerwartet und betrübend, indem ich die freundschaftliche Natur unsrer persönlichen Beziehungen zu einander zu gesichert glaubte, um ein derartiges Mißverständniß aufkommen zu lassen.

Mit 2c. v. Bismarck."

Es ist bekannt, unter welchen Umständen Graf Eulenburg im Februar 1881 seinen Abschied nahm[1]), und daß er

[1]) Verlesung einer Erklärung Bismarck's im Herrenhause durch Geheimrath Rommel, wodurch Eulenburg sich verletzt fühlte, s. Politische Reden VIII 287 ff.

im August desselben Jahres zum Oberpräsidenten in Kassel ernannt wurde.

An seinen Namen knüpft sich folgender Briefwechsel zwischen Sr. Majestät und mir. Den Gegenstand meines darin erwähnten Vortrags vom 17. December 1881 habe ich nicht zu ermitteln vermocht.

„Berlin, den 18. December 1881.

Einen eigenthümlichen Traum muß ich Ihnen erzählen, den ich diese Nacht träumte, so klar, wie ich ihn hier mittheile.

Der Reichstag trat nach den jetzigen Ferien zum ersten Mal zusammen. Während der Discussion trat der Graf Eulenburg ein; sogleich schwieg die Discussion; nach einer langen Pause ertheilte der Präsident dem letzten Redner von Neuem das Wort. Schweigen! Der Präsident hebt die Sitzung auf. Nun entsteht ein Tumult und Geschrei. Keinem Mitgliede darf ein Orden während der Session des Reichstags ertheilt werden; der Monarch darf nicht in der Session genannt werden. Andern Tages Sitzung. Eulenburg erscheint und wird mit solchem Zischen und Lärm empfangen — darüber erwache ich in einer nervösen Agitation, daß ich lange mich nicht erholen konnte und zwei Stunden von ½5 bis ½7 Uhr nicht schlafen konnte.

Das alles geschah in meiner Gegenwart im Hause so klar, wie ich es hier niederschreibe.

Ich will nicht hoffen, daß der Traum sich realisire, aber eigenthümlich bleibt die Sache. Da dieser Traum erst nach dem sechsstündigen ruhigen Schlaf eintrat, so könnte er doch keine unmittelbare Folge unserer Unterredung sein.

Enfin ich mußte Ihnen diese Curiosität doch erzählen.

Ihr

Wilhelm."

„Berlin, den 18. December 1881.

Eurer Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das huldreiche Handschreiben. Ich glaube doch, daß der Traum das Ergebniß nicht grade meines vorhergehenden Vortrages, aber doch der Gesammtheit der Eindrücke der letzten

Tage, auf Grund der mündlichen Berichte von Puttkamer, der Zeitungsartikel und meines Vortrags war. Die Bilder des Wachens tauchen im Spiegel des Traumes nicht sofort, sondern erst dann wieder auf, wenn der Geist durch Schlaf und Ruhe still geworden ist. Eurer Majestät Mittheilung ermuthigt mich zur Erzählung eines Traumes, den ich Frühjahr 1863 in den schwersten Conflictstagen hatte, aus denen ein menschliches Auge keinen gangbaren Ausweg sah. Mir träumte, und ich erzählte es sofort am Morgen meiner Frau und andern Zeugen, daß ich auf einem schmalen Alpenpfad ritt, rechts Abgrund, links Felsen; der Pfad wurde schmaler, so daß das Pferd sich weigerte, und Umkehr und Absitzen wegen Mangel an Platz unmöglich; da schlug ich mit meiner Gerte in der linken Hand gegen die glatte Felswand und rief Gott an; die Gerte wurde unendlich lang, die Felswand stürzte wie eine Coulisse und eröffnete einen breiten Weg mit dem Blick auf Hügel und Waldland wie in Böhmen, Preußische Truppen mit Fahnen und in mir noch im Traume der Gedanke, wie ich das schleunig Eurer Majestät melden könnte. Dieser Traum erfüllte sich, und ich erwachte froh und gestärkt aus ihm.

Der böse Traum, aus dem Eure Majestät nervös und agitirt erwachten, kann doch nur so weit in Erfüllung gehn, daß wir noch manche stürmische und lärmende Parlamentssitzung haben werden, durch welche die Parlamente ihr Ansehn leider untergraben und die Staatsgeschäfte hemmen; aber Eurer Majestät Gegenwart dabei ist nicht möglich, und ich halte dergleichen Erscheinungen wie die letzten Reichstagssitzungen zwar für bedauerlich als Maßstab unsrer Sitten und unsrer politischen Bildung, vielleicht unsrer politischen Befähigung; aber für kein Unglück an sich: l'excès du mal en devient le remède.

Verzeihn Eure Majestät mit gewohnter Huld diese durch Allerhöchstdero Schreiben angeregte Ferienbetrachtung; denn seit gestern bis zum 9. Januar haben wir Ferien und Ruhe."

Die Beschwerde des Grafen Eulenburg über Tiedemann und die darin sofort gestellte Cabinetsfrage waren mir in ihrer Form um so mehr auf die Nerven gefallen, als ich an den Folgen einer schweren Erkrankung litt, die durch die Einwirkung der auf den Kaiser gemachten Attentate und den gleichzeitigen Zwang zur Arbeit in dem Präsidium des Berliner Congresses hervorgerufen, zwar aus amtlichem Pflichtgefühle zurückgedrängt, aber durch die Gasteiner Kur mehr verschärft als geheilt war. Diese Kur, der mein Mitarbeiter, der Staatsminister Bernhard von Bülow, am 20. October 1879 erlag, wirkt auf überarbeitete Nerven nicht beruhigend, wenn sie durch Arbeit oder Gemüthsbewegung gestört wird.

Unmittelbar nach meiner Rückkehr nach Berlin hatte ich die Vorlage des Socialistengesetzes im Reichstage zu vertreten und fand dabei die Erfahrung bestätigt, daß die oratorische Leistung auf der Tribüne eine geringere Nervenanstrengung erfordert als die Correctur einer langen schnell gesprochnen Rede, deren Wortlaut an leitender Stelle vertreten werden soll. Während einer solchen Correctur kam bei mir eine seit Monaten vorbereitete Nervenkrisis körperlich zum Ausbruche, glücklicherweise in der leichtern Form der Nesselsucht.

Die Aufgaben eines leitenden Ministers einer europäischen Großmacht mit parlamentarischer Verfassung sind an sich hinreichend aufreibender Natur, um die Arbeitsfähigkeit eines Mannes zu absorbiren; sie werden es in höherm Maße, wenn der Minister, wie in Deutschland und Italien, einer Nation über das Stadium ihrer Ausbildung hinwegzuhelfen und wie bei uns mit einem starken Isolirungstrieb der Parteien und Individuen zu kämpfen hat. Wenn man Alles, was der Mensch an Kräften und Gesundheit besitzt, an die Lösung solcher Aufgaben setzt, so ist man gegen alle Erschwerungen derselben, welche nicht sachlich nothwendig sind, doppelt empfindlich. Ich glaubte schon zu Anfang der 70er Jahre mit meiner Gesundheit zu Ende zu sein und überließ deshalb das Präsidium des Cabinets

dem einzigen mir persönlich Nahestehenden unter meinen Collegen, dem Grafen Roon, wurde aber damals nicht durch sachliche Schwierigkeiten entmuthigt. Um letztres herbeizuführen, mußte die feindliche Intrige der Kreise hinzutreten, auf deren Unterstützung ich vorzugsweise glaubte rechnen zu können, und die sich zur Zeit der „Reichsglocke" in den Beziehungen der durch dieses Blatt vertretnen Elemente in erster Linie zum Hofe und den Conservativen und zu vielen meiner amtlichen Mitarbeiter kennzeichnete. Die Thatsache, daß ich bei dem mir sonst so gnädigen Monarchen keinen genügenden Beistand gegen die Hof- und Hauseinflüsse des Reichsglockenringes fand, hatte mich am meisten entmuthigt und das Gewicht der Erwägungen vervollständigt, die mich zu meinem Abschiedsgesuche vom 27. März 1877 bewogen hatten. Die Gürtelrose, an welcher ich krank war, als Graf Schuwalow 1878 von mir die Berufung des Congresses verlangte, kennzeichnete den Fehlbetrag in dem damaligen Zustande meiner Gesundheit, war eine Quittung über Erschöpfung der Nerven. Mehr als die „Reichsglocke" und deren Zubehör am Hofe hatte daran der Mangel an Aufrichtigkeit in der Mitwirkung einiger meiner amtlichen Mitarbeiter Antheil. Meine Vertretung durch das Vicepräsidium des Grafen Stolberg nahm durch den Einfluß, den die Minister Friedenthal und dann Graf Botho Eulenburg auf meinen Vertreter ausübten, eine Gestalt an, die mir schließlich den Eindruck machte, daß ich mich einem Systeme allmäligen Abdrängens von den Geschäften der politischen Leitung gegenüber befand. Das Symbol dieses Systems machte sich in der Thatsache kenntlich, daß die amtlichen Kundgebungen des Staatsministeriums aus der damaligen Zeit meiner Mitunterschrift entbehrten. Es geschah das nicht auf meinen Wunsch oder mit meiner Zustimmung, sondern unter Benutzung meiner Gleichgültigkeit gegen Aeußerlichkeiten, und ich habe diese Vorgänge ungerügt gelassen, bis ich über die systematische Absichtlichkeit derselben keinen Zweifel mehr haben konnte.

Die auf spätre Ereignisse Licht werfenden Einzelnheiten gehören nicht alle in die Situation zur Zeit der Conseilsitzung im Juni 1878, aber sie beleuchten zum Theil retrospectiv die damalige Lage und ihre Triebfedern. Graf Botho Eulenburg als Minister des Innern gab damals auf der Tribüne des Landtags ohne Zwang sein Wohlwollen für den Abgeordneten Rickert gegenüber einem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." mit absichtlicher Klarheit zu erkennen, für mich um so einleuchtender, als ich keinen Zweifel hatte, daß er jenen von ihm gemißbilligten Artikel mit mir in Verbindung brachte. Wie in der Nacht beim Gewitter jeder Blitz die Gegend deutlich zeigt, so gestatteten auch mir einzelne Schachzüge meiner Gegner die Gesammtheit der Situation zu überblicken, die durch äußerlich achtungsvolle Kundgebungen von persönlichem Wohlwollen bei thatsächlicher Boycottirung erzeugt wurde. Ob ein Cabinet Gladstone, dessen Mission durch die Namen Stosch, Eulenburg, Friedenthal, Camphausen, Rickert und beliebige Abschwächungen des Gattungsbegriffs „Windthorst" mit katholischen Hofeinflüssen bezeichnet werden kann, wenn es gelang, dasselbe zu Stande zu bringen, in sich haltbar gewesen wäre, ist eine Frage, die sich die Interessenten wohl nicht vorgelegt hatten; der Hauptzweck war der negative, mich zu beseitigen, und über den waren einstweilen die Inhaber der Antheilscheine auf die Zukunft einig. Jeder konnte nachher wieder hoffen, den Andern hinauszudrängen, wie das bei uns im System aller der heterogenen Coalitionen liegt, die nur in der Abneigung gegen das Bestehende einig sind. Die ganze Combination hatte damals keinen Erfolg, weil weder der König noch der Kronprinz dafür zu gewinnen waren. Ueber die Beziehungen des Letztern zu mir waren die strebenden Gegner damals wie später 1888 stets falsch unterrichtet. Er hatte bis an sein Lebensende dasselbe Vertrauen zu mir wie sein Vater, und die Neigung, es zu erschüttern, erreichte bei seiner Gemalin niemals dieselbe kampfbereite Entschiedenheit wie bei der Kaiserin Augusta, die sich auch in der Wahl der Mittel freier bewegte.

Neben den aufreibenden Kämpfen persönlicher Natur waren mir sachliche Schwierigkeiten und anstrengende Arbeiten erwachsen aus dem Bruche mit der Freihandelspolitik, den mein Brief an den Freiherrn von Thüngen[1]) über Schutzzoll symptomatisch kennzeichnet, dann aus der Secession und dem Uebergange der Secessionisten zu dem Centrum. Ich verfiel in einen Gesundheitsbankrott, der mich lähmte, bis Dr. Schweninger meine Krankheit richtig erkannte, richtig behandelte und mir ein relatives Gesundheitsgefühl verschaffte, das ich seit vielen Jahren nicht mehr gekannt hatte.

V.

Herr von Gruner, während der Neuen Aera Unterstaatssekretär in dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, wurde bald nach meiner Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen zur Disposition gestellt und durch Herrn von Thile ersetzt. Er gehörte schon seit meiner Ernennung zum Bundesgesandten zu meinen Gegnern, da er diese Stellung als ein Erbtheil von seinem Vater Justus Gruner angesehn hatte; er blieb mir Feind und war geschäftlich unfähig. Im November 1863 richtete er an Se. Majestät ein Schreiben über den Budgetstreit in demselben Sinne, in dem der Oberstlieutenant von Vincke auf Olbendorf (vgl. Bd. I S. 332) und Roggenbach denselben Schritt zu thun für gut befunden hatten. Indem diese Herrn ihre Vorschläge an den König richteten, gingen sie von der Voraussetzung aus, daß derselbe, wenn er ihrem Rathe folgend, dem Abgeordnetenhause nachgäbe, ein andres Ministerium, wenigstens einen andern Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen berufen werde, ein Ergebniß, für das außerhalb des öffentlichen Lebens Einflüsse in Thätigkeit waren, denen der Hausminister von Schleinitz mit andern dem Hofe nahestehenden Personen seine Dienste widmete. Auch später lebte Herr von Gruner in den Kreisen, die 1876 die „Reichsglocke" protegirten und speisten.

[1]) Vom 16. April 1879, Politische Reden VIII 54 f.

Nachdem der Redacteur dieses Blattes im Januar 1877 verurtheilt und ich im März das von Sr. Majestät abgelehnte Abschiedsgesuch eingereicht hatte, kam es im Juni, während ich mich zur Kur in Kissingen befand, im Geschäftswege zu meiner Kenntniß, daß Herr von Gruner in das Hausministerium berufen, zugleich ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers zum Wirklichen Geheimen Rath ernannt sei, und daß Herr von Schleinitz an den Curator des „Reichs- und Staats-Anzeigers" das Ansinnen gestellt habe, diese Ernennung in dem amtlichen Blatte zu publiciren.

Ich schrieb darüber unter dem 8. Juni an den Chef der Reichskanzlei Geheim-Rath Tiedemann, zur Mittheilung an das Staatsministerium:

„Meiner Ansicht nach ist der amtliche Theil des Reichs- und Staats-Anzeigers für solche Veröffentlichungen da, welche bezüglich der Reichs- und der Preußischen Staats-Angelegenheiten unter Verantwortung des Reichskanzlers resp. des Preußischen Staatsministeriums erfolgen. Kommt die Ernennung Gruner's ohne Weitres in den amtlichen Theil, so kann selbst durch die vorgängige Erwähnung der Ueberweisung an das Hausministerium die Präsumtion nicht entkräftet werden, daß das Staatsministerium die Ernennung Gruner's zum Wirkl. Geheimen Rath mit seiner Verantwortlichkeit deckt. Die öffentliche Meinung und der Landtag würden kaum annehmen, daß das Staatsministerium diese Auszeichnung seines notorischen Gegners gewünscht habe; sie würden vielmehr die Wahrheit leicht errathen, daß das Staatsministerium bei Hofe nicht das hinreichende Ansehn, bei Sr. Majestät nicht den hinreichenden Einfluß gehabt habe, um diese Ernennung zu hindern; man würde auch darüber garnicht zweifelhaft sein, daß diese im Staatsanzeiger veröffentlichte Ernennung eine vom Staatsministerium more solito contrasignirte gewesen sei. Der Glaube, daß das Staatsministerium sich im Besitz des von der Verfassung vorausgesetzten Einflusses auf die Allerhöchsten Entschließungen befände, würde auch

dann nicht gefördert werden, wenn etwa die ungnädige Allerhöchste Randbemerkung und die darauf erfolgte Antwort des Staatsministeriums öffentlich bekannt würden. Man würde in Versuchung sein, in Betreff von Inhalt und Wirkung Vergleiche mit dem Vorgange in Frankreich anzustellen, der dort zu dem jüngsten Ministerwechsel führte.

Ich bin nicht ohne Besorgniß, daß wir in dem Grunerschen Vorgange nur eine Sonde zu erblicken haben, die von Herrn von Schleinitz und seinen Rathgebern (nicht von Sr. Majestät dem Kaiser) angelegt wird, um zu probiren, was man uns bieten kann und wie hoch wir unsre ministerielle Autorität anschlagen. Meiner Ansicht nach ist Fügsamkeit gegen diese unberechtigten Einflüsse auf die Allerhöchsten Entschließungen nicht das Mittel, sie abzuschneiden; im Gegentheil, sie werden wachsen, und der Conflict, der jetzt ein blos formaler ist, würde sich auf ungünstigern Feldern und unter Hineinziehung großer Parteifragen demnächst wiederholen.

Ich könnte mich nach meiner augenblicklichen Lage jeder amtlichen Aeußerung enthalten, aber ich habe das Gefühl, daß die für mich persönlich doch sehr wichtige Frage meines Wiedereintritts in die Geschäfte auf diesem Wege auch ohne Rücksicht auf meine Gesundheit präjudicirt werden würde. Da ich hoffe, daß meine Gesundheit sich bessern wird, und da ich für diesen Fall mir gern den Wiedereintritt in die Geschäfte, so weit er dem Allerhöchsten Willen entspricht, offen erhalte, so nehme ich ein persönliches Interesse daran, daß das Ansehn der ministeriellen Stellung hinreichend gewahrt werde, um mir die Wiederaufnahme einer solchen nach meinem Gewissen möglich zu erhalten.

Die richtige der Logik des ersten Beschlusses entsprechende Erledigung wäre meiner Ansicht nach die Ablehnung der von dem Hausminister beantragten Veröffentlichung für den amtlichen Theil des Staats-Anzeigers. Die amtliche Aufnahme ist vor Mißdeutung in der Oeffentlichkeit nicht zu schützen und bleibt immer ein partieller Sieg der

Reichsglocken-Intrige über die gegenwärtige Regirung. Bekanntmachungen des Hausministeriums gehören an und für sich nicht in den ‚Reichs- und Staats-Anzeiger'; soll letztrer außerdem ein ‚Königlicher Haus-Anzeiger' sein, so können doch meiner Ansicht nach in seinem amtlichen Theile immer keine Anordnungen des Hausministers Platz greifen, der keine Verantwortlichkeit für den Inhalt des amtlichen Blattes trägt; dieselben müßten immer in der einen oder andern Gestalt das von dem Hausminister nachzusuchende Placet des verantwortlichen Staatsministeriums erhalten, bevor sie abgedruckt werden. Dieses Placet ist im vorliegenden Falle nicht nachgesucht; der Hausminister hat ein Verfügungsrecht über den Staats-Anzeiger in Anspruch genommen, und wäre deshalb sein Verlangen angebrachtermaßen schon unter Anführung dieses formellen Grundes abzulehnen. Geht ein Befehl zur Aufnahme einer Angelegenheit des Königlichen Hauses von Sr. Majestät dem Könige selbst aus, so wird seine Ausführung in den Fällen, welche die Regel bilden, ja kein Bedenken haben; nur wird es sich auch selbst in unverfänglichen Fällen empfehlen, die amtlichen Bekanntmachungen des Königlichen Hauses durch ihren Platz von denen des Staates gesondert erscheinen zu lassen. Diese Sonderung wäre meines Erachtens in der Art vorzunehmen, daß die das Königliche Haus angehenden Allerhöchsten Anordnungen nicht promiscue mit denen des Staatsministeriums erscheinen, sondern es würde neben den beiden großen amtlichen Rubriken des Staatsanzeigers ‚Deutsches Reich' und ‚Königreich Preußen', am höflichsten zwischen beiden, eventuell auch nach ‚Königreich Preußen' eine dritte mit der Bezeichnung ‚Königliches Haus' einzuschalten sein, von den andern beiden Rubriken ebenso mittelst durchgehender Striche geschieden, wie jetzt ‚Preußen' und das ‚Reich'. Damit ließe sich die formale Frage für die Zukunft erledigen, und in einer, wie mir scheint, nach keiner Seite hin verletzenden Form.

Etwas andres ist es aber, wenn eine Allerhöchste Ent-

schließung amtlich bekannt gemacht wird, welche in der Oeffentlichkeit, ungeachtet der in den Acten verbleibenden Versicherung des Gegentheils, dasjenige bekundet, was man im constitutionellen Sprachgebrauch Mangel an Vertrauen des Monarchen zu seinen Ministern zu nennen pflegt. Dagegen haben Minister natürlich kein andres Hülfsmittel als den Rücktritt aus ihrer Stellung. Unzweifelhaft trifft der vorliegende Fall, soweit er diese Natur hat, mehr mich als meine Collegen. Die letztern sind von der Reichsglocke und andern Blättern, in denen die Tendenzen der Herrn von Gruner, von Schleinitz, Graf Nesselrode, Nathusius-Ludom vertreten wurden, theils garnicht, theils doch nicht in dem Maße wie ich öffentlich verleumdet worden.

Eine Begnadigung des Herrn von Nathusius, eine Auszeichnung des Grafen Nesselrode und des Herrn von Gruner grade in der Zeit, wo die Verleumdungen des Organs dieser Herrn gegen mich die öffentliche Meinung und die Gerichte beschäftigten, wo der Zusammenhang jener Herrn mit diesen Blättern offenkundig wurde, enthalten einen Act Königlichen Wohlwollens für Leute, die durch weiter nichts bekannt sind als durch ihre Feindschaft gegen die Regirung und durch öffentliche Verletzung meiner Ehre. Letztre aber sollte, so lange ich des Königs Diener bin, unter Sr. Majestät Schutze stehn. Wird mir das Gegentheil dieses Schutzes zu Theil, so liegt ein persönliches Motiv vor, welches mich viel gebieterischer aus dem Dienste vertreibt, als die Rücksicht auf meine Gesundheit es jemals könnte. Diese Entschließungsgründe liegen nur persönlich für mich vor, werden aber je nach der Entwicklung der Sache für die Möglichkeit meines Wiedereintritts in die Geschäfte entscheidend sein.

Meinen Herrn Collegen stelle ich ergebenst anheim, im Interesse ihrer ministeriellen Zukunft dafür Sorge tragen zu wollen, daß die amtliche Publication von Gruner's Ernennung, wenn Se. Majestät nicht überhaupt darauf verzichten will, doch in einer Form stattfinde, aus der die

Nichtcontrasignatur zweifellos ersichtlich ist. Es würde dies in der oben vorgeschlagnen Dreitheilung der Ernennungen zwischen Reich, Preußen und Haus erreichbar sein, namentlich wenn die Presse dazu eine Erläuterung erhält. Empfehlen würde es sich aber meines Erachtens, wenn die Anstellung Gruner's im Hausministerium vorher in separato unter der Hausministerial-Rubrik veröffentlicht und am andern Tage bekannt gegeben würde, daß Se. Majestät geruht hätte, den im Hausministerium 2c. Angestellten den Titel eines Wirklichen Geheim-Raths 2c. zu verleihn; eine etwas abweichende Gestalt des Wortlauts der Bekanntmachung von der sonst üblichen, wenn auch nur eine ganz geringe, würde sich immer empfehlen."

Diesem, an den Geheim-Rath Tiedemann gerichteten, unter fliegendem Siegel an den Minister von Bülow beförderten Schreiben fügte ich für Letztern mit dem Anheimstellen vertraulicher Benutzung bei den Collegen Folgendes hinzu:

10./6. 77.

„... Ich bin, wie ich glaube, von dem Vorgange in einem stärkern Maße betroffen als meine Collegen; höchstens Camphausen ist außer mir noch von der Reichsglockenpartei verleumdet worden, aber doch lange nicht mit dem Maße von Niedertracht, wie es mir gegenüber geschehn ist. Man hat ihn sachlich in Bezug auf sein Amt mit unwürdigen Mitteln angegriffen, aber doch seine persönliche Ehre nicht angetastet. Das Staatsministerium im Ganzen ist gewiß in der Lage, sich durch die Form der Ernennung Gruner's verletzt zu finden und gegen diese Verletzung zu reagiren, um seine Rechte und seine Würde für die Zukunft sicher zu stellen. Die Verletzung aber, die in der Thatsache der Ernennung Gruner's liegt, trifft wesentlich mich allein; seine langjährige Feindschaft gegen mich persönlich ist es allein, welche die Aufmerksamkeit auf ihn hat lenken können, denn er besitzt weder Fähigkeiten noch Verdienste, war im Auswärtigen Amte durch seine, in wichtigen Momenten an Geisteskrankheit gren-

zende Unfähigkeit ein Hinderniß und hat nunmehr seit 15 Jahren nichts geleistet, als mit der ganzen Verbissenheit verkannter Selbstüberschätzung gegen mich gesprochen, geschrieben, intrigirt. Ich sehe dabei für den Augenblick ganz davon ab, daß grade diese Reichsglocken-Elemente mir die Erfüllung meiner Amtspflicht in einem meine Kräfte überschreitenden Maße erschweren. Ich spreche jetzt nur von dem Schlag, der dadurch persönlich gegen mich hat geführt werden sollen, daß dieser Mensch Sr. Majestät hat mit Erfolg empfohlen werden können. Wenn ich dem gegenüber in meinem Schreiben an Tiedemann sage, daß für meine Herrn Collegen ein zwingendes Motiv zum Rücktritt in diesem Gruner'schen Falle nicht liegt, so erscheint mir meine Lage demselben gegenüber als eine wesentlich andre.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie namentlich mit Camphausen, Friedenthal und Falk in diesem Sinne vertraulich reden wollten. Das Verhalten Wilmowski's gestaltet sich anders, als ich erwartet hatte. Ich hatte bisher auf ihn als auf einen sichern Bundesgenossen gegen die Schleinitz'sche Camarilla gerechnet; seine Thätigkeit in diesem Falle aber verstehe ich nicht recht. Er wird mit Eulenburg und Leonhardt zusammen das Staatsministerium um das Maß von Selbstachtung und Consideration bringen, ohne welches sich in diesen schwierigen Lagen am Hofe und schließlich auch im Lande die Staatsgeschäfte nicht führen lassen. Gegen Eulenburg wird man sich nur so äußern können, wie es wiedererzählt werden kann. Wie stellt sich eigentlich Hofmann zu der Sache?

Mir scheint die Kur gut zu bekommen, doch markirt sich jeder Rückschlag über ärgerliche Eindrücke in empfindlicher Weise und läßt mich voraussehn, daß mein Gesundheitszustand ein geschäftsfähiger schwerlich wieder werden wird. Vor der einfachen Besorgung der Amtsgeschäfte würde ich nicht zurückschrecken; aber die faux frais der Hofintrigen vermag ich nicht mehr in der Weise zu tragen wie früher, vielleicht auch deshalb, weil sie an Umfang

und Wirkung in erschreckender Weise zugenommen haben. Diese eigentlichen Gründe meiner fortbestehenden Absicht, zurückzutreten, habe ich vor drei Monaten verschwiegen, obschon es wesentlich dieselben waren; und ich werde auch demnächst aus Rücksicht für den Kaiser keine andern Motive für mein Ausscheiden anführen können als den Zustand meiner Gesundheit."

Die Sache schloß damit ab, daß die Ernennung Gruner's zum Wirklichen Geheimen Rathe im Staatsanzeiger nicht veröffentlicht wurde.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Die Ressorts.

Bei meinen vielen Abwesenheiten verlor ich mit manchen meiner Collegen die Fühlung; die Thatsache, daß ich jedem Einzelnen von ihnen das Aufsteigen von zum Theil geringen Stellungen bis zum Minister verschafft und sie mit Einmischungen in ihre Ressorts nicht belästigt hatte, ließ mich ihr persönliches Wohlwollen für mich überschätzen. In die laufenden Geschäfte ihrer Ressorts habe ich sehr selten hineingeredet, und nur wenn ich sah, daß ein großes öffentliches Interesse Gefahr lief, unter Sonderinteressen zu leiden. Ich habe z. B. die Canalisirung des Rheins am Rheingau bekämpft, die um der Schifffahrt willen geschehn sollte und das Flußbett zwischen den Ufern und den beiden zu erbauenden Dämmen auf 30 Jahre in einen Sumpf verwandelt hätte; desgleichen den Plan, den Kurfürstendamm nur in der gewöhnlichen Breite der Chausseen zu chaussiren und bis dicht an den alten Weg zu bebauen. In beiden Fällen habe ich die Absichten der zunächst competenten Behörden gekreuzt und glaube mir damit ein dauerndes Verdienst erworben zu haben. Auch mit Protectionen bin ich meinen Collegen und den mir untergeordneten Reichsämtern nicht lästig gefallen. Verfassungsmäßig hätte ich alle Post-, Telegraphen- und (Reichs-)Eisenbahnbeamte anstellen und alle Posten der einzelnen Reichs-Ressorts besetzen können. Ich glaube aber kaum, daß ich je von Herrn von Stephan oder Andern Posten für einen von mir empfohlnen Candidaten verlangt habe, auch nicht für einen Briefträger. Nur der Neigung, neue eingreifende

Gesetze oder Organisationen zu machen, der Neigung, vom grünen Tische aus zu reglementiren, bin ich bei meinen Collegen nicht selten entgegen getreten, weil ich wußte, daß, wenn nicht sie selbst, so doch ihre Räthe die Gesetzmacherei übertrieben, und daß so manche vortragende Räthe in den innern Ressorts seit dem Examen her Projecte in ihren Fächern haben, durch die sie die Unterthanen des Reiches zu beglücken suchen, sobald sie einen Chef finden, der darauf eingeht.

Ungeachtet meiner Zurückhaltung ist nach meinem Ausscheiden bei der Mehrheit meiner Geschäftsfreunde ein Gefühl wie der Erleichterung von einem Drucke wahrgenommen worden, das in vielen Fällen eben aus dem Widerstande zu erklären ist, den ich dem überwuchernden Triebe zu unnöthigen Eingriffen in den Bestand unsrer Gesetzgebung geleistet hatte. Auf dem Gebiete der Schule hatte ich dauernd, aber ohne Erfolg die Theorie bekämpft, daß der Unterrichtsminister ohne Gesetz und ohne sich an das vorhandne Schulvermögen zu binden, auf dem Verwaltungswege, und ohne die Leistungsfähigkeit zu beachten, bestimmen könne, was jede Gemeinde zur Schule beizutragen habe. Diese in keinem andern Verwaltungszweige vorhandne Machtvollkommenheit, deren Anwendung in manchen Fällen so weit getrieben wurde, daß die Gemeinden existenzunfähig wurden, beruhte nicht auf Gesetz, sondern auf einem Rescript des frühern Cultusministers von Raumer, das das Schulbudget von einer Verfügung der betreffenden Abtheilung der Regirungen, in letzter Instanz des Ministers, abhängig machte. Das Bestreben, diesen Ministerabsolutismus durch Gesetz zu consolidiren, war für mich ein Hinderniß, den gelegentlich mir vorgelegten Schulgesetzentwürfen meine Zustimmung zu geben.

Auf dem Gebiete der Finanzen war meine Zustimmung zu einer Steuerreform jederzeit dem Verlangen untergeordnet, diejenigen directen Steuern, die von dem Vermögen des Zahlenden unabhängig sind, nicht ferner als Maßstab für jährliche Zuschläge zu benutzen. Wenn auch

die durch Auflegung der Grund- und Häusersteuer einmal begangne Ungerechtigkeit sich nicht ausgleichen ließ, so ist es deshalb doch nicht der Gerechtigkeit entsprechend, sie jährlich durch Zuschläge zu wiederholen. Mein letzter College im Finanzministerium, Scholz, mit dem ich jederzeit in freundlichen Beziehungen gelebt habe, theilte meine Ansicht, hatte jedoch mit den parlamentarischen und ministeriellen Schwierigkeiten der Remedur zu kämpfen; dagegen war die Streitmacht seiner Räthe ohne Zweifel der freiern Bewegung froh, die nach meinem Ausscheiden aus dem Staatsministerium eintrat. Eine Forderung, mit der ich Jahre lang im Finanzministerium keinen Anklang finden konnte, war neben der Selbsteinschätzung die, daß das Einkommen von ausländischen Werthen höher zu besteuern sei als von deutschen, gewissermaßen ein Schutzzoll für deutsche Werthe, und das von selbst flüssige höher als das durch Arbeit jährlich neu zu gewinnende.

Auf dem Gebiete der Landwirthschaft ist der Wegfall des von mir angeblich ausgeübten agrarischen Druckes hauptsächlich den kranken Schweinen und den Viehseuchen zu Gute gekommen, desgleichen den höhern und niedern Beamten, denen die Aufgabe zufiel, vor dem Parlamente und dem Lande die Agitationslüge von der Vertheurung der Lebensmittel zu bekämpfen. In der Nachgiebigkeit auf diesem Gebiete und in der nach unangenehmen Erfahrungen im Februar 1891 wieder zurückgenommnen Erleichterung des französischen Verkehrs mit dem Elsaß sehe ich den gemeinschaftlichen Ausdruck der Kampfesscheu, die die Zukunft für etwas mehr Bequemlichkeit in der Gegenwart zu opfern bereit ist. Der Zweck, wohlfeiles Schweinefleisch zu haben, wird durch laxe Behandlung der Ansteckungsgefahr auf die Dauer ebenso wenig gefördert werden wie die Loslösung des Elsaß von Frankreich durch die beifallsbedürftige Weichlichkeit gegen locale Beschwerden und Grenzschwierigkeiten.

Was die Reichsämter betrifft, so habe ich mit dem Schatzamte stets gute Fühlung gehabt, zur Zeit von Scholz

wie von Maltzahn. Die Bestimmung dieses Amtes hatte keine größre Tragweite als diejenige, dem Reichskanzler in seinen Erörterungen und Verständigungen mit dem preußischen Minister der Finanzen Beistand und technisch geschulte Arbeitskräfte zu stellen. Die entscheidende Stelle in Finanzfragen blieb der preußische Finanzminister und das Staatsministerium. Der Charakter beider Herrn gestattete, Meinungsverschiedenheiten in ehrlicher Erörterung und ohne Verstimmung zu erledigen. Die neuerdings in der Presse vertretne und thatsächlich gehandhabte Auffassung von der Möglichkeit einer von einander unabhängigen Finanzpolitik des Reichskanzlers oder gar des ihm untergebenen Reichsschatzamtes einerseits und des preußischen Finanzministers andrerseits galt zu meiner Zeit als verfassungswidrig. Divergenzen beider Stellen fanden ihre Lösung in collegialischen Berathungen des Staatsministeriums, dem der Kanzler als auswärtiger Minister angehörte, und ohne dessen vorausgesetztes oder ausgesprochnes Einverständniß er nicht berechtigt ist, im Bundesrath die preußischen Stimmen abzugeben oder eine Gesetzesvorlage zu machen.

Weniger durchsichtig waren für mich die Beziehungen zu dem Reichspostamte. Während des französischen Krieges traten Erscheinungen hervor, die mich hart an den Bruch mit Herrn von Stephan brachten, aber ich war schon damals von seiner ungewöhnlichen Begabung, nicht für sein Fach allein, so überzeugt, daß ich ihn gegen die Ungnade Sr. Majestät mit Erfolg vertrat. Herr von Stephan hatte an seine Untergebenen ein amtliches Circular gerichtet, in dem er die Besorgung von gewissen Blättern für alle Armeelazarethe in Frankreich anbefahl und zur Motivirung dieses Befehls auf Wünsche J. K. Hoheit der Kronprinzessin Bezug nahm. Wie weit er dazu berechtigt war, weiß ich nicht; wer aber den alten Herrn kannte, wird sich seine Stimmung denken können, als dieser postalische Erlaß durch Militärberichte zu seiner Kenntniß gekommen war. Die Farbe der empfohlnen Blätter allein hätte genügt, um

Stephan bei Wilhelm I. in Ungnade zu bringen; noch verstimmender aber wirkte die Berufung auf ein Mitglied der königlichen Familie und grade der Frau Kronprinzessin. Ich stellte den Frieden mit Sr. Majestät her. Das Bedürfniß hoher Anerkennung ist eins der Passiva, die auf den meisten ungewöhnlichen Begabungen lasten. Ich nahm an, daß die Schwächen, welche Stephan aus seinen Anfängen in seine höhern Stellungen hinübergebracht hatte, je älter und je vornehmer er werde, desto mehr von ihm abfallen würden. Ich kann nur wünschen, daß er in seinem Amte alt werde und gesund bleibe, und würde seinen Verlust für schwer ersetzlich halten[1]), vermuthe aber, daß auch er bei meinem Abgange zu denen gehörte, welche eine Erleichterung zu empfinden glaubten. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß der Transport- und Correspondenz-Verkehr zu dem Staatszwecke beizusteuern habe und diese Beisteuer in der Porto- und Frachtvergütung einzubegreifen sei. Stephan ist mehr Ressortpatriot und als solcher allerdings nicht nur seinem Ressort und dessen Beamten, sondern auch dem Reiche in einem Maße nützlich gewesen, das für jeden Nachfolger schwer erreichbar sein wird. Ich bin seinen Eigenmächtigkeiten stets mit dem Wohlwollen entgegen getreten, das die Achtung vor seiner eminenten Begabung mir einflößte, auch wenn sie in meine Competenz als Kanzler und stimmführender Vertreter Preußens einschnitten, oder er durch seine Vorliebe für Prachtbauten die finanziellen Ergebnisse schädigte.

[1]) Stephan starb am 8. April 1897.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Berliner Congreß.

I.

Im Herbst 1876 erhielt ich in Varzin ein chiffrirtes Telegramm unsres Militärbevollmächtigten, des Generals von Werder, aus Livadia, durch welches er im Auftrage des Kaisers Alexander eine Aeußerung darüber verlangte, ob wir neutral bleiben würden, wenn Rußland mit Oestreich in Krieg geriethe. Bei der Beantwortung desselben hatte ich zu erwägen, daß Werder's Chiffre innerhalb des Kaiserlichen Palais nicht unzugänglich sein werde, hatte ich doch die Erfahrung gemacht, daß selbst in unserm Gesandschaftshause in Petersburg durch keinen künstlichen Verschluß, sondern nur durch häufigen Wechsel der Chiffre das Geheimniß derselben zu bewahren war[1]). Ich konnte meiner Ueberzeugung nach nichts nach Livadia telegraphiren, was nicht auch zur Kenntniß des Kaisers kommen würde. Daß eine solche Frage überhaupt auf solchem Wege gestellt werden konnte, hatte schon eine Verschiebung der geschäftlichen Traditionen zur Voraussetzung. Wenn ein Cabinet Fragen der Art an ein andres stellen will, so ist der correcte Weg eine vertrauliche mündliche Sondirung durch den eignen Botschafter oder von Souverän zu Souverän bei persönlicher Begegnung. Daß die Sondirung durch eine Anfrage bei dem Vertreter der zu sondirenden Macht seine Bedenken hat, hatte die russische Diplomatie durch die Vorgänge zwischen dem Kaiser Nicolaus und Seymour

[1]) S. Bd. I S. 253 f.

erfahren. Die Neigung Gortschakow's, telegraphische Anfragen bei uns nicht durch den russischen Vertreter in Berlin, sondern durch den deutschen in Petersburg zu bewirken[1]), hat mich genöthigt, unsre Missionen in Petersburg häufiger als an andern Höfen darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Aufgabe nicht in der Vertretung der Anliegen des russischen Cabinets bei uns, sondern unsrer Wünsche an Rußland liege. Die Versuchung für einen Diplomaten, seine dienstliche und gesellschaftliche Stellung durch Gefälligkeiten für die Regirung, bei der er beglaubigt ist, zu pflegen, ist groß und wird noch gefährlicher, wenn der fremde Minister unsern Agenten für seine Wünsche bearbeiten und gewinnen kann, ehe dieser alle die Gründe kennt, aus denen für seine Regirung die Erfüllung und selbst die Zumuthung inopportun ist.

Außerhalb aller aber, selbst der russischen, Gewohnheiten lag es, wenn der deutsche Militärbevollmächtigte am russischen Hofe uns, und während ich nicht in Berlin war, auf Befehl des russischen Kaisers eine politische Frage von großer Tragweite in dem kategorischen Stile eines Telegramms vorlegte. Ich hatte, so unbequem sie mir auch war, nie eine Aenderung in der alten Gewohnheit erlangen können, daß unsre Militärbevollmächtigten in Petersburg nicht, wie andre, durch das Auswärtige Amt, sondern direct in eigenhändigen Briefen an Se. Majestät berichteten, — einer Gewohnheit, die sich davon herschrieb, daß Friedrich Wilhelm III. dem ersten Militärattaché in Petersburg, dem frühern Commandanten von Kolberg, Loucadou, eine besonders intime Stellung zu dem Kaiser gegeben hatte. Freilich meldete der Militärattaché in solchen Briefen Alles, was der russische Kaiser über Politik in dem gewohnheitsmäßigen vertraulichen Verkehre am Hofe mit ihm gesprochen hatte, und das war nicht selten viel mehr, als Gortschakow mit dem Botschafter sprach; der „Pruski Fligeladjudant", wie er am Hofe hieß, sah den

[1]) S. o. S. 200.

Kaiser fast täglich, jedenfalls viel öfter als Gortschakow, der Kaiser sprach mit ihm nicht blos über Militärisches, und die Aufträge zu Bestellungen an unsern Herrn beschränkten sich nicht auf Familienangelegenheiten. Die diplomatischen Verhandlungen zwischen beiden Cabineten haben ihren Schwerpunkt, wie zur Zeit Rauch's und Münster's, oft und lange mehr in den Berichten des Militärbevollmächtigten als in denen der amtlich accreditirten Gesandten gefunden. Da indessen Kaiser Wilhelm niemals versäumte, mir seine Correspondenz mit dem Militärbevollmächtigten in Petersburg nachträglich, wenn auch oft zu spät, mitzutheilen, und politische Entschlüsse nie ohne Erwägung an amtlicher Stelle faßte, so beschränkten sich die Nachtheile dieses directen Verkehrs auf Verspätung von Informationen und Anzeigen, die in solchen Immediatberichten enthalten waren. Es lag also außerhalb dieser Gewohnheit im Geschäftsverkehr, daß Kaiser Alexander, ohne Zweifel auf Anregung des Fürsten Gortschakow, Herrn von Werder als Organ benutzte, um uns jene Doctorfrage vorzulegen. Gortschakow war damals bemüht, seinem Kaiser zu beweisen, daß meine Ergebenheit für ihn und meine Sympathie für Rußland unaufrichtig oder doch nur „platonisch" sei, und sein Vertrauen zu mir zu erschüttern, was ihm denn auch später gelungen ist.

Bevor ich die Werder'sche Anfrage sachlich beantwortete, versuchte ich es mit dilatorischen Rückäußrungen, bezugnehmend auf die Unmöglichkeit, mich auf eine solche Frage ohne höhere Ermächtigung zu äußern, und empfahl auf wiederholtes Drängen, die Frage auf amtlichem, wenn auch vertraulichem Wege durch den russischen Botschafter in Berlin im Auswärtigen Amte zu stellen. Indessen schnitten wiederholte Interpellationen durch Werder'sche Telegramme diesen ausweichenden Weg ab. Inzwischen hatte ich Se. Majestät gebeten, Herrn von Werder, der in Livadia diplomatisch gemißbraucht werde, ohne sich dessen erwehren zu können, telegraphisch an das kaiserliche Hoflager zu berufen und ihm die Uebernahme von politischen Aufträgen zu

untersagen, als eine Leistung, die dem russischen, aber nicht dem deutschen Dienste angehöre. Der Kaiser ging auf meinen Wunsch nicht ein, und da Kaiser Alexander endlich auf Grund unsrer persönlichen Beziehungen die Aussprache meiner eignen Meinung unter Betheiligung der russischen Botschaft in Berlin von mir verlangte, so war es mir nicht länger möglich, der Beantwortung der indiscreten Frage auszuweichen. Ich ersuchte den Botschafter von Schweinitz, der am Ende seines Urlaubs stand, mich vor der Rückkehr nach St. Petersburg in Varzin zu besuchen, um meine Instruction entgegenzunehmen. Vom 11. bis 13. October war Schweinitz mein Gast. Ich beauftragte ihn, sich sobald als möglich über Petersburg an das Hoflager des Kaisers Alexander nach Livadia zu begeben. Der Sinn meiner Instruction für Herrn von Schweinitz war, unser erstes Bedürfniß sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe unter einander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserm Schmerze zwischen Rußland und Oestreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsre Freunde gegen einander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. Diese unsre Erklärung, welche von uns in zweifelsfreier Deutlichkeit zu erzwingen Gortschakow seinen Herrn bewogen hatte, um ihm den platonischen Charakter unsrer Liebe zu beweisen, hatte zur Folge, daß das russische Gewitter von Ostgalizien sich nach dem Balkan hin verzog, — und daß Rußland anstatt der mit uns abgebrochnen Verhandlungen dergleichen mit Oestreich, so viel ich mich erinnre, zunächst in Pest, im Sinne der Abmachungen von Reichstadt, wo die Kaiser Alexander und Franz Joseph am 8. Juli 1876 zusammengetroffen waren, einleitete unter dem Verlangen, sie vor uns geheim zu halten. Diese Convention[1]), nicht der Berliner Congreß,

[1]) Abgeschlossen am 15. Januar 1877.

ist die Grundlage des östreichischen Besitzes an Bosnien und der Herzegowina und hat den Russen während ihres Krieges mit den Türken die Neutralität Oestreichs gesichert.

II.

Daß das russische Cabinet in den Abmachungen von Reichstadt den Oestreichern für ihre Neutralität die Erwerbung Bosniens zugestanden hat, läßt annehmen, daß Herr von Oubril uns nicht die Wahrheit sagte, indem er versicherte, es werde sich in dem Balkankriege nur um eine promenade militaire, um Beschäftigung des trop plein des Heeres und um Roßschweife und Georgenkreuze handeln; dafür wäre Bosnien ein zu hoher Preis gewesen. Wahrscheinlich hatte man in Petersburg darauf gerechnet, daß Bulgarien, wenn von der Türkei losgelöst, dauernd in Abhängigkeit von Rußland bleiben werde. Diese Berechnung würde wahrscheinlich auch dann nicht zugetroffen sein, wenn der Friede von San Stefano[1]) ungeschmälert zur Ausführung gekommen wäre. Um nicht vor dem eignen Volke für diesen Irrthum verantwortlich zu sein, hat man sich mit Erfolg bemüht, der deutschen Politik, der „Untreue" des deutschen Freundes die Schuld für den unbefriedigenden Ausgang des Krieges aufzubürden. Es war das eine unehrliche Fiction; wir hatten niemals etwas Andres in Aussicht gestellt als wohlwollende Neutralität, und wie ehrlich wir es damit gemeint haben, ergiebt sich schon daraus, daß wir uns durch die von Rußland verlangte Geheimhaltung der Reichstadter Abmachungen vor uns in unserm Vertrauen und Wohlwollen für Rußland nicht irre machen ließen, sondern bereitwillig dem Wunsche, den der Graf Peter Schuwalow mir nach Friedrichsruh überbrachte, entgegen kamen, einen Congreß nach Berlin zu berufen. Der Wunsch der russischen Regirung, vermittelst eines Congresses zu dem Frieden mit der Türkei zu gelangen, bewies, daß sie sich militärisch nicht stark genug fühlte, es

[1]) 3. März 1878.

auf Krieg mit England und Oestreich ankommen zu lassen, nachdem die rechtzeitige Besetzung von Constantinopel einmal versäumt war. Für die Mißgriffe der russischen Politik theilt Fürst Gortschakow ohne Zweifel mit jüngern und energischern Gesinnungsgenossen die Verantwortlichkeit, aber frei davon ist er nicht. Wie stark seine Stellung, nach den russischen Traditionen gemessen, dem Kaiser gegenüber war, zeigt die Thatsache, daß er gegen den ihm bekannten Wunsch seines Herrn an dem Berliner Congresse als Vertreter Rußlands theilnahm. Indem er, gestützt auf seine Eigenschaft als Reichskanzler und auswärtiger Minister, seinen Sitz einnahm, entstand die eigenthümliche Situation, daß der vorgesetzte Reichskanzler und der seinem Ressort unterstellte Botschafter Schuwalow neben einander figurirten, der Träger der russischen Vollmacht aber nicht der Reichskanzler sondern der Botschafter war[1]).

Diese vielleicht actenmäßig nur aus den russischen Archiven und vielleicht auch aus diesen nicht nachweisbare, aber nach meiner Wahrnehmung unzweifelhafte Situation zeigt, daß auch in einer Regirung mit so einheitlicher und absoluter Spitze, wie der russischen, die Einheit der politischen Action nicht gesichert ist. Sie ist es vielleicht in höherm Grade in England, wo der leitende Minister und die Berichte, die er empfängt, der öffentlichen Kritik unterliegen, während in Rußland nur der jedesmalige Kaiser in der Lage ist, je nach seiner Menschenkenntniß und Befähigung zu beurtheilen, welcher von seinen berichtenden und vortragenden Dienern irrt oder ihn belügt, und von welchem er die Wahrheit erfährt. Ich will damit nicht sagen, daß der laufende Dienst des Auswärtigen Amts in London klüger betrieben wird als in Petersburg, aber die englische Regirung geräth seltner als die russische in die Nothwendigkeit, Irrthümer ihrer Untergebenen durch Unaufrichtigkeit wieder gut zu machen. Lord Palmerston hat freilich am 4. April 1856 im Unterhause mit einer von

[1]) S. o. S. 127.

der Masse der Mitglieder wahrscheinlich nicht verstandnen Ironie gesagt, die Auswahl der dem Parlamente vorzulegenden Schriftstücke über Kars habe große Sorgfalt und Aufmerksamkeit von Personen, die nicht eine untergeordnete, sondern eine hohe Stellung im Auswärtigen einnähmen, erfordert. Das Blaubuch über Kars, die castrirten Depeschen von Sir Alexander Burnes aus Afghanistan und die Mittheilungen der Minister über die Entstehung der Note, welche die Wiener Conferenz 1854 dem Sultan anstatt der Mentschikow'schen zur Unterzeichnung empfahl, sind Proben von der Leichtigkeit, mit welcher Parlament und Presse in England getäuscht werden können. Daß die Archive des Auswärtigen Amtes in London ängstlicher als irgendwo gehütet werden, läßt vermuthen, daß in ihnen noch manche ähnliche Probe zu entdecken sein würde. Im Ganzen wird man aber doch sagen dürfen, daß der Zar leichter zu belügen ist als das Parlament.

Bei den diplomatischen Verhandlungen über Ausführung der Bestimmungen des Berliner Congresses wurde in Petersburg erwartet, daß wir jede russische Auffassung der östreichisch-englischen gegenüber ohne weitres und namentlich ohne vorgängige Verständigung zwischen Berlin und Petersburg unterstützen und durchsetzen würden. Meine angedeutete, endlich ausgesprochne Forderung, die russischen Wünsche uns vertraulich, aber deutlich auszusprechen und darüber zu verhandeln, wurde eludirt, und ich erhielt den Eindruck, daß Fürst Gortschakow von mir, wie eine Dame von ihrem Verehrer, erwartete, daß ich die russischen Wünsche errathen und vertreten würde, ohne daß Rußland selbst sie auszusprechen und dadurch eine Verantwortlichkeit zu übernehmen brauchte. Selbst in Fällen, wo wir annehmen durften, der russischen Interessen und Absichten völlig gewiß zu sein, und glaubten, der russischen Politik einen Beweis unsrer Freundschaft freiwillig geben zu können, ohne eigne Interessen zu schädigen, erfuhren wir statt der erwarteten Anerkennung eine nörgelnde Mißbilligung, weil wir angeblich in Richtung und Maß nicht das von unserm

russischen Freunde Erwartete getroffen hatten. Auch wenn letztres unzweifelhaft der Fall war, hatten wir keinen bessern Erfolg. In diesem ganzen Verfahren lag eine berechnete Unehrlichkeit nicht nur uns, sondern auch dem Kaiser Alexander gegenüber, dessen Gemüthe die deutsche Politik als unehrlich und unzuverlässig erscheinen sollte. Votre amitié est trop platonique, hat die Kaiserin Marie einem unsrer Vertreter vorwurfsvoll gesagt. Platonisch bleibt die Freundschaft eines großmächtlichen Cabinets für die andern allerdings immer bis zu einem gewissen Grade; denn keine Großmacht kann sich in den ausschließlichen Dienst einer andern stellen. Sie wird immer ihre, nicht nur gegenwärtigen, sondern auch zukünftigen Beziehungen zu den übrigen im Auge behalten und dauernde, prinzipielle Feindschaft mit jeder von ihnen nach Möglichkeit vermeiden müssen. Für Deutschland mit seiner centralen, nach drei großen Angriffsfronten offnen Lage trifft das besonders zu.

Irrthümer in der Cabinetspolitik der großen Mächte strafen sich nicht sofort, weder in Petersburg noch in Berlin, aber unschädlich sind sie nie. Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsre Oberrechenkammer. Bei Ausführung der Congreßbeschlüsse erwartete und verlangte Rußland, daß die deutschen Commissarien bei localen Verhandlungen darüber im Orient, bei Divergenzen zwischen russischen und andern Auffassungen, generell der russischen zustimmen sollten[1]). Uns konnte in manchen Fragen allerdings die objective Entscheidung ziemlich gleichgültig sein, es kam für uns nur darauf an, die Stipulationen ehrlich auszulegen und unsre Beziehungen auch zu den übrigen Großmächten nicht durch parteiisches Verhalten zu stören in Localfragen, die ein deutsches Interesse nicht berührten. Die leidenschaftliche Bitterkeit der Sprache aller russischen Organe, die durch die Censur autorisirte Verhetzung der russischen Volksstimmung gegen

[1]) Vgl. dazu die einer Depesche entnommene Charakteristik der Situation im Bismarck-Jahrbuch I 125 ff.

uns ließ es dann gerathen erscheinen, die Sympathien, die wir bei nichtrussischen Mächten noch haben konnten, uns nicht zu entfremden.

In dieser Situation nun kam ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander, das trotz aller Verehrung für den bejahrten Freund und Oheim an zwei Stellen bestimmte Kriegsdrohungen enthielt in der Form, die völkerrechtlich üblich ist, etwa des Inhalts: wenn die Weigerung, das deutsche Votum dem russischen anzupassen, festgehalten wird, so kann der Friede zwischen uns nicht dauern[1]). Dieses Thema war in scharfen und unzweideutigen Worten an zwei Stellen variirt. Daß Fürst Gortschakow, der am 6. September 1879 in einem Interview mit dem Correspondenten des orleanistischen „Soleil", Louis Peyramont, Frankreich eine sehr auffallende Liebeserklärung machte, auch an jenem Schreiben mitgearbeitet hatte, sah ich dem letztern an; durch zwei spätre Wahrnehmungen wurde meine Vermuthung bestätigt. Im October hörte eine Dame der Berliner Gesellschaft, die in dem Hôtel de l'Europe in Baden-Baden Zimmernachbarin Gortschakow's war, ihn sagen: „j'aurais voulu faire la guerre, mais la France a d'autres intentions." Und am 1. November war der Pariser Correspondent der „Times" in der Lage, seinem Blatte zu melden, vor der Zusammenkunft in Alexandrowo habe der Zar an Kaiser Wilhelm geschrieben, sich über die Haltung Deutschlands beschwert und sich der Phrase bedient: „Der Kanzler Ew. Majestät hat die Versprechungen von 1870 vergessen" *).

*) Der Correspondent, Herr Oppert aus Blowitz in Böhmen, wird die Verbreitung dieser ihm doch wohl von Gortschakow zugegangnen Nachricht um so bereitwilliger übernommen haben, als er mir von dem Congreß her grollte. Auf den Wunsch Beaconsfield's, der ihn bei guter Laune erhalten wollte, hatte ich ihm die dritte Classe des Kronenordens verschafft. Er war über die nach preußischen Begriffen ungewöhnlich hoch gegriffne Auszeichnung entrüstet, lehnte sie ab und verlangte die zweite Classe.

[1]) Ich habe dieses Schreiben vom 3./15. August 1879 nach dem Original in dem „Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen" S. 168 ff. veröffentlicht.

Angesichts der Haltung der russischen Presse, der steigenden Erregtheit der großen Massen des Volkes, der Truppenanhäufung unmittelbar längs der preußischen Grenzen wäre es leichtfertig gewesen, den Ernst der Situation und der kaiserlichen Drohung gegen den früher so verehrten Freund zu bezweifeln. Daß Kaiser Wilhelm auf den Rath des Feldmarschalls von Manteuffel am 3. September 1879 nach Alexandrowo ging, um die schriftlichen Drohungen seines Neffen mündlich begütigend zu beantworten, widerstrebte meinem Gefühle und meinem Urtheil über das, was noth thue.

III.

Betrachtungen analog denen, welche den Versuch widerriethen, die complicirten Schwierigkeiten von 1863 auf dem Wege eines russischen Bündnisses zu lösen[1]), standen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ebenfalls einer stärkern Accentuirung der russischen Freundschaft ohne Oestreich entgegen. Ich weiß nicht, in wie weit Graf Peter Schuwalow vor Beginn des letzten Balkankriegs und während des Congresses ausdrücklich beauftragt war, die Frage eines deutsch-russischen Bündnisses zu besprechen; er war nicht in Berlin beglaubigt, sondern in London, seine persönlichen Beziehungen zu mir gestatteten ihm aber, sowohl bei seinen vorübergehenden Berührungen Berlins auf der Durchreise wie während des Congresses mit mir alle Eventualitäten rückhaltlos zu besprechen.

Anfang Februar 1877 hatte ich von ihm ein längres Schreiben aus London erhalten; meine Antwort und seine Erwiderung darauf lasse ich folgen[2]):

[1]) S. o. S. 82 ff., Bd. I 303. 341.

[2]) Der in der ersten Ausgabe nach dem Concept gedruckte Brief wird hier nach dem im „Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen" veröffentlichten Original wiedergegeben. Er ist die Antwort auf einen Brief Schuwalow's vom 3. Februar 1877, den ich nach dem Original in dem „Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen" S. 171 f. veröffentlicht habe. Die Urschrift des Bismarck'schen Briefes vom 15. Febr. 1877 hat mir Herr Consistorialrath Dalton zur Verfügung gestellt.

Berlin, le 15 février 1877.

Cher Comte,

Je vous remercie des bonnes paroles que vous avez bien voulu m'écrire et je sais gré au C^te^ Munster d'avoir si bien interprété en cette occasion les sentiments, qui dès notre première connaissance ont formé entre nous un lien qui survivra aux relations politiques, qui aujourd'hui nous mettent en rapport. Parmi les regrets que me laissera la vie officielle, celui qui naîtra du souvenir de mes conversations avec vous, sera des plus vifs.

Quel que soit l'avenir politique de nos deux pays, la part que j'ai prise à l'histoire de leur passé, me laissera la satisfaction, qu'au sujet de leur alliance, j'ai de tout temps été d'accord avec l'homme d'état le plus aimable parmi mes amis politiques. Tant que je resterai en place, je serai fidèle aux traditions qui m'ont guidé depuis 25 ans et qui sont identiques aux idées développées dans votre lettre au sujet des services que la Russie et l'Allemagne peuvent se rendre et se sont rendus mutuellement depuis plus d'un siècle sans que les intérêts particuliers à l'une et à l'autre en aient souffert. Deux voisins en Europe qui, pendant plus d'un siècle, n'ont pas éprouvé la moindre démangeaison d'hostilité, devraient de ce fait seul tirer la conclusion, qu'il n'y a pas d'intérêts divergents entre eux. Voilà la conviction que j'ai suivie en 1848, en 54, en 63 et dans la situation actuelle, et que j'ai fait partager à la grande majorité de mes compatriotes. C'est une oeuvre qu'il sera peut-être plus facile de détruire qu'il n'a été de la créer, surtout dans le cas où mes successeurs ne mettraient pas la même constance que moi à cultiver des relations dont l'habitude leur manquera, et pour le maintien desquelles il faut quelquefois faire abnégation d'amour-propre, et subordonner ses susceptibilités aux intérêts de son maître et de son pays. J'en sais quelque chose, mais je ne tiens pas compte des petites niches que me fait mon ancien ami et tuteur de

Pétersbourg[1]) ni de ses „flirtations“ avec Paris ou de celles d'Orlow. Un vieux routier de ma trempe ne se laisse dérouter par de fausses alarmes; mais sera-t-il de même avec les Chanceliers qui me suivront et auxquels je ne puis pas léguer mon sangfroid et mon expérience? Il semble peut-être plus facile d'égarer leur jugement politique par des journaux officieux, par des propos malveillants, par des lettres privées que l'on fait circuler. Un ministre allemand, auquel on fait entrevoir la facilité d'une coalition sur la base de la revanche, effrayé par l'idée de l'isolément, pourra tenter de se prémunir par des engagements maladroits, funestes même, mais difficiles à résoudre après coup. Il y a tant de force et de sécurité dans une alliance des deux empires, que je me fâche à l'idée seule, qu'elle pourrait être compromise un jour sans la moindre raison politique, uniquement par la volonté de quelque homme d'état qui aime à varier ou qui trouve le Français plus aimable que l'Allemand; sur cela je serais parfaitement de son avis, mais sans y subordonner la politique de mon pays. Aussi longtemps que je serai à la tête de nos affaires, vous aurez de la difficulté à vous défaire de notre alliance, mais ce ne sera plus longtemps. Ma santé s'en va rapidement. Je tâcherai de tenir tête à la diète qui s'ouvrira dans quelques jours et qui ne peut durer que quelques semaines. Immédiatement après la clôture je m'en irai aux eaux pour ne plus rentrer aux affaires. Je tiens le certificat de la faculté d'être „untauglich“, terme technique pour l'admission forcée à la retraite, et qui dans cette circonstance ne dit que la triste vérité.

Si Dieu me permet de jouir de quelques années de repos dans la vie privée, je vous demande la permission de continuer les bonnes relations d'amitié avec vous, cher Comte, que la vie officielle m'a permis de nouer, et en attendant je vous prie d'agréer l'expression des sentiments avec lesquels je vous suis sincèrement dévoué.

v. Bismarck.

[1]) Fürſt Gortſchakow.

Je vous demande pardon du retard de ma réponse, j'ai eu pendant une quinzaine de jours bien de la difficulté à écrire de ma main, une espèce de crampe, qui me gêne encore comme vous le verrez à mon écriture. Je n'ai pas voulu cependant me servir de la main d'un autre pour vous écrire.

Londres, le 25 févr. 1877.

Mon cher Prince,

J'ai été très profondément touché de votre si bonne lettre — seulement c'est un vrai remords pour moi que de penser à la peine que vous vous êtes donnée de l'écrire et au temps précieux (quand c'est le vôtre) qu'elle vous a coûté!

Cette lettre restera un des meilleurs souvenirs de ma carrière politique et je la léguerai à mon fils.

Eloigné depuis un an de Berlin et de Pétersbourg, le doute s'était emparé de moi.

Je pensais que ce qui avait existé — n'existait peut-être plus. Vous m'en donnez la preuve contraire. Je m'en réjouis en bon Russe et de tout mon coeur.

Si je n'avais pas retrouvé en vous, cher Prince, l'homme qui ne varie jamais ni en politique, ni dans sa bienveillance pour ses amis, — c'est alors pour le coup que j'aurais vendu mes fonds russes comme vous aviez voulu le faire il y a trois ans, parce que vous aviez une trop haute opinion de moi.

J'ai copié quelques passages de votre lettre, et les ai envoyés à mon Empereur. Je sais que cela lui fera plaisir de les lire. Toutes les fois qu'il s'est trouvé en contact direct avec vous, il en est résulté du bon et de l'utile; or lire ce que vous écrivez à quelqu'un que vous honorez du titre d'ami, c'est pour l'Empereur, comme s'il était en rapports directs.

Inutile d'ajouter que j'ai omis tout ce qui concernait Gortschakow, car j'ai considéré vos allusions à son égard comme une preuve de confiance dans ma discrétion.

Tout mal informé que je suis (et pour cause) de ce

que l'on veut à Pétersbourg, l'ajournement et le désarmement me paraissent probables.

La paix avec la Serbie et le Monténégro va être conclue, dit-on. Le grand-visir[1]) a adressé des lettres à Decazes et Derby pour leur déclarer que le Sultan[2]) promet d'accomplir spontanément toutes les réformes demandées par la conférence. L'Europe va nous demander d'accorder du temps à la Turquie. Serait-ce le moment favorable pour nous de déclarer la guerre et de nous aliéner encore davantage les sentiments de l'Europe?

Des affaires particulières me réclament impérieusement en Russie; je compte demander un court congé aussitôt qu'une décision sera prise chez nous dans un sens ou dans l'autre. J'espère, mon cher Prince, que vous me permettrez de vous voir à mon passage par Berlin — j'y tiens énormément.

Excusez la longueur de cette lettre pour la raison que vous n'avez pas un seul mot à y répondre.

Recevez encore une fois, cher Prince, mes chaleureux remerciements pour votre „kindness" et pour votre lettre, à laquelle je ne fais qu'une seule objection, c'est la façon dont vous parlez malheureusement de votre santé. — Dieu la soutiendra, j'en suis sûr, comme Il préserve tout ce qui est utile à des millions d'hommes et à la préservation de grands et de vastes intérêts.

Soyez assuré, cher Prince, que vous trouverez toujours en moi plus même qu'un admirateur, dont le nombre est assez grand sans moi, mais un homme qui vous est sincèrement attaché et dévoué de tout coeur.

Schouvaloff.

Noch vor dem Congreß berührte Graf Schuwalow die Frage eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses und stellte sie direct. Ich besprach mit ihm offen die Schwierigkeiten und Aussichten, die die Bündnißfrage

[1]) Edhem Pascha.
[2]) Abdul Hamid.

und zunächst, wenn der Dreibund der Ostmächte nicht haltbar wäre, die Wahl zwischen Oestreich und Rußland für uns habe. Er sagte unter Anderm in der Discussion: „vous avez le cauchemar des coalitions", worauf ich erwiderte: „nécessairement". Als das sicherste Mittel dagegen bezeichnete er ein festes, unerschütterliches Bündniß mit Rußland, weil bei Ausschluß der letztern Macht aus dem Kreise unsrer Coalitionsgegner keine für uns lebensgefährliche Combination möglich sei.

Ich gab dies zu, sprach aber meine Befürchtung aus, daß die deutsche Politik, wenn sie ihre Möglichkeiten auf das russische Bündniß einschränkte und allen übrigen Staaten den russischen Wünschen entsprechend absagte, Rußland gegenüber in eine ungleiche Stellung gerathen könne, weil die geographische Lage und die autokratische Verfassung Rußlands diesem für das Aufgeben des Bündnisses stets mehr Leichtigkeit gewähre, als wir haben würden, und weil das Festhalten an der alten Tradition des preußisch-russischen Bundes doch immer nur auf zwei Augen stehe, d. h. von dem Gemüthsleben des jedesmaligen Kaisers von Rußland abhänge. Unsre Beziehungen zu Rußland beruhten wesentlich auf dem persönlichen Verhältniß beider Monarchen zu einander und auf dessen richtiger Pflege durch höfische und diplomatische Geschicklichkeit, respective Gesinnung der beiderseitigen Vertreter. Wir hätten das Beispiel gehabt, daß bei ziemlich hülflosen preußischen Gesandten in Petersburg durch die Geschicklichkeit von Militärbevollmächtigten, wie der Generale von Rauch und Graf Münster, die gegenseitigen Beziehungen intim geblieben wären, trotz mancher berechtigten Empfindlichkeit auf beiden Seiten. Wir hätten ebenso erlebt, daß jähzornige oder reizbare Vertreter Rußlands, wie Budberg und Oubril, durch ihre Haltung in Berlin und durch ihre Berichterstattung, wenn sie persönlich verstimmt waren, Eindrücke erzeugten, welche auf die gegenseitigen Gesammtbeziehungen zweier Völker von einundeinhalb Hundert Millionen gefährlich zurückwirken konnten.

Ich erinnre mich, daß Fürst Gortschakow mir, als ich in Petersburg Gesandter war und seines unbegrenzten Vertrauns mich erfreute, mitunter, wenn er mich warten ließ, noch unerbrochne Berliner Berichte zu lesen gab, bevor er selbst sie durchgesehn hatte. Ich war zuweilen erstaunt, daraus zu entnehmen, mit welchem Uebelwollen mein früherer Freund Budberg seiner Empfindlichkeit über irgend ein Erlebniß in der Gesellschaft oder auch nur dem Bedürfniß, einen witzigen Sarkasmus über Berliner Verhältnisse am Hofe und in dem Ministerium anzubringen, die Aufgabe der Erhaltung der gegenwärtigen Beziehungen unterordnete. Seine Berichte wurden natürlich dem Kaiser vorgelegt und zwar ohne Commentar und ohne Vortrag, und die kaiserlichen Randbemerkungen, von denen Gortschakow mir in der weitern geschäftlichen Correspondenz mitunter Einsicht gestattete, lieferten mir den zweifellosen Beweis, wie der uns wohlgesinnte Kaiser Alexander II. für die verstimmten Berichte von Budberg und Oubril empfänglich war und daraus nicht auf die falsche Darstellung seiner Vertreter, sondern auf den in Berlin herrschenden Mangel an einsichtiger und wohlwollender Politik schloß. Wenn der Fürst Gortschakow mir derartige Dinge unerbrochen zu lesen gab, um mit seinem Vertrauen zu coquettiren, so pflegte er zu sagen: „Vous oublierez ce que vous ne deviez pas lire," was ich natürlich, nachdem ich im Nebenzimmer die Depeschen durchgesehn hatte, zusagte und, so lange ich in Petersburg war, auch gehalten habe, da es nicht meine Aufgabe war, die Beziehungen beider Höfe durch Anklagen gegen den Vertreter des russischen in Berlin zu verschlechtern, und da ich ungeschickte Verwerthung meiner Meldungen zu höfischen Intrigen und Verhetzungen befürchtete.

Es wäre überhaupt zu wünschen, daß wir an jedem befreundeten Hofe durch Diplomaten vertreten wären, die ohne der Gesammtpolitik des eignen Vaterlands vorzugreifen, doch nach Möglichkeit die Beziehungen beider betheiligten Staaten dadurch pflegten, daß sie Verstimmungen

und Klatsch nach Möglichkeit verschwiegen, ihr Bedürfniß, witzig zu sein, zügelten und eher die förderliche Seite der Sache hervorhöben. Ich habe die Berichte unsrer Vertreter an deutschen Höfen höhern Orts oft nicht vorgelegt, weil sie mehr die Tendenz hatten, pikant zu sein oder verstimmende Aeußrungen oder Erscheinungen mit Vorliebe zu melden und zu würdigen, als die Beziehungen zwischen beiden Höfen zu bessern und zu pflegen, so lange letztres, wie in Deutschland stets der Fall ist, die Aufgabe unsrer Politik war. Ich habe mich für berechtigt gehalten, aus Petersburg und Paris Dinge, die zu Hause nur zwecklos verstimmen konnten oder sich lediglich zu satirischen Darstellungen eigneten, zu verschweigen, und als ich Minister war, dergleichen allerhöchsten Orts nicht vorzulegen. In der Stellung eines Botschafters am Hofe einer Großmacht findet die Verpflichtung zur mechanischen Berichterstattung über alle am Domicil des Botschafters vorkommenden thörichten Reden und Bosheiten nicht Anwendung. Ein Botschafter nicht nur, sondern auch jeder deutsche Diplomat an einem deutschen Hofe, sollte nicht Berichte schreiben, wie sie Budberg, Oubril aus Berlin, Balabin aus Wien nach Hause sandten in der Berechnung, daß sie als witzig mit Interesse und mit selbstgefälliger Heiterkeit gelesen würden, sondern er sollte sich, so lange die Verhältnisse freundlich sind und bleiben sollen, des Hetzens und Klatschens enthalten. Wer nur das Förmliche des Geschäftsganges im Auge hat, wird es allerdings für das Richtigste halten, daß der Gesandte rückhaltlos meldet, was er hört, und es dem Minister überläßt, über was er hinwegsehn und was er betonen will. Ob das aber sachlich zweckmäßig ist, hängt von der Persönlichkeit des Ministers ab. Da ich mich für ebenso einsichtig hielt wie Herrn von Schleinitz und einen tiefern und gewissenhaftern Antheil an dem Schicksal unsres Landes nahm als er, so habe ich mich für berechtigt und verpflichtet gehalten, manches nicht zu seiner Kenntniß zu bringen, was in seinen Händen Verhetzungen und Intrigen am Hofe

im Sinne einer Politik dienen konnte, die nicht die des Königs war.

Ich kehre von dieser Abschweifung zu den Besprechungen zurück, die ich zur Zeit des Balkankriegs mit dem Grafen Peter Schuwalow gehabt habe. Ich sagte ihm, daß wir, wenn wir der Festigkeit eines Bündnisses mit Rußland die Beziehungen zu allen andern Mächten zum Opfer brächten, uns bei acuten Vorkommnissen von französischer und östreichischer Revanchelust bei unsrer exponirten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden. Die Verträglichkeit Rußlands mit Mächten, die nicht auch ohne sein Wohlwollen bestehn könnten, hätte ihre Grenzen, namentlich bei einer Politik wie die des Fürsten Gortschakow, die mich mitunter an asiatische Auffassungen erinnerte. Er habe oft jeden politischen Einwand einfach mit dem Argumente niedergeschlagen: „l'empereur est fort irrité", worauf ich ironisch zu antworten pflegte: „Eh, le mien donc!" Schuwalow bemerkte dazu: „Gortschakoff est un animal", was in dem Petersburger Jargon nicht so grob gemeint ist, wie es klingt, „il n'a aucune influence"; er verdanke es überhaupt nur der Achtung des Kaisers vor dem Alter und dem frühern Verdienste, daß er formell noch die Geschäfte führe. Worüber könnten Rußland und Preußen ernsthaft jemals in Streit gerathen? Es gebe garkeine Frage zwischen ihnen, die wichtig genug dazu wäre. Das letztre gab ich zu, erinnerte aber an Olmütz und den siebenjährigen Krieg, man gerathe auch aus unwichtigen Ursachen in Händel, sogar aus Formfragen; es würde manchen Russen auch ohne Gortschakow schwer, einen Freund als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln, ich wäre in dem Punkte der Form persönlich nicht empfindlich — aber das jetzige Rußland habe bis auf Weitres nicht blos die Formen, sondern auch die Ansprüche Gortschakow's.

Ich lehnte die „Option" zwischen Oestreich und Rußland auch damals ab und empfahl den Bund der drei Kaiser oder doch die Pflege des Friedens zwischen ihnen.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Der Dreibund.

I.

Der Dreibund, den ich ursprünglich nach dem Frankfurter Frieden zu erreichen suchte und über den ich schon im September 1870 von Meaux aus in Wien und Petersburg sondirt hatte, war ein Bund der drei Kaiser mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens und gerichtet auf den, wie ich befürchtete, in irgend einer Form bevorstehenden Kampf zwischen den beiden europäischen Richtungen, die Napoleon die republikanische und die kosakische genannt hat und die ich nach heutigen Begriffen bezeichnen möchte einerseits als das System der Ordnung auf monarchischer Grundlage, andrerseits als die sociale Republik, auf deren Niveau die antimonarchische Entwicklung langsam oder sprungweise hinabzusinken pflegt, bis die Unerträglichkeit der dadurch geschaffnen Zustände die enttäuschte Bevölkerung für gewaltsame Rückkehr zu monarchischen Institutionen in cäsarischer Form empfänglich macht. Diesem circulus vitiosus zu entgehn, oder das Eintreten in ihn der gegenwärtigen Generation oder ihren Kindern womöglich zu ersparen, halte ich für eine Aufgabe, die den noch lebenskräftigen Monarchien näher liegen sollte als die Rivalität um den Einfluß auf die nationalen Fragmente, welche die Balkanhalbinsel bevölkern. Wenn die monarchischen Regirungen für das Bedürfniß des Zusammenhaltens im Interesse staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung kein Verständniß haben, sondern sich chauvinistischen Regungen ihrer Unterthanen dienstbar machen,

so befürchte ich, daß die internationalen revolutionären und socialen Kämpfe, die auszufechten sein werden, um so gefährlicher und für den Sieg der monarchischen Ordnung schwieriger sich gestalten werden. Ich habe die nächstliegende Assecuranz gegen diese Kämpfe seit 1871 in dem Dreikaiserbunde und in dem Bestreben gesucht, dem monarchischen Prinzipe in Italien eine feste Anlehnung an diesen Bund zu gewähren. Ich war nicht ohne Hoffnung auf einen dauernden Erfolg, als im September 1872 die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin, demnächst die Besuche meines Kaisers in Petersburg im Mai, des Königs von Italien in Berlin im September, des deutschen Kaisers in Wien im October des folgenden Jahres stattfanden. Die erste Trübung dieser Hoffnung wurde 1875 verursacht durch die Hetzereien des Fürsten Gortschakow[1]), der die Lüge verbreitete, daß wir Frankreich, bevor es sich von seinen Wunden erholt hätte, zu überfallen beabsichtigten.

Ich bin zur Zeit der Luxemburger Frage (1867) ein grundsätzlicher Gegner von Präventivkriegen gewesen, d. h. von Angriffskriegen, die wir nur deshalb führen würden, weil wir vermutheten, daß wir sie später mit dem besser gerüsteten Feinde zu bestehn haben würden[2]). Daß wir 1875 Frankreich besiegt haben würden, war nach der Ansicht unsrer Militärs wahrscheinlich; aber nicht so wahrscheinlich war es, daß die übrigen Mächte neutral geblieben sein würden. Wenn schon in den letzten Monaten vor den Versailler Verhandlungen die Gefahr europäischer Einmischung mich täglich beängstigte, so würde die scheinbare Gehässigkeit eines Angriffs, den wir unternommen hätten, nur um Frankreich nicht wieder zu Athem kommen zu lassen, einen willkommnen Vorwand zunächst für englische Humanitätsphrasen geboten haben, dann aber auch für Rußland, um aus der Politik der persönlichen Freundschaft der beiden Kaiser einen Uebergang zu der des kühlen russi-

[1]) Kap. 26, s. o. S. 201 f.

[2]) S. o. S. 204 ff. den Brief Bismarck's an den Kaiser vom 13. Aug. 1875.

schen Staatsinteresses zu finden, das 1814 und 1815 bei Absteckung des französischen Gebiets maßgebend gewesen war. Daß es für die russische Politik eine Grenze giebt, über die hinaus das Gewicht Frankreichs in Europa nicht vermindert werden darf, ist erklärlich. Dieselbe war, wie ich glaube, mit dem Frankfurter Frieden erreicht, und diese Thatsache war vielleicht 1870 und 1871 in Petersburg noch nicht in dem Maße zum Bewußtsein gekommen, wie fünf Jahre später. Ich glaube kaum, daß das russische Cabinet während unsres Krieges deutlich vorausgesehn hat, daß es nach demselben ein so starkes und consolidirtes Deutschland zum Nachbar haben würde. Im Jahre 1875 nahm ich an, daß an der Newa schon einige Zweifel darüber herrschten, ob es richtig gewesen sei, die Dinge so weit kommen zu lassen, ohne in die Entwicklung einzugreifen. Die aufrichtige Freundschaft und Verehrung Alexander's II. für seinen Oheim deckten das Unbehagen, das die amtlichen Kreise bereits empfanden. Hätten wir damals den Krieg erneuern wollen, nur um das kranke Frankreich nicht genesen zu lassen, so würde unzweifelhaft nach einigen mißlungnen Conferenzen zur Verhütung des Kriegs unsre Kriegführung sich in Frankreich in der Lage befunden haben, die ich in Versailles bei der Verschleppung der Belagrung befürchtet hatte. Die Beendigung des Kriegs würde nicht durch einen Friedensschluß unter vier Augen, sondern in einem Congresse zu Stande gekommen sein, wie 1814 unter Zuziehung des besiegten Frankreich, und vielleicht bei der Mißgunst, der wir ausgesetzt waren, ebenso wie damals unter Leitung eines neuen Talleyrand.

Ich hatte schon in Versailles befürchtet, daß die Betheiligung Frankreichs an den Londoner Conferenzen über die das Schwarze Meer betreffenden Clauseln des Pariser Friedens dazu benutzt werden könnte, um mit der Dreistigkeit, die Talleyrand in Wien bewiesen hatte, die deutsch-französische Frage als Pfropfreis auf die programmmäßigen Erörtrungen zu setzen. Aus dem Grunde habe ich, trotz vielseitiger Befürwortung, die Betheiligung Favre's an

jener Conferenz durch äußre und innre Einflüsse verhindert. Ob Frankreich 1875 unserm Anfalle gegenüber in seiner Vertheidigung so schwach gewesen sein würde, wie unsre Militärs annahmen, erscheint fraglich, wenn man sich erinnert, daß in dem französisch-englisch-östreichischen Vertrage vom 3. Januar 1815 das besiegte und (noch theilweise besetzte)[1] durch zwanzig Kriegsjahre erschöpfte Frankreich doch noch bereit war, für die Coalition gegen Preußen und Rußland 150000 Mann sofort und demnächst 300000 in's Feld zu führen. Die 300000 in unsrer Gefangenschaft gewesenen altgedienten Soldaten befanden sich wieder in Frankreich, und wir hätten die russische Macht schließlich wohl nicht wie im Januar 1815 (als Bundesgenossen auf unsrer Seite, auch nicht wie während des deutsch-französischen Kriegs)[2] wohlwollend neutral, sondern vielleicht feindlich hinter uns gehabt. Aus dem Gortschakow'schen Circular-Telegramm vom Mai 1875[3] an alle russischen Gesandschaften geht hervor, daß die russische Diplomatie bereits zu einer Thätigkeit gegen unsre angebliche Neigung zur Friedensstörung veranlaßt worden war.

Auf diese Episode folgten die unruhigen Bestrebungen des russischen Reichskanzlers, unsre und besonders meine persönlich guten Beziehungen zum Kaiser Alexander zu trüben, unter anderm dadurch, daß er, wie im 28. Kapitel erzählt ist, durch Vermittlung des Generals von Werder die Ablehnung des Versprechens der Neutralität für den Fall eines russisch-östreichischen Krieges von mir erpreßte. Daß das russische Cabinet sich alsdann direct und im

---

[1]) Die in Klammern gesetzten Worte enthalten einen Irrthum. Nach dem ersten Pariser Frieden wurde Frankreich alsbald geräumt; nach dem zweiten Pariser Frieden blieben Teile des Landes einige Jahre lang besetzt.

[2]) Die in Klammern gesetzten Worte fehlen in der ersten Ausgabe infolge eines erst nachträglich bemerkten Irrthums des Abschreibers.

[3]) S. o. S. 201.

Geheimen an das Wiener wandte, bezeichnet wiederum eine Phase der Gortschakow'schen Politik, die meinem Streben nach einem monarchisch-conservativen Dreibunde nicht günstig war.

II.

Graf Schuwalow hatte vollkommen Recht, wenn er mir sagte, daß mir der Gedanke an Coalitionen böse Träume verursache[1]). Wir hatten gegen zwei der europäischen Großmächte siegreiche Kriege geführt; es kam darauf an, wenigstens einen der beiden mächtigen Gegner, die wir im Felde bekämpft hatten, der Versuchung zu entziehn, die in der Aussicht lag, im Bunde mit andern Revanche nehmen zu können. Daß Frankreich das nicht sein konnte, lag für jeden Kenner der Geschichte und der gallischen Nationalität auf der Hand, und wenn ein geheimer Vertrag von Reichstadt ohne unsre Zustimmung und unser Wissen möglich war, so war auch die alte Kaunitz'sche Coalition von Frankreich, Oestreich, Rußland nicht unmöglich, sobald die ihr entsprechenden, in Oestreich latent vorhandnen Elemente dort an das Ruder kamen. Sie konnten Anknüpfungspunkte finden, von denen aus sich die alte Rivalität, das alte Streben nach deutscher Hegemonie als Factor der östreichischen Politik wieder beleben ließ in Anlehnung, sei es an Frankreich, die zur Zeit des Grafen Beust und der Salzburger Begegnung mit Louis Napoleon, August 1867, in der Luft schwebte, sei es in Annäherung an Rußland, wie sie sich in dem geheimen Abkommen von Reichstadt erkennen ließ.

Die Frage, welche Unterstützung Deutschland von England in einem solchen Falle zu erwarten haben würde, will ich nicht ohne Weitres im Rückblick auf die Geschichte des siebenjährigen Kriegs und des Wiener Congresses beantworten, es aber doch als wahrscheinlich bezeichnen, daß ohne die Siege Friedrich's des Großen die Sache des Königs

[1]) S. o. S. 253.

von Preußen damals noch früher von England wäre fallen gelassen worden.

In dieser Situation lag die Aufforderung zu dem Versuch, die Möglichkeit der antideutschen Coalition durch vertragsmäßige Sicherstellung der Beziehungen zu wenigstens einer der Großmächte einzuschränken. Die Wahl konnte nur zwischen Oestreich und Rußland stehn, da die englische Verfassung Bündnisse von gesicherter Dauer nicht zuläßt und die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen eine Coalition der drei übrigen Großmächte auch dann nicht gewährte, wenn die zukünftige Haltung und Gestaltung Italiens nicht nur von Frankreich, sondern auch von Oestreich unabhängig gedacht wurde. Es blieb, um das Feld der Coalitionsbildung zu verkleinern, nur die bezeichnete Wahl.

Für materiell stärker hielt ich die Verbindung mit Rußland. Sie hatte mir früher auch als sichrer gegolten, weil ich die traditionelle dynastische Freundschaft, die Gemeinsamkeit des monarchischen Erhaltungstriebs und die Abwesenheit aller eingebornen Gegensätze in der Politik für sichrer hielt als die wandelbaren Eindrücke der öffentlichen Meinung in der ungarischen, slavischen und katholischen Bevölkerung der habsburgischen Monarchie. Absolut sicher für die Dauer war keine der beiden Verbindungen, weder das dynastische Band mit Rußland, noch das populäre ungarisch-deutscher Sympathie. Wenn in Ungarn stets die besonnene politische Erwägung den Ausschlag gäbe, so würde diese tapfre und unabhängige Nation sich darüber klar bleiben, daß sie als Insel in dem weiten Meere slavischer Bevölkerungen sich bei ihrer verhältnißmäßig geringen Ziffer nur durch Anlehnung an das deutsche Element in Oestreich und in Deutschland sicher stellen kann. Aber die Kossuth'sche Episode und die Unterdrückung der reichstreuen deutschen Elemente in Ungarn selbst und andre Symptome zeigten, daß in kritischen Momenten das Selbstvertraun des ungarischen Husaren und Advocaten stärker ist als die politische Berechnung und die Selbstbeherrschung.

Läßt doch auch in ruhigen Zeiten mancher Magyar sich von den Zigeunern das Lied „Der Deutsche ist ein Hundsfott" aufspielen!

Zu den Bedenken über die zukünftigen östreichisch-deutschen Beziehungen kam der Mangel an Augenmaß für politische Möglichkeiten, infolge dessen das deutsche Element in Oestreich die Fühlung mit der Dynastie und die Leitung verloren hat, die ihm in der geschichtlichen Entwicklung zugefallen war. Zu Sorgen für die Zukunft eines östreichisch-deutschen Bundes gab ferner die confessionelle Frage Anlaß, die Erinnrung an den Einfluß der Beichtväter der Kaiserlichen Familie, die Möglichkeit der Herstellung französischer Beziehungen auf katholisirender Unterlage, sobald in Frankreich eine entsprechende Wandlung der Form und der Prinzipien der Staatsleitung eingetreten wäre. Wie fern oder wie nahe eine solche in Frankreich liegt, entzieht sich jeder Berechnung.

Dazu kam endlich die polnische Seite der östreichischen Politik. Wir können von Oestreich nicht verlangen, daß es auf die Waffe verzichte, die es in der Pflege des Polenthums in Galizien Rußland gegenüber besitzt. Die Politik, die 1846 dazu führte, daß östreichische Beamte Preise auf die Köpfe polnischer Insurgenten setzten, war möglich, weil Oestreich die Vortheile der heiligen Allianz, des Bündnisses der drei Ostmächte, durch ein adäquates Verhalten in den polnischen und orientalischen Dingen bezahlte, gleichsam durch einen Assecuranzbeitrag zu einem gemeinsamen Geschäfte. Bestand der Dreibund der Ostmächte, so konnte Oestreich seine Beziehungen zu den Ruthenen in den Vordergrund stellen; löste er sich auf, so war es rathsamer, den polnischen Adel für den Fall eines russischen Kriegs zur Verfügung zu haben. Galizien ist überhaupt der östreichischen Monarchie lockrer angefügt als Posen und Westpreußen der preußischen. Die östreichische, gegen Osten offne Provinz ist außerhalb der Grenzmauer der Karpathen künstlich angeklebt, und Oestreich könnte ohne sie ebenso gut bestehn, wenn es für die 5 oder 6 Millionen Polen

und Ruthenen einen Ersatz innerhalb des Donaubeckens fände. Pläne der Art in Gestalt eines Eintauschs rumänischer und südslavischer Bevölkerungen gegen Galizien, unter Herstellung Polens mit einem Erzherzoge an der Spitze, sind während des Krimkriegs und 1863 von berufner und unberufner Seite erwogen worden. Die alten preußischen Provinzen aber sind von Posen und Westpreußen durch keine natürliche Grenze getrennt, und der Verzicht auf sie wäre unausführbar. Die Frage der Zukunft Polens ist deshalb unter den Vorbedingungen eines deutsch-östreichischen Kriegsbündnisses eine besonders schwierige.

III.

In dieser Erwägung nöthigte mich der drohende Brief des Kaisers Alexander (1879) zu festem Entschlusse behufs Abwehr und Wahrung unsrer Unabhängigkeit von Rußland. Ein östreichisches Bündniß war ziemlich bei allen Parteien populär, bei den Conservativen aus einer geschichtlichen Tradition, bezüglich deren man zweifelhaft sein kann, ob sie grade von dem Standpunkt einer conservativen Fraction heut zu Tage als folgerichtig gelten könne. Thatsache ist aber, daß die Mehrheit der Conservativen in Preußen die Anlehnung an Oestreich als ihren Tendenzen entsprechend ansieht, auch wenn vorübergehend eine Art von Wettlauf im Liberalismus zwischen den beiden Regirungen stattfand. Der conservative Nimbus des östreichischen Namens überwog bei den meisten Mitgliedern dieser Fraction den Eindruck der theils überwundnen, theils neuen Vorstöße auf dem Gebiete des Liberalismus und der gelegentlichen Neigung zu Annäherungen an die Westmächte und speciell an Frankreich. Noch näher lagen die Erwägungen, welche den Katholiken den Bund mit der vorwiegend katholischen Großmacht als nützlich erscheinen ließen. Der nationalliberalen Partei war ein vertragsmäßig verbrieftes Bündniß des neuen Deutschen Reichs mit Oestreich ein Weg, auf dem man der Lösung der 1848er Cirkelquadratur näher kam, ohne an den Schwierigkeiten

zu scheitern, die einer unitarischen Verbindung nicht nur zwischen Oestreich und Preußen-Deutschland, sondern schon innerhalb des östreichisch-ungarischen Gesammtreichs entgegen standen. Es gab also auf unserm parlamentarischen Gebiete außer der socialdemokratischen Partei, deren Zustimmung überhaupt zu keiner Art von Regirungspolitik zu haben war, keinen Widerspruch gegen und sehr viel Vorliebe für das Bündniß mit Oestreich.

Auch die Traditionen des Völkerrechts waren von den Zeiten des Römischen Reichs deutscher Nation und des Deutschen Bundes her theoretisch darauf zugeschnitten, daß zwischen dem gesammten Deutschland und der habsburgischen Monarchie eine staatsrechtliche Verbindung bestand, durch welche diese mitteleuropäischen Ländermassen theoretisch zum gegenseitigen Beistande verpflichtet erschienen. Praktisch allerdings ist ihre politische Zusammengehörigkeit in der Vorgeschichte nur selten zum Ausdruck gekommen; aber man konnte Europa und namentlich Rußland gegenüber mit Recht geltend machen, daß ein dauernder Bund zwischen Oestreich und dem heutigen Deutschen Reiche völkerrechtlich nichts Neues sei. Diese Fragen der Popularität in Deutschland und des Völkerrechts standen jedoch für mich in zweiter Linie und waren zu erwägen als Hülfsmittel für die eventuelle Ausführung. Im Vordergrunde stand die Frage, ob der Durchführung des Gedankens sofort näher zu treten und mit welchem Maße von Entschiedenheit der voraussichtliche Widerstand des Kaisers Wilhelm aus Gründen, die weniger der Politik als dem Gemüthsleben angehörten, zu bekämpfen sein würde. Mir erschienen die Gründe, die in der politischen Situation uns auf ein östreichisches Bündniß hinwiesen, so zwingender Natur, daß ich nach einem solchen auch gegen den Widerstand unsrer öffentlichen Meinung gestrebt haben würde.

IV.

Als Kaiser Wilhelm sich nach Alexandrowo begab (3. September), hatte ich schon in Gastein eine Begegnung mit

dem Grafen Andrassy eingeleitet, die am 27. und 28. August stattfand.

Nachdem ich ihm die Lage dargelegt hatte, zog er daraus die Folgerung mit den Worten: „Gegen ein russisch-französisches Bündniß ist der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches.“ Ich erwiderte, daß er damit die Frage formulirt habe, zu deren Besprechung ich unsre Zusammenkunft angeregt hätte, und wir kamen leicht zu einer vorläufigen Verständigung über ein rein defensives Bündniß gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Theilen, dagegen fand mein Vorschlag, das Bündniß auch auf andre als russische Angriffe auszudehnen, bei dem Grafen keinen Anklang.

Nachdem ich nicht ohne Schwierigkeit die Ermächtigung Sr. Majestät dazu erlangt hatte, in amtliche Verhandlungen einzutreten, nahm ich zu dem Zwecke meinen Rückweg über Wien.

Vor meiner Abreise von Gastein richtete ich am 10. September folgendes Schreiben an den König von Baiern:

„Gastein, den 10. September 1879.

Eure Majestät haben früher die Gnade gehabt, Allerhöchstihre Zufriedenheit mit den Bestrebungen auszusprechen, welche meinerseits dahin gerichtet waren, dem Deutschen Reiche Frieden und Freundschaft mit den beiden großen Nachbarreichen Oestreich und Rußland gleichmäßig zu erhalten[1]). Im Laufe der letzten drei Jahre ist diese Aufgabe um so schwieriger geworden, je mehr die russische Politik dem Einflusse der theils kriegerischen, theils revolutionären Tendenzen des Panslavismus sich hingegeben hat. Schon im Jahre 1876 wurde uns von Livadia aus wiederholentlich die Forderung gestellt, uns darüber in verbindlicher Form zu erklären, ob das Deutsche Reich in einem Kriege zwischen Rußland und Oestreich neutral bleiben werde. Es gelang nicht, dieser Erklärung auszuweichen, und das russische Kriegswetter zog einstweilen nach dem

[1]) S. Bd. I S. 388 ff.

Balkan ab. Die auch nach dem Congresse noch immer großen Erfolge, welche die russische Politik infolge dieses Kriegs gewonnen hat, haben leider die Erregtheit der russischen Politik nicht in dem Maße abgekühlt, wie es für das friedliebende Europa wünschenswerth wäre. Die russischen Bestrebungen sind unruhig und friedlos geblieben; der Einfluß des panslavistischen Chauvinismus auf die Stimmungen des Kaisers Alexander hat sich gesteigert, und mit der, wie es leider scheint, ernstlichen Ungnade des Grafen Schuwalow hat dessen Werk, der Berliner Congreß, seine Verurtheilung durch den Kaiser erfahren. Der leitende Minister, insoweit es einen solchen in Rußland gegenwärtig giebt, ist der Kriegsminister Milutin. Auf sein Verlangen sind jetzt nach dem Frieden, wo Rußland von niemand bedroht ist, die gewaltigen Rüstungen erfolgt, welche trotz der Finanzopfer des Kriegs den Friedensstand des russischen Heers um 56000, den Stand der mobilen westlichen Kriegsarmee um fast 400000 Mann steigerten. Diese Rüstungen können nur gegen Oestreich oder Deutschland bestimmt sein, und die Truppenaufstellungen im Königreich Polen entsprechen einer solchen Bestimmung. Der Kriegsminister hat auch den technischen Commissionen*) gegenüber rückhaltlos geäußert, daß Rußland sich auf einen Krieg ‚mit Europa' einrichten müsse.

Wenn es zweifellos ist, daß der Kaiser Alexander, ohne den Türkenkrieg zu wollen, unter dem Drucke der panslavistischen Einflüsse denselben dennoch geführt hat, und wenn inzwischen dieselbe Partei ihren Einfluß dadurch gesteigert hat, daß dem Kaiser die Agitation, welche hinter ihr steht, heut mehr und gefährlichern Eindruck macht als früher, so liegt die Befürchtung nahe, daß es ihr ebenso gelingen kann, die Unterschrift des Kaisers Alexander für weitre kriegerische Unternehmungen nach Westen zu gewinnen. Die europäischen Schwierigkeiten, welchen Ruß-

*) Welche gewisse Bestimmungen des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 auszuführen hatten.

land auf diesem Wege begegnen könnte, können einen Minister wie Milutin oder Makoff wenig schrecken, wenn es wahr ist, was die Conservativen in Rußland befürchten, daß die Bewegungspartei, indem sie Rußland in schwere Kriege zu verwickeln sucht, weniger einen Sieg Rußlands über das Ausland, als einen Umsturz im Innern Rußlands erstrebt.

Ich kann mich unter diesen Umständen der Ueberzeugung nicht erwehren, daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, in der Zukunft, vielleicht auch in naher Zukunft, bedroht sei. Die nach unsern Berichten in jüngster Zeit versuchten Ermittlungen, ob Rußland in Frankreich und Italien, wenn es Krieg beginnt, Beistand finden würde, haben freilich ein negatives Resultat ergeben. Italien ist machtlos befunden worden, und Frankreich hat erklärt, daß es jetzt keinen Krieg wolle und im Bunde mit Rußland allein sich für einen Angriffskrieg gegen Deutschland nicht stark genug fühle.

In dieser Lage hat nun Rußland in den letzten Wochen an uns Forderungen gestellt, welche darauf hinausgehn, daß wir definitiv zwischen Rußland und Oestreich optiren sollen, indem wir die deutschen Mitglieder der orientalischen Commissionen anwiesen, in den zweifelhaften Fragen mit Rußland zu stimmen, während in diesen Fragen unsrer Meinung nach die richtige Auslegung der Congreßbeschlüsse auf Seiten der durch Oestreich, England und Frankreich gebildeten Majorität ist, und Deutschland deshalb mit dieser gestimmt hat, so daß Rußland theils mit, theils ohne Italien allein die Minorität bildet. Obschon diese Fragen, wie z. B. die Lage der Brücke bei Silistria, die der Türkei vom Congreß concedirte Militärstraße in Bulgarien, die Verwaltung der Post und Telegraphie und der Grenzstreit über einzelne Dörfer an sich im Vergleich mit dem Frieden großer Reiche sehr unbedeutende sind, so war das russische Verlangen, daß wir in Betreff derselben nicht mehr mit Oestreich, sondern mit Rußland stimmen sollten, nicht einmal, sondern wiederholt von unzweideutigen

Drohungen begleitet bezüglich der Folgen, welche unsre Weigerung eventuell für die internationalen Beziehungen beider Länder haben würde. Diese auffällige Thatsache war, da sie mit dem Rücktritt des Grafen Andrassy*) zusammenfiel, geeignet, die Besorgniß zu erwecken, daß zwischen Rußland und Oestreich eine geheime Verständigung zum Nachtheile Deutschlands stattgefunden hätte. Diese Besorgniß ist aber unbegründet; Oestreich fühlt gegenüber der Unruhe der russischen Politik dasselbe Unbehagen wie wir und scheint zu einer Verständigung mit uns behufs gemeinsamer Abwehr eines etwaigen russischen Angriffs auf eine der beiden Mächte geneigt zu sein.

Ich würde es für eine wesentliche Garantie des europäischen Friedens und der Sicherheit Deutschlands halten, wenn das Deutsche Reich auf eine solche Abmachung mit Oestreich einginge, welche zum Zweck hätte, den Frieden mit Rußland nach wie vor sorgfältig zu pflegen, aber wenn trotzdem eine der beiden Mächte angegriffen würde, einander beizustehn. Im Besitze dieser gegenseitigen Assecuranz könnten beide Reiche sich nach wie vor der erneuten Befestigung des Dreikaiserbunds widmen. Das Deutsche Reich im Bunde mit Oestreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren und bei der friedfertigen Politik der beiden großen Reichskörper den Frieden Europas mit zwei Millionen Streitern verbürgen. Der rein defensive Charakter dieser gegenseitigen Anlehnung der beiden deutschen Mächte aneinander könnte auch für niemand etwas Herausforderndes haben, da dieselbe gegenseitige Assecuranz beider in dem deutschen Bundesverhältniß von 1815 schon 50 Jahre völkerrechtlich bestanden hat.

Unterbleibt jedes Abkommen derart, so wird man es

*) Am 14. August hatte der Kaiser Franz Joseph die von dem Grafen Andrassy nachgesuchte Entlassung im Prinzip genehmigt, sich aber die definitive Enthebung vorbehalten, bis über den Nachfolger Beschluß gefaßt sei. Der Graf verstand sich dazu, noch einige Zeit in Function zu bleiben, um das Bündniß mit Deutschland zu Stande zu bringen. Am 8. October wurde seine Verabschiedung und die Ernennung seines Nachfolgers Haymerle veröffentlicht.

Oestreich nicht verargen können, wenn es unter dem Drucke russischer Drohungen und ohne Gewißheit über Deutschland schließlich entweder bei Frankreich oder bei Rußland selbst nähere Fühlung sucht. Träte der letztre Fall ein, so wäre Deutschland bei seinem Verhältniß zu Frankreich der gänzlichen Isolirung auf dem Continent ausgesetzt. Nähme Oestreich aber bei Frankreich und England Fühlung, ähnlich wie 1854, so wäre Deutschland auf Rußland allein angewiesen und wenn es sich nicht isoliren wollte, an die wie ich fürchte fehlerhaften und gefährlichen Bahnen der russischen innern und äußern Politik gebunden.

Zwingt uns Rußland, zwischen ihm und Oestreich zu optiren, so glaube ich, daß Oestreich die conservative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unsichre.

Ich wage mich der Hoffnung hinzugeben, daß Eure Majestät nach Allerhöchstdero mir bekannter politischer Auffassung meine vorstehende Ueberzeugung theilen, und würde glücklich sein, wenn ich darüber vergewissert werden könnte.

Die Schwierigkeiten der Aufgabe, welche ich mir stelle, sind an sich groß, aber sie werden noch wesentlich gesteigert durch die Nothwendigkeit, eine so umfängliche und vielseitige Angelegenheit schriftlich von hier aus zu verhandeln, wo ich lediglich auf meine eigne, durch die bisherige Ueberanstrengung ganz unzulänglich gewordne Arbeitskraft reducirt bin. Ich habe aus Gesundheitsrücksichten meinen Aufenthalt hier schon verlängern müssen, hoffe aber nach dem 20. ds. M. meine Rückreise über Wien antreten zu können. Wenn es bis dahin nicht gelingt, wenigstens prinzipiell zu einer Gewißheit zu gelangen, so wird, wie ich fürchte, die jetzt günstige Gelegenheit versäumt sein, und bei dem Rücktritt Andrassy's läßt sich nicht vorhersehn, ob sie jemals wiederkehren wird.

Wenn ich für meine Pflicht halte, meine Ansicht über die Lage und die Politik des Deutschen Reichs in Ehrfurcht zu Eurer Majestät Kenntniß zu bringen, so wollen Allerhöchstdieselben der Thatsache in Gnaden Rechnung

tragen, daß Graf Andrassy und ich uns die Geheimhaltung des vorstehend dargelegten Planes gegenseitig zugesagt haben und bisher nur Ihre Majestäten die beiden Kaiser Kenntniß haben von der Absicht ihrer leitenden Minister, eine Vereinbarung zwischen Allerhöchstdenselben herbeizuführen."

Ich füge zur Vervollständigung die Antwort des Königs, sowie meine Erwiderung bei:

„Mein lieber Fürst von Bismarck!

Mit aufrichtigem Bedauern entnahm ich Ihrem Schreiben vom 10. d. M., daß die Wirkung Ihrer Kissinger und Gasteiner Badecur durch anstrengende und aufregende Geschäftsthätigkeit beeinträchtigt wurde. Ihrer ausführlichen Darlegung des gegenwärtigen Standes der Politik bin ich mit dem größten Interesse gefolgt und spreche Ihnen hiefür meinen lebhaften Dank aus. Sollte es zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland zu kriegerischen Verwickelungen kommen, so würde mich eine so tief beklagenswerthe Aenderung in den gegenseitigen Beziehungen beider Reiche auf das Schmerzlichste berühren, und noch gebe ich mich der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, einer solchen Wendung der Dinge durch eine im friedlichen Sinne sich geltend machende Einwirkung auf Seine Majestät den Kaiser von Rußland vorzubeugen. Unter allen Umständen jedoch dürfen Ihre Bestrebungen für einen engen Anschluß des Deutschen Reichs an Oesterreich-Ungarn meines vollen Beifalles und meiner angelegentlichsten Wünsche für einen glücklichen Erfolg versichert sein.

Mit dem Wunsche, daß Sie neu gekräftigt in die Heimath zurückkehren mögen, verbinde ich gerne die wiederholte Versicherung besonderer Werthschätzung, mit welcher ich bin und stets verbleibe

Berg, den 16. September 1879.

Ihr

aufrichtiger Freund

Ludwig."

„Gastein, 19. 9. 1879.

Mit ehrfurchtsvollem Danke habe ich Eurer Majestät gnädiges Schreiben vom 16. d. M. erhalten und daraus zu meiner Freude das Allerhöchste Einverständniß mit meinen Bestrebungen nach gegenseitiger Anlehnung mit Oestreich-Ungarn entnommen. In Betreff der Beziehungen zu Rußland bemerke ich allerunterthänigst, daß die Gefahr kriegerischer Verwicklungen, welche auch ich nicht nur politisch, sondern auch persönlich auf das Tiefste beklagen würde, nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten nicht unmittelbar bevorsteht, uns vielmehr nur dann nähertreten würde, wenn Frankreich zu einem gemeinsamen Vorgehn mit Rußland bereit wäre. Dies ist bisher nicht der Fall, und unsre Politik wird nach den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers nichts unterlassen, um den Frieden des Reichs mit Rußland durch Einwirkung auf Seine Majestät den Kaiser Alexander nach wie vor zu pflegen und zu befestigen. Die Verhandlungen über einen engern gegenseitigen Anschluß mit Oestreich haben nur friedliche, defensive Ziele und daneben die Fördrung der nachbarlichen Verkehrsverhältnisse zum Ziele.

In der Absicht, Gastein morgen zu verlassen, hoffe ich am Sonntag in Wien einzutreffen.

Mit unterthänigstem Danke für Eurer Majestät huldreiche Theilnahme an meiner Gesundheit verharre ich in tiefster Ehrfurcht

Eurer Majestät
unterthänigster Diener
v. Bismarck."

V.

Auf der langen Fahrt von Gastein über Salzburg und Linz wurde mein Bewußtsein, daß ich mich auf rein deutschem Gebiete und unter deutscher Bevölkerung befand, durch die entgegenkommende Haltung des Publikums auf den Stationen vertieft. In Linz war die Masse so groß und ihre Stimmung so erregt, daß ich aus Besorgniß, in

Wiener Kreisen Mißverständnisse zu erregen, die Vorhänge der Fenster meines Wagens vorzog, auf keine der wohlwollenden Kundgebungen reagirte und abfuhr, ohne mich gezeigt zu haben. In Wien fand ich eine ähnliche Stimmung in den Straßen, die Begrüßungen der dicht gedrängten Menge waren so zusammenhängend, daß ich, da ich in Civil war, in die unbequeme Nothwendigkeit gerieth, die Fahrt zum Gasthofe so gut wie mit bloßem Kopfe zurückzulegen. Auch während der Tage, die ich in dem Gasthofe zubrachte, konnte ich mich nicht am Fenster zeigen, ohne freundliche Demonstrationen der dort Wartenden oder Vorübergehenden hervorzurufen. Diese Kundgebungen vermehrten sich, nachdem der Kaiser Franz Joseph mir die Ehre erzeigt hatte, mich zu besuchen. Alle diese Erscheinungen waren der unzweideutige Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung der Hauptstadt und der durchreisten deutschen Provinzen, eine enge Freundschaft mit dem neuen Deutschen Reiche als Signatur der Zukunft beider Großmächte sich bilden zu sehn. Daß dieselben Sympathien im Deutschen Reiche, im Süden noch mehr als im Norden, bei den Conservativen mehr als bei der Opposition, im katholischen Westen mehr als im evangelischen Osten, der Blutsverwandschaft entgegenkamen, war mir nicht zweifelhaft. Die angeblich confessionellen Kämpfe des dreißigjährigen Kriegs, die einfach politischen des siebenjährigen und die diplomatischen Rivalitäten vom Tode Friedrich's des Großen bis 1866 hatten das Gefühl dieser Verwandschaft nicht erstickt, so sehr sonst der Deutsche auch geneigt ist, den Landsmann, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten wird, mit mehr Eifer zu bekämpfen als den Ausländer. Es ist möglich, daß der slavische Keil, durch den in Gestalt der Czechen die urdeutsche Bevölkerung der östreichischen Stammlande von den nordwestlichen Landsleuten getrennt ist, die Wirkungen, die nachbarliche Reibungen auf Deutsche gleichen Stamms, aber verschiedner dynastischer Angehörigkeit, auszuüben pflegen, abgeschwächt und das germanische Gefühl der Deutsch-Oestreicher ge-

kräftigt hat, das durch den Schutt, den historische Kämpfe hinterlassen, wohl verdeckt, aber nicht erstickt worden ist.

Ich fand bei dem Kaiser Franz Joseph eine sehr huldreiche Aufnahme und die Bereitwilligkeit, mit uns abzuschließen. Um mich der Zustimmung meines allergnädigsten Herrn zu versichern, hatte ich schon in Gastein täglich einen Theil der für die Cur bestimmten Zeit am Schreibtische zugebracht und auseinandergesetzt, daß es nothwendig sei, den Kreis der möglichen gegen uns gerichteten Coalitionen einzuschränken, und daß der zweckmäßigste Weg dazu ein Bündniß mit Oestreich sei. Ich hatte freilich wenig Hoffnung, daß der todte Buchstabe meiner Abhandlungen die mehr auf Gemüthsregungen als auf politischer Erwägung beruhende Auffassung Sr. Majestät ändern werde. Der Abschluß eines Vertrags, dessen wenn auch defensives doch kriegerisches Ziel ein Ausdruck des Mißtrauns gegen den Freund und Neffen war, mit dem er eben in Alexandrowo von Neuem unter Thränen und in der vollsten Aufrichtigkeit des Herzens die Versichrungen der althergebrachten Freundschaft ausgetauscht hatte, lief zu sehr gegen die ritterlichen Gefühle, mit denen der Kaiser sein Verhältniß zu einem ebenbürtigen Freunde auffaßte. Ich zweifelte zwar nicht, daß die gleiche rückhaltlose Ehrlichkeit des Empfindens bei dem Kaiser Alexander vorhanden war; aber ich wußte, daß er nicht die Schärfe des politischen Urtheils und nicht die Arbeitsamkeit besaß, die ihn dauernd gegen die unaufrichtigen Einflüsse seiner Umgebung gedeckt hätten, auch nicht die gewissenhafte Zuverlässigkeit in persönlichen Beziehungen, die meinen hohen Herrn auszeichnete. Die Offenheit, die der Kaiser Nicolaus im Guten wie im Bösen bewiesen hatte, war auf die weichre Natur seines Nachfolgers nicht vollständig übergegangen; auch weiblichen Einflüssen gegenüber war die Unabhängigkeit des Sohns nicht auf derselben Höhe wie die des Vaters. Nun ist aber die einzige Bürgschaft für die Dauer der russischen Freundschaft die Persönlichkeit des regirenden Kaisers, und sobald letztre eine minder sichre Unterlage gewährt,

als Alexander I., der 1813 eine auf demselben Throne nicht immer vorauszusetzende Treue gegen das preußische Königshaus bewährt hat, wird man auf das russische Bündniß, wenn man seiner bedarf, nicht jederzeit in dem vollen Maße des Bedürfnisses rechnen können.

Schon im vorigen Jahrhundert war es gefährlich, auf die zwingende Gewalt eines Bündnißtextes zu rechnen, wenn die Verhältnisse, unter denen er geschrieben war, sich geändert hatten; heut zu Tage aber ist es für eine große Regirung kaum möglich, die Kraft ihres Landes für ein andres befreundetes voll einzusetzen, wenn die Ueberzeugung des Volks es mißbilligt. Es gewährt deshalb der Wortlaut eines Vertrags dann, wenn er zur Kriegführung zwingt, nicht mehr die gleichen Bürgschaften wie zur Zeit der Cabinetskriege, die mit Heeren von 30 bis 60000 Mann geführt wurden; ein Familienkrieg, wie ihn Friedrich Wilhelm II. für seinen Schwager in Holland[1]) führte, ist heut schwer in Scene zu setzen, und für einen Krieg, wie Nicolaus ihn 1849 in Ungarn führte, finden sich die Vorbedingungen nicht leicht wieder. Indessen ist auf die Diplomatie in den Momenten, wo es sich darum handelt, einen Krieg herbeizuführen oder zu vermeiden, der Wortlaut eines klaren und tiefgreifenden Vertrags nicht ohne Einfluß. Die Bereitwilligkeit zum zweifellosen Wortbruch pflegt auch bei sophistischen und gewaltthätigen Regirungen nicht vorhanden zu sein, so lange nicht die force majeure unabweislicher Interessen eintritt.

Alle Erwägungen und Argumente, die ich dem in Baden befindlichen Kaiser schriftlich aus Gastein, aus Wien und demnächst aus Berlin unterbreitete, waren ohne die gewünschte Wirkung. Um die Zustimmung des Kaisers zu dem von mir mit Andrassy vereinbarten und von dem Kaiser Franz Joseph unter der Voraussetzung, daß Kaiser Wilhelm dasselbe thun würde, genehmigten Vertragsentwurfe herbeizuführen, war ich genöthigt, zu dem für mich sehr peinlichen Mittel der Cabinetsfrage zu greifen, und

[1]) Wilhelm V.

es gelang mir, meine Collegen für mein Vorhaben zu gewinnen. Da ich selbst von den Anstrengungen der letzten Wochen und von der Unterbrechung der Gasteiner Cur zu angegriffen war, um die Reise nach Baden-Baden zu machen, so übernahm sie Graf Stolberg; er führte die Verhandlungen, wenn auch unter starkem Widerstreben Sr. Majestät, glücklich zu Ende[1]). Der Kaiser war von den politischen Argumenten nicht überzeugt worden, sondern ertheilte das Versprechen, den Vertrag zu ratificiren, nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel in dem Ministerium. Der Kronprinz war von Hause aus für das östreichische Bündniß lebhaft eingenommen, aber ohne Einfluß auf seinen Vater.

Der Kaiser hielt es in seinem ritterlichen Sinne für erforderlich, den Kaiser von Rußland vertraulich darüber zu verständigen[2]), daß er, wenn er eine der beiden Nachbarmächte angriffe, beide gegen sich haben werde, damit Kaiser Alexander nicht etwa irrthümlich annehme, Oestreich allein angreifen zu können. Mir schien diese Besorgniß ungegründet, da das Petersburger Cabinet schon aus unsrer Beantwortung der aus Livadia an uns gerichteten Frage wissen mußte, daß wir Oestreich nicht würden fallen lassen, durch unsern Vertrag mit Oestreich also eine neue Situation nicht geschaffen, nur die vorhandne legalisirt wurde.

VI.

Eine Erneurung der Kaunitz'schen Coalition wäre für Deutschland, wenn es in sich geschlossen einig bleibt und

---

[1]) Die auf die Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses bezüglichen Akten sind bei Busch, Bismarck Some secret pages of his history, London, Macmillon and Co., 1898, III 257 ff. in englischer Uebersetzung aus den Originalen veröffentlicht; die deutsche Ausgabe enthält diesen Abschnitt nicht. Einige der Stücke finden sich im Anhang zu Bismarck's Gedanken und Erinnerungen II 521—529.

[2]) Im Schreiben vom 4. Nov. 1879, nach dem Original mitgetheilt in Horst Kohl, Wegweiser durch Bismarck's Gedanken und Erinnerungen S. 178 ff., ebendort S. 180 ff. die Antwort des Zaren vom 14. November 1879.

seine Kriege geschickt geführt werden, zwar keine verzweifelte, aber doch eine sehr ernste Constellation, welche nach Möglichkeit zu verhüten Aufgabe unsrer auswärtigen Politik sein muß. Wenn die geeinte östreichisch-deutsche Macht in der Festigkeit ihres Zusammenhangs und in der Einheitlichkeit ihrer Führung ebenso gesichert wäre wie die russische und die französische, jede für sich betrachtet, es sind, so würde ich, auch ohne daß Italien der Dritte im Bunde wäre, den gleichzeitigen Angriff unsrer beiden großen Nachbarreiche nicht für lebensgefährlich halten. Wenn aber in Oestreich antideutsche Richtungen nationaler oder confessioneller Natur sich stärker als bisher zeigen, wenn russische Versuchungen und Anerbietungen auf dem Gebiet der orientalischen Politik wie zur Zeit Katharina's und Joseph's II. hinzutreten, wenn italienische Begehrlichkeiten Oestreichs Besitz am Adriatischen Meere bedrohn und seine Streitkräfte in ähnlicher Weise wie zu Radetzky's Zeit in Anspruch nehmen sollten: dann würde der Kampf, dessen Möglichkeit mir vorschwebt, ungleicher sein. Es braucht nicht gesagt zu werden, wie viel gefährdeter Deutschlands Lage erscheint, wenn man sich auch Oestreich, nach Herstellung der Monarchie in Frankreich, im Einverständniß beider mit der Römischen Curie, im Lager unsrer Gegner denkt mit dem Bestreben, die Ergebnisse von 1866 aus der Welt zu schaffen.

Diese pessimistische, aber doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegende und durch Vergangnes nicht ungerechtfertigte Vorstellung hatte mich veranlaßt, die Frage anzuregen, ob sich ein organischer Verband zwischen dem Deutschen Reiche und Oestreich-Ungarn empföhle, der nicht wie gewöhnliche Verträge kündbar, sondern der Gesetzgebung beider Reiche einverleibt und nur durch einen neuen Act der Gesetzgebung eines derselben lösbar wäre.

Eine solche Assecuranz hat für den Gedanken etwas Beruhigendes; ob auch im Drange der Ereignisse etwas Sicherstellendes, daran kann man zweifeln, wenn man sich erinnert, daß die theoretisch sehr viel stärker verpflichtende

Verfassung des heiligen Römischen Reichs den Zusammenhalt der deutschen Nation niemals hat sichern können, und daß wir nicht im Stande sein würden, für unser Verhältniß zu Oestreich einen Vertragsmodus zu finden, der in sich eine stärkre Bindekraft trüge als die frühern Bundesverträge, nach denen die Schlacht von Königgrätz theoretisch unmöglich war. Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie „in dem Kampf um's Dasein" auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsclausel außer Kraft gesetzt werden; und ebenso wenig läßt sich durch einen Vertrag das Maß von Ernst und Kraftaufwand sicherstellen, mit dem die Erfüllung geleistet werden wird, sobald das eigne Interesse des Erfüllenden dem unterschriebenen Texte und seiner frühern Auslegung nicht mehr zur Seite steht. Es läßt sich daher, wenn in der europäischen Politik Wendungen eintreten, die für Oestreich-Ungarn eine antideutsche Politik als Staatsrettung erscheinen lassen, eine Selbstaufopfrung für die Vertragstreue ebenso wenig erwarten, wie während des Krimkriegs die Einlösung einer Dankespflicht erfolgte, die vielleicht gewichtiger war als das Pergament eines Staatsvertrags.

Ein Bündniß unter gesetzlicher Bürgschaft wäre eine Verwirklichung der Verfassungsgedanken gewesen, die in der Paulskirche den gemäßigtsten Mitgliedern, den Vertretern des engern reichsdeutschen und des größern österreichisch-deutschen Bunds vorschwebten; aber grade die vertragsmäßige Sicherstellung solcher gegenseitigen Verpflichtungen ist eine Feindin ihrer Haltbarkeit. Das Beispiel Oestreichs aus der Zeit von 1850 bis 1866 ist mir eine Warnung gewesen, daß die politischen Wechsel, die man auf solche Verhältnisse zu ziehn in Versuchung kommt, über die Grenzen des Credits hinausgehn, den unabhängige Staaten in ihren politischen Operationen einander ge-

währen können. Ich glaube deshalb, daß das wandelbare Element des politischen Interesses und seiner Gefahren ein unentbehrliches Unterfutter für geschriebene Verträge ist, wenn sie haltbar sein sollen. Für eine ruhige und erhaltende östreichische Politik ist das deutsche Bündniß das nützlichste.

Die Gefahren, die für unsre Einigkeit mit Oestreich in den Versuchungen russisch-östreichischer Verständigungen im Sinne der Zeit von Joseph II. und Katharina oder der Reichstadter Convention und ihrer Heimlichkeit liegen, lassen sich, so weit das überhaupt möglich ist, paralysiren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Oestreich, aber auch darauf halten, daß der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt. Unsre Aufgabe ist, unsre beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien werden wir in demselben Maße sicher zu stellen im Stande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten und den Ehrgeiz unsrer beiden östlichen Nachbarn entweder zu zügeln oder in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich, — wir könnten keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden — sondern die Erhaltung eines Elements monarchischer Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt.

VII.

Der Vertrag, den wir mit Oestreich zu gemeinsamer Abwehr eines russischen Angriffs geschlossen haben, ist publici juris. Ein analoger Defensivvertrag zwischen beiden Mächten gegenüber Frankreich ist nicht bekannt. Das deutsch-östreichische Bündniß enthält gegen einen französischen Krieg, von dem Deutschland in erster Linie bedroht ist, nicht dieselbe Deckung wie gegen einen russischen, der mehr für Oestreich als für Deutschland wahrscheinlich ist.

Zwischen Deutschland und Rußland existiren keine Verschiedenheiten der Interessen, welche die Keime von Conflicten und eines Bruchs unabweislich in sich trügen. Dagegen gewähren die übereinstimmenden Bedürfnisse in der polnischen Frage und die Nachwirkung der hergebrachten dynastischen Solidarität im Gegensatz zu den Umsturzbestrebungen Unterlagen für eine gemeinsame Politik beider Cabinete. Dieselben sind abgeschwächt worden durch eine zehnjährige Fälschung der öffentlichen Meinung seitens der russischen Presse, die in dem lesenden Theile der Bevölkerung einen künstlichen Haß gegen alles Deutsche geschaffen und genährt hat, mit dem die Dynastie rechnen muß, auch wenn der Kaiser die deutsche Freundschaft pflegen will. Doch dürfte die Feindschaft der russischen Massen gegen das Deutschthum kaum schärfer zugespitzt sein wie die der Czechen in Böhmen und Mähren, der Slowenen in dem frühern deutschen Bundesgebiete und der Polen in Galizien. Kurz, wenn ich in der Wahl zwischen dem russischen und dem östreichischen Bündniß das letztre vorgezogen habe, so bin ich keineswegs blind gewesen gegen die Zweifel, welche die Wahl erschwerten. Ich habe die Pflege nachbarlicher Beziehungen zu Rußland neben unserm defensiven Bunde mit Oestreich nach wie vor für geboten angesehn, denn eine sichre Assecuranz gegen einen Schiffbruch der gewählten Combination ist für Deutschland nicht vorhanden, wohl aber die Möglichkeit, antideutsche Velleitäten in Oestreich-Ungarn in Schach zu halten, so lange die deutsche Politik sich die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abbricht und keinen Riß zwischen Rußland und uns herstellt, der sich nicht überbrücken ließe. So lange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen oder fremden Elemente im Zaume zu halten. Wenn aber der Bruch zwischen uns und Rußland, schon die Entfremdung, unheilbar erschiene, würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können, erstens in Er-

weitrung des casus foederis, der sich bisher nach dem veröffentlichten Texte doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffs auf Oestreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis die Vertretung östreichischer Interessen im Balkan und im Orient zu substituiren, was selbst in unsrer Presse schon mit Erfolg versucht worden ist. Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der östreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken; und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an, auf dem Oestreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstamms und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reichs, seine Unterthanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihn. Die Erhaltung der östreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfniß des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Nothwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assecuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist.

Directe Bedrohung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland ist kaum auf anderm Wege möglich, als durch künstliche Verhetzung oder durch den Ehrgeiz russischer oder deutscher Militärs von der Art Skobelew's, die den Krieg wünschen, bevor sie zu alt werden, um sich darin auszuzeichnen. Es gehört ein ungewöhnliches Maß von Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands dazu, um zu glauben und zu behaupten, daß die deutsche Politik von aggressiven Tendenzen geleitet worden sei, indem sie das östreichische und dann das italienische Defensivbündniß abschloß. Die Verlogenheit war mehr polnisch-französischen, die Dummheit mehr russischen Ursprungs. Polnisch-französische Gewandheit hat

auf dem Felde der russischen Leichtgläubigkeit und Unwissenheit den Sieg über den Mangel solcher Gewandheit davongetragen, in dem je nach den Umständen eine Stärke oder Schwäche der deutschen Politik liegt. In den meisten Fällen ist eine offne und ehrliche Politik erfolgreicher als die Feinspinnerei früherer Zeiten, aber sie bedarf, wenn sie gelingen soll, eines Maßes von persönlichem Vertraun, das leichter zu verlieren als zu erwerben ist.

Niemand kann die Zukunft Oestreichs an sich mit der Sicherheit berechnen, die für dauernde und organische Verträge erforderlich ist. Die bei Gestaltung derselben mitwirkenden Factoren sind ebenso mannigfaltig wie die Völkermischung; und zu der ätzenden und gelegentlich sprengenden Wirkung dieser kommt der unberechenbare Einfluß, den je nach dem Steigen oder Fallen der römischen Fluth das confessionelle Element auf die leitenden Persönlichkeiten auszuüben vermag. Nicht blos der Panslavismus und Bulgarien oder Bosnien, sondern auch die serbische, die rumänische, die polnische, die czechische Frage, ja selbst noch heut die italienische im Trentino, in Triest und an der dalmatischen Küste, können zu Krystallisationspunkten für nicht blos östreichische, sondern auch europäische Krisen werden, von denen die deutschen Interessen nur insoweit nachweislich berührt werden, als das Deutsche Reich mit Oestreich in ein solidarisches Haftverhältniß tritt. In Böhmen ist die Spaltung zwischen Deutschen und Czechen stellenweis schon so weit in die Armee eingedrungen, daß die Offiziere beider Nationalitäten in einigen Regimentern nicht mit einander verkehren und getrennt essen. Für Deutschland unmittelbar existirt die Gefahr, in schwere und gefährliche Kämpfe verwickelt zu werden, mehr auf seiner Westseite infolge der angriffslustigen, auf Eroberung gerichteten Neigungen des französischen Volks, die von den Monarchen seit den Zeiten Kaiser Karl's V. im Interesse ihrer Herrschsucht im Innern sowohl wie nach Außen groß gezogen worden sind.

Der Beistand Oestreichs ist für uns gegen Rußland

leichter zu haben als gegen Frankreich, nachdem die Frictionen dieser beiden Mächte in dem von ihnen umworbenen Italien in der alten Form nicht mehr existiren. Für ein monarchisches und katholisch gesinntes Frankreich, wenn ein solches wieder erstanden, wäre die Hoffnung nicht erstorben, ähnliche Beziehungen zu Oestreich wieder zu gewinnen, wie sie während des siebenjährigen Kriegs und auf dem Wiener Congreß vor der Rückkehr Napoleon's von Elba bestanden, in der polnischen Frage 1863 drohten, im Krimkriege und zur Zeit des Grafen Beust von 1867 bis 1870 in Salzburg und Wien Aussicht auf Verwirklichung hatten. Bei etwaiger Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich würde die durch die italienische Rivalität nicht mehr abgeschwächte gegenseitige Anziehung der beiden katholischen Großmächte unternehmende Politiker in Versuchung führen können, mit der Wiederbelebung derselben zu experimentiren.

In der Beurtheilung Oestreichs ist es auch heut noch ein Irrthum, die Möglichkeit einer feindseligen Politik auszuschließen, wie sie von Thugut, Schwarzenberg, Buol, Bach und Beust getrieben worden ist. Kann sich nicht die Politik für Pflicht gehaltner Undankbarkeit, deren Schwarzenberg sich Rußland gegenüber rühmte, in andrer Richtung wiederholen, die Politik, die uns von 1792 bis 1795, während wir mit Oestreich im Felde standen, Verlegenheit bereitete und (uns) im Stiche ließ, um uns gegenüber in den polnischen Händeln stark genug zu bleiben, die bis dicht an den Erfolg bestrebt war, uns einen russischen Krieg auf den Hals zu ziehn, während wir als nominelle Verbündete für das Deutsche Reich gegen Frankreich fochten, die sich auf dem Wiener Congreß bis nahe zum Kriege gegen Rußland und Preußen geltend machte? Die Anwandlungen, ähnliche Wege einzuschlagen, werden für jetzt durch die persönliche Ehrlichkeit und Treue des Kaisers Franz Joseph niedergehalten, und dieser Monarch ist nicht mehr so jung und ohne Erfahrung, wie zu der Zeit, da er sich von der persönlichen Rancüne des Grafen Buol

gegen den Kaiser Nicolaus zum politischen Druck auf Rußland bestimmen ließ, wenig Jahre nach Vilagos[1]); aber seine Garantie ist eine rein persönliche, fällt mit dem Personenwechsel hinweg, und die Elemente, die die Träger einer rivalisirenden Politik zu verschiednen Epochen gewesen sind, können zu neuem Einflusse gelangen. Die Liebe der galizischen Polen, des ultramontanen Clerus für das Deutsche Reich ist vorübergehender und opportunistischer Natur, ebenso das Uebergewicht der Einsicht in die Nützlichkeit der deutschen Anlehnung über das Gefühl der Geringschätzung, mit dem der vollblütige Magyar auf den Schwaben herabsieht. In Ungarn, in Polen sind französische Sympathien auch heut lebendig, und im Clerus der habsburgischen Gesammtmonarchie würde eine katholisch-monarchische Restauration in Frankreich die Beziehungen wieder beleben können, die 1863 und zwischen 1866 und 1870 in gemeinsamer Diplomatie und in mehr oder weniger reifen Vertragsbildungen ihren Ausdruck fanden. Die Bürgschaft, die diesen Möglichkeiten gegenüber in der Person des heutigen Kaisers von Oestreich und Königs von Ungarn liegt, steht, wie gesagt, auf zwei Augen; eine voraussehende Politik soll aber alle Eventualitäten im Auge behalten, die im Reiche der Möglichkeit liegen. Die Möglichkeit eines Wettbewerbs zwischen Wien und Berlin um russische Freundschaft kann ebenso gut wiederkommen, wie sie zur Zeit von Olmütz vorhanden war, und zur Zeit des Reichstadter Vertrags unter dem uns sehr wohlgesinnten Grafen Andrassy Lebenszeichen gab.

Dieser Eventualität gegenüber ist es ein Vortheil für uns, daß Oestreich und Rußland entgegengesetzte Interessen im Balkan haben, und daß solche zwischen Rußland und Preußen-Deutschland nicht in der Stärke vorhanden sind, daß sie zu Bruch und Kampf Anlaß geben könnten. Dieser Vortheil kann aber vermöge der russischen Staatsverfassung durch persönliche Verstimmungen und ungeschickte Politik

[1]) 13. August 1849.

noch heut mit derselben Leichtigkeit aufgehoben werden, mit der die Kaiserin Elisabeth durch Witze und bittre Worte Friedrich's des Großen bewogen wurde, dem französisch-östreichischen Bunde gegen uns beizutreten. Zuträgereien, wie sie damals zur Aufhetzung Rußlands dienten, Erfindungen und Indiscretionen werden auch heut an beiden Höfen nicht fehlen; aber wir können Unabhängigkeit und Würde Rußland gegenüber wahren, ohne die russische Empfindlichkeit zu provociren und Rußlands Interessen zu schädigen. Verstimmung und Erbittrung, welche ohne Nothwendigkeit provocirt werden, sind heut so wenig ohne Rückwirkung auf die geschichtlichen Ereignisse, wie zur Zeit der Kaiserin Elisabeth von Rußland und der Königin Anna von England. Aber die Rückwirkung von Ereignissen, die dadurch gefördert werden, auf das Wohl und die Zukunft der Völker ist heut zu Tage gewaltiger als vor 100 Jahren. Eine Coalition wie im siebenjährigen Kriege gegen Preußen von Rußland, Oestreich und Frankreich, vielleicht in Verbindung mit andern dynastischen Unzufriedenheiten, ist für unsre Existenz ebenso gefährlich und für unsern Wohlstand, wenn sie siegt, noch erdrückender als die damalige. Es ist unvernünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen.

Wir müssen und können der östreichisch-ungarischen Monarchie das Bündniß ehrlich halten; es entspricht unsern Interessen, den historischen Traditionen Deutschlands und der öffentlichen Meinung unsres Volks. Die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten haben wird, sind jedoch complicirter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der clericalen Einflüsse und der in den Breiten des Balkan und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen. Wir dürfen Oestreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren.

Die Möglichkeiten, die uns in solchen Fällen offen bleiben, muß die Leitung der deutschen Politik, wenn sie ihre Pflicht thun will, sich klar machen und gegenwärtig halten, bevor sie eintreten, und sie dürfen nicht von Vorliebe oder Verstimmung abhängen, sondern nur von objectiver Erwägung der nationalen Interessen.

VIII.

Ich habe mich stets bemüht, nicht nur die Sicherstellung gegen russische Angriffe, sondern auch die Beruhigung der russischen Stimmung und den Glauben an den inoffensiven Charakter unsrer Politik zu pflegen. Es ist mir auch bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amte vermöge des persönlichen Vertrauns, das Kaiser Alexander III. mir schenkte, stets gelungen, dem Mißtraun die Spitze abzubrechen, das wiederholt durch fremde und einheimische Entstellungen und gelegentlich durch diesseitige militärische Unterströmungen in ihm erregt wurde. Er hat mir, als ich ihn auf der Danziger Rhede[1]) zum ersten Male als Kaiser sah, und bei allen spätern Begegnungen auch trotz der über den Berliner Congreß verbreiteten Lügen und trotz der Kenntniß des östreichischen Vertrags ein Wohlwollen bewiesen, das in Skiernievice[2]) und in Berlin[3]) zum authentischen Ausdruck kam und darauf beruhte, daß er mir glaubte. Selbst die durch ihre unverschämte Dreistigkeit eindrucksvolle Intrige mit gefälschten Briefen, die ihm in Kopenhagen zugesteckt worden waren, wurde durch meine einfache Versichrung sofort unschädlich gemacht. Ebenso gelang es mir bei der Begegnung im October 1889[4]), die Zweifel, die er wieder aus Kopenhagen mitgebracht hatte, zu zerstreun bis auf den einen, ob ich Minister bleiben würde. Er war wohl besser unterrichtet als ich, als er die Frage

[1]) 9. Sept. 1881.
[2]) 15. bis 17. Sept. 1884.
[3]) 18. Nov. 1887.
[4]) 11. bis 13. Oct. 1889.

an mich richtete, ob ich meiner Stellung bei dem jungen Kaiser ganz sicher sei. Ich antwortete, was ich damals dachte, daß ich von dem Vertraun Kaiser Wilhelm's II. zu mir überzeugt sei und nicht glaubte, daß ich jemals gegen meinen Willen würde entlassen werden, weil Seine Majestät bei meiner langjährigen Erfahrung im Dienste und bei dem Vertraun, das ich mir in Deutschland sowohl wie bei den auswärtigen Höfen erworben hätte, in meiner Person einen schwer zu ersetzenden Diener besäße. Der Kaiser gab seiner großen Genugthuung über meine Zuversicht Ausdruck, wenn er sie auch nicht unbedingt zu theilen schien.

Die internationale Politik ist ein flüssiges Element, das unter Umständen zeitweilig fest wird, aber bei Veränderungen der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückfällt. Die clausula rebus sic stantibus wird bei Staatsverträgen, die Leistungen bedingen, stillschweigend angenommen. Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche Angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren rathsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war. Er ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert, und es wäre unweise, ihn als sichre Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zu Stande gebracht wurde. Er hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebenso wenig, wie viele frühere Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondre die heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensirt nicht von dem toujours en vedette!

Dreißigstes Kapitel.

Zukünftige Politik Rußlands.

Die Gefahr auswärtiger Kriege, die Gefahr, daß der nächste auf der Westgrenze uns gegenüber die rothe Fahne ebenso gut wie vor hundert Jahren die dreifarbige in's Gefecht führen könne, lag zur Zeit von Schnäbele und Boulanger[1]) vor und liegt noch heut vor. Die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs nach zwei Seiten hin ist durch den Tod von Katkow[2]) und Skobelew[3]) in etwas vermindert: es ist nicht nothwendig, daß ein französischer Angriff auf uns Rußland mit derselben Gewißheit gegen uns in das Feld rufen würde, wie ein russischer Angriff Frankreich; aber die Neigung Rußlands, still zu sitzen, hängt nicht allein von Stimmungen, sondern mehr noch von technischen Fragen der Bewaffnung zu Wasser und zu Lande ab. Wenn Rußland mit der Construction seines Gewehrs, der Art seines Pulvers und der Stärke seiner Schwarzen-Meer-Flotte seiner Meinung nach „fertig" ist, so wird die Tonart, in der heut die Variationen der russischen Politik gehalten sind, vielleicht einer freiern Platz machen.

---

[1]) Am 20. April 1887 wurde der französische Grenzcommissar Schnäbele, der sich der Bestechung von Angehörigen des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen schuldig gemacht hatte, von deutschen Geheimpolizisten beim Ueberschreiten der deutschen Grenze verhaftet, jedoch am 30. April wieder freigelassen. — Kriegsminister Boulanger trieb aus diesem Anlaß lebhaft zum Revanchekrieg in der von ihm beeinflußten Presse.

[2]) Herausgeber der „Moskauer Zeitung", gest. 1. Aug. 1887

[3]) Gest. 6. Juli 1882.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Rußland, wenn es seine Rüstung vollendet hat, dieselbe benutzen wird, um ohne Weitres und in Rechnung auf französischen Beistand uns anzugreifen. Der deutsche Krieg bietet für Rußland ebenso wenig unmittelbare Vortheile, wie der russische für Deutschland, höchstens im Betrage der Kriegscontribution würde der russische Sieger günstiger stehn als der deutsche, aber doch kaum auf seine Kosten kommen. Der Gedanke an den Erwerb Ostpreußens, der im siebenjährigen Kriege an das Licht trat, wird schwerlich noch Anhänger haben. Wenn Rußland schon den deutschen Bestandtheil der Bevölkerung seiner baltischen Provinzen nicht vertragen mag, so ist nicht anzunehmen, daß seine Politik auf die Verstärkung dieser für gefährlich gehaltnen Minderheit durch einen so kräftigen Zusatz wie den ostpreußischen ausgehn wird. Ebenso wenig erscheint dem russischen Staatsmanne eine Vermehrung der polnischen Unterthanen des Zaren durch Posen und Westpreußen begehrenswerth. Wenn man Deutschland und Rußland isolirt betrachtet, so ist es schwer, auf einer von beiden Seiten einen zwingenden oder auch nur berechtigten Kriegsgrund zu finden. Lediglich zur Befriedigung der Raufluft oder zur Verhütung der Gefahren unbeschäftigter Heere kann man vielleicht in einen Balkankrieg gehn; ein deutsch-russischer aber wiegt zu schwer, um auf der einen oder andern Seite als Mittel nur zur Beschäftigung der Armee und ihrer Offiziere verwendet zu werden.

Ich glaube auch nicht, daß Rußland, wenn es fertig ist, ohne Weitres Oestreich angreifen würde, und bin noch heut der Meinung, daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keine direct aggressive Tendenz gegen Deutschland berechnet ist, sondern nur auf die Vertheidigung im Falle, daß Rußlands Vorgehn gegen die Türkei die westlichen Mächte zur Repression bestimmen sollte. Wenn Rußland sich für ausreichend gerüstet halten wird, wozu eine angemessene Stärke der Flotte im Schwarzen Meere gehört, so wird, denke ich mir, das Petersburger Cabinet, ähnlich wie es in dem Vertrage von Hunkiar-Iskelessi 1833

verfahren, dem Sultan anbieten, ihm seine Stellung in Constantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen zu garantiren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, d. h. zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewährt. Daß die Pforte auf ein russisches Protectorat in dieser Form eingehe, liegt nicht nur in der Möglichkeit, sondern, wenn die Sache geschickt betrieben wird, auch in der Wahrscheinlichkeit. Der Sultan hat in frühern Jahrzehnten glauben können, daß die Eifersucht der europäischen Mächte ihm gegen Rußland Garantien gewähre. Für England und Oestreich war es eine traditionelle Politik, die Türkei zu erhalten; aber die Gladstone'schen Kundgebungen haben dem Sultan diesen Rückhalt entzogen, nicht nur in London, sondern auch in Wien, denn man kann nicht annehmen, daß das Wiener Cabinet die Traditionen der Metternich'schen Zeit (Ypsilanti, Feindschaft gegen die Befreiung Griechenlands) hätte in Reichstadt fallen lassen, wenn es der englischen Unterstützung sicher geblieben wäre. Der Bann der Dankbarkeit gegen den Kaiser Nicolaus war bereits durch Buol während des Krimkriegs gebrochen, und auf dem Pariser Congresse war die Haltung Oestreichs um so deutlicher in die alte Metternich'sche Richtung zurückgetreten, als sie nicht durch die finanziellen Beziehungen jenes Staatsmanns zum russischen Kaiser gemildert, vielmehr durch Kränkung der Eitelkeit des Grafen Buol verschärft war. Das Oestreich von 1856 würde ohne die zersetzende Wirkung ungeschickter englischer Politik selbst um den Preis Bosniens sich weder von England noch von der Pforte losgesagt haben. So wie die Sachen aber heut liegen, ist es nicht wahrscheinlich, daß der Sultan von England oder Oestreich noch so viel Beistand und Schutz erwartet, wie ihm Rußland, ohne eigne Interessen Preis zu geben, zusagen und vermöge seiner Nachbarschaft erfolgreich gewähren kann.

Wenn Rußland, nachdem es hinreichend fertig ist, um den Sultan und den Bosporus nöthigenfalls militärisch

zu Wasser und zu Lande überzulaufen, dem Sultan persönlich und vertraulich vorschlägt, gegen Bewilligung einer ausreichenden Befestigung und Truppenzahl am nördlichen Eingang des Bosporus ihm seine Stellung im Serail und alle Provinzen nicht nur gegen das Ausland, sondern auch gegen seine eignen Unterthanen zu garantiren, so würde das ein Angebot sein, in dem eine erhebliche Versuchung zur Annahme liegt. Setzen wir aber den Fall, daß der Sultan aus eignem oder auf fremden Antrieb die russische Insinuation zurückweist, so kann die neue Schwarze-Meer-Flotte die Bestimmung haben, auch vor entschiedner Sache sich der Stellung am Bosporus zu bemächtigen, deren Rußland zu bedürfen glaubt, um in den Besitz seines Hausschlüssels zu gelangen.

Wie auch diese Phase der von mir vorausgesetzten russischen Politik verlaufen mag, so wird aus derselben immer die Situation entstehn, daß Rußland wie im Juli 1853 ein Pfand nimmt und abwartet, ob man und wer es ihm wieder abnehmen werde. Der erste Schritt der russischen Diplomatie nach diesen seit lange vorbereiteten Operationen würde vielleicht eine vorsichtige Sondirung in Berlin sein, bezüglich der Frage, ob Oestreich oder England, wenn sie sich dem russischen Vorgehn kriegerisch widersetzten, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könnten. Diese Frage würde meiner Ueberzeugung nach unbedingt zu verneinen sein. Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder andern Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Constantinopel festgesetzt und dasselbe zu vertheidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Oestreich als Hetzhund gegen russische Bosporus-Gelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Oestreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt.

Auch für die östreichische Politik wäre es richtiger, sich den Wirkungen des ungarischen Chauvinismus so lange zu entziehn, bis Rußland eine Position am Bosporus ein-

genommen und dadurch seine Frictionen mit den Mittelmeerstaaten, also mit England und selbst mit Italien und Frankreich, erheblich verschärft und sein Bedürfniß, sich mit Oestreich à l'amiable zu verständigen, gesteigert hätte. Wenn ich östreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Constantinopel zu gehn, aber eine Verständigung mit ihnen erst beginnen, nachdem sie den Vorstoß gemacht hätten. Die Betheiligung Oestreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnisse mit Rußland geregelt werden, und der östreichische Antheil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermuthigen weiß, eine weiter vorgeschobene Stellung einzunehmen. England gegenüber mag die Position des heutigen Rußland als verbessert gelten, wenn es Constantinopel beherrscht, Oestreich und Deutschland gegenüber ist sie weniger gefährlich, so lange es in Constantinopel steht. Es würde dann die preußische Ungeschicklichkeit nicht mehr möglich sein, uns wie 1855 für Oestreich, England, Frankreich auszuspielen und einzusetzen, um uns in Paris eine demüthigende Zulassung zum Congreß und eine mention honorable als europäische Macht zu verdienen.

Wenn man die Sondirung, ob Rußland, wenn es wegen seines Vorgreifens nach dem Bosporus von andern Mächten angegriffen wird, auf unsre Neutralität rechnen könne, so lange Oestreich nicht gefährdet werde, in Berlin verneinend oder gar bedrohlich beantwortet, so wird Rußland zunächst denselben Weg wie 1876 in Reichstadt einschlagen und wieder versuchen, Oestreichs Genossenschaft zu gewinnen. Das Feld, auf dem Rußland Anerbietungen machen könnte, ist ein sehr weites, nicht nur im Orient auf Kosten der Pforte, sondern auch in Deutschland auf unsre Kosten. Die Zuverlässigkeit unsres Bündnisses mit Oestreich-Ungarn gegenüber solchen Versuchungen wird nicht allein von dem Buchstaben der Verabredung, sondern auch einigermaßen von dem Charakter der Persönlichkeiten und von den politischen und confessionellen Strömungen abhängen, die dann

in Oestreich leitend sein werden. Gelingt es der russischen Politik, Oestreich zu gewinnen, so ist die Coalition des siebenjährigen Kriegs gegen uns fertig, denn Frankreich wird immer gegen uns zu haben sein, weil seine Interessen am Rheine gewichtiger sind als die im Orient und am Bosporus.

Jedenfalls wird auch in der Zukunft nicht blos kriegerische Rüstung, sondern auch ein richtiger politischer Blick dazu gehören, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Coalitionen zu steuern, denen wir nach unsrer geographischen Lage und unsrer Vorgeschichte ausgesetzt sind. Durch Liebenswürdigkeiten und wirthschaftliche Trinkgelder für befreundete Mächte werden wir den Gefahren, die im Schoße der Zukunft liegen, nicht vorbeugen, sondern die Begehrlichkeit unsrer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit steigern. Meine Befürchtung ist, daß auf dem eingeschlagnen Wege unsre Zukunft kleinen und vorübergehenden Stimmungen der Gegenwart geopfert wird. Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Rathgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit weniger schwierig war wie heut.

Unser Ansehn und unsre Sicherheit werden sich um so nachhaltiger entwickeln, je mehr wir uns bei Streitigkeiten, die uns nicht unmittelbar berühren, in der Reserve halten und unempfindlich werden gegen jeden Versuch, unsre Eitelkeit zu reizen und auszubeuten, Versuche, wie sie während des Krimkriegs von der englischen Presse und dem englischen Hofe und den auf England gestützten Strebern an unserm eignen Hofe gemacht wurden, indem man uns mit der Entziehung der Titulatur einer Großmacht so erfolgreich bedrohte, daß Herr von Manteuffel uns in Paris großen Demüthigungen aussetzte, um zur Mitunterschrift eines Vertrags zugelassen zu werden, an den nicht

gebunden zu sein uns nützlich gewesen sein würde[1]). Deutschland würde auch heut eine große Thorheit begehn, wenn es in orientalischen Streitfragen ohne eignes Interesse früher Partei nehmen wollte als die andern, mehr interessirten Mächte. Wie das schwächre Preußen schon während des Krimkriegs Momente hatte, in denen es bei entschlossener Rüstung im Sinne östreichischer Fordrungen und über dieselben hinaus den Frieden gebieten und sein Verständniß mit Oestreich über deutsche Fragen fördern konnte, so wird auch Deutschland in zukünftigen orientalischen Händeln, wenn es sich zurückzuhalten weiß, den Vortheil, daß es die in orientalischen Fragen am wenigsten interessirte Macht ist, um so sichrer verwerthen können, je länger es seinen Einsatz zurückhält, auch wenn dieser Vortheil nur in längerm Genusse des Friedens bestände. Oestreich, England, Italien werden einem russischen Vorstoße auf Constantinopel gegenüber immer früher Stellung zu nehmen haben als die Franzosen, weil die orientalischen Interessen Frankreichs weniger zwingend und mehr im Zusammenhange mit der deutschen Grenzfrage zu denken sind. Frankreich würde in russisch-orientalischen Krisen weder auf eine neue „westmächtliche" Politik, noch um seiner Freundschaft mit Rußland willen auf eine Bedrohung Englands sich einlassen können, ohne vorgängige Verständigung oder vorgängigen Bruch mit Deutschland.

Dem Vortheile, den der deutschen Politik ihre Freiheit von directen orientalischen Interessen gewährt, steht der Nachtheil der centralen und exponirten Lage des Deutschen Reichs mit seinen ausgedehnten Vertheidigungsfronten nach allen Seiten hin und die Leichtigkeit antideutscher Coalitionen gegenüber. Dabei ist Deutschland vielleicht die einzige große Macht in Europa, die durch keine Ziele, die nur durch siegreiche Kriege zu erreichen wären, in Versuchung geführt wird. Unser Interesse ist, den Frieden zu erhalten, während unsre continentalen Nachbarn ohne Aus-

[1]) S. Bd. I 304 f.

nahme Wünsche haben, geheime oder amtlich bekannte, die nur durch Krieg zu erfüllen sind. Dementsprechend müssen wir unsre Politik einrichten, das heißt den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns in dem europäischen Kartenspiele die Hinterhand wahren und uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provocation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen; wenn nicht, plectuntur Achivi[1]).

Unsre Zurückhaltung kann vernünftiger Weise nicht den Zweck haben, über irgend einen unsrer Nachbarn oder möglichen Gegner mit geschonten Kräften herzufallen, nachdem die andern sich geschwächt hätten. Im Gegentheil sollten wir uns bemühn, die Verstimmungen, die unser Heranwachsen zu einer wirklichen Großmacht hervorgerufen hat, durch den ehrlichen und friedliebenden Gebrauch unsrer Schwerkraft abzuschwächen, um die Welt zu überzeugen, daß eine deutsche Hegemonie in Europa nützlicher und unparteiischer, auch unschädlicher für die Freiheit andrer wirkt als eine französische, russische oder englische. Die Achtung vor den Rechten andrer Staaten, an der namentlich Frankreich in den Zeiten seines Uebergewichts es hat fehlen lassen, und die in England doch nur so weit reicht, als die englischen Interessen nicht berührt werden, wird dem Deutschen Reiche und seiner Politik erleichtert, einerseits durch die Objectivität des deutschen Charakters, andrerseits durch die verdienstlose Thatsache, daß wir eine Vergrößrung unsres unmittelbaren Gebiets nicht brauchen, auch nicht herstellen könnten, ohne die centrifugalen Elemente im eignen Gebiete zu stärken. Mein ideales Ziel, nachdem wir unsre Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen zu Stande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertraun nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum,

[1]) Citat aus Horaz, Episteln I 2, 14.

die Zersplittrung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht sein will. Um dieses Vertraun zu erzeugen, ist vor allen Dingen Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen oder von untoward events nöthig. Ich habe dieses Recept nicht ohne Widerstreben meiner persönlichen Empfindlichkeiten befolgt in Fällen wie Schnäbele (April 1887), Boulanger, Kaufmann (September 1887), Spanien gegenüber in der Carolinen-Frage, den Vereinigten Staaten gegenüber in Samoa, und vermuthe, daß die Gelegenheiten, zur Anschauung zu bringen, daß wir befriedigt und friedliebend sind, auch in Zukunft nicht ausbleiben werden. Ich habe während meiner Amtsführung zu drei Kriegen gerathen, dem dänischen, dem böhmischen und dem französischen, aber mir auch jedesmal vorher klar gemacht, ob der Krieg, wenn er siegreich wäre, einen Kampfpreis bringen würde, werth der Opfer, die jeder Krieg fordert und die heut so viel schwerer sind als in dem vorigen Jahrhundert. Wenn ich mir hätte sagen müssen, daß wir nach einem dieser Kriege in Verlegenheit sein würden, uns wünschenswerthe Friedensbedingungen auszudenken, so würde ich mich, so lange wir nicht materiell angegriffen waren, schwerlich von der Nothwendigkeit solcher Opfer überzeugt haben. Internationale Streitigkeiten, die nur durch den Volkskrieg erledigt werden können, habe ich niemals aus dem Gesichtspunkte des Göttinger Comments und der Privatmensuren-Ehre aufgefaßt, sondern stets nur in Abwägung ihrer Rückwirkung auf den Anspruch des deutschen Volks, in Gleichberechtigung mit den andern großen Mächten Europas ein autonomes politisches Leben zu führen, wie es auf der Basis der uns eigenthümlichen nationalen Leistungsfähigkeit möglich ist.

Die traditionelle russische Politik, die sich theils auf Glaubens-, theils auf Blutsverwandschaft gründet, der Gedanke, die Rumänen, die Bulgaren, die griechischen, gelegentlich auch die römisch-katholischen Serben, die unter verschiednen Namen zu beiden Seiten der östreichisch-ungarischen Grenze vorkommen, zu „befreien“ von dem

türkischen Joche und dadurch an Rußland zu fesseln, hat sich nicht bewährt. Es ist nicht unmöglich, daß in ferner Zukunft alle diese Stämme dem russischen Systeme gewaltsam angefügt werden, aber daß die Befreiung allein sie nicht in Anhänger der russischen Macht verwandelt, hat zuerst der griechische Stamm bewiesen. Er wurde seit Tschesme (1770) als Stützpunkt Rußlands betrachtet, und noch in dem russisch-türkischen Kriege von 1806 bis 1812 schienen die Ziele der kaiserlich russischen Politik unverändert zu sein. Ob die Unternehmungen der Hetärie zur Zeit des auch schon im Westen populär gemachten Ypsilanti'schen Aufstandes, des durch die Fanarioten vermittelten Ausläufers gräcisirender Orientpolitik, noch die einheitliche Zustimmung der verschiednen russischen Strömungen hatten, die von Araktschejew bis zu den Decabristen durch einander liefen, ist gleichgültig, jedenfalls aber waren die Erstlinge der russischen Befreiungspolitik, die Griechen, eine, freilich noch nicht durchschlagende, Enttäuschung für Rußland. Die griechische Befreiungspolitik hört mit und seit Navarin[1]) auch in den Augen der Russen auf, eine russische Specialität zu sein. Es hat lange gedauert, ehe das russische Cabinet aus diesem kritischen Ergebniß die Consequenzen zog. Die rudis indigestaque moles[2]) Rußland wiegt zu schwer, um für jede Wahrnehmung des politischen Instincts leicht lenksam zu sein. Man fuhr fort zu befreien und machte mit den Rumänen, Serben, Bulgaren dieselbe Erfahrung wie mit den Griechen. Alle diese Stämme haben Rußlands Hülfe zur Befreiung von den Türken bereitwillig angenommen, aber, nachdem sie frei geworden, keine Neigung gezeigt, den Zaren zum Nachfolger des Sultans anzunehmen. Ich weiß nicht, ob man in Petersburg die Ueberzeugung theilt, daß auch der „einzige Freund" des Zaren, der Fürst von Montenegro, was bei seiner entfernten und isolirten Situation auch einigermaßen ent-

[1]) 20. October 1827.
[2]) Citat aus Ovid, Metamorphosen 1, 7.

schuldbar ist, nur so lange die russische Flagge hissen wird, als er Aequivalente an Geld oder Macht dafür erwartet; aber es kann in Petersburg nicht unbekannt sein, daß der Vladika bereit war und vielleicht noch bereit ist, als großherrlich türkischer Connetable an die Spitze der Balkanvölker zu treten, wenn dieser Gedanke bei der Pforte eine hinreichend günstige Aufnahme und Unterstützung fände, um für Montenegro nützlich werden zu können.

Wenn man in Petersburg aus den bisherigen Mißgriffen die Folgerungen ziehn und praktisch machen will, so wäre es natürlich, sich auf die weniger phantastischen Fortschritte zu beschränken, die durch das Gewicht der Regimenter und Kanonen zu erreichen sind. Der geschichtlich poetischen Seite, die der Kaiserin Katharina vorschwebte, als sie ihrem zweiten Enkel den Namen Constantin gab, fehlt das placet der Praxis. Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll, und ich denke mir, daß die russische Politik in der heutigen realistischen Zeit mehr technisch als schwunghaft vorgehn wird in Behandlung der orientalischen Fragen. Ihr erstes praktisches Bedürfniß für Kraftentwicklung im Oriente ist die Sicherstellung des Schwarzen Meers. Gelingt es, einen festen Verschluß des Bosporus durch Geschütz- und Torpedoanlagen zu erreichen, so ist die Südküste Rußlands noch besser geschützt als die baltische, der die überlegnen englisch-französischen Flotten im Krimkriege nicht viel anzuhaben vermochten.

So mag die Berechnung des Petersburger Cabinets sich gestalten, wenn sie als Zielpunkt zunächst den Verschluß des Schwarzen Meeres und die Gewinnung des Sultans für diesen Zweck durch Liebe, durch Geld, durch Gewalt in Aussicht nimmt. Wenn die Pforte sich der freundschaftlichen Annäherung Rußlands erwehrt und gegen die angedrohte Gewalt das Schwert zieht, so wird Rußland wahrscheinlich von andrer Seite angegriffen werden, und auf diesen Fall sind m. E. die Truppenanhäufungen an der Westgrenze berechnet. Gelingt es, den Verschluß

des Bosporus in Güte zu erreichen, so werden vielleicht die Mächte, die sich dadurch beeinträchtigt finden, einstweilen stille sitzen, weil eine jede auf die Initiative der andern und auf die Entschließung Frankreichs warten würde. Unsre Interessen sind mehr als die der andern Mächte mit dem Gravitiren der russischen Macht nach Süden verträglich; man kann sogar sagen, daß sie dadurch gefördert werden. Wir können die Lösung eines neuen von Rußland geschürzten Knotens länger als die andern abwarten.

Einunddreißigstes Kapitel.

Der Staatsrath.

Der durch das Gesetz vom 20. März 1817 gestiftete Staatsrath war bestimmt, den absoluten König zu berathen. An dessen Stelle ist heut zu Tage der verfassungsmäßig von seinen Ministern berathne König getreten und dadurch das Staatsministerium in den durch die Vorberathung des Staatsraths aufzuklärenden regirenden Factor, den früher der König allein darstellte, mit aufgenommen. Die Berathung des Staatsraths ist heut zu Tage informatorisch nicht nur für den König, sondern auch für die verantwortlichen Minister; seine Reactivirung im Jahre 1852 hatte den Zweck, nicht nur die königlichen Entschließungen, sondern auch die Vota der Staatsminister vorzubereiten.

Die Vorbereitung der Gesetzentwürfe durch das Staatsministerium ist unvollkommen. Ein vortragender Rath ist im Stande, das Schicksal eines Gesetzes festzulegen bis zu der Veröffentlichung, indem er alle Einwirkungen auf den Inhalt, die von dem Staatsministerium oder in den verschiednen Stadien der parlamentarischen Berathung versucht werden, an der Außenseite des Entwurfs abgleiten läßt, wenn der Gegenstand schwierig und die Zahl der Paragraphen groß ist. Schon im Staatsministerium beherrscht der Ressortminister nicht immer den Stoff, den ihm seine betreffenden Räthe in Gestalt eines Gesetzentwurfs mit Motiven vorgelegt haben. Noch viel weniger verwenden die übrigen Minister Zeit und Mühe darauf, sich mit Inhalt und Tragweite eines neuen Gesetzes in

allen Einzelheiten vertraut zu machen, wenn es nicht Wirkungen hat, die in ihr eignes Ressort eingreifen. Ist das aber der Fall, so regt sich das Unabhängigkeitsgefühl und der Particularismus, wovon jeder der acht föderirten ministeriellen Staaten und jeder Rath in seiner Sphäre beseelt ist. Die Wirkung eines beabsichtigten Gesetzes auf das praktische Leben im Voraus zu beurtheilen, wird aber auch der Ressortminister nicht im Stande sein, wenn er selbst ein einseitiges Product der Bürokratie ist, noch viel weniger aber seine Collegen. Diejenigen unter ihnen, die das Bewußtsein haben, nicht nur Ressortminister, sondern Staatsminister mit solidarischer Verantwortlichkeit für die Gesammtpolitik zu sein, machen nicht fünf Procent derer aus, welche ich zu beobachten Gelegenheit gehabt habe. Die übrigen beschränken sich auf das Bestreben, ihr Ressort einwandfrei zu verwalten, die Geldmittel dazu von dem Finanzminister und dem Landtage bewilligt zu erhalten und parlamentarische Angriffe auf ihr Ressort mit Beredsamkeit und nach Bedürfniß unter Preisgebung ihrer Untergebenen erfolgreich abzuwehren. Die Quittungen, die in der königlichen Unterschrift und der parlamentarischen Bewilligung liegen, sind ausreichend, um daneben die Frage, ob die Sache an sich vernünftig sei, vor einem bürokratisch-ministeriellen Gewissen nicht zur Entscheidung kommen zu lassen. Einreden eines Collegen, dessen Ressort nicht direct betheiligt ist, erregen die Empfindlichkeit des Ressortministers, und diese wird in der Regel geschont, im Hinblick auf gleiche Schonung, die man für eigne Anträge vorkommenden Falls erwartet. Ich habe die Erinnrung, daß die Erörtrungen des alten Staatsraths vor 1848, aus dem ich einige hervorragende Mitglieder gekannt habe, mit schärfrer Anstrengung des eignen Urtheils und größrer Regsamkeit des Gewissens geführt worden sind als die Ministerberathungen, die ich mehr als vierzig Jahre lang zu beobachten in der Lage gewesen bin.

Ich halte auch die Voraussetzung für trügerisch, daß ein ungeschickter Gesetzentwurf des Ministeriums im Land-

tage sachlich genügend richtig gestellt werden wird. Er kann und wird hoffentlich in der Regel abgelehnt werden; ist aber die Frage, die er betrifft, dringend, so liegt die Gefahr vor, daß auch ministerieller Unsinn glatt durch die parlamentarischen Stadien geht, namentlich wenn es dem Verfasser gelingt, den einen oder andern einflußreichen oder beredten Freund für sein Erzeugniß zu gewinnen. Abgeordnete, die einen Gesetzentwurf von mehr als hundert Paragraphen zu lesen sich die Mühe geben oder mit Verständniß zu lesen vermöchten, sind bei der Ueberzahl studirter Leute aus der Justiz und der Verwaltung wohl vorhanden, aber die Lust und das Pflichtgefühl zur Arbeit haben nur wenige, und diese sind vertheilt unter einander bekämpfende Fractionen und Parteibestrebungen, deren Tendenzen es ihnen erschweren, sachlich zu urtheilen. Die meisten Abgeordneten lesen und prüfen nicht, sondern fragen die für eigne Zwecke arbeitenden und redenden Fractionsführer, wann sie in die Sitzung kommen und wie sie stimmen sollen. Das Alles ist aus der menschlichen Natur erklärlich, und niemand ist darüber zu tadeln, daß er nicht aus seiner Haut hinaus kann; nur darf man sich darüber nicht täuschen, daß es ein bedenklicher Irrthum ist, anzunehmen, daß unsern Gesetzen heut zu Tage die Prüfung und vorbereitende Arbeit zu Theil werde, deren sie bedürfen, oder auch nur die, welche sie vor 1848 genossen.

Ein Denkmal seiner Flüchtigkeit hat sich der Reichstag von 1867 in der Verfassung des Norddeutschen Bunds gesetzt, das in die Verfassung des Deutschen Reichs übergegangen ist. Der einem Beschlusse des Frankfurter Bundestags nachgebildete Artikel 68 des Entwurfs zählte fünf Verbrechen auf, die, wenn sie gegen den Bund begangen werden, so bestraft werden sollen, als wenn sie gegen einen einzelnen Bundesstaat begangen wären. Die fünfte Nummer war mit „endlich" eingeführt. Der wegen seiner Gründlichkeit gerühmte Twesten stellte den Verbesserungsantrag, die drei ersten Nummern zu streichen,

hatte aber offenbar den zu verbessernden Artikel nicht zu Ende gelesen und das „endlich" stehn lassen. Sein Antrag wurde angenommen und in allen Stadien der Berathung beibehalten, und so hat denn der Artikel (jetzt 74) die sonderbare Fassung:

> Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Deutschen Reichs, endlich die Beleidigung des Bundesraths, des Reichstags u. s. w.

Vor 1848 war man beflissen, das Richtige und Vernünftige zu finden, heut genügt die Majorität und die königliche Unterschrift. Ich kann nur bedauern, daß die Mitwirkung weitrer Kreise zur Vorbereitung der Gesetze, wie sie im Staatsrath und im Volkswirthschaftsrath gegeben war, gegenüber ministerieller oder monarchischer Ungeduld nicht hinreichend hat zur Geltung gebracht werden können. Ich habe, wenn ich Muße fand, mich mit diesen Problemen zu beschäftigen, zu meinen Collegen gelegentlich den Wunsch geäußert, daß sie ihre legislatorische Thätigkeit damit beginnen möchten, die Entwürfe zu veröffentlichen, der publicistischen Kritik preis zu geben, möglichst viele sachkundige und an der Frage interessirte Kreise, also Staatsrath, Volkswirthschaftsrath, nach Umständen die Provinziallandtage zu hören, und alsdann erst die Berathung im Staatsministerium möchten eintreten lassen. Das Zurückdrängen des Staatsraths und ähnlicher Berathungskörper schreibe ich hauptsächlich der Eifersucht zu, mit der diese unzünftigen Rathgeber in öffentlichen Angelegenheiten von den zünftigen Räthen und von den Parlamenten betrachtet werden, zugleich aber auch dem Unbehagen, mit dem die ministerielle Machtvollkommenheit innerhalb des eignen Ressorts auf das Mitreden Andrer blickt.

Die ersten Staatsrathssitzungen, denen ich nach seiner Wiedereinberufung 1884 unter dem Vorsitz des Kronprinzen Friedrich Wilhelm beiwohnte, machten nicht nur mir,

sondern, wie ich glaube, allen Theilnehmern einen geschäftlich günstigen Eindruck. Der Prinz hörte die Vorträge an, ohne ein Bedürfniß, die Vortragenden zu beeinflussen, zu erkennen zu geben. Bemerkenswerth war, daß die Vorträge zweier ehemaligen Gardes du Corps-Offiziere, von Zedlitz-Trützschler, späterem Oberpräsidenten in Posen und Cultusminister, und von Minnigerode, einen solchen Eindruck machten, daß der Kronprinz im Sinne der Versammlung verfuhr, indem er die beiden Herrn später zu Referenten bestellte, obschon die theoretisch sachkundigsten Vorträge ohne Zweifel von den anwesenden sachgelehrten Professoren gehalten waren. Die Einwirkung, die dadurch frühern Gardeoffizieren auf die Gestaltung von Gesetzvorlagen zufiel, befestigte mich in der Ueberzeugung, daß die rein und nur ministerielle Prüfung von Entwürfen nicht der richtige Weg ist, um die Gefahr zu vermeiden, daß unpraktische, schädliche und gefährliche Vorlagen in sprachlich unvollkommner Fassung ihren Weg aus den Niederschriften der legislativen Liebhabereien eines einzelnen vortragenden Rathes, unbeirrt oder doch ohne ausreichende Richtigstellung durch alle Stadien des Staatsministeriums, der Parlamente und des Cabinets bis in die Gesetzsammlung finden und dann bis zu etwaiger Abhülfe einen Theil der Last bilden, die sich wie eine Krankheit schleichend fortschleppt.

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Kaiser Wilhelm I.

I.

Um die Mitte der siebziger Jahre begann die geistige Empfänglichkeit des Kaisers im Auffassen andrer und Entwickeln eigner Vorträge schwerfälliger zu functioniren; er verlor zuweilen den Faden im Zuhören und Sprechen. Merkwürdigerweise trat darin nach dem Nobiling'schen Attentate eine günstige Veränderung ein. Momente wie die beschriebenen kamen nicht mehr vor, der Kaiser war freier, lebendiger, auch weicher. Der Ausdruck meiner Freude über sein Wohlbefinden veranlaßte ihn zu dem Scherze: „Nobiling hat besser als die Aerzte gewußt, was mir fehlte: ein tüchtiger Aderlaß." Die letzte Krankheit war kurz, sie begann am 4. März 1888. Am 8. Mittags hatte ich die letzte Unterredung mit dem Kaiser, in der er noch bei Bewußtsein war, und erlangte von ihm die Ermächtigung zur Veröffentlichung der schon am 17. November 1887 vollzognen Ordre, die den Prinzen Wilhelm mit der Stellvertretung beauftragte in Fällen, wo Se. Majestät einer solchen zu bedürfen glauben würde. Der Kaiser sagte, er erwarte von mir, daß ich in meiner Stellung verbleiben und seinen Nachfolgern zur Seite stehn würde, wobei ihm zunächst die Besorgniß vorzuschweben schien, daß ich mich mit dem Kaiser Friedrich nicht würde stellen können. Ich sprach mich beruhigend darüber aus, so weit es überhaupt angebracht schien, einem Sterbenden gegenüber von dem zu sprechen, was seine Nachfolger und ich selbst nach seinem Tode thun würden. Dann, an die

Krankheit seines Sohnes denkend, verlangte er von mir das Versprechen, meine Erfahrung seinem Enkel zu Gute kommen zu lassen und ihm zur Seite zu bleiben, wenn er, wie es schiene, bald zur Regirung gelangen sollte. Ich gab meiner Bereitwilligkeit Ausdruck, seinen Nachfolgern mit demselben Eifer zu dienen wie ihm selbst. Seine einzige Antwort darauf war ein etwas fühlbarerer Druck seiner Hand; dann aber traten Fieberphantasien ein, in denen die Beschäftigung mit dem Enkel so im Vordergrunde stand, daß er glaubte, der Prinz, der im September 1886 dem Zaren in Brest-Litowsk einen Besuch gemacht hatte, säße an meiner Stelle neben dem Bette, und mich plötzlich mit Du anredend sagte: „Mit dem russischen Kaiser mußt du immer Fühlung halten, da ist kein Streit nothwendig." Nach einer langen Pause des Schweigens war die Sinnestäuschung verschwunden; er entließ mich mit den Worten: „Ich sehe Sie noch." Gesehn hat er mich noch, als ich mich am Nachmittage und dann wieder in der Nacht des 9. um 4 Uhr einfand, aber schwerlich unter den vielen Anwesenden erkannt; noch in später Abendstunde des 8. fand eine Rückkehr der vollen Klarheit des Bewußtseins und der Fähigkeit statt, sich den sein Sterbebett in dem engen Schlafzimmer Umstehenden gegenüber klar und zusammenhängend auszusprechen. Es war das letzte Aufleuchten dieses starken und tapfern Geistes. Um 8 Uhr 30 Minuten that er den letzten Athemzug.

II.

Für die Thronfolge war unter Friedrich Wilhelm III. nur der Kronprinz mit Bewußtsein vorgebildet worden, der zweite Sohn dagegen ausschließlich militärisch. Es war natürlich, daß durch sein ganzes Leben militärische Einflüsse an und für sich stärker auf ihn wirkten als civilistische, und ich selbst habe in dem äußern Eindruck der Militäruniform, die ich trug, um ein mehrmaliges Umkleiden am Tage zu vermeiden, ein Moment der Ver-

stärkung meines Einflusses zu finden geglaubt. Unter den Personen, die, so lange er noch Prinz Wilhelm war, Einfluß auf seine Entwicklung haben konnten, standen in erster Linie Militärs ohne politischen Beruf, nachdem der General von Gerlach, der Jahre hindurch sein Adjutant gewesen war, dem politischen Leben vorübergehend fremd geworden war. Er war der begabteste unter den Adjutanten, die der Prinz gehabt hatte, und nicht theoretischer Fanatiker in Politik und Religion wie sein Bruder, der Präsident, aber doch genug doctrinär, um bei dem praktischen Verstande des Prinzen nicht den Anklang zu finden, wie bei dem geistreichen Könige Friedrich Wilhelm. Pietismus war ein Wort und ein Begriff, die mit dem Namen Gerlach leicht in Verbindung traten wegen der Rolle, die die beiden Brüder des Generals, der Präsident und der Prediger, Verfasser eines ausgedehnten Bibelwerks, in der politischen Welt spielten.

Ein Gespräch, das ich 1853 in Ostende, wo ich dem Prinzen näher getreten war, mit ihm hatte und das sich an den Namen Gerlach knüpfte, ist mir in Erinnrung geblieben, weil es mich betroffen machte über des Prinzen Unbekanntschaft mit unsern staatlichen Einrichtungen und der politischen Situation.

Eines Tags sprach er mit einer gewissen Animosität über den General von Gerlach, der aus Mangel an Uebereinstimmung und, wie es schien, verstimmt aus der Adjutanten-Stellung geschieden war. Der Prinz bezeichnete ihn als einen Pietisten.

Ich: „Was denken Ew. K. H. Sich unter einem Pietisten?"

Er: „Einen Menschen, der in der Religion heuchelt, um Carrière zu machen."

Ich: „Das liegt Gerlach fern, was kann der werden? Im heutigen Sprachgebrauch versteht man unter einem Pietisten etwas andres, nämlich einen Menschen, der orthodox an die christliche Offenbarung glaubt und aus seinem Glauben kein Geheimniß macht; und deren giebt

es viele, die mit dem Staate garnichts zu thun haben und an Carrière nicht denken."

Er: „Was verstehn Sie unter orthodox?"

Ich: „Beispielsweise Jemanden, der ernstlich daran glaubt, daß Jesus Gottes Sohn und für uns gestorben ist als ein Opfer, zur Vergebung unsrer Sünden. Ich kann es im Augenblick nicht präciser fassen, aber es ist das Wesentliche der Glaubensverschiedenheit."

Er, hoch erröthend: „Wer ist denn so von Gott verlassen, daß er das nicht glaubte!"

Ich: „Wenn diese Aeußrung öffentlich bekannt würde, so würden Ew. K. H. selbst zu den Pietisten gezählt werden."

Im weitern Verlauf der Unterhaltung kamen wir auf die damals schwebende Frage der Kreis- und Gemeinde-Ordnung. Bei der Gelegenheit sagte der Prinz ungefähr: Er sei kein Feind des Adels, könne aber nicht zugeben, daß „der Bauer von dem Edelmann mißhandelt werde".

Ich erwiderte: „Wie sollte der Edelmann das anfangen? Wenn ich die Schönhauser Bauern mißhandeln wollte, so fehlte mir jedes Mittel dazu, und der Versuch würde mit meiner Mißhandlung entweder durch die Bauern oder durch das Gesetz endigen."

Darauf Er: „Das mag bei Ihnen in Schönhausen so sein; aber das ist eine Ausnahme, und ich kann nicht zugeben, daß der kleine Mann auf dem Lande geschunden wird."

Ich bat um die Erlaubniß, ihm eine kurze Darstellung der Genesis unsrer ländlichen Zustände, des Verhältnisses zwischen Gutsherrn und Bauern vorzulegen. Er nahm das Erbieten freudig dankend an; und ich habe nachher in Norderney meine freien Stunden dazu verwendet, dem damals 56 Jahre alten Thronerben an der Hand von Gesetzesstellen die rechtliche Situation auseinander zu setzen, in der sich Rittergüter und Bauern 1853 befanden. Ich schickte ihm die Arbeit nicht ohne die Befürchtung, der

Prinz würde kurz und ironisch antworten, er habe durch mich nichts erfahren, was er nicht schon seit 30 Jahren wisse. Umgekehrt aber dankte er mir lebhaft für die interessante Zusammenstellung der ihm neuen Daten.

III.

Von dem Augenblicke des Antritts der Regentschaft an hatte Prinz Wilhelm den Mangel an geschäftlicher Vorbildung so lebhaft empfunden, daß er keine Arbeit Tag und Nacht scheute, um demselben abzuhelfen. Wenn er „Staatsgeschäfte erledigte", so arbeitete er wirklich, mit vollem Ernst und voller Gewissenhaftigkeit. Er las alle Eingänge, nicht blos die, welche ihn anzogen, studirte die Verträge und Gesetze, um sich ein selbständiges Urtheil zu bilden. Er kannte keine Vergnügung, die den Staatsgeschäften Zeit entzogen hätte. Er las niemals Romane oder sonst Bücher, die nicht Bezug auf seinen Herrscherberuf hatten. Er rauchte nicht, spielte nicht Karten. Wenn nach einem Jagddiner in Wusterhausen die Gesellschaft sich in das Zimmer begab, in dem Friedrich Wilhelm I. das Tabakscollegium zu versammeln pflegte, so ließ er sich, damit die Anwesenden in seiner Gegenwart rauchen durften, eine der langen holländischen Thonpfeifen reichen, that einige Züge und legte sie mit einem krausen Gesichte aus der Hand. Als er in Frankfurt, damals noch Prinz von Preußen, auf einem Balle in ein Zimmer gerieth, in dem Hazard gespielt wurde, sagte er zu mir: „Ich will doch auch einmal mein Glück versuchen, habe aber kein Geld bei mir, geben Sie mir etwas." Da auch ich kein Geld bei mir zu tragen pflegte, so half der Graf Theodor Stolberg aus. Der Prinz setzte einige Male einen Thaler, verlor jedes Mal und verließ das Zimmer. Seine einzige Erholung war, nach einem arbeitsvollen Tage in seiner Theaterloge zu sitzen; aber auch dort durfte ich als Minister ihn in dringenden Fällen aufsuchen, um ihm in dem kleinen Zimmer vor der Loge Vorträge zu halten, und Unterschriften entgegennehmen. Obschon er der Nachtruhe der-

maßen bedürftig war, daß er schon über eine schlechte Nacht klagte, wenn er zweimal, und über Schlaflosigkeit, wenn er dreimal erwacht war, so habe ich niemals den leisesten Zug von Verdrießlichkeit wahrgenommen, wenn man ihn unter schwierigen Verhältnissen um 2 oder 3 Uhr weckte, um eine eilige Entscheidung zu erbitten.

Neben dem Fleiße, zu dem ihn sein hohes Pflichtgefühl trieb, kam ihm in Erfüllung seiner Regentenpflicht ein ungewöhnliches Maß von klarem, durch Erlerntes weder unterstützten noch beeinträchtigten gesunden Menschenverstande, common sense, zu Statten. Hinderlich für das Verständniß der Geschäfte war die Zähigkeit, mit der er an fürstlichen, militärischen und localen Traditionen hing; jeder Verzicht auf solche, jede Wendung zu neuen Bahnen, wie sie der Lauf der Ereignisse nothwendig machte, wurde ihm schwer und erschien ihm leicht im Lichte von etwas Unerlaubtem oder Unwürdigem. Wie an Personen seiner Umgebung und an Sachen seines Gebrauchs, so hielt er auch an Eindrücken und Ueberzeugungen fest, unter der Mitwirkung der Erinnrung an das, was sein Vater in ähnlichen Lagen gethan hatte oder gethan haben würde; insbesondre im französischen Kriege hatte er die Erinnrung an den parallelen Verlauf der Freiheitskriege immer vor Augen.

König Wilhelm, der mich während der schleswig-holsteinischen Episode einmal vorwurfsvoll fragte: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ weil ich mich seiner durch häusliche Einflüsse bedingten Neigung, ein neues gegen Preußen stimmendes Großherzogthum in Kiel zu schaffen, widersetzte, derselbe Herr war, wenn er, ohne durch politische Gedanken angekränkelt zu sein, in naturwüchsiger Freiheit seinen Empfindungen folgte, einer der entschlossensten Particularisten unter den deutschen Fürsten, in der Richtung eines patriotischen und conservativ gesinnten preußischen Offiziers aus der Zeit seines Vaters. Der Einfluß seiner Gemalin brachte ihn in reifern Jahren in Opposition gegen das traditionelle Prinzip, und die

Unfähigkeit seiner Minister der neuen Aera und das überstürzende Ungeschick der liberalen Parlamentarier in der Conflictszeit weckte in ihm wiederum den alten Pulsschlag des preußischen Prinzen und Offiziers, zumal er mit der Frage, ob die Bahn, die er einschlug, gefährlich sei, niemals rechnete. Wenn er überzeugt war, daß Pflicht und Ehre, oder eins von beiden, ihm geboten, einen Weg zu betreten, so ging er ihn ohne Rücksicht auf die Gefahren, denen er ausgesetzt sein konnte, in der Politik ebenso wie auf dem Schlachtfelde. Einzuschüchtern war er nicht. Die Königin war es, und das Bedürfniß des häuslichen Friedens mit ihr war ein unberechenbares Gewicht, aber parlamentarische Grobheiten oder Drohungen hatten nur die Wirkung, seine Entschlossenheit im Widerstande zu stärken. Mit dieser Eigenschaft hatten die Minister der neuen Aera und ihre parlamentarischen Stützen und Gefolgschaften niemals gerechnet. Graf Schwerin war in seinem Mißverstehn dieses furchtlosen Offiziers auf dem Throne so weit gegangen, zu glauben, ihn durch Ueberhebung und Mangel an Höflichkeit einschüchtern zu können[1]). In diesen Vorgängen lag der Wendepunkt des Einflusses der Minister der neuen Aera, der Altliberalen und der Bethmann-Hollweg'schen Partei, von dem ab die Bewegung rückläufig wurde, die Leitung in Roon's Hände fiel und der Ministerpräsident Fürst Hohenzollern mit seinem Adjuncten Auerswald meinen Eintritt in das Ministerium wünschten. Die Königin und Schleinitz verhinderten ihn einstweilen noch, als ich im Frühjahr 1860 in Berlin war, aber die Aeußerlichkeiten, die zwischen dem Herrn und seinen Ministern vorgekommen waren, hatten in die gegenseitigen Beziehungen doch einen Riß gebracht, der nicht mehr vernarbte.

IV.

Die Prinzessin Augusta vertrat unter Friedrich Wilhelm IV. in der Regel den Gegensatz zur Regirungs-

[1]) S. Bd. I 237.

politik; die neue Aera der Regentschaft sah sie als ihr Ministerium an, wenigstens bis zum Rücktritt des Herrn von Schleinitz. Es lebte in ihr vorher und später ein Bedürfniß des Widerspruchs gegen die jedesmalige Haltung der Regirung ihres Schwagers und später ihres Gemals. Ihr Einfluß wechselte und zwar so, daß derselbe bis auf die letzten Lebensjahre stets gegen die Minister in's Gewicht fiel. War die Regirungspolitik conservativ, so wurden die liberalen Personen und Bestrebungen in den häuslichen Kreisen der hohen Frau ausgezeichnet und gefördert; befand sich die Regirung des Kaisers in ihrer Arbeit zur Befestigung des neuen Reichs auf liberalen Wegen, so neigte die Gunst mehr nach der Seite der conservativen und namentlich der katholischen Elemente, deren Unterstützung, da sie unter einer evangelischen Dynastie sich häufig und bis zu gewissen Grenzen regelmäßig in der Opposition befanden, überhaupt der Kaiserin nahe lag. In den Perioden, wo unsre auswärtige Politik mit Oestreich Hand in Hand gehn konnte, war die Stimmung gegen Oestreich unfreundlich und fremd; bedingte unsre Politik den Widerstreit gegen Oestreich, so fanden dessen Interessen Vertretung durch die Königin und zwar bis in die Anfänge des Krieges 1866 hinein. Während an der böhmischen Grenze schon gefochten wurde, fanden in Berlin unter dem Patronate Ihrer Majestät durch das Organ von Schleinitz noch Beziehungen und Unterhandlungen bedenklicher Natur statt. Herr von Schleinitz hatte, seit ich Minister des Aeußern und er selbst Minister des königlichen Hauses geworden, das Amt einer Art Gegenministers der Königin, um Ihrer Majestät Material zur Kritik und zur Beeinflussung des Königs zu liefern. Er hatte zu diesem Behufe die Verbindungen benutzt, die er in der Zeit, wo er mein Vorgänger war, im Wege der Privatcorrespondenz angeknüpft hatte, um eine förmliche diplomatische Berichterstattung in seiner Hand zu concentriren. Ich erhielt die Beweise dafür durch den Zufall, daß einige dieser Berichte, aus deren Fassung die

Thatsache der Continuität der Berichterstattung ersichtlich war, durch Mißverständniß der Feldjäger oder der Post an mich gelangten und amtlichen Berichten so genau ähnlich sahn, daß ich erst durch einzelne Bezugnahmen im Texte stutzig wurde, mir das dazu gehörige Couvert aus dem Papierkorb suchte und darauf die Adresse des Herrn von Schleinitz vorfand. Zu den Beamten, mit denen er solche Verbindungen unterhielt, gehörte unter Andern ein Consul, über den mir Roon unter dem 25. Januar 1864 schrieb, derselbe stehe im Solde von Drouyn de L'Huys und schreibe unter dem Namen Siegfeld Artikel für das „Mémorial Diplomatique", die u. A. der Occupation der Rheinlande durch Napoleon das Wort redeten und sie in Parallele stellten mit unsrer Occupation Schleswigs. Zur Zeit der „Reichsglocke" und der gehässigen Angriffe der conservativen Partei und der „Kreuzzeitung" auf mich konnte ich ermitteln, daß die Colportage der „Reichsglocke" und ähnlicher verleumderischer Preßerzeugnisse im Bureau des Hausministeriums besorgt wurde. Der Vermittler war ein höherer Subalternbeamter Namens Bernhard[1]), der der Frau von Schleinitz die Federn schnitt und den Schreibtisch in Ordnung hielt. Durch ihn wurden allein an unsre höchsten Herrschaften dreizehn Exemplare der „Reichsglocke", davon zwei in das Kaiserliche Palais, berichtmäßig eingesandt und andre an mehre verwandte Höfe.

Als ich einmal den geärgerten und darüber erkrankten Kaiser des Morgens aufsuchen mußte, um über eine höfische Demonstration zu Gunsten des Centrums eine unter den obwaltenden Umständen dringliche Beschwerde zu führen, fand ich ihn im Bette und neben ihm die Kaiserin in einer Toilette, die darauf schließen ließ, daß sie erst auf meine Anmeldung herunter gekommen war. Auf meine Bitte, mit dem Kaiser allein sprechen zu dürfen,

---

[1]) Geh. Rechnungsrath, vgl. H. Blum, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. München, Alb. Langen 1900. S. 138.

entfernte sie sich, aber nur bis zu einem dicht außerhalb der von ihr nicht ganz geschlossenen Thüre stehenden Stuhle und trug Sorge, durch Bewegungen mich erkennen zu lassen, daß sie Alles hörte. Ich ließ mich durch diesen, nicht den ersten, Einschüchterungsversuch nicht abhalten, meinen Vortrag zu erstatten. An dem Abende desselben Tags war ich in einer Gesellschaft im Palais. Ihre Majestät redete mich in einer Weise an, die mich vermuthen ließ, daß der Kaiser meine Beschwerde ihr gegenüber vertreten hatte. Die Unterhaltung nahm die Wendung, daß ich die Kaiserin bat, die schon bedenkliche Gesundheit ihres Gemals zu schonen und ihn nicht zwiespältigen politischen Einwirkungen auszusetzen. Diese nach höfischen Traditionen unerwartete Andeutung hatte einen merkwürdigen Effect. Ich habe die Kaiserin Augusta in dem letzten Jahrzehnt ihres Lebens nie so schön gesehn wie in diesem Augenblicke; ihre Haltung richtete sich auf, ihr Auge belebte sich zu einem Feuer, wie ich es weder vorher noch nachher erlebt habe. Sie brach ab, ließ mich stehn und hat, wie ich von einem befreundeten Hofmanne erfuhr, gesagt: „Unser allergnädigster Reichskanzler ist heut sehr ungnädig."

Ich hatte durch langjährige Gewohnheit allmälig ziemliche Sicherheit in Beurtheilung der Frage gewonnen, ob der Kaiser Anträgen, die mir logisch geboten erschienen, aus eigner Ueberzeugung oder im Interesse des Hausfriedens widerstand. War erstres der Fall, so konnte ich in der Regel auf Verständigung rechnen, wenn ich die Zeit abwartete, wo der klare Verstand des Herrn sich die Sache assimilirt hatte. Oder er berief sich auf das Minister-Conseil. In solchen Fällen blieb die Discussion zwischen mir und Sr. Majestät immer sachlich. Anders war es, wenn die Ursache des königlichen Widerstrebens gegen ministerielle Meinungen in vorhergegangnen Erörtrungen der Frage lag, die Ihre Majestät beim Frühstück hervorgerufen und bis zu scharfer Aussprache der Zustimmung durchgeführt hatte. Wenn der König in solchen Momenten,

beeinflußt durch ad hoc geschriebene Briefe und Zeitungsartikel, zu raschen Aeußrungen im Sinne antiministerieller Politik gebracht war, so pflegte Ihre Majestät den gewonnenen Erfolg zu befestigen durch Aeußrung von Zweifeln, ob der Kaiser im Stande sein werde, die geäußerte Absicht oder Meinung „Bismarck gegenüber" aufrecht zu erhalten. Wenn Se. Majestät nicht auf Grund eigner Ueberzeugung, sondern weiblicher Bearbeitung widerstand, so konnte ich dies daran erkennen, daß seine Argumente unsachlich und unlogisch waren. Dann endete eine solche Erörtrung, wenn ein Gegenargument nicht mehr zu finden war, wohl mit der Wendung: „Ei der Tausend, da muß ich doch sehr bitten." Ich wußte dann, daß ich nicht den Kaiser, sondern die Gemalin mir gegenüber gehabt hatte.

Alle Gegner, die ich mir in den verschiedensten Regionen im Laufe meiner politischen Kämpfe nothwendiger Weise und im Interesse des Dienstes zugezogen hatte, fanden in ihrem gemeinsamen Hasse gegen mich ein Band, das einstweilen stärker war als ihre gegenseitigen Abneigungen gegen einander. Sie vertagten ihre Feindschaft, um einstweilen der stärkern gegen mich zu dienen. Den Krystallisationspunkt für diese Uebereinstimmung bildete die Kaiserin Augusta, deren Temperament, wenn es galt ihren Willen durchzusetzen, auch in der Rücksicht auf Alter und Gesundheit des Gemals nicht immer Grenze fand.

Der Kaiser hatte während der Belagrung von Paris, wie häufig vorher und nachher, unter dem Kampfe zwischen seinem Verstande und seinem königlichen Pflichtgefühl einerseits und dem Bedürfniß nach häuslichem Frieden und weiblicher Zustimmung zur Politik andrerseits zu leiden. Die ritterlichen Empfindungen, die ihn gegenüber seiner Gemalin, die mystischen, die ihn der gekrönten Königin gegenüber bewegten, seine Empfindlichkeit für Störungen seiner Hausordnung und seiner täglichen Gewohnheiten haben mir Hindernisse bereitet, die zuweilen schwerer zu überwinden waren als die von fremden Mächten oder feindlichen Parteien verursachten, und vermöge der herz-

lichen Anhänglichkeit, die ich für die Person des Kaisers hatte, die aufreibende Wirkung der Kämpfe erheblich gesteigert, die ich bei pflichtmäßigem Vertreten meiner Ueberzeugung in den Vorträgen durchzumachen hatte.

Der Kaiser hatte das Gefühl davon und machte in den letzten Jahren seines Lebens mir gegenüber kein Geheimniß aus seinen häuslichen Beziehungen, berieth mit mir, welche Wege und Formen zu wählen seien, um seinen häuslichen Frieden ohne Schädigung der Staatsinteressen zu schonen; „der Feuerkopf" pflegte der hohe Herr in vertraulichen, aus Verdruß, Respect und Wohlwollen gemischten Stimmungen die Gemalin zu bezeichnen und diesen Ausdruck mit einer Handbewegung zu begleiten, die etwa sagen wollte: „Ich kann nichts ändern". Ich fand diese Bezeichnung außerordentlich treffend; die Königin war, so lange nicht physische Gefahren drohten, eine muthige Frau, getragen von einem hohen Pflichtgefühl, aber auf Grund ihres königlichen Empfindens abgeneigt, andre Autoritäten als die ihrige gewähren zu lassen.

V.

Das Schwergewicht, das nach dem Antritt der Regentschaft der Wille und die Ueberzeugung des Prinzen von Preußen und spätern Kaisers auf dem außermilitärischen, dem politischen Gebiete darstellte, war das eigenste Product der mächtigen und vornehmen Natur, die diesem Fürsten, unabhängig von der ihm zu Theil gewordnen Erziehung, angeboren war. Der Ausdruck „königlich vornehm" ist prägnant für seine Erscheinung. Die Eitelkeit kann bei Monarchen ein Sporn zu Thaten und zur Arbeit für das Glück ihrer Unterthanen sein. Friedrich der Große war nicht frei davon; sein erster Thatendrang entsprang dem Verlangen nach historischem Ruhm; ob diese Triebfeder gegen das Ende seiner Regirung, wie man sagt, degenerirte, ob er dem Wunsche innerlich Gehör gab, daß die Nachwelt den Unterschied zwischen seiner und der folgenden Regirung merken möge, lasse ich unerörtert. Eine dichterische Er-

gießung datirte er von dem Tage vor einer Schlacht und theilte sie brieflich mit der Unterschrift mit: Pas trop mal à la veille d'une bataille.

Eine Eitelkeit der Art war dem Kaiser Wilhelm I. durchaus fremd; dagegen war ihm die Furcht vor berechtigter Kritik der Mit- und Nachwelt in hohem Maße eigen. Er war darin ganz preußischer Offizier, der, sobald er durch höhern Befehl gedeckt ist, ohne Schwanken dem sichern Tode entgegen geht, aber durch die Furcht vor dem Tadel des Vorgesetzten und der öffentlichen Meinung in zweifelnde Unsicherheit geräth, die ihn das Falsche wählen läßt. Niemand hätte gewagt, ihm eine platte Schmeichelei zu sagen. In dem Gefühle königlicher Würde würde er gedacht haben: wenn Einer das Recht hätte, mich in's Gesicht zu loben, so hätte er auch das Recht, mich in's Gesicht zu tadeln. Beides gab er nicht zu.

Monarch und Parlament hatten einander in schweren innern Kämpfen gegenseitig kennen und achten gelernt; die Ehrlichkeit der königlichen Würde, die sichre Ruhe des Königs hatten schließlich die Achtung auch seiner Gegner erzwungen, und der König selbst war durch sein hohes persönliches Ehrgefühl zu einer gerechten Beurtheilung der beiderseitigen Situationen befähigt. Das Gefühl der Gerechtigkeit nicht blos seinen Freunden und seinen Dienern gegenüber, sondern auch im Kampfe mit seinen Gegnern beherrschte ihn. Er war ein gentleman ins Königliche übersetzt, ein Edelmann im besten Sinne des Wortes, der sich durch keine Versuchung der ihm zufallenden Machtvollkommenheiten von dem Satze noblesse oblige dispensirt fühlte: sein Verhalten in der innern wie in der äußern Politik war den Grundsätzen des Cavaliers alter Schule und des normalen preußischen Offiziersgefühls jederzeit untergeordnet. Er hielt auf Treue und Ehre nicht nur Fürsten, sondern auch seinen Dienern bis zum Kammerdiener gegenüber. Wenn er durch augenblickliche Erregung seinem feinen Gefühl für königliche Würde und Pflicht zu nah getreten war, so fand er sich schnell wieder und blieb

dabei „jeder Zoll ein König“[1]), und zwar ein gerechter und wohlwollender König und ehrliebender Offizier, den der Gedanke an sein preußisches porte-épée auf richtigem Wege erhielt[2]).

Der Kaiser konnte heftig werden, ließ sich aber in der Discussion von der etwaigen Heftigkeit dessen, mit dem er discutirte, nicht anstecken, sondern brach dann die Unterredung vornehm freundlich ab. Ausbrüche wie in Versailles bei Abwehr des Kaisertitels[3]) waren sehr selten. Wenn er heftig wurde gegen Leute, denen er wohlwollte, wie dem Grafen Roon oder mir, so war er entweder durch den Gegenstand selbst erregt oder durch fremde, außeramtliche Besprechungen vorher an Auffassungen gebunden, die sich sachlich nicht vertreten ließen. Graf Roon hörte dergleichen Explosionen an wie ein Militär in der Front den Verweis eines hohen Vorgesetzten, den er nicht verdient zu haben glaubt, aber er litt nervös darunter und secundär auch körperlich. Auf mich haben Ausbrüche von Heftigkeit des Kaisers, die ich seltner erlebte als Roon, niemals contagiös, eher abkühlend gewirkt. Ich hatte mir die Logik zurechtgelegt, daß ein Herrscher, der mir in dem Maße Vertraun und Wohlwollen schenkte, wie Wilhelm I., in seinen Unregelmäßigkeiten für mich die Natur einer vis major habe, gegen die zu reagiren mir nicht gegeben sei, etwa wie das Wetter oder die See, wie ein Naturereigniß, auf das ich mich einrichten müsse; und wenn mir das nicht gelang, so hatte ich eben meine Aufgabe nicht richtig angegriffen. Dieser mein Eindruck beruhte nicht auf meiner generellen Auffassung der Stellung eines Königs von Gottes Gnaden zu seinem Diener, sondern auf meiner persönlichen Liebe zu Kaiser Wilhelm I. Ihm gegenüber lag mir persönliche Empfindlichkeit sehr fern, er konnte mich ziemlich ungerecht behandeln, ohne in mir Gefühle der Entrüstung hervorzurufen. Das Gefühl, beleidigt zu

[1]) Shakespeare, König Lear IV 6.
[2]) S. Bd. I 314. 365 f.
[3]) S. o. S. 145 ff.

sein, werde ich ihm gegenüber ebenso wenig gehabt haben, wie im elterlichen Hause. Es hinderte das nicht, daß mich sachliche, politische Interessen, für die ich bei dem Herrn entweder kein Verständniß oder eine vorgefaßte Meinung vorfand, die von Ihrer Majestät oder von confessionellen oder freimaurerischen Hofintriganten ausging, in der Stimmung einer durch ununterbrochnen Kampf erzeugten Nervosität zu einem passiven Widerstande gegen ihn geführt haben, den ich heut in ruhiger Stimmung mißbillige und bereue, wie man analoge Empfindungen nach dem Tode eines Vaters hat, in Erinnrung an Momente des Dissenses.

VI.

Seinem redlichen Sinne und der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens für Andre, seiner aus dem Herzen kommenden und von hohem Sinne getragnen Liebenswürdigkeit verdankte er es, daß ihm eine gewisse Leistung leicht wurde und gut gelang, die der Verstandesthätigkeit constitutioneller Regenten und Minister von Zeit zu Zeit viel Mühe macht. Für öffentliche Ansprachen enthalten die jährlich wiederkehrenden Aeußrungen solcher Monarchen, deren Constitutionalismus als mustergültig betrachtet wurde, einen reichen Vorrath an Redewendungen; aber trotz aller sprachlichen Gewandheit haben sowohl Leopold von Belgien wie Louis Philipp die constitutionelle Phraseologie ziemlich erschöpft, und ein deutscher Monarch wird kaum im Stande sein, schriftlich und gedruckt den Kreis der brauchbaren Aeußrungen zu erweitern. Mir selbst ist keine Arbeit unbehaglicher und schwieriger gewesen, als die Herstellung des nöthigen Phrasenbedarfs für Thronreden und ähnliche Aeußrungen. Wenn Kaiser Wilhelm selbst Proclamationen redigirte oder wenn er eigenhändig Briefe schrieb, so hatten dieselben, auch wenn sie sprachlich incorrect waren, doch immer etwas Gewinnendes, oft Begeisterndes. Sie berührten angenehm durch die Wärme seines Gefühls und die Sicherheit, die aus ihnen sprach, daß er Treue nicht nur verlangte, sondern auch gewährte. Il était de relation

sûre; eine von den fürstlichen Gestalten, in Seele und Körper, deren Eigenschaften mehr des Herzens als des Verstands die im germanischen Charakter hin und wieder vorkommende Hingebung ihrer Diener und Anhänger auf Tod und Leben erklären. Für monarchische Gesinnung ist die Ausdehnung des Gebiets ihrer Ergebenheit nicht jedem Fürsten gegenüber dieselbe; sie unterscheidet sich, je nachdem politisches Verständniß oder Empfindung die Grenzen ziehn. Ein gewisses Maß der Hingebung wird durch die Gesetze bestimmt, ein größres durch politische Ueberzeugung; wo es darüber hinaus geht, bedarf es eines persönlichen Gefühls von Gegenseitigkeit, das bewirkt, daß treue Herrn treue Diener haben, deren Hingebung über das Maß staatsrechtlicher Erwägungen hinausreicht.

Es ist eine Eigenthümlichkeit royalistischer Gesinnung, daß ihren Träger, auch wenn er sich bewußt ist, die Entschließungen des Königs zu beeinflussen, das Gefühl nicht verläßt, der Diener des Monarchen zu sein. Der König selbst rühmte eines Tages (1865) gegen meine Frau die Geschicklichkeit, mit der ich seine Intentionen zu errathen und — wie er nach einer Pause hinzusetzte — zu leiten wüßte. Solche Anerkennung benahm ihm nicht das Gefühl, daß er der Herr und ich sein Diener sei, ein nützlicher, aber ehrerbietig ergebener. Dieses Bewußtsein verließ ihn auch dann nicht, als er bei erregter Erörtrung meines Abschiedsgesuchs 1877 in die Worte ausbrach: „Soll ich mich in meinen alten Tagen blamiren? Es ist eine Untreue, wenn Sie mich verlassen" — auch unter solchen Gefühlen stand er in seiner eignen königlichen Einschätzung und in seinem Gerechtigkeitssinn zu hoch, um jemals dem Gefühl einer Saulischen Eifersucht gegen mich zugänglich zu werden. Er hatte das königliche Gefühl, daß er es nicht nur vertrug, sondern sich gehoben fühlte durch den Gedanken, einen angesehnen und mächtigen Diener zu haben. Er war zu vornehm für das Gefühl eines Edelmanns, der keinen reichen und unabhängigen Bauern im Dorfe vertragen kann. Die freudige Art, in welcher er

1885 bei meiner 50jährigen Dienstfeier[1]) die mir gebrachten Huldigungen nicht befahl und anordnete, aber zuließ und mitmachte, stellte auch für das Publikum und die Geschichte diesen königlichen und vornehmen Charakter in das richtige Licht. Die Feier war nicht von ihm befohlen, aber zugelassen und freudig befördert. Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke einer Eifersucht auf seinen Diener und Unterthanen in den Sinn, und nicht einen Augenblick verließ ihn das königliche Bewußtsein, der Herr zu sein, ebenso wie bei mir alle, auch übertriebene Huldigungen das Gefühl, der Diener dieses Herrn zu sein und mit Freuden zu sein, in keiner Weise berührten.

Diese Beziehungen und meine Anhänglichkeit hatten ihre prinzipielle Begründung in einem überzeugungstreuen Royalismus: aber in der Specialität, wie er vorhanden war, ist er doch nur möglich unter der Wirkung einer gewissen Gegenseitigkeit des Wohlwollens zwischen Herrn und Diener, wie unser Lehnrecht die „Treue" auf beiden Seiten zur Voraussetzung hatte. Solche Beziehungen, wie ich sie zum Kaiser Wilhelm hatte, sind nicht ausschließlich staatsrechtlicher oder lehnrechtlicher Natur; sie sind persönlich, und sie wollen von dem Herrn sowohl wie von dem Diener, wenn sie wirksam sein sollen, erworben sein; sie übertragen sich mehr persönlich als logisch leicht auf eine Generation, aber ihnen einen dauernden und prinzipiellen Charakter beizulegen, entspricht im heutigen politischen Leben nicht mehr den germanischen, sondern eher den romanischen Anschauungen; der bourbonische porte-coton[2]) ist in die deutschen Begriffe nicht übertragbar.

---

[1]) Sie wurde nach Wunsch des Kaisers mit der Feier des 70. Geburtstags verbunden.

[2]) So ist zu lesen statt: der portugiesische porteur du coton. — Am portugiesischen Hofe war der porte-coton unbekannt; er gehörte zur Hofbeamtenhierarchie der Bourbonen.

VII.

Lebendiger als in meiner Schildrung werden gewisse Charakterzüge des Kaisers aus seinen nachstehenden Briefen hervortreten:

„Berlin, den 13. Januar 1870.

Leider vergaß ich noch immer, Ihnen die Sieges-Medaille zu übergeben, die eigentlich zuerst in Ihren Händen hätte sein müssen, und so sende ich sie Ihnen hierbei als Siegel Ihrer Welthistorischen Leistungen.

Ihr

Wilhelm."

Ich schrieb dem Könige an demselben Tage:

„Allerdurchlauchtigster König,
Allergnädigster Herr,

Eurer Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollen und tiefgefühlten Dank für die huldreiche Verleihung der Sieges-Medaille und für den ehrenvollen Platz, den Eure Majestät mir auf diesem historischen Denkmal anzuweisen geruht haben. Die Erinnrung, welche dieses geprägte Document der Nachwelt erhalten wird, gewinnt für mich und die Meinigen ihre besondre Bedeutung durch die gnädigen Zeilen, mit denen Eure Majestät die Verleihung begleitet haben.

Wenn mein Selbstgefühl eine hohe Befriedigung darin findet, daß es mir vergönnt ist, meinen Namen unter den Flügeln des Königlichen Adlers, der Deutschland seine Bahnen anweist, auf die Nachwelt kommen zu sehn, so ist mein Herz noch mehr befriedigt in dem Gefühle, unter Gottes sichtbarem Segen einem angestammten Herrn zu dienen, dem ich mit voller und persönlicher Liebe anhänge, und dessen Zufriedenheit zu besitzen für mich der in diesem Leben begehrteste Lohn ist. Genehmigen Eure Majestät den Ausdruck ehrfurchtsvoller und unwandelbarer Treue, mit dem ich ersterbe

Eurer Majestät
treugehorsamster Diener
v. Bismarck."

„Berlin, den 21. März 1871.

Mit der heutigen Eröffnung des ersten deutschen Reichstags nach Wiederherstellung eines Deutschen Reiches beginnt die erste öffentliche Thätigkeit desselben. Preußens Geschichte und Geschicke wiesen seit längerer Zeit auf ein Ereigniß hin, wie es sich jetzt, durch dessen Berufung an die Spitze des neugegründeten Reiches, vollzogen hat. Preußen verdankt dies weniger seiner Ländergröße und Macht, wenngleich Beides sich gleichmäßig mehrte, als seiner geistigen Entwicklung und seiner Heeres Organisation. In unerwartet schneller Folge haben sich im Laufe von 6 Jahren die Geschicke meines Landes zu dem Glanzpunkte entwickelt, auf dem es heute stehet. In diese Zeit fällt die Thätigkeit, zu welcher ich Sie vor 10 Jahren zu mir berief. In welchem Maaße Sie das Vertrauen gerechtfertigt haben, aus welchem ich damals den Ruf an Sie ergehen ließ, liegt offen vor der Welt. Ihrem Rath, Ihrer Umsicht, Ihrer unermüdlichen Thätigkeit verdankt Preußen und Deutschland das Welt Geschichtliche Ereigniß, welches sich heute in meiner Residenz verkörpert.

Wenngleich der Lohn für solche Thaten in Ihrem Innern ruhet, so bin ich doch gedrungen und verpflichtet, Ihnen öffentlich und dauernd den Dank des Vaterlandes und den meinigen auszudrücken. Ich erhebe Sie daher in den Fürstenstand Preußens mit der Bestimmung, daß sich derselbe stets auf das älteste männliche Mitglied Ihrer Familie vererbt.

Mögen Sie in dieser Auszeichnung den nie versiegenden Dank erblicken

Ihres

Kaisers und Königs

Wilhelm."

„Berlin, den 2. März 1872.

Wir begehen heute den ersten Jahrestag des glorreichen Friedensschlusses, der durch Tapferkeit und Opfer aller Art erkämpft, durch Ihre Umsicht und Energie aber zu Résultaten führte, die nie geahndet waren! Meine Aner-

kennung und meinen Dank wiederhohle ich Ihnen heute von neuem mit dankbarem und gerührtem Herzen, dem ich durch Eisen und edle Metalle öffentlich Ausdruck gab. Es fehlt aber noch ein Metall, die Bronce. Ein Andenken aus diesem Metall stelle ich daher heute zu Ihrer Disposition und zwar in der Gestalt, die Sie vor einem Jahre zum Schweigen brachten; Ich habe daher bestimmt, daß nach Ihrer eignen Auswahl einige eroberte Geschütze Ihnen überwiesen werden, die Sie auf Ihren Besitzungen zum bleibenden Andenken Ihrer mir und dem Vaterlande geleisteten hohen Dienste aufpflanzen wollen!

Ihr

treu ergebener und

dankbarer

Wilhelm."

„Coblenz, den 26. July 1872.

Sie werden am 28. d. M. ein schönes Familien Fest[1]) begehen, das Ihnen der Allmächtige in Seiner Gnade beschеert. Daher darf und kann ich mit meiner Theilnahme an diesem Feste nicht zurückbleiben, und so wollen Sie und die Fürstin Ihre Gemahlin hier meinen innigsten und wärmsten Glückwunsch zu diesem erhebenden Feste entgegen nehmen. Daß Ihnen Beiden unter so vielen Glücksgütern, die Ihnen die Vorsehung für Sie erkoren hat, doch immer das häusliche Glück obenan stand, das ist es, wofür Ihre Dankgebethe zum Himmel steigen. Unsere und meine Dankgebethe gehen aber weiter, indem sie den Dank in sich schließen, daß Gott Sie mir in endscheidender Stunde zur Seite stellte und damit eine Laufbahn meiner Regierung eröffnete, die weit über Denken und Verstehen gehet. Aber auch hierfür werden Sie Ihre Dankgefühle nach Oben senden, daß Gott Sie begnadigte, so Hohes zu leisten. Und in und nach allen Ihren Mühen fanden Sie stets in der Häuslichkeit Erholung und Frieden, und das erhält Sie Ihrem schweren Berufe. Für diesen sich zu erhalten und zu kräftigen, ist mein stetes Anliegen an Sie, und freue

[1]) Die silberne Hochzeit.

ich mich aus Ihrem Briefe durch Graf Lehndorff und von diesem selbst zu hören, daß Sie jetzt mehr an sich als an die Papiere denken werden.

Zur Erinnerung an Ihre silberne Hochzeit wird Ihnen eine Vase übergeben werden, die eine dankbare Borussia darstellt und die, so gebrechlich ihr Matérial auch sein mag, doch selbst in jeder Scherbe dereinst aussprechen soll, was Preußen Ihnen durch die Erhebung auf die Höhe, auf welcher es jetzt stehet, verdankt.

Ihr
treu ergebener
dankbarer König
Wilhelm."[1])

„Coblenz am 6. November 1878.

Es ist Ihnen beschieden gewesen, in Zeit eines Vierteljahres Europa durch Ihre Einsicht, Umsicht und durch Ihren Muth den Frieden theils wiederzugeben, theils zu erhalten, und für Deutschland auf gesetzlichem Wege einem Feinde entgegen zu treten, der für alle Staatlichen Verhältnisse Verderben drohte. Wenn beide Welt Geschichtliche Ereignisse von allen Wohlgesinnten begriffen und Ihnen derselben Anerkennung zu Theil geworden ist, und ich Ihnen selbst diese Anerkennung beweisen konnte für das zuerst genannte Ereigniß des Berliner Congresses, so geziemt es mir nun auch für die Endschiedenheit, mit welcher Sie den Rechtsboden vertheidigt haben, Ihnen diese Anerkennung auch öffentlich darzulegen. Das Gesetz *), welches ich im Sinne habe und welches seine Entstehung einem meinem Herzen und Gemüth schmerzlichen Ereigniß[2]) verdankt, soll den deutschen Staaten ihren jetzigen rechtlichen Standpunkt erhalten und sichern, also auch Preußen.

*) Gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878.

[1]) Bismarck's Antwort s. im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I 222 ff.

[2]) Den Mordversuchen Hödel's (11. Mai 1878) und Nobiling's (2. Juni 1878).

Ich habe als Zeichen meiner Anerkennung Ihrer großen Verdienste um mein Preußen die Zeichen seiner Macht gewählt: Krone, Zepter und Schwerdt, und dem Großkreuz des Rothen Adler Ordens, welches Sie stets tragen, zufügen lassen, welche Décoration ich Ihnen beifolgend übersende.

Das Schwerdt spricht für den Muth und die Einsicht, mit welcher Sie meinen Zepter und meine Krone zu unterstützen und zu schützen wissen.

Möge die Vorsehung Ihnen noch die Kraft verleihen, um lange Jahre hindurch ferner Ihren Patriotismus meiner Regierung und dem Wohle des Vaterlandes zu widmen.

Ihr

treu ergebener dankbarer

Wilhelm."

„Berlin, den 1. April 1879.

Leider kann ich Ihnen meine Wünsche zum heutigen Tage nicht persönlich mündlich darbringen, da ich heute zum Erstenmale zwar ausfahren soll, aber noch keine Treppen steigen darf.

Vor Allem wünsche ich Ihnen Gesundheit, denn von der hängt ja alle Thätigkeit ab, und diese entwickeln Sie jetzt mehr wie seit langer Zeit, ein Beweis, daß Thätigkeit auch gesund erhält. Möge es zum Wohle des Vaterlandes, des engeren wie weiteren, so fortgehen!

Ich benutze den Tag, um Ihren Schwiegersohn den Grafen Rantzau hiermit zum Legationsrath zu ernennen, da ich glaube Ihnen damit eine Freude zu machen.

Auch sende ich Ihnen die Copie meines großen Ahnherrn, des Groß(en) Kurfürsten, wie er auf der langen Brücke steht, zum Andenken an den heutigen Tag, der noch recht oft für Sie und uns wiederkehren möge.

Ihr

dankbarer

Wilhelm."

Um Weihnachten 1883 schenkte der Kaiser mir eine Nachbildung des Denkmals auf dem Niederwald, an der ein Blättchen mit folgenden Worten befestigt war:

„Zu Weihnachten
1883

Der Schlußstein Ihrer Politik, eine Feier, die hauptsächlich Ihnen galt und der Sie leider*) nicht beiwohnen konnten!

W."

„Berlin, 1. April 1885.

Mein lieber Fürst! Wenn sich in dem Deutschen Lande und Volke das warme Verlangen zeigt, Ihnen bei der Feier Ihres 70. Geburtstages zu bethätigen, daß die Erinnerung an Alles, was Sie für die Größe des Vaterlandes gethan haben, in so vielen Dankbaren lebt, so ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfniß, Ihnen heute auszusprechen, wie hoch es mich freut, daß ein solcher Zug des Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht. Es freut mich das für Sie als eine wahrlich im höchsten Maaße verdiente Anerkennung; und es erwärmt mir das Herz, daß solche Gesinnungen sich in so großer Verbreitung kund thun, denn es ziert die Nation in der Gegenwart und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntniß für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An einer solchen Feier Theil zu nehmen, ist mir und meinem Hause eine besondere Freude und wünschen wir Ihnen durch beifolgendes Bild[1]) auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung wir dies thun. Denn dasselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohenzollern Hauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern.

Sie, mein lieber Fürst, wissen, wie in mir jederzeit

*) Krankheitshalber.

[1]) Die Kaiserproclamation in Versailles von Anton v. Werner.

das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dank Gefühl für Sie leben wird! Ihnen sage ich daher mit diesem nichts, was ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was wir Ihnen zu danken haben.

Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige ich diese Zeilen als, über das Grab hinausdauernd,

Ihr dankbarer treu ergebener
Kaiser und König
Wilhelm."

„Sie feiern, mein lieber Fürst, am 23. September d. J. den Tag, an welchem ich Sie vor 25 Jahren in mein Staats Ministerium berief und nach kurzer Zeit Ihnen das Präsi(di)um desselben übertrug. Ihre bis dahin dem Vaterlande in den verschiedensten und wichtigsten Aufträgen geleisteten ausgezeichneten Dienste berechtigten mich, Ihnen diese höchste Stellung zu übertragen. Die Geschichte des letzten Viertels des Jahrhunderts beweiset, daß ich mich nicht bei Ihrer Wahl geirrt habe!

Ein leuchtendes Bild von wahrer Vaterlandsliebe, unermüdlicher Thätigkeit, oft mit Hintenansetzung Ihrer Gesundheit, waren Sie unermüdlich, die oft sich aufthürmenden Schwierigkeiten, im Frieden und Kriege fest ins Auge zu fassen u(nd) zu guten Zielen zu führen, die Preußen an Ehre und Ruhm, zu einer Stellung führten in der Welt Geschichte, wie man sie nie geahndet hatte! Solche Leistungen sind wohl gemacht, um den 25. Jahrestag[1]) des 23. Septembers mit Dank gegen Gott zu begehen, daß Er Sie mir zur Seite stellte, um Seinen Willen auf Erden auszuführen!

Und diesen Dank lege ich nun erneuert an Ihr Herz, wie ich dies so oft aussprechen und bethätigen konnte!

Mit Dank erfülltem Herzen wünsche ich Ihnen Glück

[1]) Original: den 25. Jahrestag des 25jährigen Jahrestag.

zur Feier eines solchen Tages und wünsche von Herzen, daß Ihre Kräfte noch lange ungeschwächt erhalten bleiben zum Seegen des Thrones und des Vaterlandes!

Ihr

Berlin zum 23. September 1887. ewig dankbarer König und Freund Wilhelm.

N. Sch.

Zur Erinnerung an die abgelaufenen 25 Jahre, sende ich Ihnen die Ansicht des Gebäudes, in welchem wir so endscheidende Beschlüsse berathen u(nd) ausführen mußten u(nd) die immer Preußen u(nd) nun hoffentlich Deutschland zur Ehre und zum Wohle gereichen mögen."

Den letzten Brief des Kaisers erhielt ich am 23. December 1887. Verglichen mit dem vorhergehenden zeigt er im Satzbau und in den Zügen, daß dem Kaiser während der letztverflossenen drei Monate der schriftliche Ausdruck und das Schreiben viel saurer geworden waren; aber die Schwierigkeiten beeinträchtigen nicht die Klarheit der Gedanken, die väterliche Rücksicht auf das Gefühl des kranken Sohnes, die landesherrliche Sorge für die gehörige Ausbildung des Enkels. Es wäre unrecht, bei der Wiedergabe dieses Briefes irgend etwas daran bessern zu wollen.

„Berlin, den 23. 12. 1887.

Anliegend sende ich Ihnen die Ernennung Ihres Sohnes zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Predikat Ex(c)ellenz, um dieselbe(n) Ihrem Sohne zu übergeben, eine Freude, die ich Ihnen nicht versagen wollte. Ich denke, die Freude wird eine 3fache sein, für Sie, für Ihren Sohn u(nd) für mich!

Ich ergreife die Gelegenheit, um Ihnen mein bisheriges Schweigen [zu erklären][1]) auf Ihren Vorschlag, meinen Enkel den Prinzen Wilhelm mehr in die Staats Geschäfte

[1]) Ergänzung, fehlt im Original.

einzuführen, bei dem traurigen Gesundheits Zustande des Kronprinzen meines Sohnes! Im Princip bin ich ganz einverstanden, daß dies geschehe, aber die Ausführung ist eine sehr schwierige. Sie werden ja wissen, daß die an sich sehr natürliche Bestimmung, die ich auf Ihren Rath traf, daß mein Enkel W. in meiner Behinderung die laufenden 2 Cabinets Erlasse des Civils und Militairs unterschreiben werde, unter der Ueberschrift „auf Allerhöchsten Befehl" — daß diese Bestimmung den Kronprinzen sehr irritirt hat, als denke man in Berlin bereits an seinen Ersatz! Bei ruhigerer Ueberlegung wird sich mein Sohn wohl beruhigt haben. Schwieriger würde diese Ueberlegung sein, wenn er erfährt, daß seinem Sohn eine noch größere Einsicht in die Staatsgeschäfte gestattet wird u(nd) selbst ein Civil-Adjudant gegeben wird — wie ich seiner Zeit meine vortragenden Räthe bezeichnete. Damals lagen die Dinge jedoch ganz [anders][1]), da ein Grund meinen Königlichen Vater veranlassen konnte, für einen Stellvertreter des damaligen Kronprinzen zu bestellen[2]), obgleich meine Erbschaft an der Krone schon längst vorher zu sehen war, u(nd) unterblieb meine Einführung bis zu meinem 44. Jahre, als mein Bruder mich sofort zum Mitglied des Staats Ministeriums ernannte mit Beilegung des Titels als Prinz von Preußen. Mit dieser Stellung war also die Zutheilung eines erfahrenen Geschäftsmanns nothwendig, um mich zur jedesmaligen Staats Ministerial Sitzung vorzubereiten. Zugleich erhielt ich täglich die politischen Dépéchen, nachdem dieselben durch 4—5—6 Hände, — den Siegeln nach, gegangen waren! Für[3]) bloße Conversation, wie Sie es vorschlagen, einen Staatsmann meinem Enkel zuzutheilen, entbehrt also des Grundes, einer Vorbereitung, wie bei mir, zu einem bestimmten Zweck u(nd) würde bestimmt meinen Sohn von Neuem u(nd) noch

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

[2]) Offenbar schwebte dem Kaiser sorgen vor, als er die Worte „für einen Stellvertreter" niederschrieb.

[3]) Original: Eine.

mehr irritiren, was durchaus unterbleiben muß. Ich schlage daher vor, daß die bisherige Art der Beschäftigung-Erlernung der Behandlung der Staats-Orientirung beibehalten wird d. h. einzelnen Staats Ministerien zugetheilt werde und vielleicht auf zwei ausgedehnt werde, wie in diesem Winter, wo mein Enkel freiwillig den Besuch des Auswärtigen Amts ferner zu gestatten neben dem Finanz-Ministerium, welche Freiwilligkeit dann von Neujahr ganz fortfallen könnte, u(nd) vielleicht das Minist. des Inneren an die Stelle [treten könnte][1]), wobei meinem Enkel zu gestatten wäre, in einzelnen sanglanten Fällen sich im Auswärt(igen) Amt zu orientiren. Diese Fortsetzung des jetzigen Verfahrens kann meinen Sohn weniger irritiren, obgleich Sie sich erinnern werden, daß er auch gegen dieses Verfahren scharf opponirt.

Ich bitte also um Ihre Ansicht in dieser Materie.

Ein angenehmes Fest Ihnen Allen wünschen(d)

Ihr

dankbarer

Wilhelm.

Das beifolgende Patent wollen Sie gefälligst vor der Uebergabe contrasigniren. W."[2])

Von der Kaiserin Augusta habe ich sehr selten Zuschriften erhalten; ihr letzter Brief, bei dessen Abfassung sie wohl ebenso wie ich bei dem Lesen an die Kämpfe gedacht hat, die ich mit ihr zu bestehn hatte, lautet wie folgt:

„Dictirt.

Baden-Baden, den 24. December 1888.

Lieber Fürst!

Wenn ich diese Zeilen an Sie richte, so ist es nur, um an dem Wendepunkt eines ernsten Lebensjahres eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen. Sie haben unserm unver-

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

[2]) Vgl. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck, Bd. I: Kaiser Wilhelm I. und Bismarck.

geßlichen Kaiser treu beigestanden und meine Bitte der Fürsorge für seinen Enkel erfüllt. Sie haben mir in bitteren Stunden Theilnahme bewiesen, deshalb fühle ich mich berufen, Ihnen, bevor ich dieses Jahr beschließe, nochmals zu danken und dabei auf die Fortdauer Ihrer Hülfe zu rechnen, mitten unter den Widerwärtigkeiten einer vielbewegten Zeit. Ich stehe im Begriff, den Jahreswechsel im Familienkreise still zu feiern, und sende Ihnen und Ihrer Gemahlin einen freundlichen Gruß.

Augusta."

Die Unterschrift ist eigenhändig, aber sehr verschieden von den festen Zügen, in denen die Kaiserin früher zu schreiben pflegte.

Dreiunddreißigstes Kapitel.

Kaiser Friedrich III.

Es war ein weitverbreiteter Irrthum, daß der Regierungswechsel von Kaiser Wilhelm zu Kaiser Friedrich mit einem Ministerwechsel, der mir meinen Nachfolger gegeben haben würde, verbunden sein müßte. Im Sommer 1848 hatte ich zuerst Gelegenheit, dem damals 17jährigen Herrn bekannt zu werden und Beweise persönlichen Vertrauns von ihm zu erhalten[1]). Letztres mag bis 1866 gelegentlich geschwankt haben, erwies sich aber als fest und offen bei Erledigung der Danziger Episode in Gastein 1863[2]). Im Kriege von 1866, insbesondre in den Kämpfen mit dem Könige und den höhern Militärs über die Opportunität des Friedensschlusses in Nikolsburg, hatte ich mich eines von politischen Prinzipien und Meinungsverschiedenheiten unabhängigen Vertrauns des Kronprinzen zu erfreuen[3]). Versuche, es zu erschüttern, sind von verschiednen Seiten, die äußerste Rechte nicht ausgeschlossen, und unter Anwendung verschiedner Vorwände und Erfindungen gemacht worden, haben aber keinen dauernden Erfolg erreicht; zu ihrer Vereitlung genügte seit 1866 eine persönliche Aussprache zwischen dem hohen Herrn und mir.

Als der Gesundheitszustand Wilhelm's I. im Jahre 1885 Anlaß zu ernsten Besorgnissen gab, berief der Kronprinz mich nach Potsdam und fragte, ob ich im Falle eines

[1]) S. Bd. I S. 58 f.
[2]) S. Bd. I S. 351.
[3]) S. o. S. 67.

Thronwechsels im Dienst bleiben würde. Ich erklärte mich dazu unter zwei Bedingungen bereit: keine Parlamentsregirung und keine auswärtigen Einflüsse in der Politik. Der Kronprinz erwiderte mit einer entsprechenden Handbewegung: „Kein Gedanke daran!"

Bei seiner Frau Gemalin konnte ich nicht dasselbe Wohlwollen für mich voraussetzen; ihre natürliche und angeborne Sympathie für ihre Heimath hatte sich von Hause aus gekennzeichnet in dem Bestreben, das Gewicht des preußisch-deutschen Einflusses in europäischen Gruppirungen in die Wagschale ihres Vaterlandes, als welches sie England zu betrachten niemals aufgehört hat, hinüberzuschieben und im Bewußtsein der Interessenverschiedenheit der beiden asiatischen Hauptmächte, England und Rußland, bei eintretendem Bruche die deutsche Macht im Sinne Englands verwendet zu sehn. Dieser auf der Verschiedenheit der Nationalität beruhende Dissens hat in der orientalischen Frage, mit Einschluß der Battenbergischen, manche Erörtrung zwischen Ihrer Kaiserlichen Hoheit und mir veranlaßt. Ihr Einfluß auf ihren Gemal war zu allen Zeiten groß und wurde stärker mit den Jahren, um zu culminiren in der Zeit, wo er Kaiser war. Aber auch bei ihr bestand die Ueberzeugung, daß meine Beibehaltung bei dem Thronwechsel im Interesse der Dynastie liege.

Es ist nicht meine Absicht, würde auch unausführbar sein, jeder Legende und böswilligen Erfindung ausdrücklich zu widersprechen. Da indessen die Erzählung, der Kronprinz habe 1887 nach der Rückkehr aus Ems eine Urkunde unterzeichnet, in der er für den Fall, daß er seinen Vater überlebe, zu Gunsten des Prinzen Wilhelm auf die Regirung verzichtet, in ein englisches Werk über den Kaiser Wilhelm II. übergegangen ist, so will ich constatiren, daß an der Geschichte nicht ein Schatten von Wahrheit ist. Auch daß ein Thronerbe, der an einer unheilbaren Körperkrankheit leide, nach unsern Hausgesetzen nicht successionsfähig sei, wie 1887 in manchen Kreisen behauptet, in andern geglaubt wurde, ist eine Fabel. Die Hausgesetze so

wenig wie die preußische Verfassungs-Urkunde enthalten irgend eine Bestimmung der Art. Dagegen gab es einen Moment, in dem eine Frage staatsrechtlicher Natur mich nöthigte, in die Behandlung des Dulders einzugreifen, deren Geschichte übrigens die medizinische Wissenschaft angeht. Die behandelnden Aerzte waren Ende Mai 1887 entschlossen, den Kronprinzen bewußtlos zu machen und die Exstirpation des Kehlkopfs auszuführen, ohne ihm ihre Absicht angekündigt zu haben. Ich erhob Einspruch, verlangte, daß nicht ohne die Einwilligung des Patienten vorgegangen und, da es sich um den Thronfolger handle, auch die Zustimmung des Familienhauptes eingeholt werde. Der Kaiser, durch mich unterrichtet, verbot die Operation ohne Einwilligung seines Sohnes vorzunehmen.

Von den wenigen Erörtrungen, die ich mit dem Kaiser Friedrich während seiner kurzen Regirungszeit zu führen hatte, sei eine erwähnt, an die sich Betrachtungen über die Reichsverfassung knüpfen lassen, die mich in frühern Conjuncturen und wieder im März 1890 beschäftigt haben.

Bei dem Kaiser Friedrich war die Neigung vorhanden, der Verlängrung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre im Reiche und in Preußen die Genehmigung zu versagen. In Betreff des Reichstags setzte ich ihm auseinander, daß der Kaiser als solcher kein Factor der Gesetzgebung sei, sondern nur als König von Preußen durch die preußische Stimme am Bundesrathe mitwirke; ein Veto gegen übereinstimmende Beschlüsse beider gesetzgebenden Körperschaften habe ihm die Reichsverfassung nicht beigelegt. Diese Auseinandersetzung genügte, um Se. Majestät zur Vollziehung des Schriftstücks, durch das die Verkündigung des Gesetzes vom 19. März 1888 angeordnet wurde, zu bestimmen.

Auf die Frage Sr. Majestät, wie sich die Sache nach der preußischen Verfassung verhalte, konnte ich nur antworten, daß der König dasselbe Recht habe, einen Gesetzentwurf anzunehmen oder abzulehnen, wie jedes der beiden

Häuser des Landtags. Se. Majestät lehnte dann vor der Hand die Unterzeichnung ab, sich die Entschließung vorbehaltend. Es entstand also die Frage, wie das Staatsministerium, das die Königliche Zustimmung beantragt hatte, sich zu verhalten habe. Ich befürwortete und erreichte, daß einstweilen auf eine Erörtrung mit dem Könige verzichtet wurde, weil er ein unzweifelhaftes Recht ausübe, weil überdies der Gesetzentwurf vor dem Thronwechsel eingebracht war, und endlich, weil wir vermeiden müßten, die wegen der Krankheit des Monarchen ohnehin schwierige Situation durch Anregung von Cabinetsfragen zu verschärfen. Die Sache erledigte sich dadurch, daß Se. Majestät mir am 27. Mai auch das preußische Gesetz vollzogen aus eignem Antriebe zugehn ließ.

Man hat sich in der Praxis daran gewöhnt, den Kanzler als verantwortlich für das gesammte Verhalten der Reichsregirung anzusehn. Diese Verantwortlichkeit läßt sich nur dann behaupten, wenn man seine Berechtigung zugiebt, das kaiserliche Uebersendungsschreiben, vermittelst dessen Vorlagen der verbündeten Regirungen (Art. 16) an den Reichstag gelangen, durch Verweigrung der Gegenzeichnung zu inhibiren. Der Kanzler an sich hätte, wenn er nicht zugleich preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrathe ist, nach dem Wortlaute der Verfassung nicht einmal die Berechtigung, an den Debatten des Reichstags persönlich theilzunehmen. Wenn er, wie bisher, zugleich Träger eines preußischen Mandats zum Bundesrathe ist, so hat er nach Art. 9 das Recht, im Reichstage zu erscheinen und jederzeit gehört zu werden; dem Reichskanzler als solchem ist diese Berechtigung durch keine Bestimmung der Verfassung beigelegt. Wenn also weder der König von Preußen, noch ein andres Mitglied des Bundes den Kanzler mit einer Vollmacht für den Bundesrath versieht, so fehlt demselben die verfassungsmäßige Legitimation zum Erscheinen im Reichstage; er führt zwar nach Art. 15 im Bundesrathe den Vorsitz, aber ohne Votum, und es würden ihm die preußischen Bevollmächtigten in derselben

Unabhängigkeit gegenüberstehn wie die der übrigen Bundesstaaten.

Es leuchtet ein, daß eine Aendrung der bisherigen Verhältnisse, infolge deren die bisher dem Kanzler zugeschriebene Verantwortlichkeit auf die Anordnungen der kaiserlichen Executiv-Gewalt beschränkt und ihm die Befugniß, geschweige denn die Verpflichtung, im Reichstage zu erscheinen und zu discutiren, entzogen würde, nicht eine nur formelle sein, sondern auch die Schwerkraft der Factoren unsres öffentlichen Lebens wesentlich verändern würde. Ich habe mir die Frage, ob es sich empföhle, derartigen Eventualitäten näher zu treten, vorgelegt zu der Zeit, als ich mich im December 1884 einer Reichstagsmehrheit gegenüber fand, die sich aus einer Coalition der verschiedenartigsten Elemente zusammensetzte, aus der Socialdemokratie, den Polen, Welfen, Franzosenfreunden aus dem Elsaß, den freisinnigen Krypto-Republikanern und gelegentlich aus mißgünstigen Conservativen am Hofe, im Parlamente und in der Presse — der Coalition, die zum Beispiel die Geldbewilligung für einen zweiten Director im Auswärtigen Amt ablehnte[1]). Die Unterstützung, die ich dieser Opposition gegenüber am Hofe, im Parlamente und außerhalb desselben fand, war keine unbedingte und nicht frei von der Mitwirkung mißgünstiger und rivalisirender Streber. Ich habe damals die Frage Jahre hindurch mit wechselnder Ansicht über ihre Dringlichkeit bei mir und mit Andern erwogen, ob das Maß nationaler Einheit, welches wir gewonnen hatten, zu seiner Sicherstellung nicht einer andern Form bedürfe als der zur Zeit gültigen, die aus der Vergangenheit überliefert und durch die Ereignisse und durch Compromisse mit Regirungen und Parlamenten entwickelt war. Ich habe in jener Zeit, wie ich glaube, auch in öffentlichen Reden angedeutet, daß der König von Preußen, wenn ihm der Reichstag die kaiserliche Wirksamkeit über die Grenzen der Möglichkeit monarchischer

[1]) Vgl. Politische Reden X 320 ff.

Einrichtungen erschwere, sich zu einer stärkern Anlehnung an die Unterlagen veranlaßt sehn könne, welche die preußische Krone und Verfassung ihm gewähre[1]). Ich hatte bei Herstellung der Reichsverfassung befürchtet, daß die Gefährdung unsrer nationalen Einheit in erster Linie von dynastischen Sonderbestrebungen zu befürchten sei, und hatte mir daher zur Aufgabe gestellt, das Vertraun der Dynastien durch ehrliche und wohlwollende Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte im Reiche zu gewinnen, habe auch die Genugthuung gehabt, daß insbesondre die hervorragenden Fürstenhäuser eine gleichzeitige Befriedigung ihres nationalen Sinns und ihrer particulären Ansprüche fanden. In dem Ehrgefühle, das den Kaiser Wilhelm I. seinen Bundesgenossen gegenüber beseelte, habe ich stets ein Verständniß für die politische Nothwendigkeit gefunden, das dem eignen stark dynastischen Gefühle schließlich doch überlegen war.

Auf der andern Seite hatte ich darauf gerechnet, in den gemeinsamen öffentlichen Einrichtungen, namentlich in dem Reichstage, in Finanzen, basirt auf indirecten Steuern und in Monopolen, deren Erträge nur bei dauernd gesichertem Zusammenhange flüssig bleiben, Bindemittel herzustellen, die haltbar genug wären, um centrifugaler Anwandlung einzelner Bundesregirungen Widerstand zu leisten. Die Ueberzeugung, daß ich mich in dieser Rechnung geirrt, daß ich die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt hatte, war Ende der siebziger Jahre in mir noch nicht zum Durchbruch gekommen, mit so viel Uebelwollen ich auch im Reichstage, am Hofe, in der conservativen Partei und deren „Declaranten" zu kämpfen gehabt hatte. Jetzt habe ich den Dynastien Abbitte zu leisten; ob die Fractionsführer mir ein pater peccavi schuldig sind, darüber wird die Geschichte einmal entscheiden. Ich kann nur das Zeugniß ablegen, daß ich den Fractionen, den arbeits-

[1]) Vgl. Politische Reden XI 468.

scheuen Mitgliedern sowohl wie den Strebern, in deren Hand die Führung und das Votum ihrer Gefolgschaften lag, eine schwerere Schuld an der Schädigung unsrer Zukunft beimesse, als sie selbst fühlen. „Get you home, you fragments,“ sagt Coriolan[1]). Nur die Führung des Centrums kann ich nicht eine unfähige nennen, aber sie ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reichs mit evangelischem Kaiserthum und acceptirt in Wahlen und Abstimmungen den Beistand jeder ihr an sich feindlichen, aber zunächst in gleicher Richtung wirkenden Fraction, nicht nur der Polen, Welfen, Franzosen, sondern auch der Freisinnigen. Wie viele der Mitglieder mit Bewußtsein, wie viele in ihrer Beschränktheit für reichsfeindliche Zwecke arbeiten, werden nur die Führer beurtheilen können. Windthorst, politisch latitudinarian, religiös ungläubig, ist durch Zufall und bürokratisches Ungeschick auf die feindliche Seite geschoben worden. Trotz alledem hoffe ich, daß in Kriegszeiten das Nationalgefühl stets zu der Höhe anschwellen wird, um das Lügengewebe zu zerreißen, in dem Fractionsführer, strebsame Redner und Parteiblätter in Friedenszeiten die Massen zu erhalten wissen.

Wenn man sich die Zeit vergegenwärtigt, wo das Centrum, gestützt weniger auf den Papst als auf den Jesuitenorden, die Welfen, nicht blos die hannöverschen, die Polen, die französirenden Elsässer, die Volksparteiler, die Socialdemokraten, die Freisinnigen und die Particularisten, einig unter einander nur in der Feindschaft gegen das Reich und seine Dynastie, unter Führung desselben Windthorst, der vor und nach seinem Tode zu einem Nationalheiligen gemacht wurde, eine sichre und herrische Mehrheit gegen den Kaiser und die verbündeten Regirungen besaß, so wird Jeder, der die damalige Situation und die von Westen und Osten drohenden Gefahren sachkundig zu beurtheilen im Stande ist, es natürlich finden, daß ein für die Schluß-

[1]) Shakespeare, Coriolan III 3.

ergebnisse verantwortlicher Reichskanzler daran dachte, den möglichen auswärtigen Verwicklungen und ihrer Verbindung mit innern Gefahren mit derselben Unabhängigkeit entgegen zu treten, mit der der böhmische Krieg ohne Einverständniß, vielfach sogar im Widerspruche mit politischen Stimmungen unternommen wurde.

Von den Privatbriefen des Kaisers Friedrich theile ich einen um seinet- und um meinetwillen mit, als Probe seiner Sinnesart und seines schriftlichen Ausdrucks und behufs Zerstörung der Legende, daß ich „ein Feind der Armee" gewesen sei.

„Charlottenburg, 25. März 1888.

Ich gedenke mit Ihnen, mein lieber Fürst, der heute abgelaufenen 50 Jahre, welche verstrichen sind, seitdem Sie in das Heer eintraten, und freue mich aufrichtig, daß der Garde-Jäger von damals mit so viel Zufriedenheit auf dieses abgelaufene halbe Jahrhundert zurückblicken kann. Ich will mich heute nicht in lange Auseinandersetzungen über die staatsmännischen Verdienste einlassen, welche Ihren Namen für immer mit unsrer Geschichte verflochten haben. Aber das Eine muß ich hervorheben: daß, wo es galt, das Wohl des Heeres, seine Wehrkraft, seine Schlagfertigkeit zu vervollkommnen, Sie nimmer fehlten, den Kampf auszufechten und durchzuführen. Somit dankt Ihnen das Heer für erlangte Segnungen, die es Ihnen niemals vergessen wird, und an der Spitze desselben der Kriegsherr, der erst vor wenigen Tagen berufen ist, diese Stellung nach dem Heimgang dessen einzunehmen, der unausgesetzt das Wohl der Armee auf dem Herzen trug.

Ihr

wohlgeneigter

Friedrich."

Register.

(Ein Sternchen (*) vor einer Zahl oder einer Zahlenreihe verweist auf den 2. Band.)

A.

Aachen 27. 28. 31. 282. 320.
Aas. Wo das Aas ist, sammeln sich die Adler 137.
Abdication 138. — Abdicationsentschluß Wilhelm's I. 311. — Abdicationsurkunde 294 f.
Abd-ul-Hamid II., Sultan *252.
Abeken, Geh. Legationsrath 377. *108. 112.
Abgeordnetenhaus, preußisches — Concentration der Intelligenz und des Patriotismus *37. — Ausfall der Wahlen zum Abgeordnetenhaus unter dem Eindruck der böhmischen Siege *81 f. — Wahlen vom 16. November 1870 *151. — Auflösung des A. — ein heilsames Mittel, um gesunden Blutumlauf herzustellen 271.
ab irato 347. 353.
Abneigung oder Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten dürfen die Entschlüsse eines Politikers nicht beeinflussen 194. — Vgl. Liebe, Sympathien.
Absalom 210. 347. Vgl. 355.
Absolute Monarchie. Verantwortlichkeit des Monarchen in der a. M. 306.
Absolutismus. Väterliches Regiment im absoluten Staate 28 f. — Voraussetzungen eines heilsamen A. 33 f. — Uncontrollirter A. nach dem Muster Ludwig's XIV. nicht die richtige Regierungsform für deutsche Unterthanen 34. — Sorge vor einem Umschlag der Stimmung Friedrich Wilhelm's IV. vom Liberalismus zum A. 83. — Revolutionärer A. 196. — Jeder A. ist ein fruchtbares Feld für die Saat der Revolution 201. — Der durch gefügige Parlamente gestützte A. ist gefährlicher als der reine Parlamentarismus 309. — Der reine A. ohne Parlament hat das Gute, daß ihm ein Gefühl der Verantwortlichkeit für seine eigenen Thaten bleibt 309. — Der A. wäre die ideale Verfassung für europäische Staatsgebilde, wenn der König und seine Beamten nicht Menschen blieben wie jeder andre *80. — Der A. im geschichtlichen Kreislauf *80. — Der A. keine Form einer in Deutschland auf die Dauer haltbaren oder erfolgreichen Regierung *88. — A. der Krone ist ebensowenig haltbar wie A. der parlamentarischen Majoritäten *89.
Abtheilung, katholische *154. 155. 156. 161.
Ache 368.
Achivi plectuntur (Die Achiver müssen es büßen. Citat aus Horaz, Episteln 1, 2, 14) *295.
à courte échéance 368.
ad acta legen 272.
Adam, Madame *197. Anm. *).
Adel der Geburt — kein Ersatz für Mangel an Tüchtigkeit 34. — Anträge auf Abschaffung des Adels 52. — Adelshaß im gebildeten Bürgerthum 32. — Der A. in Westfalen und Oberschlesien unter jesuitischer Leitung 394.
Adepten der brandenburg. Kurfürsten 108.

ad hoc 144. 146. *315.
Adjutanten und ihr Einfluß 306. 308.
Adler s. Aas.
Adlerberg, Graf Alexander, russischer General und Hofminister 244.
Adlerberg, Graf Wladimir, russischer General und Hofminister 244.
ad nutum *208.
Adresse des zweiten Vereinigten Landtags an den König 49. — Was liegt an einer schlechten Adresse? 281 f.
Adrianopel, Friede von A. (14. Sept. 1829) 301. 302.
Aegäisches Meer 256.
Agitationslüge *236.
à l'amiable *292.
Alba 353.
Albert, Prinzgemahl der Königin Victoria v. England 131. 133. 171. 172. 173.
Albert, König von Sachsen *97.
Albrecht, Prinz (Sohn) *41.
Alexander I., Kaiser von Rußland 244. 302. 303. 337. 343. *86. 275. — Alexander's I. Verdienst um die Wiederherstellung Preußens 318.
Alexander II., Kaiser von Rußland 115. 221. 243. 252. 253. 254. 261. 303. 318. 337. 338. 339. 341. 342. 389. *74. 82. 83. 85. 126. 127. 128. 130. 131. 199. 202. 203. 204. 239. 241. 242. 244. 246. 247. 248. 254. 258. 259. 260. 264. 267. 271. 272. 274. 276. — A. verlangt Preußens Bündniß gegen Frankreich, England und Oesterreich (1863) 303. 341. *82. — A.s Schreiben an Kaiser Wilhelm I. *247.
Alexander III., Kaiser von Rußland 404. 406. *129. 286 f.
Alexander von Battenberg, Fürst von Bulgarien *129.
Alexandra Josephowna, Gemahlin des Großfürsten Constantin von Rußland 343.
Alexandrowo, Zusammenkunft von A. (3. IX. 1879) *247. 248. 265. 274.
a limine *94. 101.
Allemagne. L'A. c'est moi 123.
Allianz, französisch-preußische 283 f.
Allianz, Heilige 213. *263. 287. — Diplomatische Allianz 283.
Alsen *27.
Altar der deutschen Einheitsbestrebungen 132. — A. der Vertragstreue *278.
altkatholische Kirche *192.
Altliberalismus *29. — Altliberale *311.
Altlutheraner (arme L.) *167.
Altvorpommern *25.
Alvensleben-Erxleben, Graf Albrecht („der alte Lerchenfresser") 129. 130. 158. 159. 167.
Alvensleben, Constantin v., preußischer General 148.
Alvensleben, Gustav v., preußischer General 148. 273. 343. — A.sche Convention 335 ff. 343. 344. *83.
Amerikanische Revolution 200.
Amnestiedebatte (1849) 312.
Amsberg *180.
Amtliche Entschließungen gewinnen nicht an Ehrlichkeit und Angemessenheit dadurch, daß sie collegialisch gefaßt werden 31.
Amtsvorstände (Amtsvorsteher) — als Organe der modernen „Selbstverwaltung" 29. — A. eine unterste schreiberartig wirkende Classe der Bureaukratie *207.
Analyse, chemische (bildl.) *29.
anarchische Wildheit *138.
Ancillon, Friedrich, preußischer Staatsminister 21. 22. 24.
Andrassy, Graf Gyula, österreichischer Minister *266. 269. 271. 275. 284.
Anerkennung. Das Bedürfniß hoher A. ist eins der Passiva, die auf den meisten ungewöhnlichen Begabungen lasten *238.
Anker. Vor Anker liegen (bildl.) 277. 286.
Anna, Königin von England *285.
Anodyn 343.
Ansbach-Bayreuth *57. 58. 66. 94.
Anselmo (vgl. Chamisso, Vetter Anselmo) 114.
Antichambriren 304.
anticipando *114.

Antonelli, Cardinal-Staatssecretär *153.
a priori 31. 195. *80.
Apulien *141.
Aera, Neue. Ministerium der N. A. 35. 74. 226. 236 f. 276. 311. 329. 338. *27. 84. 226. 311. 312 (Unfähigkeit der Minister).
Aera-Artikel der Kreuzzeitung *180 f. 189.
Araktschejew, Graf Alexej Andrejewitsch, russischer General *297.
Arcanum *192.
argumentum ad hominem (ein auf die menschlichen Empfindungen berechneter Grund) *80. 144. 153.
Aristogiton 19.
Arithmetik und Zufall an Stelle logischer Begründung 31.
Armee. Bürgerliche Meinung über die preußische Armee 298. — Wozu war die Reorganisation der pr. A. nothwendig? *21. — Kriegerische Neigungen einer A. *114.
Arnim, Bettina v. *130.
Arnim-Boitzenburg, Graf Adolf, Präsident der Aachner Regierung, nachmals preußischer Staatsminister 28.
Arnim-Heinrichsdorff-Werbelow, Graf Heinrich, preußischer Staatsminister und Gesandter in Wien 103. 107. 169.
Arnim-Suckow, Graf Harry, deutscher Botschafter in Paris 113. 114. 311. 330. *174. 179. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 197. 216. — H. A. „ein tüchtiger Junker" *179. Charakteristik A.s *189 ff. — Arnim'sche Schmähschriften *190. — Welchen Zweck verfolgte Bismarck bei dem Gerichtsverfahren gegen Arnim? *192 f. — Causa (Proceß) Arnim *194.
Aerzte, ministerielle 185.
Aschaffenburg *66. 94.
Assecuranz *258. 269. 277. 280. 281. — Assecuranzbeitrag *263.
assurance 23.
Athen 115. *17.
à tout prix 207.
Attentate s. Blind, Hödel, Kullmann, Nobiling.
Attila 212.
au courant 354. 359.
Auerswald, Alfred v., preußischer Staatsminister 36.
Auerswald, Hans Adolf Erdmann v., preußischer Generalmajor 86 f.
Auerswald, Rudolf v., preußischer Staatsminister 114. 263. 265. 266. 273. *209. 311.
au fait 97. 185.
Augsburg 319.
August, Prinz von Württemberg *69.
Augusta, Prinzessin von Preußen, nachmals Königin und Kaiserin 36. 40. 56. 58. 135. 136. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 227. 237. 241. 265. 272. 275. 277. 296. 310. 311. 313. 314. 315. 331. 350. 377. *27. 29. 32. 34. 84. 107. 108. 138. 155. 156. 158. 161. 188. 197. 198. 199. 216. 225. 310. 311 ff. 314 f. 316. 319. 331. — Charakteristik 142 f. 146. A.s Einfluß auf den Gemahl 135. 136. 144 (Frühstücksvorträge). 296 (dem Gemahl in der Kritik überlegen). A. in der Oppositiongegen die Regierungspolitik 237. *312. Quelle ihrer antiministeriellen Thätigkeit *158. — A.s Einschüchterungsversuche *313 f. — A. der Gegner, der Bismarck's Fähigkeiten, zu vertreten, was er für seine Pflicht hielt, und seine Nerven auf die schwerste Probe gestellt hat 56. — A. immer geneigt, die Anwaltschaft der Gegner Bismarck's zu übernehmen 241. — A.s Abneigung gegen Bismarck *225. — A. „der Feuerkopf" *316. — A.s Plan, für ihren minderjährigen Sohn unter Verzicht des Gemahls die Regentschaft zu führen (1848) 40. 55. — A.s Mißverhältniß zu dem Oberpräsidenten v. Kleist-Retzow 147. — A.s Vorliebe für englisches und französisches Wesen 142 f. 145. 350. *197. 198. —

Abneigung gegen alles Russische 135. 143. 144. 145. — A.s katholisirende Richtung 146. *158. 160. 197. 199. 216. — A. widerstrebt der Aufhebung der katholischen Abtheilung *155. 156. — A.s Brief an Bismarck (24. Dec. 1888) *331.
Augustenburg *20. 25. 27. 32. — Augustenburgisches Lager *32. — Vgl. Friedrich VIII. von Augustenburg, Herzog von Schleswig-Holstein.
Auscultator. Praktische Ausbildung der A.en vor 1848 24.
„Aus der Altmark" — ein Zeitungsartikel Bismarck's 52 ff.
Auswärtiges Ministerium, preußisches. Corruption im A. M. bei Bismarck's Eintritt in's M. 240 f. — Ablehnung der zweiten Directorstelle im A. Amt durch den Reichstag *337.
avilir, puis démolir (erst schwächen, dann vernichten. Angeblicher Ausspruch des Fürsten Schwarzenberg) 317.

B.

Babelsberg 57. 58. 281 Anm. 1. 294. 347. 353.
bacchische Eindrücke *25.
Bach, Alexander, Freiherr v., österreichischer Staatsmann 105. 182. 195. 196. 209. 211. *283.
Bacmeister, Georg Heinrich, hannöverscher Minister 108.
Baden-Baden 222. 223. 275. 311. 313. 314. 315. 350. 351. 368. 369. 370. 377. 380. *33. 43. 275. 276.
Baden. Badischer Aufstand (1849) 73. 81. 83. — Stärke des dynastischen Gedankens in B. 320. — Plan einer Vergrößerung Badens durch die Pfalz *66. 93. — Badischer Seekreis 209.
Baiern. Haltung der bairischen Truppen gegenüber der Revolution 1848/49 82 f. — Bedeutung der Wittelsbachischen Dynastie f. B. 319. 320. — Was sprach gegen eine Abtretung bairischer Landestheile an Preußen? *58 f. — Anträge auf eine Verkleinerung B.s zu Gunsten Badens *66. 93.
Balabin, v., russischer Diplomat *255.
balatrones (Schwätzer. Citat aus Horaz, Satiren 1, 2, 1) 108.
Balkankrieg *243. 256. — Vgl. Türkenkriege.
Bamberg, preußischer Consul 240.
Bamberger Conferenz der deutschen Mittelstaaten (25. Mai 1854) 120. — Bamberger Diplomaten 122.
banausisch *185.
Barometer (bildl.) 81.
Barrikade 74. 77. 316.
Bartholomäusnacht (23./24. August 1572) *198.
Basel. Basler Frieden (5. April 1795) 190. 206. 300. — „Baseln" 207.
Bassewitz, Magnus Friedrich v., preußischer Oberpräsident 28.
Bataillon. „Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung" 288.
Bathseba 210.
Battenbergische Heirath *334. Die B. Bulgarei 28.
Batum *128.
Bäuche, unmoralische 266.
Bayreuth *57. 59. 66.
Beaconsfield, Benjamin Disraeli, Earl of B., englischer Minister *129. 247 Anm. *).
Beauharnais, Haus 320.
Beaumont, Schl. bei (30. Aug. 1870) 148.
Beckerath, Hermann v. 36. 68.
beeindruckt sein *84.
„Befehlerle" 29.
Befreiungskrieg. Was trieb 1813 die Preußen in den B.? 36. Vgl. Freiheitskriege.
Befreiungspolitik Rußlands *296 ff. — Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll *298.
Begehrliche als Staatsleiter *79. — Das begehrliche Element hat das auf die Dauer durchschlagende Uebergewicht der größeren Masse

*80. — Der B. ist strebsamer als der Satte *187.
Beichtväter in Oesterreich 301. 379. *263. — Politische und konfessionelle B. *166.
Bekenntnisse s. Confessionen.
Belgrad. Belagerung und Eroberung von B. (August/Sept. 1688) 320.
Belle Alliance, Schlacht bei (18. Juni 1815) *111.
bellum omnium contra omnes (Krieg aller gegen alle. Vgl. Hobbes, De cive c. 1, 12, Leviathan c. 18) 154.
Below-Hohendorf, Alexander Ewald v. 167. 262. 367.
Benckendorf, Graf Constantin, russischer Militärattaché in Berlin 94. 170.
Benedetti, Vincent, Graf v. *60. 61. 105. 107. 108. 109. 112.
Beneke, Professor 261.
Bennigsen, Rudolf v. *208 f. 210. 211. 212. 213.
Bentinck'sche Sache 255.
Beredsamkeit. Macht der B. im Parteiwesen 163. *186 f.
Berg, Schloß 388. 392. 397. 401. 402. 404. 405. *271.
Berichte ad Regem (an den König) 22.
Berlin 19. 20. 39. 40. 41. 42 (Gasthof Meinhard). 43. 44. 45 f. 47. 51. 56 (Hôtel des Princes). 57. 59. 60. 62. 65. 67. 69. 71. 74. 79. 87. 88. 89. 90. 91. 94. 95. 102. 106. 107. 110. 111. 119. 121. 122. 129. 133. 134. 136. 145. 149. 151. 159. 161. 162. 167. 169. 173. 184. 185. 188. 223. 226. 230. 231. 238. 239 (Hôtel Royal). 245. 253. 256. 259. 261. 262. 266. 271. 274. 277. 278. 279. 280. 282. 286. 288. 290. 292. 293. 294. 300. 304. 305. 315. 324. 328. 351. 352. 363. 366. 369. 370. 371. *17. 19. 39. 40. 41. 42. 44. 48. 65. 66. 71. 73. 81. 89. 112. 119. 138. 275. 286.
Berliner Anschauungen 22. — B.er Bewegung (1848) 46. — B.er Congreß (1878) 393. *127. 129. 239. 267. 286. — B.er Diplomatenconferenz (1876) *127. — B.er Ereignisse (1848) 45. — B.er Revolution von 1848 38 ff. — B.er (National-) Versammlung 63. 64. 68. 71.
Bernadotte, Haus 199.
Bernhard, preußischer Rechnungsrath *313.
Bernstorff, Albrecht Graf v., preußischer Minister 241. 273. 275. 278. 280. 281. 286. 289. 291. 292. *30. — Gräfin B. 289.
Bescheidenheit, tugendhafte 96. — Wie sind wir Deutsche in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen? 288.
Bessarabien 209.
Bethmann-Hollweg, Moritz August v., räth dem Könige die Entlassung Bismarck's an *29 ff. — Bethmann-Hollweg'sche Coterie 113. 129. 142. B.-H.'scher Einfluß 136. Fraction B.-H. 112 f. 114. 116. 132. 144. 150. 157. *311. Streberfraction *129. — Schreiben B.-H.s an den König (15. Juni 1866) *29 ff.
Bettina s. Arnim, Bettina v.
Beust, Friedrich Ferdinand Graf v., sächsischer, nachmals österreichischer Staatsmann 125. 141. 370. 371. *22. 73. 122. 123. 125. 171. 215. 261. 283.
Bezirksfeldwebel. Bestechlichkeit von B.n und subalternen Beamten 35.
Biarritz 376. 377. *42. 43.
Bierhausenthusiasmus *22.
Bismarck, Ferdinand v. 32. 39.
Bismarck, Wilhelmine Louise v., geb. Mencken 32 f.
Bismarck, Otto Eduard Leopold Fürst v., deutscher Reichskanzler. Vgl. Inhalt zu Bd. I und II. — Beziehungen zu einzelnen Persönlichkeiten: B. und Albert, Prinz-Gemahl 171 f. — B. und Alexander II. von Rußland: A. fordert Bismarck auf, in den russischen Dienst einzutreten 338. — B. und Minister v. Auerswald 266. — B. und Graf Harry Arnim *189 ff. — B. und Augusta 143. 144. *311 ff.

Unterredung mit Augusta in Königsberg 275 f. — B. und v. Blanckenburg *166. — B. und Bennigsen *208 ff. — B. und Graf Brandenburg 85. — B. und die Kaiserin Charlotte 250 f. — B. und Graf Botho zu Eulenburg *216 ff. — B. und Minister Falk *157 f. — B. und der Erbprinz Friedrich von Augustenburg *43 f. Unterredung vom 1. Juni 1864 *46. — B. und Friedrich Wilhelm IV. B. zur Tafel bei F. W. in Venedig 37. Haltung F. W.s IV. gegenüber B. zur Zeit des ersten Vereinigten Landtages 36. B.s erster Besuch in Sanssouci 62 f. Brief F. W.s IV. an B. 161. B. in Ungnade bei F. W. IV. 170. Warum B. nicht unter F. W. Minister werden wollte 108. 160. 215 f. 277. 308. B. auf der Suche nach Ministern für F. W. IV. 68 f. — B. und der Kronprinz Friedrich Wilhelm (Friedrich III.) 345 f. *225. 333 ff. Unterredung mit dem Kronprinzen (20. Septbr. 1862) 294. Unterredung vom September 1863 352 f. Der Kronprinz tritt in Nikolsburg für die Ansicht B.s ein *67. B. greift in die medicinische Behandlung des Kronprinzen ein *335. — B. und König Friedrich VII. von Dänemark 219. — B. und Gagern 86. — B. und Leopold und Ludwig v. Gerlach (Charaktervergleichung) 66. — B. und Robert von der Goltz *17 ff. — B. und Fürst Gortschakow 249. *126 f. 200 ff. — B. und v. Gruner *226 ff. — B. und Levinstein 238 ff. — B. und Otto v. Manteuffel 107. 130. 149. 158 f. Beurtheilung der Manteuffel'schen Staatsleitung 178 ff. — B. und Marquis Moustier 150. — B. und Napoleon III.: Unterredung mit N. III. 1857 216 ff. Unterredung mit N. am 26. Juni 1862 283 ff. B.s Urtheil über N. III. 177 f. — B. und Rechberg 360 ff. — B. und Graf Peter Schuwalow *248 ff. — B. und die Königin Sophie von Holland *68 f. — B. und Stephan *237 f. — B. und Kriegsminister v. Stockhausen 88 f. — B. und Varnbüler 367 f. — B. und die Königin Victoria von England 171 f. — B. und die Kronprinzessin Victoria 172 f. *334. — B. und Victor Emanuel *164. — B. und Prinz Wilhelm (König und Kaiser Wilhelm I.). Erste Begegnung B.s mit dem Prinzen W. (Winter 1834|35) 56 f. Zusammentreffen mit dem Prinzen von Preußen auf dem Genthiner Bahnhof (7. Juni 1848) 56. B. beim Prinzen W. in Babelsberg (1848) 57 f. B. sucht den Prinzen W. frei zu machen von den antirussischen Anschauungen der Bethmann-Hollweg'schen Partei 135. B.s Unterredungen mit dem Prinzen W. 1854|55 134 f. Unterredung B.s mit Prinz W. über Kreis- und Gemeindeordnung *308. Unterredung B.s mit Prinz W. über das Wesen des Pietismus *307 f. Unterredung B.s mit Prinz W. über den Petersburger Posten 227 ff. 236 ff. Unterredung mit Prinz W. über die Frage einer Abänderung der Verfassung (1857) 221. B. wird dem Regenten zum Minister empfohlen 263. B. hält den König von der Abdankung ab (22. September 1862) 294 f. B.s Unterredung mit W. auf der Fahrt von Jüterbogk nach Berlin (4. October 1862) 311 f. B. in Ungnade bei W. wegen der Kaiserfrage (1870|71) *149. B. am Sterbebett W.s I. *305 f. B.s Anhänglichkeit an W. 237. 296. B. erinnert sich schmerzlich daran, daß er seinen alten Herrn verstimmen mußte, um politisch Nothwendiges zu

erreichen *68. B. gegenüber Heftigkeitsausbrüchen W.s I. *318. B.s Neugefühl über passiven Widerstand gegen W. I. *319. B.s persönliche Liebe zu W. I. *318. B. ein treuer Diener W.s I. *320. — B. und Wrangel 372. — Beziehungen der Familie Bismarck zu den Wittelsbachern 402. *144.

Schreiben (Briefe) Bismarck's, die in die Darstellung eingereiht sind:

an Staatssecretär B. v. Bülow:
10. Juni 1877: *231 f.
an Graf B. Eulenburg:
20. August 1878: *220.
an König Friedrich Wilhelm IV. 1848 (nur erwähnt) 42.
an Leopold v. Gerlach:
11. Februar 1856: 137 ff.
2. Mai 1857: 178 ff.
11. Mai 1857: 194 f.
30. Mai 1857: 197 ff.
an R. von der Goltz:
24. December 1863: *17 ff.
an König Ludwig II. von Baiern:
27. November 1870: 382 f. (vgl. *143 f.).
24. December 1870: 384 f.
10. August 1874: 386 f.
2. Juni 1876: 387.
5. Juli 1876: 388 f.
29. Juni 1877: 390 f.
12. August 1878: 393 ff.
4. August 1879: 397 ff.
7. August 1879: 400.
10. September 1879: *266 ff.
29. September 1879: *272 f.
an die Magdeburger Zeitung:
30. März 1848: 50 ff.
an Otto v. Manteuffel:
11. Januar 1858: 255.
an Fürst Obolenski:
Juli 1859: 258 f.
an General v. Prittwitz:
Mai 1848: 45 f.
an Kriegsminister v. Roon:
2. Juli 1861: 268 ff.
2. Juni 1862: 278 f.
8. Juni 1862: 280 ff.
15. Juli 1862: 285 f.
12. September 1862: 291 ff.
an Graf Peter Schuwalow:
15. Februar 1877: *249 ff.
an Geheimrath Tiedemann:
8. Juni 1877: *227 ff.
15. August 1878: *217 ff.
an König Wilhelm I.:
1. August 1865: *32 ff.
13. Januar 1870: *322.
13. August 1875: *204 ff.
18. December 1881: *221 f.

Sonstige schriftliche und mündliche Aeußerungen Bismarck's: Ein Zeitungsartikel aus dem Jahre 1848 52 ff. — Denkschrift über die Revision der hannöverschen Verfassung von 1848 (nur erwähnt) 109. — Randbemerkungen zu einer Denkschrift des Kronprinzen 1863 354 ff. — Rede vom 2. April 1848 49 f. — Rede vom 3. December 1850 91 ff. — Aeußerung in der Budgetcommission 30. September 1862 312 f. — Rede vom 1. Juni 1865 *35 ff. — Rede vom 13. Februar 1872 (Auszug) *176. — Rede vom 6. März 1872 (Auszug) *177 f.

Bismarck, Johanna Fürstin v., geb. v. Puttkamer 62. 168. 170. 176. 177. 260. 275. 278. 282. 293. 388. 396. *114. 170. 320.
Bismarck, Graf Herbert v. 396. *329.
Bismarck. Ministerium B. *35.
Bismarck-Bohlen, Graf Theodor v. *97.
Bismarck-Külz, Bernhard v. 315.
„Bismarckbeleidigungen" vor dem Stendaler Ortsgericht *181.
black-mail zahlen *76.
Blanckenburg, Moritz v. 274. 293. *166. 167. 173.
Blättertrieb (bildl.) 198.
Blind'sches Attentat (7. Mai 1866) 365.
Blokade der deutschen Küste durch England oder Dänemark 119.
Blome, Graf Gustav, österreichischer Diplomat *33.

Bloomfield, John Arthur Douglas, Lord, englischer Diplomat 255.
Blücher, Gebhard Leberecht v., Fürst von Wahlstadt, preußischer Generalfeldmarschall 23. *175.
Blücher, Gebhard Fürst v., Enkel des GFM. *175 Anm. 2).
Bludow, Graf Dmitri Nikolajewitsch, russischer Staatsmann 244.
Blumenau, Gefecht bei (22. Juli 1866) *60.
Blumenthal, Leonhard v., preußischer General *139.
Bockenheimer Wäldchen 360.
Bockum-Dolffs, Florens Heinrich Gottfried v. 333. 334.
Bodelschwingh-Velmede, Ernst v., preußischer Minister 39. 48. 74. 83. 297.
Bodelschwingh, Karl v., preußischer Minister 116. 157. 215. 308. 326. (Charakteristik). 331. 352. 376. 377. *170. 171. — Brief B.s an Bismarck (11. September 1863) 352.
Bodelschwingh, v., Pastor 48 Anm.**)
Böhmen. Was sprach gegen die Abtretung böhmischer Gebiete an Preußen? *59.
Bonaparte (Napoleon I.) 129. 197. 210. 211. 213.
Bonaparte (Napoleon III.) 127. 191. 192. 193. 195. 196. 205. 210. 211. 212.
Bonaparte, Familie 201. 202. 205. 210.
Bonapartismus 129. 153. 190. 195. 197. 201. 202. 210. 212. — Der B. nicht der Vater der Revolution, nur ein fruchtbares Feld für die Saat der Revolution 201. — Unterschied des B. von der Republik 202. — Donner dans le Bonapartisme 210. — Bonapartistisches Regierungssystem 202. 203. — B. Regiment 182. 204.
Bonin, Eduard v., preußischer Kriegsminister 236.
Bonin, Gustav v., Oberpräsident 44.
Bonnechose, Cardinal-Erzbischof von Rouen *150.
Bord. Ueber B. schieben (bildl.) 375.
Bordeaux (Stadt) *124.
Bordeaux, Herzog von, s. Heinrich V.
Borussiae (Borussorum) rex *147. — Borussische Entrüstung 129. — Borussisches Gefühl 85.
Bosnien. Wie B. und Herzegowina in den Besitz Oesterreichs kamen *242 f.
Bosporus, der Schlüssel zum Schwarzen Meere *289. 298 f., der Hausschlüssel Rußlands *291.
Boettticher, Karl Heinrich v., deutscher Staatssecretär 99.
Boettticher, preußischer Oberpräsident 99.
Boulanger, George Ernest Jean Marie, französischer Kriegsminister *288. 296.
Bourbaki, Charles Denis Sauter, französischer General *121.
Bourbon, Haus, hat mehr für die Revolution gethan als alle Bonapartes 201. 212.
Boycott. Militärischer B. Bismarck's in Versailles *117. — Boycottiren *185. — Boycottirung *188. 225.
Boyen, v., General 234. *137 Anm.
Brabant (Dynastie) 319.
Brandenburg, Friedrich Wilhelm Graf v., preußischer General und Staatsmann 34. 67. 69. 70. 85. 89. 308. — Ministerium B. 69 f. 73. 76.
Brandenburg (Stadt) 71.
Brandreden 399.
Brassier de Saint-Simon-Vallade, Maria Joseph Anton Graf v., preußischer Diplomat 23.
Brater, Abgeordneter 349.
Brauchitsch, v., Rath beim Criminalgericht 24.
Brauchitsch, v., Abgeordneter zum ersten Vereinigten Landtag 36.
Brauchitsch, Heinrich v. *169.
Braunau *59.
Braunschweig (Dynastie) 319.
Bregenzer Coalition (11. October 1850) *19.
Bresche. Auf die B. treten 99.
Breslau 117.

Bresson, Charles Graf v., französischer Gesandter in Berlin 136.
Brest-Litowsk *306.
Briefgeheimniß in Rußland, Oesterreich und bei der Post von Thurn und Taxis 254 f.
brouillon 228.
Bruck, Karl Ludwig Freiherr v., österreichischer Staatsmann 105.
Brücke (bildl.) 268. 311. *280. 285. — Eine goldne B. bauen *90.
„Bruderkrieg" von 1866 *88.
Brunnen (Schwyz) 272.
Brunnow, Philipp Graf v., russischer Diplomat 139.
brusquement 98.
Brutus 19.
Budberg, Andreas v., russischer Diplomat 94. 122. 256. 284. *253. 254. 255.
Budgetcommission, Sitzung vom 30. September 1862 312. 318.
Bug *84.
Bulgarei, Battenbergische *28.
Bulgarien unter dem Battenberger *128 f. — Lösung Bulgariens aus der Abhängigkeit von der Türkei *243. — Das „befreite" Bulgarien *296 f. — Abfall Südbulgariens von der Türkei *128.
Bülow, Bernhard v., deutscher Staatssecretär 147. *193. 211. 223. 231. — Schreiben an Bismarck vom 23. October 1874 *194 f. Desgl. vom 25. Januar 1878 147.
Bund, Deutscher. Schwäche des Deutschen Bundes im Falle eines Interessenkriegs 182. — Vgl. Deutscher Bund.
Bundesacte 207.
Bundescollege (Collectivbezeichnung für die Frankfurter Diplomaten) 188.
Bundesfürsten, deutsche. Aengstliche Schonung der Gebietsgrenzen der deutschen Bundesfürsten durch Preußen im Jahre 1850 89.
Bundesrath. Der B. eine Bürgschaft gegen jede Ausartung der einheitlichen Bestrebungen 386. — Verfassungsmäßige Rechte des Bundesraths 390. — Bedeutung des Bundesraths *218.
Bundesreform, österreichische 363. — Vgl. Frankfurter Fürstencongreß.
Bundestag. Wiederherstellung des Bundestags im Jahre 1850 97. 151. — Verwendung des B.s zur Repression auf dem Gebiete der innern Politik 362. — Bundestägige Reaction 362.
Bundesverfassung. Reform der B. 317.
Bündnisse oder doch die Möglichkeit, solche abzuschließen, bilden die Basis des Einflusses, den ein Staat heutzutage in Friedenszeiten ausüben kann 181. — Bündnisse sind der Ausdruck gemeinsamer Interessen und Absichten 181. — Tragfähigkeit der Bündnißverträge *275. — Bündnißverträge Preußens mit den süddeutschen Staaten *70. 93. — Bündniß mit Oesterreich 360, vgl. Deutsch-Oesterreichisches Bündniß. Dreibund.
Bunsen, Christian Karl Josias Freiherr v., preußischer Staatsmann 125 Anm.*). 129. 133. 160. 309. *119.
Buol-Schauenstein, Karl Ferdinand Graf v., österreichischer Staatsmann 105. 120. 123. 126. 127. 129. 138. 139. 140. 141. 169. 182. 185. 195. 196. 209. 239. 245. 256. 264. 378. *283. 290. — Buol-Bach'sche Regierungsweise 182. — Politik Buol-Prokesch 129. — Familie Buol 245.
Bureaukratie, preußische 27. 28 f. — Subalterne B. 29. — Bezirks- oder Ministerial-B. 29. — Centralbureaukratie *207. — Abneigung Bismarck's gegen die Herrschaft der B. 35. — Bureaukratische Regierungsmaschine 326. — Bureaukratische Rechthaberei *193. — Bureaukratisches Ungeschick *339.
Bürger, Gottfried August. Citat aus Bürger's Lenore („Die Todten reiten schnell") 274.

Bürgermeister. „Nein, er gefällt mir nicht der neue B." (Citat aus Goethe's Faust I. Theil, 2: Vor dem Thore) *28.
Bürgerwehr, Berliner 65. 71.
Burnes, Sir Alexander *245.
Burschenschaft. Stellung Bismarck's zur B. 19 f.
Busch. Hinter dem B. halten 288.
Byzantinismus 78. — Höfischer B. 311.

C.

Cabinetsfrage 111. *61. 64. 223. 275. 336.
Cabinetskriege *275.
Cabinetskrisis 129. *157. 160. 161.
Cabinetsräthe, in Preußen verantwortlich für die Versäumung günstiger Gelegenheiten 301. 308.
Camarilla am preußischen Hofe 65 f. 147 f. 152. 166. 309. — C.-Einflüsse *81. — Schleinitz'sche C. *232.
Camphausen, Ludolf, preußischer Staatsmann 62. 350.
Camphausen, Otto, preußischer Minister *225. 231. 232.
Candidatur, Hohenzollern'sche, s. Leopold, Erbprinz von Hohenzollern.
Canitz, Karl Ernst Wilhelm Freiherr v., preußischer General und Staatsmann 177.
Canitz, Freiherr v., preußischer Staatsmann 23.
cant *137.
capitis deminutio 316.
Caprivi, Graf Leo, deutscher Reichskanzler 50. *165. 179.
caput. C. mortuum (todter Kopf, in der Sprache der Chemie die Bezeichnung für den nicht flüchtigen Rückstand von Destillationen) 132.
Carabiniers, preußisches Regiment 39.
Carcasse *113.
Carlos 353.
Carlowitz, Albert v. 72.
Carolinenfrage *296.
Cäsar *38. — C.-Napoleon III. 341.
Cäsarismus 212. *80. — Cäsaristische Form *257.
„Casino", Berliner 95.
casus belli *291.
casus foederis *281.
Cato 197. 208. 305.
Cattaro, Bucht von *281.
cauchemar des coalitions *253. 261.
Centralbureaukratie *207.
Centralisation. Französische C. 182. — Verderbliche C. 383. 384 f. — Auf der Centralisirung ruht nicht das Heil Deutschlands 390. 392.
centrifugale Anwandlungen *338. — C. Elemente 319. *295. — C. Kräfte *203. — C. Rückbildung *178. — C. Einflüsse in Oesterreich-Ungarn 379.
Centrum s. Parteien.
c'est convenu 290.
Chamade (Trommelsignal, welches Belagerte geben, die zu unterhandeln beabsichtigen) 138. *112.
Chamisso. Citat aus Vetter Anselmo 114.
Champagne. Der Feldzug in der Ch. (1792) als warnendes Beispiel *64.
„Charaktermajor" *77. 140. 146.
Charlotte (Alexandra Feodorowna), Gemahlin des Zaren Nicolaus I. von Rußland 250.
Charlottenburg 123. 155. 157. 161. 162. — Ch.er Schloß 162.
chasseurs de Vincennes 247.
chemische Analyse *29.
Chemnitz *59.
Chiffre. Der preußische (deutsche) Ch. der russischen Diplomatie bekannt 254. *239.
Cholera im preußischen Heere (1866) *53. 63. 121.
Chotek, Bohuslav Graf v., österreichischer Diplomat *123 Anm. [1]).
Christian VIII., König von Dänemark 219.
Christian IX., König von Dänemark *37.
Christian Karl Friedrich August, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 162.

Cicero. Citat aus Cicero de legibus 3, 3, 8 (salus publica suprema lex) *181.
Cid *101.
circulus vitiosus *257.
Cirkelquadratur *263.
Citadelle, ministerielle *156.
civet. Pour faire un c. il faut un lièvre 173.
Civil-Diplomaten, preußische 21.
Civilehe, Einführung der C. und Antheil Bismarck's daran *166. 167 f.
Clarendon, Graf George, englischer Staatsmann *75.
Coalitionen, antideutsche. Leichtigkeit a.r C. *294.
Coalitionsministerien. Schwäche von C.-M. *170.
Cobenzl, Graf Ludwig v., österreichischer Staatsmann 196. 206.
Coblenz 33. 92. 142. 176. — Hof des Prinzen Wilhelm in C. 145 f. *107.
Coburg *20. — Coburgische Wege 132.
Coffin 19.
Collegialabstimmungen entbinden den einzelnen von der Verantwortlichkeit 307. — Collegialisch gefaßte Beschlüsse bei amtlichen Entschließungen verbürgen nicht die Ehrlichkeit und Angemessenheit derselben 31.
Comment, Göttinger *296.
common sense *311; vgl. Menschenverstand.
Commune, französische *138.
communi consensu (nach gemeinsamem Einverständniß) 34.
concert européen 124.
conditio sine qua non *59.
Condottieri, parlamentarische *38. 186.
Conferenz s. Berlin, Dresden, London, Paris, Wien.
Confessionen. Die Unterschiede der C. sind oft schwer erkennbar *39 f. 182. 186.
Conflict, preußischer. Ernst der Lage zur Zeit des C.s 315. — C.s-Ministerium 326 ff. — Staatsrechtliche Frage 332 ff. — Ueberschätzung der abschwächenden Wirkung des innern Conflicts auf die auswärtige preußische Politik 365. — Vorschläge zur Beendigung des innern C.s zugleich unter Lösung der deutschen Frage *82. — Ein Traum Bismarck's in den Conflictstagen *221. — Conflictszeit 164 f.
Congreß s. Berlin, Dresden, Paris, Wien.
Congreßpolen *119.
Conservative s. Parteien. — Conservativ oder liberal gelten gleich, wenn es sich um die Befestigung der nationalen Sicherheit handelt *178. 210.
Constantin Nicolajewitsch, Großfürst von Rußland 248. 304. 342. 343.
Constantin Paulowitsch, Großfürst von Rußland 343. *298.
Constantinopel *17. — C. als Streitobject russisch-englischer Rivalität 388. — C.s Besetzung durch die Russen würde für Deutschland nützlich sein *291. — Die Nichtbesetzung C.s im Türkenkrieg (1877) ein Fehler Rußlands *244.
Constitutionalismus. Die „Lügenmaschine des französischen C." (Ausspruch Friedrich Wilhelm's IV.) 161. — Eine constitutionelle Regierung ist nur möglich, wenn die Regierung auf eine der größeren Parteien mit Sicherheit zählen kann *169.
Conto. Sünden auf dem C. haben *93.
contribuens plebs (das steuerzahlende Volk) 30.
Conubium 324.
Convention s. Alvensleben, Graf Gustav, Olmütz, Reichenbach, Reichstadt.
Conventsdeputirte. Material für C. im Deutschen Reichstage 399.
Coriolan 80. *338 f.
Corpus juris. Citat aus dem C. j. (Dig. de diversis regulis juris antiqui 50, 17 fragm. 29) 199. 210.
Costenoble, preußischer Geheimrath *25.

coup d'état 128. *195.
Credit. Grenzen des Credits, den unabhängige Staaten in ihren politischen Operationen einander gewähren können *278 f.
Crême europäischer Gesittung 244.
critique. La c. est aisée (Citat aus Destouches, Le Glorieux 2, 5) *22.
Cromwell, Oliver 198.
Cuba. Machtlosigkeit Spaniens auf C. *101.
Culm 345.
Culturkampf *150 ff. — Polnische Seite des C.es *154 ff. — Definitives Ergebniß des C.es *161 ff. — Verhandlungen Bismarck's mit der römischen Curie über Beilegung des C.es 393 f. — Culturkampfgewöhnte Räthe des Cultusministeriums *160.
cum grano salis 304.
cum spe succedendi 167.
cura posterior 267.
Curialien 381.
Curs, neuer, zehrt von der Erbschaft des alten Curses 306.
Czechen *273. 280. 282.
Czernahora. Kriegsrath in Cz. *53.

D.

Dalwigk-Coehorn, Karl Friedrich Reinhard Freiherr v., Großherzogl. hessischer Minister 119. *22. 104.
Damascus, politisches *110.
Damen, politisirende 148. *97.
dames patronesses am Pariser Hofe 174.
Dammers, Generalmajor *42.
Dänemark. Krieg gegen D. 363.
Danner, Louise Christine Gräfin v., Gemahlin des Königs Friedrich VII. von Dänemark 219.
Danzig 88. 301. — D.er Episode 345 ff. *333. — D.er Pronunciamento 266. — „D.er Zeitung" 346.
Dardanellen 124.
Darmstadt 98. 119. 139. — Mittelpunkt rheinbündischer Bestrebungen 371. Vgl. Dalwigk.
„Das waren Preußen ꝛc." 57 f.
Decabristen 243. *297.
Decazes, Louis Charles Herzog v., französischer Minister *252.
Decembervertrag (Vertrag zwischen Oesterreich und den Westmächten 2. December 1854) 191.
Dechant von Westminster 215.
Declaranten *183. 188. 338.
décoré. Monsieur d. in Paris und Petersburg 101. 246 f.
décousu 206.
Defensiv-System (D.-Politik) 196. 206. 207.
defensor matrimonii 26.
Delbrück, Martin Friedrich Rudolf, preußischer Staatsmann 21. 235. 327. 376. 377.
Demagogie der Redner und der Presse 395.
Demarcationslinie 298.
d'emblée 137.
Demoralisation, Berliner (1835) 24.
Demuth vor England 117.
Depeschendiebstahl in der französischen Gesandtschaft zu Berlin 136. 159.
dépit 186. 294.
Derby, Edward Henry Graf v. *252.
désaveu *153.
Dessau 60. 191. *88.
Destouches. Citat aus D. (La critique est aisée. Le Glorieux 2, 5) *22.
Deutscher Bund *265. — Der D. B. kein für jeden Wechsel haltbares Fundament *287. — Vgl. Bund, Deutscher.
Deutsches Reich, Deutschland. Deutsch. Zweck des D. R.es Rechtsschutz 395. — Das Recht der deutschen Nation, ungetheilt als solche zu leben und zu athmen, kann nicht nach privatrechtlichen Grundsätzen beurtheilt werden *91. — Der Herstellung des D. R.es mußte der Sieg über Frankreich vorhergehen *133. — Centrale und exponirte Lage des D. R.es *294. — Friedlicher Charakter der Politik des D. R.es *203. — Aufgaben einer vor-

schauenden Politik Deutschlands *285 f. — Deutschlands Aufgabe ist, zwischen Oesterreich und Rußland zu vermitteln 391. *242. 280 ff. 294 ff. — Deutschlands Beziehungen zu Rußland 249 f. — Deutschland vor der Wahl zwischen Oesterreich und Rußland *261 ff. — Deutschland als Hetzhund gegen russische Bosporusgelüste *291. — Deutschland und Rußland haben solidarische Interessen *130 f.; sie haben keinen zwingenden Kriegsgrund *289. — „Es ist unvernünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen" 285. — Deutschlands Interessen werden durch das Gravitiren der russischen Macht nach Süden gefördert *299. — Die Hegemonie Deutschlands in Europa ist nützlicher und unparteiischer als die Hegemonie Frankreichs, Rußlands oder Oesterreichs *295. — Deutscher Kaiser oder Kaiser von Deutschland? *146 ff. — Deutsch in polnischen Gebieten gleichbedeutend mit lutherisch *163. — Deutscher Patriotismus bedarf der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit 318. 321. — Deutsche Fehler: Mangel an nationalem Selbstgefühl 228. 319; Trieb nach Sonderung in engerem Verbande 324 f.; Ueberschätzung des eignen Urtheils 288; Egoismus oder Unabhängigkeitssinn *38; Haß im Kampfe gegen den Landsmann *273; Bevorzugung des Fremden 142; Stärke der Parteileidenschaft *38; Neigung zur Kritik der Regierung *28. Vgl. Doctrinarismus.

Deutsch-dänisches Bündniß. Gedanke an ein d.-d. B. bei Moltke *49.

Deutsch-österreichisches Bündniß — eine machtvolle Bürgschaft des Friedens für den Welttheil 404. — Das d.-ö. B. enthält keine Deckung gegen Frankreich *280. — Popularität des d.-ö.en Bündnisses in Deutschland und Oesterreich *264 f. 273 f. — Was spricht gegen Aufnahme des d.-ö.en Bündnisses in die Gesetzgebung beider Länder? *277. — Concentrirender Druck des d.-ö.en B.es auf Baiern und Sachsen *97. Vgl. Dreibund.

Deutsch-russisches Bündniß. Bedeutung eines d.-r.en B.es *84 f. — Schwierigkiten eines d.-r.en B.es *252 f. 256.

„Deutsche Revue" 133. *139. 166. 167.

Deutsch-Wagram *55.

Dictatur im geschichtlichen Kreislauf *80.

Dieſt-Daber, v. *169. 171.

Dijon. Kämpfe bei D. *133.

dilatorisch 84. *51. 107. 241.

Dilettant, politischer 288.

„Diocletianische" Verfolgung *152.

Diplomatie. Preußische D. vor 1848 21. 22 f. Unfähigkeit der preußischen D. in der Krisis von 1850 94. 95 f. — Armuth der preußischen D. an Ideen z. B. Friedrich Wilhelm's IV. 185 f. — D. und Heeresleitung in ihren gegenseitigen Beziehungen *118. 119. — Diplomatische Allianz 283. — Diplomatische Sünden *93. — Die Sünden der D. in internationalen Verhandlungen mit vollem Verständniß zu beurtheilen, ist der regelmäßige Strafrichter nicht in der Lage *193.

Doberan 289. 293.

Doctorfrage *241.

Doctrinarismus, deutscher (theoretische Energie) 75. — Doctrinärer Schwindel 267. — Doctrinäre Verbissenheit 269. — Doctrinärer Boden 273. — Doctrinäre Mißgriffe der parlamentarischen Fractionen *97.

Dohna, Graf Friedrich zu 148.

Dolgoruki, Fürst, Gouverneur von Moskau 257.

Donchery *99. 141 Anm. [1]). 142.

Dönhoff, Familie *216.
Don Juan 116.
Donoso Cortes de Valdegamas *196.
Don Quixote 54. 92.
Dornen und Rosen (bildl.) 30.
Dotationen. Neid der Standesgenossen gegen Bismarck wegen der D. *175.
Doublüre 165.
Doyen der Monarchen *190.
Drahnsdorf, Gut Otto's v. Manteuffel 130. 158. 223.
Dreibund (Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn und Italien) *151. — Der D. eine strategische Stellung *287. — Vgl. deutsch-österreichisches Bündniß.
Dreikaiserbund (Bund der drei Ostmächte) *86. 256. 257. 258. 269.
Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (1872) *258.
Dreikönigsbund (1849) 78. 84. 89. 186.
Dreißigjähriger Krieg 19. *198. 273.
Dresden 59. 60. 78. 95. 96. 100. 317. — Dresdner Aufstand (1849) 78. 79. — Die D.er Brücke *114. — D.er Conferenzen (1850) 93. 95 f. 317. 364. — D.er Fürstencongreß (1848) 59. 60. — D.er Vorgänge 79. — D.er Zeit 96. 364.
Drouyn de Lhuys, Edouard, französischer Minister *69. 74.
Druckerschwärze (= Presse) 80.
Dualismus. Bismarck's Idee eines freundlichen D. der deutschen Großmächte zu gemeinschaftlicher Leitung Deutschlands 316. 317. 361 f. — Voraussetzungen eines fr. D. 375 f. — Culminations- und Wendepunkt des preußisch-österreichischen D. 373 f. — Dualistische Führung des Deutschen Bundes 371. — Dualistische Neigungen 367. — Dualistische Politik 366. 371. 372. 378. — Dualistische Spitze 362.
duc d'Enghien s. Ludwig.
Dummheit. Die öffentliche D. ist immer empfänglich für die Mache der Presse *28. — Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands *281. — Vgl. Meinung, öffentliche.
Duncker, Max 345. 349. 350.
dupe 180.
Düppel *27. 37. 180.
Durchgängerei, conservative 296.
Dynastien und Stämme in Deutschland 316 ff. — Mißachtung der Dynastien durch das Frankfurter Parlament 75. — Lebenskraft der deutschen D. 74. — Stärke des dynastischen Gefühls bei den Deutschen 75. — Dynastische Anhänglichkeit als Voraussetzung des deutschen Patriotismus 318. 321. — Tiefe und Gewalt des Einflusses der dynastischen Anhänglichkeit auf den Deutschen 324. — Die unbeschränkte Staatssouveränetät der D. 2c. eine revolutionäre Errungenschaft auf Kosten der Nation 324. — Nationale Gesinnung der deutschen D. *338. — Die deutschen D. haben sich reichsfreundlicher erwiesen als die Parteien und Fractionen 62. — Dynastische Interessen haben in Deutschland insoweit Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Reichsinteresse anpassen 323. — Dynastische Brüche *210. — Dynastisches Gefühl 85. — Dynastische Gewissensbedenken 83. 311. — D. Mannestreue 322. — D. Mißgriffe 250. — Dynastische Sentimentalität 321. — Dynastische Solidarität *280. — Dynastische Sonderbestrebungen *338. — Dynastische Unzufriedenheit *285. — Dynastische Verwandschaften: In regierenden Häusern sind die nächsten Verwandten nicht immer Landsleute, sondern vertreten nothwendig und pflichtmäßig andre als die preußischen Interessen 359. — Dynastische Zerrissenheit *38.

E.

Edhem Pascha, türkischer Großvezier *252.
Egerthal *59.
Egoismus, deutscher *38.
Eherecht, preußisches 26.
Ehescheidungen vor dem Berliner Stadtgericht 25. — Verordnung Friedrich Wilhelm's IV. über das Verfahren in E. 26.
Ehre, preußische. Worin besteht d. p. E.? 92. — Deutsche Ehre 93.
Ehrenquadrillen, fürstl. 102.
Ei klüger als die Henne 108.
Einbläserei 107.
Einheit, deutsche. Bestrebungen zur Herstellung der d. E. 59 ff. — Die d. E. konnte durch die Unionspolitik nicht gewonnen werden 93. — Ankampf der stärkeren Dynastien gegen die d. E. 316. — Die d. E. war nicht durch Landtagsbeschlüsse, Zeitungen und Schützenfeste herzustellen *26.
Einkommen. Besteuerung des E.s aus ausländischen Werthen *236.
„einspringen" 77.
„einsylbiges" Ministerium 105.
Eisenschienen, geglättete (bildl.) *80.
Eisen schmieden, so lange es warm ist 341. — „Eisen und Blut" 312. 318.
Eitelkeit bei Monarchen ein Sporn zu Thaten *316. — E. als Hypothek 152.
Elba *283.
Elbherzogthümer s. Schleswig-Holstein.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland *130. 285.
Elisabeth, Königin von Preußen, Gemahlin Friedrich Wilhelm's IV. 62 f. 130. 145 f. 177. 178. 222. 368. 369.
Elmau 406.
Elsaß-Lothringen. Verfahren bei der Organisation von E.-L. 27.
Elsässer, Franzosenfreunde aus dem Elsaß s. Parteien.
Elyseische Gefilde von Weimar 142.
Embryo (bildl.) 179.
Ems *105. 106. 107. 108. 112. — E.er Depesche *99 ff. 108 f. 112 f. — Unterschied der beiden Redactionen *113.
Energie, theoretische 75.
enfant terrible 251.
England. Das „natürliche" Bündniß mit E. 131 f. — E.s Gewerbe ist, fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen 203. — Ansicht englischer Staatsmänner von der Gestaltung der continentalen Staatenwelt 160 f. — E. bedarf der Verbindung mit einer starken continentalen Militärmacht 363. *75. — E.s Beziehungen zu Preußen 339. — E.s activen Beistand hat Preußen nie zu erwarten *75. — E. ist als Bundesgenosse ganz unberechenbar *261. — E.s Haltung in der Herzogthümerfrage *26. — E.s Haltung im deutsch-französischen Kriege *76. 126. — E. und Rußland im Orient 388. — Die englische Verfassung als Ideal 350. — Dynastische Gesinnung des englischen Volks mehr eine Sache des Nutzens als des Gefühls 321. — E.s „Humanität" *137 f. — Englische Phrasen (Humanität, Civilisation) *132. — Englische Einflüsse im Hauptquartier vor Paris (1870) *137. — Vorliebe der Kaiserin Augusta für E. 145. — Vorliebe für E. am preußischen Hofe 228. — Die „kleinstädtische" Verehrung für E. 172. — Sympathien Bismarck's f. E. 194.
Englische Revolution 198. 200.
en gros et en détail *19.
entente cordiale *75. — E. intime et durable 283.
entgleisen (bildl.) 364. — Entgleist werden 35. — Entgleisung 364.
Enthusiasmus. Antifranzösischer E. 123. — Germanomanischer E. 123. — Bierhausenthusiasmus *22. — Flottenenthusiasmus *47.

en tout cas le diable n'y perd rien 78.
en vedette 300. — Toujours en vedette *287.
Epigonenwirthschaft 306.
Erbhuldigung. Frage der E. in Preußen 266. 267. 268 f. 270 f. 273.
Erbverbrüderung 321.
Ereignisse schaffen zu wollen, würde ein großer Fehler sein 283.
Erfindungen, plumpe *43. — Lügenhafte E.en *215.
Erfurt 72. 85. — E.er Parlament 73 ff. 84. 85. 152. *86. — E.er Politik 85.
Erhebung des preußischen Volks (1813) 36.
Ernestinische Linie 133.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha 112. 172. *20.
Eroberungen, „moralische" 74. 96. — Eroberungstrieb ist allen mächtigen Staaten eigen 202.
Erxleben 130. 158.
Esel — geht auf dem Eise tanzen, wenn ihm zu wohl wird (sprichw.) 281.
„Es muß alles ruinirt werden" 77.
Etappenstraßen 89.
Etat. L'Etat c'est moi 123.
Etzel, v., General *51.
Eugenie, Kaiserin von Frankreich, Gemahlin Napoleon's III. 278. 341. *195. 196.
Eulenburg, Graf Botho zu *214. 216 ff. 219 f. 220. 223. 224. 225. — Schreiben E.s an Fürst Bismarck (18. August 1878) *219 f.
Eulenburg, Graf Friedrich zu 327. 328. 329. 330. *106. 109. 131. 172. 206 (Charakteristik). 208. 210. 213. 232.
Europa „nicht zu finden" *121, vgl. *124. Bevorstehender Kampf der beiden europäischen Richtungen, der kosakischen und republikanischen *257.
Europäerthum 219.
Evangelien der Redner und Schriftsteller 80.
Evolution, taktische 336.
excès. L'excès du mal en devient le remède *222.
exotisch 43.
Extrazug. „Der hessische Thron ist immer einen Extrazug werth" *41 f.
Eydtkuhnen 277.

F.

Fahne der Opposition 355.
fait accompli 121.
Falk, Adalbert, preußischer Cultusminister 147. *157. 158. 159. 160. 161. 167. 188. 232. — Entbehrliches und Unentbehrliches der Falk'schen Gesetzgebung *160 f. — Falk'sche Kirchenpolitik *160. — Falk'sche Sackgasse *167. — Vgl. Maigesetze.
Falk, Frau *158. 188.
Fälschung der Napoleonischen Politik in der Frage der Hohenzollern'schen Candidatur *102. — Gefälschte Briefe *286.
Familienbeziehungen, fürstliche 302.
Fanarioten *297.
Fanfare *112.
Fangapparat, juristischer *161.
Faubourg St. Germain 248.
Faust. Citat aus F. 199.
faux frais *232.
Favre, Jules *259.
Februarbedingungen (1865) 374. *25. 46.
Federkrieg *40.
Feinspinnerei *282.
Ferment 400.
Ferrières *134.
„fest gemauert" — Citat aus Schiller's Glocke *137 Anm.
Fiasco machen *19. 22.
fiche de consolation *196.
Fictionen 310. — Unehrliche F. *243.
Fiévée, Joseph, französischer Publicist 211.
finaliter 377.
Finanzirung (Börsenausdruck) 113.
Finasserie 127. 128.
Finger in die Omelette stecken (bildl.) *78.

Firniß (bildl.) 22.
Fischer, Hannibal, oldenburgischer Staatsrath *35. 36.
Flagge der Katholicität 394.
Flecken auf der weißen Weste (bildl.) *60. — F. abwaschen *107.
Flemming, Graf v., preußischer Diplomat 255.
Fleury, Emile Felix, französischer General und Diplomat 342. *20.
Florenz 228. 229. *124.
Floridsdorfer Linien *54. 55. 134.
Flotte, deutsche, von 1848 102 f. *35. 36. — Flottenenthusiasmus *47.
Flottwell, Eduard Heinrich, preußischer Staatsminister 225. — F.sche Politik *154.
Fluthwelle (bildl.) 378.
Föderirte von 1792 399.
Fonds, geheime österreichische 238 ff. 264.
Fontainebleau 283.
force majeure *275; vgl. vis major.
Forckenbeck, Max v., Oberbürgermeister von Breslau bez. Berlin 399. *208. 210.
fortwurstelnd 309.
Fra Diavolo 121. 123. 127. 128. 129. 210. 213. — Vgl. Manteuffel, Otto v.
Fractions- und Parteigeist, germanischer *151. — Fractionsinsel *186. — Fractionsleben sonst und jetzt 77. Vgl. Partei.
Franchi, Cardinal-Staatssecretär 393. *154.
Frankfurt a./M. 58. 75. 79. 87. 94. 98. 99. 102. 106. 107. 114. 116. 121. 130. 137. 149. 159. 164. 167. 168. 176. 177. 178. 197. 222. 223. 226. 227. 228. 230. 233. 238. 253. 272. 284. 305. 317. 360. 369. 370. — Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt F. 230 Anm. 2). 233. — F., der „Fuchsbau des Bundestags“ 227. — F.er Friede (10. Mai 1871) *196. 257. 259. — F.er Fürstencongreß 341. 360 ff. 362. 367 ff. 371. *27. 82. 83. 87. F.er Parlament (1848/49) 65. 75 ff. 94. Vgl. Paulskirche. — F. Reformversuch *19. — Tanzlust der F.er Diplomaten 102. — F.er Putsch (3. April 1833) 20.
Frankreich. Furcht vor F. als deutscher Charakterzug 117. 150. 172. — Beziehungen Preußens unter Friedrich Wilhelm IV. zu dem Napoleonischen Frankreich 178 ff. — Conformität der preußischen und französischen Interessen 283. — Vorschläge Napoleon's III. hinsichtlich eines preußisch-französischen Bündnisses 283 ff. — F.s Einmischung in den preußisch-österreichischen Streit *51. — Deutsch-französischer Krieg: Der Krieg mit F. lag nach den Siegen Preußens über Oesterreich in der historischen Consequenz *56. 72. — Nothwendigkeit eines Krieges mit F. *71; die Hohenzollernsche Candidatur als Kriegsgrund für F. *99 ff.; ein gemeinsamer Krieg gegen F. das beste Bindemittel für die deutsche Nation *111; der Sieg über F. mußte der Herstellung des Deutschen Reichs vorhergehen *133. — Gefahren einer Restauration der Monarchie in F. *197. — Die angebliche Bedrohung F.s im Jahre 1875 *114. 115. 199 ff. 258 f. — Den Franzosen wohnt der Trieb zum Umsichgreifen inne *164. — Angriffslustige Neigungen des französischen Volkes *282 f. — F. der Vulkan im Westen 391. — F.s Stärke liegt in der Defensive *52. — Französisch-englisch-österreichischer Vertrag (3. Januar 1815) *260. — Französisch-englische Allianz (1856) 191. — Möglichkeit eines französisch-österreichischen Bündnisses auf katholisirender Unterlage *75. 92. 263. Vgl. Kaunitz'sche Coalition. — Frankreich-Oesterreich-Italien im Bunde gegen Preußen *74. — Französisch als Sprache der preußischen Diplomatie 22. — Vorliebe der Kaiserin Augusta für F. 145.
Fransecky, Eduard Friedrich v., preußischer General *60.

Frantz, Constantin, deutscher Publicist 133. 155.
Franz von Cadix *75.
Franz I., Kaiser von Oesterreich 213.
Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich 103. 123. 125. 168. 182. 211. 220. 243. 302. 309. 341. 368. 373. 374. 375. 378. 379. 389. *33. 51. 242. 258. 269. 273. 274. 275. 283.
Freiconservative s. Parteien.
Freihandel 53. — Bruch Bismarck's mit der Freihandelspolitik *226.
Freiheit, für die römische Kirche gleichbedeutend mit Herrschaft *152.
Freiheitskriege 20. 303. 318. Vgl. Befreiungskrieg.
Freimaurer. Rücksichtnahme des Kaisers Wilhelm I. auf die F. 229.
Freisinnige s. Parteien.
Freundschaft und Patriotismus im Conflict mit einander *24.
Frictionen 29. 362. *283. 292. — F. europäischer Politik 319. — F. der Staatsmaschine *18. 23.
Friedensschlüsse sind Provisorien *162 f.
Friedenthal, Karl Rudolf, preußischer Staatsminister *214. 224. 225. 232.
Friederike, Prinzessin von Hannover *41.
Friedrich I., Großherzog von Baden *93. 146. 148. 149.
Friedrich I., Kurfürst von Brandenburg *57.
Friedrich VII., König von Dänemark 219. 371. *20. 24. 30.
Friedrich II., der Große, König von Preußen 23. 32. 96. 123. 190. 298. 299. 300. 306. 318. 347. *25. 56. 108. 130. 140. 147. 261. 273. 285. 293. 316 (Eitelkeit).
Friedrich III., deutscher Kaiser, König von Preußen 58. *57. 143. 179 Anm. *). 305. 333 ff. 340. — Friedrich's III. Brief an Bismarck (25. März 1888) *340. — Vgl. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
Friedrich (VIII.) von Augustenburg, Herzog von Schleswig-Holstein *28. 30. 42. 43. 44. 45. 46. — Brief Friedrich's an Bismarck (11. December 1863) *43 f.
Friedrich, Prinz von Württemberg *69.
Friedrich Karl, Prinz 39. 41. *59. 110.
Friedrich Wilhelm I., Kurfürst von Hessen *42. 92.
Friedrich Wilhelm, Kurprinz von Hessen *41 f. 46.
Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg 19. 190. 300. *25. 140.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen 108. 161. 347. *25. 148. 309.
Friedrich Wilhelm II., König von Preußen 32. 300. *25. 147. 275.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 14. 59. 143. 190. 196. 257. 264. 302. 318. *25. 92. 198. 213. 240. 306. 310.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 26. 33. 34. 36. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 46. 48. 49. 51. 55. 60. 61. 62. 66. 73. 76. 78. 97 f. 103. 106. 107. 108. 117. 119. 120. 123. 125. 128. 129. 130. 131. 134. 136. 138. 142. 145. 146. 147. 149. 150. 151. 153. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 166. 167. 168. 169. 170. 171 f. 176. 177. 184. 200. 208. 210. 215. 216. 218. 220. 221. 222. 224. 225. 243. 250. 303. 308. 361. 365. *24. 74. 277. 278. 283. 300. — F. W.s IV. Ansprache an die Offiziere des Gardecorps (25. März 1848) 44. — F. W.s Abneigung gegen klare und feste Entschlüsse 59. 82. — Seine Hinneigung zu mittelalterlicher Romantik 59. — Sein „teutsches" Nationalgefühl 59. — Seine Weichlichkeit 61. — F. W.s Rechtsauffassung hinsichtlich der Revolution 63 f. — Sein Umzug in den Straßen von Berlin (21. März 1848) 60 f. 65. — F. W.s Hintergedanken bei seiner Haltung ge-

genüber der preußischen Nationalversammlung 65. 71 f. — F. W. IV. und der deutsche Gedanke 73. — Wandelbarkeit seiner Ansichten 68. — Seine Abneigung gegen constitutionelle Einrichtungen 74. — Ablehnung der Kaiserkrone durch F. W. IV. 76. — F. W.s IV. Täuschung über die realen Machtverhältnisse (1848|49) 81 f. — F. W. IV. und die Dresdner Verhandlungen 96. — Schwierigkeiten der Ministerstellung unter F. W. IV. 108. — F. W. IV. wünscht „gehorsame" Minister und fühlt Abneigung gegen „unabhängige" Männer 130. Vgl. 158. 215 f. — F. W. IV. „unberechenbar eigenthümlich" 128. — F. W. IV. läßt Bunsen fallen 133. — Lehnt Bismarck's Ernennung zum Minister ab 69, nimmt Bismarck als Minister in Aussicht 166. 215 f. — Ein widersprechender Bescheid F. W.s IV. 162. — F. W.s IV. Phantasie flügellahm, sobald sie sich auf dem Gebiet praktischer Entschlüsse geltend machen sollte 308. — F. W.s IV. Erkrankung 220. — Schreiben F. W.s IV. an den Kaiser Franz Joseph (5. Juni 1852) zur Einführung Bismarck's 103 ff. — Schreiben an Bismarck (21. April 1852) 161.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen 40. 58. 143. 147. 157. 266. 294. 324. 344. 345. 346. 348. 349. 350. 351. 352 f. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. *25. 28. 33. 44. 45. 46. 67. 68. 90. 138. 140. 146. 148. 214. 215. 216. 225. 276. 303. 304. 334. 335. 338. — Danziger Episode 345 ff. — Denkschrift vom 26. Februar 1864 *45. — Kronprinz F. W. in Nikolsburg *67. 68. — Stellung des Kronprinzen F. W. zur Kaiserfrage *140. — Das sog. Tagebuch des Kronprinzen *143. — Beziehungen des Kronprinzen F. W. zu Bismarck *225. — Die Legende vom Verzicht des Kronprinzen F. W. zu Gunsten seines Sohnes *334. — Schreiben des Kronprinzen F. W. an Bismarck (30. Juni 1863) 348. — Schreiben an Bismarck (3. September 1863) 351. — Vgl. Friedrich III.

Friedrichsruh 387. *243.

Fries, Abgeordneter *79 Anm. [1]).

Fröbel, Julius 367.

Fronde am preußischen Hofe 131. — Frondeur 63. — Frondirende Gemüthsstimmung 62.

Fuchsbau des Bundestags 227.

Fulda *92.

Furcht als politisches Mittel 208 f. — F. vor der Barrikade 74. — F. vor Frankreich 117. 135. 150. 172. — F. vor den Westmächten 150.

Fürsten, deutsche. Das Standesgefühl deutscher F. ist ein festeres Bindemittel als das deutsche Nationalgefühl 319. — Solidarität der d. F. 368. — Fürstliche Correspondenzen unter Mitwirkung ihrer Minister *203 f.

Fürstenberg-Stammheim, Grafen v. 113.

Fürstenbund, deutscher (1785) 123. 298.

Fürstencongresse s. Dresden, Frankfurt.

Fuß. Den besten F. vorsetzen 27.

G.

Gabelung 306. — Gabelpunkt 307.

Gablenz, Anton v. 366.

Gablenz, Ludwig Freiherr v., österreichischer General 366. *51.

Gagern, Friedrich Balduin Freiherr v., niederländischer General 86 f.

Gagern, Heinrich Wilhelm August Freiherr v. 86. — Gagern'sche Partei 86. — Gagern'sches Programm 86. *21.

Galeere. In die G. eintreten (bildl.) 286.

„Galignanis Messenger" *171.

Galizien 105. 378. *21. 263.

Gallicanismus *151.

galvanischer Strich 272.
Gambetta, Léon, französischer Staatsmann *197 Anm. *).
Garibaldi, Giuseppe 228. *74. 151.
Garnison der ministeriellen Citadelle *156.
Gastein 356. 367. 368. 380. 399. *32. 34. 39. 40. 272. 274. 275. 276. — G.er Cur *86. — G.er Vertrag *32. 34. 39. 40.
Gebildete. Einfluß der G.n — ein Gegengewicht gegen das allgemeine Wahlrecht *79.
Gebundenheit, militärische, Preußens im Jahre 1850 89.
Geburt ist niemals Ersatz für Mangel an Tüchtigkeit 34.
Gedanke, deutscher, latent bei Friedrich Wilhelm IV. 73. — Zündende Gedanken, an deren Feuer sich die deutschen Einheitsbestrebungen zu erwärmen pflegten *35.
Geest, hohe *49.
Geffcken, Friedrich Heinrich 349. Anm. 2). *143. — G.sches Tagebuch (Tagebuch des Kronprinzen) 349. *143.
Gefolge des altgermanischen Fürsten 67. — Gefolgschaft *38. — Gefolgschaften der Parteiführer *338.
Gefühlspolitik — eine ausschließlich preußische Eigenthümlichkeit 180. 191.
Gegenreformation *162.
Gehlsen, Joachim, Redacteur der „Reichsglocke“ *195. 227.
Gehorsam als Eigenschaft eines Ministers unter Friedrich Wilhelm IV. 158. 215 f. — Nicht G. sondern Befähigung muß das Kriterium bei der Wahl eines Ministers sein *293.
Gelegenheiten, versäumte 59. 61. 78 f. 84. 301. 306.
Gelehrte. Einfluß der G.n auf Friedrich Wilhelm IV. 308.
Gemeinden, ländliche, unter dem Druck der Selbstverwaltung 29 f.
Generaladjutanten. Einfluß „ehrlicher aber beschränkter“ G. am preußischen Hofe 301. 308.
génie du mal 177.
Genthin 47. 56. 57.
Georg V., König von Hannover 108 ff. *41. 91. 92.
Geppert, Justizrath 90.
Gérard, Vorleser der Kaiserin Augusta 143. *197. 199.
Gerechtigkeit. Vergeltende G. zu üben ist nicht die Aufgabe des Siegers *66.
Gerlach, Leopold v., preußischer General 65. 66 (Charakteristik). 67. 69. 74. 83 Anm. *). 107. 111. 114. 115. 117. 120. 134. 136. 137. 152. 161. 162. 166. 167. 168. 169. 170. 178. 223. 309. *307.
Briefe Gerlachs an Bismarck:
17. Mai 1852: 153.
19. Mai 1852: 153.
21. Juli 1852: 154.
8. October 1852: 155.
25. Februar 1853: 155 f.
28. Februar 1853: 156.
20. Juni 1853: 157.
30. Juni 1853: 157.
6. Juli 1853: 115 f.
17. Juli 1853: 157 f.
24. April 1854: 121.
1. Juli 1854: 122.
22. Juli 1854: 122.
9. August 1854: 123.
13. October 1854: 125.
15. November 1854: 126.
4. Januar 1855: 127.
23. Januar 1855: 129.
6. Mai 1857: 188 ff.
21. Mai 1857: 195 ff.
5. Juni 1857: 209 ff.
Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräsident 65. 66. 167. *26. 278. 307.
Gerlach, Otto v., Hofprediger *307.
„Germania“ *166. 167.
germanische Anhänglichkeit an den Fürsten *320.
germanomanisch 123.
Gero, Markgraf *142 Anm. 1).
Gerstenzweig, v., russischer General 335.
Gesandte. Intrigirende G. 277. — Aufgaben eines G.n am fremden Hofe 144 f. *254 f. — G. dürfen nicht eine der ministeriellen ent-

gegengesetzte Politik immediat beim Könige vertreten *18.
Gesandtschaftsrecht der deutschen Fürsten 79. 81.
Geschichtliche Logik *246. — G. Prädestination 323. — G. Consequenz *56. — G.er Kreislauf *80.
Geschütze. Mangel schwerer G. vor Paris *134.
Gesetzentwürfe. Richtige Vorbereitung der G. *300. — Die nur ministerielle Prüfung der G. genügt nicht *304. — Die Berathung der G. im Landtag gewährt noch keinen Schutz gegen Unsinn *301 f. — Gesetzmacherei *235.
Gespielen (= Minister) 267. 273.
Gesta Dei per Francos (Thaten Gottes durch die Hand der Franzosen) *104. 196.
Gesundheitsbankrott *226.
Get you home, you fragments (Citat aus Shakespeare, Coriolan III, 3) *338 f.
Gewaltherrschaft im geschichtlichen Kreislauf *80.
Gewehr bei Fuß 392. *103.
Giers, Nicolai Karlowitsch, russischer Minister 406.
Giftmischereien *183.
Gladstone. G.sche Kundgebungen gegen die Türkei *290. — „Ministerium G." *162. 216. 225.
Glanznebel *124.
Glatz 374.
Gleichgewicht, europäisches *121. 279. 281.
glorious revolution von 1688 198.
Gneisenau, August Graf Neithardt v. 23. 196.
Goeben, August Karl Friedrich v., preußischer General 23.
Goltz, Karl Friedrich Graf von der 112.
Goltz, Robert Heinrich Ludwig Graf von der 70 Anm. [1]). 112. 113. 114. 115. 116. 133. 135. 143. 150. 311. 341. 342. 378. *17. 29. 174. 216. 283. Brief an Bismarck (31. August 1863) 341 f. Desgl. (12. October 1864) 378. — G. als Gegner Bismarck's in der Herzogthümerfrage *17 ff. — G.sche Fraction 142, s. Bethmann-Hollweg, Wochenblatt.
Goluchowski, Agenor Graf v., österreichischer Staatsmann *215.
Gong 110.
Gontaut-Biron, Vicomte de, französischer Botschafter in Berlin *197. 198. 199. 200. 201. 204. 206.
Gordischer Knoten 317. 365.
Görres, Jacob Joseph v., Publicist *111.
Gortschakow, Fürst Alexander Michailowitsch, russischer Reichskanzler 244. 249. 253. 304. 336. 337. 340. 344. *74. 115. 122. 126. 127. 129. 130. 165 Anm. *). 199. 200. 201. 202. 203. 204. 240. 241. 242. 244. 245. 247. 250. 251. 254. 256. 260. — G.s Eitelkeit 244. 249. 336. 344. *126. 127. 200. — G.s Haltung bei Abfassung von Depeschen *130. — G.s Empfänglichkeit für werthvolle Geschenke *165 Anm. *). — G.s Neigung, Anfragen bei der deutschen Regierung nicht durch den russischen Vertreter in Berlin, sondern durch den deutschen in Petersburg thun zu lassen *200. 240. — G. „rettet" das nicht bedrohte Frankreich (1875) *201 f. 258. — G. coquettirt mit seinem Vertrauen fremden Gesandten gegenüber *254. — G. auf dem Berliner Congresse *127. 244. — G.sche Einflüsse auf die russische Presse *129. — G.sche Politik *87; berechnete Unehrlichkeit der G.schen Politik *246. — G.s Circulartelegramm: „Maintenant la paix est assurée" (10. Mai 1875) *201. 258.
Gosse. Die Nahrung in den G.n suchen (bildl.) 270. — Sich in den G.n spiegeln *130.
Goßler, Gustav v., preußischer Cultusminister 330.
Gotha *44. — Gothaer 112. 131. — Gothaisirender Liberalismus 131.
Goethe 142. 180. — Citate aus G.: aus Faust: 199 („Hier hab'

ich eine Flasche, aus der ich selbst zuweilen nasche" — 1. Theil 6 Hexenküche). *20 (Wir würden geschoben statt zu schieben, vgl. 1. Theil 20 Walpurgisnacht: „Du glaubst zu schieben, und du wirst geschoben"). *28 („Nein, er gefällt mir nicht, der neue Burgemeister" — 1. Theil 2 Vor dem Thore). — Aus Schäfers Klagelied: 180 („Ich bin heruntergekommen, und weiß doch selber nicht wie"). — Aus Götz von Berlichingen 48 (Act III, 17. Sc.).
Gottberg, v., preußischer Generalstabsoffizier *139.
Göttinger Comment *296.
Gottorp, antigottorpisch 320.
Götz von Berlichingen 48 (vgl. Goethe, G. v. B. III 17).
gouvernement absolu tempéré par le régicide *154.
Govone, Giuseppe, italienischer General *73.
gräcisirende Orientpolitik *297.
Gramont, Antoine Alfred Agénor Herzog v. *102. 105. — Ministerium Gramont-Ollivier *105.
grand cordon, Toilettenstück für einen Diplomaten 101.
gratis 301. 302.
Graudenz 345. 346.
Graues Kloster, Gymnasium 19. 32.
„Grenzboten" 349.
Griechen. Undankbarkeit der G. *296 f.
Griesheim, v., Oberst 70. 71.
Gröben, Karl Joseph Graf von der 148.
Grolman, Karl Wilhelm Georg v., preußischer General *154.
Grolman, Wilhelm Heinrich v. 23.
großdeutsche Politik 368.
Großmacht. Eine G. bedarf zu ihrer Anerkennung der Ueberzeugung und des Muthes, eine solche zu sein 305. — „Une grande puissance ne se reconnaît pas, elle se révèle" (Ausspruch Gortschakow's) 304. — Keine G. kann sich in den ausschließlichen Dienst einer andern stellen *246. — Verträge zwischen Großmächten haben nur bedingte Haltbarkeit *278. 287 f. — Waffenmäßige Großmachtspolitik *21.
Grote-Schauen, freie Standesherren v. 81.
Grottkau 332.
Grundbesitz. Bedeutung des G.es für den staatlichen Bestand 34.
Grund- und Gebäudesteuer *236.
Grün (= unerfahren) 25. — G.er Tisch 29. 30. *235.
Gruner, Justus v., preußischer Staatsmann *226.
Gruner, v., preußischer Unterstaatssecretär 97. *226. 227. 230. 231. 232. 233.
Günstlinge. Männliche und weibliche G. des Monarchen 33.
Guntershausen 149.

H.

Haager Vertrag (1785) 199.
Hahn, Ludwig, preußischer Geheimer Regierungsrath *217. 219.
„Halbgötter" *116.
Hambacher Feier (27. Mai 1832) 20.
Hamlet 378. *82.
Hanau *92. — Schlacht bei H. (30. u. 31. October 1813) *111.
Hand. Eine H. wäscht die andre. *150.
Hannover 106. 108. 109. 144. 324. *41. Rücktritt H.s vom Dreikönigsbündniß 84. — Bismarck wird als Minister von H. begehrt 108 f. — H.s Haltung im Jahre 1866 325. *41. — H.s Annexion *91.
Hannöverscher Provinzialfonds *169 f.
Hanseaten. Freude der H. über die Heldenthaten ihrer Söhne im deutsch-französischen Kriege *111.
Hansestädte 319.
Hantge und Ohm 125 Anm. *).
Hardenberg, Karl August Fürst v., preußischer Staatskanzler 23. 318. *58. 175. — H.sche Diplomatie 318.

Haremsregierung 222.
Harkort, Friedrich 68.
Harmodius 19.
„Hart im Raume stoßen sich die Sachen“ (Citat aus Schiller, Wallenstein's Tod 2, 2) 80.
Hassenkrug, politischer Agent 136. 159.
Hatzfeld, Maximilian Graf v. 23. 129. 171. 183.
Haugwitz, Christian Heinrich Karl Graf v. 196. 206. 301. 365. — H.sche Politik 196. 206.
hausbacken 21. 108. 310. *166. — Das Hausbackne 146.
Hauser, Caspar 320.
Hausminister hat kein Verfügungsrecht über den Staatsanzeiger *229.
Haut. Nicht aus der H. können *302. — Riemen aus der H. schneiden 184.
Haxthausen-Abbenburg, Franz Ludwig Maria August Freiherr v., Publicist 131. 142.
Haymerle, Heinrich Freiherr v., österreichischer Minister *269 Anm. *).
Hebel. Politischer H. 310. — Am längeren Arme (Ende) des H.s sitzen (bildl.) 310. *85. — Hebelkräfte 112.
Hecker, Friedrich Karl Franz 87 Anm. [1]).
Hedemann, v., commandirender General in Magdeburg 43. 44.
Heeresleitung. Aufgabe der H. *118. — Wechselbeziehungen zwischen H. und Diplomatie *118 f.
Hegemonie-Politik *20.
Heidelberg 20. 260. 261. Wirkung des Besuchs von H. auf Bismarck 20. — Versammlung der deutschen Finanzminister in H. 396.
Heimlichkeit nicht berechtigt bei allgemeinem Wahlrecht *78. — H. steht mit den besten Eigenschaften des germanischen Bluts in Widerspruch *78 f.
Heinrich V., Herzog v. Bordeaux, (Titular-)König von Frankreich 179. 203. 204. 212.
Heinrich der Löwe 322.
Heinrich VII., Prinz Reuß, deutscher Botschafter 278. 399.
Heinze-Prozeß 24.
Heißsporn 37.
Helene Paulowna, Großfürstin von Rußland 272. *70.
Helgoland. Die Erwerbung von H. zwingt Deutschland im Falle einer französischen Blokade zur Vertheidigung des früher durch die englische Neutralität geschützten Felsen *49.
Hemd näher als der Rock 119.
Herodes und Pilatus 154.
Herrenhaus. Umbildung der Ersten Kammer zum H. 161. — Zur Kritik des H.es 164 f. — Continuität des H.es 287.
Herzegowina. Die Ueberlassung der H. an Oesterreich *243.
Heß, Freiherr v., österreichischer Feldzeugmeister 121.
Hessen, Großherzogthum. Haltung der hessischen Truppen im Jahre 1848 79. — Absicht einer Entschädigung H.s durch Abtretung von Aschaffenburger Gebiet *66.
Hessen, Kurfürstenthum. Haltung des K.s H. im Jahre 1866 325. *41 f. — Annexion des K.s H. *91. 92.
Hetärie *297.
heterogene Coalitionen *225.
Heucheleien, publicistische, parlamentarische, diplomatische 96. — Menschenfreundliche H. *121.
heureux soldat héritier de la révolution (Beiname Napoleon's I.) 204.
Heydt, August von der, preußischer Finanzminister 36. 182. 272. 289. 290. 308. 327. *170.
„Hier hab' ich eine Flasche“ (Citat aus Goethe's Faust) 199.
Hierarchie, staatliche 30.
hinc irae (Citat aus Juvenal, Satir. I, 168) 249.
Hinckeldey, Karl Ludwig Friedrich v., Polizeipräsident von Berlin 136. 137. 154.
Hindersin, Gustav Eduard v., preußischer General *54 Anm. *).
hinken „nach drei Seiten“ 128.

Hinterhand im Kartenspiel *295.
Hinterpommern *25.
Hintertreppen-Einflüsse 108.
Hintzpeter, Dr., Erzieher des Kaisers Wilhelm II. 344.
Hirsch, Baron *193.
historische Consequenz *56.
Hödel'sches Attentat (11. Mai 1878) *214.
Hofeinflüsse *81.
Hofgesellschaft, Pariser 175.
Hofintrigen *232. — Freimaurerische Hofintriganten *319.
Hofkriegsrath *62.
hofliberal 375.
Höflichkeit — eine wohlfeile Münze 184.
Höflinge 33. 306. 308.
Hofmann, Karl v., Präsident des Reichskanzleramtes *219. 232.
Hofnebenpolitik, westmächtliche, in Berlin 132.
Hofopposition 112.
Hohendorf 262.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Adolf zu 276. 279. 282. 286.
Hohenlohe-Ingelfingen, Kraft Prinz zu, Flügeladjutant des Königs Wilhelm I., preußischer General 352. *135.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Karl Victor Fürst zu 391.
Hohenschwangau 384. 386. 390. 397. 403. *145. 146.
Hohenstaufen 324.
Hohenzollern, Dynastie 320.
Hohenzollern-Sigmaringen s. Karl Anton, Leopold. — Erwerbung der Hohenzollern'schen Lande durch Preußen *24.
Hollands Erwerbung durch Deutschland ein Märchen politischer Intriganten 391.
Holnstein, Max Graf v., Oberststallmeister des Königs Ludwig II. von Baiern 382. 384. *143. 145. 146.
Holstein. Berufung der H.er Stände *23. — Genugthuung der H.er über die Heldenthaten ihrer Söhne im deutsch-französischen Kriege *111.
„hölzernes Eisen" 124.
Holzweg. Auf dem H. sein *23.
Homburg (Pfalz) *125.
Horaz. Citate aus Horaz: 108 (Sat. 1, 2, 1 f.). 211 (Ep. 1, 10, 24). *86 (Ep. 1, 1, 74).
Horricz (Horsitz) *42. 51.
Hübner, Joseph Alexander Graf v., österreichischer Diplomat 183.
Huldigung. Frage der H. bei der Thronbesteigung Wilhelm's I. 266 f. 268 f. 270 f. 273.
Humanität. Die Bethätigung der H.s-gefühle erwartet England von allen andern Mächten, läßt sie aber nicht immer seinen eignen Gegnern zu Gute kommen *138. — Englische H.sphrasen *132. 258.
Humbert, König von Italien 147.
Humboldt, Alexander v. 44.
Humboldt, Wilhelm v. 318. — H.ische Diplomatie 318.
Hunde-Bummel-Leben 286.
Hundeflöhen 288.
Hundsfott 127. — Hundsfötter 87 Anm. 2). — „Der Deutsche ist ein Hundsfott" *263.
Hunger — menschlicher als Beschießung? *138.
Hunkiar-Iskelessi, Vertrag v. (1833) *291.
Hypothek von Eitelkeit 152.

J.

Jacobini, päpstlicher Nuntius 399.
Jacobiten 321.
Jagow, Gustav Wilhelm v., preußischer Minister 281. 327 (Charakteristik).
Jahde *48. — Jahdebusen. Erwerbung des J.s durch Preußen 186. *24 f.
Jahn, Ludwig 19. 32. *111.
Januskopf 28. *118. — Janustempel *118.
Jargon 100. *256.
„Ich bin heruntergekommen, und weiß doch selber nicht wie" (Citat aus Goethe, Schäfers Klagelied) 180.
„Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der dritte"

(Citat aus Schiller's Bürgschaft) 196. 206.
Idiosynkrasie 144.
„Jeder Zoll ein König" — Citat aus Shakespeare, König Lear (IV 6) *318.
Jena. Schlacht bei J. 87 Anm. 2). 306. *108. — Jena-Leipzig-Roßbach 150.
Jerichow 39. 52.
Jesuiten am preußischen Hofe (Jesuitenlager) 227. 311. — Der Papst nicht Herr über die J. 394. — Weltliche J. *154. — Jesuitenorden *153. 154. 339.
Jesuitismus, demokratischer *167.
Ignatieff, Nicolaus Paulowitsch, Graf, russischer General und Diplomat *128.
Illusionen, jugendliche 317.
Il y a quelqu'un qui a plus d'esprit que Monsieur de Talleyrand, c'est tout le monde 310.
Impresario 113.
in casu concreto 209.
in corpore vili 25.
Indemnität 222. 332. *73. 89. 90. 97.
Indiscretion, berechnete 253.
Industrieausstellung, Pariser (1855) 171.
Industriesystem, ausschließliches, als Gegner der Landwirthschaft 54.
Inferiorität des deutschen Selbstgefühls 228. — J. der Sprache gegen den Gedanken 197 f.
injuria temporum (die Unbill der Zeiten) *295.
in nuce *174.
in praxi 318.
in rei memoriam 295.
in separato *231.
in specie 345.
Instinct, fürstlicher *213. — Nationaler J. *151. — Politischer J. *184. 297.
in suspenso *212.
Interessen, französische 196.
Interim (1849/50) 99. 209.
Internationale Streitigkeiten können nicht aus dem Gesichtspunkte des Göttinger Comments aufgefaßt werden *296.
Intriganten, politische 108. 307. 391. *143.
Intrigen *189 ff.
in verbis simus faciles! (In den Worten laßt uns gefällig sein!) *90.
Johann, König von Sachsen 220. 369. 370. *59. 97.
Jomini, Henri, russischer Generallieutenant *130.
Jordan, v., preußischer Gesandter in Dresden 100.
Joseph II., deutscher Kaiser 211. *81. 277. 279.
ipsissima verba regis (eigenste Worte des Königs) *117.
Irrthümer, kräftige, Citat aus 2. Thess. 2, 11 *205.
Irrwege in der Wüste innerer Kämpfe 61.
Isabella, Königin von Spanien *75.
Isolirungstrieb der Parteien und Individuen *223.
Italien. Der italienische Krieg (1859) 310. — Unberechenbare Haltung J.s wegen seiner Beziehungen zu Frankreich *73. 74. — Bündnißverhandlungen J.s mit Frankreich vor dem deutsch-französischen Kriege *104. — Unsichere Haltung J.s 1870 *125. 151. — J. als dritter im deutsch-österreichischen Bunde *282.
Itzenplitz, Heinrich Graf v. 326. 327 (Charakteristik). 329. 376. 377.
Juchten. Nach J. riechen (d. h. Vorliebe für Rußland zeigen) 194.
Juden 61.
judicious bottle holder 131.
Jugendtraum 317.
Julirevolution (1830) 303. 304. 337.
Junkerpolitik 172.
Junkerthum *189.
Jupiter tonans (der donnernde J.) 86.
jus divinum (göttliches Recht) 212.
Justiz, preußische. Einrichtungen und Personen der p. J. vor 1848 25 ff.
Jüterbogk 311. 313. 315.
Juvenal. Citat aus J. 249.

K.

Kaiserkrone. Angebot der deutschen K. durch das Frankfurter Parlament (1849) 76. Ihre Ablehnung 76 f. 78.
Kaiserproclamation in Versailles *148 f.
Kaiserthum, preußisches 298.
Kaisertitel, der, ein werbendes Element für Einheit und Centralisation *139.
Kalenberg *92.
Kaluga, Regiment der russischen Armee *147.
Kammercelebritäten, gekränkte 92.
Kammer, Erste. Zur Frage der Umwandlung der E.n K. in das Herrenhaus 160 ff. — Vorzüge einer aus Volkswahlen hervorgegangenen E.n K. vor dem Herrenhaus 164 f.
Kammern, preußische. Unfähigkeit der p.n K. 288.
Kampfesscheu opfert die Zukunft für etwas mehr Bequemlichkeit in der Gegenwart *236.
„Kampf ums Dasein" *278.
Kandern, Gefecht bei 87 Anm. [1]).
Kanonen, preußische 324 f.
Kanzler s. Reichskanzler.
Karl der Große, römischer Kaiser 189. *140.
Karl V., deutscher Kaiser 301. 324. *100. 105. 282.
Karl VI., deutscher Kaiser *148.
Karl I., König von England 313.
Karl X., König von Frankreich 302.
Karl, König von Rumänien *102.
Karl, preußischer Prinz 41. 42. — Schreiben des Prinzen Karl zur Legitimation für Bismarck (21. März 1848) 41.
Karl Alexander, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach *131.
Karl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, preußischer Ministerpräsident 226. 263. 265. 266. 272. 276. 297. *101. 102. 108. 109. 311.
Karlsbad 367. *59.
Karlsruhe 255. 260. 261. 291. 293.
Karolinenfrage *103.
Karolyi, Aloys Graf, österreichischer Diplomat 226. 364. 366. 373. *59. 60.
Kars *128. Blaubuch über K. *245.
Kartätschenprinz — Spottname des Prinzen Wilhelm von Preußen 55.
Karten. Mit offnen K. spielen 364. In die K. sehen *114.
Kartenspiel, europäisches *295.
Kassel *41.
κατ' ἐξοχήν 198.
Katharina II., Kaiserin von Rußland 252. *277. 298.
Katholicismus, parlamentarischer *154.
Katholik. Kann ein K. selig werden? *153. — Würdigung des K.en in evangelischen Kreisen *198.
Katholische Abtheilung beim preußischen Cultusministerium s. Abtheilung.
Katholische Kirche. Die k. K. ist unter kirchlichen Formen eine politische Institution *152. — Die k. K. fühlt sich nur frei, wo sie herrscht *152. — Die k. K. und der weltliche Staat *152. 162 f.
Katkow, Michail Nikiphorowitsch, russischer Publicist *288.
Kaunitz-Rietberg, Wenzel Anton Fürst v. 256. *261. — Kaunitz'sche Coalition (französisch-österreichisch-russische Allianz) *261. — Gefahren einer Erneuerung der K. C. *276 ff. 285. 293. Vgl. Frankreich.
Kauz, wunderlicher 173.
Kephisch oder Paulinisch? (1. Korinther 1, 12) *39 vgl. 186.
Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr v., Bischof von Mainz *152 f.
Keudell, Robert v., deutscher Diplomat 102. 233. *164. 165.
Keuschheit, politische 199.
„Kiek, det is och en Franzos" 43.
Kiel. — Der K.er Hafen *25. 34. 35. 36. 45. 48. — Kein Kiel, kein Geld! *37.
Kind und Kegel, mit 292.
king. The k. can do no wrong 129.

Kirche, christliche. Die Ausbreitung der chr.n K. das Princip der europäischen Politik zur Zeit Karl's des Großen und seiner Nachfolger 189 f.
Kirchenstreit s. Culturkampf.
Kisseleff, Paul, Graf, russischer General und Minister 183.
Kissingen 386. 387. 388. 389. 390. 393. 396. 397. 400. 401. 402. 404. *20.
Klassenwahlen. Blüthe der K. 288.
„Kleine aber mächtige Partei" 151.
Kleist-Retzow, Hans Hugo v., Oberpräsident der Rheinprovinz 147. *167. 171. 176. 177. 213.
Klentze, Generalsteuerdirector 106. 149.
Klützow, v. 151.
Knesebeck, Karl Friedrich Freiherr von dem, preußischer Feldmarschall 197.
Kniephof 315.
Knyphausen, Karl Wilhelm Georg Graf zu Inn- und K., hannöverscher Gesandter in Berlin 70. 71.
Köln 61. 92. 176. *116. — K.er Dom als Ziel französischer Begehrlichkeit 92. — K.er Dombaufest 146. 176.
Koloß (von Rhodos) 280.
König. „Sei du ganz stille, du hast ja nicht einmal einen K." *94. — „K. der Deutschen" („in Germanien") als Titel für den K. von Preußen *140 f.
Königgrätz, Schlacht von *51. 59. 81. — Die Schlacht von K. war nach den Bundesverträgen theoretisch unmöglich *278.
Königliches Regiment und Parlamentsherrschaft 296.
Königsberg 275. 320.
Königthum, preußisches. Unterschätzung der Macht des p.n K.s nach 1848 78. — Stärke des p.n K.s 165. — Das p. K. steht auch nach der Verfassung noch nicht auf dem Niveau des belgischen oder englischen 357. — Rückgang der königlichen Autorität in Preußen unter dem Mangel an Selbständigkeit und Energie der auswärtigen Politik 298. — Der preußische König ist thatsächlich Ministerpräsident *209. — Vgl. Preußen.
Kopenhagen 159. 219. 220. *286.
Kopf und Kragen, mit 140.
Korb (= Ablehnung) 208.
Kornack 69.
Kosaken. Popularität der K. in Berlin 302. — Die kosakische Richtung *257.
koscher 199.
Kossuth, Ludwig, ungarischer Dictator 126. — K.sche Episode *262.
Kräfte, rohe. Das Eingreifen roher K. kann auch den Zwecken schädlich werden, die dadurch erreicht werden sollen 60.
Krakau. Streit um K. 299.
Krätzig, preußischer Geheimer Rath *155. 156. 157.
Krause, Deichschulze in Neuermark 39.
Kreidestrich. Ein Huhn durch einen K. fesseln 264.
Kreis- und Gemeinde-Ordnung. Unterredung Bismarck's mit dem Prinzen Wilhelm über die K.* 308.
Kreislauf, geschichtlicher *80.
Kreisrichter *18.
Kreml 258.
Kreuzzeitung 152. 153. 154. 155. 156. 274. 330. *39. 43. 174. 180. 183. 194. 213. 313. — Schonungslose Kritik des Krönungsmanifestes Wilhelm's I. in der K. 274. — Haltung der K. in der Frage der Restauration 152 f. — Manteuffel's Haß gegen die K. 153. 154. 155. — Gegnerschaft der K. gegen Bismarck *174. 180. — Kreuzzeitungslügen, Giftmischereien der K. *183.
Krieg. Ungerechte Kriege sind kein der Familie Bonaparte eigenthümliches Attribut 201 f. — Der K. als Mittel zur Ueberwindung innerer Schwierigkeiten *83. — Zweck des K.s ist die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen *118. — Jeder K.

muß der Opfer werth sein, die er fordert *296. — Präventivkriege. Abneigung Bismarck's gegen P. *114. 202 f. 205. 258.
Kriegsrath oder Generalsvortrag? *53.
Kriegstreiberei von 1875 s. Frankreich, Gortschakow.
Kriegstrompete 92. 122.
Krimkrieg 116 ff. 143. 263. 264. 303. 304. 309. *72. 74. 92. 278. 293. 294. 298.
Kritik, öffentliche, der Regierung in Parlament und Presse ist nothwendig 33.
Kronprinz. Staatsrechtliche Stellung des K.en 354 ff. — Kronprinzliche Kritik 296. — „Es ist nicht rathsam, den K.en zum Märtyrer zu machen" 347.
Krönung Wilhelm's I. in Königsberg 271 f. 274. 275.
Kryptorepublikaner *337. Vgl. Partei, freisinnige.
Kuhfuß (Flinte) 42.
Kühne, Abgeordneter 271.
Kullmann'sches Attentat (13. Juli 1874) 385.
Kulm, Schlacht bei (29. u. 30. August 1813) 257. — Kulmer Kreuz 257.
Külz. Bismarck als Patron von K. c/a Bismarck als stellvertretenden Landrath 35.
Kundgebungen, populäre 80. — K. der öffentl. Meinung der Gebildeten in Presse und Parlament 316.
Kunkellehen 245.
Kurfürstendamm. Bismarck's Verdienst um Erhaltung des K.es *234.
Küstrin 347.
Kutusoff, Graf, russischer Militärbevollmächtigter *127. 130. 131.

L.

Ladenberg, Adelbert v., preußischer Cultusminister 116.
Lagny *134.
L'Allemagne c'est moi 123.
La Marmora, Alfonso Ferrero Marchese di, italienischer General und Staatsmann 232.
Lambert, Graf, russischer General 335.
Landadel, preußischer. Geringe Befähigung des preußischen L.s zum diplomatischen Beruf 21. 22 f.
Landesgrenze als Scheidelinie der Interessen zwischen nahen dynastischen Verwandten 359.
Landesvertheidigungscommission. Widerspruch der L. gegen den Nord-Ostsee-Canal *47 f. 49.
Landesvertretung, ständische oder berufsgenossenschaftliche, als Controlle der monarchischen Gewalt 34.
Landkarten und Eroberer 182.
Landrath, preußischer, sonst und jetzt 28 ff. *207. — Januskopf des p.n L.s 28. — Bureaukratisirung des Landrathspostens *207.
Landshut 319.
Landtag, der, als Organ der öffentlichen Kritik der Regierungsmaßnahmen 33. 34. — Erster Vereinigter L. 33. 35 f. — Zweiter Vereinigter L. 49 f.
Landwirthschaft. Der Verfall der L. ist eine der größten Gefahren für unsern staatlichen Bestand 34.
Lappalien 151. 269. 287.
Lasker, Eduard 399. *176.
latitudinarian (Freidenker) *339.
Lauenburg *34. 39.
Launay, Graf, italienischer Botschafter in Berlin *164. 165.
Lebbin, preußischer Geheimer Rath *179.
Lebensmittel für die Pariser (1870/71) *134. 139.
Lecoq, preußischer Geheimer Rath 116. 151.
Ledochowski, Mieczyslav, Graf, Cardinal, Erzbischof von Posen und Gnesen *150. 151.
Legenden *213.
Legislaturperiode. Verlängerung der L. *305.
Legitimität — eine täuschende Zauberformel 178.
Legnano, Schlacht bei (29. Mai 1176) 323.

Lehrbach, Graf, österreichischer Minister 196. 206. 298.
Leipzig *59. — Schlacht bei L. (16. bis 19. October 1813) 150. *111.
Leitseil (bildl.) 285.
Leo XIII., Papst 400.
Leonhardt, Gerhard Adolf Wilhelm, preußischer Justizminister *180. 232.
Leonidas 183.
Leopold, Großherzog von Baden 320.
Leopold I, König der Belgier *319.
Leopold, Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen *99. 100. 103. 112.
Leporello 116.
Lerchenfeld, Graf, bairischer Gesandter in Berlin 82. 83.
„Lerchenfresser" s. Albrecht von Alvensleben-Erxleben.
L'Etat c'est moi 123.
Leuchtenberg, Prinzessin (Maria Maximilianowna) 251.
levées en masse *124.
Levinstein, Bankier 156. 238. 239. 240. 241. — Schreiben L.s an Bismarck (23. März 1859) 238 f.
l'excès du mal en devient le remède *222.
l'heureux soldat héritier de la révolution 204.
liberal im Sinne von unzufrieden mit der Regierung und der Bureaukratie 35. — Liberale Dummheiten 250.
Liberalismus. Rheinisch-französischer L. 36. — Nationaler L. 86. — Gothaisirender L. 131. — Parlamentarischer L. 368. — Deutsche Fürsten unter dem Drucke des L. *26 f.
Lichnowski, Fürst Felix 21. 49.
Liebe oder Haß gegen Fremde. Dem eignen Gefühle von L. und H. gegen Fremde die Interessen des Vaterlandes unterzuordnen, dazu hat selbst der König nicht das Recht 180. Vgl. Abneigung, Sympathien.
„Liebeken, das is sehr schöne" 120.
Linz *272.
Lippe-Weißenfeld, Leopold Graf zur, preuß. Justizminister 331.
Lisaine, Schlacht an der (15. bis 17. Januar 1871) *124.
Lissa 118.
Livadia *239. 266. 276.
locus minoris resistentiae (der Ort geringerer Widerstandsfähigkeit) 260.
Loë, Otto Freiherr v. *195.
Logik. Die geschichtliche L. ist noch genauer in ihren Revisionen als die Oberrechenkammer *246.
London 96. 124. 125. 133. 143. 278. 279. 280. 281. 289. 294. 305. 324. 338. 340. *20. 22. 76. 122. L.er Conferenz von 1864 *30. 45. — L.er Conferenz von 1870 305. *259. — L.er Protokoll 191. — L.er Vertrag (1852) *22.
Loucadou, v., preußischer Militärattaché in Petersburg *240.
Louis Philippe, König von Frankreich 175. 197. 212. 356. *75. 319.
love of approbation (Geneigtheit, die Meinung andrer zu billigen) 194.
Löwenstein-Wertheim, Fürst *153.
Lübeck 271.
Lucan. Citat aus Lucan, Pharsalia 1, 178. 197. 208. 305.
Lüchow 324.
Ludwig IV., der Baier, deutscher Kaiser *144.
Ludwig II., König von Baiern 380 ff. *143. 144. 145. 147. 266. 271 f.
Schreiben Ludwig's II. an Bismarck:
2. December 1870: 383.
31. Juli 1874: 385.
18. Juni 1876: 387 f.
16. Juli 1876: 389 f.
7. Juli 1877: 392.
31. August 1878: 396 f.
29. Juli 1879: 397.
18. August 1879: 401.
16. September 1879: *271 f.
1. September 1880: 401 f.
10. August 1881: 402 f.
27. August 1881: 403 f.
2. September 1883: 404 f.
27. September 1883: 405 f.

Schreiben Ludwig's II. an König Wilhelm (Decbr. 1870) *145. Anm. [1]).
Ludwig (Louis) XIV., König von Frankreich 34. 123. 201. 202. 210.
Ludwig (Louis) XV., König von Frankreich 201.
Ludwig (Louis) XVI., König von Frankreich 201. 202. 313.
Ludwig Wilhelm, Markgraf von Baden 320.
Ludwig, duc d'Enghien 212.
Lüge als Mittel im Parteikampf *182. — Officielle Lüge 204. — Lügengewebe *339.
Luisa Fernanda, Infantin *75.
Luitpold, Prinz von Baiern *146.
Lundenburg *54 Anm. *).
Lüneburg *92.
Luther, Martin *168.
Lutheraner. „Arme" oder Alt-Lutheraner *167.
Luxemburger Frage (1867) *73. 114. 205. 258.
Lyon 293.

M.

Machiavelli *189.
Macdonald 269.
Mache der Presse *28.
Mächte, unabhängige. Die politischen Beziehungen zwischen unabhängigen Mächten bilden sich in ununterbrochenem Flusse *163 f.
Madrid *99. 109.
Magdeburg 43. *25. 54.
Magyar. Geringschätzung des vollblütigen M. gegen die Deutschen *284.
Mahomet 212.
Maigesetze *157. 159 ff. 161 ff.
Mainlinie *61.
„Maintenant la paix est assurée" *201. 260.
Mainz 394. *53. Mainzer Untersuchungscommission 362. *111.
Majorität. Anonyme Majoritäten 31. — Majoritätsbeschlüsse 312. — Bei Majoritätsvoten treten Arithmetik und Zufall an die Stelle logischer Begründung 31. — Majoritätsministerium *209. — Constitutionelle Majoritätsminister 68.
Makoff, russischer Minister *267.
mal. L'excès du mal en devient le remède *222.
Mallinckrodt, Hermann v. *153.
Malmö. Waffenstillstand von M. (26. August 1848) 363.
Maltzahn, Helmuth Freiherr v., deutscher Staatssecretär *237.
Manché, Hofrath 241 Anm. *).
Mannestreue, dynastische 322.
Manöverkritik 315.
Manteuffel, Edwin Freiherr v., nachmals preußischer Generalfeldmarschall 47. 62. 148. 220. 222. 234. 267. 273. 309. *74. 180. 194. 220.
Manteuffel, Otto Freiherr v., preußischer Ministerpräsident 34. 69. 70. 86. 96. 97. 98. 106. 107. 110. 113. 114. 115. 116. 117. 121. 123. 127. 128. 129. 130. 133. 136. 138. 141. 142. 144. 145. 149. 150. 151. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 166. 167. 171. 191. 210. 215. 216. 223 f. 226. 239. 240. 241. 305. 308. 309. 326. *119. 293. — Antimanteuffel'sche Elemente 114. — M. als doppelter Novembermann 116. — M.s Inconsequenz 153. — M.s Undankbarkeit 157. — M.s Vorliebe für Oesterreich 129 f. 149 f. — M.s Abneigung gegen den Bruch mit Oesterreich 116. — M.sche Zeit 277.
Briefe Manteuffel's an Bismarck:
11. Juli 1851: 98. 151 f. 158.
20. April 1852: 160 f.
5. Mai 1854: 117 f.
20. Juli 1858: 223.
12. October 1858: 223 f.
Manteuffel. Frau v. M. 223.
Manteuffel, Otto Karl Gottlob, Sohn des Ministerpräsidenten 223.
Manteuffel, Karl Freiherr v., preußischer Unterstaatssecretär 153. 154.
Manteuffels, die 197.
Marburg 261.

Marchfeld *60.
Marginale des Königs unter einer Nikolsburger Denkschrift Bismarck's *67. 68.
Maria Alexandrowna, Kaiserin von Rußland (Gemahlin Alexander's II.) *128. 246.
Maria Maximilianowna, Prinzessin Romanowsky, Herzogin von Leuchtenberg 251.
Maria Paulowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar 143.
Marie, Königin von Baiern (Gemahlin Maximilian's II.) 380.
Marie, Königin von Hannover (Gemahlin Georg's V.) 109. *126.
Marienbad 220.
Marine. Gesetzentwurf, betr. eine Anleihe für den außerordentlichen Geldbedarf für die M. *35.
Marpingen 147.
Mars la Tour (16. August 1870) 148. *124.
Märzereignisse, Berliner 38 ff. — Märzhelden 46. — Märzsieg 61. — Märztage 47. 83. 89.
Masella, päpstlicher Nuntius 393. 394.
Massen. Empfänglichkeit der M. für die Evangelien der Redner und Schriftsteller 80. — Schwere M. können sich nur mit Vorsicht bewegen *79. — Die M. lassen sich gern von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer einfangen *79. — M. unterliegen schließlich auch dem Ordnungsbedürfniß *80.
Massenbach, Christian, preußischer Oberst 196.
„maßgebend" 86.
Maßregeln, halbe, sind schädlich, wo es sich um Parteinahme oder ihre Androhung handelt 300.
materia peccans 190.
mauvais coucheur 360.
Maximilian II., König von Baiern 183. 380.
Mazzini, Giuseppe 228.
Mecklenburg-Schwerin. Haltung der mecklenburgischen Truppen im Jahre 1848 49 79.
Meier, preußischer Kammergerichtsrath 42.
Meiningen *57.
Meinung, öffentliche 80. 316. 366. *20. 26. 28 (Urtheilslosigkeit der ö. M. in Deutschland). *137 (in England). 151 (ö. M. der Gebildeten in Italien, vgl. *73 f.). — Oe. M. in Rußland *281. — Oe. M. gleichbedeutend mit „Lärm der Redner und der Zeitungen" *29. — Vgl. Dummheit, öffentliche.
„Mekka der Civilisation" *137.
Memel-Tilsiter Eisenbahn 234.
Memoire. Ein angebliches russisches M. aus dem Kreise der Wochenblattspartei 132 f.
Mémorial diplomatique *313.
Mencken, Anastasius Ludwig, Cabinetsrath 32.
Menschenverstand, gesunder 29. 67. 339. *87. 310 (common sense).
Mensdorff-Pouilly, Alexander Graf v., österreichischer Staatsmann 377.
Mensur. Diplomatie auf der M. führen 361.
mention honorable 73. *292.
Mentor (im Sinne von Berather) 39.
Mentschikow, Alexander Sergewitsch Fürst, russischer Admiral und Staatsmann 244. 248. *245.
Mertens, preußischer Oberst *54 Anm. *).
Metternich, Clemens Wenzel Fürst v., österreichischer Staatskanzler 78. 300. 304. 379. — M.sche Periode 379. — M.sche Zeit *290.
Metternich, Richard Clemens Fürst v., österreichischer Diplomat 284. 341.
Metz 148. — Capitulation von M. (27. October 1870) *122. — Metzer Eisenbahn 146.
Meviſſen 36.
Meyendorff, Peter Freiherr v., russischer Gesandter in Wien 95.

127. 245. — M., Frau v., geb. Gräfin Buol 245.
Meyer, preußischer Legationsrath 349. 350.
Meyerinck, v., preußischer Generallieutenant 46.
Michail Feodorowitsch Romanow, Zar von Rußland 258.
„Mienchen", d. i. Wilhelmine v. Bismarck, geb. Mencken 33.
Mignon (Min. v. Schleinitz) 273.
Militärbevollmächtigter, preußischer, in Petersburg *240 f.
Militärconvention, russisch-preußische, s. Alvensleben'sche Convention.
Militärs. Verstimmung (Eifersucht) der M. gegen Bismarck *47 f. 50. 57. 94 f.
„Militär-Wochenblatt" 46 f.
Milutin, russischer Kriegsminister *257.
Minden *25. 41.
Minister, ministeriell. „Gehorsame" M. 130. — Abhängigkeit der M. von ihren Räthen *300. — M. katholischer Politik *157. — „Ministeriell" als Vorwurf 78. *187. — Ministerielles Fahrzeug 327. — Ministerielle Citadelle *156. — M. Machtvollkommenheit *303. — M. Staaten *301. — M. Ungeduld *303. — M. Wechselreiterei 276. — M.er Unsinn *302.
Ministerabsolutismus *235.
Ministeräußerlichkeiten 83.
Ministerfrauen. Ihr Einfluß oft fühlbar in der Politik 331.
Ministerialräthe. Einfluß sachkundiger M. auf die Entschließungen der in ihrem Ressort nicht heimischen Minister 326. 327. — Die Räthe des Cultusministeriums im Culturkampf *160. — M. und ihre Projecte *235.
Ministerium, „einsylbiges", in Oesterreich 105.
Ministerium „Gladstone" *162. 216. 225.
Ministerkrisis von 1862 266 ff. 275.
Ministerverantwortlichkeit im Verfassungsstaat 307.
Minnigerode, Wilhelm Freiherr v., Mitglied des preußischen Staatsrathes *304.
Minutoli, Freiherr v., Polizeipräsident von Berlin 47.
mise en demeure 375. — Mise en scène 265.
misère 268. 273. — Misère générale 289.
mission extraordinaire 106.
Mißgriffe, dynastische 250.
Mittelmeer, das — ein französischer See 217.
Mittelstaaten, deutsche — Preußens Feinde 182. — Producte der Revolution und des Bonapartismus 190. — Ihre Haltung gegen Preußen wird allein durch die Furcht bestimmt 207 f. — Deutsche M. auf dem Frankfurter Fürstentag 370.
Moabit 136.
Mobilmachung, preußische (1850) 87 f.
modus vivendi 366. *162. 163.
Moldau 120.
Möllendorf, Richard Joachim Heinrich v., preußischer Generalfeldmarschall 39. 43.
Möller, Eduard v., preußischer Regierungspräsident 268.
Moltke, Adolf v. *120.
Moltke, Hellmuth Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 23. *47 (als Gegner des Nord-Ostsee-Canals). 49. 51. 52. 53. 60. 106. 108. 109. 112. 113 (M. als Humorist). 116. 120. 138. 180. 201. 205.
Moltke, Marie v., geb. Burt, Gemahlin des Feldmarschalls *138 f.
Monarch, Monarchie. Der M. ist nicht allwissend und kann nicht für alle Zweige seiner Aufgabe gleiches Verständniß haben 33. — Der M. bedarf der öffentlichen Kritik 33. *80 f. — Ideal einer monarchischen Gewalt 34. — Die Monarchie auf dem Aussterbeetat, „nicht weil die Royalisten ausgehen werden, sondern die Könige" 173. — Die lebenskräftigen Monarchien haben

ein höheres Interesse als die Rivalität um den Einfluß auf die nationalen Fragmente, welche die Balkanhalbinsel bevölkern *256. — Monarchische Ungeduld *303.
monde. „Il y a quelqu'un qui a plus d'esprit que Monsieur de Talleyrand, c'est tout le monde" 310.
Monsieur décoré in Paris und Petersburg 101 f. 247 f.
Mont Avron. Beschießung des M. A. *135. 137 Anm.
Montenegro *297. 298.
Montpellier 293.
Montpensier, Herzog Antoine v. *75.
„moralische" Eroberungen 74. 96.
more solito *227.
Moritz s. Blanckenburg.
Moskau 257 ff. 404. — Moskauer Zeitung *128. — M. „Wedomosti" *129.
Motley, John Lothrop 97.
Motz, Friedrich Christian Adolf v., preußischer Staatsmann 23.
Moufang, Christoph 394.
Moussiren. Eine Frage zum M. bringen *20.
Moustier, Marquis, französischer Gesandter in Berlin 136. 150. 226.
Mühler, Heinrich v., preußischer Cultusminister 330. 331. *155. 156 f. 176.
Mühler, Adelheid v., Gemahlin des Ministers 330. 331. *155. 156.
Mulert, Prediger in Wussow *105.
multa nicht multum 29.
München 82. 123. 319. 380.
Münster-Ledenburg, Georg Herbert Graf zu, deutscher Botschafter in London *205. 249.
Münster-Meinhövel, Hugo Graf zu, Militärbevollmächtigter in Petersburg 122. 134. 148. 253. *241. 254.
Murat. Enkel der M. (Leopold, Erbprinz von Hohenzollern) *102.
mutatis mutandis *111.
Muth der Meinung 140.
Muttermilch 32.
Myslowitz 343.

N.

Nacktheit, kindliche *119.
Nancy *194.
„Nanu geht's los" 288.
Napoleon I., Louis, Kaiser der Franzosen 129. 177 f. 179. 196. 201. 202. 203. 204. 207. 210. 211. 212. 213. 216 f. 218. *256. 283. — „Sorte" Napoleon 120.
Napoleon III., Kaiser der Franzosen 126. 127. 176. 177. 178. 182. 183. 191. 192. 193. 195. 196. 198. 200. 202. 203. 204. 205. 210. 211. 212. 213. 216. 217. 218. 219. 238. 265. 278. 282. 283. 284. 285. 305. 338. 341. 342. *29. 42. 43. 51. 56. 65. 69. 71. 74. 75. 95. 99. 125. 195. 261. 313. — Gesellschaftliche Sitten am Hofe N.s III. 173 ff. — N. III. wünscht den Abschluß eines französisch-preußischen Bündnisses 176. — N. III. als génie du mal 177. — N. III. kein Feldherr 202. — Unterredung mit Bismarck (1857) 218 ff. — N. III. schlägt Bismarck eine „diplomatische Allianz" vor (26. Juni 1862) 283 f. — N. III. und der polnische Aufstand (1863) 340. 341. — N. III. intervenirt in dem preußisch-österreichischen Kriege (4. Juli 1866) *51. 56. 125. — N.s III. Enttäuschung über Preußens Erfolge *95. — N.ische Art *56. — N.ische Politik *62. 102. — N.ische Velleitäten *151. — N.ische Verstimmungen *73. — L'élu de sept millions 127. 196. 204.
Napoleon, Prinz (Plon-Plon) 193.
Napoleon, Louis, kaiserlicher Prinz 212.
Napoleonstag (15. August) 171.
Nassau. Haltung des Herzogthums N. im Jahre 1866 325. *57. — Annexion N.s *92.
Nathusius-Ludom, Philipp v. *180. 230.
Nationalgefühl. Schwäche des deutschen N.s 142 f. — Stärke des N.s bei nichtdeutschen Völkern 321 f.

Nationalitäten, deutsche, auf der Basis des dynastischen Familienbesitzes 321 f.
Nationalversammlung, Frankfurter, s. Frankfurter Parlament.
Nationalversammlung, preußische (1848) — das „Tagelöhnerparlament" 52. 53. 63. 64. 68. — Vertagung und Verlegung nach Brandenburg 71.
Naturam expellas furca, tamen usque recurret (Citat aus Horaz, Ep. 1, 10, 24: Treibe mit Knütteln hinaus die Natur, sie kehret doch wieder) 211.
Nauheim 261.
Navarino, Seeschlacht bei (20. October 1827) *297.
Nebelbilder *18.
Negative, impotente *37. — Negation der Opposition 296.
Neocäsarea, Erzbischof von 393.
Neokatholicismus *192.
Nervenkrisis *223.
Nesselrode, Karl Robert Graf v., russischer Reichskanzler 153. 209. 244.
Nesselrode, Maximilian Graf v., Oberhofmeister der Kaiserin Augusta 311. *230.
Netz der Vereinsdemokratie *20.
Neue Aera s. Aera, Neue.
Neuenburg (Neufchâtel). Aufstand der Neuschâteller Royalisten 34. 183. 191. 200. 211. 216.
Neuer Curs s. Curs, Neuer.
Neuermark 39.
Neues Palais 347.
Neutrale. Sorge Bismarck's vor der Einmischung der N.en in den Streit Deutschlands und Frankreichs *118. 120. 121. 122. 123. 124.
Neutralitätspolitik 197.
Nicola I., Fürst von Montenegro *297.
Nicolaus I., Kaiser von Rußland 60. 94. 104. 115. 132. 144. 153. 242. 243 (Mißtrauen des Kaisers gegen seine eignen Unterthanen). 244. 245. 248. 264. 339. 378. *131. 239. 274. 275. 283. 290.
Niebuhr, Marcus Carsten Nicolaus v., preußischer Geheimer Regierungsrath und Cabinetssecretär 65. 122. 123. 136. 148. 155. 157. 166. 309. — N.s Brief an Bismarck (22. August 1854) 124.
„Niemals" — als Wilhelm's I. Bescheid auf ein Entlassungsgesuch Bismarck's 230.
Nihilisten, kirchliche *154.
Nikolsburg 58. N.er Waffenstillstand 324. *32 Anm. 1). 50 ff. 51. 58. 60 ff. 74. 184. 303.
Nobiling'sches Attentat (2. Juni 1878) *214. 305.
noblesse oblige *317.
nolens volens 154.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" *225.
Norddeutscher Bund — die erste Etappe zu einem Gesammtdeutschland *71 ff.
Norderney 108. 109. *308.
Nord-Ostsee-Canal *25. 35. 45. 47 ff.
Normann, v. *216.
Nothomb, Jean Baptiste, belgischer Staatsmann *194. 195.
Nothröhren 227.
„Nous étonnerons l'Europe par notre ingratitude" (Ausspruch des Fürsten v. Schwarzenberg) 378.
novarum rerum cupidi 80. *79.
Novembermann (Otto v. Manteuffel) 116.
nudités diplomatiques 101.
Nuntius, päpstlicher, in Berlin — der katholischen Abtheilung vorzuziehen *155. 156.
Nürnberg *58. 66.
Nymphenburg 380.

O.

Oberhaus. Ein O. darf nicht in der Einschätzung der öffentlichen Meinung ein Organ der Regierungspolitik oder selbst der königlichen Politik werden 164 f.
Oberrechenkammer *246.
Oberschlesien 118. 120.
obiter 84. *74.

Obolenski, Fürst 257. 258. — Schreiben des Fürsten O. an Bismarck (Juni 1859) 258.
Obrutschew *129.
occulte Einflüsse *23. — O. Gegnerschaft 145.
öffentliche Meinung s. Meinung, öffentliche.
Oeffentlichkeit, europäische *113.
Offizier, preußischer. Wilhelm I. als idealer Typus des preußischen O.s 314. — Preußisches Offiziersmaterial 23.
Ohm und Hantge 125 Anm. *).
Ohrenbläser 307. *143.
Ohrfeige, französische *107.
Oldenburg 139. — Nichtachtung der oldenburgischen Souveränität im Jahre 1864 89 f.
Ollivier, Emile, französischer Minister *105.
Olmütz (Demüthigung Preußens unter Oesterreich im Jahr 1850) 81. 95. 113. 115. 242. 243. 263. 264. 303. 317. 363. 364. *26. 27. 86. 106. 256. 284. — O.er Verhandlungen 81. — O. in der Erinnerung des Prinzen von Preußen 113. 115. — O.er Convention 264. 363. — Tage von O. 242. — O.er Demüthigung 303. *106. — O.er Ergebnisse 317. — O.er Zeit 85. 364. — Politik O. 115. — Ein neues O. *26.
Olympische Hoheit 352.
Omelette, nationale *78.
on milü — on wonjaet (er ist lieb — er stinkt) 251.
Oppert aus Blowitz, Correspondent der Times *247.
opportunistisch *284.
optimistische Conjuncturen *134.
Oratores Caesareae Majestatis (Gesandte des Kaisers) auf dem Vaticanischen Concil *192.
oratorische Bethätigung 96.
Ordenscascade 101.
Ordenswesen. Bismarck's erste Studien und Anschauungen über das O. 99 f. — Vgl. Monsieur décoré.
Orient, orientalische Frage. Divergirende Interessen Oesterreichs und Rußlands im O. *86. — Die o. F. berührt Deutschland wenig 387. 388 f. *294.
Orientalische Commissionen. Verhandlungen der O.n C. *245. 268.
Oriola, Graf 23. 47.
Orleans, Kämpfe vor (1870) *133.
Orlow, Fürst Alexei, Präsident des russischen Reichsraths und des Ministerraths 244.
Orlow, Fürst Nicolai Alexejewitsch, russischer Diplomat *250.
orthodox *308.
Orthographie, Puttkamer'sche *161.
Oertzen-Leppin, v., mecklenburgischer Bundestagsgesandter 317. 361.
Oscar I., König von Schweden 210.
Ostende *307.
Oesterreich. Oe. und Preußen (Deutschland): Preußens Mobilmachung gegen Oe. (1850) 87 f. Oe. und Preußen als gleichberechtigte Schutzmächte Deutschlands 93. Oe. und Preußen in russischer Einschätzung (1850) 95. Haltung Oe.s gegen Preußen zur Zeit der Pariser Friedensverhandlungen 1856 138. Die Königin Elisabeth und der Minister Manteuffel als Vertreter des österreichischen Interesses am preußischen Hofe 145. Oe. als Gegner Preußens in der Neuenburger Frage 183 f. Abneigung Oe.s, sich in der deutschen Frage mit Preußen zu verständigen 263 f. Oe. und Preußen in freundlichem Dualismus 361 ff. Oe.s Glaube an seine militärische Ueberlegenheit über Preußen 264. 366, vgl. *110. Oe. spielt mit seinen deutschen Sympathien nur Komödie *19. Oe.s Revanchebedürfniß gegen Preußen nach 1866 *72 f. Oe.s Haltung im Jahre 1870 *124. Oe.s Streben, in den deutschen Zollverein einzutreten 105 f. Schwierigkeiten einer Zolleinigung zwischen Deutschland und Oe 105 f. 376 ff. Oesterreichisch-Frankfurter-Augustenburger Programm *229. Oe.s

Bündniß mit Deutschland (1879) s. deutsch-österreichisches Bündniß, Dreibund. — Oe. und Polen: Stellung Oe.s zur polnischen Frage 339. Oe.s Haltung beim Polenaufstand (1863) 340 f. Polnische Seite der österreichischen Politik *263. Vgl. Polen. — Oe. und Rußland: Oe. und Rußland auf der Balkanhalbinsel 388. Oe.s Beziehungen zu R. *84 f. — Oe. und die Türkei *291 f. Wie Oe. Bosnien und die Herzegowina gewann *243. — Oe. in seinen europäischen Beziehungen: Oesterreichisch-preußisches Bündniß (20. April 1854) 117. 120. Oe.s Allianz mit den Westmächten (2. December 1854) 120. Abneigung Napoleon's III., sich mit Oe. zu verbünden 283 f. Möglichkeit und Gefahren eines österreichisch-französischen Bündnisses auf katholisirender Grundlage *196 f. 283. 284 f. Möglichkeit einer österreichisch-russisch-französischen Coalition gegen Deutschland *292. Die geheime Allianz Oe.s mit England (1857) 192. — Nothwendigkeit einer starken österreichischen Monarchie *64 f. Oe.-Ungarn als unabhängige Großmacht zu erhalten, ist für Deutschland ein Bedürfniß des Gleichgewichts in Europa *281. — Oesterreichisch-Schlesien in den Nikolsburger Vorberathungen *59. — Die Zukunft Oe.s *282 f. — Inneres: Verfall der österreichischen Heereseinrichtungen vor 1830 304. Parlamentarische Excesse des deutschen Elements in Oe. *97. Das germanische Gefühl der Deutsch-Oesterreicher gekräftigt durch den slavischen Keil *274. Wie kann Oe. eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen? *281. — Allgemeines: Oe.s Politik eine Politik der Furcht 126. Oe.s Perfidie und Unzuverlässigkeit 181 f. Oe.s Unverschämtheit im Lügen 183. Verletzung des Briefgeheimnisses in Oe. 254 f. Scrupellosigkeit der österreichischen Politik 284 f. Wandelbarkeit der österreichischen Freundschaft 378 f.
Oesterreichisch-Schlesien *57. 59. 65.
Ostfriesland *57.
Ostmächte. Die drei O. in ihren gegenseitigen Beziehungen *84 ff.
Ostpreußen — kein Gegenstand russischer Begehrlichkeit *289.
ôte-toi, que je m'y mette *174.
Oubril, Paul v., russischer Diplomat *243. 253. 254. 255.
Ovid. Citat aus O.s Metamorph. 1, 7 (rudis indigestaque moles) *297.

P.

Pactum de contrahendo (ein Vertrag über künftige Vereinbarungen) 375.
Pairie 160.
Palmerston, Henry John Temple, Viscount, englischer Staatsmann 131. 192. 195. 196. 203. 211. 213. 217. *75. 244.
Panslavismus *266. 282. — P. und Absolutismus im Kampfe gegen einander am russischen Hofe 343 f. — Panslavistische Bestrebungen 336. — Panslavistischer Chauvinismus *267. — Panslavistischer Einfluß *267.
Papstthum. Einfluß des Papstes in Deutschland *151. 153. — Das P. als Bundesgenosse Frankreichs und Oesterreichs gegenüber Preußen *75. — Vgl. Rom.
Pardubitz *42.
Paris 93. 101. 114. 124. 129. 130. 132. 137. 143. 171. 173 ff. 176. 182. 185. 216. 238. 240. 246. 265. 280. 284. 285. 286. 290. 291. 292. 293. 294. 305. 338. 340. 343. *17. 22. 23. 73. 99. 104. 105. 109. 112. Sitten der P.er Hofgesellschaft zur Zeit Napoleon's III. 173 ff. — Der P.er Hof nicht mehr die Schule der Höflichkeit und des guten Benehmens 175. — Der monsieur

décoré in den Straßen von P. 101 f. 246 f. — Zur Frage der Beschießung von P. im Jahre 1870: Roon für sofortigen Beginn der Beschießung *120 f. „Vor P. nichts Neues" *121. Lage der Deutschen vor P. *133. Mangel an schwerem Geschütz *134. Politische Absichten Englands bei der Verschleppung der Beschießung von P. *138. Weibliche Einflüsse im Hauptquartier vor P. *315. — P. „das Mekka der Civilisation" *137. — P.er Industrieausstellung (1855) 171. — P.er Conferenzen, Congresse und Friedensschlüsse: P.er Conferenzen (Congreß) von 1856 137 ff. 304. 305. *290. 292. 293. Bemühungen Preußens, zur Unterzeichnung des P.er Vertrags zugelassen zu werden 137 ff. 304. *293. — P.er Friede (30. März 1856) 120. 192. 337. *126. 259. — P.er Conferenz in der Neuenburger Streitfrage (1857) 216.

Parlament. Ein unabhängiges P. als Controlle der monarchischen Gewalt 33. — P. und Presse in Deutschland schwächer als die Dynastien 316. 324. — Parlamentarische Thätigkeit ist in Deutschland nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes 395. — Parlamentarischer Liberalismus 368. — Parlamentarische Vota als Deckung für Minister 308.

Parteien (Fractionen): Die „kleine aber mächtige P." 151. Jede Fraction betreibt ihre Politik, als ob sie allein da sei *186. P. und Fractionen sind weniger reichsfreundlich als die Dynastien 62. Die P. sind schuld an der Schädigung unsrer Zukunft *302. — Die P. scheiden sich weniger durch Programme und Prinzipien als durch die Personen *39. — Die doctrinären Mißgriffe der parlamentarischen Fractionen sind den Bestrebungen politisirender Frauen und Priester in der Regel günstig *97. — Parteiführer: Autorität der P. innerhalb der Fraction 163. — Parteihaß in Deutschland *38. — Parteikampf: Rohheit des P.es in Deutschland *181 ff. — Parteileidenschaft: P. mächtiger als der Gemeinsinn *36. Ausschreitungen der P. *38. — Parteipolitik: Vornirte und kleinstädtische P. *77. — Parteiwesen: Einwirkung des P.s auf das Gerechtigkeitsgefühl der Regierungsbeamten und der Richter 31. P. sonst und jetzt 77 f. Deutsches P. *39. — Politische Parteien: 1. Centrum (katholische Fraction): Das C. als Neubildung der früheren katholischen Fraction *153. „Fraction der beiden Reichensperger" *163. Ungehorsam des C.s gegen den Papst 393 f. Das jesuitische C. ist in Deutschland stärker als der Papst *151. Der Partei- und Fractionsgeist des C.s erweist sich stärker als der Papst *153. Die im C. vereinten Kräfte sind an sich staatsfeindlich 394. Die Führung des C.s ist keine unfähige, aber sie ist berechnet auf die Zerstörung des Deutschen Reichs mit evangelischem Kaiserthum *339. Anfang einer Mitarbeit des C.s an der Gesetzgebung des Deutschen Reichs in positivem Sinne 398. — 2. Conservative P.: Die „kleine aber mächtige P." 151. Opposition der c.n P. in der Frage der Umbildung der Ersten Kammer in's Herrenhaus 161 ff. Stellung der c.n P. gegenüber Bismarck zur Frankfurter Zeit 166 f. Bruch der c.n P. mit Bismarck *169 ff. Aeußerungen Roon's über die Nothwendigkeit einer Neubildung der c.n P. *171 ff. Opposition der c.n P. gegen das Schulaufsichtsgesetz *176. Die c. P. hat

ihre größte geographische Ausbreitung erreicht *209. Conservative und Liberale — Zufriedene (Satte) und Unzufriedene *187. — 3. Freiconservative *39. — 4. Elsässer (Franzosenfreunde aus dem Elsaß) *161. 337. 339. — 5. Fortschritts-P. (freisinnige P.) 394. Desertion der f.n P. in das ultramontane Lager während des Culturkampfes *161. Kryptorepublikaner *337. — 6. Gagern'sche P. des Frankfurter Parlaments 86. — 7. Nationalliberale P.: Trennung der n.n P. in eine monarchische und fortschrittliche Hälfte 399. Streben der n.n P. nach Ministersitzen *208 f. Haltung der n.n P. zu Bismarck nach dem Bruche mit den Conservativen *185 f. 213 f. Bismarck's Protest gegen die Behauptung, er habe die N.n an die Wand drücken wollen, „bis sie quietschten" *213. 215. — 8. Polen *337. 339. — 9. Secessionisten *162. — 10. Socialisten (Socialdemokraten) 394. 395. *162. 337. 339. — 11. Volksparteiler *339. — 12. Welfen 162. *339.

Particularismus, deutscher 318 ff. — Der d. P. ist entstanden in Auflehnung gegen gesammtdeutsches Gemeinwesen 322. — Preußischer P. 323. — Particularisten *339.

parti pris *177.

parvenu (Napoleon III.) 208.

pas gymnastique (Laufschritt) 247.

Passiva *238.

Pas trop mal à la veille d'une bataille (nicht zu übel am Vorabende einer Schlacht) *317.

Paßzwang. Aufhebung des P.es in Elsaß-Lothringen — ein Ausdruck der Kampfesscheu *236.

pater familias *147.

pater peccavi *338.

Patow, Erasmus Robert Freiherr v., preußischer Minister 273. 333.

Patriotismus. In einem Conflict des P. und der Freundschaft entscheidet der P. *24. — Deutscher P. 318.

Patze 269.

Paul I., Kaiser von Rußland 143.

Paulskirche 74. 94. *278. Vgl. Frankfurter Parlament.

Pauls-Palais 252.

Pedanterie, amtliche 229.

Pedro V., König von Portugal 199.

per aspera ad astra 226.

Pergler von Perglas, Freiherr v., bairischer Gesandter in Berlin *164. 165.

Periculum in mora. Dépêchez-vous 293.

Perponcher-Sedlnitzky, Wilhelm Graf v., preußischer Diplomat 23.

Perrot, preußischer Hauptmann *180. 181. 184.

Perrücke und Zopf als Symbole des Veralteten 28.

persona grata *99. 104. — P. ingrata 107.

personalissim 128.

Pestalozzi, Johann Heinrich 32.

Peter der Große, Kaiser von Rußland 132.

Peter, Großherzog von Oldenburg *126.

Peterhof 250.

Petersburg 22. 67. 94. 95. 97. 98. 101. 114. 121. 124. 128. 131. 132. 134. 145. 226. 227. 228. 237. 238. 242. 244 ff. 250. 252. 253. 254. 255. 259. 260. 261. 263. 276. 277. 281. 291. 303. 304. 335. 336. 338. 343. *17. 20. 74. 122. 123. 279. — Auffassung der deutschen Revolution in P. 94 f. — Bedeutung des preußischen Gesandschaftspostens in P. 228. Charakteristik der P.er Gesellschaft 244 ff. — Polonismus und Absolutismus im Kampf mit einander am P.er Hofe 335 ff. — Ordensdecorationen verbürgen in P. eine höfliche Behandlung 101 f. Der monsieur décoré in den Straßen von P. 247. — Ueberschwemmung von P. (1825) 253.

Peucker, Eduard v., preußischer General 99 f. — „Peuckern" (Berliner Jargon) 100.
Peyramont, Louis, Correspondent des „Soleil" *247.
Pfalz. Aufstand in der P. 81. 82. — Bismarck erklärt sich gegen eine Abtretung der P. an Baden *66. 93 f.
Pfaueninsel 40.
Pfeifen schneiden, so lange man im Rohre sitzt 159.
Pfeil im Köcher (bildl.) 141.
Pferd. Ein braves Pferd stürzt, aber versagt nicht (Ausspruch Roon's) 268. — Commando: „An die Pferde" 268.
Pfordten, Karl Heinrich Ludwig v. d., bairischer Staatsmann 139. 141. *20. 22. 59 („Typus des deutschen Professors") 68.
Pfretzschner, Adolf Freiherr v., bairischer Staatsmann 385. 391. 393.
Pfuel, Ernst v., preuß. General 84.
phäakische Regierungen 74.
Phantasie-Gebilde *20. — Ph.-Rüstungen *21.
Phantasmagorien, österreichische 264.
Phantasten am preußischen Hofe 33. — Politische P. 308. *140.
pharmacopolae, balatrones, hoc genus omne (Quacksalber, Schwätzer, allerlei Leute dieses Schlages. Citat aus Horaz, Sat. 1, 2, 1 f.) 108.
Philippe Egalité, Herzog von Orleans 201.
Phrase 296. 362. — P.n *20. 22. — Wohlgerundete P.n *130. — Die deutsche P. in der Wiener Hofburg 285. — Von der P. zur That 311. — Phrasenartikel der preußischen Verfassung *88. — Phrasenbedarf für Thronreden *319. — Importirte Phrasenschablone 36. — Phrasenschwindel 310.
Phraseologie der Parlamente 310. — Constitutionelle P. *319.
Pietismus. Gespräch Bismarck's mit Prinz Wilhelm von Preußen über P. *307 f.
Pilatus und Herodes 154. — Pilatusfrage 156. — Pilatuscharakter 167.
Pillnitz 220. — P.er Verhandlungen (1791) 300.
Pirogow, Nicolaus, russischer Chirurg 261.
Pitt, William, Graf von Chatham *75.
Pitt, William, der Jüngere *75.
Pius IX., Papst 147. *150 f. 195. 196.
Placet. Das P. der Praxis *298.
Plamannsche Schule 19. 32.
Platen-Hallermund, Adolf Graf v., hannöverscher Diplomat 71. 106. 107. *41.
Platirung, decorative *156.
platonisch (d. i. nicht zur That bereit) *241. 242. — P.es Wohlwollen 339. *75. — „Votre amitié est trop platonique" *246.
Plautus. Citat aus Pl., Pseudolus *68. 110.
plebs contribuens 30.
plectuntur Achivi (Horaz, Ep. 1, 2, 14) *267.
Plonplon (Prinz Napoleon) 193.
Plutarch. Citat aus Caes. c. II. *38.
Podbielski, Eugen Anton Theophil v., preußischer General *116.
Polen *25. — Polnischer Aufstand von 1831 301. — Polnischer Aufstand von 1863 303. 335 ff. *74. 82. — P. Bewegung 94. — Plan einer Herstellung P.s unter österreichischem Patronat 119. 126. Polnische Seite der österreichischen Politik *263. Haltung Oesterreichs im polnischen Aufstand (1863) 340. — Rivalität Oesterreichs und Preußens in P. 298. — Zunahme des polnischen Elements in Posen und Westpreußen *154. Haß der P. gegen die Deutschen 336. Die Wiederherstellung P.s eine Gefahr für Preußen 342 f. Polenfreundliche Strömung am russischen Hofe 335 ff. — Polnisch-russische und österreichisch-polnische Verbrüderungsbestre-

bungen 336 f. — P. in Galizien *280. — Entzündlichkeit der P., Herrschsucht des polnischen Adels *163. Vgl. Polonismus.
Polignac, Jules Auguste Fürst v., französischer Ministerpräsident 313.
Politik. Die P. muß mit vis major rechnen 80. — In der P. handelt keine Macht aus Gefälligkeit oder allgemeinem Rechtsgefühl 183. — Eine P. der Gefälligkeiten (gegen Oesterreich) ist unpraktisch 194 f. — Jede P. ist besser als eine schwankende *18. — Im Staate kann immer nur eine P. gemacht werden, die, über welche das Ministerium mit dem Könige einig ist *24. — Schüchterne P. *106. — Welche Aufgabe fällt dem verantwortlichen Leiter der P. während des Krieges zu? *118 f. — Die Richtung der P. eines Staates darf nicht durch ein confessionelles Ziel bestimmt sein *152. — In der P. hält jeder an seiner Meinung fest wie an einem Dogma *182. — Wesen einer guten P. (Ausspruch Leopold's v. Gerlach) 213. — Die Einheit der politischen Action ist auch in einer Regierung mit so einheitlicher und absoluter Spitze wie der russischen nicht gesichert *244. — Eine offne und ehrliche P. ist in den meisten Fällen erfolgreicher als die Feinspinnerei früherer Zeiten *282. — Eine prophylaktische P. muß alle Möglichkeiten erwägen *96. — Eine vorausseh ende P. muß alle Eventualitäten im Auge behalten *284. — P., europäische: Prinzipien der e.n P. zu verschiedenen Zeiten 188 f. — P., internationale — ein flüssiges Element *287. Vgl. völkerrechtliche P. — Kammern- und Preß-P. *20. — Minister katholischer P. *184. — P. der Interessen 189. — Prophylaktische P. *96. — P. des Undanks 302. 378, der für Pflicht gehaltenen Undankbarkeit *283. — Waffenmäßige Großmachtspolitik *20.
Politiker in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen *183.
Polonismus. P. am russischen Hofe 335. — Der P. und die öffentliche Meinung *28. — P. am preußischen Hofe *155 ff. Vgl. Polen.
Polskaja mat (polnische Mutter) *129.
Pommer-Esche, v., preußischer Staatsmann 21.
pompous, pompo, pomp, pom, po *127.
Popularität — als Mittel zur Lösung der deutschen Frage 377. — Phantom der P. *18.
Porte-coton (Abtrittsdiener) — ein bourbonisches Hofamt *321.
Porte-épée 314. 365. *318.
Portefeuille, Minister ohne 278. 287. 291. 292.
Posen (Stadt) 117.
Posen und Westpreußen — untrennbare Bestandtheile des preußischen Staates *263. 264.
post festum 301.
Potenz, geistige, der obern Zehntausend 80.
Potsdam 28. 31. 39. 41. 42. 43. 44. 45. 51. 56. 60. 62. 69. 103. 106. 111. 127. 153. 156. 162. 327. 328. — Königlicher Haushalt im Schlosse zu P. zur Zeit Friedrich Wilhelm's IV. 162 f. — Gasthof zum „Deutschen Hause" 39.
Pour faire un civet il faut un lièvre 173.
Pourtalès, Albert Graf v., preußischer Diplomat 113. 129. 135. 150. 160. *29.
Prag *81. 82. 89. Schl. bei P. (6. Mai 1757) 236.
Präsentirteller. Auf dem P. leben 173. — P. der Oeffentlichkeit *167.
„Präsidium" — ein abstracter Begriff *140.
Prätorius, Rath beim Berliner Stadtgericht 25 f.

Präventivkriege *114. 202 f. 205. 258.
Preßburg. Digression nach P. (1866) *55. 60. 65. 117.
Presse und Parlament als Organe der öffentlichen Meinung zur Kritik der Regierung 33 f. 80. *81. 89. — Macht der P. *28. — Emotionsbedürfniß der P. 80. — Preßagenten 365. — Preßbengel 270. — Preßsubventionen 365. — Preßverordnung (30. Juni 1863) 346.
Prestige 77. 299. 300. 306. *65. — P.-Politik *203.
Preußen. Die künstliche Neubildung des preußischen Staates 1815 318. Territoriale Zerrissenheit P.s vor 1866 *91. Bedeutung der Hohenzollern als Dynastie für den Zusammenhalt des preußischen Staates 320. — Die „Phrase" von dem deutschen Berufe P.s 74. — Stärke des preußischen Particularismus 323 f. — War P. vor 1866 eine Großmacht? 304 f. 318. *18. — P. als dupe der fremden Mächte 180. — Worin besteht die preußische Ehre? 92 f. — Preußische Einfachheit 96. — P.s wahre Interessen 181. — Eitelkeit des preußischen Volkes 185. 270. — Preußische Politik: Günstige Lage der preußischen Regierung 1848/49 angesichts der vorhandenen lebenskräftigen Militärmacht 79 f. 82. P. war 1848/49 noch nicht reif zur Uebernahme der Führung in Deutschland 76. Mißerfolge der p.n P. nach 1848 73 ff. Planlosigkeit der p.n P. 1848/50 89. — Grundirrthum der p.n P. 1819/50 96. P. P. zur Zeit des Krimkriegs 116 ff. 124. Passivität und Planlosigkeit der p.n P. zur Zeit Manteuffel's 185 f. 208. Fehler der p.n P.: liberal im Innern, conservativ im Ausland 269. Mangel an Selbständigkeit als Charakterzug der p.n P. 304. Versäumte Gelegenheiten 301 ff. — Rückblicke auf die frühere p. P.: Rückblick auf die p. P. von 1778/89 189 f. Planlosigkeit der p.n P. 1786/1806 298 f. P. P. von 1793/1805 209. P. P. im Jahre 1805 301. — P. und Oesterreich: P. und Oe. die gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands 92 f. P. und Oe. in russischer Einschätzung 95. Preußisch-österreichischer Vertrag vom 20. April 1854 117. 120. P. im Schlepptau Oe.s 117. 138 f. P.s Edelmuth gegen Oe. 185. Schwäche der preußischen Politik gegen Oe. seit Olmütz 263. Die Einigkeit P.s und Oe.s zur Zeit des dänischen Kriegs hält England in Schach 363 f. Das preußisch-österreichische Bündniß in der dänischen Frage 372. P.s Politik in der dänischen Frage *17 ff. — Geschichtliche Nothwendigkeit des Kriegs von 1866 61. 76. — P. und Rußland: P. hat keinen Grund zu einem Kriege gegen R. 135. Beziehungen zwischen R. und P. von 1813/63 301 ff. Dienste P.s für R. 301 f. P. als Vasall R.s 302. Alexander II. bietet P. ein Schutz- und Trutzbündniß an (1863) 303. 341. *82 ff. 220. Bedeutung guter Beziehungen P.s zu R. 336 ff. P. hat keine principiell divergirenden Interessen mit R. 339. — P. und der italienische Krieg (1859) 310. — P. und Frankreich: P. antichambrirt in Paris (1856) 137 ff. 304 f. Muß ein Preuße stets ein Gegner F.s sein? 180. P. muß gute Beziehungen mit F. unterhalten 183 ff. Gefahren einer Nachgiebigkeit P.s gegen F. (1870) für die Einschätzung P.s in Deutschland *109 ff. — Die preußisch-französische Allianz gegen Rußland (1812) 197. P. in einer Allianz mit F. und Rußland 206 f. — P. bedarf der Möglichkeit, Bündnisse zu schließen 181. — Die preußische

Regierung ist antipolnisch, nicht antikatholisch *152. Vgl. Polen. — In P. regiert der König, nicht die Minister 356. — „Das waren P., schwarz und weiß die Farben“ 57 f. — Eingeborene preußische Staatsmänner bedürfen der Versetzung wie die Bäume in den Baumschulen zu voller Wurzelbildung 23.
„Preußen im Bundestage“ 120.137.
Preußenthum 108.
„Preußisches Wochenblatt“ 113. 132. 154.
Priester. Macht des katholischen P.s über die untern Volksschichten *163. Der uralte Kampf zwischen P.n und Königen *162. — Politisirende P. *97. — Politiker im Priesterrock *183.
Prim, spanischer Marschall *102.
prime-sautier (einer, der seinen ersten Eingebungen folgt) 236.
prince impérial 212.
principaliter 128.
Prittwitz, Karl Ernst v., preußischer General 40. 43. 44. 45. 46. 47.
privatim 290.
Privatmensuren-Ehre *296.
Probirstein 200.
Proclamationen in den Tornistern österreichischer Soldaten (1866) 366. — Proclamation Friedrich Wilhelm's IV. „An meine lieben Berliner“ 47. — Kaiserproclamation in Versailles *149 f. — P. des Oberpräsidenten v. Bonin (1848) 44.
„Professoren, Kreisrichter und kleinstädtische Schwätzer“ *18. — Typus des deutschen Professors (Pfordten) *59.
Prokesch-Osten, Anton Graf v., österreichischer Diplomat 123. 129. *69.
Proletariat, gelehrtes 399.
Promenade militaire *243.
Promenade, militärische 92.
promiscue *229.
Pronunciamento 266. *183.
proprio motu *209.
„Protestantisch ist ja jeder dumme Junge“ *198. — Protestantischer Charakter der Kriege des Großen Kurfürsten und der drei schlesischen Kriege 190.
πρῶτον ψεῦδος (Grundirrthum) 306.
„Provincialcorrespondenz“ *217. 219.
Provincialfonds, hannöverscher *169 f.
„Pruski Fligeladjudant“ am Petersburger Hofe *240.
pruskomu *147.
Prusse. La P. cane (Preußen zieht sich feig zurück) *105. 110.
publici iuris *97. 279.
Publicistik 316. — Geschichtliche P. 249. — Publicistische Streber *39 f.
Pückler, Fürst 175.
Punctation, Berliner, vom 16. Januar 1864 *45.
Punkte. Die vier P. als Vorschläge der Westmächte gegenüber Rußland 140.
pure 152.
Putbus, Wilhelm Malte Fürst v. *97.
Putbus 124. 169. 170. 351. — Bismarck beim Könige Friedrich Wilhelm IV. in P. (1854) 169 f.
Puttkamer, Littegarde v., geb. v. Glasenapp 352 Anm. *).
Puttkamer, Robert Victor v., preußischer Staatsminister *160. 222.

Q.

Quadratfuß, letzter 138.
Quärulant, preußischer 139.
Quehl, Rino, preußischer Publicist 128. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159.
Querwirkungen 311.
Questenberg im Lager *62.
quietschen *215.
Quittung *224. 301.
Quixote, Don 54. 92.
quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit (was von Anfang an fehlerhaft ist, kann durch den Verlauf der Zeit nicht besser werden. Citat aus Corpus juris, Digesten „de

diversis regulis juris antiqui" [50, 17] fragm. 29) 199. 210.
Quos ego! (Citat aus Virgil, Aeneide 1, 135) *200.

R.

Räderwerk, staatliches 20.
Radetzky, Joseph Wenzel Graf v., österreichischer Feldmarschall *277.
Radowitz, Joseph Maria v., preußischer General und Staatsmann 64. 81. 83. 84. 87. 126. 155. 157. 186. — R. ein katholisirender Gegner Preußens 83. — R. der Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs Friedrich Wilhelm IV. 84. — R.sche Politik 209.
Radowitz, Joseph Maria v., deutscher Staatsmann *201.
Radziwill, Familie *154. 155.
Radziwill, Fürst Anton *155. 156.
Radziwill, Fürst Boguslav 42. *155. 156.
Radziwill, Fürst Ferdinand *156.
Radziwill, Fürst Wilhelm *156.
raisonnement 358.
Räthe, zünftige *303. Vgl. Ministerialräthe.
Rathenow 39.
Rathgeber, irreguläre 129. — Unzünftige R. *303.
Rathhaus. Man ist immer klüger, wenn man vom R.e kommt (sprichw.) 48. 63.
Ratten verlassen ein baufälliges Schiff 272.
Ratzeburg *35.
Räuberbande (Socialdemokraten) 395.
Rauch, v., preußischer General 65. 67 („der fleischgewordene Menschenverstand"). 309. *241. 253.
Raumer, Karl Otto v., preußischer Cultusminister 116. 156. 157. *235.
Reaction. Reactionäre Bestrebungen der conservativen Partei nach dem Siege von Königgrätz *82. 87 ff.
Realitäten. Die R. dürfen in der Politik nicht ignorirt werden 178. — Irrthümliche Schätzung der R. 366. — Gottgegebene R. *79.
realiter 377.
Realpolitiker 80.
rebus sic stantibus (wenn die Dinge so liegen; unter obwaltenden Verhältnissen) 185. *90. — R. s. s. als selbstverständliche Clausel bei Staatsverträgen *287.
Rechberg, Graf Johann Bernhard v., österreichischer Staatsmann 139. 255. 360. 361. 363. 371. 373. 375. 376. 377. 378. — Note R.s vom 18. Juni 1863 340.
Rechberg, Graf v., bairischer General *53.
Rechnung ohne Wirth (sprichw.) 288.
Recht der freien Meinungsäußerung 50. 51. — Europäisches R. wird durch europäische Tractate geschaffen *22. — Einführung des römischen R.s in die germanische Welt 201. — R. des Stärkeren 305. 321.
Rechtsboden 64. 65. — Königlicher R. 282.
Rechtsschutz — der Zweck des Deutschen Reichs 395.
Recke-Volmerstein, Graf Friedemir v. d. 146.
rectification. Une petite r. des frontières 217. — Petites rectifications des frontières *29.
rectius 351.
Reden und Handeln 311.
Redensarten von Humanität und Civilisation *132.
Redern, Graf Heinrich v. *200.
Redern, Graf Wilhelm v., Generalintendant 171.
Reform, wirthschaftliche und finanzielle, als Programm der verbündeten Regierungen 395. 398. 400.
Reformation. Die Auswüchse der R. als Ursprung der Revolution 201.
Regentschaft. Einsetzung der R. des Prinzen von Preußen 223 ff.
Regierung. Jede R. ist besser als

eine in sich zwiespältige und gelähmte 356.
Regierungen, phäakische 74.
Regierungscollegien, rheinische. Verfahren bei Bildung der rh.n R. 27.
Reglementirerei 29.
Reichenbach. Convention von R. (27. Juli 1790) 190. 299. 300. 301. 306. — Der diplomatische Triumph von R. 301.
Reichenberg. Das Hauptquartier in R. (1866) *50. 59.
Reichensperger, August und Peter *163.
Reichsabteien *38.
Reichsdörfer 319. 324. *38.
„Reichsglocke" 330. *179. 188. 189. 195. 213. 216. 224. 226. 230. 313. — Reichsglockenelemente *232. — Reichsglockenintrige *229. — Reichsglockenpartei *231. — Reichsglockenring *224.
Reichskanzler. Verantwortlichkeit des R.s *306.
Reichsminister. Zur Frage der Einführung von verantwortlichen R.n 390 f. 392. *208. 214.
Reichspostamt *237 f.
Reichsritter 324. *38.
Reichsschatzamt *236 f.
Reichsstädte 324. *38.
Reichstadt. Begegnung der Kaiser von Oesterreich und Rußland in R. (8. Juli 1876) 389. — R.er Convention (15. Januar 1877) *242 f. 261. 279. 284. 292.
Reichstag. Wie Friedrich Wilhelm IV. und Radowitz sich die Zusammensetzung des R.es dachten 81. — Der deutsche R. nicht der Träger der nationalen Gesinnung *338. — Die Auflösung des R.es im Jahre 1878 394 f. 395. *214. 216.
„Reichs- und Staatsanzeiger" in seinem amtlichen Theil *227 ff.
Reichsverfassung. Föderatives Prinzip der R. 381. 383. 384 f. 385. 392. 403. — Eine Betrachtung über die R. *335 ff.
Reinfeld 87 Anm. 3). 167. 268. 275. 292.
relation sûre. Il était de r. s. *319.
relief. Sich ein r. geben 208.
Religionskriege als Folge kirchlicher Meinungsverschiedenheiten *182.
Remagen 177.
Rendsburg *45.
republikanisch oder kosakisch *257.
rerum novarum cupidi 80. S. novarum r. c.
res judicata (eine durch richterlichen Spruch entschiedene Sache) 139.
Respect vor England 150.
Ressorts *234 ff. — Ressort-Eifersucht *50. — R.-Particularismus *301. — R.-Patriotismus 33. *238. — R.-Politik *57. — R.-Rivalität *116.
Restauration, preußische 151.
Reuß, Prinz, s. Heinrich VII.
Revolution. Der Kampf gegen die R. als Prinzip der europäischen Politik 190 f. 192. 198 ff. — Revolutionärer Charakter aller Regierungen seit Mitte des 18. Jahrhunderts 153. 198 f. — Napoleon nicht der einzige Repräsentant der R. 198. — Berliner R. von 1848 38 ff. — Die italienische, ungarische, polnische R. 379. — Revolutionäres Ferment 400. — R. Welle 59.
Rhein. Bismarck als Gegner der Canalisation des R.s *234.
Rheinbund. Rheinbündelei *92. — R.erinnerungen (R.-Reminiscenzen) *71. 104. 111. — R.gelüste süddeutscher Minister 371. — R.politik *111. — R.schwangere Mittelstaaten 104. — R.-Staaten 206 f. — R.-Kategorie *69. — R.s-Velleitäten *59. — R.-Zeit *92.
Rheingrenze, für Frankreich nicht erstrebenswerth ohne gleichzeitigen Erwerb von Luxemburg, Belgien und Holland 216 ff.
Rheinlande als Gegenstand französischer Begehrlichkeit *85.
Rheinprovinz *25.
Rheinufer, linkes 285.

Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer *79.
Richter, Eugen, deutscher Parlamentarier 399.
Richteramt. Der Sieger im Streite zweier Staaten hat des R.es nicht zu walten *65 f.
Richter unterliegen in kleinen und localen Gerichten leichter den Parteiströmungen als die Verwaltungsbeamten 31 f.
Rickert, Heinrich, deutscher Parlamentarier *162. 225.
Riemen aus der Haut schneiden 184.
„Rindvieh" — Gesammtbezeichnung Friedrich Wilhelm's IV. für seine Minister 84 Anm.
rite *174.
Rochow, Theodor Heinrich Rochus v., preußischer Diplomat 97. 98. 99.
Roggenbach, Franz Freiherr v., deutscher Staatsmann *93. 95. 226.
Rohrspatz. Wie ein R. raisonniren 186.
Rom 393. 394. *38. 279.
Rom = katholische Kirche 399. 400. 401. *163. — Roma locuta est (Rom hat gesprochen, d. h. die Sache ist durch päpstlichen Spruch entschieden) 86. *201. — Die römische Curie duldet keine Götter neben ihr *164. — Ein ewiger Friede mit der r. C. liegt außerhalb der Möglichkeit *163. — Was hoffte die r. C. vom deutsch-französischen Kriege? *195 f. — Die r. C. als Verbündete Frankreichs und Oesterreichs *277. Vgl. Frankreich, Papstthum.
Romantik, deutsche 302.
Römisches Reich deutscher Nation *265. 278.
Roon, Albrecht Theodor Emil Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 39. 230. 231. 266. 272. 275. 277. 279. 280. 285. 289. 291. 293. 294. 312. 329 (Charakteristik). 330. *53. 105. 107. 108. 113. 116. 120. 133. 135. 136. 137. 139. 166. 167. 170. 171. 173. 174. 179. 209. 224. 311. 318.
Briefe Roon's an Bismarck:
27. Juni 1861: 266 ff.
24. Juli 1861: 272 ff.
4. Juni 1862: 279 f.
31. August 1862: 288 ff.
19. Februar 1868: *171 ff.
23. Februar 1869: 230 f.
Brief Roon's an seinen Sohn Waldemar (25. Februar 1868) *173 f.
Roon, Waldemar Graf v. *173.
Roon, Anna, Frau v., geb. Rogge 271.
Roßbach, Schlacht bei (5. Nov. 1757) 150.
Rotzis bei Wusterhausen 31.
Rouher, Eugène, französischer Staatsmann *69.
Royalismus wird oft fern vom Hofe mehr gepflegt als am Hofe selbst 34.
Ruben 210.
Rudhart, v., bairischer Gesandter in Berlin 391. 392.
rudis indigestaque moles (eine rohe verworrene Masse, Citat aus Ovid, Metamorphosen 1, 7) *297.
ruiniren. „Es muß alles ruinirt werden" (vulg.) 77.
Rumänien *297.
Rummel. Sich im R. fügen 139.
Rußbach *55.
Russell, Lord John, englischer Staatsmann 215.
Russell, Lord Odo, englischer Staatsmann *127. 194. 205.
Russell, William, englischer Kriegscorrespondent *120.
Rußland. — R. und Preußen (Deutschland): Der Anspruch R.s auf die Dankbarkeit Preußens, erworben durch die Hilfeleistung von 1813, ist ausgeglichen durch die preußischen Gegenleistungen im Frieden von Adrianopel (1829) und in dem polnischen Aufstand von 1831 301 ff. Petersburger Auffassung der revolutionären Bewegung in Deutschland 94 f. Die natürlichen Beziehungen zwischen Preußen (Deutschland) und R.

135. 249 f. 406. *280. Alexander bietet Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß an (1863) 303. 341. *82 ff. 248. — Bündniß-Vorschlag Schuwalow's *252 f. 256. Unsicherheit eines Bündnisses mit R. *274. R.s Haltung nach 1866 *74. Seine Haltung im Jahre 1870 *126. Deutschland hilft R. bei der Aufhebung der Schwarzen-Meer-Clausel des Pariser Vertrags 249. R. auf dem Berliner Congreß *127 ff. 245 f. Anfrage R.s über die Haltung Deutschlands im Falle eines russisch-österreichischen Krieges *239. R. fordert von Deutschland die Wahl zwischen der russischen und österreichischen Freundschaft *268. — R. und England im Orient 388. — R. und Frankreich: Was bestimmte Napoleon III., zur Zerstörung der russischen Flotte im Schwarzen Meere zu helfen? 217. Die russisch-französische Allianz als Consequenz des Kampfes der Westmächte gegen R. 122. 306. 337. — R. und Oesterreich: Haß der russischen Gesellschaft gegen Oe. seit dem Krimkriege 257 f. *74. R. und Oesterreich auf der Balkanhalbinsel 388. — R. und Polen: Polonismus am russischen Hofe 335 ff. Russisch-polnische Verbrüderungsbestrebungen 336. 340. — R. und die Türkei: Russisch-türkischer Krieg (1806—1812) *297. Russisch-türkischer Krieg (1877 bis 1878) *243. R.s Befreiungspolitik auf der Balkanhalbinsel *297 ff. — Verschiedenes: Ausblick auf die zukünftige Politik R.s *288 ff. — R.s Rüstungen gegen „Europa" *267. 298 f. — Plan einer Zerstückelung R.s 131. *119. — R. — „gouvernement absolu tempéré par le régicide" *154. Gastlichkeit auf den Kaiserlichen Schlössern 250. Diebstähle am russischen Hofe 250 f. Ein Beispiel russischer Beharrlichkeit 252 f. Die Eröffnung der Briefe — ein monarchisches Recht 254. Gewaltthätigkeiten gegen unbequeme Beamte 256. Vernachlässigung der militärischen Einrichtungen seit 1830 303. Sehnsucht der gebildeten Russen nach einer constitutionellen Verfassung 335. Russische Presse *129. — R. eine rudis indigestaque moles *297.

Ruthenen *263. 264.

S.

Sachsen. Uebergang der S. in der Schlacht bei Leipzig *111. — Haltung der sächsischen Truppen gegenüber der Revolution 79. — Rücktritt S.s vom Dreikönigsbund (1849) 84. — Wilhelm I. wünscht die Annexion eines Theiles von S. *57. — S.s Integrität eine Forderung Oesterreichs *59. 61. — Der Friedensschluß mit Sachsen (1866) *97.

Sadowa *180.

Saldo (bildl.) 263.

Salomo 210.

salus publica suprema lex (Citat aus Cicero, de legibus 3, 3, 8) *181.

Salzburg *33. 34. 73. 272. 283. Zusammenkunft Napoleon's III. mit Franz Joseph in S. (18. bis 23. August 1867) *73. 261. 283.

Salzwedel 324.

Sammlertrieb, auf Orden gerichtet 101.

Samoa *296.

Sammer, Karl Friedrich Lucian *44. 45.

Sand des deutschen Bundes 183. — Auf dem „Sande der Mark Brandenburg" sind die confessionellen Kämpfe auszufechten *196.

Sand, Karl Ludwig (Mörder Kotzebue's) *111.

Sanssouci 62. 65. 67. 74. 105. 122. 125. 126. 142. 145. 147. 154. 155. 157. 209. 220. 222. Bismarck's Besuch beim König Fried-

rich Wilhelm IV. in S. 62 f. — Gegnerschaft der Höfe von S. und Coblenz 142 ff.
San Stefano. Friede von S. S. (3. März 1878) *128. 243.
Sarkasmus 34. *254.
Sarpi, Paolo *192.
Sassulitsch, Wera, russische Nihilistin 336.
Sattel. „Setzen wir Deutschland erst in den Sattel, reiten wird es schon können!“ *78.
Saturirte Staaten 300.
Saucken-Tarputschen, Ernst v. 36.
Saul'sche Eifersucht *320.
Savigny, Friedrich Karl v., Professor des römischen Rechts *130. 198.
Savigny, Friedrich Karl v., preußischer Diplomat 23. *97. 153. 198.
Schach. In S. halten *280. — Schachbrett, europäisches 184. 310. *64. — Schachspiel der Politik 179. — Schachzug 344. 369. *64. 76. 192; diplomatischer S. 360; politische Schachzüge 254; Schachzüge der Gegner *225. — Vgl. Stein.
Schack, v. 57.
„Schafe, reudige, und stänkrige Böcke“ 161.
Schaffranek, katholischer Priester *154 f.
Schamtheile, unfähige 288.
Scharnhorst, Gerhard Johann David v., preußischer General 196.
Schein und Sein. Nicht auf das „Erscheinen“ kommt es an, sondern auf das „Sein und Können“ 357.
Scheiterhaufen *198.
Schele von Schelenburg, Eduard Friedrich August v., hannöverscher Staatsmann 110.
Schenck von Flechtingen 100.
Scherff, v., niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und Limburg *68.
Scheu, weibliche, vor den Consequenzen der eignen Anschauungen 145 f.
Scheuklappen (bildl.) 33.
Schierstädt-Dahlen, v. 35.
Schildwache, russische 252 f.
Schiller 142. Citate: aus der Bürgschaft 196. 206; aus Don Carlos 353; aus Wallenstein's Tod (2, 2) 80.
Schipka-Paß 253.
Schlachtfeld. Eine auf dem S. gewonnene Errungenschaft ist von größerer Tragweite als eine auf dem Straßenpflaster erkämpfte 61. — S. parlamentarischer und publicistischer Kämpfe innerhalb Deutschlands *153.
Schlachtordnung, ministerielle 288.
Schlagworte, englische *124.
Schlammmeer des parlamentarischen Regimentes 268.
Schleinitz, Alexander Gustav Adolf Graf v., preußischer Staats-, nachmals Königl. Hausminister 23. 144. 236. 241. 263. 264. 265. 267. 272. 273. 275. 279. 281. 282. 309. 310. 366. *188. 216. 226. 227. 228. 229. 230. 255. 311. 312. 313. — S. — ein Geschöpf der Prinzessin Augusta 265. — S. als Gegenminister der Königin Augusta *312 f. — S.sche Camarilla *232. — Frau v. S. *313.
Schleinitz, Ferdinand v., braunschweigischer Minister 144.
Schlesien *25. — Oesterr.-Schl. *57. 59. 65. — Schlesische Kriege 190. *56.
Schleswig-Holstein. Abneigung angesehener Schleswig-Holsteiner gegen die Begründung eines neuen Kleinstaates 219. — Eröffnung der holsteinischen Frage 371. — Verhandlungen über die Zukunft der Herzogthümer in Schönbrunn 373 ff. — Differenz zwischen Bismarck und Goltz über die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage *17 ff. — Erreichbare Abstufungen in der Herzogthümerfrage *24 ff. — Plan einer Theilung der Verwaltung *32. — Preußens Bedingungen bei Gründung eines neuen Herzogthums *46. 47. — Stärke des dynastischen Gefühls in S.-H. 320.

Schlieffen, Albert Hermann Alexander Graf v., preußischer Geheimer Rath im Ministerium des Auswärtigen 228. 268. 269.
Schmeichler 307.
Schmerling, Anton Ritter v., österreichischer Staatsmann 375. 377. — S.sche Politik *19. — S.sches Ministerium 378.
Schmutz abbürsten, der anfliegt (bildl.) 181.
Schnäbele, französischer Grenzbeamter *288. 296.
Schneeglöckchen. Der russische Militärposten bei dem S. 252 f.
Schneider, Louis, preußischer Hofrath 332 Anm. [1]). *147.
Scholz, Adolf Heinrich Wilhelm v., preußischer Finanzminister *236.
Schönbrunn 220. 373.
Schönhausen 35. 38. 44. 52.
Schramm, Rudolf 60. 312.
Schrauberei (bildl.) 35.
Schreiberei, überflüssige, der modernen Bureaukratie 29.
Schüchternheit, preußische 364. — Schüchterne Politik *106.
Schule. Die Herrschaft über die S. gebührt dem Staate *160. — Das Schulaufsichtsgesetz und die conservative Opposition *176.
Schulenburg, Gräfin v. d., Gemahlin des Generals Peucker 100.
Schuß. „Keinen Sch. und wenig Groschen" *22.
Schutt historischer Kämpfe *274.
Schutz der deutschen Arbeit und Production 398. — Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll *226. — Schutzzollsystem 53.
„Schütze Se uns vor dem Fürste und sei' Jagdknechte!" *93.
Schuwalow, Graf Peter, russischer Staatsmann 244. *127. 224. 243. 244. 248. 251. 252 f. 256. 261. 267. — Brief S.s an Bismarck (25. Februar 1877) *251 f.
Schwark 269.
Schwartau 89.
„schwarz-roth-goldener" Gedankengang 64.
Schwarzenberg, Fürst Felix v., österreichischer Staatsmann 96. 115. 116. 205. 209. 211. 302. 317. 364. *283. — S.sche Anlagen in Gastein 368. — S.scher Ehrgeiz 205. — S.sche Politik 317. 362. — S.sche Undankbarkeit 378. *283. — Depesche Sch.s vom 7. Dec. 1850: 317.
Schwarzes Meer. Aufhebung der die Freiheit der russischen Schifffahrt auf dem Schw. M. beschränkenden Clausel des Pariser Friedens 305. *126. 259. — Aufgaben und Ziele der russischen Politik am Schw. M. *298 f.
Schwätzer 307. — Kleinstädtische S. *18. — S. und Schwindler *21.
Schweinitz, Hans Lothar v., deutscher Botschafter in Petersburg 406. *242.
Schweizer Radicalismus 196.
Schweninger, Ernst, Arzt *226.
Schwerin, Curt Christoph Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 236.
Schwerin, Maximilian Graf v., preußischer Minister 236. 237. 267. 269. 333. *311.
Sebastopol 134.
Secessionisten s. Parteien.
Sechsundsechziger Krieg 364.
Sedan, Schlacht bei (1. Sept. 1870) 148. *46. 99. 100. 180.
Sehnen durchschneiden (bildl.) *88.
Selbsteinschätzung *236.
Selbsterhaltungstrieb, staatlicher *96.
Selbstgefühl, unfruchtbares 299.
Selbstverwaltung. Mängel der S. 29 f. — S. bedeutet Verschärfung der Bureaukratie, Vermehrung der Beamten, ihrer Macht und ihrer Einmischung ins Privatleben 30. — Die „so genannte" S. 207 f.
Selchow, v., preußischer Landwirthschaftsminister 268. 328. 329.
Sendlinger Mord-Weihnacht *142 Anm. [1]).
Seniorenconvent, europäischer 364.
Sentimentalität, dynastische 311. 321.

Septennat *158.
Serben *297.
„servil" 78.
Servilismus, animoser 128.
Seydel, Oberbürgermeister von Berlin 328.
Seymour, Sir George Hamilton, englischer Diplomat *239.
Shakespeare 120. — Citate aus S.: aus Hamlet (V, 1) 378. (III, 1) *83. — Aus Coriolan (I, 1) 80. (III, 3) *339. — Aus König Lear (IV, 6) *318.
show of power (Schaustellung der Macht) 299.
Siebenjähriger Krieg 19. 363. *40. 56. 130. 197. 256. 262. 273. 283. 285. 289. 293.
Siebzigmillionenreich 362. *21.
Siegfeld (Pseudonym) *313.
Skierniewice *286.
Skobelew, russischer General *281. 288.
Slowaken 376.
Slowenen *280.
Socialdemokraten s. Partei. — Socialdemokratische Verrücktheiten *79.
Socialistengesetz *214. 325.
Société de Berlin *197 Anm. *).
Solidarität der Nothwehr 395.
Solms, Prinz Karl *41.
Sophie, Königin der Niederlande *68 f.
Sophie, Großherzogin von Baden 260. 261.
So und So. Ein Graf „So und So" 185. — „So kann man es auch machen" 27.
Souveränität, territoriale, der einzelnen Fürsten in Deutschland 324.
Spanien. Wahl Leopold's von Hohenzollern zum Throncandidaten für S. *98. Unempfindlichkeit des spanischen Ehrgefühls gegen die französischen Beleidigungen im Jahre 1870 *101. 103.
Spanische Heirathen *75.
Spanischer Erbfolgekrieg *72.
Sparsamkeit, falsche und übertriebene 96.
Speck. Verwendung des von den Parisern abgelehnten S.s zur Verpflegung der deutschen Truppen *134.
Speculation, verlogne, auf Liebhabereien des Königs 78.
Speier 20.
„Spenersche Zeitung" — Organ des Grafen H. Arnim *191.
Spesen (bildl.) *56.
Spichern *124.
Spiegelthal, preußischer Consul 110. 111.
spiritus rector 376.
splenetic (l. splenitive) and rash — Citat aus Hamlet V, 1: 378.
Sprache. Inferiorität der S. gegen den Gedanken 197 f.
Sprachrohr von Presse und Vereinen *20. — S. des Reichstags *113.
Spreekosaken 194.
Spuk 75.
Staat. Evangelischer S. und katholische Kirche *162 f. — St. und Schule *160. — Feindschaft gegen den St. bindet Centrum, Fortschritt und Socialisten 394 (vgl. *339).
Staatsanwalt. Einführung des St.s als defensor matrimonii in den Provinzen des allgemeinen Landrechts 26.
Staatsgeheimnisse. Die Veröffentlichung von St.n verstößt gegen die Staatsgesetze 357.
Staatsinteresse durch Ressortpatriotismus oft geschädigt 33.
Staatsmänner, tanzende. Abneigung des Königs Wilhelm I. gegen tanzende St. 102.
Staatsmaschine *157.
Staatsperrücke 28.
Staatspolitik (im Gegensatz zu Ressortpolitik) *57.
Staatsraison 347.
Staatsrath *300 ff. — Widerstand des St.s gegen das Ehegesetz 26. — Wiedereinberufung des St.s im Jahre 1884 *303 f.
Staatsrecht im Widerspruch mit den Realitäten des menschlichen Lebens *79.

Staatsschiff *293.
Staatssouveränität 324.
staatsstreicheln 288.
Staatswagen *80.
Stab brechen 209.
Stacheln der Kritik *81.
Städtebund. Versuch Forckenbeck's, die gesetzgebenden Gewalten des Reichs der Controlle eines deutschen Städtebundes zu unterwerfen 399.
Stahl, Friedrich Julius 167. 267.
Stammesunterschiede in Deutschland minder wirksam als dynastische Beziehungen 318 f.
Status (Stellung) 355. — Status quo (gegenwärtiger Zustand) *89. 160. — Status quo ante (früherer Zustand) 302. 393. — Status quo vor 1871 *162.
Stauffenberg, Franz August Freiherr Schenk v. *208. 210. 212.
„No. 109 Regiment S." *212.
Steigerwald 85.
Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom 23. 32. 318. *111.
Stein, preußischer Militärbevollmächtigter in Paris 280.
Stein im Schachbrett 179. *64.
Stellvertretungsgesetz *208.
Stendal 51. 88. *181.
Stephan, Heinrich v., deutscher Generalpostmeister *234. 237. 238.
Stettin 35. 43. 168. 261. 292. 348. 351.
Steuern, indirecte, zur Hebung der Reichseinnahmen 396.
Stieber 269.
Stier, gallischer *113.
Stillfried, Graf Rudolf, preußischer Oberceremonienmeister 226. 227. 311.
Stockhausen, v., preußischer Kriegsminister 81. 85. 87. 89. 90. 94. 95.
Stockmar, Christian Friedrich Freiherr v. 133. 350.
stökern im Ameisenhaufen *72.
Stolberg, Graf Anton 148.
Stolberg, Graf Eberhard *117.
Stolberg, Graf Otto *214. 224. 276.
Stolberg, Graf Theodor *309.
Stolpern über Zwirnsfäden 270.
Stolpmünde 268. 275.
Stolzenfels 136.
Stosch, Albrecht v., preußischer General und Staatsminister *97. 134. 162. 216. 225.
Strafford, Thomas Wentworth Graf v., englischer Staatsmann 313.
Stranzke, Schulze 87 Anm. 2).
Straßburg 20. 119. *87. 119.
Straßenkampf. In der Furcht vor dem St. liegt die Gefahr des Umsturzes 74.
Straßenpflaster s. Schlachtfeld.
Strategie. Wechselwirkung zwischen St. und Diplomatie *118 f.
Streber 308. 330. *39. — St. am Hofe 33. *293. — Höfische St. *143. — Mißgünstige und rivalisirende St. *337.
Streberthum, politisches 77. *174.
„strebsamer" Preuße 304. — Strebsame Redner *339.
Strom (bildl.). Den St. der Zeit aufhalten oder zurückdämmen zu wollen, wäre unsinnig und unmöglich 54. — Sich vom St. treiben lassen *19. — St., der die Schleusen bricht *104. — Strömungen *293. — Tägliche Strömung (bildl.) 80.
Strotha, v., preußischer General und Kriegsminister 70.
Strudel der Anarchie 203.
Stuart'sche Katastrophe 313 f. 350.
stultiziare. „Si totus mundus stultiziat" (wenn die ganze Welt verrückt geworden ist) 213.
Stuttgart 119.
Südbulgarien *128.
Süddeutsche Bündnisse *110. — S. Revolutionen 59.
„Süddeutsche Post" 349.
Sühneversuch. Ein S. beim Berliner Stadtgericht 25 f.
sui juris sein (nach eigenem Rechte über sich verfügen können) 141.
Sulzer, preußischer Unterstaatssecretär 232.
summus episcopus (oberster Bischof) *159.

Sünde wider den heiligen Geist *153. — S.n der Diplomatie *193. — Russische S. 302. — Preußisches Sündenregister 209.
Suworow, Fürst Alexander Arkadjewitsch, russischer General 244.
Sybel, Heinrich v. 85 Anm. [1]). 120. 133 Anm. [1]). 370 Anm. [1]). *43. 46.
Sydow, v., preußischer Gesandter am Bundestag *23.
Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen sind im auswärtigen Dienste eines Landes nicht zu rechtfertigen 179. 187 f. 194. — Geschichtliche S. 19. — Theoretische S. *75.
sympathizers (Anhänger) 318.

T.

Taaffe, Eduard Graf v., österreichischer Staatsmann 309.
Tabakscollegium *309.
Tabaksmonopol *212.
tabula rasa schaffen *177.
Tächen, Polizeiagent 136.
Tact, politischer *81.
Tagelöhnerparlament 63.
Talg in der russischen Hofrechnung 251 f.
Tallenay, Marquis de, französischer Gesandter am Bundestag 102.
Talleyrand-Périgord, Charles Maurice Herzog v., französischer Diplomat 178. 310. *259. — Ein neuer T. *259.
Tangermünder Deputirte in Schönhausen 38.
Tanzlust der Frankfurter Diplomatie 102. Gesundheitlicher Nutzen des Tanzens 101 f. Abneigung Wilhelm's I. gegen „tanzende" Staatsmänner 102.
Tauben, gebratene 186.
Tausenau, österreichischer Agent 125 Anm. *).
Taxis'sches Palais 181.
Tegernsee 105.
Tell 19.
Tempelhof, Rath beim Berliner Stadtgericht 25.
Templin bei Potsdam 107.
tempus utile 84.
Teplitz. Garantievertrag von T. (26. Juli 1860) 309.
Tergiversationen 365.
„Territion" 149.
Testament Friedrich Wilhelm's III. 264. — T. Peter's des Gr. 132.
Thadden-Trieglaff, v. 54.
Theatercoup (Kriegslegende von 1875) *199 ff.
Theoretische Energie der Deutschen 75.
„Thier", jenes, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn es ihm zu wohl wird 281.
Thiers, Adolphe, französischer Staatsmann *69. 121. 194. 195.
Thile, Redacteur der „Zeit" 153.
Thile, v., preußischer Staatssecretär 377. *226.
„Thor, dem ein weiblich Gewand die Knie umwallt" *137 Anm.
Thorn 301.
Thrombus 262.
Thronerben. Gefahren einer Opposition des T. 355. 356. — Auslassungen der Thronfolger haben an sich keinen amtlichen Charakter 359. — Thronfolgerkritik *29.
Thronrede vom 5. August 1866: Passus über die Indemnität *81. 90.
Thugut, Franz Maria Freiherr v., österreichischer Staatsmann 196. 206. 298. 310. *283. — T.-Lehrbach'sche Periode 298.
Thun, Graf Leo v., österreichischer Staatsmann 102.
Thüngen, Freiherr v. *226.
Thurn und Taxis. Verletzung des Briefgeheimnisses in der Post von T. 255. — Taxis'sches Palais 181.
Tiedemann, v., Geheimer Rath *217. 219. 220. 223. 227. 231. 232.
Tilsiter Friede (9. Juli 1807) 300. 318. *86. 108.
„Times". Indiscretionen der T. 348 f.
Timur 212.

Todte. „Die Todten reiten schnell" (Citat aus Bürger's Lenore) 274.
tolerari posse *203.
Tottleben, General 234.
Toulouse 291.
Tours *124.
tout le monde 310.
Tractate, europäische, können nicht mit dem Maßstab der Moral und Gerechtigkeit gemessen werden *22.
transalpiner Ehrgeiz *141.
Transport- und Correspondenz-Verkehr haben zu dem Staatszweck beizusteuern *238.
Traum. Ein T. des Kaisers Wilhelm und ein T. Bismarck's *221 f.
Treitschke, Heinrich v. *53.
Trentino *282.
triangularer Kampf 308.
Trias, monarchische 242. 243. — Deutsche T. 122. 370.
Triest *282.
Trinkgelder, wirthschaftliche. Durch Liebenswürdigkeiten und w. T. werden wir den Gefahren der Zukunft nicht vorbeugen *293.
Tripel- und Quadrupel-Allianzen *287.
trop plein *243.
Troupier, französischer *72.
Trumpf im Spiel (bildl.) 198.
Truppen. Haltung der bairischen T. gegenüber der Revolution 82 f. Disciplin der sächsischen, hessischen und mecklenburgischen T. 1849 79. — Preußische T.: Haltung der preußischen T. bei den Berliner Märzereignissen 45. Wer befahl den Abzug der T.? 47 ff. Verzettelung der p. T. 1849 81 f.
Tschesme. Seeschlacht bei T. (5./6. Juli 1770) *297.
Tschewkin, russischer Eisenbahngeneral 244.
Tugendpreis, idealer 309.
Tuilerien 277.
Turin 228. 229. 232. 233.
Türkei: Türkenkriege 189. Türkenkrieg von 1877 *243. — Die türkische Frage berührt keine kriegswürdigen deutschen Interessen 389. — Die Türkei hat mehr von Rußland als von Oesterreich und England zu erwarten *289.
Twesten, Karl 267 Anm. [1]). 269. *302.

U.

Uhr. Die innere U. richtig stellen *76.
ultra posse nemo obligatur (über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet) *278.
Ultramontanismus 126.
Undankbarkeit, flagrante, ist auch in der Politik unklug 302. — Schwarzenberg'sche U. 378.
une excellente chose *102.
Ungarn. Verschiedenheit des Verbrauchs zollpflichtiger Waaren in Ungarn-Galizien einerseits, dem Zollverein andererseits 105. — Unterwerfung U.s durch Nicolaus I. 242. — Die ungarische Revolution 378. — Unlenksamkeit des ungarischen Nationalgeistes 379. — Die Unterstützung der ungarischen Insurrection durch Bismarck im Jahre 1866 *53. 125 f. — Gefahren eines Feldzugs in U. *64. 65. — Das Selbstvertrauen des ungarischen Husaren und Advocaten ist in kritischen Momenten stärker als die politische Berechnung und die Selbstbeherrschung *262. — U. als Insel in dem weiten Meere slavischer Bevölkerungen ist auf Anlehnung an das deutsche Element in Oesterreich und Deutschland angewiesen *262. 284. — Ungarischer Chauvinismus *291. — Mißachtung des „Schwaben" durch den vollblütigen Magyar *284.
Ungehorsam. Quelle des „U.s" bei den Ministern unter Friedrich Wilhelm IV. 130. 160.
Union, die, nicht identisch mit deutscher Einheit 93. — Gesammtdeutsche U. 362. — U.s-Politik *20.
Unitarische Bestrebungen 1848 59 ff.

Unparteilichkeit der Richter nicht unbedingt 31.
Unreife, politische 270.
unterköthig 83.
Unterschrift. Die königliche U. als Deckung für bequeme Minister 34. 307. 309. *184. 301. 303.
Unterströmungen (bildl.) *286.
Untersuchung, betr. eine Verbindung zum Zweck der unnatürlichen Laster 24.
untoward events (unerwartete Ereignisse) *296.
Unverschämtheit, internationale *104.
Unzufriedene sind arbeitsamer und rühriger als Zufriedene *187.
Usedom, Karl Georg Ludwig Guido Graf v., preußischer Diplomat 129. 135. 150. 191. 227 ff. (Charakteristik). 232. 233. 235. — Usedomiade 233. Usedomiana 230.
Usedom, Gräfin Olympia v. 227 f.
utiliter (nützlich, zum Nutzen) 338.
Utopie 20. 132. 376. *119.

V.

Va banque *31.
vae victis (Citat aus Plautus, Pseudolus 5, 2, 11) *68. 110.
vanité sénile *202.
Varnbüler, Friedrich Gottlob Karl Freiherr v., württembergischer Staatsmann 367. *68. 69. 70. 93. 110.
Varzin 404. *105. 106. 239.
Vasallenfürst, indischer. Preußen in der Rolle eines indischen V.en 135.
Vasallentreue, kurbraunschweigische 322.
Vater (bildl.) 197. — „Väterliches" Regiment im absoluten Staate 28.
Vaterlandsliebe, deutsche, bedarf eines Fürsten, auf den ihre Anhänglichkeit sich concentrirt 319. 321.
Vaticanisches Concil *195. Das Vaticanum 104. 192.
vedette (Posten). Die Stellung en v. hat nur mit einer schlagfertigen Truppe hinter sich Berechtigung 300. — Toujours en v.! *287.
Velleitäten des Grafen Beust und des Königs von Italien *125 f. Napoleonische V. *151. — Antideutsche V. in Oesterreich *280. — Absolutistische V. 153.
Vendée. „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die V." 270.
Venedig. Bismarck in V. auf der Hochzeitsreise 37.
Venetien 284. *51.
Verantwortlichkeit. Mangel an Bereitwilligkeit zur Uebernahme der V. bei Diplomaten preußischer Herkunft vor 1848 23. — Die persönliche V. bildet die wesentliche Bürgschaft für die Gewissenhaftigkeit der Entscheidung 31. Eine wirkliche V. in der großen Politik kann nur ein einzelner leitender Minister, niemals ein anonymes Collegium leisten 307. — Wie ist die V. zwischen König und Minister zu theilen unter Friedrich Wilhelm IV.? 306 ff. — Schwere der V. *184.
Verbissenheit verkannter Selbstüberschätzung *232.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 199.
Vereinsdemokratie *20.
Verfassung, englische, als Muster einer constitutionellen V. gepriesen 350.
Verfassung, preußische. Die octroyirte V. 101. — Die drei Factoren der p.n V. 165. — Plan einer Revision der p.n V. nach dem Siege von 1866 *82. 87 f. — Die p. V. ist in ihrem Hauptprincip vernünftig *88 f. — Mit der p.n V. läßt sich regieren *89. — Artikel 15, 16, 18: *152. Art. 99: 165. 332. 333. 334. Art. 109: *212. Art. 118: *82.
Verfassung des Norddeutschen Bundes. Art. 68 ein Denkmal der Flüchtigkeit parlamentarischer Gesetzmacherei *302 f.
Verfassung des Deutschen Reichs. Art. 9: *336. Art. 11: *147.

Art. 15: *336. Art. 16: *336. Art. 74: 303.
Verfassungsfragen sind den Bedürfnissen des Landes und der politischen Lage unterzuordnen 222. *76 f.
Verfassungsmacherei 89.
„verfluchter Kerl" 228.
Vergeltungsprincip, das, keine vernünftige Basis der Politik *66. 93.
verjunkern 32.
„Verlasse dich auf Fürsten nicht ꝛc." 66.
Verleumdung als Mittel im Parteikampf *182. — V.s-Aera *213. V.s-Feldzug *180. 181.
verpariſert 176.
Verpflichtungen, gegenseitige. Vertragsmäßige Sicherstellung g.r V. ist eine Feindin ihrer Haltbarkeit *278.
verpuffen 299. *20.
Versailles 171. 173. 381. 382. 384. *116 ff. 119. 146. 194. Ein Souper im Königsschloß von V. 173 ff. — Bismarck in V. während des deutsch-französischen Krieges 116 ff.
Verstimmungen, persönliche, dürfen die Politik eines Staates nicht beeinflussen *286.
Versumpfung (bildl.) 362.
Verträge. Für geschriebene V. ist das Element des politischen Interesses ein unentbehrliches Unterfutter *279.
Verwaltung, preußische, vor 1848 27 f. P. V.s-Reform *206 f.
Verwaltungsbeamte sind Parteiströmungen weniger unterworfen als Richter 31.
Verwaltungshierarchie *207.
Verwandtschaften, fürstliche, in Fragen der internationalen Politik 364. Vgl. Dynastien.
Vestigia terrent (Citat aus Horaz, Ep. 1, 1, 74) *86.
vices 103.
victa causa 208.
Victor Emanuel, König von Italien *54. 124. 125. 151. 164 f. 258.
Victoria, Königin von Großbritannien 171. 173. 350. *83. 204. 205.
Victoria, princess royal, Kronprinzessin von Preußen, deutsche Kaiserin 172 f. 344. 345. 349. 350. 359. *28. 33. 225. 237. 238. 334.
Victrix causa diis placuit (sed) victa Catoni (die siegreiche Sache gefiel den Göttern, die besiegte dem Cato, Citat aus Lucans Pharsalia 1, 128) 197. 208. 305.
vid. = videlicet (nämlich) 156.
Viehseuchen 236.
Vilagos. Schlacht bei V. (13. August 1849) *284.
Villeneuve am Genfer See 109.
Vincke, Ernst Friedrich Georg Freiherr v. 36. 41. 55. 56. 68. 279. *171. — V. sucht Bismarck für den Plan zu gewinnen, den König Friedrich Wilhelm IV. zur Abdankung zu bewegen und eine Regentschaft der Prinzessin Augusta herzustellen 55 f.
Vincke-Olbendorf, Karl Friedrich Ludwig Freiherr v. 226. 332.
Vionville 148.
Virchow, Rudolf *161.
Virgil. Citat aus V. (Aeneide 1, 135) *200.
viribus unitis 210.
vis inertiae (Kraft der Trägheit, Beharrungsvermögen) 155.
vis major (zwingende, höhere Gewalt) 80. 322. *42. 318. — Force majeure *275.
vitale Interessen 379. 389.
Vitzthum von Eckstädt, Karl Friedrich Graf, sächsischer Staatsmann 69. *74.
Völkerrechtliche Politik und das Recht einer Nation, ungetheilt als solche zu leben, kann nicht nach privatrechtlichen Grundsätzen beurtheilt werden *91.
Volksparteiler s. Parteien.
Volkssouveränität 204. 211. 212.
Volksversammlung. „Er hat mir eine Rede gehalten, als ob ich eine V. wäre" 86.

Volkswirthschaftsrath *303.
„von" als Adelsprädicat für Bismarck ein Hinderniß im Verkehr mit Mitschülern und Lehrern 32. — „von" vor Bismarck's Namen in der Unterschrift 52.
Vorarbeiter der Revolution 399.
vormärzlich 317.
Vormundschaft. Gedanken eines sterbenden Preußen über V. 262.
Vorurtheilsfreiheit — oberstes Erforderniß für auswärtige Politiker 194.
Vorwürfe sind kein Mittel, einen umgestürzten Thron wiederaufzurichten 63.
Vrints, Frau v., geb. Gräfin Buol 245.
Vulkan im Westen (Frankreich) 391.

W.

Wagener, Hermann, Redacteur der Kreuzzeitung, nachmals Geheimer Regierungsrath 154. 155. 156.
Wagesystem *27.
Wahlcapitulationen 321.
Wahlrecht, allgemeines *78 ff.
Wahrheit. „Was ist W.?" 156. 167.
Walewski, Alexander Graf, französischer Staatsmann 174. 211. — Gräfin Walewska 174.
Wallachei 120.
Wallenstein *62.
Walz, Karl Friedrich, russischer Staatsrath 260. 261.
Wand. An die W. drücken, Ursprung der Redensart *213. 215.
Wannowski, Peter Semenowitsch, russischer General *129.
Warschau 93. 261. 337. 343. *119. — Zusammenkunft des Prinzregenten von Preußen mit dem Zaren Alexander II. in Warschau 261.
Wartburgfest (1817) *111.
Wartensleben-Karow, Graf Gustav 35. 38.
Wasser in den Wein gießen *75.
Wasserpolacken *154.
We are drifting into war (wir werden in den Krieg getrieben, Ausspruch Palmerston's) 217.
Wechsel acceptiren und honoriren (bildl.) 302. — Politische Wechsel *278. — Ministerielle W.-reiterei 276.
„Wedomosti", russische Zeitung *129.
Wehrmann, preußischer Geheimrath 229. 231. 233.
Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten legen dem Monarchen Scheuklappen an 33.
Weibliche Einflüsse vor Paris *132. 138 f. — W. Hofeinflüsse *157. — W. Scheu vor den Consequenzen der eignen Anschauungen 145 f.
Weichlichkeit, beifallsbedürftige *236.
Weimar 142. 143. *33. Die elyseischen Gefilde von W. 142.
Weißenburger Linien *119.
„weit her" — eine Empfehlung in den Augen der Deutschen 23. 142. *198.
Welfen. Anhänglichkeit der welfischen Partei an die Dynastie 322. *40. — Die welfischen Bestrebungen richten sich gegen Kaiser und Reich 322. Vgl. Parteien.
Welfenlegion (hannöversche L.) *95 f. 171.
Welle, revolutionäre 59.
Weltlicher Arm *152.
Werder, Bernhard Franz Wilhelm v., preußischer General und Militärbevollmächtigter, nachmals Gesandter in Petersburg *239. 241. 260.
Werther, Karl Freiherr v., preußischer Diplomat 23. 128. *33.
Werthern, Freiherr v., preußischer Diplomat 106. 387.
„Weserzeitung" *194.
Wespennest *22.
Westphalen, v., preußischer Minister des Innern 116. 151. 154. 156. 225.
Wether 't is nobler in the mind 2c. (Citat aus Shakespeare, Hamlet III, 1: Ob's edler im Gemüth, die Pfeil und Schleudern | Des wüthenden Geschicks erdul-

den, oder | Sich waffnend gegen eine See von Plagen | Durch Widerstand sie enden) *83.
wetterfest *210.
Wettlauf der parlamentarischen Fractionen um die Gunst des Hofes 78.
Wielopolski, Alexander Graf v. 343. — W.sche Theorien 343.
Wien 59. 60. 78. 103. 104. 105. 106. 107. 121. 124. 125. 128. 139. 169. 238. 255. 256. 257. 284. 304. 340. 363. 364. 365. 366. 370. 371. 375. 377. 379. *40. 46. 53. 54. 55. 56. 59. 65. 95. 124. 279. 283. Der preußische Gesandte in W. im Dienste der österreichischen Politik 255 f. — Warum unterblieb im Jahre 1866 der siegreiche Einzug der Preußen in W.? *55 f. — „Wiener" in Berlin 194. — W.er Conferenzen (1854) 120. 124. 128. *245. — W.er Congreß 1814/15) 190. 206. 302. 318. *40. 85. 111. 259. 261. 283. — W.er Friede (30. October 1864) *30. 46. — W.er Hofburg 285. — W.er Politik s. Oesterreich. — W.er Revolution 59. — W.er Schlußacte (9. Juni 1815) 364. — W.er Tractate *22.
Wildbad 369.
Wilhelm I., Prinzregent, König von Preußen, deutscher Kaiser 40. 41. 44. 45. 55. 56. 57. 76. 90. 108. 112. 114. 115. 131. 134. 135. 136. 142. 144. 145. 146. 147. 148. 150. 157. 165. 167. 177. 209. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227ff. 229 f. 230. 231 ff. 236 ff. 241. 252. 253. 261. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 281. 282. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294 ff. 297. 309. 311. 312. 313 ff. 315. 323. 325. 328. 329. 332 ff. 345. 346. 347. 348. 350. 351. 352. 353. 365. 367. 368. 369 f. 372 ff. 376. 377. 380. 383. 386. 400. *18. 19. 24. 25. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 39 f. 42. 44. 45. 47. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 64. 65. 66. 67. 72. 73. 74. 77. 82. 83. 89. 90. 91. 92. 97. 102. 103. 105. 106. 107. 108. 109. 112. 113. 116. 117. 125. 134. 138. 139 f. 143. 144. 146. 147. 148. 149. 154. 155. 156. 158. 159. 160. 161. 164. 165. 166. 167. 175. 180. 188. 190. 191. 203. 204. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 221. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 238. 240. 241. 247. 248. 258. 265. 274. 275. 276. 305 ff. (Charakteristik). 333. 338. — W. unter dem Einfluß der Gemahlin Augusta 136. 145. 144. 273. 296. 311 ff. *138. — Ritterliches Gefühl gegen die Gemahlin 144. *108. — W.s I. Ehrgefühl 365. *107 f. — W.s I. Furchtlosigkeit 314. 365. — W. I. ein furchtloser Offizier auf dem Throne *311, ein ehrliebender Offizier *318. — W. I. handelt nur nach Pflicht und Ehre ohne Rücksicht auf Gefahr *311. — W.s I. ritterliches Gefühl gegen den ebenbürtigen Freund *274. — W.s Furcht vor der Kritik *317. — W. I. gestattete Männern seines Vertrauens freimüthige Aussprache ihrer Ansichten 136. — W.s Treue gegenüber treuen Dienern 148. 311. *320. — W. I. frei von Eitelkeit *317. — W.s I. gesunder Menschenverstand *87. 310. — Klarheit und Nüchternheit des Urtheils *190. — Seine Gerechtigkeit *317. — W.s Fleiß und Gewissenhaftigkeit *309 f. — W.s königliche Vornehmheit 316; ein Gentleman in's Königliche übersetzt *317. — W. I. „einer der entschlossensten Particularisten unter den deutschen Fürsten" *310. — Stärke des dynastischen Familiensinnes bei W. I. *57. — W. I. gewöhnt, seine Würde auch durch Vermeidung unnöthiger Aeußerlichkeiten zu wahren 102. — Neidlose Anerkennung eines großen Ministers *320 f. — Stärke des nationalen Ehrgefühls *87. — Einwirkung der Olmützer Demüthigung auf die

Empfindungen des Prinzen W. 113. 115. *27. — Abneigung W.s I. gegen „tanzende" Minister 102. — W. I. hatte mehr die Macht und die Größe Preußens im Auge als die Einheit Deutschlands *77. — W.s Abneigung gegen den Kaisertitel *139 ff. 145 ff. — W. I. besaß die Gabe, Minister zu berufen, die politischen Tact und Augenmaß besaßen, und sie zu halten *81. — W. I. hielt mit Zähigkeit fest an fürstlichen, militärischen und localen Traditionen *310. — W.s Neigung, die Staatsgeschäfte persönlich und allein auf sich zu nehmen *107 f. — W.s I. Haltung bei Bismarck's 70. Geburtstag *321. — W.s I. Briefe, Proclamationen und Ansprachen *319. — W.s I. mangelhafte Vorbereitung zum Regentenberuf *306. — W.s Popularitätsbedürfniß in liberaler Richtung *57. — W.s allmähliche Wandlung von der Phrase zur That 311. — W. während des Krimkriegs im Fahrwasser der Wochenblattspartei 134. — Wirkung der Denkschriften der Goltzschen Fraction auf den Prinzen von Preußen 142. — Prinz W. als Gouverneur der Rheinprovinz 145. — W.s Berufung zum Stellvertreter für Friedrich Wilhelm IV. 222, seine Ernennung zum Regenten 223 ff. — Unschlüssigkeit hinsichtlich der Berufung Bismarck's zum Minister 286. — Abdicationsgedanken 294. 311. — Unschlüssigkeit in der Frage des Erwerbs der Elbherzogthümer für Preußen 375 f. — Einwirkung des Erwerbs von Lauenburg auf den König *34. — W.s Wünsche in Bezug auf die Oesterreich aufzuerlegenden Friedensbedingungen *57. 65 f. — W. I. gegen die Nachsuchung einer Indemnität *89 f. — Abneigung W.s I. gegen den Eintritt Bennigsen's in das Ministerium *210 f. — Abneigung gegen ein Ministerium „Gladstone" *225. — Seine Abneigung gegen ein Defensivbündniß mit Oesterreich *274 ff. — W. I. und die Civilehe *167 f. — Ein Traum W.s I. *221. — W.s I. Krankheit und Tod *305.

Briefe W.s I.

a) an Freiherrn von Vincke-Olbendorf vom 2. Januar 1863 332 ff.
b) an Bismarck:
7. November 1863: 353.
16. Januar 1864: *44 f.
18. Januar 1864: *45 f.
15. September 1865: *39 f.
22. Februar 1869: 229 f.
26. Februar 1869: 231 ff.
13. Januar 1870: *322.
21. März 1871: *322 f.
2. März 1872: *323 f.
26. Juli 1872: *324 f.
6. November 1878: *325 f.
1. April 1879: *326.
18. December 1881: *221.
Weihnachten 1883: *327.
1. April 1885: *327 f.
23. September 1887: *328 f.
23. December 1887: *329 f.

Wilhelm II., König von Preußen, deutscher Kaiser *287. 305. 306. 329. 330. 334.

Wilhelm III. von Oranien, König von England 199. 210.

Wilhelm V. von Oranien, Erbstatthalter der Niederlande, Schwager Friedrich Wilhelm's II. *275.

Wilhelm I., König von Württemberg 119.

Wilhelm, Prinz von Baden 251.

Wilmowski, Freiherr v., Chef des Civilcabinets Kaiser Wilhelm's I. *232.

Wimpffen, Felix Friedrich Wenzel Graf v., österreichischer Diplomat *122.

Wind der Nationalität 285. — Populärer Wind 92. — Windig 132.

Windischgrätz, Alfred Candidus

Ferdinand Fürst zu, österreichischer Feldmarschall 244.
Windmühlen, Kampf gegen 54.
Windthorst, Ludwig *339. Nach seinem Tode als „Nationalheiliger" verehrt *339. — Beliebige Abschwächungen des Gattungsbegriffs „W.". *225.
Winter, v., Oberbürgermeister von Danzig 237. 345. 346.
„Wir haben Augen und sehen nicht 2c." — Citat aus Ps. 115, 5 (135, 16) 211.
Wirsitz 56.
Wittelsbacher. Die Dynastie der W. in Baiern 319. 320.
Wittgenstein, Fürst 24.
Wochenblatt, Preußisches 113. 132. 154. — W.s-Partei 112. 130. 310. *29. 119. — Vgl. Bethmann-Hollweg, Goltz.
Wohlhabenheit — eine Quelle der Zufriedenheit *187.
Wohlwollen, platonisches 339. *75.
Wolff, A., Herausgeber der Berliner Revolutionschronik 44 Anm. *).
Wolkersdorf *55.
Wolle spinnen 315.
Woronzow, Fürst Sfemen Michailowitsch, russischer General 244.
Worte, große 91.
Wörth *124.
„Wo steiht de Franzos" 87 Anm. 2).
Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 43. 71. 372.
Wunder, alltägliche 199.
„wunder Punkt" 29. 115.
Württemberg. Haltung der württembergischen Truppen gegenüber der Revolution 83. — Französische Sympathien in W. *68 ff. — Warum durfte W. nicht durch Abtretung von Gebiet verstimmt werden? *93.
Würzburg *66.
Würzburger (d. i. deutsche Mittelstaaten) 270. 285. *19. 21.
Wussow *105.
Wüste innrer Kämpfe 61.
Wusterhausen. Die Jagden in W. *131. 310.

Y.

Yglano (Chamisso, Vetter Anselmo) 114.
York'sches Corps 99. 135.
Ypsilanti, Alexander *290. — Y.scher Aufstand *297.
„Ystädter Zeitung" 271.

Z.

Zahnärzte, internationale, als Träger diplomatischer Verhandlungen 79.
Zar. Der Z. ist leichter zu betrügen als das Parlament *245.
Zarskoe Selo 250.
Zedlitz-Trützschler, Graf v., preußischer Cultusminister *304.
Zehntausend, obere, in der Presse und auf der Tribüne 80.
„Zeit" 153.
Zeitungsartikel, belehrende 339. *76.
Zettelungen, diplomatische 366.
Zeughaussturm 65.
Zimmerhausen 275.
Zoll. „Jeder Zoll ein König" (Citat aus Shakespeare's König Lear IV, 6) *318.
Zollgemeinschaft. Nothwendige Unterlagen einer Z. 105 f.
Zollverein. Oesterreichs Bestrebungen, in den Z. aufgenommen zu werden 105. 375. — Die Zollvereinigung mit Oesterreich eine Utopie 376.
Zopf, geistiger 28, — Z. und Perrücke 28.
„Zu Befehl" 314.
Zuider-See *69.
zünftige Räthe, unzünftige Rathgeber *303.
Zweijährige Dienstzeit *20.
Zwickau *59.
Zwirnsfäden, juristische 270.
Zwittau *60.

Otto Fürst von Bismarck

Gedanken und Erinnerungen

Schulausgabe

Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von

Oberstudienrat Rektor Dr. Gottlob Egelhaaf

In Leinen gebunden M. 1.80

Das klassische Memoirenwerk wird hier in einer sorgfältig abgewogenen Auswahl der wichtigsten und interessantesten Abschnitte geboten. Gottlob Egelhaaf, als Geschichtschreiber der Neuzeit und Biograph Bismarcks rühmlich bekannt, hat die Ausgabe mit einem ausführlichen Kommentar versehen, der, zunächst für Lehrer und Schüler bestimmt, doch auch für jeden Besitzer der vollständigen Textausgaben von Wert ist.

Aus Bismarcks Familienbriefen

Auswahl für die Jugend

zusammengestellt und erläutert von H. Stelling

In Leinen gebunden M. 1.—

Ein erfahrener Schulmann hat hier den vielfach geäußerten Wunsch erfüllt, es möchte die reiche Nahrung für Geist und Gemüt, die in den Bismarckschen Briefschätzen enthalten sind, auch der lernenden Jugend zugänglich gemacht werden. Dazu eignen sich insbesondere die Familienbriefe mit ihrer unvergleichlichen Güte und Herzlichkeit und mit dem goldenen Humor, der das Entzücken von alt und jung bildet.

Bismarck

für das deutsche Volk

dargestellt von Gottlob Egelhaaf

Mit zwei Bildnissen und einem Brieffaksimile

1.—30. Tausend

In künstlerischem Umschlage 40 Pfg

Diese zu Bismarcks 100. Geburtstag erschienene Volksschrift bietet ein Lebens- und Charakterbild des großen Kanzlers, das sich durch gemeinverständliche, fließende Darstellung, durch historische Treue und Vollständigkeit auszeichnet. Frei von anekdotischem Rankenwerk, ist die kleine Schrift doch reich an lebendigen Einzelzügen, deren Schilderung sich vielfach auf Bismarcks eigene Worte in seinen Briefen und Reden stützt.

Otto von Bismarck

Ein Lebensbild von

Erich Marcks

Mit einem Bildnis

1.—10. Auflage

Geheftet M. 4.— In Leinen gebunden nach Entwurf von J. V. Cissarz M. 5.—

Unter den literarischen Erzeugnissen, die zur Feier von Bismarcks hundertstem Geburtstag erschienen sind, darf eine neue Schrift von Erich Marcks den ersten Platz beanspruchen.

Viele Tausende werden ihm für dieses kurzgefaßte Lebensbild des Altreichskanzlers danken. Denn was sie erhalten, ist ein Bild von so klarer, kräftiger Linienführung und von so sicher abgewogener künstlerischer Ausgestaltung, daß sein Studium den reinsten, von der Summe der in ihm geborgenen Forscherarbeit nirgends gehemmten Genuß darbietet. Nur eine so vollkommene Beherrschung des Stoffes, wie sie gleich keinem andern Erich Marcks besitzt, ermöglichte eine Darstellung, in der der ganze Bismarck voll zur Erscheinung kommt in seiner gesamten Entwicklung und Betätigung als Mensch wie als Staatsmann, als Deutscher wie als Gründer des Deutschen Reiches.

Erinnerungen an Bismarck

Von Dr. Freiherr v. Mittnacht

Königl. Württ. Staatsminister und Ministerpräsident a. D.

Sechste Auflage

In Leinen gebunden M. 2.—

Dasselbe. Neue Folge. (1877—1889)

Fünfte Auflage

In Leinen gebunden M. 2.—

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart